

# **Räuber, Harschiere und öffentliche Sicherheit**

Zur Frühgeschichte der Polizei im Kanton Zürich  
in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

Abhandlung  
zur Erlangung der Doktorwürde  
der Philosophischen Fakultät  
der  
Universität Zürich

Vorgelegt von  
Christoph Ebnöther  
von Vorderthal/SZ

Angenommen im Herbstsemester 2010

auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Carlo Moos und Herrn Prof. Dr. Rolf Graber

Zürich, 2013



Meinen Eltern und meiner Frau.



# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	<b>1</b>
1.1 Einordnung, Zielsetzung und Fragestellung	1
1.2 Theoretischer Ansatz	4
1.3 Forschungsstand und Quellenlage	10
1.4 Aufbau der Arbeit	14
<b>2. Der Zürcher Stadtstaat im 18. Jahrhundert</b>	<b>16</b>
2.1 Die politische Verfassung Zürichs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts	16
2.1.1 Die Entwicklungen der Verfassung der Stadt Zürich von 1336 bis 1713	16
2.1.2 Die Verfassung Zürichs nach 1713	17
2.2 Die Verwaltungsstrukturen im Ancien Régime	19
2.3 Der polyarchische Obrigkeitsstaat des 17. und 18. Jahrhunderts	20
2.4 Der Auf- und Ausbau der Zürcher Territorialherrschaft	22
2.4.1 Die politische und administrative Hegemonie der Stadt	22
2.4.2 Die Ober- und Landvogteien sowie die Gerichte	24
2.4.3 Die protestantische Staatskirche	26
2.4.4 Die Wehrverfassung	27
2.5 Die weitgehende Autonomie der Landgemeinden	29
2.6 Die obrigkeitlichen Normierungsbestrebungen durch Mandate	31
2.7 Zwischenfazit I	34
<b>3. Das Selbstverständnis und die Ordnungsvorstellungen des Regiments</b>	<b>36</b>
3.1 Der traditionelle und klassische Republikanismus in Zürich	37
3.2 Der aufgeklärte Patriarchalismus	39
3.2.1 Die Ordnungsvorstellungen des aufgeklärten Patriarchalismus	40
3.2.2 Der Einfluss der Philosophie Christian Wolffs auf das Selbstverständnis und die Ordnungsvorstellungen des aufgeklärten Patriarchalismus	41
3.2.3 Die Staatstheorie und die Ordnungsvorstellungen Christian Wolffs	42
3.2.4 Christian Wolffs Einfluss auf die politische Ökonomie	46
3.2.5 „Die Wirthschaft eines philosophischen Bauers“ als Beispiel für den Einfluss Wolffs auf die zürcherische staatsphilosophische Literatur	47
3.2.6 Die Herrschaftsmittel der ökonomischen Patrioten in Zürich	48
3.2.7 Der Einfluss der politischen Ökonomie auf die Staatszwecke des traditionell- klassischen Republikanismus in Zürich	52
3.3 Der politische Patriotismus	54
3.4 Zwischenfazit II	57
<b>4. Der Policybegriff in Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts</b>	<b>60</b>
4.1 Der Policybegriff des 18. Jahrhunderts im Allgemeinen	60
4.2 Die Voraussetzungen des Policybegriffs und des Policeystaates bei Christian Wolff	63
4.3 Zum Policybegriff in den staats-theoretischen Texten Zürichs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts	64
4.3.1 Der Policybegriff in der Mandatssammlung von 1757	65
4.3.2 Der Policybegriff Johann Conrad Heideggers	66
4.3.3 Die Verengung des Policybegriffs im „Politischen Handbuch“ von 1796	68
4.4 Zwischenfazit III	74

<b>5. Bedrohung von innen: Kriminalverbrechen und Frevel.....</b>	<b>75</b>
<b>5.1 Die ordnungssichernden Basisaufgaben.....</b>	<b>75</b>
5.1.1 Die „Bürgerlichen Dienste“ .....	75
5.1.2 Die Führungsstruktur in der Stadt Zürich .....	76
5.1.3 Die Führungsstruktur auf der Zürcher Landschaft.....	77
5.1.4 Die Bewachung und Überwachung der Stadt Zürich.....	78
5.1.4.1 Das Verhindern des unberechtigten Eindringens in die Stadt durch die Bürgerwache ..	79
5.1.4.2 Die Nachtwächter.....	80
5.1.5 Die Zugangskontrollen an den Porten und Toren durch Berufswächter vor 1779 .....	80
5.1.5.1 Die Kontrollen an den Porten des Schanzenrings .....	80
5.1.5.2 Die Kontrollen an den Stadttoren.....	82
5.1.6 Die Reorganisation der Stadtwache von 1779 .....	83
5.1.6.1 Die Verdoppelung des Bestands und die Disziplinierung der Mannschaft .....	84
5.1.6.2 Die Zugangskontrollen an den Porten seit 1779 .....	86
5.1.7 Zwischenfazit IV .....	89
<b>5.2 Die Verfolgung von Vergehen und Verbrechen gegen die Kriminalgesetze.....</b>	<b>90</b>
5.2.1 Das Verfahren in peinlichen Fällen .....	91
5.2.1.1 Die Nachgänger.....	91
5.2.1.2 Das Verfahren in peinlichen Fällen in der Stadt .....	93
5.2.1.3 Die Problematik der Beweisführung.....	95
5.2.1.4 Das Verfahren in peinlichen Fällen auf der Landschaft .....	96
5.2.1.5 Die Ausnahmeregelungen .....	97
5.2.1.6 Die Kritik am Verfahren in peinlichen Fällen .....	97
5.2.2 Die Kriminalverbrechen gegen die Fundamente des Staates.....	99
5.2.2.1 Unruhen.....	99
5.2.2.2 Verbreitung von verleumderischen Schriften .....	115
5.2.2.3 Untreues Verwalten, Korruption und Betrug.....	117
5.2.3 Die Kriminalverbrechen gegen die wirtschaftlichen Interessen des Staates.....	119
5.2.3.1 Umlauf von ungültigen Münzen und Falschmünzerei.....	120
5.2.3.2 Umgehung von Zöllen .....	121
5.2.3.3 Illegales Anwerben von Söldnern für nicht avouierte Truppen.....	123
5.2.3.4 Lotterien .....	126
5.2.4 Gewaltverbrechen .....	127
5.2.4.1 Mord, Totschlag und schwere Körperverletzungen mit Todesfolge.....	127
5.2.4.2 Selbstmord, Körperverletzung mit Todesfolge und Unglücksfälle .....	131
5.2.4.3 Kindstötung und Abtreibung.....	133
5.2.5 Diebstahl, Einbruch, Strassenraub .....	134
5.2.6 Die Forschung nach den Ursachen der Kriminalverbrechen .....	137
5.2.7 Zwischenfazit V .....	140
<b>5.3 Die Verfolgung von Vergehen gegen Frevel.....</b>	<b>143</b>
5.3.1 Die Frevelfälle im 18. Jahrhundert .....	143
5.3.2 Die Verfolgung von Freveln durch die Reformationskammer .....	146
5.3.3 Das Frevelverfahren .....	149
5.3.3.1 Das Frevelverfahren in der Stadt .....	150
5.3.3.2 Das Frevelverfahren auf der Landschaft.....	151
5.3.3.3 Die Nachteile des Frevelfahrens .....	153
5.3.4 Die Verfolgung von Freveln im Einzelnen .....	155
5.3.4.1 Ruhe und Ordnung im engeren Sinn.....	155
5.3.4.2 Ruhe und Ordnung im weiteren Sinn.....	169

5.3.5 Zwischenfazit VI.....	181
<b>6. Bedrohung von aussen: Bettler und Vagierende.....</b>	<b>185</b>
6.1 Die Marginalisierung und Ausgrenzung der Bettler und Vagierenden .....	185
6.2 Die Kategorisierung der Armut und ihre Folgen für das 18. Jahrhundert .....	187
6.3 Die fehlende Armutsursachenforschung im 18. Jahrhundert .....	188
6.4 Die Massnahmen gegen den Bettel von der Reformation bis zum Dreissigjährigen Krieg. 190	
6.4.1 Die Zwei-Säulen-Strategie zur Bekämpfung der Armut nach der Reformation.....	190
6.4.2 Die Bettelmandate von 1556 und 1558.....	191
6.4.3 Die Stadtprofosen.....	192
6.4.4 Die Landprofosen.....	194
6.4.5 Die Betteljagden und die Inpflichtnahme der Gemeinden um 1600.....	195
6.4.6 Zwischenfazit VII .....	198
6.5 Der Versuch koordinierter Massnahmen während des Dreissigjährigen Kriegs.....	199
6.6 Die Bewältigung der Nachkriegskriminalität als Aufgabe der Stände.....	203
6.7 Die ordnungssichernden Massnahmen gegen Bettler und Vagierende nach dem Dreissigjährigen Krieg bis zur Teuerungskrise von 1692/93.....	205
6.7.1 Die neu umschriebenen Aufträge an die Profosen im Bettelmandat von 1662 .....	205
6.7.2 Die Kriminalisierung der Vagierenden in Europa und in Zürich im 17. und 18. Jahrhundert .....	208
6.7.3 Das Verhältnis der Landbevölkerung zu den Vagierenden .....	211
6.7.4 Die Gauner- und Diebslisten.....	212
6.7.5 Die Massnahmen der Tagsatzung in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts .....	214
6.7.6 Die Revision des Bettelmandats von 1693 .....	217
6.7.7 Zwischenfazit VIII .....	220
6.8 Die Massnahmen gegen Bettler und Vagierende im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts ..	227
6.8.1 Das eidgenössische Bettelmandat von 1702 .....	227
6.8.2 Das Bettelmandat von 1713 .....	228
6.8.3 Das Bettelmandat von 1714 .....	230
6.8.4 Die Betteljagden von 1715 bis 1722 .....	231
6.8.5 Die präzisierten Bestimmungen von 1724 zur Durchführung von Betteljagden .....	236
6.8.6 Die schwindende Bedeutung von eidgenössischen Betteljagden .....	237
6.8.7 Zwischenfazit IX.....	239
6.9 Die Massnahmen gegen Bettler und Vagierende zwischen 1725 und 1770.....	244
6.9.1 Erste Lehren aus dem Fall der „Bande des Roten Krämers“ 1728 .....	244
6.9.2 Die Landespatrouillenordnung von 1741 .....	247
6.9.3 Bildung von Patrouillen in den Gemeinen Herrschaften .....	253
6.9.4 Der Verzicht auf eidgenössische Betteljagden.....	255
6.9.5 Die Bildung der Patrouillenkommission von 1754/55.....	257
6.9.6 Die Einführung einer flächendeckenden Passkontrolle 1762 .....	258
6.9.7 Die weitere Kriminalisierung des Bettels im Mandat von 1762.....	261
6.9.8 Der Grenzcordon von 1763 am Ende des Siebenjährigen Kriegs.....	262
6.9.9 Weitere Massnahmen zwischen 1766 und 1769 .....	267
6.9.10 Die „gefährlichen Räuberbanden“ als neues Bedrohungsbild .....	269
6.9.11 Zwischenfazit X .....	274
6.10 Massnahmen gegen Bettler und Vagierende nach der Teuerungskrise von 1770/71 .....	278
6.10.1 Die Teuerungskrise von 1770/71 .....	278
6.10.2 Der Grenzcordon 1770/71 und die verstärkten Kontrollen der Dorfwatchen.....	280
6.10.3 Das steigende Unsicherheitsgefühl von 1770 bis 1780 .....	283

6.10.4 Die intensivierten Fahndungsmethoden.....	288
6.10.5 Die Einschränkung des Verdächtigenkreises.....	290
6.10.6 Zwischenfazit XI.....	293
<b>6.11 Die teilweise Professionalisierung der ordnungssichernden Organe der Landschaft.....</b>	<b>295</b>
6.11.1 Der Professionalisierungsansatz von Johann Ulrich Schöll.....	297
6.11.1.1 Johann Ulrich Schöll als Analyst des Gaunerwesens .....	297
6.11.1.2 Die Beschreibung der gaunerischen Verhaltensweisen .....	298
6.11.1.3 Der Massnahmenkatalog von Johann Ulrich Schöll .....	301
6.11.2 Schöalls integrales System der Gaunerbekämpfung.....	306
<b>6.12 Zum Stand der Professionalisierung der ordnungssichernden Organe der Landschaft um 1780.....</b>	<b>312</b>
6.12.1 Der Einsatzprozess .....	312
6.12.2 Der Führungs- und Informationsprozess.....	316
6.12.3 Der folgenlose Wandel der Bedrohungswahrnehmung .....	321
6.12.4 Der Ermittlungsprozess.....	322
6.12.5 Der Strafjustizprozess .....	323
<b>6.13 Substanzielle Reformen der ordnungssichernden Organe der Landschaft zwischen 1780 und 1798.....</b>	<b>324</b>
6.13.1 Der gescheiterte Versuch einer umfassenden Reform von 1783 .....	325
6.13.2 Der Ausbau der Patentkontrollen für fremde Krämer.....	330
6.13.3 Die Schaffung eines neuen Organs zur Verfolgung von Dieben auf der Landschaft .....	332
<b>6.14 Die Bildung des offenen Verbands der Harschierpatrouillen .....</b>	<b>336</b>
6.14.1 Die Schaffung moderner Polizeikorps in Österreich .....	337
6.14.2 Die Harschiere auf der Landschaft.....	338
6.14.3 Die Stadtharschiere .....	348
6.14.4 Zwischenfazit XII .....	351
<b>7. Schlussfazit .....</b>	<b>355</b>
<b>8. Quellen- und Literaturverzeichnis .....</b>	<b>363</b>



# 1. Einleitung

## 1.1 Einordnung, Zielsetzung und Fragestellung

Das Spannungsfeld zwischen dem Staat, seinem Gewaltmonopol im Innern und der Zivilgesellschaft als Ganzes bzw. den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern umfasst eine Fülle von Problembereichen, welche Fragestellungen einer umfassenden Sicherheitspolitik aufwerfen und mehr als einer blossen rechtlichen Klärung bedürfen.

Die Polizeigeschichtsschreibung kann und muss ihren Beitrag zur Beantwortung der Frage zur Rolle und zur Funktion der Polizei in Staat und Gesellschaft leisten. Von besonderem Interesse für alle Epochen sind dabei Untersuchungen zum staatsrechtlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturgeschichtlichen Verständnis der Polizei sowie zu den Voraussetzungen und Bedingungen ihrer Einsätze und Organisationsformen.<sup>1</sup> Die Polizeigeschichtsschreibung im deutschsprachigen Raum konzentriert sich innerhalb dieses Rahmens seit dem Beginn der 1990er Jahre auf zwei Fragenkomplexe. Ein erster Cluster betrachtet die institutionelle Entwicklung der ordnungssichernden Organe bzw. des staatlichen Gewaltmonopols.<sup>2</sup> Das Interesse gilt dabei vornehmlich den engen Bezügen zwischen der institutionellen Entwicklung und den jeweils vorherrschenden politischen, sozialen und individuellen Ordnungsvorstellungen.<sup>3</sup> Der erste Cluster weist damit weit über eine traditionelle Organisationsgeschichte hinaus, wie sie bis zum Beginn der 1990er Jahre vorgeherrscht hat. Ein zweiter Cluster fokussiert mit einem handlungsorientierten Ansatz<sup>4</sup> und unter dem Einbezug sozialgeschichtlicher und kulturgeschichtlicher Betrachtungsweisen auf die Interaktion der Polizei und der Polizisten mit der Zivilgesellschaft, den Bürgern, den Straftätern und den Opfern sowie weiteren gesellschaftlichen Akteuren.<sup>5</sup> Die Leitfragen beider Cluster schliessen die Reflexionen über das Fremd- und Selbstverständnis sowie die Handlungsmuster sowohl der Polizei als Institution

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu zum einen der Tagungsbericht zum 16. Kolloquium zur Polizeigeschichte, 2005, und die darin formulierten Leitfragen von Herbert Reinke und Klaus Weinhauer. < <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=807> > [02.07.2010]. Zum anderen: Carsten Dams, „Was heisst und zu welchem Ende studiert man Polizeigeschichte?: Drei Thesen zur Grundlegung einer Geschichte der Polizei“, in: Polizei & Geschichte 1(2009), 2f.

<sup>2</sup> Herbert Reinke und Klaus Weinhauer haben hierzu drei Leitfragen formuliert: „Erstens: Was war über die Jahrhunderte und unterschiedlichen politischen Systeme hinweg eigentlich unter dem Begriff ‚staatliches Gewaltmonopol‘ zu verstehen, als dessen Repräsentantin die Polizei gemeinhin in Erscheinung trat? Zweitens: Welche Vorstellungen und Ansprüche knüpften sich jeweils an das Auftreten der Polizei? Welchen Selbst- und Leitbildern folgten wiederum die Handlungsmuster von Polizisten? Drittens: Wie und in welchem (gewerkschaftlichen) Rahmen vertraten Polizeibeamten ihre Interessen gegenüber dem Staat und der Öffentlichkeit?“ Vgl. Tagungsbericht zum 16. Kolloquium zur Polizeigeschichte. In dieselbe Richtung zeigt die zweite These von Dams; Dams, Polizeigeschichte, 3.

<sup>3</sup> Ohne den Einbezug der politischen Entwicklung bleibt das Handeln der Polizei als politischster Teil der Verwaltung unverständlich. Vgl. Dams, Polizeigeschichte, 3.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Thesen von Carsten Dams: „Polizeigeschichte ist Menschenrechtsgeschichte“, „Polizeigeschichte ist nicht die Geschichte der Polizei, sondern die Geschichte des Polizierens“ und „Polizeigeschichte ist (politische) Sozial- und Kulturgeschichte“. Dams sieht im Umgang der Polizei mit den Menschenrechten einen Indikator für den Demokratisierungsgrad eines Staates. An der Ausgestaltung des Polizeirechts, an der Organisation der Polizeibehörden, an der Rekrutierung des Personals und nicht zuletzt an der Polizeipraxis zeigt sich nach Dams, wie es in einem Staat um die Respektierung der Menschenrechte bestellt ist.

als auch der Polizisten als im staatlichen Auftrag handelnde Personen als wesentliche Aspekte in die Überlegungen mit ein.

Die aktuellen Fragestellungen der wissenschaftlichen Polizeigeschichte im deutschsprachigen Raum erlauben eine kritische Analyse des polizeilichen Handelns in den gesellschaftlichen Kontexten des 19. und 20. Jahrhunderts.<sup>6</sup> Die Geschichte Deutschlands mit ihren zahlreichen Brüchen und unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftsformen der vergangenen 200 Jahre, die sich auch auf die Entwicklung der Polizei ausgewirkt haben, bietet eine Fülle von interessanten Themen zu den Fragen und Thesen zur Polizeigeschichte Deutschlands, so wie sie von Herbert Reinke, Klaus Weinbauer und Carsten Dams vorgelegt wurden.<sup>7</sup>

Ein Blick auf die englische und französische Forschungsliteratur zeigt jedoch, dass damit das Potenzial der Polizeigeschichtsschreibung noch nicht ausgeschöpft ist. Im internationalen Vergleich wird im deutschsprachigen Raum die Frage der Entstehung der modernen Polizei des 19. Jahrhunderts noch wenig ausgeleuchtet. Die deutschsprachige Polizeigeschichtsforschung siedelt die massgeblichen Entwicklungsschritte der Polizei überwiegend im Zusammenhang mit der Durchsetzung des Gewaltmonopols im Nationalstaat sowie im Rahmen des Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozesses an.<sup>8</sup> Sie tut sich in der Folge deshalb schwer, sich von ihrer Fokussierung auf das 19. und 20. Jahrhundert zu lösen.<sup>9</sup> Eine moderne Ordnungswahrung im vorindustriellen Zeitalter wird von ihr teilweise sogar ausdrücklich ausgeschlossen.<sup>10</sup> Dieser Effekt wird in der Literatur nicht selten durch die Annahme verstärkt, dass die erfolgreichen Modelle der Maréchaussée und/oder der Gendarmerie erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Frankreich auf die europäischen Staaten übertragen worden sind. Im Gegensatz dazu sind sowohl der englischen wie der französischen Polizeigeschichtsschreibung die Kontinuitäten der Ordnungssicherung im Übergang vom 18. ins 19. Jahrhundert stärker im Bewusstsein.<sup>11</sup> Sie setzen die Entstehung und Entwicklung der modernen Polizei vor 1800 an, ohne dabei zu vergessen, dass die Formierung ihres Wesensprofils unter den

---

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Tagungsbericht zum 16. Kolloquium zur Polizeigeschichte.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Fussnoten 1 und 2. Es ist inzwischen eine umfangreiche Literatur zu alltags-, geschlechter- und kulturgeschichtlichen Themen der Polizei in Deutschland erschienen, welche vor allem die sozialen Praktiken des Polizierens zum Thema haben. Zum Begriff des „Polizierens“ vgl. Dams, *Polizeigeschichte*, 3. Vgl. zur Einschätzung der Literatur: Herbert Reinke, „Polizeigeschichte in Deutschland: Ein Überblick“, in: Peter Nitschke (Hg.), *Die Deutsche Polizei und ihre Geschichte: Beiträge zu einem distanzierten Verhältnis*, (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte 2), Hilden 1996, 13 – 26.

<sup>8</sup> Vgl. Herbert Reinke, „Polizeigeschichte in Deutschland: Ein Überblick“, in: Peter Nitschke (Hg.), *Die Deutsche Polizei und ihre Geschichte: Beiträge zu einem distanzierten Verhältnis*, (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte 2), Hilden 1996, 13 – 26.

<sup>9</sup> Ein positiver Ansatz aus der Policyforschung konnte sich in der Polizeigeschichte bisher kaum durchsetzen. Vgl. dazu den Tagungsbericht zur dritten Tagung des Arbeitskreises „Policey / Polizei im vormodernen Europa“ vom 18. Mai 2000 von Gerhard Sälter. <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/tagber/amtspraxis.htm>> [02.07.2010] sowie die Einleitung zum Tagungsband von André Holenstein, Frank Konersmann, Josef Pauser und Gerhard Sälter, „Der Arm des Gesetzes: Ordnungskräfte und gesellschaftliche Ordnung in der Vormoderne als Forschungsfeld“, in: dies. (Hg.), *Policey in lokalen Räumen: Ordnungskräfte und Sicherheitspersonal in Gemeinden und Territorien vom Spätmittelalter bis zum frühen 19. Jahrhundert*, (Studien zu Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M. 2002, 1 – 54.

<sup>10</sup> Wolfgang Knöbl, *Polizei und Herrschaft im Modernisierungsprozess: Staatsbildung und innere Sicherheit in Preussen, England und Amerika 1700 – 1914*, (Diss.), Berlin 1995, 162, 340.

<sup>11</sup> Vgl. zuletzt: Clive Emsley, *Crime, Police, and Penal Policy: European Experiences 1750 – 1940*, Oxford 2007.

Bedingungen des Nationalstaates, der Industrialisierung, der Urbanisierung sowie den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen des 19. Jahrhunderts erfolgte.

Eine moderne Polizeigeschichtsschreibung anerkennt zudem die Bedeutung der Ordnungskräfte des Ancien Régime zur Durchsetzung von Herrschaft in der sozialen Praxis und zur Umsetzung von obrigkeitlichen Ordnungskonzepten des 18. Jahrhunderts als Voraussetzung für die Entwicklung der Polizei des 19. und 20. Jahrhunderts.<sup>12</sup> Denn nur unter dem Einbezug dieser Erkenntnisse ist es möglich, ein tieferes Verständnis für das Wesen der Polizei zu entwickeln. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass die institutionelle Stellung und die Tätigkeit der vormodernen ordnungssichernden Organe<sup>13</sup> vor dem Hintergrund der jeweils vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen analysiert werden und dass nicht das Ordnungskonzept des Nationalstaates als Bewertungsgrundlage herangezogen wird.<sup>14</sup>

Unter dieser Perspektive besteht das Ziel der vorliegenden Arbeit darin, am Beispiel des eidgenössischen Standes Zürich die Ordnungssicherung des Ancien Régime in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sowohl in der Stadt wie auf der Landschaft zu untersuchen. Es soll damit ein Beitrag zur bisher kaum erforschten Frühgeschichte der Polizei in der Schweiz geleistet werden.<sup>15</sup> Die zeitliche Einschränkung auf die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts ergibt sich einerseits aus dem Umstand, dass Zürich mit dem Aufkommen des aufgeklärten Patriarchalismus seit 1755 einen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel durchlebte, der sich auch in den Ordnungsvorstellungen und der Ordnungssicherung niederschlug. Andererseits wurde in der Helvetischen Republik unter dem Einfluss Frankreichs versucht, ein neues Polizeisystem einzuführen, das sich von demjenigen des Ancien Régime in wesentlichen Aspekten unterschied.

Im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen, in Anlehnung an den ersten Cluster, folgende Fragestellungen: Welche gesellschaftlichen und politischen Ordnungsvorstellungen herrschten im Zürcher Regiment in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vor und mit welchen ordnungssichernden Organen, Mitteln und Instrumenten wollte die Obrigkeit die daraus abgeleitete Devianz und Delinquenz bekämpfen? Wie und unter welchen Bedingungen entwickelten sich die ordnungssichernden Organe in der Stadt und auf der Landschaft in diesem Zeitrahmen dabei institutionell und konzeptuell?

---

<sup>12</sup> Sälter, Tagungsbericht Policy/Polizei, 2000, 1.

<sup>13</sup> In Anlehnung an den „Arbeitskreis Policy/Polizei im vormodernen Europa“ wird in der vorliegenden Arbeit die Bezeichnung ordnungssichernde Organe für alle jene Akteure und Instanzen verwendet, die vor 1798 primär an der Ausübung von Herrschaft und an der Reproduktion von sozialer Ordnung zum Zwecke der Wahrung der Gewährleistung der Sicherheit im Innern beteiligt waren. Vgl. dazu die Themenexplikation zur siebten Diskussionsrunde des Arbeitskreises Policy/Polizei für die Veranstaltung vom 10. Juni 2004 von Gerhard Sälter. <[http://www.unvie-ac.at/policy-ak/treffen\\_7.htm](http://www.unvie-ac.at/policy-ak/treffen_7.htm)> [02.07.2010].

<sup>14</sup> Holenstein, Arm des Gesetzes, 1f.

<sup>15</sup> Vgl. dazu den Forschungsstand weiter unten in diesem Kapitel.

## 1.2 Theoretischer Ansatz

Es erstaunt kaum, dass in der deutschsprachigen Polizeigeschichtsschreibung Theorieansätze vertreten sind, welche die Polizei primär als Produkt der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse des 19. und 20. Jahrhunderts zu erklären versuchen. Wolfgang Knöbl identifizierte in der polizeibezogenen Herrschaftssoziologie vier allgemeine theoretische Perspektiven<sup>16</sup>: Ein erster konflikttheoretischer Ansatz, mit einem starken Bezug zu Michel Foucault, sieht die Polizei als Resultat der Bemühungen der Ober- und Mittelschichten, um die zwar nur diffus wahrgenommenen, aber trotzdem als zunehmend fremd und bedrohlich empfundenen Lebensgewohnheiten proletarischer und subproletarischer Gruppen in der Gesellschaft zu disziplinieren. Ein zweiter konflikttheoretischer Ansatz erkennt in den offen ausgetragenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und kollektiven Protesten den Anstoss für die Einrichtung und den Ausbau von Polizei. Das herrschaftstheoretische Modell als dritter Ansatz zur Erklärung der Polizei basiert schliesslich prinzipiell auf Max Weber und zielt darauf, die Polizei als Teil des langfristigen Zentralisierungsprozesses moderner Staaten zu sehen.<sup>17</sup> Die modernisierungstheoretische Perspektive als vierter Ansatz ist ebenfalls vorhanden. Sie wird von T. A. Critchley verfolgt, geniesst jedoch in der Forschungsgemeinschaft kaum Rückhalt.<sup>18</sup>

Die theoretische Hauptströmung der Polizeigeschichtsschreibung im deutschsprachigen Raum kann jedoch nicht einem einzelnen der theoretischen Ansätze, so wie sie von Wolfgang Knöbl herausgearbeitet wurden, eindeutig zugeordnet werden, obwohl das weberianische Konzept von Rationalisierung, Bürokratisierung und Modernisierung als Ordnungsprinzipien in der deutschsprachigen Forschungsliteratur zur Polizeigeschichte allgegenwärtig ist.<sup>19</sup> Es war Alf Lütke, der über die von ihm vertretene Forschungsperspektive sowie über das von ihm und Herbert Reinke<sup>20</sup> gegründete „Kolloquium zur Polizeigeschichte“ spürbaren Einfluss auf die

---

<sup>16</sup> Vgl. dazu: Knöbl, Polizei und Herrschaft, 11 – 73.

<sup>17</sup> Vgl. dazu auch: Richard J. Evans, „Polizei, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1700 – 1933“, in: Geschichte und Gesellschaft 22(1996), 609 – 628.

<sup>18</sup> Auch Peter Nitschke hat drei verschiedene Theorierichtungen der modernen Polizeigeschichte herausgearbeitet: Eine marxistische Position, deren Vorteil es sei, die Dimensionen der materiellen Bezüge als Wertorientierungsmuster auch des politisch-polizeilichen Handelns strukturell deutlich gemacht zu haben, deren Problem es jedoch bleibe, die normativen Ordnungsvorstellungen und die Staatsbestimmungen zu rasch als „klassenkonforme Ideologie zu enttarnen“ und mit dieser Reduzierung auf materielle Qualitäten selbst einen dogmatisch-ideologischen Standpunkt einzunehmen. Insbesondere eigne sich die marxistische Perspektive nicht, frühere Zeitalter als dasjenige der Industrialisierung zu interpretieren. Als zweite Position macht Nitschke einen typologisch-positivistischen Ansatz nach Max Weber aus. Ihm misst Nitschke auf der Ebene der Verwaltungsstrukturen und der operativen Entscheidungsinstanzen zwar eine grosse Wirksamkeit zu, zweifelt aber dessen Qualitäten in der Bewältigung von „fliessenden Phänomenen“ an, weil er sich zu stark auf klare Typologisierungen stütze. Als Ergänzung zu Weber sieht Nitschke deshalb den Ansatz von Michel Foucault als dritten Typ. Er ermögliche es, die Diskontinuitäten im Prozess der Moderne erfahrbar zu machen und in Bezug auf die Geschichte der Polizei den Antwortcharakter von polizeilichem Handeln auf gesellschaftliche Herausforderungen und die diesbezüglichen staatlichen Reflexe und Vorgaben in der jeweiligen Interdependenz deutlich zu machen. Vgl. Peter Nitschke, „Für die Gesellschaft und gegen den Staat?: Polizeigeschichte im Fokus hermeneutischer Ansätze“, in: Ius commune 20(1993), 233 – 247, 246f.

<sup>19</sup> Evans, Polizei, Politik und Gesellschaft, 628.

<sup>20</sup> Neben Alf Lütke hat auch Herbert Reinke die Polizeigeschichtsforschung in Deutschland massgeblich mitbestimmt. Reinke hat wie kein anderer Polizeihistoriker den Blick dafür geschärft, dass die zielgerichtete Entwicklung, so wie sie vor allem in der älteren Polizeirechtsgeschichte dargestellt wird, vom umfassenden absolutistischen Polizeibegriff zum modern verstandenen engen Polizeibegriff unhaltbar ist. Er plädiert vielmehr für eine Polizeigeschichtsschreibung, welche die Widerstände und Brüche, aber auch die langfristigen Entwicklungs-

Polizeigeschichtsschreibung im deutschsprachigen Raum genommen hat. Im näheren und weiteren Umfeld des Kolloquiums sind bedeutende Publikationen entstanden, in denen die Sichtweise Lüttkes auf die Polizei deutlich zu erkennen ist.<sup>21</sup> Es ist deshalb an dieser Stelle unabdingbar auf den Ansatz Lüttkes einzutreten. Die theoretische Situierung Lüttkes ist allerdings nicht einfach zu erfassen. Alf Lütke selbst sieht sich als Vertreter eines handlungsorientierten Ansatzes nach angelsächsischem Vorbild<sup>22</sup>, während Wolfgang Knöbl und Peter Nitschke ihn als Vertreter der marxistisch inspirierten Variante der Herrschaftstheorie interpretieren.<sup>23</sup> Bernd Wirsing wiederum erkennt in Lütke die Tradition der angelsächsischen Konfliktforschung, insbesondere platziert er ihn nahe dem englischen Sozialhistoriker Robert Storch<sup>24</sup> und seinem Polizisten als „domestic missionary“.<sup>25</sup>

Trotz der grossen Bedeutung Lüttkes für die deutschsprachige Polizeigeschichtsforschung soll im Rahmen der vorliegenden Arbeit jedoch nicht auf seinen Ansatz zurückgegriffen werden. Diese Abweichung vom Hauptpfad der modernen deutschen Polizeigeschichtsschreibung bedarf einer kurzen Begründung.<sup>26</sup> Der erste Grund liegt in der eingangs kritisierten Fixierung

---

probleme hervorhebt, und somit auch den behaupteten funktionalen Zusammenhang der Entstehung einer modernen Polizei als eine unmittelbare Reaktion auf die Zunahme kriminellen Verhaltens in der Gesellschaft infrage stellt.

<sup>21</sup> Zu erwähnen sind: Alf Lütke (Hg.), „Sicherheit“ und „Wohlfahrt“: Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1991 und Herbert Reinke (Hg.), „... nur für die Sicherheit da...“?: Zur Geschichte der Polizei im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1999. Darin insbesondere: Herbert Reinke, „Das Amt der Polizei: Eine Einführung“, 9 – 32. Vgl. auch: ders., „Grossstadtpolizei: Städtische Ordnung und Sicherheit und die Polizei in der Zeit des Deutschen Kaiserreiches (1871 - 1918)“, in: Martin Dinges und Fritz Sack (Hg.), Unsichere Grossstädte?: Vom Mittelalter bis zur Postmoderne, (Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven 3), Konstanz 2000, 217 – 239. Vgl. zum Sammelband von Reinke auch die Rezension von Gebhard Fürmetz in: Archiv für Polizeigeschichte 6(1995), 35f.

<sup>22</sup> So ordnet Lütke selbst seinen Ansatz theoretisch ein. Vgl. Lütke, Sicherheit und Wohlfahrt, 23.

<sup>23</sup> Knöbl, Polizei und Herrschaft, 370, Fussnote 56; Nitschke, Für die Gesellschaft, 235.

<sup>24</sup> Robert Storch, „The Plague of the Blue Locusts: Police Reform and Popular Resistance in Northern England 1840 – 1857“, in: International Review of Social History 20(1975), 61 – 90; ders., „The policeman as domestic missionary: Urban discipline and popular culture in northern England, 1850 – 1880“, in: Journal of social history 10(1976), 481 – 509. Storch untersuchte das polizeiliche Handeln im Alltag Nordenglands auf dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Die Polizei im Norden Englands war dafür verantwortlich, die städtische Disziplin zu heben, indem sie die Strassen, Feste, Pubs u. Ä. kontrollierte. Sie drang damit tief in das Leben der Arbeiterklasse und in deren Freizeitgestaltung ein. Die Polizisten kontrollierten eine bisher „unpoliced“ Gesellschaft. Die Bemühungen der Polizei sind nach Storch parallel zu den Bemühungen der städtischen Mittelschicht und Eliten zu sehen, einen neuen Standard in der städtischen Disziplin einzuführen, der dem neuen Leben einer industrialisierten Gesellschaft entsprach (Polizei als „domestic missionary“). Die Arbeiterklasse empfand das Eingreifen der Polizei oft als erniedrigend, weil traditionelle Freiheiten tangiert wurden. Sie reagierte allerdings eher mit Widerstand als mit sofortiger Kapitulation. Das langfristige Mittel der Polizei war nicht die offene Pression, sondern die beständige Überwachung der Schlüsselstellen der Arbeiterklasse. Dabei musste die Polizei nicht ununterbrochen präsent sein, sondern es genügte das Gefühl zu vermitteln, dass die Polizei in der Nähe sei und jederzeit auftauchen könnte.

<sup>25</sup> Bernd Wirsing, Die Geschichte der Gendarmeriekorps und deren Vorläuferorganisationen in Baden, Württemberg und Bayern 1750 – 1850, (Diss.), Konstanz 1991, 5f.

<sup>26</sup> Den folgenden Überlegungen liegt eine eigene, nicht publizierte Studie zum Ansatz von Alf Lütke zugrunde, die sich auf folgende Publikationen stützt: Alf Lütke, „Praxis und Funktion staatlicher Repression: Preussen 1815 - 1850“, in: Geschichte und Gesellschaft 3(1977), 190 – 211; ders., „Die ‚gestärkte Hand‘ des Staates: Zur Entwicklung staatlicher Gewaltsamkeit – das Beispiel Preussen im 19. Jahrhundert“, in: Leviathan 7(1979), 199 – 226; ders., „Ein Polizeistaat und seine Polizisten: Skizzen zur Entwicklung der preussischen Polizei im Vormärz“, in: Journal für Geschichte 1981, Heft 4, 23 – 27; ders., „Gemeinwohl“, Polizei und „Festungspraxis“: Staatliche Gewaltsamkeit und innere Verwaltung in Preussen 1815 – 1850, (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 73), Göttingen 1982; ders., „Das Schwert der inneren Ordnung“: Administrative Definitionsmacht, Polizeipraxis und staatliche Gewalt im vormärzlichen Preussen“, in: Kriminologisches Journal, 2. Beiheft, Pfaffenhofen 1987, 90 – 110; ders., „Staatliche Gewalt und polizeiliche Praxis: Preussen im Vor-

auf das 19. Jahrhundert, die auch bei Lüdtkke erkennbar ist. Es ist bei ihm ein mangelndes Interesse festzustellen, die Geschichte der Polizei auch vom 18. Jahrhundert her zu denken. Die langfristige historische Entwicklung der modernen Polizei ist für ihn sekundär.<sup>27</sup> Peter Nitschke merkte hierzu richtigerweise an, dass Lüdtkkes Darstellung der Entstehungsbedingungen der Polizei und die Hervorhebung des 19. Jahrhunderts als „*primus motor*“ der Polizeientwicklung Lüdtkke übersehen liess, dass die politische Normfigur des „*bonum commune*“ nicht am Ende des Ancien Régime stand, sondern bereits dessen Anfang eingeleitet hatte.<sup>28</sup> Eine Öffnung der polizeigeschichtlichen Perspektive auf das 18. Jahrhundert – so wie es die vorliegende Arbeit beabsichtigt – erfordert deshalb ein Überdenken des bisher hauptsächlich angewandten Zugangs.

Der zweite Grund ist geschichtsmethodischer Natur. Alf Lüdtkkes Ansatz ist zu einseitig darauf ausgerichtet, eine systematische Gewaltsamkeit des Staates und der Polizei darzustellen und zu erklären. Es geht ihm in erster Linie darum, die offenen und verborgenen, aber gesellschaftlich nicht legitimierten Machtstrukturen einer industrialisierten Gesellschaft gegenüber sozialen Unterschichten aufzuzeigen.<sup>29</sup> Sein Fokus bleibt in allen Epochen eng auf die Herrschaftspraxis der Polizisten ausgerichtet, die er in den Dienst der vorherrschenden Machtverhältnisse gestellt sieht. Er leuchtet lediglich von diesem Punkt und unter dieser Perspektive das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Umfeld der Polizei nach den historischen Zusammenhängen und Hintergründen ihres Handelns aus. Der Ansatz Lüdtkkes läuft schliesslich auf eine methodische und hermeneutische Einschränkung hinaus, weil er nur eine vereng-

---

märz“, in: *Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland: Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven*, Frankfurt a. M., 1990, 180 – 196; ders., „Der starke Staat“, in: *Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland: Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven*, Frankfurt a. M., 1990, 166 – 179; ders., „Willkür des Staates?: Polizeipraxis und administrative Definitionsmacht im vormärzlichen Preussen“, in: Reinke, Nur für die Sicherheit da?, 35 – 55; ders., „Zurück zur ‚Policey‘? Sicherheit und Ordnung in Polizeibegriff und Polizeipraxis – vom 18. bis ins 21. Jahrhundert“, in: Helmut Gebhardt (Hg.), *Polizei, Recht und Geschichte: Europäische Aspekte einer wechselvollen Entwicklung. Beiträge des 14. Kolloquiums zur Polizeigeschichte*, (Grazer Rechtswissenschaftliche Studien 60), Graz 2006, 12 – 29.

<sup>27</sup> Alf Lüdtkke verschliesst sich historischen Entwicklungen allerdings nicht vollständig und vermag durchaus auch Kontinuitäten polizeilicher Handlungsweisen und Handlungsorientierungen zu erkennen. Er verweist auf ein flächendeckendes Modell von Ordnung, das auch die fundamentalen Veränderungen der politischen Systeme in Deutschland zwischen dem ausgehenden 18. Jahrhundert und den 1980er Jahren überdauerte. Überlegungen solcher Art haben aber keinen nachhaltigen Einfluss auf seinen Ansatz. Vgl. dazu These X in: Lüdtkke, *Sicherheit und Wohlfahrt*, 20 – 22.

<sup>28</sup> Peter Nitschke, *Für die Gesellschaft*, 234.

<sup>29</sup> So heisst es in einer einleitenden Bemerkung zu einem Text von Alf Lüdtkke: „Aus sehr unterschiedlicher z. T. gegensätzlicher Perspektive wird betont: Der „Rechtsstaat“, aber auch Kapitalisierung und gesellschaftliche Modernisierung hätten gesellschaftliche Gewaltanwendung weitgehend überwunden. Im Zentrum einschlägiger Analysen stehen „Verfahren“; in den Vordergrund rückt die Institutionalisierung des Herrschaftsapparates. *Demgegenüber* [Hervorhebung durch C.E.] werden hier zwei Thesen erläutert: a) Herrschaft bezieht sich auf Rechtfertigungstitel und zugleich auf Erzwingungspraxis. Im Preussen des 19. Jahrhunderts blieb das eudämonistische Polizeiverständnis ein Antrieb der Staatsbürokratie; überlagert wurde es von der Aura angeblich sakrosankter Staatsgewalt. Die Beamten versuchten, den damit verknüpften Verpflichtungen durch Rückgriff auf militärisch ‚kurzen Prozess‘ zu genügen. b) Herrschaft vollzieht sich in (Inter-)Aktionen. Genauer Einblick in die alltägliche Praxis von Polizei-Offizianten zeigt, dass der bürokratische Rechtsstaat mehrdeutig war: Die Beamten interpretierten ihre Vorschriften unter der Massgabe, die ‚classes dangereuses‘ im Zaume zu halten. Für manche der Beherrschten öffneten rechtliche Regeln aber auch Chancen zur Gegenwehr, zumindest gelegentlich. Freilich war rechtlicher Schutz kaum je zu kalkulieren, Das Hinnehmen von Herrschaft blieb geprägt von Erfahrungen mit gewaltsamen Zugriffen staatlicher Bürokratie“. Vgl. Lüdtkke, *Schwert*, 90. Sein Zugang wird verständlich, wenn berücksichtigt wird, dass sein Werk aus den gesellschaftskritischen und politischen Diskussionen der BRD der 1960er und 1970er Jahre entstanden ist.

te Sichtweise auf das wesentlich breitere Spektrum der Polizei zulässt. Die Polizei ist – zuge-  
spitzt formuliert – jedoch nicht nur eine konservative Herrschaftsagentur zur Verhinderung  
gesellschaftlicher Umwälzungen. Alf Lüdtkke hat durchaus recht, wenn er schreibt, die histori-  
sche Rekonstruktion von Polizei greife zu kurz, „wenn nur Institutionen und Personal in den  
Blick rücken“.<sup>30</sup> Sie greift aber ebenfalls zu kurz, wenn sie lediglich als „Geschichte des Poli-  
zierens“, d. h. als eine Geschichte des Handelns der Beamten als Akteure des Staates angelegt  
ist, wie er es fordert.<sup>31</sup>

Der Beitrag Alf Lüdtkkes zur modernen Polizeigesichtsforschung muss jedoch insgesamt  
differenziert und positiv beurteilt werden. Seine Einordnung der Polizei als Teil der Heraus-  
bildung des modernen Staates in einer engen Verbindung mit der Durchsetzung des Gewalt-  
monopols und dem Prozess der Bürokratisierung ist unbestritten. Für die Forschung hat Lüdtk-  
ke das Bewusstsein geschärft, dass dem Polizisten am Schauplatz des Geschehens eine hohe  
Definitionsmacht zukommt. Die Polizei als überlokale Kontroll- und Erzwingungsgewalt er-  
hebt dabei den Anspruch auf die Regulierung der alltäglichen Verhaltensformen der Men-  
schen. Es ist sein Verdienst, eine Vielzahl von polizeihistorischen Studien mit diesem mikro-  
historischen Ansatz angeregt zu haben. Ferner hat er eindrücklich aufgezeigt, wie die Polizei  
im Interesse Dritter und willkürlich handeln kann. Diese zu Beginn der 1980er Jahre neue  
Perspektive auf die Polizeigeschichte verhindert ein Zurückfallen in eine beschönigende Insti-  
tutionengeschichte der Polizei.

Eine Darstellung der Geschichte der Polizei, die Epochen übergreifend sein will, benötigt aber  
meines Erachtens einen Ansatz, der offener und breiter ist als jener von Alf Lüdtkke. Er muss  
jedoch in der Lage sein, dessen Erkenntnisse gewinnbringend aufzunehmen. Peter Nitschke  
hat in der ersten Hälfte eine alternative Position zu Lüdtkke entwickelt<sup>32</sup>, die den gestellten  
Anforderungen in weiten Teilen zu genügen vermag.

Nitschke negiert viele Erkenntnisse Lüdtkkes prinzipiell zwar nicht, möchte sie jedoch erwei-  
tert wissen.<sup>33</sup> Er plädiert im Gegensatz zu Lüdtkke entschieden dafür, den Beginn der Entwick-  
lungsgeschichte der Polizei in der Frühen Neuzeit anzusetzen und sie als umfassenden Pro-  
zess der Säkularisierung, der Individualisierung und der Rationalisierung sozialer Beziehun-  
gen zu betrachten.<sup>34</sup> Dabei sind in einer modernen Polizeigeschichtsschreibung, und hier geht  
er mit Lüdtkke wieder einig, neben den Beziehungen von Normen, Funktionen und Interessen

---

<sup>30</sup> Lüdtkke, Sicherheit und Wohlfahrt, 25.

<sup>31</sup> Ebd. Wird zudem, wie bei Lüdtkke oder bei verwandten Autoren, die Verbrechensbekämpfung auf eine schein-  
bar vernachlässigbare Grösse reduziert und ihrer sozialdisziplinierenden Rolle hingegen eine hohe Bedeutung  
zugemessen, kommt es zwangsläufig zu einer Infragestellung des funktionalen Zusammenhangs zwischen der  
Entstehung und der Entwicklung der Polizei und den qualitativen wie auch quantitativen Erscheinungsformen  
der Kriminalität. So z. B. bei Reinke, Das Amt der Polizei, 21. Vgl. auch: E.H. Monkkenen, Police in Urban  
America 1860 – 1920, Cambridge 1981; Clive Emsley, Policing and its Context 1750 – 1870, London 1983; W.  
R. Miller, Cops and Bobbies: Police Authority in New York and London 1830 – 1870, Chicago 1977; D. Hay  
und F. Snyder (Hg.), Policing and Prosecution in Britain 1750 – 1850, Oxford 1989.

<sup>32</sup> Evans, Polizei, Politik und Gesellschaft, 628.

<sup>33</sup> In einem historischen Längsschnitt zum Polizeibegriff übernimmt Nitschke sogar die zentralen Aussagen zur  
Polizeientwicklung von Alf Lüdtkke und Albrecht Funk. Vgl. Peter Nitschke, „Von der Politeia zur Polizei“, in:  
Zeitschrift für Historische Forschung 1(1992), 1 – 27, insbes. 19 – 23.

<sup>34</sup> Nitschke, Für die Gesellschaft, 234.

auch Praxisformen polizeilichen Handelns zu berücksichtigen.<sup>35</sup> Nitschke lehnt es jedoch ab, die Gesellschaft mit Karl Marx dogmatisch zu interpretieren.<sup>36</sup>

Die liberale Grundeinstellung Nitschkes erkennt in der Betrachtung des Verhältnisses zwischen Polizei und Gesellschaft zudem eine andere Gewichtsverteilung. Bei Nitschke verliert der gesellschaftliche Machtkampf an Bedeutung und macht Platz für die Herrschaftsproblematik im Sinne Max Webers.<sup>37</sup> Mit Lüdtkke sieht Nitschke in den polizeilichen Praktiken zwar die staatliche Gewalt manifestiert. Nitschke verbindet die Gewaltanwendung durch die Polizei aber mit einem anderen Zweck als Lüdtkke: „Es geht bei der Polizei nicht einfach nur um die Durchsetzungsfähigkeit von Macht, so eklatant für den polizeilichen Alltag dieses Prinzip zweifellos ist; mehr noch steht hier die Herrschaft des Gesetzes obenan, d. h. die Anwendung der Rechtsordnung.“<sup>38</sup> Für Peter Nitschke steht denn der Antwortcharakter der Polizei im Vordergrund.<sup>39</sup> Er legte für den Zeitraum von 1700 bis 1814 dar, wie sich in der Entstehungsphase der modernen Polizei der Sicherheitsaspekt im Hobbesschen Sinne langsam durchsetzte.<sup>40</sup> Setzt man in der Polizeigeschichtsschreibung den respondierenden Aspekt der Polizei allerdings zu hoch an, droht die Gefahr, sich zu stark auf rechtliche und organisationsgeschichtliche Fragen zu konzentrieren und blinde Flecken für das politisch motivierte polizeiliche Agieren gegenüber bestimmten sozialen Unterschichten und Randgruppen entstehen zu lassen.

Innerhalb der deutschsprachigen Polizeigeschichtsschreibung fand der Ansatz von Peter Nitschke bisher nur wenig Unterstützung, da im Umfeld des „Kolloquiums zur Polizeigeschichte“ die „Darstellung behördlicher Strukturen, rechtshistorischer Entwicklungen und ereignisgeschichtlicher Abläufe“ als „konventionell“ und „wenig inspirierend“ gilt.<sup>41</sup> International betrachtet steht Nitschke mit seiner Forderung, die Genese der Polizei im Zusammenhang mit

---

<sup>35</sup> Ebd., 244.

<sup>36</sup> Ebd., 236; Auch Wolfgang Knöbl interpretiert Alf Lüdtkes Thesen als eine gegenüber Albrecht Funk stärker marxistisch inspirierte Variante des herrschaftstheoretischen Ansatzes, vgl. Knöbl, Polizei und Herrschaft, 370, Fussnote 56.

<sup>37</sup> Nitschke, Für die Gesellschaft, 241.

<sup>38</sup> Ebd., 245.

<sup>39</sup> Ebd., 236. Auch Alf Lüdtkke hat die gegensätzlichen Positionen in der Polizeigeschichtsschreibung mit spitzer Feder nachgezeichnet: „Als zentrales Charakteristikum des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft gilt seine Rechtsförmigkeit. Staatliche Zwangsorgane, vor allem Polizei und Militär, erscheinen in dieser Sicht als subsidiär, sie greifen nur in Ausnahme- oder Notfällen ein. Für die Apologeten geht es dabei um ‚vollzugspolizeiliche Gefahrenabwehr‘; für Kritiker mit gesamtgesellschaftlichem Ansatz heisst diese ‚Gefahrenabwehr‘ im Klartext: Sicherung von Herrschaft und von Formen ungleichen Tausches, für die der ‚stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse‘ (Marx) nicht mehr hinreicht oder hinzureichen scheint“, Lüdtkke, Gestärkte Hand, 199.

<sup>40</sup> Peter Nitschke, Verbrechensbekämpfung und Verwaltung: Die Entstehung der Polizei in der Grafschaft Lippe 1700 – 1814, (Diss.), Münster 1990. Inwieweit auch die leistungsorientierte Arbeit, die Akkumulation von Kapital und die neuen Herrschaftsverhältnisse als Phänomene des aufsteigenden Bürgertums mit ausschlaggebend für die Ausbildung einer polizeilichen Exekutive waren, überlässt Nitschke in seiner Dissertation noch ausdrücklich der weiteren Forschung. Vgl. Nitschke, Verbrechensbekämpfung, 188, Fussnote 4. In seiner Übersichtsdarstellung des Polizeibegriffs erkennt er aber einen Zusammenhang zwischen der Eingrenzungsstrategie des Polizeibegriffs auf den Sicherheitsaspekt und der Frage der Eigentumssicherung für bürgerliche Schichten: „denn in dem Masse, wie die soziale Not in breiten Schichten der Bevölkerung am Vorabend der Industriellen Revolution wuchs und damit die Sicherung der bürgerlichen Existenz gegenüber Eigentumsdelikten in den Vordergrund rückte, musste zwangsläufig auch das Interesse an einer Polizei im Sinne der Gefahrenabwehr intensiver werden.“ Vgl. Nitschke, Politeia, 21f. Es ist unverkennbar, wie Nitschke auch hier dem Antwortcharakter von Polizei hervorstreicht und damit seine Gegenposition zu Alf Lüdtkke bestätigt.

<sup>41</sup> Tagungsbericht zum 16. Kolloquium zur Polizeigeschichte.



der Devianz- und Delinquenzbekämpfung zu verstehen jedoch nicht alleine. Bereits Richard J. Evans hat der deutschsprachigen Polizeigesichtsforschung vorgeworfen, die Bereiche Polizei und Kriminalität isoliert zu behandeln oder sich nur deshalb für Kriminalität zu interessieren, weil Historiker „(unausgesprochen) meinen, sie bestünde aus politischen Aktivitäten, die eigentlich nicht hätten kriminalisiert werden sollen.“<sup>42</sup>

Es ist international betrachtet die neue britische Polizeigesichtsforschung, die sich mit Überzeugung für eine übergeordnete Betrachtungsweise in der modernen Polizeigesichtsforschung einsetzt. Clive Emsley sieht die Polizei ebenfalls explizit als eine Antwort auf Kriminalitätsentwicklungen.<sup>43</sup> Er scheut sich nicht mit einem sehr breiten Blickwinkel die institutionellen Veränderungen der Polizei vor dem Hintergrund des sich wandelnden Strafrechts als eine graduelle Entwicklung von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs darzustellen.<sup>44</sup> Emsley will dabei durchaus nicht darauf verzichten, mit Marx, Elias und Foucault die Macht in den Händen der gesellschaftlichen Elite zu interpretieren und den Machtmissbrauch sowie die Delegation der Macht an die Beamten zu problematisieren.<sup>45</sup> Er sieht ihre Theorien aber mehr als Instrument denn als ideologische Grundlage für das Schreiben der Geschichte der Polizei.<sup>46</sup> Massgebende Faktoren für die Ausgestaltung der Polizeikörpers sind für Emsley viel mehr die kulturellen, politischen, wirtschaftlichen, demografischen, geografischen und soziostrukturellen Bedingungen einer Region oder eines Landes. Sie definierten – so lautet Emsleys These – die (wechselnden) Vorstellungen von Devianz und Delinquenz und formten damit auch die Institutionen, die der Verbrechensbekämpfung dienten.<sup>47</sup>

Vielversprechende Impulse mit derselben Stossrichtung kommen nun auch aus der deutschsprachigen historischen Kriminalitätsforschung. Die Polizei steht in dieser Disziplin der Geschichtswissenschaften naturgemäss nicht im Zentrum ihrer Betrachtungen. Die Kriminalitätsgeschichte bildet die Polizei jedoch als Verfolgerin der Kriminellen ab und weist auf ihre faktische Definitionsmacht „vor Ort“ hin.<sup>48</sup> Auch wenn die Wahrnehmung der Polizei in der historischen Kriminalitätsforschung selektiv ist – es interessieren in erster Linie Fahndungsmethoden – wird die Polizei in einer engen Relation zu den vorherrschenden Gesellschaftskonzepten<sup>49</sup>, zum Kriminalisierungsprozess und zu den staatlichen Interventions- und Kon-

---

<sup>42</sup> Evans, *Polizei, Politik und Gesellschaft*, 627f.

<sup>43</sup> Emsley, *Crime, Police and Penal Policy*, 1 – 13, 56.

<sup>44</sup> Vgl. ebd., 57.

<sup>45</sup> Ebd., 9f.

<sup>46</sup> Ebd., 1.

<sup>47</sup> Ebd., 1f.

<sup>48</sup> Rebekka Habermas, Gerd Schwerhoff, „Vorbemerkungen“, in: dies. (Hg.), *Verbrechen im Blick: Perspektiven der neuzeitlichen Kriminalitätsgeschichte*, Frankfurt a. M. 2009, 9 – 16, 11; Xavier Rousseaux, „Entre politique, économie, société et culture: Réflexions historiographiques sur deux siècles d’histoire du crime et de la criminalisation“, in: Claudia Opitz, Brigitte Studer, Jakob Tanner (Hg.), *Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren*, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 21), Zürich 2006, 17 – 54, 24 – 26.

<sup>49</sup> Die historische Kriminalitätsforschung greift für das 19. Jahrhundert gerne auf Michel Foucault zurück. Die Präferenz hängt mit dem Schwerpunkt der Erforschung kriminologischer, psychiatrischer und medizinischer Diskurse zusammen. Vgl. Habermas, *Vorbemerkungen*, 11f.

trolltechniken wahrgenommen.<sup>50</sup> Die historische Kriminalitätsforschung bietet hiermit für die wissenschaftliche Polizeigeschichtsforschung im deutschsprachigen Raum eine willkommene Chance zur Weiterentwicklung, weil sie neue Blickwinkel auf die ordnungssichernden Organe und ihr Handeln eröffnet.

Der vorliegenden Arbeit liegt der Zugang zur Polizeigeschichte von Peter Nitschke und Clive Emsley zugrunde. Devianz und Delinquenz werden als treibende Faktoren für die Entstehung und institutionelle und konzeptuelle Entwicklung der modernen Polizei betrachtet. Die Obrigkeit reagierte auf sie, sobald sie das von der Norm abweichende Verhalten und die Kriminalitätsentwicklung als bedrohliche Herausforderungen ihrer Ordnungsvorstellungen empfand. Ausdrücklich nicht ausgeschlossen dabei ist, dass das Handeln der Polizei von Vorurteilen geprägt war, willkürlich sein konnte und dass die Macht der Polizei von politischen Akteuren zu ihren Gunsten missbraucht wurde oder dass es Interdependenzen zwischen der staatlichen Repression und der Reaktion von Unterdrückten gibt.

### 1.3 Forschungsstand und Quellenlage

Nach wie vor gilt die Feststellung von Karl Ebnöther-Bächtiger, dass in der Schweiz ein grosses Forschungsdefizit bezüglich der Polizei vor 1798 existiert.<sup>51</sup> Diese Aussage trifft auch für die ordnungssichernden Organe des Kantons Zürich zu. Für die Zeit des Ancien Régime liegen denn auch nur einige wenige Darstellungen vor. Die beiden älteren Werke von Jakob Müller<sup>52</sup> und Alfred Cattani<sup>53</sup> bieten im Rahmen von Gesamtdarstellungen der Geschichte der Kantonspolizei Zürich lediglich einen kurzen, groben und kursorischen Überblick über das 18. Jahrhundert. Sie betonen vor allem das Fehlen eines staatlichen Machtinstruments, die Unzulänglichkeiten der kommunalen Dorfwachen sowie anderer ordnungssichernder Organe im Kampf gegen das Bettler- und Diebeswesen und erwähnen die ernsthaften Anstrengungen der Obrigkeit von 1787 zur Bewältigung des Problems. Die Autoren benutzen ihre düsteren Schilderungen der Zustände des Ancien Régime und ihrer ordnungssichernden Organe sowie jene der Helvetik, um die Gründung des Landjägerkorps von 1804 in einem umso helleren Licht erscheinen zu lassen. Müller legt dabei das Schwergewicht auf den organisatorischen

---

<sup>50</sup> Vgl. Claudia Opitz, Brigitte Studer, Jakob Tanner, „Einleitung“, in: Claudia Opitz, Brigitte Studer, Jakob Tanner (Hg.), *Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren*, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 21), Zürich 2006, 9 – 15.

<sup>51</sup> Karl Ebnöther-Bächtiger, *Polizeigeschichte in der Schweiz: Literaturbericht*, Zürich 1995, 15. Der Befund wurde für Deutschland bestätigt durch: Gerhard Fritz, *Eine Rotte von allerhandt rauberischem Gesindt: Öffentliche Sicherheit in Südwestdeutschland vom Ende des Dreissigjährigen Krieges bis zum Ende des Alten Reiches*, (Habil.), (Stuttgarter historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte 6), Ostfildern 2004, 33, 458. Neuere Publikationen beginnen, diese Lücke langsam zu füllen. Zu erwähnen sind hier v. a. die Publikationen, die im Umfeld der 200 Jahrfeiern der Polizeikörpers 2004 erschienen sind und inhaltlich von den Staatsarchiven verantwortet worden sind. Vgl. als Beispiele: Franz Kiener, *Im Einsatz für Sicherheit, Ruhe und Ordnung*, hg. von der Kantonspolizei Luzern, Luzern 2003, 11 – 30; Erwin Horat, Oliver Landolt, *Festschrift 200 Jahre Kantonspolizei Schwyz*, (Schwyzer Hefte 83), Einsiedeln 2004; Harschier, *Landjäger, Polizist: 200 Jahre Kantonspolizei Nidwalden*, hg. vom Historischen Verein Nidwalden, Stans 2008. Die jüngeren Darstellungen sind jedoch immer noch wissenschaftlich fundierte Überblicksdarstellungen und keine umfassenden polizeihistorischen Untersuchungen.

<sup>52</sup> Jakob Müller, *Geschichte der Kantonspolizei Zürich*, in: *Festschrift zur Feier des 25 jährigen Bestehens des Vereins der Kantonspolizei Zürich 1909 – 1934*, Zürich 1934, 1 – 99, insbes. 7 – 13.

<sup>53</sup> Alfred Cattani, *Licht und Schatten: 150 Jahre Kantonspolizei Zürich*, Zürich 1954, insbes. 9 – 43.

Aufbau der Kantonspolizei im 19. Jahrhundert und den Kampf gegen die Kriminalität. Cattani lenkt den Blick auf die Entstehung des neuen Landjägerkorps als Ordnungsfaktor zu Sicherung des modernen zürcherischen Staatswesens. Beide Autoren verzichten auf eine Analyse der ordnungssichernden Organe des 18. Jahrhunderts. Weder Müller noch Cattani genügen wissenschaftlichen Ansprüchen. Sie sind als Jubiläumsschriften einer populär-deskriptiven, auf ein breites Publikum ausgerichteten Geschichtsschreibung verpflichtet.

Die grosse Forschungslücke zur Geschichte der Polizei in Zürich im 18. Jahrhundert begann erst Franz Züsli-Niscosi mit seiner Dissertation von 1967 zu füllen.<sup>54</sup> Züsli-Niscosi hat darin vor allem für die Stadt Zürich die Behörden und Organisationen detailliert umschrieben, welche Aufgaben der Gefahrenabwehr übernommen hatten. Sein 1984 erschienener Artikel zur städtischen Wacht- und Patrouillenkommission bietet eine wertvolle Ergänzung dazu.<sup>55</sup> Die Zürcher Landschaft blieb für Züsli-Niscosi hingegen ein unbeackertes Feld. Seine wenigen Ausführungen zu diesem Thema sind leider nur rudimentär.<sup>56</sup> 1996 legte Stephan Howeg eine Lizentiatsarbeit zur zürcherischen Polizeigeschichte an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert vor. Sie interpretiert den Weg von den ordnungssichernden Organen des Ancien Régime zum militärisch organisierten Landjägerkorps von 1804 mit den Theorien Michel Foucaults und Gerhard Oestreichs.<sup>57</sup> Howeg basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen von Züsli-Niscosi und kommt für die Polizeigeschichte des 18. Jahrhunderts zum Schluss, die Strukturveränderungen, welche in der Entwicklung der ordnungssichernden Organe zu beobachten sind, dienten dem Regiment als Repressionsinstrument zur Disziplinierung der Gesellschaft. Die Quelleninterpretation Howegs ist leider äusserst eng ausgerichtet und berücksichtigt lediglich jene Aspekte, die seine These untermauern. Die neuste Übersichtsdarstellung der frühen Geschichte der Kantonspolizei Zürich stammt von Meinrad Suter.<sup>58</sup> Ihm ist es erstmals gelungen, die Entwicklung der kantonalen Polizei im 19. und 20. Jahrhundert auf einer breiten wissenschaftlichen Basis zu schildern. Das kurze Kapitel zu den „Polizeianstalten des Kantons Zürich vor 1804“ lässt die Verbindungen des modernen Landjägerkorps zu den ordnungssichernden Organen des 18. Jahrhunderts erstmals augenscheinlich werden. Suter kann-

---

<sup>54</sup> Franz Züsli-Niscosi, Beiträge zur Geschichte der Polizei-Organisation der Republik Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, (Diss.), (Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft NF 276), Zürich 1967.

<sup>55</sup> Franz Züsli-Niscosi, „Die Wacht- und Patrouillen-Kommission in der Alten Republik Zürich des 18. Jahrhunderts“, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1985, Zürich 1984, 131 – 165. Der Artikel hat den wesentlichen Nachteil, dass er sich auf den Beginn und das Ende der Kommissionstätigkeit konzentriert und die Entwicklung des Gremiums und seiner Tätigkeit nicht darstellt. Züsli-Niscosi untersuchte in allen seinen Arbeiten vornehmlich Behörden und Funktionen mit polizeilichen Befugnissen im modernen Wortsinn. Es ist in der modernen Policy- und Polizeigeschichtsschreibung aber unabdingbar, das umfassende Ordnungsverständnis und die präventive Gefahrenabwehr übergreifenden, patriarchalischen Schutzvorstellungen des Regiments vor 1798 als Grundlage für die Bearbeitung von polizeugeschichtlichen Fragestellungen zu nehmen. Die Liste der von Züsli-Niscosi angeführten Amtsträger bedarf aus diesem Grund einer wesentlichen Erweiterung und die Tätigkeitsfelder der ordnungssichernden Organe müssen im Lichte des zeitgenössischen Selbstverständnisses der Obrigkeit neu betrachtet werden.

<sup>56</sup> Die ordnungssichernden Institutionen und Ämter der Landschaft gehörten – von Winterthur abgesehen – auch nach Züsli-Niscosi nicht zu den Interessengebieten der historischen Forschung. In neueren ortsgeschichtlichen Darstellungen finden sich jeweils nur vereinzelte Hinweise oder anekdotische Verweise auf die Praxis der Ordnungssicherung in den Kommunen. Ebenso wurden die policeylichen und ordnungssichernden Aufgaben der politischen Ämter auf der Landschaft in der Fachliteratur nur mehr oder weniger ausführlich behandelt.

<sup>57</sup> Stephan Howeg, Fiktion und Faktizität: Von der „Guten Policy“ zur „Cantonal-Policy Zürich“ am Wendepunkt und Neubeginn der Mediation, (Liz.), Zürich 1996.

<sup>58</sup> Meinrad Suter, Kantonspolizei Zürich 1804 – 2004, hg. im Auftrag der Kantonspolizei Zürich und des Staatsarchivs des Kantons Zürich, Zürich 2004.

te angesichts des Konzepts des Jubiläumsbandes jedoch keine neuen Grundlagenforschungen zum Thema bieten.<sup>59</sup>

Seit den 1960er Jahren kann die Zürcher Polizeigesichtsforschung von einer Reihe von historischen Arbeiten, welche Themen der öffentlichen Sicherheit aufnahmen, direkt und indirekt profitieren. Zu den jüngeren Werken zählen Rolf Grabers konflikt- und protestgeschichtliche Untersuchungen zu den Unruhen in der Stadt und auf der Landschaft in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts<sup>60</sup>, Christian Casanovas Erkenntnisse zur städtischen Ordnungssicherung in der Nacht<sup>61</sup> sowie Markus Brühlmeiers und Beat Frei Klärung der Frage nach der Rolle der Zünfte bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Stadt<sup>62</sup>. Die historische Armutsforschung stellt bis anhin leider lediglich die Entwicklung der staatlichen Armutsinstitutionen in den Mittelpunkt.<sup>63</sup> Sie verpasste es den Umgang der staatlichen Organe mit den Armen oder anderen Randgruppen zu untersuchen.<sup>64</sup> Aus der Rechtsgeschichte schliesslich ist der erhellende Beitrag von Lukas Gschwend zum Beweisverfahren zu erwähnen.<sup>65</sup>

Die Forschungsergebnisse zum Zürcher Policeybegriff des 18. Jahrhunderts sind sehr bescheiden. Franz Züsli-Niscosi blieb in seinem 1984 erschienenen Beitrag zum Zürcher Policeybegriff vor 1798 unspezifisch.<sup>66</sup> Die Dissertation von E. Bosshart von 1910 enthält zwar eine Fülle von wichtigem Quellenmaterial, kann aber den Ansprüchen einer modernen Policeygeschichtsforschung längst nicht mehr genügen.<sup>67</sup> Bosshart vertritt eine überzeichnete liberale Sichtweise auf die politischen und sozialen Verhältnisse des 18. Jahrhunderts, die das

---

<sup>59</sup> Abgesehen von Gesamtdarstellungen gehen auch die Publikationen rund um die Gründung des Landjägerkorps von 1804 auf die der Schaffung eines modernen Polizeikorps vorangehenden Verhältnisse ein. Sie bringen jedoch, in Bezug auf die Fragestellung der vorliegenden Arbeit, keine Erkenntnisse, die über die existierende Literatur hinaus gehen. Sie konzentrieren sich vornehmlich auf die Ereignisse vor, während und nach dem Bockenrieg von 1804 als dem auslösenden Moment für die Gründung des Landjägerkorps. Als repräsentatives Beispiel: René Bieri, „Die Landjägerkorps“, in: Joseph Jung (Hg.), *Der Bockenrieg 1804: Aspekte eines Volksaufstandes*, Zürich 2004, 131 – 167.

<sup>60</sup> Rolf Graber, *Bürgerliche Öffentlichkeit und spätabolutistischer Staat*, (Diss.), Zürich 1993 und ders., *Zeit des Teilens: Volksbewegungen und Volksunruhen auf der Zürcher Landschaft 1794 – 1804*, (Habil.), Zürich 2003.

<sup>61</sup> Christian Casanova, *Nacht-Leben: Orte, Akteure und obrigkeitliche Disziplinierung in Zürich 1523 – 1833*, (Diss.), Zürich 2007.

<sup>62</sup> Markus Brühlmeier, Beat Frei, *Das Zürcher Zunftwesen*, Band 2, Zürich 2005.

<sup>63</sup> Alice Denzler, *Geschichte des Armenwesens im Kanton Zürich im 16. und 17. Jahrhundert*, (Diss.), (Zürcher Volkswirtschaftliche Studien NF 7), Zürich 1920; Berta Keller, *Das Armenwesen des Kantons Zürich vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Armengesetz des Jahres 1836*, (Diss.), Winterthur 1935.

<sup>64</sup> Eine Ausnahme bildet hier: Frauke Sassnick, *Armenpolitik zwischen Helfen und Strafen: Das Problem der Armut in Winterthur vom Ancien Régime zum 19. Jahrhundert*, (Diss.), (Neujahrsblatt der Stadtbibliothek Winterthur 320), Winterthur 1989. In ihrer Darstellung beschränkt sich Sassnick auf die spezifische Situation Winterthurs. Auch der Tagungsband der „Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ von 2002 thematisierte nur die Armenfürsorge. Vgl.: Hans-Jörg Gilomen, Sébastien Guex, Brigitte Studer (Hg.), *Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung: Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 18), Zürich 2002, 14.

<sup>65</sup> Lukas Gschwend, „Vom Geständniszwang zum rechtsstaatlichen Beweisverfahren zwischen 1750 und 1850“, in: Claudia Opitz, Brigitte Studer, Jakob Tanner (Hg.), *Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren*, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 21), Zürich 2006, 165 – 175.

<sup>66</sup> Züsli-Niscosi, *Wacht- und Patrouillenkommission*, 153f.

<sup>67</sup> E. Bosshart, *Das väterliche Regiment: eine positive Form des Polizeistaates*, (Diss.), Zürich 1910. Weitere Arbeiten, meist Dissertationen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, behandelten Teilbereiche aus der breiten Palette der Policey in Zürich. Auf sie wird weiter unten bei den entsprechenden Unterkapiteln verwiesen. Ihnen liegt in den meisten Fällen bedauerlicherweise der Policeybegriff Bossharts zugrunde.

Bild einer rein despotischen Obrigkeit zeichnet, welche die Policey missbrauchte, um persönliche Eitelkeiten zu befriedigen. Gerade die Arbeiten von Peter Blickle und seinem Umfeld haben aber aufgezeigt, dass Policey auch die Interessen der Bürger und Untertanen mit berücksichtigte.<sup>68</sup> Philip W. Kupper knüpfte in seiner 2009 publizierten rechtsgeschichtlichen Dissertation zu Polizeiverordnungen leider an der veralteten Darstellung der Policey von Bosshart an. Kupper geht darüber hinaus von unzutreffenden Analogien zwischen der Eidgenossenschaft und dem Reich aus.<sup>69</sup> Die Grundlagen für Fortschritte in der Zürcher Policeyforschung hat hingegen Claudia Schott-Volm gelegt. Sie präsentiert einen quantitativen Überblick über die in Zürich vorhandenen Policeygesetze und weist den Einfluss der Policeyordnungen des Reiches, im Besonderen des Schwäbischen Reichskreises, auf die zürcherischen Mandate nach.<sup>70</sup> Schott-Volm belegt die enge materielle Verwandtschaft der Policeyordnungen im Reich und in Zürich.

Weitere Inputs sind der Verfassungsgeschichte von Stadt und Landschaft<sup>71</sup> sowie den Forschungen zum politischen Selbstverständnis und den politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen des Regiments zu entnehmen.<sup>72</sup>

Die vorliegende Untersuchung basiert auf einer soliden Quellenbasis. Das politische Selbstverständnis und die politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen des Zürcher Regiments können aufgrund der gedruckten zeitgenössischen, offiziellen Darstellungen sowie aufgrund von ausgewählten Texten, Reden und Predigten von Amtsträgern zwischen 1750 und 1798 rekonstruiert werden. Die Umschreibung der Aufgaben, der Tätigkeiten und der Entwicklung der ordnungssichernden Organe gründet auf der systematischen Auswertung der umfangreichen Mandatssammlung des Zürcher Regiments des gesamten 18. Jahrhunderts und der Ausgaben der Memorabilia Tigurina von 1742 und 1790 sowie dem „Politischen Hand-

---

<sup>68</sup> Blickle, Peter, Peter Kissling und Heinrich Richard Schmidt (Hg.), *Gute Policey als Politik im 16. Jahrhundert: Die Entstehung des öffentlichen Raumes in Oberdeutschland*, (Studien zu Policey und Policeywissenschaft), Frankfurt a. M., 2003.

<sup>69</sup> Philip W. Kupper, *Die kommunalen Zürcher Polizeiverordnungen der Städte Zürich und Winterthur: Eine rechtshistorische Studie zu deren Entwicklung von Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 61), Zürich 2009, 5 – 11.

<sup>70</sup> Claudia Schott-Volm, „Policey in der Schweiz: Das Beispiel Zürich“, in: *Policey im Europa der Frühen Neuzeit*, hg. von Michael Stolleis, (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 83), Frankfurt a. M. 1996, 489 – 508. Weitere Ergebnisse sind vom breit angelegten Forschungsprojekt des Max-Planck Institutes für europäische Rechtsgeschichte zu erwarten, das die frühneuzeitlichen Policeyordnungen, auch diejenigen von Zürich, erschliesst und auswertet. Vgl.: Karl Härter, Michael Stolleis (Hg.), *Repertorium der Policeyordnungen der Frühen Neuzeit*, Band 7: *Orte der Schweizer Eidgenossenschaft: Bern und Zürich*, hg. von Claudia Schott-Volm, (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 204), Frankfurt a. M., 2006.

<sup>71</sup> Vgl. dazu als eine der jüngsten Zusammenfassungen zur Verfassungsgeschichte. Vgl. auch die dort aufgeführten, gängige Literatur: Stefan G. Schmid, *Die Zürcher Kantonsregierungen seit 1803*, (Diss.), (Studien zum öffentlichen Recht 143), Zürich 2003, 3 – 14. Immer noch lesenswert ist auch: G. Finsler, *Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts*, Zürich 1884.

<sup>72</sup> Conrad Ulrich, „Das 18. Jahrhundert“, in: *Geschichte des Kantons Zürich*, Band 2, Zürich 1996, 364 – 511, bes. 365 – 371; ders., „Das Selbstverständnis des zürcherischen Regiments“, in: Helmut Holzhey, Simone Zurbuchen (Hg.), *Alte Löcher – neue Blicke: Zürich im 18. Jahrhundert: Aussen- und Innenperspektiven*, Zürich 1997, 53 – 63, 54; Simone Zurbuchen, *Patriotismus und Kosmopolitismus: Die Schweizer Aufklärung zwischen Tradition und Moderne*, Zürich 2003; Béla Kapossy, „Introduction: From Republicanism to Welfare Liberalism“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 50 (2000), Nr. 3, 275 – 303, 292; Thomas Maissen, *Die Geburt der Republic: Staatsverständnis und Repräsentation in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft*, (Habil.), (Historische Semantik 4), Göttingen 2006, 297 – 429. Vgl. die weiteren darin zitierten Werke Maissens.

buch“ von David von Wyss von 1796. Die Ratsmanuale, die ungedruckten Protokolle und Gutachten der Wacht- und Patrouillenkommission sowie der Reformatiionskammer der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts liefern neue Erkenntnisse zur frühen Zürcher Polizeigeschichte und dienen zur Erläuterung der normativen Quellen. Die Eidgenössischen Abschiede zur Thematik des Bettel-, Vagierenden- und Migrantenwesens seit der Mitte des 16. Jahrhunderts erlauben zudem eine Bezugnahme zur Polizeigeschichte in der alten Eidgenossenschaft.

Die Quellenbestände im Staatsarchiv Zürich und in der Zentralbibliothek Zürich sind gut erschlossen. Sie erlauben eine umfassende Bearbeitung der Fragestellung.

## **1.4 Aufbau der Arbeit**

Die Arbeit beginnt mit einer Darstellung des politischen Machtgefüges des Zürcher Stadtstaates, so wie es sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts präsentierte (Kapitel 2). Sie skizziert zum einen den historisch gewachsenen institutionellen Aufbau des Regiments und zum anderen die Herrschaftspraxis der Obrigkeit in der Stadt und auf der Landschaft. Eng mit dem politischen System verwoben sind das politische Selbstverständnis und die politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Obrigkeit (Kapitel 3). Es geht hierbei darum, die Einflüsse des aufgeklärten Patriarchalismus, insbesondere des Frühaufklärers Christian Wolff und des politischen Patriotismus als politische Reformbewegungen des 18. Jahrhunderts auf das politische Selbstverständnis und die vorherrschenden Ordnungsvorstellungen des klassischen Republikanismus zu identifizieren. Das politische Selbstverständnis und die politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen umschreiben den Anspruch der Obrigkeit an die Bürger der Stadt und die Einwohner der Landschaft, der mittels der ordnungssichernden Organe zum Durchbruch gebracht werden soll. Dieser Anspruch wandelte sich im 18. Jahrhundert durch die politischen Entwicklungen. Er spiegelt sich in der inhaltlichen Prägung des Zürcher Policeybegriffs direkt wieder (Kapitel 4).

Nach der Klärung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen widmen sich die beiden folgenden Kapitel den Verantwortlichkeiten, Aufgaben, Kompetenzen, Problemstellungen und dem Handeln der ordnungssichernden Organe in der Stadt und auf der Landschaft bei der Verfolgung von Delinquenz und Devianz. Die Darstellung folgt dabei eng der zeitgenössischen Bedrohungseinschätzung. Die Obrigkeit nahm in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zum einen eine deutliche Gefahr aus dem Innern der Gesellschaft wahr. Dazu zählten – aus der Sicht der Obrigkeit – die Infragestellung der Stabilität der Gesellschaft, des politischen Systems oder der wirtschaftlichen Interessen des Staates und die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung oder des Schutzes der Gesundheit der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Grundversorgung durch Frevel, welche stark durch die religiösen und republikanischen Wertvorstellungen geprägt waren (Kapitel 5). Zum anderen erkannte das Regiment vor dem Hintergrund der europäischen Kriege des 18. Jahrhunderts und der Agrarkrisen des Ancien Régime Bedrohungen, die von aussen auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wirkten. Dies war in erster Linie der anhaltende Zustrom von fremden Bettlern, Vagierenden und Migranten und die zunehmende Furcht vor Diebes- und Räuberbanden, aber auch die für die Obrigkeit schwer einzuordnenden einheimischen Bettler, die aus obrigkeitlicher Perspektive

ausserhalb der Gesellschaft standen (Kapitel 6). In beiden Kapiteln liegt das Schwergewicht auf der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen der Bedrohungswahrnehmung durch das Regiment und der Entwicklung von Gegenmassnahmen durch die Obrigkeit.

Das Schlussfazit fasst die zentralen Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zusammen (Kapitel 7).

## **2. Der Zürcher Stadtstaat im 18. Jahrhundert**

### **2.1 Die politische Verfassung Zürichs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts**

#### **2.1.1 Die Entwicklungen der Verfassung der Stadt Zürich von 1336 bis 1713**

Der so genannte „Erste Geschworene Brief“ beschnitt nach der Brunschen Zunftrevolution die Macht der bis 1336 allein regierenden Ritter und der bürgerlichen Patrizier, indem er die schliesslich zwölf Handwerkerzünfte gleichberechtigt am Regiment der Stadt beteiligte. Zudem wurde das neue Amt des Bürgermeisters eingerichtet und die ehemaligen regierenden Herren fasste die Zunftverfassung in der Gesellschaft zur Konstaffel zusammen.<sup>73</sup> Innerhalb der Zünfte setzte um die Mitte des 14. Jahrhunderts eine Entwicklung ein, die zur Einschränkung des Mitbestimmungsrechts der Zunftgenossen durch die Zunftmeister führte. In der Herrschaftszeit Hans Waldmanns kam diese Machtkonzentration zu einem Höhe- und Wendepunkt. Der Sturz des Zunftmeisterkollegiums 1485 und die nachfolgenden nächsten Revisionen des „Geschworenen Briefes“ von 1489 und 1498 brachten wieder eine stärkere Bindung der politischen Institutionen an die Zünfte und eine Reduzierung der für die Konstaffler vorgesehenen Sitze im Kleinen und im Grossen Rat.<sup>74</sup> Die Macht verlagerte sich in den Kleinen Rat zurück. Die politische Verfassung hatte um 1500 nun jene Grundgestalt erreicht, die sie bis zu ihrem Ende 1798 im Wesentlichen beibehalten sollte.

In den folgenden 300 Jahren fanden vor dem Hintergrund der Loslösung der Eidgenossenschaft vom Reich, der Reformation und der wirtschaftlichen Entwicklung weitere Ausdifferenzierungsprozesse und Verschiebungen zwischen den politischen Institutionen statt.

Nach 1498 kam es innerhalb der Zünfte zu einer Oligarchisierung und zur Möglichkeit der freien Zunftwahl des nichtzünftischen Gewerbes. Mittelfristig hatte dies zur Folge, dass in allen Zünften die Rentiers und die Kaufleute die politische Bedeutung der Handwerker zu unterlaufen begannen. Dieser Prozess verstärkte sich durch die erleichterte soziale Mobilität nach der Reformation und den Aufschwung des Verlagswesens um die Mitte des 16. Jahrhunderts. Dies brachte für Zürich langfristig, d. h. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, einen zweiten Oligarchisierungsschub und die Herausbildung eines Magistratenstandes. Der Einfluss von einzelnen Familien auf die politischen Prozesse nahm zu, während die Handwerker zu Minderheiten in den Räten absanken.<sup>75</sup> Die letzte Änderung der Verfassung im „Siebten Ge-

---

<sup>73</sup> Die neue Machtverteilung führte zu einem latenten Machtkonflikt zwischen den beiden Parteien. Nach dem Tode Rudolf Bruns revidierten die Bürger der Stadt Zürich im so genannten „Zweiten Geschworenen Brief“ von 1373 den Wahlmodus für den Kleinen Rat zuungunsten der städtischen Ritterschaft und des Patriziates. In den weiteren Revisionen des „Geschworenen Briefes“ von 1383 und 1392 gelang es den Zünften, das politische Schwergewicht vom paritätisch besetzten Kleinen Rat auf den sich um die Mitte des 14. Jahrhunderts gebildeten Grossen Rat zu verlagern, in dem die Zünfte die Mehrheit besaßen.

<sup>74</sup> Vgl. zur Konstaffel: Martin Illi, Die Constaffel in Zürich: Von Bürgermeister Rudolf Brun bis ins 20. Jahrhundert, hg. von der Gesellschaft zur Constaffel in Zürich, Zürich 2003.

<sup>75</sup> Zu Konflikten kam es deswegen jedoch nur selten. Der Grund dafür lag in den gemeinsamen Interessen, welche die Verleger und Unternehmer auf der einen und die Handwerker auf der anderen Seite gegenüber der unterprivilegierten Landschaft besaßen. Als aber im Jahr 1712 ein Handwerkerstreit nicht in den entsprechenden Zunftgremien sondern im Grossen Rat zur Sprache gebracht wurde, kam es zu Unruhen in der Stadt. Das Ergebnis des Konflikts war ein Jahr später die sechste Revision des „Geschworenen Briefes“. Er brachte die ausdrück-



schworenen Brief“ von 1713 brachte aus verfassungsrechtlicher Perspektive nur eine bescheidene Revision.<sup>76</sup> Eine weiter gehende Reform der zürcherischen Verfassung war zu Beginn des 18. Jahrhunderts nahezu ausgeschlossen, weil ansonsten das Funktionieren der staatlichen und gesellschaftlichen Mechanismen, die auf einem empfindlichen Gleichgewicht des ganzen Regierungssystems beruhten, gefährdet gewesen wäre, wie Otto Sigg festgestellt hat.<sup>77</sup>

Die Verfassungswirklichkeit Zürichs im 18. Jahrhundert ist in der Tat nicht allein aus dem Institutionengefüge und den rechtlichen Bestimmungen der „Geschworenen Briefe“ abzulesen. Sie erhielt ebenso durch die langfristigen Folgen des Beitritts Zürichs in die Eidgenossenschaft (1351), der Reformation (1522/24), der Art und Weise der Herausbildung des Untertanengebietes im 15. Jahrhundert, des Prozesses der Oligarchisierung sowie der Entstehung einer wirtschaftlichen Elite im 17. und 18. Jahrhundert ein eigenes, zeittypisches Gepräge.<sup>78</sup> Für eine umfassende Würdigung des politischen Systems des 18. Jahrhunderts müssen deshalb, neben der Bedeutung der Zünfte, die oben genannten Faktoren und ihre Einflüsse in die folgenden Betrachtungen miteinbezogen werden. Erst dadurch wird es möglich, die Feinheiten des politischen Systems Zürichs im für die Fragestellung der Arbeit erforderlichen Masse zu erkennen und abzuschätzen, welche politischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung und den Einsatz der ordnungssichernden Organe in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts relevant waren.

### 2.1.2 Die Verfassung Zürichs nach 1713

Die politische Ordnung Zürichs im 18. Jahrhundert war über einen Zeitraum von rund 500 Jahren gewachsen.<sup>79</sup> Sie bildete am Ende ein fein strukturiertes Gebilde, das auf einem relativ labilen Kräfteausgleich der politischen Akteure beruhte.<sup>80</sup>

---

liche Betonung der Souveränität der ganzen Stadtgemeinde, verfehlte jedoch letztlich das Ziel der Bürgerschaft, die Macht der einflussreichen Sippen einzuschränken.

<sup>76</sup> Vgl. dazu: Ernst Saxer, Die zürcherische Verfassungsreform vom Jahr 1713 mit besonderer Berücksichtigung ihres ideengeschichtlichen Inhaltes, (Diss.), Zürich 1938.

<sup>77</sup> Staatsarchiv des Kantons Zürich (Hg.), Kleine Zürcher Verfassungsgeschichte, Zürich 2000, 34.

<sup>78</sup> Werner G. Zimmermann, „Verfassung und politische Bewegung“, in: Hans Wysling (Hg.), Zürich im 18. Jahrhundert, Zürich 1983, 9 – 34, 9.

<sup>79</sup> Die Zunftverfassung Zürichs in ihrer Entwicklung wurde schon oft und ausführlich dargestellt. Vgl. neben den in diesem Kapitel bereits angeführten Werken: Max Huber, Das Staatsrecht der Republik Zürich vor dem Jahr 1798, Separatdruck aus dem Schweizerischen Geschlechterbuch, Basel 1904, 9 – 27; Karl Dändliker, Geschichte der Stadt und des Kantons Zürich, dritter Band, Zürich 1912, 5 – 33; Leo Weiss, Verfassung und Stände des alten Zürich, Zürich 1938, 11 – 114; Paul Guyer, Verfassungszustände der Stadt Zürich im 16., 17. und 18. Jahrhundert unter der Einwirkung der sozialen Umschichtung der Bevölkerung, Zürich 1943; Anton Largiadèr, Geschichte von Stadt und Landschaft Zürich, Band 2, Zürich 1945, 7 – 19; Rudolf Schnyder, Zürcher Staatsaltertümer: Der Zürcher Staat im 17. Jahrhundert, (Aus dem Schweizerischen Landesmuseum 34), Bern 1975; Thomas Weibel, „Der zürcherische Stadtstaat“, in: Geschichte des Kantons Zürich, Band 2, Zürich 1996, 16 – 29; Schmid, Kantonsregierungen, 4 – 11.

<sup>80</sup> Die nachfolgende Darstellung der zürcherischen Verfassungsentwicklung beruht auf folgenden Darstellungen: Kleine Zürcher Verfassungsgeschichte, 13 – 34; Barbara Weinmann, Eine andere Bürgergesellschaft: Klassischer Republikanismus und Kommunalismus im Kanton Zürich im späten 18. und 19. Jahrhundert, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 153), Göttingen 2002, 47 – 60. Vgl. zur politischen Struktur Zürichs vor der Zunftverfassung: Jürg E. Schneider, „Von der Zähringerherrschaft zur Reichsstadt und zur Zunftverfassung“, in: Geschichte des Kantons Zürich, Bd. 1, Zürich 1995, 242 – 254.

Die regimentsfähigen, männlichen Zürcher waren auch im 18. Jahrhundert in den zwölf Handwerkerzünften und in der Gesellschaft zur Konstaffel organisiert. Der Grosse Rat (auch „Rat der Bürger“ oder „Rat der Zweihundert“ bzw. „CC“) galt als das die Bürgerschaft der souveränen Stadt repräsentierende Organ.<sup>81</sup> Er setzte sich aus je 12 Vertretern pro Zunft und 18 Abgeordneten der Konstaffel sowie den 50 Mitgliedern des Kleinen Rates zusammen. Die insgesamt 212 Mitglieder des Grossen Rates ergänzten sich durch Kooptation. Der „Rat der Bürger“ war mit der Gesetzgebungskompetenz (Mandate), der Steuer- und Münzhoheit, dem Erwerb von Territorien, der Neuaufnahme von Bürgern, dem Abschluss von Bündnissen, der Verabschiedung von Kriegserklärungen, der Bestimmung von Gesandten, der Wahl der Bürgermeister und von Mitgliedern des Kleinen Rates sowie der Besetzung der Vogteien, Ämter und weiteren „gemeinen bürgerlichen Diensten“<sup>82</sup> im Bewusstsein der Bürger weiterhin der eigentliche Träger der Souveränitätsrechte der Stadtrepublik Zürich. Die Kompetenzausscheidung zwischen dem Grossen und dem Kleinen Rat war allerdings nicht in allen Fällen eindeutig geregelt<sup>83</sup>, da sich der Grosse Rat vom Kleinen Rat nicht dadurch unterschied, dass er als Legislative bzw. der Kleine Rat als Exekutive betrachtet wurde, sondern der „Rat der Bürger“ lediglich eine Erweiterung des Kleinen Rates war, um wichtige Entscheide breiter abzustützen.<sup>84</sup> Die Aufgabe des Kleinen Rates bestand in der für die Bürger wichtigen Leitung der Tagesgeschäfte in der Stadt- und Staatsverwaltung, der für die Ordnungsvorstellung massgebenden Gesetzgebung, der Vorbereitung der Dossiers für den Grossen Rat und in der obersten Gerichtsbarkeit.<sup>85</sup> Der Kleine Rat wurde jährlich gewählt und setzte sich aus zwei Teilräten zusammen, die sich jährlich im Juni und im Dezember ablösten.

An der Spitze des Kleinen Rates standen die beiden Bürgermeister. Die weiteren Mitglieder rekrutierten sich aus Vertretern der Zünfte. Jede Handwerker Gilde bestimmte selbst zwei Mitglieder. Ein zusätzlicher Vertreter jeder Zunft wurde vom Grossen Rat ernannt. Die Konstaffel wählte ihre vier Kleinräte, zwei weitere kamen durch Wahl des Grossen Rates in den Kleinen Rat. Die sechs restlichen Ratssitze besetzte der Grosse Rat durch die freie Wahl von sechs Männern, ohne auf deren Zunftzugehörigkeit zu achten.

Der Kleine Rat bestimmte aus seinen Reihen die neun Standeshäupter. Darunter waren die beiden Bürgermeister, die vom Grossen Rat gewählt wurden und die sich halbjährlich in ihrem Amt ablösten, die vier „Obristenzunftmeister“ oder Statthalter, welche Stellvertreter- und Kontrollfunktionen der Bürgermeister wahrnahmen, die Verwalter des Staatsschatzes („Sackelmeister“) und die Verwalter der säkularisierten Klöster.

---

<sup>81</sup> Huber, Staatsrecht, 9.

<sup>82</sup> Hans Heinrich Bluntschli, *Memorabilia Tigurina oder Merkwürdigkeiten der Stadt und Landschaft Zürich*, dritte vermehrte Auflage, Zürich 1742, 345.

<sup>83</sup> Huber, Staatsrecht, 13.

<sup>84</sup> Guyer, *Verfassungszustände*, 36. Nach Stefan G. Schmid war in Zürich die Gewaltenteilung nicht bekannt. Vielmehr lag der Konstruktion der politischen Institutionen die Vorstellung der Gewaltdreieit zugrunde. „Die verschiedenen Staatsfunktionen wurden also nicht ausgeschieden oder differenziert, sondern bei den obrigkeitlichen Räten vereinigt und höchstens aus Gründen der zweckmässigen Arbeitsteilung verschiedenen Organen oder Personen übertragen.“, Schmid, *Kantonsregierungen*, 9.

<sup>85</sup> Zimmermann, *Verfassung*, 11; Mit dem Ehe- und dem Stadtgericht hatte sich aber in der Stadt Zürich bereits auch eine eigene Gerichtsorganisation herausgebildet.

## 2.2 Die Verwaltungsstrukturen im Ancien Régime

Zum Stadtstaat Zürich gehörte eine Administration.<sup>86</sup> In der Kanzlei gab es eine Reihe von Stabsstellen, wie den Stadtschreiber, den Unterschreiber, zwei Substitute, den Grossweibel und den Ratsschreiber. Der überwiegende Teil der Verwaltungsaufgaben der Stadt wie auch die Rechtsprechung erfolgte jedoch zunächst noch durch die Ratsherren selbst. Bluntschli nennt nicht weniger als 49 obrigkeitliche Kollegien, Kommissionen und Tribunalien, die teilweise nur durch Mitglieder des Kleinen Rates, zumeist aber durch Vertreter beider Räte besetzt wurden.<sup>87</sup> Sie bildeten die höchste Verwaltungsebene des Stadtstaates. In der Regel besass jede obrigkeitliche Kommission und jedes Gericht einen eigenen Schreiber. Die Kollegien und Kommissionen delegierten zu ihrer Entlastung Geschäfte zur Erledigung oder zur Vorberatung an spezielle Kommissionen und Räte. In diesen Gremien waren oft auch Experten vertreten, was nach Rudolf Braun zu einer optimaleren und effektiveren Technik des Regierens und Verwaltens beitrug.<sup>88</sup>

Der Rechen<sup>89</sup>-, der Kriegs- und der Sanitätsrat, sowie die Reformationskammer und das Kaufmännische Direktorium gehörten zu den wichtigsten Kommissionen. Der so genannte Geheime Rat nahm im Gefüge des zürcherischen Regierungs- und Verwaltungssystems im Laufe des 18. Jahrhunderts zunehmend eine einflussreichere Position ein. Stefan G. Schmid nennt ihn die „Regierung im engeren Sinn, die eigentliche, tatsächliche Obrigkeit“.<sup>90</sup> Der Rat war zu Beginn des Dreissigjährigen Krieges als ein Gremium eingesetzt worden, in dem die Standeshäupter dringende oder diskrete Staatsgeschäfte vorbereiteten.<sup>91</sup> Seit 1717 hatte er auch den Auftrag, ohne besonderen Anlass zusammenzutreten und „Wohlstand des lieben Vaterlandes in sorgfältiger Berathschlagung zu nehmen.“<sup>92</sup>

Die städtische Verwaltung hatte sich im Zeitraum zwischen dem Beitritt Zürichs zur Eidgenossenschaft 1351 und der Konsolidierung der reformatorischen Umgestaltungen in der Mitte des 16. Jahrhunderts gebildet und geformt. Sie veränderte sich bis zum Ende des Ancien Régime strukturell kaum mehr.<sup>93</sup>

---

<sup>86</sup> Zur Verwaltung im Ancien Régime vgl.: Martin Illi, Von der Kameralistik zum New Public Management: Geschichte der Zürcher Kantonsverwaltung von 1803 – 1998, hg. vom Regierungsrat des Kantons Zürich, Zürich 2008, 15 – 25.

<sup>87</sup> Bluntschli, *Memorabilia* 1742, 348 – 353; vgl. auch: Guyer, *Verfassungszustände*, 36 – 46. Illi, *Kameralistik*, Tabelle 63.

<sup>88</sup> Rudolf Braun, *Das ausgehende Ancien Régime in der Schweiz: Aufriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts*, Göttingen 1984, 227.

<sup>89</sup> Vgl. zur Bedeutung des Rechenrates: Anton Largiadèr, „Die Anfänge der zürcherischen Landschaftsverwaltung“, in *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 12(1932), 1 – 44, 15 – 41.

<sup>90</sup> Schmid, *Kantonsregierungen*, 8.

<sup>91</sup> Bluntschli, *Memorabilia* 1742, 348.

<sup>92</sup> So die Formulierung im Stadtschreibermanual vom 28. Januar 1717, zitiert in: Guyer, *Verfassungszustände*, 43. Vgl. zum „Geheimen Rat“ auch: Ekkehart Fabian, *Geheime Räte in Zürich, Bern, Basel und Schaffhausen*, (Schriften zur Kirchen- und Rechtsgeschichte 33), Köln, Wien 1974.

<sup>93</sup> Largiadèr, *Landschaftsverwaltung*, 43; Illi, *Kameralistik*, 15.

## 2.3 Der polyarchische Obrigkeitsstaat des 17. und 18. Jahrhunderts

Eine intensive Rezeption der westeuropäischen Staatsrechtslehre in Zürich im 17. und 18. Jahrhundert brachte innerhalb der bestehenden Verwaltungsstrukturen die Bildung einer Verwaltungselite hervor. Dies mündete schliesslich in einer Intensivierung der Staatstätigkeit.<sup>94</sup> Der Herrschaftsausbau erfolgte seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in einem Prozess der Säkularisierung des Zürcher Staatsideals und der Formierung der „Republic Zürich“.<sup>95</sup> Beide Pfade der Staatsbildung<sup>96</sup> kamen in Zürich im Vergleich zu anderen eidgenössischen Städteorten erst relativ spät zu einem vorläufigen Abschluss, nämlich nach dem Aufbrechen der aufklärerischen Gesellschaftskritik in den frühen 1770er Jahren.<sup>97</sup> Sie drückten sich in einer Zunahme der obrigkeitlichen Kompetenzen und Ordnungsbedürfnisse aus.<sup>98</sup> Dazu gehörte wesentlich eine verstärkte Institutionalisierung obrigkeitlicher Kommissionen, die Rückbindung von Patronage und Klientelismus durch verschärfte Wahlvorschriften, eine starke Zunahme gesetzgeberischer Regelungen und Mandate, eine Heeresreform, die obrigkeitliche Kontrolle des Söldnerwesens sowie die Verstaatlichung des Salzmonopols. Damit gingen auch eine Differenzierung behördlicher Aufgaben und eine arbeitsteilige Spezialisierung einher. Sie generierte eine Nachfrage nach mehr Fachwissen und benötigte neue Techniken im Umgang mit Wissen und der durch die Verschriftlichung anfallenden Datenmengen. Das hiess konkret: Anlegen von Sammlungen, Katalogen, Archiven, Indizes, Exzerpten und Kopien, aber auch Lektüre, Memorisierung und Kommunikation.<sup>99</sup>

Der Reformschub und das Modernisierungspotenzial, welches in den Tätigkeiten der Kommissionen lag, wurde von der Forschung bisher in den Bereichen der Landwirtschaft, des Forst- und des Gesundheitswesens sowie im Militärwesen und primär für das letzte Viertel des 18. Jahrhunderts ausführlich nachgewiesen.<sup>100</sup> Die Gesamtausrichtung des Staatsbildungsprozesses der Republik Zürich im 18. Jahrhundert basierte jedoch auf einem viel umfassenderen und übergeordneten Ansatz. Sie war schliesslich eine Fokussierung auf die „polyarchische Variante des nach Absolutheit strebenden frühneuzeitlichen Obrigkeitsstaats, der Herrschaft über eine zunehmende Verwaltungstätigkeit, Verschriftlichung und die ‚gute Policy‘ ungezählter Mandate“ intensivierte.<sup>101</sup> Diese Republik war nur in dem Sinne freiheitlich, als sie sich ausländische Eingriffe verbat. Im Unterschied zu europäischen Monarchien war die Herrschaft in Zürich jedoch nicht auf eine Person ausgerichtet, sondern auf die Gremien des Regiments verteilt. Sie schloss über die Geschworenen Briefe, dem zürcherischen Gesellschaftsvertrag, theoretisch auch alle Bürger der Stadt mit ein. Eine Veränderung der Fundamentalsatzung war im 18. Jahrhundert demnach durchaus denkbar, aber nur als Konsens der

---

<sup>94</sup> Ulrich Pfister, „Politische Eliten im frühneuzeitlichen Zürich“, in: Peter Niederhäuser (Hg.), *Alter Adel - neuer Adel?: Zürcher Adel zwischen Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Band 70, 167. Neujahrsblatt), Zürich 2003, 211 – 230, 225.

<sup>95</sup> Maissen, *Republic*, 297 – 429.

<sup>96</sup> Ebd., 424.

<sup>97</sup> Ebd., 427; Thomas Maissen, „Petrus Valkeniers republikanische Sendung: Die niederländische Prägung des neuzeitlichen schweizerischen Staatsverständnisses“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 58(1998), Nr. 2, 149 – 176, 174.

<sup>98</sup> Maissen, *Republic*, 424.

<sup>99</sup> Ebd., 424.

<sup>100</sup> Pfister, *Eliten*, 227.

<sup>101</sup> Maissen, *Republic*, 544.

verschiedenen Stände und nicht als Ergebnis der Ermittlung von demokratischen Mehrheitsverhältnissen unter Beobachtung des Grundsatzes gleichberechtigter Individuen. In Zürich drehte sich die Diskussion im 18. Jahrhundert denn auch noch nicht um die Regelung der generellen politischen Partizipation, sondern um das Widerstandsrecht in Ausnahmesituationen.<sup>102</sup>

Die politische und strukturelle Entwicklung des Regiments im 17. und 18. Jahrhundert schlug sich auch in den Sozialstrukturen und der personellen Zusammensetzung des städtischen Regiments nieder. Die politisch vollberechtigten Bürger der Stadt hatten zwar, statistisch betrachtet, eine grosse Chance, der politischen Elite anzugehören. Im 17. Jahrhundert fand jedoch eine Abschliessung der Herrschaftskreise auf die soziale und wirtschaftliche Elite statt.<sup>103</sup> An der Wende zum 18. Jahrhundert erfolgte eine zusätzliche Binnendifferenzierung in eine Funktionselite der Magistraten, welche nach und nach die Kernbereiche der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit übernahmen, und in eine Führungsschicht der Textilkaufleute.<sup>104</sup>

Die Tendenz, in der Stadt Zürich im 18. Jahrhundert die Staatsämter schliesslich nur noch durch wenige Familien und in deren Interesse zu besetzen, wurde zwar auf der einen Seite durch die ökonomischen und bildungsmässigen Vorbedingungen gefördert, stiess aber auf der anderen Seite beim Wahlverfahren an eine Grenze. Die Kleinräte wurden immer noch von den handwerklich dominierten Zunftvorständen gewählt<sup>105</sup>, was für die Kleinräte zu einem Gebot führte, auf deren politische Anliegen Rücksicht zu nehmen.

Die Herrschaftstechnik und der Herrschaftsstil erhalten allein aufgrund dieser Tatsache eine eigene Note: Gewisse harsche, absolutistisch-arbiträre Akzente fehlten oder seien doch wenigstens gemildert, charakterisiert Rudolf Braun den daraus resultierenden politischen Stil in der Stadt Zürich.<sup>106</sup> Obwohl in Zürich für den Grossen Rat das Prinzip der Selbstergänzung galt, und damit der direkte Bezug zur zünftischen Basis mit der Zeit verloren ging, war die Abschliessung nach unten nicht so rigoros wie in Bern oder Basel.<sup>107</sup>

Für das politische Klima in der Stadt hatte dies eine positive Auswirkung: „(...) auch ist die Verwaltungspraxis des ‚väterlichen Regiments‘ in Zürich – wiederum im Unterschied etwa zu Bern – durch keinen harschen, selbstherrlichen und arbiträren Stil geprägt. In der Stadt ist auf das Selbstwertgefühl und die Empfindlichkeiten der bürgerlichen Zunftmitglieder, die am Regieren nicht beteiligt sind, Rücksicht zu nehmen, denn trotz zunehmender Familienherrschaft bleibt die Obrigkeit verfassungsmässig von den Letzteren direkt oder indirekt abhängig. Zur ‚Staatskunst‘ gehört es, beim Regieren und Verwalten – insbesondere auch beim Stil und im Ton – eine Balance zu finden zwischen einer magistral-selbstbewussten Haltung und einem würdevollen Auftreten einerseits, sowie andererseits einem sensiblen Aufmerken, um

---

<sup>102</sup> Ebd., 426f.

<sup>103</sup> Pfister, Eliten, 211 – 230.

<sup>104</sup> Vgl. dazu: ebd., 223 – 227.

<sup>105</sup> Andreas von Moos, Zünfte und Regiment: Zur Zunftverfassung Zürichs im ausgehenden 18. Jahrhundert, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 30), Zürich 1995, 119. Damit war die breite Basis der Zunftmitglieder von der Wahl der Grossräte ausgeschlossen.

<sup>106</sup> Braun, Ancien Régime, 213.

<sup>107</sup> Ebd., 214.

nicht latente bürgerliche Missgunst zu wecken. Gerade weil auch das Zürcher Regiment versuchte, seine Kompetenzen auszuweiten und bürgerliche Rechte zu beschneiden, ist einem wohltemperierten Herrschaftsstil Beachtung zu schenken“, so Braun<sup>108</sup>

In Ergänzung dazu sieht Barbara Weinmann einen zusätzlichen, mentalitätsgeschichtlichen Faktor für die gemässigte Herrschaftspraxis in der Stadt. Der Prozess der Ablösung Zürichs vom Reich zwischen 1495 und 1648 mit seiner bewussten Distanzierung von der kaiserlichen Reichshoheit habe ein gemeindlich-genossenschaftliches Sonderbewusstsein gefördert, in dem das Regiment auf die Akzeptanz der Stadtbürger angewiesen gewesen sei.<sup>109</sup>

## **2.4 Der Auf- und Ausbau der Zürcher Territorialherrschaft**

Der vergleichsweise pflegliche Umgang zwischen Obrigkeit und Bürgern aufgrund der Eigenheiten der Zunftverfassung galt vorerst nur für die Stadt. Die kontinuierliche Errichtung eines Stadtstaates<sup>110</sup> schuf für die Landschaft zunächst eine andere verfassungsrechtliche Ausgangssituation. Sie endete aus Gründen der Staatsraison aber ebenfalls in einem, oberflächlich betrachtet, milden Herrschaftsstil.

### **2.4.1 Die politische und administrative Hegemonie der Stadt**

Mit dem Aufkommen einer neuen städtischen Elite in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, die enger mit den wirtschaftlichen Interessen der Stadt und auch vermehrt mit den Einwohnern der Landschaft verbunden war, setzte eine zürcherische Territorialpolitik ein.<sup>111</sup> Die Stadt verfolgte ab 1400 eine zielstrebige Expansionspolitik. Um 1500 hatte Zürich nach dem Kauf von Winterthur und einigen Gebieten entlang des Rheins sowie westlich des Albis annähernd seine spätere Kantonsgrösse erreicht.

Die alten Rechtsverhältnisse der neu erworbenen Gebiete blieben meist bestehen, da die Gebietserweiterungen nicht durch Annexion, sondern durch Kauf oder Pfand erfolgten. Der Stadt war es nur partiell gelungen, die traditionellen Rechte der neuen Gebiete zu beschneiden und die Herrschaft in der Landschaft zu intensivieren. Der uneinheitliche Erwerb der neuen Territorien hatte für die Stadt Zürich zur Folge, dass sie einem komplexen Gebilde von heterogenen ländlichen Gerichts- und Vogteiverhältnissen und Gemeinden mit einem hohen Autonomiegrad gegenüberstand.<sup>112</sup> Erst gegen Ende des 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts

---

<sup>108</sup> Ebd., 239.

<sup>109</sup> Weinmann, Bürgergesellschaft, 62f.

<sup>110</sup> Vgl. zum Typ des urbanen Territorialstaates: Stefan Breuer, *Der Staat: Entstehung, Typen, Organisationsstadien*, (rowohlt's enzyklopädie 55593), Reinbek bei Hamburg 1998, 69 – 105, insbes. 69 – 77 und 87 – 98.

<sup>111</sup> Vgl. zu diesem Kapitel hauptsächlich: Erwin Eugster, „Die Entwicklung zum kommunalen Territorialstaat“, in: *Geschichte des Kantons Zürich*, Band 1, Zürich 1995, 298 – 335; Weibel, *Stadtstaat*, 30 – 62.; Anton Largiadèr, „Die Anfänge des zürcherischen Stadtstaates“, in: *Festschrift Paul Schweizer*, Zürich 1922, 1 – 92.

<sup>112</sup> Illi, *Kameralistik*, 24. Vgl. zur spätmittelalterlichen Expansion und dem Verhältnis zwischen Stadt und Landschaft: Christian Sieber, „Eidleistungen und Schwörtage im spätmittelalterlichen Zürich“, in: *Zürich 650 Jahre eidgenössisch*, hg. vom Staatsarchiv des Kantons Zürich und von der Zentralbibliothek Zürich, Zürich 2001, 19 – 58, 28 – 33. Beispiele: Bruno Schmid, *Gerichtsherrschaften im Zürcher Oberland*, (*Heimatspiegel* 2/2004), Uster 2004. Vgl. als gut untersuchtes Beispiel den Erwerb des Rafzerfelds 1651; Thomas Neukom, *Rafz: Geschichte eines Dorfes „ennet dem Rhein“*, Zürich 2005.

begann die Stadt, aufgrund der innen- und aussenpolitischen Situation der Eidgenossenschaft und der nicht mehr bestehenden Möglichkeit, im näheren Umfeld expandieren zu können, ihre Territorialherrschaft zu straffen.<sup>113</sup>

Die städtische Obrigkeit suchte nach Möglichkeiten, ihre politische und administrative Vorherrschaft unmissverständlich zu demonstrieren. Die Stadt knüpfte bewusst an die Herrschaftsrechte der Vorbesitzer an. Für die Untertanen wurde dies zu einer spürbaren Unterstellung unter die Verwaltung der Stadt.<sup>114</sup> Der Ausschluss der Bewohner der Landschaft von der politischen Partizipation garantierte der Stadt zudem die Hegemonie in den zentralen politischen Entscheidungsprozessen.<sup>115</sup> Im Zuge eines Zentralisierungsvorgangs nach den Gebietserweiterungen gelang es der Obrigkeit ferner durch eine Gerichtsreform ihre Gerichtskompetenzen auszubauen und über sie die Herrschaftsträger auf der Landschaft besser zu kontrollieren. Die wichtigen Stellen der obrigkeitlichen Kommissionen, der Vogteiverwaltungen und der protestantische Staatskirche waren bis auf wenige Ausnahmen in der Vogteiverwaltung Stadtbürgern vorbehalten.<sup>116</sup> Nicht zuletzt griff die Stadt auch stark in die ländliche Wirtschaftsorganisation ein.<sup>117</sup>

Die Stadt konnte zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert ihre Herrschaftsansprüche gegenüber der Landschaft behaupten. In einzelnen Rechtsbereichen gelang ihr jedoch nur eine begrenzte Umsetzung. Dabei war der Durchdringungsgrad regional unterschiedlich hoch.

Im Folgenden geht es nun nicht darum, alle Etappen und Bereiche der Herrschaftsintensivierung seit der Reformation im Detail nachzuzeichnen und zu bewerten, sondern es werden die für das 18. Jahrhundert relevanten Faktoren und Ergebnisse im Sinne einer ersten Annäherung an die Problematik grob skizziert. Erst eine detaillierte Untersuchung der Entwicklungen der ordnungssichernden Organe in den Kapiteln 5 und 6 wird die gegenseitigen Bezüge und Abhängigkeiten aufzeigen.

Die „Säulen der Macht“ auf der Landschaft waren für das Regiment im 18. Jahrhundert die Ober- und Landvogteien, die protestantische Staatskirche und die Wehrverfassung. Die Machtmittel hatten in realiter wegen der traditionellen Rechte und des labilen Kräfteverhältnisses aber einen eingeschränkten Wirkungskreis. Zusammen bildeten sie neben den herrschenden institutionellen und politischen Rahmenbedingungen auf einer unteren Stufe weitere wesentliche Bezugspunkte, welche die Ordnungsvorstellungen und die Möglichkeiten für den Einsatz der obrigkeitlichen ordnungssichernden Organe, im Speziellen auf der Landschaft, beeinflussten.

---

<sup>113</sup> Die diesbezüglichen Bestrebungen der Stadt entsprechen den Messgrößen, die Stefan Breuer allgemein für die erfolgreiche Herrschaftsdurchsetzung von patrimonialen und urbanen Territorialstaaten gegenüber dem Umland herausgearbeitet hat. Vgl. dazu: Breuer, Staat, 78.

<sup>114</sup> Sieber, Eidleistungen, 29. Illi, Kameralistik, 24f.

<sup>115</sup> Zimmermann, Verfassung, 12, Weibel, Stadtstaat, 22.

<sup>116</sup> Illi, Kameralistik, 24f.

<sup>117</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt: Eugster, Territorialstaat, 318 – 326.

## 2.4.2 Die Ober- und Landvogteien sowie die Gerichte

Das sichtbarste Zeichen der städtischen Hoheit über die Landschaft war die Bildung von Vogteien. Das Herrschaftsgebiet der Stadt gliederte sich im 18. Jahrhundert in 20 innere und äussere Vogteien (Ober- bzw. Landvogteien).<sup>118</sup> In den grossen Landvogteien existierte zwischen der Gemeinde- und der Vogteiebene noch die Ebene der Ämter, die von einem Weibel als Vertreter des Vogtes geleitet wurden.

Die Ober- und Landvögte<sup>119</sup> sollten gegenüber der Landbevölkerung die städtische Obrigkeit repräsentieren. Für die Landbevölkerung personalisierte sich in ihnen die Obrigkeit und über sie und ihre Beamte kanalisierte sich der schriftliche sowie mündliche Verkehr zwischen Regiment und Untertanen. Es gehörte zu den ersten Aufgaben der Ober- und Landvögte die obrigkeitlichen Mandate auf der Landschaft bekannt zu machen und dafür zu sorgen, dass diese auch eingehalten würden.<sup>120</sup> Ein Vogt beschäftigte sich in der Praxis hauptsächlich mit der Schlichtung von Streitigkeiten und der Bestrafung von geringen Vergehen gegen die Mandate und er war dafür besorgt, dass die Prozessverfahren eingehalten wurden.<sup>121</sup> Ein weiterer zentraler Bestandteil waren die administrativen Tätigkeiten. Neben der eigentlichen ökonomischen Verwaltung kamen noch weitere Aufgaben wie das Verfassen von thematischen Berichten an das Regiment oder die punktuelle Information über einzelne Vorgänge hinzu.<sup>122</sup>

In bestimmten Fällen sassen die Landvögte auch Gerichten vor.<sup>123</sup> Die Ober- und Landvögte waren bei der juristischen Bearbeitung der Rechtsfälle deshalb oft überfordert. Sie standen häufig in engem Kontakt mit dem Regiment in Zürich, um spezifische Lösungen für die anstehenden rechtlichen Probleme zu suchen. Eine Einbeziehung der Stadt in Rechtshandel war aber für die Vögte oft kontraproduktiv. In ihren Rechtsentscheiden suchten die Kommissionen des Kleinen Rates, die jeweils zur Behandlung der Berufungsfälle eingesetzt worden waren, eher den Kompromiss, als dass sie klare, einheitliche Rechtsgrundsätze im gesamten Untertanengebiet durchsetzten. Entscheide gegen die erstinstanzliche Beurteilung eines Ober- oder Landvogts unterminierten dessen Position in der Vogtei.<sup>124</sup> Mit einem Verweis auf diesbezügliche Bemerkungen im Erfahrungsbericht eines Landvogtes meint Rudolf Braun, die rechtlichen Ratschläge des Regiments seien vom sorgenden Bemühen erfüllt gewesen, das väterliche Regiment der Stadt auf der Landschaft so zur Geltung zu bringen, dass die Kooperations-

---

<sup>118</sup> Bluntschli, *Memorabilia* 1742, 353f. Vgl. zu den einzelnen Vogteien: Largiadèr, *Stadtstaat*; Illi, *Kameralistik*, 19, 24.

<sup>119</sup> Die Vorsteher der Landvogteien selbst wurden durch den Grossen Rat bestimmt.

<sup>120</sup> David von Wyss, *Politisches Handbuch für die erwachsene Jugend der Stadt und Landschaft Zürich*, Zürich 1796, 67. Zur tatsächlichen Umsetzung der Mandate vgl. das Kapitel „Die obrigkeitlichen Normierungsbestrebungen durch Mandate“.

<sup>121</sup> Johann Kaspar Escher, „Bemerkungen über die Regierung der Grafschaft Kyburg“, in: *Archiv für Schweizerische Geschichte*, 4(1846), 249 – 298, 251f, 269.

<sup>122</sup> Weibel, *Stadtstaat*, 39f.

<sup>123</sup> Wyss, *Politisches Handbuch*, 68. Ich verzichte, die gesamte Gerichtsorganisation darzustellen. Vgl. als Überblick: Weidmann, *Bürgergesellschaft*, 70.

<sup>124</sup> Braun, *Ancien Régime*, 244.



bereitschaft der ländlichen Untertanen und ihr selbstbewusster Drang nach Eigenständigkeit nicht über Gebühr strapaziert werden.<sup>125</sup>

Mit der steigenden staatlichen Verwaltungstätigkeit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist auch eine Professionalisierung der Landvogtstätigkeit zu beobachten. Von den Landvögten wurde zunehmend eine Vorbildung im Staatsdienst, vornehmlich an einer Schreiberstelle oder als Mitglied des Stadtgerichtes, erwartet. Hans-Rudolf Dütsch spricht hier von der Herausbildung eines „Berufsstaatsdienstes“<sup>126</sup> im letzten Jahrhundert des Ancien Régime. Im 18. Jahrhundert war der Grossteil der Landvogteistellen jedoch noch mit Rentiers<sup>127</sup>, d. h. mit Mitgliedern der städtischen Oberschicht besetzt.<sup>128</sup> Den alten Magistrats- und Stübli-Junkergeschlechtern dienten die Landvogteistellen als Absicherung gegen einen sozialen Abstieg. Neue, politisch und gesellschaftlich aufstrebende Geschlechter benutzten sie als End- und/oder Höhepunkt ihrer Ämterlaufbahn.<sup>129</sup> Damit hatten zwar sowohl die Mitglieder der Honoratioreneliten wie auch die alten städtischen Geschlechter ein Feld für ihre politische Betätigung, das ihnen mit dem Aufkommen der Funktionselite der Magistraten in der Stadt zunehmend verwehrt worden war.<sup>130</sup> Die Professionalisierung führte letztlich nach 1750 zu einem Mangel an qualifiziertem und wählbarem Personal. Mehrmalswahlen entschärften das Problem.

Die Ober- und Landvögte nahmen im 18. Jahrhundert, trotz der offensichtlichen Mängel, eine von allen Seiten akzeptierte Scharnierfunktion zwischen Regiment und Untertanen ein.<sup>131</sup> Ihre reale Bedeutung war im 18. Jahrhundert allerdings eingeschränkt, weil sie in den wenigsten Fällen letztinstanzlich urteilen konnten und weil sie kaum in ihren Gebieten persönlich präsent waren. Die Obervogteien wurden in der Regel von der städtischen Kanzlei aus verwaltet und der Obervogt hatte keine Residenzpflicht. Aber auch die Landvögte, die in ihren Amtssitzen auf der Landschaft wohnten, kamen wegen der territorialen Grösse der Landvogteien mit der breiten Bevölkerung selten in direkten Kontakt.<sup>132</sup> Aus der Perspektive der ländlichen Untertanen wirkten die Landvögte in ihrer schlichtenden, richtenden und administrativen Tätigkeit sowie in ihrem Verhalten und Gehabe ausgesprochen patriarchalisch. Die Vögte selbst nahmen sich als Vaterfigur wahr, die, so die Formulierung Landvogt Eschers, für das Wohl der Untertanen zu sorgen und Irrende auf den rechten Weg zurück zu führen hatten.<sup>133</sup> Ein Landvogt konnte in seinem Amt, je nach Persönlichkeit, die Verantwortung für das Wohl der Bevölkerung seiner Vogtei mehr oder weniger streng ausüben. Es war ihm allerdings auch

---

<sup>125</sup> Ebd., 250.

<sup>126</sup> Hans-Rudolf, Dütsch, Die Zürcher Landvögte von 1402 – 1798: Ein Versuch zur Bestimmung ihrer sozialen Herkunft und zur Würdigung ihres Amtes im Rahmen des zürcherischen Stadtstaates, (Diss.), Zürich 1994, 192.

<sup>127</sup> Als Rentner (Rentiers) werden hier nach Ulrich Pfister Personen bezeichnet, die vom Einkommen aus Kapitalvermögen leben konnten. Dazu gehörten auch Besitzer von Gerichtsherrschaften und Offiziere in fremden Diensten; vgl. Pfister, Elite, 211f.

<sup>128</sup> Vgl. Dütsch, Landvögte, 261 – 266.

<sup>129</sup> Obwohl die Schicht der Kaufleute zu der neuen Honoratiorenelite des 18. Jahrhunderts gehörte, waren die Landvögte dieser Gruppe nicht selbst Kaufleute, gehörten jedoch oft Kaufmannsfamilien an; vgl. Dütsch, Landvögte, 161.

<sup>130</sup> Vgl. dazu: Dütsch, Landvögte, 178f; Pfister, Elite, 221 – 223.

<sup>131</sup> Vgl. Dütsch, Landvögte, 39, Anmerkung 12. Widerrechtliche Unterdrückungen der Landbevölkerung kamen nur selten vor. Ein Beispiel dafür ist Landvogt Felix Grebel; vgl. Largiadèr, Geschichte, 23.

<sup>132</sup> Weinmann, Bürgergesellschaft, 67f.

<sup>133</sup> Escher, Bemerkungen, 251, 253.

möglich, seine Stellung zu missbrauchen, um die Untertanen zu unterdrücken und private Vorteile zu erheischen.<sup>134</sup>

### 2.4.3 Die protestantische Staatskirche

Die Stadt bekam durch die Reformation ein weiteres zentrales Instrument an die Hand, um die Herrschaftsintensivierung voranzutreiben. Die Erhebung des zwinglianischen Glaubens zur Staatsreligion 1523 und eine Territorialisierung der Kirche führten dazu, dass das Regiment die Institutionen der Kirche als einen integralen Teil der Staatsverwaltung zur Sozialdisziplinierung der Bevölkerung einsetzen konnte.<sup>135</sup>

Die Kirchensynode und das Ehegericht, beziehungsweise der sogenannte Stillstand in den Landgemeinden, übernahmen entsprechende Aufgaben. Das Hauptmittel zur Durchsetzung neuen Rechts und zur Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung waren die (Sit-ten)mandate des Kleinen Rates. Sie stellten ein unverzichtbares Instrument der politischen Führung dar.<sup>136</sup>

Neben der Kirche als Institution kam den protestantischen Pfarrherren in ihren Gemeinden eine ausserordentlich wichtige Rolle im Zürcher Stadtstaat zu.<sup>137</sup> Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung - zum Pfarrdienst waren nämlich nur Stadtbürger zugelassen<sup>138</sup> - und ihrer theologischen Ausbildung nahmen die Geistlichen sowohl in der Stadt wie auf der Landschaft eine herausragende Position im Sozialgefüge ein. Durch die Ordination war ihnen ein doppeltes Wächter- und Strafamt übertragen: Der Pfarrer als Seelsorger kümmerte sich um die moralisch-religiösen Belange der Gesellschaft und der Pfarrer als örtlicher Vertreter der Obrigkeit kontrollierte weite Teile des zivilen Gemeinschaftslebens. Das politische Pflichtenheft eines Dorfpfarrers umfasste das Verkünden von obrigkeitlichen Mandaten aller Art von der Kanzel, die Überwachung der sittlichen Integrität der Gemeinde, die Durchführung von Kontrollgängen, die Berichterstattung von Streitfällen und unehelichen Geburten, die Führung eines Rekutenverzeichnisses und die Kontrolle von Funktionsträgern in den Gemeinden, wie dem Schulmeister und der Hebamme. Darüber hinaus besass der Pfarrherr eine Strafkompetenz, die von der Rüge vor dem Stillstand über das Einsperren in einer Grube beim Kircheneingang bis hin zum Ausschluss aus der Gesellschaft durch eine öffentliche Rüge im Gottesdienst reichte.

---

<sup>134</sup> Eine umfassende Studie über die Herrschaftspolitik der Landvögte existiert leider noch nicht.

<sup>135</sup> Ich gehe in diesem Kapitel nicht auf die Binnenstrukturen und die pastorale Tätigkeit der Kirche ein. Vgl. dazu: Hans Rudolf von Grebel, „Kirche und Unterricht“, in: Hans Wysling (Hg.), Zürich im 18. Jahrhundert, Zürich 1983, 111 – 129. Nach wie vor unverzichtbar ist auch: Finsler, Zürich, 89 – 166.

<sup>136</sup> Vgl. dazu Kapitel „Die Verfolgung von Vergehen gegen Frevel“. Vgl. auch: Arman Weidenmann, „Von menschlicher und göttlicher Gerechtigkeit“, Zürcher Policeymandate im Spiegel zwinglischer Sozialethik“, in: Peter Blickle, Peter Kissling und Heinrich Richard Schmidt (Hg.), Gute Policy als Politik im 16. Jahrhundert: Die Entstehung des öffentlichen Raumes in Oberdeutschland, (Studien zu Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M. 2003, 453 – 488.

<sup>137</sup> Vgl. zum Folgenden primär: David Gugerli, Zwischen Pfrund und Predigt: Die protestantische Pfarrfamilie auf der Zürcher Landschaft im ausgehenden 18. Jahrhundert, (Diss.), Zürich 1988, 76 – 95.

<sup>138</sup> 1762 waren 17 % der Bürger Zürichs Geistliche und das Amt ermöglichte ihnen ein standesgemässes Leben.

Der Seelsorger war auch der Vorsteher des Stillstandes. Der Stillstand war ein Gremium mit den wichtigsten kirchlichen und dörflichen Beamten, das kirchliche und staatliche Aufgaben zu erfüllen hatte. Dazu gehörten die Angelegenheiten des Schul- und Armenwesens, sittliche Überwachungen und Verwaltungsaufgaben sowie die Wirtschafts-, Gesundheits- und Lebensmittelkontrollen.<sup>139</sup>

Die Stellung, das Ansehen und das politische Gewicht der Kirche prägten, aus Sicht der Untertanen, unweigerlich den politischen Stil der Zürcher Obrigkeit mit.<sup>140</sup> Dabei spielten nicht nur die direkten Beeinflussungsmöglichkeiten, sondern auch die sozialen und familiären Verbindungen der weltlichen und geistlichen Würdenträger eine Rolle.<sup>141</sup> Die Macht der reformierten Pfarrer in den Dörfern stiess jedoch auch auf das Misstrauen der dörflichen Oberschicht, die sich durch die Geistlichen ungebührlich kontrolliert fühlte. Ferner spielte der Umstand mit, dass die Pfarrherren oft ihre eigenen Interessen verfolgten und nicht zuletzt darauf aus waren, ihre Pfründen zu sichern.<sup>142</sup>

Im Verlauf des 18. Jahrhunderts versuchte das Regiment, den direkten politischen Einfluss der Kirche zu unterbinden und die Funktion des Pfarrers auf seelsorgerische Belange zu reduzieren.<sup>143</sup>

#### **2.4.4 Die Wehrverfassung**

In Zürich existierte seit dem 15. Jahrhundert eine Wehrverfassung auf Milizbasis, die der Stadt die Unabhängigkeit von Söldnern garantierte<sup>144</sup> und die mit der absichtlichen Durchmischung von städtischen und ländlichen Truppenteilen in Auszugsformationen auch einen integrativen Aspekt<sup>145</sup> besass.

Im konfessionell-politischen Umfeld der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts war es in Zürich zu einer Militärreform nach niederländischem Vorbild gekommen.<sup>146</sup> Die Reform zielte primär darauf ab, die Soldaten- und Offiziersausbildung sowie die Organisationsstruktur zu verbessern. Die Neuerungen stellten den Milizcharakter der Truppen nicht infrage. Sie führten jedoch mittelfristig zu einer Ablösung von alten Unterstellungsverhältnissen und beinhalteten eine Tendenz zur Vereinheitlichung und zur Zentralisierung. Die Grundlage für die Zentralisierung war eine Neueinteilung des Gebiets des Stadtstaates in 20 militärische Quartiere zur Rekrutierung der Soldaten.<sup>147</sup> Die Quartiere waren administrativ von den Vogteien unabhän-

---

<sup>139</sup> Braun, Ancien Régime, 247.

<sup>140</sup> Vgl. Braun, Ancien Régime, 248.

<sup>141</sup> Vgl. dazu: Grebel, Kirche und Unterricht, 112.

<sup>142</sup> Braun, Ancien Régime, 249, Gugerli, Pfrund und Predigt, 87 – 95.

<sup>143</sup> Braun, Ancien Régime, 249.

<sup>144</sup> Vgl. Hugo Schneider, „Ehrhaftes, wehrhaftes Zürich“, in: Zürich – Konturen eines Kantons, Zürich o. J. [ca. 1982], 33 – 43, 34. Vgl. auch: Largiadèr, Stadtstaat.

<sup>145</sup> Sieber, Eidleistungen, 33.

<sup>146</sup> Vgl. dazu: Frieder Walter, Niederländische Einflüsse auf das eidgenössische Staatsdenken im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert: Neue Aspekte der Zürcher und Berner Geschichte im Zeitalter des werdenden Absolutismus, (Diss.), Zürich 1979. Die folgenden Angaben zur Militärreform sind dieser Arbeit entnommen.

<sup>147</sup> Walter, Niederländische Einflüsse, 53.

gig und entpuppten sich schon bald als eine zweite, vom Regiment direkt kontrollierte Verwaltungsstruktur mit einem disziplinierenden Charakter.

An der Spitze eines Militärquartiers stand ein Quartierhauptmann, der Stadtbürger sein musste.<sup>148</sup> Die regelmässig durchzuführenden Exerzierübungen standen unter seinem Befehl. Er nahm zur Bereitschaftssicherung des Heeres in den Häusern der Einwohner der Landschaft Inspektionen von Waffen und Munition vor. Die Bevölkerung empfand diese Kontrollen als ungebührliche Eingriffe in den Privatbereich.<sup>149</sup> Die Quartierhauptleute genossen bei den Landbürgern deswegen wenig Sympathie. Das Regiment reagierte auf Kritik an den städtischen Offizieren sehr empfindlich und liess sich nicht beirren. Das entschiedene Engagement der Zürcher Regierung zugunsten der Quartierhauptleute ist ein deutliches Indiz dafür, dass auch in Zürich die niederländisch geprägten Militärreformen ein Ansatzpunkt für den Gedanken des in den Obrigkeitsstaat integrierten Obrigkeitsheeres waren.<sup>150</sup> Die Bildung eines stehenden Heeres wurde in Zürich aber nie ernsthaft diskutiert.<sup>151</sup> Ein Vergleich mit dem Rekrutierungssystem in Schweden zeigt, dass bereits die Militärverwaltung auf der Landschaft in Friedenszeiten als effizientes Kontrollorgan und sozialdisziplinierendes Instrument eines Staates angesehen werden kann. Sie ist ein Element des Staatsbildungsprozesses, auch wenn die Schaffung eines stehenden Heeres nicht angestrebt wird.<sup>152</sup>

Abgesehen von einer Verkleinerung der Rekrutierungskreise, einer Modernisierung der Truppenbewaffnung und der Schaffung eines Scharfschützenkorps<sup>153</sup> fanden im 18. Jahrhundert staatlicherseits keine wesentlichen Neuerungen im Wehrwesen mehr statt.<sup>154</sup> Das Regiment bemühte sich zwar darum, trotz nachlassender Disziplin die militärische Bereitschaft zu erhalten. Doch es fehlte nach Conrad Ulrich der Wille, sich durchzusetzen.<sup>155</sup> Weitere Reformbemühungen überliess man den militärischen Gesellschaften der Stadt.

Ein Grund für die beschränkten militärischen Reformen im 18. Jahrhundert lag wesentlich in der Verteidigungskonzeption des Stadtstaates. Der letzte umfassende Plan zur Sicherung des Territoriums ging auf den Dreissigjährigen Krieg zurück. Er stellte Zürich als politisches, religiöses und wirtschaftliches Zentrum des Stadtstaates in den Mittelpunkt der Überlegungen. Eine neue, im Stile Vaubans zwischen 1642 und 1677 gebaute barocke Verteidigungsanlage bildete das *Pièce de Résistance* der Verteidigungsanstrengungen. Die militärische Füh-

---

<sup>148</sup> Aber selbst dieses Prinzip wurde später durchbrochen. In einigen Infanteriekompanien, den sogenannten Herrschafts- oder Amtskompanien, konnten die Soldaten selbst die niedrigen Offizierschargen wählen, die dann allerdings vom Regiment noch bestätigt werden mussten; Wyss, Politisches Handbuch, 230.

<sup>149</sup> Otto Sigg, „Das 17. Jahrhundert“, in: Geschichte des Kantons Zürich, Band 2, Zürich 1996, 282 – 363, bes. 350 – 361, 358.

<sup>150</sup> Walter, Niederländische Einflüsse, 53f.

<sup>151</sup> Ulrich, 18. Jahrhundert, 386.

<sup>152</sup> Das sog. „Einteilungswerk“ stellte in Schweden einen Schub des Staatsbildungsprozesses dar, der im Unterschied zum Reich nicht auf Krieg und der Bildung eines stehenden Heeres, sondern auf der Sicherung des Erreichens in Friedenszeiten fusste. Vgl. dazu: Michael Busch, Absolutismus und Heeresreform: Schwedens Militär am Ende des 17. Jahrhunderts, (Diss.), Bochum 2000.

<sup>153</sup> Vgl. dazu: Hugo Schneider, „Das Militär“, in: Hans Wysling (Hg.), Zürich im 18. Jahrhundert, Zürich 1983, 63 – 75, 73f.

<sup>154</sup> Vgl. dazu: Eugen Rentsch, Beiträge zur Geschichte des Zürcher Wehrwesens im 18. Jahrhundert, (Diss.), Olten 1940.

<sup>155</sup> Ulrich, 18. Jahrhundert, 384.

rung wollte sich jedoch nicht allein auf die Widerstandskraft des neuen Schanzenrings und der städtischen Truppen verlassen, sondern sie wollte einen möglichen Angreifer bereits auf seinem Anmarsch auf die Stadt stoppen bzw. einen Vorstoss verzögern.<sup>156</sup> Das Regiment führte 1770/71 in Zürich eine neue Militärorganisation nach preussischem Vorbild ein. Die Reform berührte die bisher geltende Strategie aber nicht.<sup>157</sup> Diese galt bis zum ersten Drittel des 19. Jahrhunderts.<sup>158</sup>

Die Hauptlast der Verteidigungskonzeption lag trotz der hervorgehobenen Stellung der städtischen Offiziere auf den Bewohnern der Landschaft. Die Stadtwache als Garnisonstruppe bestand lediglich aus 115 Mann, während die Stärke des gesamten Heeres ca. 20.000 Wehrmänner betrug. Die Stadt war somit wesentlich auf die Loyalität der Miliztruppen der Landschaft angewiesen.<sup>159</sup> Die Treue war solange vorhanden, als es darum ging, das reformierte Zürich gegen einen katholischen Gegner oder gegen einen anderen, klar definierten Angreifer von aussen zu verteidigen. Loyalität als Voraussetzung für das erfolgreiche Bestehen eines Kampfes schränkte aber den Handlungsspielraum des Regiments beim Einsatz der Truppen im Innern ein. Gegen den manifesten Willen der Landbevölkerung konnten die Soldaten nicht befohlen werden.<sup>160</sup>

## 2.5 Die weitgehende Autonomie der Landgemeinden

Die politische Verfassungswirklichkeit des Stadtstaates Zürich im 18. Jahrhundert kann als Ellipse mit zwei Brennpunkten beschrieben werden. Der eine Brennpunkt war die Stadt mit ihren Herrschaftsansprüchen gegenüber der Landschaft, die sich, wie oben dargestellt, in den Gerichts- und Vogteistrukturen, der protestantischen Kirche im Sitten-, Schul- und Armenwesen sowie in der Wehrverfassung manifestierte. Der andere Brennpunkt waren die Landgemeinden mit ihren historisch begründeten Ansprüchen auf einen hohen Grad an Autonomie. Die beiden Brennpunkte standen sich widersprüchlich gegenüber, bildeten zusammen jedoch ein Ganzes. Beide Pole versuchten, entsprechend ihren Möglichkeiten, das Machtgefüge mit Druckausübung bzw. mit dem Verpuffenlassen von Druckversuchen nach ihrem Willen zu formen. Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts tarierte das System in einer mal spannungsgela-

---

<sup>156</sup> Dazu mussten die Landstädte an den Grenzen ihre mittelalterlichen Befestigungsanlagen in Friedenszeiten ausbessern. Im Kriegsfall sollten die Truppen natürliche Hindernisse in der Landschaft zu Stützpunkten ausbauen oder zusätzlich Schanzen an Schlüsselstellen errichten. Vgl. dazu das Gutachten von Oberst Plebis vom 21. April 1630 (StAZ A 38.1), zitiert in: Alfred Mantel, *Geschichte der Zürcher Stadtbefestigung*, erster Teil, (CXIV. Neujahrsblatt der Feuerwerker-Gesellschaft), Zürich 1919, 36f. Vgl. auch: Gustav Peter, *Ein Beitrag zur Geschichte des zürcherischen Wehrwesens im XVII. Jahrhundert*, (Diss.), Zürich 1907, 32 – 37; *Exercitium Militare der zürcherischen Land-Militz*, Zürich 1713; F. Schulthess-Meyer, „Das zürcherische Militär in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts“, in: *Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1905*, Zürich 1904, 199 – 211, 206f.

<sup>157</sup> Rentsch, *Wehrwesen*, 88 – 107.

<sup>158</sup> Vgl. dazu die Überlegungen David Nüschelers *Überlegungen zur Verteidigung Zürichs*: ders., *Über das Bedürfnis bleibender Befestigungen mit besonderer Hinsicht auf die Befestigung von Zürich*, Zürich 1831; vgl. auch: Christoph Ebnöther, *Die Diskussion um die Schleifung der Zürcher Schanzen zwischen zürcherischem Staatsbildungsprozess und eidgenössischer Landesverteidigung*, (CXCIII Neujahrsblatt der Feuerwerker-Gesellschaft), Zürich 2001.

<sup>159</sup> Ulrich, 18. Jahrhundert, 385. Vgl. dazu auch die Beschreibungen der militärischen Übungslager bei Schulthess-Meyer, *Zürcherisches Militär*, 199 – 211. Vgl. auch die kurzen Bemerkungen in: Weinmann, *Bürgergesellschaft*, 69.

<sup>160</sup> Vgl. dazu insbes. Kapitel „Unruhen“.

denen, mal konsensorientierten Wechselbeziehung das konkrete politische Verhältnis zwischen dem ländlichen und dem obrigkeitlichen Selbstverständnis aus. Es bildete sich dabei eine spezifisch zürcherische Identität heraus.<sup>161</sup> „Die Beziehung zwischen Herrschaft und Untertanen musste in gewissem Sinne auf die Grundlage einer ‚Verfassung‘, einer gemeinsam gefundenen und akzeptierten Übereinkunft gestellt werden. Nur so war ein weiterer Ausbau der zürcherischen Hoheit möglich gewesen, die als solche auf der Landschaft nämlich zu keiner Zeit infrage gestellt wurde – genau so, wie die Stadt bereit war, über deren Grundpfeiler (...) zu verhandeln.“<sup>162</sup> Wurde dieser Grundkonsens zwischen Stadt und Landschaft verletzt, so zeigte sich das letztlich doch nur kaschierte, reale Machtverhältnis. Die Landschaft reagierte mit Protesten und die Stadt mit harter Unterdrückung. Dies zeigte sich im Wädenswiler Handel von 1646 und im Stäfner Handel von 1794/95.<sup>163</sup>

Das in der Frühen Neuzeit gefundene Verhältnis zwischen Stadt und Landschaft änderte sich bis zum Ende des Ancien Régime 1798 nicht mehr prinzipiell, wie aus der Untersuchung von Rudolf Braun hervorgeht.<sup>164</sup> Die grundsätzliche Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten der Landschaft prägte auch die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts. Rudolf Braun charakterisierte dies folgendermassen: „Auch auf der Zürcher Landschaft ist dieser [harmonische C.E.] Herrschaftsstil ein Gebot der Staatsklugheit, denn es besteht – im Unterschied etwa zu Bern – eine relativ weitgehende Gemeindeautonomie, und die Träger der lokalen Selbstverwaltung, die ländlich-dörflichen Eliten, wachen eifersüchtig über den ihnen zustehenden Machtbereich. Die Situation ist hier besonders delikat, denn obrigkeitliche Verwaltung, kirchliche Behörden und Gemeindevertreter wirken in engster Tuchfühlung; verschiedene Erwartungsansprüche, sozial unterschiedlich geprägte Persönlichkeiten – bis hin zum Sprechen, Verstehen und Bewerten – sowie selbstverständlich auch divergierende Interessen prallen aufeinander. Umso mehr ist ein mildes, gelassenes Verhalten erforderlich, um die obrigkeitlichen Herrschaftsansprüche durchsetzen zu können, nicht zuletzt auch, weil das Staatswesen auf der Wehrkraft der Landschaft beruht und noch mehr als in der Stadt auf soziokulturelle Eigenarten und soziopolitische Besonderheiten Rücksicht zu nehmen und einen Herrschaftsstil zu pflegen hat, der Ruhe und Ordnung garantiert.“<sup>165</sup> Die Untersuchung von Barbara Weinmann spricht in diesem Zusammenhang von einer „Politik der Kooperation“ zwischen Stadt und Landschaft.<sup>166</sup>

Die Landgemeinden genossen im Stadtstaat Zürich deswegen auch noch am Ende des Ancien Régime einen hohen Autonomiestatus in der Ausgestaltung ihrer inneren Angelegenheiten.<sup>167</sup> Auf den Gemeindeversammlungen, die teilweise selbstständig und teilweise nach Genehmi-

---

<sup>161</sup> Eugster, Territorialstaat, 322.

<sup>162</sup> Ebd., 328f.

<sup>163</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Unruhen“. Zum Stäfner Handel aus der Perspektive der dynamisierten Gemeindeautonomie: Weinmann, Bürgergesellschaft, 95 – 142.

<sup>164</sup> Braun, Ancien Régime, 238 – 255. Vgl. auch: Weinmann, Bürgergesellschaft, 64 – 73.

<sup>165</sup> Braun, Ancien Régime, 239.

<sup>166</sup> Weinmann, Bürgergesellschaft, 68.

<sup>167</sup> Die folgenden Angaben stammen aus: Erwin W. Kunz, Die Gemeindefreiheit im alten Zürich, (Diss.), Zürich 1948; auch Rudolf Braun stützte seine Darstellung auf die Arbeit von Erwin Kunz. Die neueren Arbeiten zur Gemeindefreiheit stellen die Erkenntnisse der älteren Arbeiten nicht infrage. Verändert haben sich hingegen die Fragestellungen. Vgl. zum aktuellen Forschungsstand zur Gemeindefreiheit: René Roca, „’Alte’ und ’neue’ Gemeindefreiheit als Fundament: Die historischen Wurzeln der schweizerischen direkten Demokratie“, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 56(2006), 187 – 198; Illi, Kameralistik, 25.

gung der Obrigkeit einberufen wurden, aber immer in Anwesenheit des Untervogtes stattfanden, regelten die Gemeindebürger die organisatorischen, landwirtschaftlichen, finanziellen und bürgerrechtlichen Bereiche, die sie direkt betrafen. Dazu gehörte u.a. auch die Wahl des Dorfwächters.<sup>168</sup>

In den Gemeinden herrschte, trotz der zahlreichen Kompetenzen, kein idyllisches demokratisches Gemeinschaftsleben. Die dörfliche Oberschicht kapselte sich nach dem Vorbild der Stadt zunehmend von den anderen gesellschaftlichen Schichten ab, was zu selbstherrlichen Auswüchsen in der Leitung der Gemeinden führte. Das städtische Regiment war aber nicht immer gewillt, zugunsten der Gemeindebürger korrigierend in die Streitfälle einzugreifen, weil sie in ihrer Herrschaftsdurchsetzung insgesamt auf die Mithilfe und Loyalität der Dorfgewaltigen angewiesen waren.<sup>169</sup> Wenn die Obrigkeit sich hingegen in Handel einmischte, geschah dies, genauso wie die Ausübung des obrigkeitlichen Aufsichtsrechts über die Gemeinde- und Kirchenrechnung, angeblich lediglich zum Schutz der Dorfbewohner vor Rechtsmissbräuchen und nicht zur Bevormundung der Gemeinden.<sup>170</sup>

## 2.6 Die obrigkeitlichen Normierungsbestrebungen durch Mandate

Der „Frontverlauf“ zwischen dem Regiment und den Gemeinden war unterhalb der Verfassungsebene jedoch nicht statisch. Das Regiment respektierte den relativ hohen Autonomiestatus der Gemeinden. Es versuchte aber nicht nur in den Politikfeldern, in denen es eine Hoheit über die gesamte Landschaft besass – nämlich im Wehrwesen, in den kirchlichen Angelegenheiten, und damit eng verbunden im Schulwesen und vor allem in der Armenfürsorge – mit dem Mittel der obrigkeitlichen Mandate<sup>171</sup> einheitliche Standards zu setzen. Es stellte damit zwar nicht die Gemeindeautonomie als solche infrage, kratzte aber an der Einflussphäre der Dorfgewaltigen.

Das Regiment konnte sich auch noch im 18. Jahrhundert in der Praxis oft nur mit Mühe durchsetzen oder es scheiterte in den Vereinheitlichungsbemühungen, wie Kunz am Beispiel der halbstaatlichen „Ökonomischen Kommission“ aufgezeigt hat, auch wenn heute eine differenzierte Beurteilung der Wirksamkeit der Kommission vorgenommen werden muss.<sup>172</sup> Allgemein kann gesagt werden, dass das Regiment umfangreiche und tief greifende Reformen der politischen, sozialen und ökonomischen Verfassung mit Bestimmtheit nicht problemlos

---

<sup>168</sup> Zu den besonderen Sonderrechten Winterthurs und Stein am Rheins vgl.: Weibel, Stadtstaat, 31 – 34. Vgl. zum Verhältnis Gemeindeautonomie und direkter Demokratie: Andreas Suter, „Direkte Demokratie – historische Reflexionen zur aktuellen Debatte“, in: Benjamin Adler, Die Entstehung der direkten Demokratie: Das Beispiel der Landsgemeinde Schwyz 1789 – 1866, (Diss.), Zürich 2006, 217 – 278.

<sup>169</sup> Braun, Ancien Régime, 245. Vgl. zur Situation zu Beginn der frühen Neuzeit: Katja Hürlimann, Soziale Beziehungen im Dorf: Aspekte dörflicher Soziabilität in den Landvogteien Greifensee und Kyburg um 1500, (Diss.), Zürich 2000.

<sup>170</sup> Kunz, Gemeindefreiheit, 92f.

<sup>171</sup> Vgl. zum Mandat als Gattungsbegriff: Claudia Schott-Volm (Hg.), Repertorium der Policeyordnungen der Frühen Neuzeit, Band 7: Orte der Schweizer Eidgenossenschaft: Bern und Zürich, (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 204), Frankfurt a. M., 2006, 739f.

<sup>172</sup> Kunz, Gemeindeautonomie, 95 – 116. Vgl. dazu zwingend: Peter Rasony, Promotoren und Prozesse institutionellen Wandels: Agrarreform im Kanton Zürich im 18. Jahrhundert, (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 60), Berlin 2000.

und unmittelbar durchführen konnte.<sup>173</sup> Dies lag jedoch kaum an den strukturellen Voraussetzungen. Die Obrigkeit hatte auf der Landschaft mit dem örtlichen Geistlichen zumindest ein starkes Mittel, ihre Mandate bekannt zu machen.<sup>174</sup> Die Schwierigkeiten lagen vielmehr in der Umsetzung der Mandate in den Gemeinden. Sie erfolgte selektiv, um das austarierte Verhältnis zwischen Stadt und Landschaft nicht zu tangieren. Der reglementierende Mandatsschwall suggeriere zwar eine obrigkeitliche Omnipräsenz, das obrigkeitliche Durchsetzungsvermögen sei aber personell und materiell limitiert gewesen, so schon Braun.<sup>175</sup>

Die obrigkeitlichen Mandate stiessen aber nicht in jedem Fall auf Widerstand. Sie hatten eine gute Chance auf Akzeptanz und Umsetzung, wenn zwei Bedingungen erfüllt waren: Die Obrigkeit musste den festen Willen bekundet haben, die Vorschriften auch tatsächlich zu implementieren und der Sinn des neuen Mandats musste für die Betroffenen einsichtig sein. Eine zeitgenössische Bemerkung von Johann Caspar Hirzel bezeugt die nicht grundsätzlich obstruktive Grundeinstellung der Untertanen: „Die Verordnungen der Regierung werden frei kritisiert, aber dann doch befolgt, sofern es nur dem Magistrat mit der Handhabung ernst ist.“<sup>176</sup> Musterbauer Kleinjogg beklagte sich aber schon auch mal über die fehlende Ernsthaftigkeit, mit der die Vorschriften durch die Obrigkeit verbreitet wurden.<sup>177</sup>

---

<sup>173</sup> Die wissenschaftliche Auseinandersetzung um das Problem der Durchsetzung und der Akzeptanz von policylichen Normen ist noch jung. Lange Zeit galten die Klagen der Obrigkeit über die Nichtbeachtung ihrer Ordnungen als Beleg für die Erfolglosigkeit der Bestimmungen. Achim Landwehr plädiert nun für eine differenzierte Sichtweise auf die Normendurchsetzung. Er schlägt vor, statt von Durchsetzung von Normen von einem Implementierungsprozess zu sprechen, um von der binären Bewertung von Policynormen (entweder erfolgreich oder nicht) abzukommen und darauf hinzuweisen, dass die Umgangsweisen mit obrigkeitlichen Vorschriften das gesamte Spektrum möglicher sozialer Reaktionen, d. h. von Ablehnung und Missachtung bis zu gänzlichem Einverständnis und problemloser Befolgung abdeckte. Er sieht in den häufigen Wiederholungen der Mandate und in ihrer anklagenden Sprache denn auch ein Stilmittel der sprachlich Mächtigen, die Notwendigkeit von Normgebung und Herrschaft zu begründen.

Die häufige Wiederholung von Policymandaten ist nach Karl Härter auch, aber nicht nur, ein Vollzugsdefizit. Die Repetition der Mandate war eine wichtige Voraussetzung für den Geltungsanspruch und die Geltungsdauer einer Policynorm. Publikation, Wiederholung und Einschärfung auf den unterschiedlichsten Kommunikationswegen sollten sicherstellen, dass alle Normadressaten erreicht wurden. In diesem Sinn sind sie für ihn auch eine Technik sozialer Kontrolle und Disziplinierung.

Grundsätzlich gehe ich mit den Ansichten Landwehrs und Härters einig. Ich werde jedoch weiterhin den Begriff der Normendurchsetzung verwenden. Der Grund dafür liegt in der Konzentration der vorliegenden Arbeit auf die ordnungssichernden Organe, die im Implementierungsprozess doch mit dem Part der zuweilen aggressiven Durchsetzung der Ordnung betraut worden waren. Auch bei den sich wiederholenden obrigkeitlichen Klagen in den Mandaten gehe ich davon aus, dass diese nicht nur ein rhetorisches oder sozialdisziplinierendes Mittel darstellten, sondern auch einen realen Hintergrund hatten. Die Beispiele im folgenden Kapitel zeigen, dass das Repetitive in den Mandaten auch ein Ausdruck der bewusst gewordenen Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit war.

Vgl.: Achim Landwehr, „Normen als Praxis und Kultur: Policyordnungen in der Frühen Neuzeit“, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 4(2004), 109 – 113; Achim Landwehr, „Die Rhetorik der ‚Guten Policy‘“, in: Zeitschrift für Historische Forschung, 30(2003), 251 – 287; Karl Härter, Gesetzgebungsprozess und gute Policy: Entstehungskontexte, Publikation und Geltungskraft frühneuzeitlicher Policygesetze, (PolicyWorkingPapers: Working Papers des Arbeitskreises Policy/Polizei in der Vormoderne 3), Frankfurt a. M., 2002, 22 – 32.

<sup>174</sup> Peter Ziegler, Zürcher Sittenmandate, Zürich 1978, 86 – 93.

<sup>175</sup> Braun, Ancien Régime, 231.

<sup>176</sup> ZBZ Familienarchiv Hirzel 289, zitiert in: Silvia Kramer, Hans Caspar Hirzel: Ein Zürcher Staatsmann an der Wende zwischen Ancien Régime und Helvetik (1746 – 1827), (Diss.), Zürich 1974, 88.

<sup>177</sup> Hans Caspar Hirzel, Die Wirthschaft eines philosophischen Bauers, Neudruck der neuen, vermehrten Auflage, Zürich 1774, (Volksaufklärung: Ausgewählte Schriften 6), Stuttgart 1998, 109.



Den Untervögten und den Weibeln kam im 18. Jahrhundert in der konkreten Umsetzung der Mandate eine zentrale, aber bisher kaum untersuchte Rolle zu. Sie waren die lokalen Mitarbeiter der Ober- und Landvögte in den Kommunen oder übten exekutive Funktionen in den Ämtern der Vogteien aus.<sup>178</sup> Wegen ihrer intimen Kenntnisse der Zustände in den Dörfern und Regionen waren sie in der Lage, bei Gemeindevorgesetzten und Untertanen Verständnis für obrigkeitliche Mandate zu wecken. Die Beamten des Landvogtes vermittelten jedoch nicht nur uneigennützig. Sie gehörten der ländlichen Oberschicht an und es war ihnen aus persönlichen Gründen durchaus daran gelegen, mit allen Seiten gut zusammenzuarbeiten, da ihr soziales Ansehen von diesem Amte abhing. Demnach waren auch sie sehr daran interessiert, dass auf der Landschaft Ruhe und Ordnung herrschten, wollten sie ihre Position<sup>179</sup> und ihre Wiederwahl<sup>180</sup> nicht gefährden.

---

<sup>178</sup> Vgl. Eduard Eichholzer, „Zur Geschichte und Rechtsstellung des zürcherischen Untervogtes“, Sonderdruck aus der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 44(1924); Illi, Kameralistik, 25.

<sup>179</sup> Weibel, Stadtstaat, 48.

<sup>180</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 230.

## 2.7 Zwischenfazit I

Stadt und Landschaft Zürich sind in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als ein historisch gewachsenes politisches System zu betrachten, dessen tragende und politisch relevante Komponenten zwar aufeinander angewiesen, aber nicht gleichberechtigt waren. Die hegemoniale Stellung der Stadt basierte auf der rechtlichen Unterstellung der Ober- und Landvogteien, die je unterschiedliche Rechtsbeziehungen zur Stadt pflegten. Die Vielfalt war zugleich der limitierende Faktor für eine umfassende Herrschaftsintensivierung und eine zu starke Vereinheitlichung des Herrschaftsrechts. Die Gewährung einer weitgehenden Autonomie der Gemeinden sowie die Besetzung wichtiger lokaler Ämter mit Einwohnern der Landschaft waren für die Stadt die Garantie einer weitgehend problemlosen Eingliederung der Untertanengebiete und für die Dorfgemeinschaften die Bedingungen für die Loyalität gegenüber der Obrigkeit. Das Militär war für die Obrigkeit zudem auch keine wirklich machtvolle Stütze seiner Herrschaft, denn zum Schutz der Stadt war das Regiment auf die Gefolgschaft der Milizverbände der Landschaft angewiesen.

Weder die Führungsschicht in der Stadt noch jene auf der Landschaft drängte auf eine grundsätzliche Veränderung des politischen Systems. Der Grund dafür lag im Umstand, dass alle Eliten von der gegenwärtigen Ausgestaltung der Verfassung profitierten.

Mit dem Kirchenregiment verfügte der Stadtstaat zudem über ein wichtiges Instrument, die Mauer der Gemeindeautonomie zu durchbrechen und den Alltag und das Sozialleben der Bewohner individuell zu beeinflussen und zu kontrollieren.

Der beständige Druck des Regiments, seine Herrschaft wo immer möglich zu intensivieren und die zunehmende Professionalisierung der Verwaltung mit ihrem Bemühen, die Effektivität der Obrigkeit zu erhöhen, liefen den Ausgleichsbestrebungen entgegen, konnten sie jedoch schliesslich nicht unterlaufen.

Die vorliegende Beschreibung des politischen Systems des Zürcher Stadtstaates im 18. Jahrhundert könnte glauben machen, der zwischen städtischen und dörflichen Oberschichten gefundene Grundkonsens in den politischen Machtverhältnissen hätte es dem Regiment wenigstens erleichtert, seine Gesetzesbestimmungen relativ einfach durch- und umzusetzen. Ein Blick auf die endlosen Klagen der Obrigkeit wegen der Missachtung ihrer Mandate belehrt einen eines Besseren. Die hohen Vertreter des Regiments genossen in kommunalen Angelegenheiten auf der Landschaft nicht vorbehaltlos Anerkennung, weil die Gemeindegewaltigen, aber auch die einfachen Gemeindebürger, in ihnen eine latente Bedrohung ihrer individuellen Freiräume und schliesslich der gemeindlichen Selbstregulierungsmechanismen sahen, ohne dass ihnen gleichzeitig ein Angebot zur Teilhabe an der politischen Macht unterbreitet worden wäre. Aus dieser Einschätzung der Situation heraus hielten die Gemeinden der Obrigkeit ihre alten Rechte und die allerdings im 18. Jahrhundert bis zum Stäfner Handel unausgesprochene Drohung der Aufkündigung ihrer Loyalität entgegen, oder die Bewohner der Landschaft entzogen sich so weit als möglich dem obrigkeitlichen Zugriff. Das Regiment musste diesen Zustand akzeptieren, weil es bis zum Ende des Ancien Régime keine ausreichende

Macht und Mittel besass, um die Situation grundlegend und zu seinen Gunsten zu verändern und es befürchten musste, Einfluss zu verlieren. Diese schwierige Kräftekonstellation war der entscheidendste Punkt im politischen Machtgefüge des Alten Zürich. Sie war auf die Bewahrung des Bestehenden ausgerichtet und liess kaum Spielraum für Veränderungen oder gar umfassende Modernisierungsbemühungen. So betrachtet, herrschte im politischen System Zürichs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts lediglich eine bedingte Stabilität. Sie wurde mit dem Preis eines fehlenden Fortschritts im sozioökonomischen Bereich und der Nichtbeachtung der dörflichen Unterschichten bezahlt.

### 3. Das Selbstverständnis und die Ordnungsvorstellungen des Regiments

Die Obrigkeit war sich ihrer kritischen Lage im politischen Machtgefüge durchaus bewusst. Sie reagierte darauf mit der Entwicklung eines Selbstverständnisses, das ideologische Züge aufwies. Es hatte letztlich zum Ziel, die unbedingte Treue der Landschaft gegenüber dem Regiment herbeizureden sowie zu festigen und basierte auf einem einfachen Mechanismus: Das unermüdliche Hervorstreichen der väterlichen Regierungsweise, die nur das Beste für die Untertanen anstreben würde, sollte bei der Bevölkerung der Landschaft kindliche Anhänglichkeit, Vertrauen und Gehorsam, ja sogar Dankbarkeit hervorrufen.<sup>181</sup> Die Obrigkeit baute darauf, dass die erwartete Loyalität bei den Untertanen tatsächlich vorhanden war. Und sie hoffte, dass dadurch die Schwachstellen des politischen Systems zwar nicht gerade ausgemerzt, so doch in ihrer Bedeutung herabgesetzt würden.

Das Selbstverständnis des Zürcher Regiments war ein Produkt der mentalen Traditionen der Stadt.<sup>182</sup> Eine bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in der protestantischen Staatskirche sozialisierte und verwurzelte Gesellschaft war durch die Schulbildung, die kirchliche Alltagsfrömmigkeit und die häusliche Erziehung schliesslich auch in ihrer Regierungsweise durch die zwinglianisch-christliche Ideologie geprägt. Conrad Ulrich bezeichnet diese als „zürcherische Ausprägung des patriarchalischen Staatsverständnisses“.<sup>183</sup>

In Zürich, wie in der Eidgenossenschaft allgemein, dominierte nach Ulrich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aber keine einzelne philosophische Strömung. Ulrich vermied es daher, die zürcherische Ausprägung des patriarchalischen Staatsverständnisses einer bestimmten Theorie, auch nicht dem Staatsverständnis Zwinglis allein, zuzuordnen.<sup>184</sup>

Zürich war in der Eidgenossenschaft kein Einzelfall. Thomas Maissen ortete allgemein eine Lücke im schweizerischen staats-theoretischen Denken zwischen Niklaus von Flüe, Zwingli und Calvin einerseits und Rousseau, Bodmer und Franz Urs Balthasar andererseits.<sup>185</sup>

Tatsächlich herrschte im 17. und 18. Jahrhundert im politischen Alltag Zürichs eine Theorienmixtur vor. Sie setzte sich einerseits aus Einflüssen des durch die Zürcher Kaufmannsfamilien adaptierten niederländischen und italienischen, dem so genannten klassischen Republikanismus, dem Festhalten an alteidgenössischen Freiheitstraditionen und dem Rückgriff auf eine christliche Tugendlehre zusammen.<sup>186</sup> Andererseits traten nach der Jahrhundertmitte der auf-

---

<sup>181</sup> Besonders deutlich kommt dieses Selbstverständnis im Kapitel „Von unserer Regierungsform und darauf beziehenden Pflichten aller Landes-Einwohner“ des „Politischen Handbuchs“ von David von Wyss zum Ausdruck. Von Wyss schrieb es nach der Krise des Stäfer Handels. Vgl., Wyss, Politisches Handbuch, 51 – 54.

<sup>182</sup> Ulrich, Selbstverständnis, 54; vgl. auch: ders., 18. Jahrhundert, 365 – 371.

<sup>183</sup> Ulrich, Selbstverständnis, 59.

<sup>184</sup> Ebd., 59.

<sup>185</sup> Thomas Maissen, „Eine ‚absolut, independente, souveraine und zugleich neutrale Republic‘: Die Genese eines republikanischen Selbstverständnisses in der Schweiz des 17. Jahrhunderts“, in: Republikanische Tugend: Ausbildung eines Schweizer Nationalbewusstseins und Erziehung eines neuen Bürgers, (Travaux sur la Suisse des Lumières 2), Genève 2000, 130 – 150, 134. Maissen griff hier auf die Erkenntnisse Louis Carlens zurück: Louis Carlen, „Staatstheorien in der alten Eidgenossenschaft“, in: Otfried Höffe (Hg.), Thomas Hobbes: Anthropologie und Staatsphilosophie, Fribourg 1981, 171 – 174.

Vgl. auch: Maissen, Republic.

<sup>186</sup> Maissen, Republikanisches Selbstverständnis, 150.

geklärte Patriarchalismus bzw. die politische Ökonomie als gemässigte und der politische Patriotismus als radikale Reformrichtungen auf. Sie wirkten im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts in unterschiedlichem Masse ebenfalls auf das Selbstverständnis und die Ordnungsvorstellungen des Regiments ein.

Es geht nun im Folgenden darum, das Selbstverständnis und die Ordnungsvorstellungen der einzelnen Staatstheorien zu beschreiben sowie ihren Anteil am spezifisch zürcherischen Staatsverständnis der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu gewichten. Damit kann anschliessend ihr Einfluss auf die Entwicklung der ordnungssichernden Organe abgeleitet werden.

### 3.1 Der traditionelle und klassische Republikanismus in Zürich

Ein republikanisches Denken und Handeln gab es in der Eidgenossenschaft und in Zürich seit dem Hochmittelalter. Es erlebte nach der Reformation im 16. und 17. Jahrhundert einen ersten Höhepunkt und verstärkte und modifizierte sich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts fortlaufend.<sup>187</sup> Zum republikanischen Bewusstsein in der gesamten Eidgenossenschaft gehörte wesentlich das Fehlen einer institutionalisierten Form der politischen Repräsentation oder Partizipation der Untertanengebiete in den obrigkeitlichen politischen Institutionen.<sup>188</sup> Dieses Manko führte im europäischen Vergleich in der Eidgenossenschaft relativ häufig zu Untertanenprotesten.<sup>189</sup> Es hatte auch wesentliche Rückwirkungen auf das Staatsverständnis der Eidgenossenschaft und auf dasjenige der Stände. Die Untertanenproteste bewogen die Obrigkeit, eine weitgehende konsequente staatliche Modernisierung, so wie sie gleichzeitig in den fürstlich-monarchischen Herrschaftsgebieten im Umfeld der Eidgenossenschaft durchgeführt worden war, zu unterlassen.<sup>190</sup> Dazu zählten der Verzicht auf eine direkte Vermögenssteuer in den Untertanengebieten<sup>191</sup> und das Festhalten an Miliztruppen, um die Untertanen nicht noch weiter zu provozieren. In letzter Konsequenz bedeutete dies systembedingt schwache Obrigkeiten in der Eidgenossenschaft bis 1798.

André Holenstein hat die typischen Merkmale einer republikanischen Herrschaftspraxis, die zu einer traditionellen, „alteidgenössischen Republikanismustheorie“ gehören müssten, identifiziert.<sup>192</sup> Sie gelten auch für das traditionelle Republikverständnis Zürichs. Im Zentrum steht zum einen der Leitbegriff der „Freiheit“ in allen seinen Aspekten. Die Republik hatte sie im Kampf gegen eine ungerechte Herrschaft erkämpft. Deshalb wurden die Tugenden<sup>193</sup> (*virtus*)

---

<sup>187</sup> André Holenstein, „Republikanismus in der alten Eidgenossenschaft“, in: Peter Blickle u. a. (Hg.), *Traditionen der Republik – Wege zur Demokratie*, (Collegium Generale Universität Bern, Kulturhistorische Vorlesungen 1997/98), 103 – 142. Holenstein legte seinen Überlegungen den Republikanismusbegriff von Peter Blickle zugrunde.

<sup>188</sup> Holenstein, *Republikanismus*, 111.

<sup>189</sup> Ebd., 111f.

<sup>190</sup> Ebd., 112.

<sup>191</sup> Für Zürich zum Beispiel die Kyburger Unruhen von 1644/45 und der Wädenswiler Handel von 1646. Vgl. dazu: Sigg, 17. Jahrhundert, 313 – 317.

<sup>192</sup> Holenstein, *Republikanismus*, 106.

<sup>193</sup> John G. A. Pocock weist zu Recht darauf hin, dass die Tugend im klassischen Republikanismus nicht auf eine rechtliche Angelegenheit reduziert werden kann. „(...) und aus demselben Grund waren die Gesetze der Republik – die *lois*, wie sie Montesquieu von einer *vertu politique* geschützt sah, weit weniger *regulae juris* oder Mittel

der Vorväter zum Garanten für den Bestand der Republik – und damit zum zweiten Leitbegriff.

Mit dem Westfälischen Frieden erhielt die Republikdiskussion auch in Zürich einen neuen Impuls.<sup>194</sup> Thomas Maissen geht davon aus, dass nach 1648 in der Eidgenossenschaft durch diplomatische Kontakte mit Venedig und vor allem den Generalstaaten und in der politischen Auseinandersetzung mit Frankreich ein neuer, als klassisch bezeichneter Republikbegriff<sup>195</sup> importiert wurde, der hier auf das oben geschilderte, traditionelle Republikverständnis traf.<sup>196</sup> Der klassische Republikanismus veränderte die aus der Beschäftigung mit der antiken und humanistischen „res publica“-Literatur bekannten Republikvorstellungen insofern, als er nun vermehrt freiheitsstaatlich aufgeladen und vor allem mit frühaufklärerischen und emanzipatorischen Postulaten verbunden wurde.<sup>197</sup> Die neuen Republikvorstellungen als Kombination aus traditionellem und klassischem Republikanismus begannen sich in der Eidgenossenschaft auf breiter Basis aber erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts durchzusetzen.

Ein repräsentatives Beispiel dieser traditionell-klassisch republikanischen Sichtweise der Politik in Zürich bietet eine Predigt aus dem Jahr 1759, die von Fraumünsterpfarrer Johann Caspar Ulrich (1705 – 1768) gehalten wurde.<sup>198</sup> Er beschrieb in seiner Homilie Zürich im Sinne der Theorie des traditionell-klassischen Republikanismus als ein politisches System mit einem patriarchalischen Selbstverständnis, das – und das zeichnete das zürcherische Republikverständnis aus – religiös begründet war, aber sich nicht als Theokratie verstand.<sup>199</sup> Thomas Maissen spricht von einem säkularisierten Republikverständnis.<sup>200</sup> Die Mitglieder des Regiments als Elite sollten sich, so Pfarrer Ulrich, ihrer erwählten Stellung bewusst sein und deshalb die Bürger und Einwohner von Stadt und Landschaft Zürich gemäss einem Tugendideal in väterlicher Manier mit Mandaten vor schädlichen Einflüssen auf die Gemeinschaft

---

zur Konfliktbewältigung als vielmehr *ordini* oder Vorschriften, die die formale Struktur abgaben, innerhalb derer sich die politische Natur auf das ihr inhärente Ziel entwickelte.“ Vgl.: John G. A. Pocock, „Tugenden, Rechte, Umgangsformen: Ein Modell für die Historiographie des politischen Denkens“, in: ders., Die andere Bürgergesellschaft: Zur Dialektik von Tugend und Korruption, (Edition Pandora 12), aus dem Englischen übersetzt von Klaus Blocher, Frankfurt a. M. 1993, 134 – 157, 144.

<sup>194</sup> Thomas Maissen, „Brutus zwischen Freiheit und Recht, Pflicht und Gesetz: Zum Wandel eines republikanischen Symbols im frühneuzeitlichen Zürich“, in: NZZ vom 22. Juni 1998, Nr. 141.

<sup>195</sup> Maissen basiert grundsätzlich, aber nicht unkritisch, auf den Forschungsergebnissen zum klassischen Republikanismus von John G. A. Pocock; Maissen, Valkeniers, 153. Der in diesem Zusammenhang ebenfalls oft genannte Peter Blickle und sein „Kommunalismus-Republikanismus“-Paradigma lehnt Maissen nicht ab, sieht aber in dessen Terminologie eine Gefahr für eine Begriffsverwirrung, da Blickle den Terminus eher als einen sozial- und verfassungsgeschichtlichen Prozess versteht, als eine antimonarchistische Ideologie. Vgl.: Maissen, Valkeniers, 155f.

<sup>196</sup> Ebd., 151f. Vgl. auch: Maissen, Republic.

<sup>197</sup> Vgl. dazu: Maissen, Valkeniers. Der Republikbegriff der Eidgenossenschaft im 18. Jahrhundert mit seiner Tugendorientierung unterschied sich eindeutig vom Begriff der „modernen“ Verfassungsrepublik, wie er sich nach der Glorious Revolution herausbildete und im Zusammenhang mit der Amerikanischen und Französischen Revolution weiterentwickelt wurde.

<sup>198</sup> ZBZ VII: 43, Nr. 8.

<sup>199</sup> Zum Republikanismus in der Eidgenossenschaft vgl.: Zurbuchen, Patriotismus und Kosmopolitismus. Den klassischen Republikanismus als Grundlage ihrer Forschungen über die Geschichte des Kantons Zürich nahmen u. a.: Weinmann, Bürgergesellschaft und Rolf Graber, Bürgerliche Öffentlichkeit; vgl. dazu z. B.: Rolf Graber, „Kollektive Lernprozesse: Zur Bedeutung republikanischer Vorstellungen in Stadt und Landschaft Zürich im ausgehenden 18. Jahrhundert“, in: Republikanische Tugend: Ausbildung eines Schweizer Nationalbewusstseins und Erziehung eines neuen Bürgers, (Travaux sur la Suisse des Lumières 2), Genève 2000, 204 – 221.

<sup>200</sup> Maissen, Republic, 422f.

schützen und das Gemeinwohl fördern. Die Gewalt zu entscheiden, was für Bürger und Untertanen richtig oder falsch, gut oder böse sei, lag in der gottgewollten Herrschaft des Regiments. Sie förderte ein einfaches Weltbild, das manichäische Züge annahm.

Das trotz des säkularisierten Verständnisses religiös aufgeladene patriarchalische Denken des traditionell-klassischen Republikanismus in Zürich<sup>201</sup> sah als Gegenstück zu den Ordnungsvorstellungen der Obrigkeit von den Bürgern und Untertanen eine auf Ruhe ausgerichtete Ordnungserwartung vor. Sie sollten sich widerspruchslös durch das Regiment leiten lassen, weil es die biblisch abgestützte Staatsordnung so wolle und nur eine vollständige Unterordnung die erforderliche Grundlage für die soziale, politische und ökonomische Entwicklung des Stadtstaates garantieren könne.<sup>202</sup> An dieser Auffassung hielt das Regiment bis zum Ende des Ancien Régime fest.<sup>203</sup>

Die Ordnungserwartungen waren jedoch nicht einseitig. Auch die Bewohner der Dörfer wünschten sich eine weise und gerechte Obrigkeit, die willkürliches Handeln vermied.<sup>204</sup> Sie kannten die Schwächen des politischen Systems und wollten sie behoben wissen. Die Problematik für die Bewohner der Landschaft lag demnach weniger in der prinzipiellen Akzeptanz des Systems als in der oftmals mangelhaften Amtsführung der Chargenträger.<sup>205</sup> Den Gesetzen, Vorschriften und Mandaten der Regierung wurde augenscheinlich nicht immer die notwendige Nachachtung verschafft, was mit der Zeit die Autorität des Gesetzgebers untergrub und das Gerechtigkeitsgefühl verletzte.<sup>206</sup>

### 3.2 Der aufgeklärte Patriarchalismus

Der traditionell-klassische Republikanismus blieb während des gesamten 18. Jahrhunderts die Grundsubstanz der Zürcher Staatsphilosophie. Im Nachgang zum Zweiten Villmergerkrieg von 1712 hatte jedoch mit dem aufgeklärten Patriarchalismus eine politische Reformbewe-

---

<sup>201</sup> Ich sehe, anders als Thomas Maissen, auch nach einer Säkularisierung der Republikvorstellung einen starken religiösen Aspekt im praktischen und alltäglichen Regimentsverständnis der Zürcher Obrigkeit.

<sup>202</sup> Noch besser als in der Predigt von Ulrich kommt diese Haltung in einer Rede von Landvogt Johann Caspar Hirzel anlässlich des Ablegens des Treueeids der Bevölkerung der Gemeinen Herrschaft Baden zum Ausdruck. Landvogt Hirzel erklärte darin, welches Verhalten und welche Einstellung er von den Untertanen zu sehen wünsche: „Es kann keine wichtigere und vielumfassendere Verbindung erdacht werden, als diejenige es ist, welche in den bürgerlichen Gesellschaften die Oberkeit und die Untertanen vereinigt. Auf derselben beruht die Wohlfahrt des einzelnen Gliedes wie des Ganzen. Und nur unter dem Zusammenhang dieses wichtigen Bandes blühen Ruhe, Wohlstand und Sicherheit auf, sowie hingegen unter seiner Trennung sich alles in Verwirrung und Zerrüttung auflöst. Von diesem Grundsatz, dessen bündige Stärke durch die Weltgeschichte genugsam bestätigt ist, leiten sich nun auch Pflichten her, welche die Untergebenen gegen die Landesobrigkeit beobachten sollen: Die Pflichten der Treue und des Gehorsams, die sich im Herzen eines jeden rechtschaffenen Mannes mit soviel mehrer Kraft empfehlen, da von ihrer Erfüllung seine eigene Ruhe und die seiner Mitmenschen unmittelbar abhängen. Sonder Zweifel muss daher die Erneuerung dieser Pflicht einen vorzüglichen feierlichen Eindruck auf das menschliche Gemüt machen, indem sie die Vorstellung von dem ausgebreiteten Glück des gesellschaftlichen Lebens erneuert und die Neigung, seinen Beitrag zu demselben redlich darzugeben, wieder belebt.“ ZBZ Familienarchiv Hirzel Nr. 50a/4/4, zitiert in: Kramer, Hirzel, 96.

<sup>203</sup> Vgl. Johann Jakob Hess, Über die Volks- und Vaterlandsliebe Jesu: Zwölf Predigten mit Hinsicht auf gegenwärtige Zeitumstände, Zürich 1793, 197f.

<sup>204</sup> Vgl. als Beispiel: Predigt des Ortspfarrers anlässlich der Einsetzungsfeier von Johann Ludwig Lavater als dem neuen Landvogt der Grafschaft Kyburg vom 25. Mai 1766 in Marthalen; ZBZ VII: 265, Nr. 8, S. 1 – 32.

<sup>205</sup> Ebd., 24 – 30.

<sup>206</sup> Ebd., 30.

gung eingesetzt, die Änderungen an der Zunftverfassung vornehmen und wirtschaftliche, rechtliche, soziale und militärische Reformen in die Hand nehmen wollte, ohne allerdings revolutionäre Umwälzungen zu beabsichtigen.<sup>207</sup>

### 3.2.1 Die Ordnungsvorstellungen des aufgeklärten Patriarchalismus

Die Unzufriedenheit der Bürger Zürichs mit den politischen Verhältnissen äusserte sich im 18. Jahrhundert erstmals in der Verfassungsbewegung von 1712/13.<sup>208</sup> Durch ein geschicktes Taktieren des Kleinen Rates blieb von den politischen Postulaten schliesslich nicht mehr viel als eine bescheidene Anpassung des „Geschworenen Briefes“ übrig. Die „bürgerlichen Unruhen“ von 1712/13 waren gleichzeitig jedoch eine der Vorläuferbewegungen des aufgeklärten Patriarchalismus<sup>209</sup>, der in seiner wirtschaftspolitischen Ausprägung auch ökonomischer Patriotismus genannt wurde.<sup>210</sup>

Die Reformbewegung hatte mit der Gründung der „Physikalischen Gesellschaft“ von 1746 eine erste Form der Institutionalisierung gefunden.<sup>211</sup> Die Mitglieder dieser Sozietät waren vornehmlich Exponenten des städtischen Verlags- und Handelsbürgertums und sie strebten eine Rationalisierung sowie Reformen zur Anpassung der bestehenden Strukturen an ihre Interessen an. Zwischen 1755 und 1770 gelang es den Mitgliedern der „Physikalischen Gesellschaft“ in höchste politische Ämter vorzudringen und partiell Reformen zu verwirklichen. Das wichtigste Projekt betraf die Landwirtschaftspolitik, wo man mit der „Ökonomischen Kommission“ versuchte, die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern und aus diesem Grund politische Reformen in der Agrarpolitik anstrebte.<sup>212</sup> Nach Rudolf Braun stand hinter den Bemühungen der ökonomischen Patrioten letztlich die Idee einer „utilitaristischen Volksbeglückungstheorie“ auf der Grundlage der Rezeption der Theorie des deutschen Philosophen Christian Wolff.<sup>213</sup> Da der aufklärerische Ansatz immer auch die Gefahr in sich barg, eine nicht intendierte emanzipatorische Eigendynamik bei den Untertanen auszulösen, welche die ständische Gliederung der Gesellschaft und die städtischen Herrschaftsansprüche zu unterlaufen drohte, mussten die konkreten Reformbestrebungen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts schliesslich auf nicht-politische Bereiche beschränkt bleiben und radikale Tendenzen unterbunden werden, die das politische System prinzipiell infrage gestellt hätten.<sup>214</sup> Dennoch blühte der aufgeklärte Patriarchalismus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stark. Er

---

<sup>207</sup> Zimmermann, Verfassung, 14 – 22.

<sup>208</sup> Vgl. dazu Kapitel „Unruhen“.

<sup>209</sup> Wolfgang von Wartburg, Zürich und die französische Revolution: Die Auseinandersetzung einer patriarchalischen Gesellschaft mit den ideellen und politischen Einwirkungen der französischen Revolution, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 60), Basel 1956, 37.

<sup>210</sup> Zum ökonomischen Patriotismus (im deutschsprachigen Ausland als politische Ökonomie bezeichnet) vgl.: Kapossy, Introduction. Von Interesse für die Fragestellung ist die Fiskalpolitik der eidgenössischen ökonomischen Patrioten.

<sup>211</sup> Graber, Bürgerliche Öffentlichkeit, 41 – 45.

<sup>212</sup> Über die Ziele der ökonomischen Patrioten ist eine Diskussion entstanden. Rolf Graber sieht in erster Linie die Überwindung des landesväterlichen Policeystaates als Beweggrund, während Peter Rasony lediglich eine gut begründete Reform des Staatswesens und die Steigerung der Produktivität des landwirtschaftlichen Sektors erkennt; vgl. Graber, Bürgerliche Öffentlichkeit, 43 und Rasony, Promotoren und Prozesse, 216.

<sup>213</sup> Braun, Ancien Régime, 90. Demgegenüber führt Rasony mit seinem ökonomischen Ansatz praktisch nur wirtschaftliche und private Interessen der Mitglieder der „Ökonomischen Kommission“ an; vgl. Rasony, Promotoren und Prozesse, 159 – 196.

<sup>214</sup> Graber, Bürgerliche Öffentlichkeit, 169.



verband sich mit dem traditionell-klassischen Republikanismus, ja verwob sich mit ihm und entfaltete über die bestehenden politischen Strukturen Wirkung, ohne sie zu gefährden.

Ein Grund für den mittel- und langfristigen Erfolg des aufgeklärten Patriarchalismus war seine gemeinsame Basis mit dem traditionell-klassischen Republikanismus. Die Vertreter eines reformorientierten Republikanismus unterschieden sich in ihren Äusserungen zur politischen Ordnungsvorstellung im Alltag kaum von den Repräsentanten des traditionell-klassischen Republikanismus, da sie die bestehende Grundordnung und den Wertekatalog akzeptierten.<sup>215</sup>

### **3.2.2 Der Einfluss der Philosophie Christian Wolffs auf das Selbstverständnis und die Ordnungsvorstellungen des aufgeklärten Patriarchalismus**

Galten in der Praxis weiterhin die überkommenen Ordnungsvorstellungen, so fussten sie in ihrer theoretischen Basierung seit der Mitte des 18. Jahrhunderts zunehmend auf der deutschen Aufklärungsbewegung. Der höchsten Ausbildungsstätte Zürichs, dem Collegium Carolinum am Grossmünster, kam in der Vermittlung des Ideengutes eine entscheidende Bedeutung zu, weil es die Ausbildung der zukünftigen Mitglieder des Regiments verantwortete und somit über den Unterricht unmittelbar die Ausformung des Selbstverständnisses und der Ordnungsvorstellungen beeinflusste.<sup>216</sup> In der Phase der Reformbewegung erfolgte in Zürich 1775 auch die Umgestaltung des Carolinums. Hinter den Neuerungen stand als geistiger Förderer Johann Conrad Heidegger (1710 – 1778), Bürgermeister und vor allem Gründungsmitglied und Hoffnungsträger der „Physikalischen Gesellschaft“.<sup>217</sup> Ziel der Reform der Schule war es, dem steigenden Bedürfnis einer Ausbildung für weltliche Amtsträger zu entsprechen und diese höchste Ausbildungsstätte des Stadtstaates deshalb um eine angemessene Bildung auch der Nicht-Theologen zu erweitern. So hiess es im Bericht des Schulrates über die Verbesserungsmassnahmen der zürcherischen Kollegien vom 24. März 1775, dass das Hauptaugenmerk in der philosophischen Disziplin auf all jene, „die in einen öffentlichen Stand gelangen werden“ gelegt werden müsse. Sie hätten in der Art, wie es für sie notwendig sei, sich in einem eineinhalbjährigen Kurs mit dem ganzen philosophischen System auseinanderzusetzen.<sup>218</sup> Die theoretische Ausbildung erfolgte am Collegium Carolinum allerdings nicht anhand von Texten von Huldrych Zwingli oder Hans Bullinger, sondern die Dozenten waren verpflichtet, die Philosophie Christian Wolffs zu unterrichten.<sup>219</sup> Das verbindliche Lehrbuch<sup>220</sup>

---

<sup>215</sup> Ulrich, Selbstverständnis, 57. Vgl. dazu auch: Annemarie Hess, Johann Conrad Heidegger: Ein Zürcher Staatsmann 1710 – 1778, (Diss.), Zürich 1945, bes. 97 – 106. Ebenso: ZBZ Ms T 416, Nr. 7, Johann Conrad Heidegger, Bauerngespräch, Zürich 1758 und Johann Caspar Hirzel, Das Bild des wahren Patrioten in einem Denkmahl Herrn Hans Blaarers von Wartensee, Zürich 1767.

<sup>216</sup> Zur politischen Bildung vor dieser Schulreform vgl.: Leo Weiss, Die politische Bildung im alten Zürich, Zürich 1940.

<sup>217</sup> Willibald Klink, Die Reform der gelehrten Schule in Zürich 1765 – 1775, (Habil.), Zürich 1916, 17.

<sup>218</sup> StAZ E II 491, S. 304.

<sup>219</sup> Johann Jakob Wirz, Historische Darstellung der urkundlichen Verordnungen betreffend die Geschichte des Kirchen- und Schulwesens in Zürich, Band 1, Zürich 1793, 332.

<sup>220</sup> Klink, Reform, 54.

war ein Kompendium der Wolffschen Philosophie, das von Ludwig Philipp Thümmig<sup>221</sup> herausgegeben worden war.<sup>222</sup>

Die frühaufklärerische Gesellschafts- und Staatslehre von Christian Wolff, die schon der „Ökonomischen Kommission“ ihre Grundausrichtung vorgegeben hatte, war somit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einer der einflussreichsten Faktoren in der Zürcher Theorienmixtur. Sie bildete eine der prägendsten Grundlagen der politischen Philosophie Zürichs. Sie formte das Denken der zukünftigen Träger des Regiments und blieb bis zum Ende des Ancien Régime massgebend, denn das Curriculum des Carolinums wurde von der konservativen Stabilisierungsphase seit dem Ende der 1770er Jahre nicht betroffen.

Der Einfluss der Ideen Wolffs auf das Staatsverständnis und die Ordnungsvorstellungen des Stadtstaates wurde bisher kaum ausreichend gewürdigt<sup>223</sup>, obwohl sie gerade nach ihrer Herauslösung aus dem frühliberalen Kontext durch Klaus-Gert Lutterbeck ein erhellendes Licht auf die Begründungszusammenhänge des obrigkeitlichen Selbstverständnisses in Zürich werfen.<sup>224</sup> Im Folgenden soll aus diesem Grund die Rezeption Christian Wolffs in der staatsrechtlichen Literatur Zürichs skizziert werden.

### **3.2.3 Die Staatstheorie und die Ordnungsvorstellungen Christian Wolffs**

Christian Wolff (1679 – 1754) legte in seinem Werk eine ontologisch fundierte Politikauffassung vor. Er ist als deutscher Frühaufklärer mit seiner politiktheoretischen Konzeption den Vertretern der Naturrechtslehre zwischen Leibniz und Kant zuzuordnen. Sein Ansatz fusste auf einer Anthropologie, die den Menschen als ein von Gott ins Leben gerufenes Geschöpf betrachtete, das nach menschlicher Vervollkommnung strebte. Die Perfektionierung des Menschen war einerseits von den lebensnotwendigen, natürlichen Handlungen und andererseits von

---

<sup>221</sup> Ludwig Philipp Thümmig, *Institutiones philosophiae Wolfianae*, zweite Auflage, 2 Bände, Frankfurt und Leipzig 1740f.

<sup>222</sup> Es stellt sich die Frage, weshalb am Carolinum, der zentralen theologischen Ausbildungsstätte Zürichs, die Schriften eines frühaufklärerischen Philosophen vorgeschrieben wurden und nicht direkt auf die Staats- und Gesellschaftslehre der Reformatoren zurück gegriffen wurde. Die Antwort liegt im Umstand, dass um die Jahrhundertmitte der Zürcher Kirche mit Antistes Johann Conrad Wirz (1688 – 1769) eine Führungspersonlichkeit vorstand, welche die orthodoxe Theologie den Einflüssen der Aufklärung sorgsam öffnete. In diesem Umfeld wurde auch das Wirken von Johann Caspar Lavater, Pfarrer am St. Peter, möglich. Der Nachfolger von Antistes Wirz, Johann Rudolf Ulrich (1728 – 1795), war selbst Gründer einer „Physikalischen Gesellschaft“ und trat ganz bewusst für eine aufklärerische Gesinnung der Schulreform von 1775 ein. 1786 wurde mit Heinrich Corrodi (1752 – 1793) sogar ein in der Tradition der Wolffschen Philosophie stehender Dozent auf den Lehrstuhl für Naturrecht und Sittenlehre berufen. Vgl.: Zimmermann, *Zürcher Kirche*, 232; Ulrich, *18. Jahrhundert*, 469; Georg Rudolf Zimmermann, *Die Zürcher Kirche von der Reformation bis zum dritten Reformationsjubiläum (1519 – 1819) nach der Reihenfolge der Zürcherischen Antistes*, Zürich 1878, 330; Simone Zurbuchen, „Popularphilosophie zwischen Fanatismus und Atheismus: Heinrich Corrodi und Leonhard Meister über die Zukunft der Aufklärung“, in: dies., *Patriotismus und Kosmopolitismus: Die Schweizer Aufklärung zwischen Tradition und Moderne*, Zürich 2003, 133 – 148, 142 – 144.

<sup>223</sup> Die politische Kultur und Mentalität Zürichs wird in der Literatur pauschal auf das spätmittelalterliche zünftische Denken und die Reformation zurückgeführt, ohne allerdings die Bedeutung der politischen Texte Zwinglis und seiner Nachfolger auf das politische Leben im 18. Jahrhundert detailliert zu erläutern. So bei Zimmermann, *Verfassung*, 9, Ulrich, *Selbstverständnis*, 54 und Ulrich, *18. Jahrhundert*, 364 – 371. Vgl. auch Bemerkungen weiter unten.

<sup>224</sup> Als Grundlage für die folgende Darstellung des Staatsverständnisses diente: Klaus-Gert Lutterbeck, *Staat und Gesellschaft bei Christian Thomasius und Christian Wolff: Eine historische Untersuchung in systematischer Absicht*, (Forschungen und Materialien zur deutschen Aufklärung, Abteilung II, 16), Stuttgart 2002, 149 – 209.

den durch die Vernunft geleiteten, freien Handlungen des Individuums abhängig. Nach Wolff förderte eine gute Handlung die Vollkommenheit, eine schlechte hintertrieb sie. Das höchste Gut des Menschen bestand darin, ungehindert zu einer immer grösseren Vollkommenheit fortschreiten zu können. Diese Vollkommenheit konnte nach Wolff allerdings nur in einer menschlichen Gemeinschaft erreicht werden. Damit baute das Staatsverständnis von Christian Wolff auf der aristotelischen Gesellschaftstheorie auf, erweiterte sie aber durch die Idee eines Weltstaates, in dem sich auch die Staatswesen selbst perfektionieren.

Im persönlichen Entwicklungsprozess des Menschen spielte nach Wolff der Staat eine tragende Rolle, weil er die Pflicht hatte, seinen Bürgern diejenigen Dinge zur Verfügung zu stellen, die er zu seiner Vervollkommnung brauchte. Wolff ging nicht von einer Priorität des Rechts aus, sondern das Recht wurde aus der Vervollkommnungspflicht des Staates abgeleitet. In einer vorpolitischen Gemeinschaft (*societas civilis*) wurden diese Güter noch durch gegenseitige Liebesdienste (*officia humanitatis*) gewährleistet, was nach Lutterbeck der protestantischen Dogmatik entsprach.<sup>225</sup> Durch Mangel an Liebe und Vernunft trat eine Dissoziation ein, der die Gemeinschaft mit einem Vertrag (*pactum unionis*) entgegentrat, um die Vervollkommnung abzusichern. Die Gemeinschaft des Staates (*res publica*) war dadurch gekennzeichnet, dass sie durch von Menschen geleitete Institutionen geführt wurde, das Recht auf Eigentum garantierte und Herrschaftsverhältnisse zuliess. Für Wolff war nämlich jede Staatsform legitim, wenn sie nur auf dem Willen des Volkes beruhte. Der Sinn der *res publica* bestand für Christian Wolff nach wie vor darin, die Voraussetzungen zu schaffen bzw. zu erzwingen, damit die Menschen ihre naturrechtliche Verpflichtung gegen sich selbst, gegen Gott und gegen die Mitmenschen erfüllen konnten. Daraus resultierten die Staatszwecke „Sicherheit“ und „gemeine Wohlfahrt“. <sup>226</sup> Diese beiden Staatszwecke präziserte Wolff in drei Staatsaufgaben<sup>227</sup>. Auf der einen Seite war dies die Produktion sowohl der äusseren Sicherheit (*securitas*) (1) wie der inneren Sicherheit (*tranquillitas*) (2), um Schlechtes von der Gesellschaft (*civitas*) abzuwenden. Auf der anderen Seite war es das Bemühen des Staates, mit der Wohlfahrt das Gute zu fördern, indem alles, was zum Leben sowie zur Glückseligkeit nötig war, gewährleistet wurde (*sufficientia vitae*) (3a).<sup>228</sup> Die hierbei zu schaffenden Voraussetzungen sollten sowohl den sittlich-moralischen Bereich des Lebens als auch die materiellen Lebensgrundlagen (Wohlstandsförderung) (3b) abdecken. Klaus-Gert Lutterbeck spricht in diesem Zusammenhang vom Staat als Agenten der Vervollkommnung<sup>229</sup>. Im Bezug auf die sittlich-moralische Dimension der Staatsaufgabe der Wohlfahrtsförderung war es allerdings bereits ein säkularisierter und nicht mehr ein transzendentaler Staatszweck. Der Herrscher musste zwar für die Einrichtung des öffentlichen Gottesdienstes sorgen, seine „*cura religionis*“ reduzierte sich aber auf die religiöse Fundierung des Staatsbewusstseins, die alle äusse-

---

<sup>225</sup> Lutterbeck, Wolff, 187.

<sup>226</sup> Ebd., 190.

<sup>227</sup> Ebd., 194. Von Lutterbeck Staatsfunktionen genannt.

<sup>228</sup> Christoph Link, „Die Staatstheorie Christian Wolffs“, in: Werner Schneiders (Hg.), *Christian Wolff 1679 - 1754: Interpretationen zu seiner Philosophie und deren Wirkung*, (Studien zum achtzehnten Jahrhundert 4), Hamburg 1983, 171 – 191, 173.

<sup>229</sup> Lutterbeck, Wolff, 192.

ren Formen des Kultes, wie Zeremonien, kirchliche Ämterhoheit, die Schlichtung von theologischen Fragen, die den sozialen Frieden gefährden, sowie die Kirchengüterverwaltung.<sup>230</sup>

<b>Staatszweck:</b>	<i>Sicherheit</i>	<i>Wohlfahrt</i>
<b>Staatsaufgaben:</b>	<i>securitas</i>  <i>tranquillitas</i>	<i>sufficientia vitae</i>  - sittlich-moralische Dimension - materielle Lebensgrundlagen (Wohlfahrtsförderung)

Bei der Dimension der Wohlfahrtsförderung (3b) galt Wolffs Augenmerk nicht nur den allgemeinen Lebensbedingungen, sondern sie umfasste sowohl die wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft als auch die Privatsphäre jedes Individuums, weil Christian Wolff keine Differenzierung von bürgerlicher und politischer Gesellschaft vornahm. Nach Klaus-Gert Lutterbeck hatte dies zur Folge, dass bei Wolff jede begriffliche Voraussetzung fehlte, um den Ausgleich oder die Vermittlung von konfligierenden Individual- und Gemeininteressen zu reflektieren, ja überhaupt ein staatsfrei denkendes und handelndes Individuum im liberalen Sinn theoretisch zu erfassen.<sup>231</sup> Ein Schutz von persönlichen Freiheits- oder Grundrechten oder gar von materiellen Forderungen an den Staat lag im theoretischen Ansatz Wolffs ausserhalb des Denkbaren, da er den Bürger als Rechtssubjekt nicht kannte.

Wolff unterschied zwischen der Vergemeinschaftung des Menschen (*pactum unionis*) und dem Vertrag zwischen Obrigkeit und Untertanen (*res publica*). Die Bildung und Übertragung der öffentlichen Gewalt wurde dabei bereits im „*pactum unionis*“ geregelt, während im Vertrag über die *res publica* lediglich noch die Bedingungen dieser Gewaltübertragung festgelegt wurden. Dem Staat räumte Wolff gleichzeitig das Recht ein, gegen Pflichtverletzer vorzugehen.<sup>232</sup> Wolff sah das stehende Heer als Instrument zur Durchsetzung des Gehorsams gegenüber den Untertanen vor.<sup>233</sup> Da Wolff keine staatsfreie Privatsphäre kannte, kam dem Staat bereits eine verfassungsgemäss latent omnipotente öffentliche Gewalt zu. Sie beschränkte sich aber nicht nur, wie bei Thomas Hobbes, auf die öffentliche Sicherheit. Dem Regenten waren vielmehr alle Rechte und Regelungskompetenzen übertragen, die zur Verwirklichung des Gemeinwohls erforderlich waren.<sup>234</sup> Christoph Link hat darauf hingewiesen, die policey-staatliche Komponente sei in der Theorie Wolffs deshalb viel stärker ausgeprägt als bei vielen seiner Zeitgenossen.<sup>235</sup> Das Individuum war in der Staatsvorstellung Wolffs noch nicht ein

<sup>230</sup> Vgl. zu den staatskirchenrechtlichen Gedanken Wolffs: Link, Wolff, 180f, 185f.

<sup>231</sup> Lutterbeck, Wolff, 191.

<sup>232</sup> Ebd., 194.

<sup>233</sup> Wolff, Pol. § 444. Vgl. Werner Frauendienst, Christian Wolff als Staatsdenker, (Historische Studien 171), Berlin 1927, 169.

<sup>234</sup> Link, Wolff, 181, 184.

<sup>235</sup> Ebd., 184.

bürgerliches Rechtssubjekt mit Freiheitsrechten.<sup>236</sup> Vom Bürger wurde vielmehr ein entsprechend uneingeschränkter Gehorsam gegenüber den Regelungen und Massnahmen der väterlich denkenden Obrigkeit verlangt, die gemäss Kontrakt nur das Beste für die Bürger ihres Staates wollte. Ein Widerstandsrecht des Einzelnen gegenüber dem patriarchalischen Staat war bei Wolff nur in passiver Form vorgesehen.

Die Attraktivität der Philosophie Wolffs für die Nachfolger Zwinglis am Carolinum lag in der erstaunlich weitgehenden Deckungsgleichheit der gesellschafts- und kirchenpolitischen Vorstellungen zwischen dem Reformator und dem Aufklärer. Die zürcherische Aufklärungsbewegung hatte nie mit der Kirche gebrochen, sondern sie schrieb die religiös geprägten Traditionen im Diskurs mit den aktuellen philosophischen Strömungen fort.<sup>237</sup> Wolff bot den Theologen in Zürich die Möglichkeit an, diesen konservativen Weg weiter zu gehen und sich dennoch bis zu einem gewissen Grad zu öffnen.

Die Gesetzgebung war zudem beim traditionell-klassischen Republikanismus, beim zwinglianischen Staatsverständnis, bei der politischen Philosophie Christian Wolffs sowie in der politischen Ökonomie die äussere Form, in der die Tugenden in Normen gefasst wurden. Der für die Ordnungsvorstellung gemeinsame, zentrale Berührungspunkt stellte bei allen Ansätzen die Letztbegründung der Gesetze dar. In allen vier staatsphilosophischen Ansätzen wurde auf allgemeingültige, sakrosankte Tugenden zurückgegriffen, die, in Rechtsvorschriften gegossen, einen beinahe uneingeschränkten Geltungsbereich besaßen. Zu den Aufgaben der weltlichen Obrigkeit gehörte es, diesen Tugenden Nachachtung zu verschaffen, ohne sie allerdings selbst definieren zu können. Dieses Privileg oblag den religiösen Führern der staatlichen Gemeinschaft. Im traditionell-klassischen Republikanismus galten die Tugenden der Antike und/oder der Helden aus der vaterländischen Geschichte als wegleitend für Gegenwart und Zukunft der Stadtrepublik. Ebenso wurde weder vom traditionell-klassischen Republikanismus noch von der politischen Ökonomie das reformatorische Tugendideal trotz einer veränderten Interpretation infrage gestellt. Die in der Geschichte vorgelebte *virtus* sollte dazu dienen, im politischen Alltag das Gemeinwohl über die Privatinteressen zu stellen. Sie fand ihren konkreten Ausdruck in der Formulierung von normativen Texten und in der Bedeutung, die die Obrigkeit dem Huldigungseid zumass.<sup>238</sup>

---

<sup>236</sup> Ebd., 199.

<sup>237</sup> Zurbuchen, Patriotismus und Kosmopolitismus, 148; Ulrich, Selbstverständnis, 55.

<sup>238</sup> Einer der führenden Theoretiker des klassischen Republikanismus, Quentin Skinner, schrieb dazu: „For the republican writers, accordingly, the deepest and most troubling question still remains: how can naturally self-interested citizens be persuaded to act virtuously, such they can hope to maximise a freedom which, left to themselves, they will infallibly throw away? The answer at first sounds familiar: the republican writers place their faith in the coercive powers of the law.” Vgl. Quentin Skinner, „The republican ideal of political liberty”, in: Gisela Bock u. a. (Hg.), Machiavelli and Republicanism, (Ideas in context), Cambridge 1990, 293 – 309, 304f. Für Heinrich Corrodi hiess dies konkret: „Wenn denn die Überzeugung von unsern Pflichten schon hinreicht, unter den Menschen Ordnung und Ruhe zu erhalten, wofür sind Gesetze da? Es ist ja nach dieser Art zu raisonnieren ganz unmöglich, dass es Diebe, Mörder, Ehebrecher geben sollte; jeder weiss, dass Verletzungen der Pflichten der Gerechtigkeit nachtheilige Folgen für den Schuldigen, und für die Gesellschaft überhaupt haben. Aber bey allem dem giebt doch nach der Meynung derer, die glauben, dass die Staaten für die Menschen eine Wohltat sind, viele tausend, die die Furcht vor positiven Strafen von Verbrechen zurückhält und nach der Meynung der weisesten Staatsmänner aller Zeiten selbst, vielleicht noch mehr, wenigstens eben so viel Furcht vor dem Missfallen der Gottheit, oder Wunsch, sich ihrer Gnade zu erwerben, von tausend Verbrechen und

### 3.2.4 Christian Wolffs Einfluss auf die politische Ökonomie

Nach dem Dreissigjährigen Krieg setzte im Reich und in Österreich eine neue politische Tradition der Zielvorstellungen des politischen Handelns ein.<sup>239</sup> Seit dem frühen 16. Jahrhundert hatte in diesen Territorien eine Regimentslehre vorgeherrscht, welche in Policeyverordnungen gute Gesetze und Ordnungen aufrichtete, um Ruhe und Frieden zu schaffen. Um 1650 hatte eine erste Akzentverschiebung stattgefunden, die durch die Berücksichtigung der Naturrechtslehre eingeleitet worden war. Zwar blieb der Endzweck des Fürstenstaates nach wie vor als Primärziel bestehen, doch wurde zunehmend die Frage diskutiert, mit welchen Mitteln und Instrumenten dieses Primärziel erreicht werden könne. Die Antwort auf die Fragestellung fanden die deutschen Merkantilisten in der Steigerung der pekuniären Macht des Fürsten. An dieser Sichtweise war die Betrachtung des staatlichen Gemeinwesens als ökonomisches System neu. Aus ihr heraus entsprangen die Kameralwissenschaften. Sie waren vorerst jedoch nur ein innenpolitisches Programm zur Erreichung der Ordnungsziele.

Als sich am Ende des 17. Jahrhunderts im Reich und in Österreich die chronische Finanzknappheit zu einem politischen Problem entwickelte, wirkte sie sich insofern auf das politische Handeln aus, als im Rahmen des kameralistischen Denkens die Anstrengungen verstärkt wurden, die Einnahmen – nun durch Handel, statt durch Anhäufung von Geld – zu steigern, um damit die Macht zu erhalten. Der Machterhalt wurde damit zusehends zu einem Selbstzweck. Der pekuniäre Erfolgsdruck des politischen Systems führte im Reich und in Österreich langfristig zu einer Annäherung der bisher strikt in aristotelischer Tradition unterschiedenen Bereiche „polis“ und „oikos“. Es wurde nun im 18. Jahrhundert zunehmend die Ökonomie, welche das politische Handeln bestimmte. Insbesondere im Reich führte dies zu einer zweiten Akzentverschiebung und zur Herausbildung der politischen Ökonomie. Ein herausragendes Merkmal der politischen Ökonomie war, dass sie sich in ihren Argumentationsmustern nicht mehr auf die traditionellen Autoritäten, sondern auf empirische Erfahrungen stützte. Sie beschäftigte sich aber nach wie vor lediglich mit den Mitteln und Instrumenten der Politik und nicht mit der Legitimation der Ziele der Politik. Insofern war auch sie nur eine Führungslehre, die den kameralistischen Grundmustern verhaftet blieb. Die Policywissenschaft war eine Teildisziplin der politischen Ökonomie. Sie formulierte die allgemeinen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für ein effektives Produzieren der Wirtschaft und war damit ebenfalls am kameralistischen Endziel einer Steigerung der Staatseinnahmen orientiert.

Eine dritte und vorläufig letzte Akzentverschiebung fand, vorbereitet durch Christian Wolff und Ludwig von Seckendorff, beim Wolff-Schüler Johann Heinrich Gottlob von Justi statt. Justi knüpfte beim Ansatz von Christian Wolff an, das Wirtschaftswachstum durch gezielte

---

selbst von Lastern zurückhält, deren Ausbrüche und Folgen der Staat durch die besten Gesetze nur unvollständig verhindern kann.“ Heinrich Corrodi, „Gedanken über die Schrift, betitelt: Über kirchliche Gewalt. Nach Moses Mendelssohn. Berlin bey August Mylius. 1786“, in: Beyträge zur Beförderung des vernünftigen Denkens in der Religion, zehntes Heft, Frankfurt a. M. und Leipzig 1787, 1 – 42, 20f.

<sup>239</sup> Die folgenden Ausführungen basieren auf: Jürgen G. Backhaus, „Christian Wolff on Subsidiarity, the Division of Labor and Social Welfare“, in: ders. (Hg.), Christian Wolff and Law and Economics, (Christian Wolff: gesammelte Werke: Materialien und Dokumente 45), Hildesheim 1998, 19 – 36 und Thomas Simon, „Gute Policy“: Ordnungsbilder und Zielvorstellungen politischen Handelns in der Frühen Neuzeit, (Habil.), (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 170), Frankfurt a. M. 2004, 381 – 562.

Massnahmen zu fördern, um damit den Staatszweck der Wohlfahrt zu erfüllen. Das bisherige Mittel der Politik (Wirtschaftswachstum) wurde von Justi zu einer primären Aufgabe der Politik aufgewertet. Gleichzeitig definierte er als Objekt des Wohlstandes nicht mehr den Fürsten, sondern den Staat selbst. Die Folge dieser Zielaufwertung war ein massiv erhöhter Regelungsbedarf des nun als Maschine und nicht mehr als Körper verstandenen Staates, der sich im verschärften Problem der Normendurchsetzung und im Ausbau der staatlichen Verwaltung niederschlug.<sup>240</sup>

### **3.2.5 „Die Wirthschaft eines philosophischen Bauers“ als Beispiel für den Einfluss Wolffs auf die zürcherische staatsphilosophische Literatur**

Die Staatstheorie und die Ordnungsvorstellungen von Christian Wolff wie auch die Entwicklungen der politischen Ökonomie wirkten auf das Zürcherische Staatsverständnis in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein. Besonders deutlich sind Einflüsse in der volksaufklärerischen Schrift über den Musterbauer Jakob „Kleinjogg“ Guyer fassbar. In seiner Schrift „Die Wirthschaft eines philosophischen Bauers“ (1774) und in der in der zweiten Auflage angefügten Korrespondenz entwickelte Hans Caspar Hirzel (1725 – 1803) als ökonomischer Patriot auch eine Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftslehre, die sich stark an die theoretischen Überlegungen Wolffs anlehnte. Hirzel bezog sich nur an wenigen Stellen seines Hauptwerkes direkt auf seine Heimatstadt. Er hatte einen zeitgenössischen, aufgeklärten Fürstenstaat vor Augen, dessen Ideale aber auch Zürich anstreben sollte.<sup>241</sup> Das vor Hirzel nur allgemein formulierte Ziel der Wohlfahrtsförderung wurde nun in der Einleitung zum „Kleinjogg“ in Anlehnung an die neue Staatszwecklehre Wolffs ausdrücklich als „Endzweck“ der Tätigkeit eines Regenten bezeichnet und das Wolffsche Ziel der „Vervollkommnung eines jeden Unterthanen“ neu hinzugefügt.<sup>242</sup> Das Wohl des Staates war nach der Überzeugung Hirlzels vom Zustand der Landwirtschaft abhängig<sup>243</sup>, denn Gewinne aus den protoindustriellen Betrieben und aus dem Handel würden nur Kräfte aus dem Agrarsektor abziehen und schliesslich dem Land schaden.<sup>244</sup> Auch der Solddienst und ein übertriebener Luxus seien für die Landwirtschaft abträglich.<sup>245</sup> Aus diesem Grund könne der Zweck des Staates nur erreicht werden, wenn mit einer genügend hohen Agrarproduktion die Unabhängigkeit des Landes von auslän-

---

<sup>240</sup> Vgl. dazu als Beispiel: André Holenstein, „Gute Policey“ und lokale Gesellschaft im Staat des Ancien Régimes: Das Fallbeispiel der Markgrafschaft Baden (-Durlach), (Habil.), (Frühneuzeit-Forschungen 9.1 und 9.2), Ettenheim 2003.

<sup>241</sup> Hans Caspar Hirzel, Die Wirthschaft eines philosophischen Bauers, Neudruck der neuen, vermehrten Auflage, Zürich 1774, (Volksaufklärung: Ausgewählte Schriften 6), Stuttgart 1998, 9 – 14.

<sup>242</sup> Hirzel, Wirthschaft, 93f.

<sup>243</sup> Ebd., 33, 398f.

<sup>244</sup> Vgl. Zu seinen volkswirtschaftlichen Überlegungen insbesondere Hirlzels Brief an Abbé Siegmund Graf von Hohenwart vom Oktober 1774, abgedruckt in: Hirzel, Wirthschaft, 395 – 452. Hirzel ist nicht grundsätzlich gegen die „Fabriken“ eingestellt. Falls sichergestellt ist, dass die Landwirtschaft die anderen Stände problemlos ernähren kann, dürfen die Einwohner in den Manufakturen arbeiten, anstatt auszuwandern. Hirzel erkennt in ihnen ein Mittel, um die Einwohnerzahl eines Landes zu fördern und den Goldzufluss aus dem Ausland anzukurbeln. Für die Bauern sind die Fabrikarbeiter wiederum Abnehmer seiner Produkte. Durch den so erzielten Gewinn kann sich der Bauer „neue Bequemlichkeiten“ anschaffen. Die Fabriken würden ausserdem den Handel ankurbeln und zu einem Exportüberschuss führen. Sobald jedoch die Zahl der Fabrikarbeiter grösser als die Anzahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Bürger wird, bestehe wieder die Gefahr der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland, die ja unbedingt zu vermeiden ist. Vgl. Hirzel, Wirthschaft, 444 – 447.

<sup>245</sup> Ebd., 403f.

dischen Getreideimporten vermieden werde.<sup>246</sup> Die Mittel zur Produktivitätssteigerung waren einerseits die Erziehung zu einem tugendhafteren Leben, in dem vor allem der Müssiggang keinen Platz mehr haben sollte.<sup>247</sup> Der Müssiggang führe nur zu Bettelei und Diebstahl.<sup>248</sup> Andererseits sollten „die Obrigkeitliche Beamten auf das Thun und Lassen eines jeden Acht geben, und die Nachlässigen zur Ahndung und Züchtigung anzeigen.“<sup>249</sup> Die nachhaltige Präsenz der Staatsgewalt bei den Untertanen und die allenfalls notwendige, gewaltsame Durchsetzung der Tugenden müssen, so Hirzel, zum Repertoire des Regiments gehören.<sup>250</sup> Hans Caspar Hirzel sah sein Ordnungsverständnis nicht nur für den Stand der Bauern vor, sondern für alle Glieder der Gesellschaft. Jeder, ob Bauer, Handwerker oder Regent, könne seine Vernunft zum Nutzen des menschlichen Geschlechts anwenden.<sup>251</sup> Er verband diesen Sinn des menschlichen Daseins in Anlehnung an die Philosophie Wolffs unmittelbar mit der Entstehung einer solidarischen Gesellschaft, des Ständestaates und dem Zweck der Gesetze. Es ist nach Hirzel die Aufgabe der vernunftgeleiteten Menschen, den Staat zum Wohl der Gesellschaft so zu regieren, dass alle Untertanen, „indem sie ihr eigen Glück bauen, zugleich an der Wohlfahrt der Gesellschaft arbeiten.“<sup>252</sup> Der Regent muss in seinem Beruf, nach dem Vorbild von Kleinjogg, bemüht sein, die Vorzüge und Nachteile des Staatswesens im Innern und in seinem Umfeld in der Nachtzeit genau zu analysieren, um dann entsprechende Policeyordnungen zu erlassen.<sup>253</sup> Am Tag soll die Obrigkeit dann ihre nächtlichen Erkenntnisse „zur Ausbreitung der Religion, zur Erhaltung der Gesundheit, zur Beschützung des Eigenthums, oder zur Unterweisung seiner Brüder“ anwenden.<sup>254</sup>

Durch die enge Zusammenarbeit und den Austausch der Stände entstehen nach Hirzel eine Vaterlandsliebe<sup>255</sup> und eine „kindliche Verehrung des Landesherrn“<sup>256</sup>, die im Innern des Landes zur Ruhe, Zufriedenheit und Fröhlichkeit aller führe.<sup>257</sup> Gegen Angriffe von aussen sollte die Gesellschaft gemäss Hirzel durch ein Milizheer, nicht durch ein stehendes Heer geschützt werden.<sup>258</sup> Über ein Instrument zur inneren Sicherheit äusserte sich Hirzel, im Gegensatz zu Wolff, nicht.

### 3.2.6 Die Herrschaftsmittel der ökonomischen Patrioten in Zürich

Für Hans Caspar Hirzel als spiritus rector der ökonomischen Patrioten Zürichs waren die politischen und die ökonomischen Strukturen aufs Engste miteinander verbunden, was sich auch in der Auswahl der Mittel zur Erreichung seines Staatszweckes, dem wirtschaftlichen Fort-

---

<sup>246</sup> Ebd., 19f.

<sup>247</sup> Ebd., 93.

<sup>248</sup> Ebd., 127.

<sup>249</sup> Ebd., 106 – 108.

<sup>250</sup> Ebd.

<sup>251</sup> Ebd., 169 – 172. In den weiter gehenden Überlegungen von Hirzel wird besonders deutlich, dass er, als ein typischer Vertreter des aufgeklärten Patriarchalismus, nicht die Überwindung, sondern die Verbesserung des Policeystaates zum Ziel hatte.

<sup>252</sup> Ebd., 286.

<sup>253</sup> Ebd., 421.

<sup>254</sup> Ebd., 287.

<sup>255</sup> Ebd., 375.

<sup>256</sup> Ebd., 431.

<sup>257</sup> Ebd., 342.

<sup>258</sup> Ebd., 401 – 407, 438 – 445.



schritt, zeigte. Hirzel leitete sein Instrumentarium aus dieser Zielvorstellung ab und stellte dabei zunächst auf die Selbstverantwortung der Bewohner ab, die aus Gottesfurcht ihren aus dem Tugendkatalog abgeleiteten Pflichten nachkommen sollten. Im Falle der Nichtbeachtung der Tugenden bzw. der Pflichten waren exemplarische Strafen als Disziplinierungsmassnahmen vorgesehen.

Hirzel knüpfte damit auf der einen Seite an die Ordnungsvorstellungen des klassischen Republikanismus an. Auf der anderen Seite begann sich unter dem Einfluss der ökonomischen Patrioten der traditionelle Tugendkatalog behutsam zu wandeln. Eine realistische Einschätzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit Zürichs vom Salz- und Getreideimport, die Einsicht, dass der Absatz der Zürcher Exportgüter nur durch Abkommen mit Nachbarstaaten gesichert werden konnte und die Verflechtung im internationalen Kapitalmarkt führten zur Erkenntnis, dass die angestrebte Autarkie und Autonomie des Stadtstaates eine Illusion geworden sei.<sup>259</sup> Die Eidgenossenschaft nahm in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts faktisch auch an der neuen Wirtschaftsordnung Europas teil. Sie kam langfristig nicht darum herum, eine Aufwertung der Bedeutung des Eigentums vorzunehmen. Die Stände der Eidgenossenschaft gingen im Gegensatz zum europäischen Ausland einen einzigartigen Weg, da sie eine Wirtschaftsform anstrebten, die sowohl auf soziale Gerechtigkeit achtete, wie auch ein Wirtschaftswachstum und die Verfolgung von Eigeninteressen ermöglichte.<sup>260</sup>

Als Folge dieser veränderten Einschätzung des Wirtschaftssystems musste dem Handel ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Das Problem, das sich nun stellte, war, den nach Gewinn strebenden Kaufmann vor den hohen moralischen Ansprüchen der Gesellschaft zu rechtfertigen. Johann Caspar Hirzel gelang dies in seiner Schrift „Der philosophische Kaufmann“<sup>261</sup>. Darin zeigte er auf, wie es möglich wäre, ein am Eigennutz orientierter Händler zu sein, gleichzeitig einen guten Charakter zu haben und zugleich ein nützliches Mitglied der Gesellschaft zu sein.<sup>262</sup> Die Angestellten des Handelsunternehmens – und über sie das ganze Vaterland –, so die Argumentation Hirzels, könnten ja vom Wohlstand des Inhabers mitprofitieren.<sup>263</sup> Diese Perspektive, in der die traditionellen Tugenden im Sinne des Kaufmanns neu interpretiert wurden, hatte wiederum Rückwirkungen auf den Tugendkatalog. Zu den alten Werten kamen zum einen neue Tugenden, wie Fleiss und Klugheit bzw. die Bekämpfung von Neid, Missgunst und Stolz hinzu. Zum anderen wurde die bisherige Verdammung des Luxus durch eine moderatere Haltung ersetzt, auch wenn sich die ökonomischen Patrioten nach wie vor gegen Üppigkeit und Verschwendungssucht aussprachen.<sup>264</sup>

Hirzel war sich durchaus bewusst, dass er mit seiner Neupositionierung des Handels eine Gratwanderung beging, wie seine skrupelhafte Beweisführung nahe legt. Im „Philosophischen Kaufmann“ betonte er deshalb mit besonderem Nachdruck die Bedeutung der Erziehung zu

---

<sup>259</sup> Kapossy, Introduction, 291f.

<sup>260</sup> Vgl. Kapossy, Introduction, 295 – 301. Kapossy sieht darin einen Grund für den nahtlosen Übergang zum „welfare liberalism“.

<sup>261</sup> Johann Caspar Hirzel, Der philosophische Kaufmann, Zürich 1775.

<sup>262</sup> Vgl. Hirzel, Kaufmann, 53.

<sup>263</sup> Ebd., 69.

<sup>264</sup> Ebd., 12.

einem tugendhaften Leben und zur Gottesfurcht<sup>265</sup> sowie der „Gesetze und anderer Einrichtungen“<sup>266</sup>, die einen Missbrauch verhindern sollten. Das Instrumentarium der ökonomischen Patrioten Zürichs wich damit in einem zentralen Punkt von den Mitteln ab, welche die politischen Ökonomen im Reich und in Österreich zur Erfüllung der Staatszwecke vorgeschlagen hatten, nämlich direkte Steuern einzuziehen, ein stehendes Heer aufzubauen und den Verwaltungsapparat massiv auszubauen. Die divergierenden Vorstellungen sind auf die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen in den Territorien zurückzuführen.

Während die Entwicklung vom Merkantilismus zur politischen Ökonomie im Reich und in Österreich vorwiegend als Resultat der Verschärfung der finanziellen Umstände zu betrachten ist, stellte sich in Zürich, wie in anderen eidgenössischen Städten auch, eine vollständig andere Situation ein. Der Stadtstaat profitierte während des Dreissigjährigen Krieges von den gestiegenen Getreide- und Weinpreisen und es gelang ihm, seine Finanzen bis 1648 zu sanieren.<sup>267</sup> Die Wädenswiler Steuerunruhen von 1646, der Bauernkrieg von 1653, der Villmergerkrieg von 1655/56, der Wigoltingerhandel von 1664 und der Bau der Schanzenanlagen von 1642 bis 1677 rissen zwar ein tiefes Loch in die Staatskasse, doch seit 1683 war Zürich wieder schuldenfrei und das Regiment baute zwischen 1660 und 1771 einen Staatsschatz auf. Die Hauptgründe für die finanzielle Erholung waren das Ausbleiben von unmittelbaren Kriegskosten, der wieder angestiegene Getreidepreis und vor allem die Übernahme des Salzmonopols von 1675/76 sowie die Steigerung der Einnahmen aus den Fabrik- und Handelszöllen, die zur Haupteinnahmequelle Zürichs wurden. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte Zürich das Luxusproblem eines zu hohen Staatsschatzes und stieg deswegen ins internationale Kreditgeschäft ein.<sup>268</sup> 1790 verfügte die Stadt aber immer noch über fünfzehn Mal höhere Reserven als Staatseinkünfte.<sup>269</sup> Das Regiment war also aus finanzpolitischen Gründen nicht dazu gezwungen, sich dieselben einschneidenden kameralistischen Überlegungen zu den Mitteln der Politik machen wie die monarchistischen Nachbarn und war auch nicht mit den Auswirkungen dieser Politik, wie dem Ausbau der Steuern und dem verstärkten Regelungsbedarf, ausgesetzt. Lediglich in der Rechnungslegung übernahm die Kanzlei kameralistische Ansätze.<sup>270</sup> Die Akzentverschiebungen in der ordnungspolitischen Diskussion um die Mittel, eingeschlossen die Entwicklung einer Policywissenschaft, fanden ebenfalls nicht statt, weil in Zürich im klassischen Republikanismus nie ein Bruch mit der aristotelischen Tradition stattgefunden hatte<sup>271</sup>, ja weil sie mit Wolff gewissermassen fortgesetzt werden konnte.

---

<sup>265</sup> Ebd., 107; vgl. auch: Daniel Thröler, „Kommerz und Patriotismus: Pestalozzis Weg vom politischen zum christlichen Republikanismus (1764 – 1780)“, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 50(2000), Nr. 3, 325 – 352, 338.

<sup>266</sup> Hirzel, Kaufmann, 106.

<sup>267</sup> Vgl. Zur finanziellen Situation Zürichs im 17. Jahrhundert: Otto Sigg, Die Entwicklung des Finanzwesens und der Verwaltung Zürichs im ausgehenden 16. und im 17. Jahrhundert, (Diss.), (Geist und Werk der Zeiten 28), Bern 1971.

<sup>268</sup> Vgl. dazu: Martin Körner, „The Swiss Confederation“, in: Richard Bonney (Hg.), The Rise of the Fiscal State in Europe c. 1200 – 1815, Oxford 1999, 327 – 357.

<sup>269</sup> Vgl. dazu: Bernhard Wehrli, Das Finanzsystem Zürichs gegen Ende des 18. Jahrhunderts, (Diss.), Zürich 1943.

<sup>270</sup> Sigg, Finanzwesen, 118; Körner, Swiss Confederation, 332f; Illi, Kameralistik, 16.

<sup>271</sup> Fritz Büsser weist darauf hin, dass die Zürcher Reformatoren in ihren politischen Überlegungen stets auch Aristoteles als Quelle benutzten. Ders. „Politische Ideen der Zürcher Reformatoren: Ein Beitrag der Schweiz

Die Folge des ausbleibenden Defizitdruckes war, dass sich in Zürich auch von dieser Seite keine umfangreiche Staatsverwaltung als Herrschaftsinstrument entwickelte. Durch die Reformation und die Säkularisation der Kloster- und Grundgefälle hatte die mittelalterliche Verwaltungsstruktur ihre grösste Reform erlebt. Im Verlauf des 17. Jahrhunderts erfuhr sie eine Reihe von Veränderungen und Anpassungen, indem mit der Schaffung von neuen Räten und einer Spezialisierung von einigen Spitzenämtern die Prinzipien der Arbeitsteilung und der Trennung der Beamtenschaft von der finanziellen Beteiligung am Staat eingeführt worden waren.<sup>272</sup> Die zünftig-bürgerliche Selbstverwaltung, in der es das Ideal gewesen war, möglichst viele Bürger an der städtischen Verwaltung teilnehmen zu lassen, wurde durch die Einführung von qualifizierten Beamten nach und nach abgelöst, aber nie vollständig ersetzt.<sup>273</sup> Mit dem „Siebten Geschworenen Brief“ von 1713 kam nach Otto Sigg dieser Reformprozess zu einem Stillstand und bis zum Ende des Ancien Régime veränderte sich die Verwaltungsorganisation Zürichs kaum mehr. Die sich herausgebildete Funktionselite der Magistraten löste im 18. Jahrhundert neue Verwaltungsaufgaben nicht mehr durch die Bildung neuer Verwaltungszweige, sondern durch pragmatische Kompetenzerweiterungen.<sup>274</sup> Die Verwaltungspraxis hingegen wandelte sich im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts aufgrund der Einflüsse der politischen Ökonomie in Richtung der oben beschriebenen Versuche, die Staatstätigkeit ab den 1770er Jahren zu intensivieren.<sup>275</sup> Während sie zu Beginn der Periode noch ausschliesslich auf eigenen Traditionen und Erfahrungen beruhte<sup>276</sup>, setzte später ein auf rationaler und merkantilistischer Basis ruhendes Effizients- und Rentabilitätsdenken ein.<sup>277</sup> Diese Ziele konnten im starren Zürcher Finanzsystem mit seinen mehr oder weniger fixen Einnahmen- und Ausgabeposten nur durch Sparanstrengungen und, im begrenzten Rahmen, durch die Erhöhung der Einnahmen erreicht werden. Ferner versuchte das Regiment durch die seit dem Spätmittelalter bestehenden Pflichteide auch die Verwaltung in eine religiöse Sphäre zu rücken.<sup>278</sup> Vor allem nach der Reformation sollten die Aufgaben unter Androhung von Strafen ernster genommen und pflichtgetreuer ausgeführt werden. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts wurde das Eidwesen kritisch überarbeitet. Dennoch erfüllte es den Zweck der moralischen Selbstkontrolle und der strafferen Verwaltung bis in die Endphase des Ancien Régime, auch wenn die direkte religiöse Rückbindung im Verlaufe des 18. Jahrhunderts durch republikanische Tugendideale ersetzt worden war.<sup>279</sup>

Die Verwaltung in Zürich bedurfte nicht nur aufgrund ihrer intakten finanziellen Basis und der (religiösen) Selbstkontrolle keines massiven Ausbaus. Andreas Suter bestätigt eine weitere politische Ursache: Der Bauernkrieg von 1653 (und für Zürich auch die Wädenswiler Steuerunruhen von 1646) hatte den Regimentern der Eidgenossenschaft die Gefährdung ihrer Vorherrschaft über die ländlichen Gebiete traumatisch vor Augen geführt sowie die Grenzen

---

zum politischen Denken“, in: Die Prophezei: Humanismus und Reformation in Zürich, Festschrift für Fritz Büser, hg. von Alfred Schindler, (Zürcher Beiträge zur Reformationsgeschichte 17), 151 – 165, 163.

<sup>272</sup> Vgl. zur Verwaltungsgeschichte: Sigg, Finanzwesen, 129 – 174.

<sup>273</sup> Ebd., 176.

<sup>274</sup> Sigg, Finanzwesen, 146.

<sup>275</sup> Pfister, Eliten, 225.

<sup>276</sup> Sigg, Finanzwesen, 118.

<sup>277</sup> Ebd., 146, 151f.

<sup>278</sup> Ebd., 171 – 174.

<sup>279</sup> Ebd., 171.

einer absolutistischen Politik aufgezeigt. Nachdem eine Bundesrevision 1655, welche ein hartes Durchgreifen gegen innere Unruhen erleichtert hätte, gescheitert war<sup>280</sup>, gab es nach Suter für die Stände nur noch die Alternative des „väterlichen Regiments“.<sup>281</sup> Neben dem Verzicht auf die Modernisierung des Steuersystems mit einer entsprechenden direkten Steuer wurde auch die Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturen bis 1798 gestoppt. Seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war die Penetrationskraft der städtischen Verwaltung auf der Landschaft sehr gering. Die Bevölkerung der Landschaft hat nur jene Gesetze, Anordnungen und Befehle akzeptiert, die mit ihren eigenen Normen und Interessen in Übereinstimmung standen, ohne dabei jedoch die Schwelle eines offenen Protestes zu überschreiten.<sup>282</sup> Die Obrigkeiten wiederum waren der klassischen absolutistischen Machtinstrumente wie einer vor Ort präsenten Verwaltung und eines straffen Steuersystems beraubt. Die Regimenter waren nur mit einer Milizheer als Gewaltmittel ausgestattet, das sich hauptsächlich auf Truppen der Landschaft stützte und kaum gegen die Landbevölkerung eingesetzt werden konnte. Insgesamt waren die Handlungsmöglichkeiten der Regimenter stark eingeschränkt.<sup>283</sup> Wollte eine Obrigkeit trotzdem ihre Interessen durchsetzen, war sie umso mehr auf ein Tugendkonzept, wie es beispielsweise in Zürich der traditionell-klassische Republikanismus war, angewiesen.

### **3.2.7 Der Einfluss der politischen Ökonomie auf die Staatszwecke des traditionell-klassischen Republikanismus in Zürich**

Auf der Ebene der Mittel zur Verfolgung der Staatszwecke und -aufgaben sind in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts deutliche Unterschiede zwischen der Entwicklung im Reich und in der Eidgenossenschaft zu erkennen. Auf der Ebene der Staatszwecke hingegen berührten sich der traditionell-klassische Republikanismus in seiner Zürcher Variante und die politische Ökonomie, so wie sie in der letzten Phase von Justi vertreten worden war. Auch Hirzel begann nun den Staat als ökonomisches System zu betrachten<sup>284</sup>, allerdings immer noch aus der Sicht der patriarchalischen Perspektive.<sup>285</sup> Dies bot ihm die Möglichkeit, an die Überlegungen der politischen Ökonomie anzuknüpfen, da es in der letzten Phase der Entwicklung im Reich und in Österreich nicht mehr um die Steigerung des Reichtums des Fürsten, sondern um das Wohl des Volkes ging. Es gehörte zum Selbstverständnis des Regiments, auch um das wirtschaftliche Wohl der Untertanen besorgt zu sein. Die Wohlfahrt beruhe auf Ruhe, Wohlstand und Sicherheit, hatte Landvogt Johann Caspar Hirzel den Untertanen eingeschärft.<sup>286</sup> Béla

---

<sup>280</sup> Paul Diebold, Bürgermeister Johann Heinrich Waser von Zürich und das Bundeserneuerungsprojekt von 1655, Zug 1908, 11f.

<sup>281</sup> Vgl. Andreas Suter, Der schweizerische Bauernkrieg von 1653: Politische Sozialgeschichte – Sozialgeschichte eines politischen Ereignisses, (Habil.), (Frühneuzeit-Forschungen 1), Tübingen, 1997, 563 – 577.

<sup>282</sup> Suter, Bauernkrieg, 571f.

<sup>283</sup> Nach Andreas Suter erleichterten diese Umstände, abgesehen vom hohen Grad der Protoindustrialisierung aber gerade den Übergang zum liberalen und demokratischen Nationalstaat entscheidend. Vgl. Suter, Bauernkrieg, 581.

<sup>284</sup> Hirzels Schrift „Die Wirthschaft eines philosophischen Bauern“ wurde nach meiner Kenntnis trotz der umfangreichen Literatur über Kleinjogg noch nie unter dem wirtschaftlichen Aspekt untersucht.

<sup>285</sup> Hans Caspar Hirzel war ein typischer Vertreter der eidgenössischen Spielart der politischen Ökonomie, wie er von Béla Kapossy umschrieben worden ist. Dies drückt sich vor allem im Ziel der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Unabhängigkeit von den Nachbarstaaten aus. Auf der theoretischen Ebene ist das Streben nach Autarkie in der Versorgung mit Primärgütern und nach politischer Autonomie das Kernelement des Modells der Agrarrepublik von Montesquieu, das Kapossy seinen Überlegungen zu Grunde gelegt hat. Vgl. dazu: Kapossy, Introduction.

<sup>286</sup> ZBZ Familienarchiv Hirzel Nr. 50a/4/4, zitiert in: Kramer, Hirzel, 96.

Kapossy nannte die Wirtschaft des Ancien Régime aufgrund des Stellenwertes des Tugendkataloges sogar eine „moral economy“.<sup>287</sup> Insofern war in der politischen Denktradition die Förderung des wirtschaftlichen Wohlstandes als Staatsaufgabe nicht neu. Gegenüber der Blaarer-Biographie war aber der Einbezug der ländlichen Bevölkerung in das physiokratische Wirtschaftsd Denken durchaus ein Fortschritt. Er beruhte zum einen Teil auf dem Einfluss Wolffs, zum andern Teil aber auch auf dem konkreten Ziel, die Massenarmut, die im 18. Jahrhundert auch in der Zürcher Landschaft auftrat, zu bekämpfen.<sup>288</sup>

Der konkrete Einfluss der politischen Ökonomie auf den traditionell-klassischen Republikanismus ist sehr schwierig abzuschätzen, da keine weiteren Forschungsergebnisse zu dieser Fragestellung vorliegen. Er ging jedoch klar über den Wirkungskreis der „Ökonomischen Kommission“, die bisher im Fokus der Forschung stand, hinaus. Die Bewegung hatte aber trotz ihrer Beschränkung auf die nicht-politischen Bereiche spätestens seit dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts letztlich einen befruchtenden Einfluss auf den traditionell-klassischen Republikanismus.<sup>289</sup> Es gelang ihr vor allem die Bedeutung der Wirtschaft, insbesondere des Handels und der Protoindustrialisierung, im politischen System Zürichs zumindest klarer als in den bisherigen staatsphilosophischen Werken herauszustellen und das Gewinnstreben mit dem Selbstverständnis des klassischen Republikanismus zu versöhnen.<sup>290</sup>

In der Zürcher staatsphilosophischen Literatur nahm nach Hirzel das Wirtschaftswachstum als Staatsaufgabe zwar keine so herausragende Stellung mehr ein wie in der „Wirtschaft eines philosophischen Bauers“ oder im „Philosophischen Kaufmann“. Das für den Zürcher traditionell-klassischen Republikanismus typische Verhältnis von materieller Sicherheit und einem tugendhaften Leben als Voraussetzung für einen stabilen Staat trat nach dem Höhepunkt der Reformbewegung Ende der 1770er Jahre wieder vermehrt in den Vordergrund. Seither konnte sich die Förderung der Ökonomie hingegen als eine dem Staatszweck untergeordnete, aber anerkannte Staatsaufgabe langfristig etablieren. Der am Carolinum lehrende Wolffianer Heinrich Corrodi betonte 1787 in seinen Überlegungen zum Verhältnis von Staat und Kirche mehrmals, dass es die Aufgabe des Staates sei, für die „äussere Wohlfahrt“ verantwortlich zu sein, auch wenn dabei Gewalt angewendet werden müsse.<sup>291</sup> Der Staat müsse sich um die Wohlfahrt seiner Bürger kümmern, „und alle Mittel, durch die dieser Zweck erreicht werden kann, seyen zulässig und rechtmässig.“<sup>292</sup> Die Aufgabe der Religion hingegen sei es, „rechtschaffene und gute Bürger“ zu erziehen, welche durch Vaterlandsliebe, pflichtgemässe Ge-

---

<sup>287</sup> Kapossy, Introduction, 299.

<sup>288</sup> Otto Sigg, „'Ökonomie' zu Ende des Ancien Régime“, in: Lob der Tüchtigkeit: Kleinjogg und die Zürcher Landwirtschaft am Vorabend des Industriezeitalters, Zürich 1985, 25 – 38.

<sup>289</sup> Rolf Graber spricht von einem für beide Seiten profitablen kompensatorisch-korrespondierenden Verhältnis zwischen der Reformbewegung der ökonomischen Patrioten und dem Staat. Vgl. Graber, Bürgerliche Öffentlichkeit, 168.

<sup>290</sup> Thröler, Kommerz und Patriotismus, 338.

<sup>291</sup> Heinrich Corrodi, „Gedanken über die Schrift, betitelt: Über kirchliche Gewalt. Nach Moses Mendelssohn. Berlin bey August Mylius. 1786“, in: Beyträge zur Beförderung des vernünftigen Denkens in der Religion, zehntes Heft, Frankfurt und Leipzig 1787, 1 – 42, insbes. 3, 11,

<sup>292</sup> Corrodi, Gedanken, 30f.

sinnung gegenüber der Obrigkeit und häusliche Tugenden, dem Staat äusseren Glanz, Wohlstand und steigende Macht geben würden.<sup>293</sup>

Nach dem Stäfner Handel von 1794/95 ist in der politischen Literatur eine noch stärkere Betonung des Aspektes der Ruhe im patriarchalischen Staat zu beobachten, ohne dass allerdings die bekannten Zusammenhänge zwischen den Rahmenbedingungen und dem Zweck des Staates verändert worden wären. David von Wyss stellte schliesslich in seinem politischen Handbuch von 1796 die Sicherheit wieder als den ersten Staatszweck dar.<sup>294</sup> Er verwendete dafür eine rationalistische Begründung, wenn er im Kapitel über die Kriminal- und Justizangelegenheiten schrieb: „Alle [Vergehen und Verbrechen, C. E.] sind Angriffe auf die wichtigsten Güter und Vorzüge gesitteter Menschen, deren möglichste Sicherstellung, gegen Gewalt, List, der Hauptzweck bey der Gründung aller Staaten war.“<sup>295</sup> Die materielle Sicherstellung der Lebensgrundlagen und die Tugenden blieben jedoch auch bei David von Wyss die zentralen Elemente seiner Staatsauffassung: „Vorzüglich in Republiken wie die unsrige, ist zur Ruhe und zum wahren Glück des Landes-Einwohner nichts unentbehrlicher, als eine treue und dankbare Anhänglichkeit der Regenten und Untergebenen an ihre Landesverfassung. Liebe und Verehrung für die gemässigte Regierungsform, auf welche der Wohlstand unseres Vaterlandes schon seit Jahrhunderten fest gegründet ist, sind daher die erste Pflicht eines jeden Bürgers und Landmannes.“<sup>296</sup>

Das Regiment hielt bis zuletzt an seinen Auffassungen fest. 1792 widmete Johann Jakob Hess, Diakon am Fraumünster – die revolutionären Ereignisse in Frankreich vor Augen –

eine Predigtreihe über die Vaterlandsliebe in Krisenzeiten.<sup>297</sup> Dabei betonte er unmissverständlich, dass jede Reform eines Staatswesens notwendigerweise die Umkehr zur Sittlichkeit und zur Religiosität voraussetze. Die wahre Liebe zum Vaterland mache aber eine Revolution unnötig.<sup>298</sup>

### 3.3 Der politische Patriotismus

Zwischen 1762 und 1769 trat in der Stadt Zürich eine weitere radikale Reformbewegung auf, die unter dem Namen politischer Patriotismus, „politische Jugendbewegung“ oder radikaler Republikanismus bekannt wurde.<sup>299</sup> Sie baute auf den Traditionen des traditionell-klassischen Republikanismus auf.<sup>300</sup> Die Bewegung stützte sich auf Rousseaus „Contrat social“, Montesquieus „De l'esprit des lois“ sowie ebenfalls auf die philosophischen Schriften Christian

---

<sup>293</sup> Ebd.

<sup>294</sup> Vgl. zum Staatszweck bei David von Wyss: Felix Richner, David von Wyss (1763 – 1839) – seine Auffassung von Recht und Staat auf Grund seines Politischen Handbuches, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 15), Zürich 1988, 118 – 129.

<sup>295</sup> Wyss, Politisches Handbuch Zürich, 122.

<sup>296</sup> Ebd., 52f.

<sup>297</sup> Johann Jakob Hess, Über die Volks- und Vaterlandsliebe Jesu in zwölf Predigten mit Hinsicht auf die gegenwärtigen Zeitumstände, Zürich 1793.

<sup>298</sup> Hess, Vaterlandsliebe, 212.

<sup>299</sup> Vgl. dazu: Graber, Bürgerliche Öffentlichkeit, 61 – 79, Weinmann, Bürgergesellschaft, 82 – 89.

<sup>300</sup> Weinmann, Bürgergesellschaft, 82.

Wolffs.<sup>301</sup> Auf dieser Grundlage forderten die radikalen Republikaner die Befreiung der Landschaft aus der Bevormundung des städtischen Regiments.<sup>302</sup> Unter der Führung von Johann Jakob Bodmer verstand sich die Bewegung, im Gegensatz zum ökonomischen Patriotismus, in erster Linie als eine Reaktion auf die als schlecht empfundene Tendenz der Kapitalisierung von Gesellschaft und Politik.<sup>303</sup> Der „Vater der Jünglinge“ und seine Schüler verurteilten mit moralischen Anklagen den Kommerz als Ursache der sozialen Ungleichheit und damit gleichzeitig als Ursprung der Missachtung der Tugenden des klassischen Republikanismus. Die politischen Patrioten sahen ein pädagogisches Programm zur Wiederherstellung der Sitten vor, um die Republik vor dem Zerfall zu retten. Eine Verschärfung der Gesetze zog Bodmer allerdings nicht in Betracht. Er vertrat vielmehr die Meinung, die in den Räten diskutierten Rechtsvorschriften zur Eindämmung des „Aufwands“ seien nicht sonderlich wirksam. Den Grund machte er in der Unmöglichkeit aus, dass die Machttträger, die um die Einhaltung der Gesetze besorgt hätten sein müssen, sich selber im Zaum hielten. „Wenn die Sitten verdorben sind, werden sie nicht per saltum corrigiert“, so Bodmer zum Problem.<sup>304</sup>

Der radikale Republikanismus unterschied sich in der Frage der Durchsetzung der Ordnungsvorstellung also nicht prinzipiell, sondern nur graduell vom klassischen Republikanismus, indem er für eine noch kompromisslosere Anwendung der Tugenden eintrat.<sup>305</sup> Obwohl der politische Patriotismus eine Oppositionsbewegung war, stützte er sich in der Frage des politischen Instrumentariums auf dieselben Mittel wie das herrschende Regiment. Daniel Tröhler führt dies auf die gemeinsame religiöse Basis von Machtelite und Opposition zurück. Die Radikalisierung des politischen Patriotismus gegenüber dem klassischen Republikanismus hingegen sei auf die Verschmelzung des christlichen und des republikanischen Tugendideals<sup>306</sup> und auf die kritische Einstellung Bodmers gegenüber dem ökonomischen Fortschritt<sup>307</sup> zurückzuführen. Sie stand damit im Gegensatz zur dominanteren Bewegung der ökonomischen Patrioten, hatte aber nur einen indirekten Einfluss auf die politischen Ordnungsvorstellungen.<sup>308</sup>

<sup>301</sup> Graber, *Bürgerliche Öffentlichkeit*, 67.

<sup>302</sup> Ich sehe von einer Darstellung der politischen Ideen der radikalen Reformbewegung ab, da sie sich kaum mit den konkreten politischen Verhältnissen in Zürich beschäftigte und die Ordnungsvorstellungen vor 1798 nicht direkt veränderte. Vgl. Graber, *Bürgerliche Öffentlichkeit*, 67. Im Umfeld der Bewegung gab es Geheimgesellschaften, welche die Idee eines revolutionären Aktionismus vertraten. Die tatsächlich durchgeführten Aktionen überschritten die Gewaltschwelle jedoch nicht. Sie beschränkten sich beispielsweise im „Gebel-Handel“ auf ein publizistisches Auftreten gegen die Korruption. Vgl. dazu: Weinmann, *Bürgergesellschaft*, 82 – 89.

<sup>303</sup> Vgl. dazu: Zurbuchen, *Aufklärung*, 80 – 89; Tröhler, *Kommerz und Patriotismus*, 326 – 330. Die Vertreter des radikalen Republikanismus wurden in den 1770er Jahren in das traditionelle politische System Zürichs integriert. Vgl. dazu: Rolf Graber, *Bürgerliche Öffentlichkeit*.

<sup>304</sup> Brief von Johann Jakob Bodmer an Laurenz Zellweger von 1754, abgedruckt in: Josephine Zehnder-Stadlin, Pestalozzi: *Idee und Macht der menschlichen Entwicklung*, Band 1, Gotha 1875, 691.

<sup>305</sup> Die Aufklärungsbewegung Zürichs und ihre Integration ist ein eigenes Forschungsfeld, das vor allem von Rolf Graber bearbeitet wurde. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit beschränke ich mich lediglich darauf, die Ordnungsvorstellungen der radikalen Republikaner zu erläutern. Zu den Konflikten zwischen dem Regiment und Bodmer und seinen Schülern vgl.: Weinmann, *Bürgergesellschaft*, 86f..

<sup>306</sup> Daniel Tröhler, „Republikanische Bürgererziehung im alten Zürich am Beispiel Johann Heinrich Füsslis“, in: Jürgen Oelkers, Daniel Tröhler (Hg.), *Die Leidenschaft der Aufklärung: Studien über Zusammenhänge von bürgerlicher Gesellschaft und Bildung*, Weinheim 1999, 155 – 173, 166f.

<sup>307</sup> Zurbuchen, *Patriotismus und Kosmopolitismus*, 80 – 89.

<sup>308</sup> Die Wirkung bestand vor allem im Rückhalt der Bevölkerung bei ihrem Vorgehen gegen die Korruption und damit der Forderung nach der strikten Einhaltung des Tugendkataloges, wie der „Gebel-Handel“ aufzeigt.

Der politische Patriotismus hatte 1767 mit dem Aufruf, einem Truppenaufgebot zur Niederschlagung eines Aufstandes in Genf nicht Folge zu leisten, seinen Höhepunkt erreicht. Das Regiment reagierte auf diese Gehorsamsverweigerung mit der Spaltung der Bewegung. Es gelang ihm, einen Teil der Mitglieder in den aufgeklärten Patriarchalismus einzubinden und den unwilligen Teil zu stigmatisieren. Das Hauptmittel zur politischen Umbildung der radikalen Jugendbewegung wurde die Schulreform am Carolinum. Durch die Einbindung in die Reformbewegung integrierte das Regiment die aufgeklärten Bürgersöhne auch in ihr Herrschaftssystem.<sup>309</sup>

---

<sup>309</sup> Vgl. Graber, Bürgerliche Öffentlichkeit, 106 – 114.



### 3.4 Zwischenfazit II

Die politischen Ordnungsvorstellungen des Regiments in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts resultierten aus der Mixtur der in Zürich vorherrschenden staatsphilosophischen Theorien.

Der traditionell-klassische Republikanismus gab den gesellschaftlichen Aufbau vor. Im Mittelpunkt seiner Weltanschauung stand die Vorstellung einer geschlossenen republikanischen auf antike und christliche Werte gegründeten ständischen Gemeinschaft, in der die Verantwortlichkeiten klar geregelt waren:

Den Mitgliedern des Regiments war die Aufgabe übertragen, die Einwohner der Stadt wie der Landschaft in väterlicher Weise und mit missionarischem Eifer vor negativen Einflüssen zu schützen und alles zu fördern, was sich positiv auf die gesellschaftliche und individuelle Entwicklung auswirkte. Dieser wohlfahrtsstaatliche Ansatz drückte sich im Primärziel des zürcherischen Regiments aus, Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Innern zu erhalten und zu gewährleisten sowie wirtschaftliche Prosperität zu erreichen. Dieses Ziel sollte sowohl im traditionell-klassischen Republikanismus wie auch im aufgeklärten Patriarchalismus durch die strikte Einhaltung eines Tugendkataloges erreicht werden. Er umfasste Treue, Gehorsam und Patriotismus gegenüber der Republik und den Regierenden. Ebenso zählten Fleiss, Rechtchaffenheit, Ablehnung des Müssiggangs und der Zurschaustellung von Luxus dazu. Der Tugendkatalog zielte darauf ab, eine solide wirtschaftliche Grundlage zu schaffen. Diese wiederum sah das Regiment als Voraussetzung für eine stabile innere Ordnung. Die Anwendung von Gewalt, um eine Person zur Beachtung der Tugenden anzuhalten, wurde nicht ausgeschlossen.

Jene Personen, welche nicht am Regiment beteiligt waren, sollten einen gottesfürchtigen und unbedingten Gehorsam gegenüber den Regierenden aufbringen und im Vertrauen auf die Richtigkeit der getroffenen Massnahmen die erlassenen normativen Bestimmungen befolgen und fleissig arbeiten. Der Huldigungseid, der bei verschiedensten Gelegenheiten zu leisten war, war der augenfälligste Ausdruck dieser unterwürfigen Haltung. Die religiöse Vorstellung sowohl von der Bindekraft eines Eides wie auch von der Bedeutung eines tugendhaften Lebens war für die Akzeptanz des Regiments von entscheidender Bedeutung. Die Bürger und Untertanen erwarteten von der Obrigkeit als Gegenleistung Gerechtigkeit und die Sanktion von deviantem Verhalten. Aus der Sicht der Untertanen galt beides als Garantiewert für den Bestand des politischen Systems.

Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts übte die zürcherische Variante des aufgeklärten Patriarchalismus auf der Grundlage der Theorie von Christian Wolff mittelfristig am meisten Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Ordnungsvorstellungen des Regiments aus. Die Theorie konnte seit der Jahrhundertmitte an die Vorstellung des traditionell-klassischen Republikanismus sowie an die reformatorische Tradition anknüpfen und das zeitgenössische Denken über Zweck und Aufgaben des Staates wesentlich mitformen. Die Auswirkungen des

aufgeklärten politischen Patriarchalismus waren vorerst nur dort direkt zu beobachten, wo er die politische Stabilität Zürichs nicht unmittelbar infrage stellte.

Der aufgeklärte Patriarchalismus entfaltete seine stärkste indirekte Wirkung über seine durchdachten und erweiterten Ordnungsvorstellungen. Das Regiment hatte sich schon im traditionell-klassischen Patriarchalismus allgemein für alle Bereiche und Themen des staatlichen und privaten Lebens verantwortlich gesehen, weil das Gemeinwohl über den Einzelinteressen stand. Der aufgeklärte Patriarchalismus setzte die Linie mit seiner Idee der Wohlfahrtsstaatlichkeit fort. Das Regiment wollte seinen umfassenden Vorschriften in der Periode des traditionell-klassischen Republikanismus bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts Nachachtung verschaffen, indem es vor allem die Einhaltung der christlichen und republikanischen Tugenden einschärfte. Der Umsetzung der Mandate des Regiments blieb aber vor allem auf der Landschaft ein beschränkter Erfolg beschieden, da das Regiment ausser der Einforderung der Treue und des Pflichtbewusstseins über Amts- und Huldigungseide weder weitere brauchbare Mittel noch die Fähigkeit besass, sich gegen Nachlässigkeit, Korruption und Willkür durchzusetzen.

Mit dem wachsenden Einfluss des aufgeklärten Patriarchalismus nach 1750 wurde die Schwäche der Obrigkeit, nämlich ihre Vorstellungen nicht im ganzen Raum und bedingungslos durchsetzen zu können, zunehmend zu einem Problem. Der aufgeklärte Patriarchalismus begann in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aufgrund der Theorie von Christian Wolff diesbezüglich einen deutlich weiter gesteckten staatlichen Anspruchsrahmen zu formulieren, als es der traditionell-klassische Republikanismus bisher getan hatte. Er umfasste nicht nur das Thema einer gerechten Regierungsweise, sondern es sollte konsequent keinen Bereich der Lebensführung und der materiellen Lebensgrundlage mehr geben, der nicht obrigkeitlich kontrolliert war. Kein politischer, individueller, sozialer und geografischer Raum sollte mehr staatsfrei sein. Damit wollte die Obrigkeit sowohl die angestrebte Vervollkommenung jedes Einzelnen als auch die tranquillitas als Staatsaufgabe gewährleisten.

Zwei Faktoren unterstützten diese Anstrengungen: Zum einen war es die Ausbildung einer Verwaltungselite, die ab 1775 am Carolinum nach der Lehre Wolffs geschult wurde. Als aufgeklärte Bürger sollten sie ihr Wissen in Beruf und Gesellschaft einbringen. Zum anderen setzte auch in Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein kameralistisches Denken in der Staatsverwaltung ein, das darauf ausgerichtet war, die staatlichen Mittel so weit als möglich zu stärken, um unter den erschwerten ökonomischen Rahmenbedingungen mehr Effizienz zu erlangen und die Staatsziele zu erreichen. Die Zunftunruhen von 1777 und der Stäfer Handel von 1794/95 bestärkten zudem das Regiment in der Ansicht, gegenüber den Bürgern und Untertanen als Obrigkeit hart aufzutreten zu müssen, um das politische System zu retten.

Der umfassendere Ordnungsanspruch des aufgeklärten Patriarchalismus stand jedoch in einem Spannungsverhältnis zur politischen Realität. Die Notwendigkeit einer gemässigten Herrschaftspraxis aufgrund der Machtkonstellation zwischen Stadt und Landschaft sowie ein schwach ausgebildetes und nur punktuell verfügbares Herrschaftsinstrumentarium verhinder-

ten schliesslich weitgehend eine Realisierung der Modernisierungs- und Professionalisierungsideen im politischen Bereich im Sinne des aufgeklärten Patriarchalismus. Sie intensivierten unter dem Einfluss des aufgeklärten Patriarchalismus und des politischen Patriotismus hingegen den vorhandenen Tugenddiskurs, welche die Verbindlichkeit des Tugendkataloges noch kräftiger hervorstrich. Die bestehenden Herrschaftsmittel dienten dabei dem Regiment in verstärktem Masse als Träger und Vermittler der Tugenden. Es baute darauf, die Bürger und Untertanen individuell, politisch, sozial und ökonomisch disziplinieren zu können. Das Regiment wollte die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit mittels des Tugendkatalogs schliessen. Die Obrigkeit durfte auf eine hohe Akzeptanz der Tugenden bei Bevölkerung hoffen, weil aufgrund des identitätsstiftenden zwinglianischen Glaubens noch eine gemeinsame Wertebasis vorhanden war. Der Versuch, über den Weg der Tugenden obrigkeitliche Ordnungsvorstellungen durchzusetzen, stiess dort auf Widerstand, wo individuelle Freiheiten oder alte Rechte der Gemeinden und ihrer Führungsschicht als bedroht angesehen wurden.

## 4. Der Policybegriff in Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

Die Policy wurde angesichts der nur eingeschränkten Verfügbarkeit des Herrschaftsinstrumentariums für das Regiment in Zürich zu einem wesentlichen Mittel, um seine Ordnungsvorstellungen durch Legislation, durch die administrative Tätigkeit und durch die Rechtsprechung zu produzieren und zu reproduzieren<sup>310</sup>. Die Policy war das Mittel der Obrigkeit, um die Staatszwecke Sicherheit und Wohlfahrt bzw. die Staatsfunktionen und Staatsaufgaben zu konkretisieren und um ihre diesbezüglichen inhaltlichen Erwartungen auf die Untertanen zu transferieren. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist die Policy in Zürich als Teil der Reformbemühungen des aufgeklärten Patriarchalismus, der Professionalisierungsbestrebungen und der zunehmenden Verwaltungstätigkeit zu betrachten.<sup>311</sup>

### 4.1 Der Policybegriff des 18. Jahrhunderts im Allgemeinen

Eine einheitliche und integrale Definition des Policybegriffs existierte im 18. Jahrhundert angesichts der regionalen und konfessionellen Verschiedenheiten des europäischen Raumes nicht. Die Policyforschung kann daher nicht auf zeitgenössische Umschreibungen zurückgreifen, sondern ist auf moderne Erklärungen angewiesen.<sup>312</sup>

Eine schon ältere, aber inzwischen klassische Definition von Policy stammt von Hans Maier. Er bezeichnete die Policy der Frühen Neuzeit umfassenderweise als „gute Ordnung an und für sich“ und weist darauf hin, dass sich der Begriff im 18. Jahrhundert auf die legislatorische und administrative Tätigkeit der Obrigkeit zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der (idealen) Ordnung verengt hatte.<sup>313</sup> Maiers Ansatz hat in verschiedenen Punkten zwischenzeitlich Vertiefungen erfahren. Heute liegen eine Reihe von weiteren Annäherungen an den Policybegriff vor.<sup>314</sup> Massgebend für die vorliegende Arbeit ist die Definition von Karl Härter und Michael Stolleis, welche für die Policyforschungsjahre des Max-Planck-Instituts

---

<sup>310</sup> Vgl. dazu die Themenexplication zur siebten Diskussionsrunde des Arbeitskreises für die Veranstaltung vom 10. Juni 2004 von Gerhard Salter. <[http://www.unvie-ac.at/policy-ak/treffen\\_7.htm](http://www.unvie-ac.at/policy-ak/treffen_7.htm)> [02.07.2010].

<sup>311</sup> Ich gehe im Rahmen meiner Arbeit nicht auf den Entstehungsprozess von Policymandaten im 18. Jahrhundert ein. Vgl. dazu Karl Härter, Gesetzgebungsprozess und gute Policy: Entstehungskontexte, Publikation und Geltungskraft frühneuzeitlicher Policygesetze, (PolicyWorkingPapers: Working Papers des Arbeitskreises Policy/Polizei in der Vormoderne 3), Frankfurt a. M. 2002. Inge Spillmann-Weber, Die Zürcher Sittenmandate 1301 – 1797: Gelegenheitsschriften im Wandel der Zeit, (Diss.), Zürich 1997. Zum allgemeinen Zusammenhang zwischen Policy und Justiz vgl. auch: Reiner Schulze, Policy und Gesetzgebungslehre im 18. Jahrhundert, (Schriften zur Rechtsgeschichte 25), Berlin 1982.

<sup>312</sup> Als Einführung in den Policybegriff unverzichtbar: Naoko Matsumoto, Polizeibegriff im Umbruch: Staatszwecklehre und Gewaltenteilungspraxis in der Reichs- und Rheinbundspublizistik, (Studien zur Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M., 1999.

<sup>313</sup> Hans Maier, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, zweite, neu bearbeitete und ergänzte Auflage, München 1980, 96, 105. Auf diese Definition stützte sich jüngst auch wieder André Holenstein. Vgl. ders., „Gute Policy“ und lokale Gesellschaft im Staat des Ancien Régime: Das Fallbeispiel der Markgrafschaft Baden(-Durlach), (Habil.), (Frühneuzeit-Forschungen 9.1), Ettenheim 2003, 20. Bei Holenstein findet sich auch eine Übersicht über den Forschungsstand zum Policybegriff. Vgl. Holenstein, Gute Policy, 25 – 32.

<sup>314</sup> Ich verzichte an dieser Stelle auf eine Aufzählung der diversen Definitionsversuche des Policybegriffs. Ich möchte aber speziell auf die griffige Umschreibung durch Andrea Iseli hinweisen. Sie bezeichnete Policy als „Technik und Instrument der Regierungskunst“, die sich bis zur Französischen Revolution nicht von ihrem philosophisch-politischen Hintergrund und von der Aufgabe des Staates, das öffentliche Wohl zu fördern, trennen liess. Vgl. Andrea Iseli, „Bonne Police“: Frühneuzeitliches Verständnis von der guten Ordnung eines Staates in Frankreich, (Frühneuzeit-Forschungen 11), Epfendorf 2003, 46.

für Rechtsgeschichte ausgearbeitet wurde.<sup>315</sup> Nach Härter und Stolleis umschreibt der Policybegriff die den frühmodernen Staat vom Mittelalter bis zum Ende des Ancien Régime kennzeichnende Tätigkeit der inneren Verwaltung durch die Vorgabe einer Ordnung, von Befehlen und von normativen Leitbildern.<sup>316</sup>

Die in der Literatur verwendeten Policybegriffe haben alle gemeinsam, dass sie die Relation zwischen Staatszweck/Staatsaufgaben und Implementierung von Normen zweidimensional abbilden. Die erste Dimension umfasst den inhaltlichen Bezug zu den übergeordneten Ordnungsvorstellungen der Obrigkeit. Die zweite Dimension beschreibt das praktische Instrumentarium des Regiments, mit dem es seine Ordnungsvorstellungen in seiner ganzen Bandbreite durchzusetzen beabsichtigte. Welchen Policybegriff man auch immer bevorzugen mag: Die in der einschlägigen Fachliteratur verwendeten Definitionen laufen letztlich darauf hinaus, die Policy als eine herrschaftlich produzierte Ordnung zu betrachten. Sie weisen ausserdem darauf hin, dass spätestens seit dem 17. Jahrhundert die Ordnung nicht mehr als etwas Vorgefundenes und Gegebenes betrachtet wird, sondern als von der Obrigkeit hergestellt und verordnet.<sup>317</sup>

Neuere Beiträge zur Geschichte der Policy entdecken in der Fortführung des Gedankens der obrigkeitlichen Etablierung von Ordnung zunehmend zwei neue Qualitäten des Policybegriffs: Die Policy versucht demnach zum einen über die normativen Texte die Gemeinschaft im Sinne der neuen Ideale zu transformieren und damit ein neues Gemeinwesen zu schaffen.<sup>318</sup> Zum anderen hat die Policy in ihrer praktischen Umsetzung auch einen räumlichen Aspekt. Sie prägt und gestaltet nicht nur den öffentlichen Raum, unter Umständen sogar architektonisch, mit, sondern sie hat konkrete Auswirkungen auf die Beherrschung des geogra-

---

<sup>315</sup> Vgl. zum Projekt: Achim Landwehr, „Die Rhetorik der ‚Guten Policy‘“, in: Zeitschrift für Historische Forschung, 30(2003), 251 – 287, 252f.

<sup>316</sup> Michael Stolleis, „Vorwort“ in: ders. (Hg.), Policy im Europa der Frühen Neuzeit, (Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte 83), Frankfurt a. M. 1996, VII – IX, IV. Vgl. auch: Karl Härter, Michael Stolleis (Hg.), Repertorium der Policyordnungen der Frühen Neuzeit, Band 1, Deutsches Reich und geistliche Kurfürstentümer, Frankfurt a. M., 1996, 3. Eine moderne Begriffsdefinition von Policy hat sich insbesondere in der Rechtsgeschichte noch nicht durchgesetzt. So stützen sich vereinzelt Autoren immer noch auf den Forschungsstand der 1970er Jahre. So u.a.: Raphael Rohner, „Die Gute Policy“, in: Clausdieter Schott, Rechtsgeschichte, 8. Auflage, Zürich 2001, 180 – 189.

<sup>317</sup> Peter Blickle, „Vorwort“, in: Peter Blickle, Peter Kissling und Heinrich Richard Schmidt (Hg.), Gute Policy als Politik im 16. Jahrhundert: Die Entstehung des öffentlichen Raumes in Oberdeutschland, (Studien zu Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M., 2003. Mit gleicher Stossrichtung, aber in kritischer Distanz zu Blickle: Johannes Süssmann, „Die Wurzeln des Wohlfahrtsstaates – Souveränität oder Gute Policy“, in: Historische Zeitschrift 285(2007), 19 – 47, 42.

Der Arbeitskreis „Policy/Polizei im vormodernen Europa“ konzentriert sich in seinen Diskussionsrunden und Publikationen vornehmlich auf die „gute Policy“ als Praktiken und Techniken von staatlichen, ständischen, städtischen und korporativen Instanzen, um soziale Ordnung zu gestalten und gesellschaftliches Leben zu verändern; vgl. <[www.univie.ac.at/policy-ak](http://www.univie.ac.at/policy-ak)>. Ich verweise an gegebener Stelle jeweils auf die Texte des Arbeitskreises.

<sup>318</sup> Am weitesten geht dabei Peter Blickle. Mit seinem Verständnis von Policy versucht er, das bisher vorherrschende Konzept der Sozialdisziplinierung zu ersetzen: Vgl. Süssmann, Wohlfahrtsstaat, 26f. Vgl. auch: Peter Blickle, „Gute Policy oder Sozialdisziplinierung“, in: Theo Stamm, Heinrich Oberreuter, Paul Mikat (Hg.), Politik – Bildung – Religion: Hans Meier zum 65. Geburtstag, Paderborn 1996, 97 – 108; Martin Dinges, „Policyforschung statt ‚Sozialdisziplinierung‘?“, in: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 24(2002), 327 – 344. Zum Verhältnis Policy-Sozialdisziplinierung siehe auch: Hans Maier, „Polizei als politische Theorie zu Beginn der Frühneuzeit“, in: Blickle, Gute Policy als Politik, 569 – 579.

fischen Raums.<sup>319</sup> Mit der Policy wollte ein Regiment beispielsweise sowohl die Bevölkerung in ihrem Herrschaftsgebiet als auch ihr Tun und Lassen mittels einer flächendeckenden Umsetzung der policylichen Massnahmen möglichst vollständig erfassen, kontrollieren und steuern. Die Grenzkontrollen, die Überprüfung der Passschreiben an neuralgischen Punkten im Landesinnern sowie die Einführung von Hausnummern waren sichtbarer Ausdruck der Identifizierung und der Kategorisierung der Bewohner.<sup>320</sup> Die Mittel und Methoden der Obrigkeit waren ein Instrument, um die Kontrolle über ein Territorium zu gewinnen. Sie bauten auf einer zunehmenden Zentralisierung von Informationen, auf einer Generalisierung und Standardisierung durch Verschriftlichung und auf dem Einsatz von spezialisierten Fachkräften auf.<sup>321</sup> Die neuen Qualitäten erweiterten jedoch den Policybegriff nicht grundsätzlich, sondern sie sind eine konsequente Weiterentwicklung der genannten Dimensionen.<sup>322</sup>

In der neueren Policyforschung wird Zürich generell als Teil des oberdeutschen Raumes betrachtet. Seine kleinräumigen Territorien erfuhren nach Blickle im 16. Jahrhundert und in den Jahrzehnten vor dem Dreissigjährigen Krieg „durch ‚die Policyen‘ eine Transformation, die man als eine solche von ‚Herrschaft‘ in ‚Staat‘ beschreiben könnte.“<sup>323</sup> Vielfältige Bezüge und inhaltliche Gemeinsamkeiten aufgrund ähnlicher Problemstellungen im Bereich der Policy dies- und jenseits des Rheins sind daher als Regel und nicht als Ausnahme zu betrachten. So darf es nicht erstaunen, dass auch in der staatstheoretischen Literatur Zürichs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Policybegriff des aufgeklärten Patriarchalismus dominierte. Er wurzelte überwiegend in der frühaufklärerischen Gesellschafts- und Staatslehre von Christian Wolff und entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts parallel zur Begriffsverwendung in der europäischen Policyliteratur weiter.<sup>324</sup>

<sup>319</sup> Süssmann, Wohlfahrtsstaat, 41f. Süssmann selbst spricht nur von einer neuen Qualität, erwähnt jedoch die beiden oben vorgestellten Dimensionen.

<sup>320</sup> Vgl. zu den Hausnummern: Anton Tantner, Policyliche Hausbeschreibungen als Massnahmen gegen fremde Bettler/innen in der Habsburgermonarchie, (PolicyWorkingPapers: Working Papers des Arbeitskreises Policy/Polizei in der Vormoderne 13), Wien 2007. <[www.univie.ac.at/policy-ak](http://www.univie.ac.at/policy-ak)> [02.07.2010]. Zu den übrigen Elementen der Aufzählung: Josef Pauser, Eva Wiebel, Mobilität, Migration und Policy: Call for Papers für die zehnten Diskussionsrunde des Arbeitskreises Policy/Polizei im vormodernen Europa, Februar 2007.

<[www.univie.ac.at/policy-ak](http://www.univie.ac.at/policy-ak)> [02.07.2010]. Dort findet sich auch ein kurzer Abriss über das sich wandelnde Verhältnis zwischen Mobilität, Migration und Policy sowie eine Bibliographie zum Thema.

<sup>321</sup> Vgl. Tagungsbericht „Mobilität, Migration und Policy: Policyliche Ordnungs- und Politikvorstellungen, Verordnungen und Massnahmen im Umgang mit ‚Fremden‘“ zur zehnten Diskussionsrunde des Arbeitskreises Policy/Polizei im vormodernen Europa vom 21. Juni 2007 in Stuttgart. <[www.univie.ac.at/policy-ak](http://www.univie.ac.at/policy-ak)> [02.07.2010].

<sup>322</sup> Vgl. zur Formierung sozialer Wirklichkeit durch Policeynormen: Landwehr, Normen als Praxis und Kultur, 112.

<sup>323</sup> Blickle, Vorwort, VIII. Vgl. zur Rolle der Policy im Prozess der Staatsbildung auch: Süssmann, Wohlfahrtsstaat. Süssmann stellt im Gegensatz zu Blickle fest, dass Policy allein nicht zur Staatsbildung ausreichte. Ich schliesse mich der Meinung Süssmanns grundsätzlich an, sehe aber in der Bildung der modernen Polizei, die in ihren Ursprüngen auf ordnungssichernde Organe des Policeystaates zurück geht, starke Kontinuitäten zwischen dem Ancien Régime und dem modernen, rationalen Staat und schreibe der Polizei zentrale Funktionen im Staatsbildungsprozess zu. Das Zitat Blickles ist in diesem Zusammenhang zu verstehen.

<sup>324</sup> Es würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, die verschiedenen Wurzeln des Zürcher Policybegriffs im 16. Jahrhundert nachzuzeichnen. Vgl. zur Policy in der Frühen Neuzeit: Andreas Hieber, „Policy zwischen Augsburg und Zürich – ein Forschungsüberblick“, in: Blickle, Gute Policy als Politik, 1 – 24, insbes. 23f; Arman Weidenmann, „Von menschlicher und göttlicher Gerechtigkeit: Zürcher Policymandate im Spiegel zwinglischer Sozialethik“, in: Blickle, Gute Policy als Politik, 453 – 488.

## 4.2 Die Voraussetzungen des Policybegriffs und des Policeystaates bei Christian Wolff

Christian Wolff prägte die Bildung des allgemeinen Policybegriffs im deutschsprachigen Raum entscheidend mit, obwohl er diesen Begriff in seinen Texten nie verwendet hatte.<sup>325</sup> Wolffs Einfluss auf das Verständnis von Policy im 18. Jahrhundert bestand in der Einführung der historisch-kritischen Methode für die Untersuchung von historischen Rechtsvorschriften. Er leitete mit einer stringenten Ableitung der Staatszwecke aus dem Staatsbegriff eine neue Ära in der Staatszwecklehre ein.

Die von ihm angewandte deduktive Methode setzte jedoch eine Systematisierung des gesamten positiven Rechts und vor allem die Klärungen seiner Begriffe voraus. Wolff wählte bei der wissenschaftlichen Erarbeitung der Begriffe ein streng hierarchisches Vorgehen. Die Bestimmung des Staatsbegriffs und der Staatszwecke ging allen übrigen Begriffsdefinitionen voraus. Für die inhaltliche Umschreibung des Staatsbegriffs und der Staatszwecke bediente sich Christian Wolff bei Hobbes und Pufendorf und ihrem resolutiv-kompositiven Verfahren, arbeitete aber zusätzlich mit deistischen Theoremen. Aus Wolffs Überlegungen resultierte das oben erläuterte Staatskonzept, dass sich die Notwendigkeit des Staates aus der Diskrepanz zwischen den naturrechtlichen Pflichten und der beschränkten Möglichkeit ihrer Erfüllung in einem ausserstaatlichen Zustand ergebe. Dem Staat kommt in dieser Anlage die Funktion zu, die erkannte Diskrepanz zu überbrücken. Aus dieser Erkenntnis deduzierte Wolff seinen Staatsbegriff: Der Staat ist eine herrschaftlich verfasste Gesellschaft zur Erreichung des naturrechtlich definierten Gesellschaftswohls.<sup>326</sup>

Dieser Staatsbegriff führte Wolff zur Definition der Staatszwecke. In seinen frühen Schriften bezeichnete er sie mit Sicherheit und Wohlfahrt.<sup>327</sup> Unter Sicherheit verstand er einen Zustand, in dem niemandem, sei es eine natürliche oder eine juristische Person, eine Verletzung seiner natürlichen Rechte aufgrund einer aus menschlichen Handlungen herrührenden Gefahr drohe. Die Abwehr von Gefahren aus der Natur, wie Feuer- oder Wasserschäden, Seuchen oder Verletzungen durch Tiere schlug Wolff bereits zum zweiten Staatszweck, der Wohlfahrt. Diese umfasste für Wolff allgemein die materiellen Voraussetzungen zur moralischen Existenz des Menschen. In den Schriften um 1750 präziserte Wolff die Staatszwecke mit Staatsaufgaben. Er führte die *securitas* als äussere Sicherheit und die *tranquillitas* als innere Sicherheit als Staatsaufgaben ein. In Ergänzung von Wohlfahrt, oft auch anstelle von dieser, sprach er nun von der *sufficientia vitae*.<sup>328</sup>

---

<sup>325</sup> Vgl. zum Folgenden: Peter Preu, Polizeibegriff und Staatszwecklehre: Die Entwicklung des Polizeibegriffs durch die Rechts- und Staatswissenschaften des 18. Jahrhunderts, (Göttinger rechtswissenschaftliche Studien 124), Göttingen 1983, 91 – 192. Zur selben Zeit wurde der Begriff auch als Bezeichnung in die staatsrechtliche Literatur aufgenommen und mit der Wolffschen Staatszwecklehre verbunden. Seine Bedeutung für die Herausbildung des Policybegriffs trug ihm später die Bezeichnung „philosophischer Hauptvertreter des Polizeistaates“ ein. Werner Frauendienst behauptete sogar, Wolff spreche von einem Polizeistaat, ohne allerdings für seine Behauptung Belegstellen anzuführen; vgl. Werner Frauendienst, Christian Wolff als Staatsdenker, (Historische Studien 171), Berlin 1927, 129.

<sup>326</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Die Staatstheorie und die Ordnungsvorstellungen Christian Wolffs“.

<sup>327</sup> Vgl. hier im Besonderen, Preu, Polizeibegriff, 108 – 110.

<sup>328</sup> Ebd., 123 – 130.

Das deduktive Vorgehen von Wolff erkannte in den Staatszwecken die Grundlage, auf der sich eine nachgegliederte Rechtsordnung aufbauen konnte.<sup>329</sup> Durch Wolff wurden die Staatszwecke zu den tragenden Säulen der Policey. Ihnen fielen im materiellen Sinn alle Rechte zu, welche zur Verfolgung der *salus publica* erforderlich waren. Nach Wolff betraf dies alle öffentlichen und weitgehend auch alle privaten Rechtsverhältnisse, insofern die Staatszwecke eine Regelung erforderlich erscheinen liessen.

Wolff verzichtete auf eine formale Einführung und eine Erläuterung des Policeybegriffs. Es war Werner Frauendienst überlassen, in Wolff einen der Väter des Policeystaats zu erkennen und seine diesbezüglichen Aussagen systematisch zu analysieren.<sup>330</sup>

Frauendienst sah in Wolff einen Vertreter der politischen Ökonomie und damit den Merkantilismus als primären Inhalt des Policeystaates.<sup>331</sup> Im Policeystaat Wolffscher Prägung stand die Wirtschaft im Dienste des Staates. Die Obrigkeit sollte die Oekonomie mit dem unmittelbaren Ziel leiten, die politische Macht zu steigern.

In der praktischen Umsetzung zielte der Policeystaat bei Wolff denn auch in erster Linie auf die materielle Seite des Begriffs, d. h. auf seine zweite Dimension. Namentlich bedeutete dies das Anstreben von Autarkie, die Förderung der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Fabriken, den Aufbau einer sicheren Verkehrsinfrastruktur zur Ankurbelung des Handels, die Steigerung der Bevölkerung, die Ablehnung des Müssigganges, das Vertreiben von Bettlern sowie den Verzicht auf Luxus. In Wechselbeziehung dazu stand die obrigkeitliche Sorge um das gesundheitliche Wohl der Bevölkerung, insbesondere die Vorsorge gegen Seuchen und andere präventive Massnahmen, zu denen u. a. auch die Bau- und Feuervorschriften zählten. Zu Wolffs Policeystaat gehörte aber auch eine moralische Seite der Wohlfahrt. Sie umfasste die staatliche Armenpflege für unschuldig in Not geratene Untertanen, das Zurverfügungstellen von günstigen Nahrungsmitteln in ausreichender Menge, karitative Tätigkeiten, aber auch die moralische Bildung durch Kirche und Schule.

#### **4.3 Zum Policeybegriff in den staatstheoretischen Texten Zürichs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts**

Die von Christian Wolff begründeten unmittelbaren Zusammenhänge zwischen den normativen Grundlagen eines Staates, dem Staatszweck bzw. den Aufgaben des Staates und der Ausarbeitung einer Rechtsordnung liegen auch den Policeybegriffen, wie sie in Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Verwendung fanden, zugrunde.<sup>332</sup> Auch in ihnen lassen sich die beiden Dimensionen des Policeybegriffs wieder erkennen, nämlich der inhaltliche Bezug zu einer übergeordneten Ordnungsvorstellung und die breite Palette der praktischen obrigkeitlichen Massnahmen.

---

<sup>329</sup> Christian Wolff, *Ius naturae*, VIII § 4.

<sup>330</sup> Vgl. zum Folgenden: Frauendienst, Wolff, 170.

<sup>331</sup> Ebd., 129.

<sup>332</sup> Vgl. zum Zusammenhang zwischen normativen Texten und Policey auch: Andreas Blauert, Eva Wiebel, Gauner- und Diebslisten: Registrieren, Identifizieren und Fahnden im 18. Jahrhundert, (Studien zur Policey und Policeywissenschaft), Frankfurt a.M. 2001; Blickle, Gute Policey als Politik.



Die ab 1750 zur Verfügung stehende Quellenbasis ist aber sowohl für die Stadt wie für die Landschaft Zürich im Vergleich zur Policeyliteratur in Deutschland und Frankreich äusserst schmal, weil sich aufgrund der wirtschaftlich guten Lage in Zürich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts weder eine Diskussion um den Policeybegriff noch eine eigentliche Policeywissenschaft herausgebildet hat.

#### **4.3.1 Der Policeybegriff in der Mandatssammlung von 1757**

1757 erschien die dreibändige „Sammlung der Bürgerlichen und Policey-Geseze und Ordnungen lobl. Stadt und Landschaft Zürich“.<sup>333</sup> Sie wurde vom Verlagshaus Orell aufgrund einer privaten Initiative verlegt. Der Sammlung kam aber ein halbamtlicher Charakter zu. Die Entstehung dieses Werks ist vor dem Hintergrund des Versuches der neu entstandenen Verwaltungselite der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu interpretieren, im Rahmen der beschränkten machtpolitischen Möglichkeiten die Herrschaft der Stadt über die Landschaft zu intensivieren oder zumindest effizienter zu gestalten. Die Vorrede im ersten Band spricht hier eine deutliche Sprache: Die Zusammenstellung der in Zürich geltenden Gesetze sollte dazu dienen, die Kenntnisse über die rechtlichen Bestimmungen möglichst weit zu verbreiten, damit es keine „muthwillige Unwissenheit“ mehr gebe, sie auch von den Einfältigen verstanden würden und die Gesetzesübertreter keine Entschuldigung mehr hätten, denn „wo man das Gesetz nicht weiss, da hat eben so wenig Sünde und Übertretung desselben statt, also wo wirklich kein Gesetz vorhanden ist.“<sup>334</sup> Es war die Absicht der Mandatssammlung, das Vorhandensein von normativen Bestimmungen ins Bewusstsein zu rufen und somit die Prämissen zu schaffen, das Recht durchsetzen zu können bzw. das Unrecht zu definieren. Der Herausgeber argumentierte zur Begründung seiner Absicht, in Anlehnung an Wolff, mit einem naturrechtlichen Ansatz. Das Regiment könne es nicht zulassen, wenn ein Bürger den Policeygesetzen nicht Gehorsam entgegen bringen würde, denn die positiven bürgerlichen Gesetze gründeten in den Gesetzen der Natur, die für alle Geltung besässen. Es sei deshalb die Aufgabe der Väter des Vaterlandes, die allgemeinen Grundsätze zur Glückseligkeit des Volkes den besonderen klimatischen, politischen, wirtschaftlichen und religiösen Umständen Zürichs anzupassen, „damit du dann, geliebter Mitbürger, unter deinem Weinstock und Feigenbaum sicher ruhen; damit du in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit ein vergnügtes Leben führen könntest.“<sup>335</sup>

Die Sammlung der Policeygesetze von 1757 orientierte sich inhaltlich am Staatszweck der Sicherheit und an der Staatsaufgabe der Wohlfahrtsförderung. Materiell versuchte der Herausgeber das weite Feld der Policey mit folgenden Worten abzustechen: „Damit die Religion (...) ihre Würde behalte, dass die gedrückte Unschuld Schutz und Rath, das Eigenthum Sicherheit und Rettung, der Arbeiter seinen gebührenden Lohn, und jeder sein Bedürfnis, in

---

<sup>333</sup> Sammlung der Bürgerlichen und Policey-Geseze und Ordnungen lobl. Stadt und Landschaft Zürich, erster Band, Zürich 1757, 6. Die Reihe wurde bis 1793 fortgesetzt. Vgl. für nähere Angaben zur Sammlung der Policeygesetze: Schott-Volm, *Policey in der Schweiz*. Die Mandatssammlung beinhaltet nicht alle je in Zürich publizierten Mandate. Sie ist aber für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts trotzdem repräsentativ. Vgl. zur Archivlage der Zürcher Mandate: Härter, *Repertorium der Policeyordnungen*, 741 – 743.

<sup>334</sup> Sammlung der Policeygesetze 1757, erster Band, 4.

<sup>335</sup> Ebd., 6. Der oben zitierte Fraumünsterpfarrer Johann Caspar Ulrich als Vertreter des klassischen Republikanismus setzte den Ausdruck vergleichbar, wenn er meinte, die Policey dieses von Gott geehrten und geliebten Volkes sei in der Tat eine Aristokratie, eine Regierungsform, in der die „Wegersten und Besten“ das Steuerruder in der Hand hätten. Vgl. ZBZ VII: 43, Nr. 8. S. 9f.

einem sein Vermögen nicht übersteigenden Preis, erlange, dass der Repräsentant des verstorbenen Blutsverwandten sein rechtmässiges Erb erhalte, dass der Wollüstling und Verschwen-der im unsinnigen Lauf nach seinem Ruin aufgehalten werde, dass der Particular-Nutze mit dem allgemeinen stets verbunden sey, dass unparteyisches Recht gegen alle Angriffe gehand-habet werde, dass allenthalben Wolstand und Ordnung sichtbar sey; dass wo nicht Ueberfluss, doch Genüge vorhanden bleibe, dass Freundschaft, Friede, Harmonie nicht gestört werde: u. s. f. davor sorgen deine Landes-Väter; das gewähren dir Ihre Geseze!“<sup>336</sup> Nach Claudia Schott-Volm stimmen die in den Zürcher Policeygesetzen angesprochenen sachlichen Inhalte mit nahezu sämtlichen Stichwörtern des für das europäische Policeyforschungsprojekt des Max-Planck-Institutes für Rechtsgeschichte erstellten Repertoriums überein.<sup>337</sup>

Im Policeybegriff der Mandatssammlung von 1757 spiegelt sich die Sichtweise des aufgeklärten Patriarchalismus und der politischen Ökonomie wieder. Die Policey übernimmt im Staat, der als ein Haushalt im Grossen betrachtet wird, die Funktion der Oeconomia – hier noch ganz im aristotelischen Sinn gemeint. Sie ordnet und verwaltet zum Nutzen aller.<sup>338</sup> In der Mandatssammlung von 1757 garantierte die Policey ihrem Wesen nach eine aus dem zürche-rischen Tugendenkatalog abgeleitete moralische Ordnung, die als Voraussetzung zur Sicher-stellung des materiellen Wohlstandes betrachtet wurde. Der dieser Mandatssammlung zu-grundeliegende Policeybegriff blieb damit im Rahmen der zeitgenössischen wohlfahrtsstaat-lich ausgerichteten Wortbedeutung.

#### **4.3.2 Der Policeybegriff Johann Conrad Heideggers**

Unter dem Policeybegriff wurde in nicht-rechtlichen Zürcher Quellen die äussere und innere Form der als gut empfundenen patriarchalischen Regierungsweise verstanden. Diese Ausle-gung des Begriffs legte sein Schwergewicht – noch deutlicher als die Sammlung der Poli-ceygesetze von 1757 – auf den moralischen Aspekt der Durchsetzung der Normen, ohne je-doch die für Zürich typischen Zusammenhänge zwischen dem Staatszweck der Ruhe und Si-cherheit und der Staatsaufgabe der materiellen Sicherstellung der Lebensgrundlagen ausser Acht zu lassen.

Der wichtigste nicht-rechtliche Beitrag zum Zürcher Policeybegriff stammt von Johann Con-rad Heidegger (1710 – 1778). Er ist dem aufgeklärten Patriarchalismus zuzuordnen.<sup>339</sup> Als Mitglied des mächtigen Geheimen Rates und als Seckelmeister hielt Heidegger 1761 oder 1762 vor einem unbekannten Auditorium eine kurze Ansprache zur Rolle der Policey im

---

<sup>336</sup> Sammlung der Policeygesetze, erster Band, 6f.

<sup>337</sup> Schott-Volm, Policey in der Schweiz, 501.

<sup>338</sup> Thomas Schärli, „Der Musterbauer und sein Biograph“, in: Lob der Tüchtigkeit: Kleinjogg und die Zürcher Landwirtschaft am Vorabend des Industriezeitalters, hg. vom Staatsarchiv des Kantons Zürich, Zürich 1985, 39 – 71, 47.

<sup>339</sup> Vgl. zur Biografie Heideggers: Annemarie Hess, Johann Conrad Heidegger: Ein Zürcherischer Staatsmann 1710 – 1778, (Diss.), Zürich 1945.

Staat.<sup>340</sup> Bei der Zuhörerschaft handelte es sich entweder um die Physikalischen Gesellschaft oder die Ökonomische Kommission. In beiden Vereinigungen war Heidegger Mitglied.

Um die Funktion der Policey zu erklären, begann Heidegger sein Referat mit einem Vergleich: „Die gute Policey ist in einem Staat, was die Festigkeit in einem Gebäude, und die Gesundheit in einem menschlichen Körper.“<sup>341</sup> Wenn ein Haus auch noch so ansehnlich sei, aber aus morschem Holz bestehe, so sei es nichts wert. Und wenn ein Mensch gesund erscheine, könne er dennoch innerlich krank sein. „Was also die gute Auswahl und Musterung der Materialien bei einem Gebäude (...), das sind die Policeygesetze in einem Staate. Scheinet er noch so mächtig, hat er äusserlich noch so viel ansehen gegen seinen nachbarn, zeigt sich überfluss und kraft an vielen seiner Gliedern, und fehlet ihm aber dabey an innerlich guter Einrichtung, in Absicht auf die (...) erhaltung des richtigen und nützlichen Gebrauch, des nothwendigen, des angemessenen und überflüssigen (...) so ist der Staat krank, ohnmächtig und der Gefahr seines Untergangs ausgesetzt. Diese eben jetzo beschriebene Einrichtung, ist, was wir Policey heissen. Sie ist also einem sehr grossen Umfang, und ebenso grosser nothwendigkeit und nutzen, das wahrscheinlich die Kraft und Wohlseins des Staates hanget davon ab.“<sup>342</sup>

Die Policeygesetze waren für Heidegger unverzichtbare obrigkeitliche Massnahmen, welche den Staat von innen heraus moralisch stärkten und so die Sicherung der Existenz des Staates und den Wohlstand seiner Bewohner in einem breit aufzufassenden Sinn zum Zweck hatten. Heidegger wies in seiner Definition, in Abgrenzung zu den Vorstellungen der politischen Ökonomie, welche die Förderung der Wirtschaft als einen Staatszweck sah, deutlich darauf hin, dass die äussere Machtentfaltung des Staates ohne Tugendbasis auf Dauer den Weiterbestand des Staates nicht gewährleisten könne. Trotzdem sah auch er ein, dass ein Staat ohne gesunde Wirtschaftsstrukturen nicht überlebensfähig sei. Johann Conrad Heidegger beschäftigte sich in seiner kurzen Ansprache zur Policey denn auch mit der Umschreibung des Begriffs und formulierte die Aufgaben der Policey mit deutlichen Zugeständnissen an den ökonomischen Aspekt.<sup>343</sup> Seine materielle Definition des Begriffs umfasste die Bereiche Strassenbau, Gewerbe, Lebensmittelversorgung, Preisgestaltung und Münzwesen, die Sorge um die Armen, Alten und Waisen, den Kampf gegen die Lasterhaftigkeit und den Müssiggang sowie Massnahmen gegen den Luxus und die Verschwendungssucht. Heidegger schloss seine Auflistung mit der Bemerkung, er würde nicht fertig werden, wenn er alle übrigen Dinge auch noch aufzählen wollte. „Wie ein weitläuffiges Feld für einen regenten, der sein schönes Land aufrichtig liebt?“<sup>344</sup>

---

<sup>340</sup> ZBZ Ms T 416.3. In der Mappe „Reflexionen bei verschiedenen Anlässen“ befinden sich zwei Manuskripte, die teilweise dem Thema „Policey“ gewidmet sind. Das erste Manuskript ist ein Entwurf für das zweite Manuskript, das die Reinschrift des ersten Textes darstellt und nur wenige sprachliche Veränderungen enthält. Die Datierung der Manuskripte erfolgte nachträglich durch eine andere Hand. Für die vorliegende Arbeit wurde die Reinschrift als Vorlage verwendet.

<sup>341</sup> Ebd.

<sup>342</sup> Ebd.

<sup>343</sup> Ebd.; vgl. dazu auch: Hess, Heidegger, 101f.

<sup>344</sup> ZBZ Ms T 416.3.

Die ökonomischen Patrioten und die politischen Patrioten wichen in ihrer Verwendung des Policeybegriffs nicht mehr grundsätzlich von den Policeyvorstellungen des aufgeklärten Patriarchalismus ab, auch wenn wie bei Johann Caspar Hirzel der Begriff vor allem in wirtschaftspolitischen Zusammenhängen gebraucht wurde. In der „Wirthschaft eines philosophischen Bauern“ brauchte Hirzel den Begriff im allgemeinen Sinn zur Beschreibung der Regierungstätigkeit<sup>345</sup>, die er in seiner Blaarer-Biografie genauer umschrieb: „Es würde mich zu weit führen, wenn ich mich weiter ausdehnen wollte, zu zeigen, wie die grosse Haushaltung durch eine geschickte Vertheilung der Geschäfte in den besonderen Kammern regiert werde. Wie für die Ernährung, die Gesundheit, die Reizung zum Fleiss in allen Handwerken und Gewerben, die Erziehung und die Unterweisung der Jugend, die Beförderung eines ehrbaren und tugendhaften Wandels und einer uns so nothwendigen Sparsamkeit, die Sicherheit und die Beschützung des Staates, und für die Erhaltung der Reinigkeit der Religion und des Ruhestandes und der Ordnung der Kirche gesorgt werde.“<sup>346</sup>

#### 4.3.3 Die Verengung des Policeybegriffs im „Politischen Handbuch“ von 1796

1796 verfasste David von Wyss d. J. (1763 – 1839), Unterschreiber der Kanzlei des Grossen Rates und Mitglied eines der ältesten Zürcher Geschlechter, sein „Politisches Handbuch für die erwachsene Jugend der Stadt und Landschaft Zürich“. Es stellte im Rahmen der zeitgenössischen Enzyklopädistik einen Versuch dar, das herkömmliche Recht zu bearbeiten, zu kompilieren und zu systematisieren, ohne aber neues Recht schaffen zu wollen oder gar eine neue Staatstheorie aufzustellen oder das Verhältnis des Regiments zur Bevölkerung der Landschaft neu zu definieren.<sup>347</sup> Das Werk von David von Wyss war in der Tradition der zürcherischen Rechtssammlungen dennoch eine besondere Leistung, da es erstmals die privat- und staatsrechtlichen Verhältnisse des Stadtstaates umfassend darstellte.<sup>348</sup> Das Ziel dieses Handbuches war es, die staatlichen Einrichtungen und die Pflichten der Einwohner in der unsicheren Zeit nach der Französischen Revolution und vor allem nach dem Stäfer Handel von 1794/95 bekannt zu machen, um so mitzuhelfen, die Lage wieder zu stabilisieren. Conrad Ulrich nannte es deshalb ein „Manifest des Beharrungswillens.“<sup>349</sup> Es gliederte sich vornehmlich nach praktischen Gesichtspunkten und war keine theoretische Abhandlung. Aus juristischer Sicht entbehrt das Handbuch einer konsequenten Systematik. Nach Richner kann nur noch ein verblasster Einfluss von Christian Wolff oder allenfalls von dessen Schüler Daniel Nettelblatt, bei dem von Wyss eine kurze juristische Ausbildung in Halle genossen hatte, festgestellt werden.<sup>350</sup>

Nach meiner Auffassung trifft diese Beurteilung für den Policeybegriff, wie er bei von Wyss verwendet wurde, aber nicht im gleichen Masse zu. Der V. Abschnitt des „Politischen Handbuches“ war mit „Von der Landespolizey, (im weitesten Sinn des Wortes), oder von den wohlthätigen Anstalten und obrigkeitlichen Verordnungen in Bezug auf das Leben und die

---

<sup>345</sup> Hirzel, Wirthschaft, insbes. 383, aber auch 186, 421.

<sup>346</sup> Hirzel, Patriot, 67.

<sup>347</sup> Felix Richner, David von Wyss (1763 – 1839) – seine Auffassung von Recht und Staat auf Grund seines Politischen Handbuches, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 15), Zürich 1988, 60, 85, 160f.

<sup>348</sup> Richner, von Wyss, 60.

<sup>349</sup> Ulrich, 18. Jahrhundert, 368.

<sup>350</sup> Richner, von Wyss, 82.

Gesundheit der Bürger und Landleute, auf den Feldbau und die Fabriken, auf den gesellschaftlichen Verkehr und Handel, auf die nöthigen Lebensmittel und Lebensbedürfnisse, auf Arme und Kranke, auf die bestmögliche Verhütung und Erleichterung grosser Unglücksfälle oder Landplagen, auf Betteley, Diebsgesindel u. s. f.; wie auch von der Standes-Oekonomie, oder von den Mitteln zur Bestreitung der grossen Staats-Ausgaben, welche diese Menge öffentlicher Anstalten erfordert<sup>351</sup> überschrieben. Von Wyss liess aber bei seiner inhaltlichen Zusammenfassung der alten Gesetze, so wie sie vor allem in der „Sammlung der Bürgerlichen und Policey-Gesetze“ vorlagen, jeweils die einleitenden und meist auf der Basis des Tugendkataloges belehrenden Passagen der Mandate weg. Somit entsprachen die materiellen Bestimmungen seines weit gefassten Policeybegriffs zwar durchaus der Sammlung von 1757 und jener Aufzählung, die Johann Conrad Heidegger verwendet hatte.<sup>352</sup> Die fehlenden Erklärungen und Begründungen der obrigkeitlichen Mandate führten jedoch dazu, dass bei ihm die Mandatsbestimmungen einen rationalistischeren Charakter annahmen und sich der Policeybegriff bei von Wyss demjenigen seines Lehrers, dem Wolffianer Daniel Nettelbladt<sup>353</sup>, annäherte. Gegenüber der traditionellen Verwendung des Wortes in der Sammlung der Policeygesetze von 1757 und bei Heidegger kam es im „Politischen Handbuch“ zu einer Akzentverschiebung, die im Sinne der Wolffschen *sufficientia vitae* vor allem die materielle Dimension des Wohlfahrtsbegriffes betonte.<sup>354</sup> Diese Verschiebung ist direkt auf die rückläufige Bedeutung der republikanisch-christlichen Tugenden und auf die Neuinterpretation des Tugendkataloges durch den ökonomischen Patriotismus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zurückzuführen. Von Wyss griff die schon bei Christian Wolff aufgezeigten Zusammenhänge zwischen der sanitarischen Fürsorge für das Volk und der wirtschaftlichen Leistung auf und passte sie den zürcherischen Gegebenheiten an.

Die menschliche Gesundheit war für von Wyss das wichtigste Gut aller Staatseinwohner und deshalb auch ein Hauptgegenstand der Obsorge jeder väterlichen Regierung.<sup>355</sup> Mit der Bereitstellung gesunder Nahrung, der Förderung des Wohlstandes und der guten Sitten könne am besten und am sichersten für die Gesundheit des Volkes gesorgt werden.<sup>356</sup> Alle im Abschnitt „Polizey im weitern Sinn“ behandelten Bereiche brachte von Wyss denn auch in eine direkte Verbindung mit diesen Zielen. Er sprach sich insbesondere für eine weitgehend staatlich reglementierte und kontrollierte, aber keine dirigistische Wirtschaft aus, um den Staatszweck der Wohlfahrt erreichen zu können.<sup>357</sup> So schrieb er: „Es ist ein nicht seltener Vorzug republikanischer Staaten, dass darin für alles, was zum Vortheil und zur Bequemlichkeit aller

<sup>351</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 247. Der Abschnitt über die „Landespolizey“ beschäftigte sich mit den bekannten Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft, Viehhandel, Rebbau, Waldwirtschaft, Brenn- und Baumaterialien, Jagd, Fischerei, Handelshäusern, Verlagsunternehmen, protoindustriellen Betrieben, Münzen, Gewichten und Massen, Salzmonopol, Zinsen sowie Strassenbau. Dazu zählten aber auch die Unterstützung der Armen und Weisen und die Verhinderung von Feuersbrünsten.

<sup>352</sup> David von Wyss klammerte die moralische Dimension des Wohlfahrtsverständnisses aus seinem Policeybegriff aber nicht vollständig aus. (vgl. beispielsweise S. 263 und 381) Die Bereiche der Religion und der Bildung behandelte dieser Teil jedoch nicht unter dem Titel „Landespolizey im weitesten Sinn“, sondern im Abschnitt VI.

<sup>353</sup> Preu, Policeybegriff, 136 – 141.

<sup>354</sup> Die Bedeutung der moralischen Begründung der Voraussetzungen des Wohlstandes lehnte von Wyss nicht grundsätzlich ab, er vermied es nur, sie ausführlich zu begründen. Vgl. Wyss, Politisches Handbuch, 7f.

<sup>355</sup> Ebd., 247f.

<sup>356</sup> Ebd., 263.

<sup>357</sup> Richner, Von Wyss, 208, 126.

Einwohner überhaupt, besonders aber zum besseren Unterhalt der minder Begüterten und Armen dient, vorzüglich Sorge verwandt wird. Desto weniger ist es sich zu verwundern, dass man auch in unserem Vaterland auf mancherley Weise bedacht ist, theils dem Publiko alle Arten gesunder Nahrungsmittel in möglichst grosser Menge und für billige Preise zu verschaffen, - theils den Betrug, welcher mit diesen Lebensbedürfnissen vorgehen könnte, zu hindern, - theils den Verkauf derselben, ausser den hierzu bestimmten Plätzen oder Gebäuden, und zum Nachteil ärmerer Käufer, zu verhüten.“<sup>358</sup>

David von Wyss lehnte es zudem ab, die Wirtschaftsordnung zu ändern<sup>359</sup>, genauso, wie er die politische Verfassung auch noch 1796 für richtig hielt. Beide Ordnungen garantierten ihm die Stabilität der bisherigen Verhältnisse.<sup>360</sup>

Im Unterschied zum traditionellen Zürcher Policeybegriff führte David von Wyss in seinem „Politischen Handbuch“ aber eine Verengung des Policeybegriffs ein, indem er innerhalb des Kapitels über die „Landespolicey im weitern Sinn des Wortes“ einen Paragraphen ausdrücklich der „Landespolizey im engeren Sinn“ widmete.<sup>361</sup> Von Wyss umschrieb mit dem engen Policeybegriff die Verhinderung des Müssiggangs als Quelle der Armut und des Strassenbettels. Damit wollte er „eine Menge moralischer und politischer Uebel vorzüglich von dem Landvolk“ abhalten<sup>362</sup> und so zur politischen Stabilisierung nach dem Stäfer Handel von 1794/95 beitragen. Zudem sollten die fremden Gauner vom Land fern gehalten werden, um auf diese Weise zur „Sicherstellung des Lebens, des Eigenthums und der Nahrungsvorräthe des Landmanns, welche ohne dieselben, ungeachtet der im IIIten Abschnitt angeführten Bestrafung der Diebe und Betrieger, in steter Gefahr wären.“<sup>363</sup> Dies sei in Bezug auf die öffentliche Sicherheit ein wichtiger Gegenstand.<sup>364</sup> Von Wyss knüpfte mit der Einführung des Begriffs der „Landespolicey im engeren Sinn“ an die Vorstellungen des Ordnungsverständnisses des traditionell-klassischen Republikanismus an, wonach Armut und Bettelei die Folge einer schlechten Arbeitseinstellung seien und damit der Staatsaufgabe der Wohlfahrtsförderung und schliesslich auch dem Staatszweck der Sicherheit des Staates schaden. Es ist der einzige Themenkreis dieses V. Abschnittes, bei dem der Autor die traditionelle Begründung der obrigkeitlichen Massnahmen in seine Zusammenfassung übernahm. David von Wyss führte hier, so scheint es, lediglich einen speziellen Begriff für etwas ein, was in der politischen Literatur Zürichs bisher als integrierter Bestandteil der Vorstellung von Policey bereits bekannt gewesen war. Im Policeybegriff bei von Wyss kann aber der entscheidende Durchbruch des modernen, institutionellen Polizeibegriffs in Zürich erkannt werden. Er ist der vorläufige Endpunkt einer Entwicklung, die sich seit den Zunftunruhen von 1777, einem skandalösen Zwischenfall von 1783/84 und den politischen Unruhen im Stäfer Handel von 1794/95 abgezeichnet hatte.<sup>365</sup> David von Wyss stellte zum ersten Mal auf einer staatsrechtlichen Ebene eine Verbindung zwischen einem verengten Policeybegriff und ordnungssichernden Organen

---

<sup>358</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 325.

<sup>359</sup> Richner, Von Wyss, 204 – 208.

<sup>360</sup> Vgl. Wyss, Politisches Handbuch, 8f und 12f.

<sup>361</sup> Ebd., Abschnitt V., § 29, S. 366.

<sup>362</sup> Ebd., 366.

<sup>363</sup> Ebd., 366f.

<sup>364</sup> Ebd., 367.

<sup>365</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Ruhe und Ordnung in der Stadt“.

her. Unter Policey verstand er nun nicht mehr lediglich die Umsetzung der idealen Ordnung, sondern spezifisch das Handeln von Personen, das auf den Schutz und den Erhalt der Lebensgrundlagen ausgerichtet war.<sup>366</sup> Er nannte erstmalig und ausdrücklich die Stadt- und Landharschiere, die Profosen und die Dorf- und Nebenwächter „Policeydiener“.<sup>367</sup> Diese Ausweitung des Begriffs durch David von Wyss bestätigt den inhaltlichen Wandel des Policeybegriffs.

Der moderne Polizeibegriff, so wie er bei von Wyss erstmals in Zürich mit Breitenwirkung verwendet wurde, zielte darauf ab, die Tätigkeit der ordnungssichernden Organe eines Staates auf die präventive Abwehr von Gefahren zwecks Herstellung oder Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu beschränken.<sup>368</sup> Der enge Policeybegriff zielte bei von Wyss spezifisch auf die Abhaltung von „störenden Elementen“, welche von aussen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bedrohten. Dazu zählte er nicht nur fremde Bettler, Vagierende und Diebe, sondern auch einheimische Personen, die nicht mehr den sozialen Normen entsprachen und insbesondere durch Müssiggang zunächst arm und dann kriminell geworden sind.<sup>369</sup>

Dem modernen Polizeibegriff war und ist die Tendenz inhärent, soziales Verhalten vermehrt mit staatlichen Mitteln aktiv zu überwachen, anstatt passiv auf Klagen zu warten und lediglich zu reagieren. In Zürich ist dieses Bestreben spätestens seit der Mitte des 18. Jahrhunderts zu beobachten, wie das nächste Kapitel aufzeigen wird. Die institutionelle Entwicklung ging also der Begriffsveränderung voran. Zürich bildet hier keine Ausnahme. Die europäischen Nachbarstaaten, allen voran Frankreich, entwickelten ihre ordnungssichernden Organe entsprechend und begannen, zunächst in den Städten und danach auf dem flachen Land, immer grössere Überwachungsapparate zu installieren, aus denen sich später die Polizei und Teile der staatlichen Innenverwaltung entwickelten. „Diese Veränderung markiert den Übergang von der Policey, [als] einer auf dem Handeln vieler Instanzen beruhenden Praxis städtischer Herrschaft, zur Polizei, [als] einer zentral gelenkten obrigkeitlichen Behörde mit weitreichenden exekutiven Vollmachten.“<sup>370</sup>

Bei David von Wyss wurde der Policeybegriff bis 1798 allerdings nicht exklusiv für die präventiv wirkenden staatlichen Sicherheitsorgane verwendet, wie eine entsprechende Bemerkung von Conrad Ulrich vermuten liesse.<sup>371</sup> Ulrichs Aussage muss insofern relativiert werden, als bei von Wyss die Aufgabe der „Landespolicy im engen Sinn“ nicht allein den in Abschnitt V, § 29 genannten Organen zugedacht war, sondern auch noch weitere Einrichtungen und Ämter der Verwaltung mit Sicherheitsaufgaben betraut waren. Die Abgrenzung zwischen der „Policey im engen Sinn“ und dem umfassenden Policeybegriff war noch unscharf. Der alte, weite Policeybegriff dominierte weiterhin das Denken und Handeln der Obrigkeit. Die

<sup>366</sup> Der enge Policeybegriff bei David von Wyss ist vor dem Hintergrund des Pflichtenhefts des Stadthauptmanns von 1795 zu interpretieren. Dieses Pflichtenheft wiederum ging auf Ereignisse und eine erste Neuumschreibung der policeylichen Aufgaben des Stadthauptmanns von 1783/84 zurück. Vgl. dazu ebenfalls das Kapitel „Ruhe und Ordnung in der Stadt“.

<sup>367</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 367.

<sup>368</sup> Vgl. zum modernen Polizeibegriff: Hans Reinhard, Allgemeines Polizeirecht: Aufgaben, Grundsätze und Handlungen, (Diss.), Bern 1993, 3f.

<sup>369</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 367f.

<sup>370</sup> Gerhard Sälter, Themenexplikation zur siebten Diskussionsrunde des Arbeitskreises Policey/Polizei im vor-modernen Europa am 10. Juni 2004. <[www.univie.ac.at/policy-ak](http://www.univie.ac.at/policy-ak)> [02.07.2010].

<sup>371</sup> Ulrich, 18. Jahrhundert, 367.

Gefahrenabwehr wurde vom Regiment in der Praxis bis zum Ende des Ancien Régime vor dem Hintergrund ihrer umfassenden Ordnungsvorstellung und nicht vor dem Hintergrund der Durchsetzung des Gewaltmonopols verstanden. Es lag in ihrem tief verwurzelten und breit verstandenen Selbstverständnis, durch policeyliche Massnahmen das Gute für die Bewohner zu fördern und für sie das Schlechte im Allgemeinen zu verhindern, um den Staat zu erhalten. Das Gute sollte durch die Propagierung und Überwachung eines tugendhaften Lebens und das Schlechte durch die aktive Abwehr und Isolierung von störenden Einflüssen auf die Gesellschaft und das Wirtschaftssystem erreicht werden.<sup>372</sup>

Die Verengung des Policeybegriffs ist nicht nur bei von Wyss zu beobachten, sondern ist eine allgemeine Entwicklung in der europäischen Policeyliteratur. Im Reich und in Österreich setzte ab ca. 1770 mit der behutsamen Loslösung vom philosophischen System von Wolff und der Hinwendung zur Philosophie von Immanuel Kant ein Wandel des Policeybegriffs ein, der nun im Spannungsfeld von Staatszwecklehre, Kameralismus, Staatsrecht und Justiz die unterschiedlichsten Formen hervorbrachte.<sup>373</sup> Zwei Faktoren beeinflussten die Entwicklung: Zum einen war es die in der Staatsphilosophie vorgenommene Trennung zwischen den Staatszwecken Wohlfahrt und Sicherheit. Sie eröffnete den policeywissenschaftlichen Autoren die Möglichkeit, Policey zunehmend als ein Instrument zur Sicherstellung der elementaren Voraussetzungen der menschlichen und staatlichen Existenz zu betrachten sowie den wohlfahrtsstaatlichen Aspekt auszublenden. Bis der Policeybegriff theoretisch auf die reine Gefahrenabwehr reduziert wurde, dauerte es in Deutschland allerdings bis zum berühmten Berliner Kreuzbergurteil von 1882.<sup>374</sup> Zum anderen wirkte sich die Veränderung des Menschenbildes auf die Bildung des Policeybegriffs aus. Die Annahmen eines vernunftgeleiteten Individuums und einer Gesellschaft, die zur Selbstregulierung fähig ist, führten zur Bestrebung, die Staatstätigkeit zum Schutze der persönlichen Freiheiten einzuschränken.

Interessant ist, dass diese Begründungszusammenhänge für die Entwicklung des Policeybegriffs in Zürich nicht gelten können, weil sich hier weder die staatsphilosophischen noch die anthropologischen Voraussetzungen vor dem Ende des Ancien Régime 1798 änderten. David von Wyss war und blieb ein Vertreter des zürcherischen Patriarchalismus.<sup>375</sup> Er argumentierte auf der Basis dieses Selbstverständnisses, dessen Ordnungsvorstellungen und dessen Menschenbild. Er blieb gerade beim allgemeinen Policeybegriff den entsprechenden Vorstellungen von Wolff verhaftet. Im Gegensatz zur Entwicklung im Reich und in Österreich nahm David von Wyss auch keine Trennung der Staatszwecke Wohlfahrt und Sicherheit vor, sondern gewichtete sie nur unterschiedlich.

---

<sup>372</sup> Die Vorstellungen von einer modernen Polizei unterschieden sich damit auch hier von der Entwicklung im Reich und Österreich. Während bei Joseph von Sonnenfels im Rahmen der inneren Sicherheit zur Obliegenheit der Polizei gehörte, sowohl die Abwehr jener Kräfte, die sich gegen das Gemeinwohl richteten, als auch den Schutz der Freiheit der Individuen zu gewährleisten, fehlt der zweite Aspekt bei David von Wyss aus den oben genannten Gründen. Vgl. zu Sonnenfels: Joseph von Sonnenfels, Grundsätze der Policey, hg. von Werner Ogris, (Bibliothek des deutschen Staatsdenkens 12), München 2003, 275.

<sup>373</sup> Vgl. dazu: Franz-Ludwig Knemeyer, „Polizei“, in: Otto Brunner u.a. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Band 4, Stuttgart 1978, 875 – 897; Preu, Polizeibegriff.

<sup>374</sup> Auf die unterschiedlichen Beurteilungen von § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts für die Preussischen Staaten von 1794 durch Knemeyer und Preu gehe ich nicht ein, weil sie für die Entwicklung in Zürich nicht relevant sind.

<sup>375</sup> Richner, von Wyss, 227.



Als Vorbild für die Unterscheidung eines engen und eines weitem Policeybegriffs diene David von Wyss möglicherweise dennoch das 1794 erschienene „Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten“, das dem Zürcher Autor bereits in einer Entwurfphase bekannt gewesen sein dürfte, auch wenn sich von Wyss nicht aller notwendigen philosophischen Voraussetzungen und Konsequenzen bewusst gewesen sein dürfte.<sup>376</sup>

---

<sup>376</sup> Ebd., 103. Zum ALR vgl. insbes.: Preu, Polizeibegriff, 274 -314.

#### 4.4 Zwischenfazit III

Die Policy erwies sich im Zürich des 18. Jahrhunderts als zentraler Angelpunkt für die fürsorgliche Tätigkeit des Regiments zugunsten seiner Bevölkerung. Von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn der 1780er Jahre dominierten sowohl im traditionell-klassischen Republikanismus als auch im aufgeklärten Patriarchalismus die beiden Staatszwecke Sicherheit und Wohlfahrt die Ordnungsvorstellungen des Regiments. Sie galten als Leitziele für die Obsorge und standen gleichberechtigt nebeneinander. Sie hatten, auch wenn sie phasenweise unterschiedlich gewertet wurden, beide das primäre Ziel, die sittlich-moralischen und die materiellen Lebensgrundlagen des Staates und der Gesellschaft zu erhalten. Dieses Denken bestimmte denn auch die erste auf eine bestimmte Ordnung ausgerichtete Dimension des Policybegriffs in der Gesetzessammlung von 1757 und bei Heidegger. Die zweite Dimension, das Instrumentarium zur Umsetzung der Ordnungsvorstellungen, beschränkte sich in beiden untersuchten Quellen auf die vornehmlich reaktiv gestaltete Durchsetzung der Tugenden.

Die krisenhaften Erfahrungen der Obrigkeit in den Zunftunruhen von 1777 und im Stäfner Handel von 1794/95 lösten in beiden Dimensionen Veränderungen aus, die im verengten Policybegriff des „Politischen Handbuchs“ von David von Wyss von 1796 ablesbar sind: Der Staatszweck der Sicherheit im Sinne der Wolffschen Staatsaufgabe der tranquillitas, d. h. der Erhalt der politischen Stabilität im Innern eines Landes, aber auch die Sicherstellung der Staatsaufgabe der wirtschaftlichen Versorgung als Voraussetzung der tranquillitas gewann gegenüber dem reinen Wohlfahrtszweck merklich an Bedeutung. Der Sicherheitsaspekt konnte und wollte den Wohlfahrtsaspekt jedoch nicht verdrängen.

Die Verengung des Policybegriffs in Zürich geht indes nicht allein auf die Ereignisse von 1777 und von 1794/95 zurück, sondern ist auch ein Ausfluss des gestiegenen Anspruchsrahmens des aufgeklärten Patriarchalismus und der Intensivierung der Verwaltung.

Das Sicherheitsdenken im Staat im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts prägte unweigerlich den Policybegriff. Dementsprechend stieg das Bedürfnis, das staatliche Instrumentarium deutlich zu erweitern. Neben der Tugend sollten staatliche Organe, die schon bisher der Bekämpfung von Müssiggang, Armut, Bettel und krimineller Vagierender – und damit zur Abhaltung von wirtschaftlichem Schaden – dienten, als weitere Mittel eingesetzt werden können, den Staatszweck der Sicherheit umzusetzen und Ruhe und Ordnung im Innern, nun zunehmend aktiv, zu sichern. Die Absicht des Regiments, mehr Handlungsspielraum in der Wahl der Mittel zur Durchsetzung der Ordnungsvorstellungen zu erhalten, um effektiver handeln zu können, ist in der Verengung des Policybegriffs bei David von Wyss zu spüren. Während in der engen Begriffsbestimmung sich „Policy“ zunehmend auf die Tätigkeit der ordnungssichernden Organe oder auf die handelnden Personen selbst bezog, blieb die alte, weite Auffassung von „Policy“ parallel dazu bis zum Ende des Ancien Régime bestehen.

## 5. Bedrohung von innen: Kriminalverbrechen und Frevel

Die Sicherheitsarchitektur der Stadt und Landschaft Zürich war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein über die Jahrhunderte gewachsenes Konglomerat der ordnungssichernden Organe.<sup>377</sup> Die Massnahmen und das Instrumentarium des Regiments gliederten sich zum einen in die obrigkeitliche Bekämpfung der Kriminalverbrechen und zum anderen in die Vermeidung von Freveln. Das Regiment nahm sowohl Kriminalverbrechen wie Frevel als Gefahren wahr, welche die Stabilität der Gesellschaft und der politischen Ordnung von innen her bedrohten. Darüber hinaus mussten die ordnungssichernden Basisaufgaben bewältigt werden.

### 5.1 Die ordnungssichernden Basisaufgaben

Werner Conze verbindet in den „Geschichtlichen Grundbegriffen“ den menschlichen Wunsch, sich sicher zu fühlen, mit dem Versuch, Schutz gegen Unsicherheit aufzubauen und zu gewährleisten.<sup>378</sup> Dieses ureigene Schutzbedürfnis einer Gemeinschaft<sup>379</sup> bedarf sowohl in Kriegs- wie in Friedenszeiten einer Organisationsstruktur zur Regelung der ordnungssichernden Basisaufgaben.

Seit Zürich 1219 die Reichsunabhängigkeit und die politischen Kompetenzen zur Selbstverwaltung erlangt hatte, waren die grundlegenden Fragen, wie die Zugänge zur Stadt zu sichern oder Ruhe und Ordnung in der Nacht aufrecht zu erhalten seien, auch für das Regiment stets von zentraler Bedeutung. Sie wurden in Zürich im Richtebrief von 1304, im „Ersten Geschworenen Brief“ von 1336 sowie in zwei Wachtmandaten aus dem 14. und 15. Jahrhundert<sup>380</sup> erstmals festgehalten.<sup>381</sup> Die in den Dokumenten formulierten Grundaufträge der ordnungssichernden Basisaufgaben blieben, mit der Ausnahme der Stadtwache, bis zum Ende des Ancien Régime grösstenteils unverändert.<sup>382</sup>

#### 5.1.1 Die „Bürgerlichen Dienste“

Die Ämter, die zur Erfüllung der Bewachungs- und Überwachungsaufträge im „Ersten Geschworenenbrief“ von 1336 neu geschaffen bzw. aus zähringischer und reichsstädtischer Zeit weitergeführt worden waren, erhielten die übergeordnete Bezeichnung „Bürgerliche Dien-

---

<sup>377</sup> Der angestrebte Überblick hat mit einer doppelten Schwierigkeit zu kämpfen. Einerseits soll in der Beschreibung ein Detaillierungsgrad erreicht werden, der es erlaubt, die Zusammenhänge und subtilen Veränderungen in den Strukturen zu erkennen. Andererseits würde es den Rahmen der Arbeit sprengen, die Kriminal- und Zivilgesetzgebung, die Sitten- und Morallehre sowie die Policygesetzgebung einzeln und umfassend zu erläutern. Ich liefere auch keine ausführliche soziologische Einordnung der Vergehen und Verbrechen, sondern beschränke mich ausdrücklich auf die zum Verständnis der Sicherheitsarchitektur notwendigen Aspekte.

<sup>378</sup> Werner Conze, „Sicherheit, Schutz“, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Band 5, Stuttgart 1984, 831 – 862, 831.

<sup>379</sup> Conze, *Sicherheit*, 834, 836f, 840.

<sup>380</sup> Vgl.: Werdmüller, *Memorabilia Tigurina oder Merkwürdigkeiten der Stadt und Landschaft Zürich*, berichtigt, vermehrt, und bis auf itzt fortgesetzt, Zürich 1790, 97.

<sup>381</sup> Markus Brühlmeier, Beat Frei, *Das Zürcher Zunftwesen*, Band 2, Zürich 2005, 47f.

<sup>382</sup> Vgl. Staatsarchiv des Kantons Zürich (Hg.), *Kleine Zürcher Verfassungsgeschichte*, Zürich 2000, 13 – 21. Vgl. zur Stadtwache weiter unten in diesem Kapitel.

te“.<sup>383</sup> Zu ihnen zählte neben einer ganzen Reihe von speziellen Berufswächterstellen, hier von besonderem Interesse die Stadtwächter vor 1779<sup>384</sup>, vor allem die Organisation der Bürgerwache. Sie erfüllte den überwiegenden Teil der ordnungssichernden Basisaufgaben.

Die „Bürgerlichen Dienste“ waren von den Stadtbürgern im Milizsystem zu erfüllen und verstanden sich ausdrücklich als Dienst an der Gemeinschaft. Das Prinzip der Freiwilligkeit geriet im 17. Jahrhundert aufgrund der Tendenz der Bürgerschaft, private wirtschaftliche Interessen den Gemeinschaftsaufgaben vorzuziehen, in eine Krise. Das Regiment schuf als Reaktion auf die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen zwischen 1622 und 1660 für die Bürger die Möglichkeit, sich von den „Bürgerlichen Diensten“ loskaufen zu können.<sup>385</sup> Insbesondere in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und während des gesamten 18. Jahrhunderts benutzen die Zünfter die Chance, sich von den ungeliebten Wachtdiensten zu befreien.<sup>386</sup> Mit dem eingenommenen Geld finanzierte die Stadt niedere Beamtenstellen, welche in erster Linie die Wachtdienste der Bürgerwache übernahmen.<sup>387</sup> Von der Bürgerwache als einer Volkswache konnte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts daher nicht mehr die Rede sein.<sup>388</sup> Nach der Einrichtung der neuen Stadtwache 1779<sup>389</sup> meldeten sich vornehmlich nur noch Hintersassen<sup>390</sup> und minderbemittelte Bürger<sup>391</sup> zum Dienst in der Bürgerwache. Am Ende des 18. Jahrhunderts waren die Stellen in der Regel schliesslich den nicht-regimentsfähigen Bürgern der Stadt vorbehalten.<sup>392</sup> Im Gegensatz dazu blieb die Führungsverantwortung der Bürgerwache bei den Bürgern der Stadt.<sup>393</sup>

### 5.1.2 Die Führungsstruktur in der Stadt Zürich

Das Schwergewicht der obersten Führung der „Bürgerlichen Dienste“ verschob sich seit der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts parallel zur Loskaufmöglichkeit von einer weitgehenden Selbstorganisation der Zünfte vor 1648 zu einer zentralen Führung im 18. Jahrhundert. Die Wachtkommission trug ab ca. 1750 die Gesamtverantwortung für die äussere und innere Sicherheit der Stadt. Die meisten „Bürgerlichen Dienste“, so die Bürgerwache und die Stadtwache, waren ab diesem Zeitpunkt der Wachtkommission zugeordnet. Die Wachtkommission selbst war dem Kriegsrat unterstellt.<sup>394</sup>

---

<sup>383</sup> Hans Heinrich Bluntschli, *Memorabilia Tigurina oder Merkwürdigkeiten der Stadt und Landschaft*, dritte vermehrte Auflage, Zürich 1742, 653 – 670.

<sup>384</sup> Züsli-Niscosi, *Beiträge*, 50 – 52. Aufgaben und Einsatz der verschiedenen „Bürgerlichen Dienste“ werden weiter unten vorgestellt.

<sup>385</sup> Werdmüller, *Memorabilia* 1790, 97; Brühlmeier *Zunftwesen*, 64.

<sup>386</sup> Ebd., 64f.

<sup>387</sup> Ebd., 65. Die Zahl der bezahlten Beamtenstellen stieg im 18. Jahrhundert stark an.

<sup>388</sup> Züsli-Niscosi, *Beiträge*, 25.

<sup>389</sup> Vgl. dazu Kapitel „Die Reorganisation der Stadtwache“.

<sup>390</sup> Christian Casanova, *Nacht-Leben: Orte, Akteure und obrigkeitliche Disziplinierung in Zürich, 1523 – 1833*, (Diss.), Zürich 2007, 148.

<sup>391</sup> Züsli-Niscosi, *Beiträge*, 25.

<sup>392</sup> David von Wyss, *Politisches Handbuch für die erwachsene Jugend der Stadt und Landschaft Zürich*, Zürich 1796, 65.

<sup>393</sup> Vgl. zu den folgenden Angaben: Bluntschli, *Memorabilia* 1742, 666.

<sup>394</sup> Vgl. zu den folgenden Angaben: Züsli-Niscosi, *Beiträge*, 28 – 34.

Die Wachtkommission bestand am Ende des 18. Jahrhunderts aus elf Mitgliedern.<sup>395</sup> Dazu gehörten u. a. die wichtigsten Milizoffiziere und ab 1779 die Offiziere der neuen Stadtwache. Die Wachtkommission arbeitete in den Sachgeschäften zum einen mit anderen Gremien, wie beispielsweise der Patrouillenkommission, dem Kriegs- oder mit dem Sanitätsrat zusammen. Zum anderen waren die Mitglieder der einen Kommission oftmals auch Mitglieder einer verwandten Kommission. Der hohe personelle Vernetzungsgrad der Kommissionen trug auf politischer Ebene zu einer Koordination der Sicherheitsanstrengungen bei, die sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in den Policeymandaten widerspiegelte. Der gegenseitige Austausch förderte ein gesamtheitliches Sicherheitsdenken, garantierte allerdings noch nicht einen hohen Umsetzungs- und Wirkungsgrad der Mandatsbestimmungen. Dies lag, um ein Untersuchungsergebnis teilweise bereits vorwegzunehmen, zum einen an der mangelhaften Disziplin und der fehlenden Einsatzbereitschaft der Wachtmannschaften und zum anderen am schwachen Führungswillen der militärischen Vorgesetzten.

In der operativen Umsetzung der Sicherheit in der Stadt kam im Verlauf des 18. Jahrhunderts dem Stadthauptmann eine steigende Bedeutung zu.<sup>396</sup> Ursprünglich war er lediglich der militärische Kommandant des Stadtquartiers und damit von Amtes wegen auch Mitglied der Wachtkommission und des Kriegsrats. Seine gleichzeitige Mitarbeit in der Patrouillenkommission sowie in weiteren Gremien, wie z. B. in der Reformationskammer oder im Sanitätsrat, prädestinierte ihn allerdings dazu, zum Hauptverantwortlichen für die Sicherheit in der Stadt zu werden.<sup>397</sup> Der Stadthauptmann übte seine Funktion nebenamtlich aus.

### **5.1.3 Die Führungsstruktur auf der Zürcher Landschaft**

Auf der Zürcher Landschaft konzentrierte sich die Verantwortung für die Ordnungssicherung auf Regimentsebene beim jeweiligen Ober- oder Landvogt. Er zeichnete mit seinen Beamten für die Umsetzung der obrigkeitlichen Mandate und Verordnungen verantwortlich.<sup>398</sup> Der Landschreiber, in der Regel ein Stadtbürger, war ihm in der Funktion des Sekretärs und des Beraters zugeordnet.<sup>399</sup> Der Vogteiverwaltung gehörten aber ebenso die Untervögte, Fürsprecher, Weibel und Landrichter an. Die Inhaber dieser Ämter stammten vornehmlich aus der Bevölkerung der Landschaft.<sup>400</sup> Der Ober- oder Landvogt delegierte ihnen ordnungssichernde Aufgaben, ohne ihnen die Verantwortung dafür abzutreten.<sup>401</sup>

Die zentralen Aufgaben bei der konkreten Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auf der Landschaft kamen der kommunalen Ebene zu. Die Gemeindevorgesetzten und ihre unterge-

---

<sup>395</sup> Vgl. zur Entwicklung der Wachtkommission: Züsli-Niscosi, Wacht- und Patrouillenkommission, 131 – 165.

<sup>396</sup> Vgl. zu den folgenden Angaben: Züsli-Niscosi, Beiträge, 38 – 46; Züsli-Niscosi, Wacht- und Patrouillenkommission, 135.

<sup>397</sup> Vgl. für eine Übersicht über die Mitgliedschaft des Stadthauptmanns in den verschiedenen Kommissionen: Züsli-Niscosi, Beiträge, 45.

<sup>398</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 76; „Landmandat“ 1756, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, zweiter Band, Nr. IX, 235 – 248, 236.

<sup>399</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 67.

<sup>400</sup> Ebd.

<sup>401</sup> Ebd.

ordneten Beamten, wie beispielsweise der Dorfwächter sowie der Ortsgeistliche und der Stillstand übten Kontroll- und Wächterfunktionen aus.<sup>402</sup>

In ausserordentlichen Lagen waren die ordnungssichernden Mittel des Landvogts und der Gemeinden allerdings schnell ausgeschöpft. Das Regiment sah deshalb vor, in Krisensituationen auf das Truppenkontingent zurückzugreifen.<sup>403</sup>

#### 5.1.4 Die Bewachung und Überwachung der Stadt Zürich

Der Stadtmauer Zürichs wurde stets ein hoher Stellenwert zugemessen.<sup>404</sup> Ihre Bedeutung ging über einen symbolischen Schutzwert hinaus, wie Georg Kreis am Beispiel von Basel aufzeigen konnte.<sup>405</sup> Er erkannte generell neben dem militärischen auch einen rechtlichen, einen ordnungssichernden<sup>406</sup>, einen verkehrstechnischen, einen volkswirtschaftlichen und einen sanitärischen Aspekt einer Stadtmauer. Die funktionalen Bedeutungen einer Befestigung beschränkten sich jedoch nicht allein auf die physische Existenz der Ummauerung, sondern schlossen die Wächter mit ihrem nächtlichen Überwachungsauftrag sowie ihren Zugangskontrollen an den Porten und Toren wesentlich mit ein.

Die Verfassung von 1336 hatte den neu geschaffenen Zünften als Teil ihrer politischen Funktion die umfassende Verantwortung zur Überwachung der Stadtbefestigung sowie zur Verhinderung des unberechtigten Eindringens in die Stadt übertragen.<sup>407</sup> Die Zünfte delegierten den erhaltenen Auftrag an die Bürgerwache.<sup>408</sup> Sie war, organisatorisch betrachtet, eine militärische Milizeinheit und hatte die Funktion einer Festungswache.<sup>409</sup> Sie erfüllte in Friedenszeiten ihren Grundauftrag jedoch lediglich während der Nacht.<sup>410</sup>

---

<sup>402</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Die Verfolgung von Vergehen gegen Frevel“.

<sup>403</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Unruhen“.

<sup>404</sup> Vgl. zur Geschichte der Zürcher Stadtmauer: Stadtmauern: Ein neues Bild der Stadtbefestigungen Zürichs, hg. vom Hochbaudepartement der Stadt Zürich und vom Amt für Städtebau, Archäologie und Denkmalpflege der Stadt Zürich, Zürich 2004.

<sup>405</sup> Georg Kreis, „Der Abbruch der Basler Stadtmauern“, in: Stadt- und Landmauern: Beiträge zum Stand der Forschung, Band 1, (Veröffentlichungen des Institutes für Denkmalpflege an der ETH Zürich 15.1), Zürich 1995, 135 – 143, 137. Kreis erwähnt noch einen sechsten Aspekt, nämlich den denkmalpflegerischen Komplex. Da dieser Punkt jedoch wesentlich mit der Diskussion um den Abbruch der Mauern verbunden ist, entfällt an dieser Stelle eine entsprechende Erörterung. Zu den rechtlichen Funktionen vgl.: Louis Carlen, „Die Stadtmauer im Recht“, in: ebd., 15 – 22.

<sup>406</sup> Kreis nennt ihn den „polizeilichen“ Aspekt; vgl. Kreis, Abbruch, 137.

<sup>407</sup> Vgl. Brühlmeier, Zunftwesen, 47 – 67.

<sup>408</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 25.

<sup>409</sup> Die folgenden Angaben zur Bürgerwache stützen sich auf: Züsli-Niscosi, Beiträge, 23 – 37 und Brühlmeier, Zunftwesen, 63 – 65. Vgl. dort auch organisatorische Details zur Bürgerwache. Mit Zürich vergleichbare Modelle existierten bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts in einigen Städten Frankreichs und den österreichischen Niederlanden, die keine Garnisonsstädte waren. Vgl. dazu: Catherine Denys, *L’armée, support et modèle des polices urbaines en France et aux Pays-Bas autrichiens au 18e siècle*, (PolicyWorkingPapers: Working Papers des Arbeitskreises Policy/Polizei in der Vormoderne 10), Lille 2005.

<sup>410</sup> Vgl. für einen Überblick der Entwicklung der bürgerlichen Nachtwache sowie zu ihren disziplinarischen Problemen im 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts: Casanova, Nacht-Leben, 144 – 154.

#### 5.1.4.1 Das Verhindern des unberechtigten Eindringens in die Stadt durch die Bürgerwache

Das Überklettern der Stadtmauern war ein Vorgang, der bis zum Ende des Ancien Régime anscheinend relativ einfach zu bewerkstelligen und allgemein üblich war, wie Christian Casanova nachgewiesen hat.<sup>411</sup> Das Regiment reagierte auf das unberechtigte Übersteigen der Stadtmauer empfindlich, weil das ungehinderte Überwinden der Mauer ihren Wert grundsätzlich infrage zu stellen drohte. Doch nicht nur das Übersteigen der Mauer stellte ein Problem dar. Ebenso waren in der Nacht längst nicht alle Zugänge zur Stadt für jedermann geschlossen, da einige Bürger Schlüsselkopien besaßen und die Obrigkeit bis zum Ende des Ancien Régime keine vollständige Übersicht hatte, wer im Besitze eines Schlüssels war.<sup>412</sup>

Angesichts des geringen Hinderniswerts der Stadtmauer hielt das Regiment deshalb auch im 18. Jahrhundert am traditionellen Überwachungsauftrag der Bürgerwache fest.<sup>413</sup>

Vier Bürgerwächter patrouillierten nach dem Antrittsverlesen entlang der Innenseite der Stadtmauer mit der Aufgabe, für Sicherheit zu sorgen.<sup>414</sup> Zwei bis vier weitere Männer schritten bei der äusseren Befestigungsanlage von Porte zu Porte und kontrollierten bei verdächtigen Personen die Pässe oder andere Ausweisschreiben. Zu den verdächtigen Personen zählten in erster Linie zu spät heimkehrende Stadtbewohner, Bettler, Gauner und anderes „Strolchengesindel“.<sup>415</sup> Ein Recht, Personen zu verhaften, kam den Bürgerwächtern nicht zu.

Die Rondenherren überprüften während der Nacht die Patrouillengänge der Bürgerwächter. Sie wurden in ihrer Tätigkeit vom diensttuenden Wachtmeister und vom Wachtsager unterstützt.<sup>416</sup> Die Rondenherren übernahmen bei schwerwiegenden Vorfällen das Kommando über die Wache. Sie hatten am darauf folgenden Morgen dem Stadthauptmann über die besonderen Vorkommnisse der Nacht zu rapportieren.

Die städtischen Offiziere und Grossräte kamen ihrer Pflicht, bis zu ihrem 55. Altersjahr auf Ronden zu gehen, nur ungern nach. Die Wachtkommission musste den Rondenherren wiederholt ihre Aufgaben in Erinnerung rufen. Die Rondenherren zeigten sich zudem nicht sehr wetterfest. Einen vorgeschriebenen zusätzlichen Rundgang auf der Schanzenanlage machten sie oft nur, wenn es das Wetter zuließ.

---

<sup>411</sup> Vgl. ebd., 188 – 197.

<sup>412</sup> Ebd., 193.

<sup>413</sup> Allabendlich versammelten sich sechs bis zehn Bürgerwächter, die in der Regel aus einer Zunft stammten, eine halbe Stunde vor dem Ertönen der Abendglocke vor dem Rathaus. Einer der drei vom Grossen Rat gewählten Wachtmeister bat darauf die Bürgerwächter in die Wachtstube des Rathauses, wo der Grossweibel oder der Rathausknecht einen Appell durchführte. Beim Schlagen der Abendglocke traten die beiden Rondenherren der Bürgerwache ins Lokal ein, um zu kontrollieren, ob alle Bürgerwächter vollständig und nüchtern angetreten sind. Der anwesende Wachtsager teilte bei Dienstbeginn den Rondenherren und den Bürgerwächtern das aktuelle Passwort mit, das er kurz zuvor vom Stadthauptmann erhalten hatte. Vgl. Züsli-Niscosi, Beiträge, 26; Brühlmeier, Zunftwesen, 63f.; Bluntschli, Memorabilia 1762, 660, 666.

<sup>414</sup> Die Angaben stützen sich auf: Züsli-Niscosi, Beiträge, 23 – 37 und Brühlmeier, Zunftwesen, 63 – 65.

<sup>415</sup> Der Begriff „Strolchengesindel“ oder „Strolchenvolck“ wird in den zeitgenössischen Quellen verwendet.

<sup>416</sup> Bluntschli, Memorabilia 1742, 666.

Die Rondenherren taugten wegen ihrer offensichtlichen Unlust kaum dazu, Träger der Disziplinierungsbemühungen der Obrigkeit zu sein.<sup>417</sup> Es wundert daher kaum, dass auch die Pflichttreue der Bürgerwächter in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stark zu wünschen übrig liess. In verschiedenen Gutachten beklagte sich die Wachtkommission über betrunkene Bürgerwächter oder Wächter, die anstatt auf Patrouille zu gehen sich wieder nach Hause begaben, um zu schlafen oder gar den Dienst frühzeitig beendeten und sich einen Umtrunk gönnten.

#### **5.1.4.2 Die Nachtwächter**

In Ergänzung zur Bürger- und Stadtwache machten während der Nacht auch insgesamt 20 Nachtwächter ihre Runden. Ihre erste Pflicht bestand darin, die Stunden zu verkünden.<sup>418</sup> Sie markierten mit ihren lautstarken Rufen in der Nacht auch obrigkeitliche Präsenz und vermittelten den Bewohnern der Stadt ein Gefühl von Sicherheit.<sup>419</sup> Sie erfüllten auf ihrem Rundgang noch weitere ordnungssichernde Aufgaben: Die Nachtwächter meldeten verdächtige Vorfälle, die sie auf ihren Rundgängen entlang der Stadtmauer, aber auch innerhalb der Stadt entdeckten, unverzüglich dem Wachtmeister der Stadtwache. Dieser informierte wiederum die Rondenherren umgehend. Die Nachtwächter konnten gegebenenfalls Ruhestörer auch selbst nach Hause weisen oder gar ins Rathaus führen.<sup>420</sup>

Aber auch die Nachtwächter erfüllten ihre Aufgaben nicht im gewünschten Mass. Sie vergassen die Stunden auszurufen, schlenderten mit den Bürgerwächtern zusammen durch die Gassen und verursachten Lärm oder begehrten in ihrer Dienstzeit in Privathäusern Einlass. Verschiedenste Disziplinierungsversuche des Rates und Reformbemühungen blieben aber auch hier erfolglos.<sup>421</sup>

#### **5.1.5 Die Zugangskontrollen an den Porten und Toren durch Berufswächter vor 1779**

##### **5.1.5.1 Die Kontrollen an den Porten des Schanzenrings**

Die Überwachung der Stadtporten war bereits während des Baus der neuen Schanzenanlage (1642 – 1677) zu einer zusätzlichen Aufgabe der Bürgerwache geworden. Die Zugangskontrollen an den neu erstellten Porten im Schanzenring litten jedoch schon bald unter denselben Symptomen wie die Bürgerwache im Allgemeinen, d. h. an mangelndem Engagement und schlechter Disziplin.<sup>422</sup> 1669 beklagten sich „Rät und Bürger“ ausserdem über böswillige Zerstörungen von Porten, Brücken, Wachthäusern und Einrichtungen in den Wachtstuben. Daraufhin beschlossen die Räte, die Porten nun nicht nur nachts, sondern auch tagsüber bewachen zu lassen und die Posten sukzessive mit Berufswächtern anstatt mit Bürgerwächtern zu

---

<sup>417</sup> Casanova, Nacht-Leben, 170.

<sup>418</sup> Bluntschli, Memorabilia 1742, 666; StAZ A 81.2, „Instruction für die Stundenrufer“, 30. Juni 1790.

<sup>419</sup> Casanova, Nacht-Leben, 157.

<sup>420</sup> Ebd., 156.

<sup>421</sup> Ebd., 158, 180 – 182.

<sup>422</sup> Zur Organisation des Wachtdienstes bei den Porten zur Zeit der Bürgerwache vgl.: Alfred Mantel, Geschichte der Zürcher Stadtbefestigung, zweiter Teil, (CXV. Neujahrsblatt der Feuerwerker-Gesellschaft), Zürich 1919, 43 – 45.



besetzen.<sup>423</sup> Die Berufswächter werden in den Quellen meist als „Wächter bey den Porten“ oder Stadtwächter bezeichnet. Sie zählten aber nach wie vor zu den „Burgerlichen Diensten“. <sup>424</sup> Die Obrigkeit verstand die Stadtwächter als ein selbstständiges, in Friedenszeiten auf ein Minimum reduziertes militärisches Korps. <sup>425</sup> Die Stadtwächter waren organisatorisch ein Bestandteil der städtischen Wehrverfassung. <sup>426</sup>

Mit der Ausweitung des Dienstes der „Wächter bey den Porten“ von der nächtlichen Kontrolle der geschlossenen Porten zur Zugangskontrolle zur Stadt während des Tages im Jahr 1669 verbreiterte sich auch ihr Aufgabenspektrum in verschiedene Richtungen. Sie hatten nun vor dem Hintergrund der nach dem Dreissigjährigen Krieg verstärkten Bemühungen, Bettler und Vagierende von der Stadt und der Landschaft abzuhalten, einerseits die Pflicht, „fleissig Aufsicht zu halten, ob verdächtig Volck ein oder ausgehe; auch sollten sie alles Strolchengesind aufhalten und es nicht passieren lassen, bis die Profosen selbige kommen abzuholen.“<sup>427</sup> Andererseits hatten die Stadtwächter Zollaufgaben zu übernehmen. <sup>428</sup> Sie mussten darüber hinaus die Porten sonntags und dienstags während der Predigtzeiten für die Reformationskammer geschlossen halten. <sup>429</sup>

Das erweiterte Aufgabenspektrum machte die „Wächter bey den Porten“ bzw. die Stadtwächter im Bewusstsein der städtischen Bevölkerung gegen Ende des 17. Jahrhunderts zunehmend zu einem Korps mit ordnungssichernden Aufgaben. Der ursprünglich militärische Charakter des Verbands trat in den Hintergrund. <sup>430</sup>

Die „Wächter bey den Porten“ (Stadtwächter) zählten bis zur Reorganisation von 1778 38 Wächter und 6 Unteroffiziere. <sup>431</sup> Die Dienstorte der Stadtwächter waren die vier Hauptportent <sup>432</sup> und die drei Nebentore der Schanzenanlage. Pro Porte war je ein Wächter postiert, der seinen Dienst jeweils abends um 18.00 Uhr antrat und erst nach 24 Stunden abgelöst wurde. <sup>433</sup> Seinen nächsten Einsatz hatte er erst wieder drei Tage später zu erfüllen. In der Zwischenzeit durfte er einem zivilen Beruf nachgehen, da die Anstellung als Berufswächter kein genügend hohes Einkommen garantierte. <sup>434</sup>

---

<sup>423</sup> Mantel, Stadtbefestigung, 45.

<sup>424</sup> Bluntschli, Memorabilia 1742, 666f.

<sup>425</sup> Hans Jacob Leu, Allgemeines Helvetisches, Eydgenössisches oder Schweizerisches Lexicon, Zürich, 438. Aufbau, Organisation und Funktionsweise der Stadtwache sind aufgrund der Quellenbestände des Zürcher Staatsarchives (StAZ A 81.2 191 – 201) gut und sehr quellennah aufgearbeitet. Vgl. dazu Mantel, Stadtbefestigung, 45 – 48; Züsli-Niscosi, Beiträge, 50 – 64. Ich stütze mich im Folgenden primär auf die Angaben der beiden Autoren.

<sup>426</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Wehrverfassung“.

<sup>427</sup> Bluntschli, Memorabilia 1742, 667.

<sup>428</sup> Ebd.; „Mandat wegen gefährlicher Ausweichung des hiesigen Ein-, Aus- und Durchgangszolls“, 1778, in: Sammlung der Policeymandate 1779, fünfter Band, Nr. LV, 360 – 379.

<sup>429</sup> Bluntschli, Memorabilia 1742, 667.

<sup>430</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 61.

<sup>431</sup> Der Bestand war im 18. Jahrhundert stetig angewachsen: 1711: 19 Wächter; 1714: 30 Wächter und 3 Wachtmeister; 1778: 38 Wächter und 6 Unteroffiziere. Vgl., Züsli-Niscosi, Beiträge, 50.

<sup>432</sup> Kronen-, Niederdorf-, Sihl- und Oberdorfporte. Hinzu kam das Wollishoferpörtlein.

<sup>433</sup> Vgl. Zu den weiteren Angaben: StAZ A 81.2, „Hauptwacht an allen 4 Hauptporten“, 1. Januar 1788.

<sup>434</sup> Züsli-Niscosi, Wacht- und Patrouillenkommission, 134.

Der Zugang zur Stadt über die Wasserwege wurde über die Grendel und das Grendeltor speziell reguliert. Ein Wächter, „Grendel“ genannt, hatte die Pflicht, jeden Morgen und jeden Abend die Grendel zu öffnen und zu schliessen. Er unterstand dem Stadthauptmann und den Rechenherren.<sup>435</sup>

Die Aufsicht über die „Wächter bey den Porten“ übten, wie bei den Bürgerwächtern, die Rondenherren aus. Sie hatten auf ihren ordentlichen Kontrollgängen in der Nacht auch nachzusehen, ob die Wächter die Porten korrekt geschlossen hielten, ob sie wachsam und nüchtern waren und ob sich in den Wachtstuben nicht unberechtigterweise Personen aufhielten.<sup>436</sup>

Aus der Sicht der Wachtkommission war die Disziplin der Stadtwächter ebenfalls mangelhaft, was jedoch v. a. mit der Altersstruktur der Stadtwächter und ihren nebenberuflichen Tätigkeiten zusammenhing. Den Beruf des „Wächters bey den Porten“ konnte jemand so lange ausüben, wie „er sich recht halt“.<sup>437</sup> So kam es, dass einzelne Wächter ein Alter von 70 oder 80 Jahren aufwiesen.<sup>438</sup> Bis zum Ende des Ancien Régime waren die Wächter zudem gerne bereit, gegen ein entsprechendes Trinkgeld bei der Ein- und Auslassung während der Gottesdienste ein Auge zuzudrücken. Die Reformationskammer störte sich an dieser Nachlässigkeit besonders. Sie setzte sich mehrmals beim Kleinen Rat erfolglos dafür ein, dass die Stellen der Portenwächter mit ehrlicheren Leuten besetzt werden.<sup>439</sup>

### 5.1.5.2 Die Kontrollen an den Stadttoren

Für die acht Tore der inneren, mittelalterlichen Stadtmauer galt eine andere Organisation und Schliessordnung als für die Porten der äusseren Schanzen. Die Tore blieben bis 1791 nachts geschlossen.<sup>440</sup> Dafür zuständig waren die „nächtlichen Aus- und Einlasser“, die auch zu den „Bürgerlichen Diensten“ gerechnet wurden.<sup>441</sup> Die Torwächter hatten das Tor im Sommer um 21.00 Uhr und im Winter um 20.00 Uhr sowie während den Predigtzeiten zu schliessen. Dazu läutete der Trompeter auf dem Turm zu St. Peter die so genannte „Raths-Glogg“.<sup>442</sup> Die Tore öffneten sich am Morgen um 04.00 Uhr bzw. um 05.00 Uhr. In einer Übergangszeit nach dem Ankündigen der Nacht und während der Nacht hatten die Torwächter die Erlaubnis, einzelnen Personen das Tor aufzuschliessen.<sup>443</sup>

Die Wächter bei den Toren galten ebenfalls als Berufswächter.<sup>444</sup> Die Wahl der Torwächter war bei jedem Tor anders geregelt und wurde von unterschiedlichen Gremien durchgeführt.

<sup>435</sup> Bluntschli, Memorabilia 1742, 656.

<sup>436</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 35f.

<sup>437</sup> Bluntschli, Memorabilia 1742, 667.

<sup>438</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 52.

<sup>439</sup> StAZ B III 182, 5. Mai 1757 und StAZ B III 183, 3. März 1763; vgl. auch Christoph Wehrli, Die Reformati-  
onskammer: Das Zürcher Sittengericht des 17. und 18. Jahrhunderts, (Diss.), Zürich 1963, 69, 72.

<sup>440</sup> Vgl. dazu ein ausführliches Referat eines anonymen zeitgenössischen Autors zur Frage der Toröffnung: StAZ  
A 81.2, 15. März 1791.

<sup>441</sup> Bluntschli, Memorabilia 1742, 667.

<sup>442</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, 225. Vgl. zum Glockengeläute und zu anderen Ankündigungen der Nacht-  
zeit: Casanova, Nacht-Leben, 184 – 187. Vgl. auch dort die Angaben zu den variierenden Öffnungs- und  
Schliesszeiten der Stadttore.

<sup>443</sup> Casanova, Nacht-Leben, 189.

<sup>444</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 65 – 69.

Ein Wächter war aber immer auf Lebzeiten gewählt. Die entsprechenden Wahlkommissionen übten auch die direkte Aufsicht über die „Aus- und Einlasser“ aus.<sup>445</sup>

Obwohl die Torwächter Berufswächter waren, konnten sie ihre Aufgabe nur im Nebenamt ausüben. Die meisten Torwächter übernahmen deshalb parallel zum nächtlichen Wachtdienst während des Tages noch weitere „Bürgerliche Dienste“. Übliche Berufe waren Zöllner<sup>446</sup>, Zeughausknecht, Unteroffizier der Stadtwache oder ein ziviler Beruf. Mit den zusätzlichen Einnahmen waren die Wächter dann in der Lage, ihren Lebensunterhalt zu sichern.<sup>447</sup> Weil sie verschiedene Berufe ausüben mussten, kamen die Torwächter ihrer Dienstpflicht oft nur schlecht nach. Sie liessen beispielsweise Stadtbewohner gegen Entgelt auch während der Predigtzeit passieren, schlossen die Tore abends zu früh oder liessen die patrouillierenden Stadtwächter und bei Feuersbrünsten die Hilfeleistenden nachts zu lange vor den geschlossenen Toren warten.<sup>448</sup> Die Ursache für den nicht vorhandenen Diensteifer ist augenscheinlich: Die Berufswächter an den Toren bevorzugten es, in der Nacht zu schlafen, um für ihren Nebenberuf, der für sie eine grössere Bedeutung erhalten hatte als ihre Wächterfunktion, einsatzfähig zu sein.

Weitere Wächter waren bei sensiblen Objekten der Nahrungsmittelversorgung und der Sozialfürsorge innerhalb der Stadtmauern anzutreffen. Ein Wächter stand beim Barfüsserkloster und bewachte den Eingang.<sup>449</sup> Die ehemalige Klosteranlage diente als Vorratshaus für die Einnahmen und Naturalien aus den Klosterämtern.<sup>450</sup> Ein weiterer Wächter kontrollierte das Tor zum Almosenamnt, das im ehemaligen Augustinerkloster untergebracht war.<sup>451</sup> Seine Hauptaufgabe bestand im Abhalten von Bettlern, die ausserhalb der ordentlichen Ausgabezeiten um finanzielle Unterstützung, den sogenannten Zehrpennig, nachsuchten.<sup>452</sup>

### 5.1.6 Die Reorganisation der Stadtwache von 1779

Die Entwicklung im städtischen Wachtsystem seit der Mitte des 17. Jahrhunderts hatte zu einer Zergliederung der Ordnungssicherung sowie zu Disziplinproblemen bei den Bürger- und Stadtwächtern geführt. Sie war ferner durch eine mangelnde Führung der ordnungssichernden Organe gekennzeichnet. Dem Regiment behagte diese unbefriedigende Situation bei den verschiedenen städtischen Wachen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts nicht mehr. Es nutzte die Chance, nach den schweren Zunftunruhen von 1777 die bisherigen Stadtwächter grundsätzlich neu zu organisieren, ihren Auftrag auf die Kontrolle der Stadt in kritischen Lagen auszuweiten und die Zugangskontrolle zu den Porten neu zu regeln.<sup>453</sup>

---

<sup>445</sup> Vgl. dazu die Übersicht in: Bluntschli, *Memorabilia* 1742, 667.

<sup>446</sup> Die Zollfunktion war auf das Oberdorf-, das Niederdorf-, das Linden- und das Kronentor beschränkt.

<sup>447</sup> Zu den Torwächtern vgl.: Züsli-Niscosi, *Beiträge*, 65 – 69.

<sup>448</sup> Ebd., 68. Vgl. zu den disziplinarischen Problemen in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts Casanova, *Nachtleben*, 159 – 164.

<sup>449</sup> Bluntschli, *Memorabilia* 1742, 667.

<sup>450</sup> Ebd., 42.

<sup>451</sup> Ebd., 667. Der Wächter vor dem Almosenamnt wurde von den Almosenpflegern gewählt.

<sup>452</sup> Vgl. dazu auch Kapitel „Die Stadtprofosen“.

<sup>453</sup> StAZ A 81.2, „Zweiter Interims-Bericht an die Räte den hiesigen Wachtdienst betreffend“, 28. Oktober 1778.

Die Erweiterung des Auftrags der Stadtwache ist vor dem politischen Hintergrund der Zunftunruhen von 1777 zu betrachten und wird in diesem Zusammenhang weiter unten dargestellt werden.<sup>454</sup> An dieser Stelle wird lediglich auf die organisatorischen Veränderungen und auf die Neuregelung bei der Bewachung der Porten eingegangen.

#### 5.1.6.1 Die Verdoppelung des Bestands und die Disziplinierung der Mannschaft

1778 schlug die Wachtkommission in einem Gutachten<sup>455</sup> dem Grossen Rat drei Massnahmen vor, um die innere Sicherheit in der Stadt zu verbessern.<sup>456</sup> Zum einen sollten die Stadttore abends früher geschlossen und morgens später geöffnet werden. Zum anderen durfte sich nach dem Schliessen der Stadttore keine Person mehr ohne Licht auf den Gassen bewegen.<sup>457</sup> Die dritte und wichtigste Massnahme betraf die Reorganisation der „Wächter bey den Porten“ von einem Korps von Berufswächtern im Status eines „Bürgerlichen Dienstes“ zu einem straff organisierten und geführten militärischen Verband – der Stadtwache – mit einem „schicklicheren und fleissigeren Exercitium“.<sup>458</sup> Darin entsprachen nur noch einzelne Funktionen einem „Bürgerlichen Dienst“.

Der Grosse Rat beschloss am 14. Dezember 1778<sup>459</sup> den Bestand der „Wächter by den Porten“ bzw. der bisherigen Stadtwächter<sup>460</sup> auf 100 Gefreite und Soldaten mehr als zu verdoppeln und neue Hierarchieebenen einzuführen. Anstelle der sechs Unteroffiziere traten nun sechs Korporale, drei Wachtmeister und zwei Adjutanten. Das Kommando der Stadtwache lag beim Stadthauptmann.<sup>461</sup> Die konkrete Führungsverantwortung der Stadtwache übernahm jedoch der diensthabende Adjutant, der die Funktion des ehemaligen Wachtsagers übernommen hatte.<sup>462</sup> Er hielt die Soldaten der Stadtwache zur Legalität an und konnte disziplinarische Strafen verhängen.<sup>463</sup>

Als „Bürgerliche Dienste“ zählten nach der Reorganisation nur noch die Adjutanten, die Wachtmeister und die Korporale der Stadtwache.<sup>464</sup> Die ehemaligen Wächterstellen bzw. die neuen Soldaten und Gefreiten der Stadtwache waren in dieser Aufzählung nicht mehr als solche verzeichnet. Die Konsequenz war, dass die Adjutanten und die Unteroffiziere angesehene Stadtbürger sein mussten, während ärmere Stadtbürger nur noch Gefreite und Soldaten, im Ausnahmefall Unteroffiziere der Stadtwache werden konnten.<sup>465</sup> Die übrigen Soldaten und

<sup>454</sup> Vgl. zum erweiterten Auftrag der Stadtwache und den Zunftunruhen von 1777 das Kapitel „Unruhen“.

<sup>455</sup> StAZ A 81.2, „Gedanken der Wachtherren und Zugeordneten wie die innere Sicherheit der Stadt wieder herzustellen und zu erhalten sey“, 12. Dezember 1778.

<sup>456</sup> Die folgenden Angaben beruhen hauptsächlich auf: Züsli-Niscosi, Beiträge, 53 – 64. Zu den Pflichtenheften der einzelnen Funktionen vgl. StAZ B III 200, „Instruction für Adjutant, Wachtmeister und Corporalen der Zürcherischen Stadtwache“, 24. März 1781.

<sup>457</sup> Strassenlaternen wurden ausser bei der Hauptwache (vgl. unten) ab 1778 zunächst nur auf private Initiative der Anwohner aufgestellt; vgl. Werdmüller, Memorabilia 1790, 350.

<sup>458</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 185. Vgl. zu einem Vorstoss um 1620, die Bürgerwache zu professionalisieren: Casanova, Nacht-Leben, 179.

<sup>459</sup> StAZ B II 982, 14. Dezember 1778.

<sup>460</sup> Vgl. zu den Stadtwächtern vor 1778; Züsli-Niscosi, Beiträge, 50 – 52.

<sup>461</sup> Ebd., 53f.

<sup>462</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 253.

<sup>463</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 58.

<sup>464</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 249, 253.

<sup>465</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 53.

Gefreiten waren Hintersässen der Stadt, Einwohner der Landschaft, Bewohner der Gemeinen Herrschaften oder stammten aus benachbarten Gebieten wie z. B. Süddeutschland.<sup>466</sup> Die Soldaten waren in der Regel vor ihrer Tätigkeit bei der Stadtwache in fremden Diensten gewesen, jedenfalls sollten sie „ansehnliche Leute“ sein.<sup>467</sup>

Die etatgemäss 100 Soldaten und Gefreiten wurden in drei Klassen, die sich nach dem Ausbildungsgrad unterschieden, eingeteilt.<sup>468</sup> Die Voraussetzungen für die Aufnahme in die erste Klasse mit 20 Gefreiten- und Soldatenstellen waren Kenntnisse in Lesen und Schreiben, wenn möglich französische Sprachkenntnisse, ferner ein gutes Benehmen, ein stiller und ordentlicher Lebenswandel, Geschicklichkeit sowie Kenntnisse im Dienst und gute Erscheinung in Montur<sup>469</sup> und Armatur<sup>470</sup>. Für die zweite Klasse von 30 Gefreiten und Soldaten kamen ansehnliche, wohl gewachsene und gediente Soldaten, oder wenigstens im Dienst kundige, erfahrene und in gutem Ruf stehende Männer infrage. Die übrigen 50 Stadtwächter bildeten die dritte Klasse. Sie bestand aus den alten „Wächtern bey den Porten“, die bereits zwischen 60 und 80 Jahre alt waren, aber dennoch Dienst leisten wollten, sowie aus den Neueintretenden, sofern sie nicht direkt in eine der beiden anderen Klassen eingeteilt wurden. Ab 1788 durften nur noch unverheiratete Anwärter in die Stadtwache aufgenommen werden.<sup>471</sup>

Der personelle Aufbau der Stadtwache hatte für die Obrigkeit den Vorteil, dass die im Einsatz stehenden Stadtsoldaten in der Regel keine Mitglieder der Zünfte mehr waren, sondern der städtischen Unterschicht angehörten oder von der Landschaft stammten und dank ihrer Erfahrungen in fremden Diensten militärische Disziplin bereits gewohnt waren. Das Regiment brauchte also weniger Angst vor Loyalitätskonflikten zu haben. Die wenigen Kaderstellen der Stadtwache wurden nach wie vor mit sorgfältig ausgesuchten Stadtbürgern besetzt.

Mit den Ausbildungsanforderungen, den erwarteten Erfahrungen und den körperlichen Voraussetzungen versuchte die Wachtkommission zudem, Stadtwächter zu finden, welche ihren Aufgaben gewachsen waren. In Kombination mit den neuen Organisationsstrukturen kompensierte sie damit primär den Glaubwürdigkeitsverlust, der durch die negativen Entwicklungen im städtischen Wachtsystem, insbesondere bei der Bürgerwache, bis 1778 eingetreten war. Gleichzeitig konnte dem Disziplinproblem spürbar entgegen getreten werden. Bis zum Ende des Ancien Régime wurden bei der neuen Stadtwache zwar weiterhin disziplinarische Probleme gemeldet, aber sie waren nicht mehr so gravierend wie vor 1779.<sup>472</sup>

Die Stadtwache war in zwei Rotten von je 54 Mann organisiert.<sup>473</sup> Für den Dienst an den Porten und den Schildwachen wurden 35 Soldaten und Gefreite der Stadtwache benötigt. Die

---

<sup>466</sup> Ebd., 53, 64.

<sup>467</sup> Werdmüller, *Memorabilia* 1790, Teil II, 185.

<sup>468</sup> Vgl. zum Folgenden: Züsli-Niscosi, *Beiträge*, 55.

<sup>469</sup> Dunkelblauer Rock mit roten Aufschlägen, rotem Kragen und weissen Knöpfen, dunkelblaue Hose, schwarze Unterstrümpfe, dreieckiger Hut mit silberner Bordierung. Perücke mit eingeflochtenem schwarzen Band, Haare seitlich in Locken gewickelt. Vgl. Mantel, *Stadtbefestigung*, 45.

<sup>470</sup> Korporale: Flinte, Bajonett und Säbel; Wachtmeister und Adjutanten: Säbel und Stock; vgl. Mantel, *Stadtbefestigung*, 45f.

<sup>471</sup> Züsli-Niscosi, *Beiträge*, 52.

<sup>472</sup> Ebd., 52.

<sup>473</sup> Wyss, *Politisches Handbuch*, 241f.

übrigen 19 waren auf der Hauptwache stationiert. Wer von diesen keinen Schildwachendienst am Rathaus oder bei der Hauptwache zu leisten hatte, war Reserve auf der Hauptwache. Die Reserve wurde als Verstärkung der Patrouillen eingesetzt, falls aufgrund von Lärm, Unfug oder Freveln auszurücken war, oder sie wurden als Begleitpersonen für die Patrouillengänge von Vorgesetzten vorgesehen.<sup>474</sup> Einer der drei Wachtmeister zeichnete jeweils für den Dienstbetrieb einer Rotte verantwortlich. Er sorgte auf der Hauptwache für Ruhe und Sauberkeit und hatte darüber zu wachen, dass die Soldaten der Stadtwache sich still und ordentlich benahmen und nüchtern blieben.<sup>475</sup> Den Wachtmeistern standen Dienstwohnungen in der Nähe der Porten zur Verfügung.<sup>476</sup>

Den Soldaten und Gefreiten war es weiterhin erlaubt, nach dem 24-Stunden-Dienst einem zivilen Beruf nachzugehen. Da sie nun aber nicht mehr jeden dritten Tag, sondern alle zwei Tage eingesetzt wurden, war die Ausübung des Zivilberufs sehr viel schwieriger geworden.<sup>477</sup> Wachtmeister und Korporale hatten nach einem Dienst 48 Stunden frei. Die längere Ruhepause erlaubte es ihnen viel eher, einen weiteren zivilen Beruf aufzunehmen.<sup>478</sup>

### 5.1.6.2 Die Zugangskontrollen an den Porten seit 1779

Den historischen Kernauftrag der Stadtwache, d. h. die Zugangskontrolle zur Stadt, erfüllte die reorganisierte Stadtwache, wie vor 1779, mit Wachmannschaften an Porten. Die Wachkommission wechselte jedoch vom Wacht- zum Rottensystem.<sup>479</sup> Die Aussendung der neuen Rotte und die Ablösung der alten Rotte führte der Adjutant der Stadtwache unter der Aufsicht der Offiziere der Stadtwache durch. Er versammelte die Mannschaft im Sommer um 05.30 Uhr und im Winter um 06.30 Uhr vor der Hauptwache und schickte sie nach einigen Exerzierübungen auf genau vorgeschriebenen Wegen zu den Porten, um die alten Mannschaften abzulösen.<sup>480</sup> Im Gegensatz zur alten Stadtwache wechselte die zu bewachende Porte täglich.<sup>481</sup>

Die Hauptporten und der Grendel wurden von einem Gefreiten und drei Stadtsoldaten für einen 24-stündigen Wachdienst besetzt.<sup>482</sup> In der Tagesorganisation stand einer der Stadtsoldaten wie bisher bei der Porte Wache. Ein zusätzlicher zweiter Soldat übernahm den Posten beim Schlagbaum im Vorfeld der Porte. Die neuen Disziplinvorschriften erlaubten es den Soldaten nicht, sich mehr als dreissig Schritte von der Porte zu entfernen und sie durften weder rauchen noch sitzen. Die übrigen Soldaten der Stadtwache hielten sich während ihrer Dienstzeit in der Wachtstube bei den Porten auf. Die Wachmannschaften bei den Porten schlossen die Blendgatter in der Abend- und der Morgendämmerung sowie während der Pre-

---

<sup>474</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 57.

<sup>475</sup> StAZ B III 200, „Instruktion für Adjutant, Wachtmeister und Korporale der zürcherischen Stadtwache“, 24. März 1781; vgl. Züsli-Niscosi, Beiträge, 59f.

<sup>476</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 253.

<sup>477</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 52.

<sup>478</sup> Ebd., 54f.

<sup>479</sup> Das Rottensystem beinhaltete eine Rotation der Wachmannschaften, während im Wachtsystem ein Wächter bzw. eine Wachmannschaft einen Posten dauerhaft besetzte.

<sup>480</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 58.

<sup>481</sup> Ebd., 52.

<sup>482</sup> Vgl. zu den folgenden Angaben: Ebd., 55, 57, 61-63.

digzeiten. In der Nacht waren die Porten vollständig zu schliessen.<sup>483</sup> Der Gefreite und die wachhabenden Soldaten patrouillierten in der Umgebung ihrer Porte dreimal täglich auf einem vorgeschriebenen Weg, um jeweils nachzusehen, ob die Fallbrücke und das Blendgitter unbeschädigt waren.<sup>484</sup> In der Nähe von einigen Porten gab es Nebeneingänge in die Stadt, die sogenannten Pörtlein.<sup>485</sup> Auch sie mussten von der Portenmannschaft betreut werden.

Die Kontrolltätigkeit der Stadtsoldaten bei den Porten war während der Tagesstunden breit gefächert. Sie ging weit über eine Zutrittskontrolle hinaus und beinhaltete wiederum Zolltätigkeiten<sup>486</sup> sowie, aufgrund der verschiedenen Mandate, auch policeyliche und ordnungssichernde Aufgaben. Die Grundlagen für die Kontrollen der Stadtwache bildeten die Policeymandate des Regiments, die an den Porten angeschlagen waren.<sup>487</sup> Sie mahnten die Soldaten der Stadtwache an ihre Aufgaben. Das Pflichtenheft des Gefreiten an einer Porte, das er mit seinen Soldaten der Stadtwache zu erfüllen hatte, umfasste in ordentlichen Lagen folgende Aufgaben<sup>488</sup>: Fremde nach ihrem Namen befragen und den Namen ins Tagesjournal<sup>489</sup> eintragen; Pässe oder andere Ausweisschreiben der Handwerksburschen kontrollieren und die Ankunftszeit ebenfalls in das Journal eintragen; die Handwerksburschen direkt zu ihren Herbergen weisen und ihnen einschärfen, während ihres Aufenthaltes weder zu fechten noch zu betteln; „fremdes Gesindel und Strolchenvolck“ und Handwerksburschen ohne Ausweis erst Einlass in die Stadt gewähren, wenn ein Profose oder Patrouillenwächter die Personen in Empfang nimmt und sie durch die Stadt begleitet; Bettler und Arme an den Porten aufhalten und einem Profosen übergeben, der sie gegebenenfalls zum sogenannten Zehrpennig zum Almosenamnt und danach wieder aus der Stadt führt<sup>490</sup>; Fuhrleute, Boten, Säumer und Träger ermahnen, sich beim Zollhaus zu melden<sup>491</sup>; Weineinfuhren genau überprüfen und einen entsprechenden Rapport zu Händen des Grossweibels erstellen; Pässe oder Beichtscheine der Einsiedlerpilger prüfen; Zahl der Pilger sowie Namen und Heimatland des Pilgerführers ins Journal eintragen; die Pilger daran erinnern, dass Betteln und lautes Beten in der Stadt verboten ist; Gefangene ohne Erlaubnisschein oder Patrouillenwächter nicht aus der Stadt herauslassen; nur Soldaten der zürcherischen Standesregimenter oder aus der holländischen Gardekompagnie in die Stadt hineinlassen; andere fremde Soldaten, Deserteure oder Rekruten für

---

<sup>483</sup> Das Recht, die Stadtschlüssel zu tragen, hatten nur Bürger der Stadt. Die Porten wurden daher nicht durch die Mannschaften bei den Porten geschlossen und geöffnet, sondern von einem Adjutanten, einem Korporal oder einem Wachtmeister der Stadtwache; vgl. Züsli-Niscosi, Beiträge, 59.

<sup>484</sup> Die Wege für die Nachtpatrouillen waren genau vorgeschrieben. Vgl. StAZ A 81.2, 1. Januar 1788.

<sup>485</sup> So u.a. das Hottingerpörtlein, das Wollishoferpörtlein und der Platzravelin (Steg und Passage über die Limmat); vgl. Züsli-Niscosi, Beiträge, 62.

<sup>486</sup> „Mandat wegen gefährlicher Ausweichung des hiesigen Ein-, Aus- und Durchgangszolls“, 1778, in: Sammlung der Policeymandate 1779, fünfter Band, Nr. LV, 360 – 379.

<sup>487</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 62.

<sup>488</sup> StAZ A 81.2, „Instruktion für den Stadthauptmann die Polizey der Stadt betreffend“, 12. Februar 1795. Vgl. dazu: Züsli-Niscosi, Beiträge, 61f. Die einzelnen Aufgaben werden in den nachfolgenden Kapiteln erläutert.

<sup>489</sup> Das Tagesjournal musste der Gefreite jeweils am nächsten Morgen dem Adjutanten der Stadtwache abgeben. Dieser kontrollierte es und brachte es dem Stadthauptmann. Der Stadthauptmann verglich es mit den Eintragungen des Nachtschreibers, der die Kontrolle über die Übernachtungen in den Gasthäusern führte. Bluntschli, Memorabilia 1742, 671; Züsli-Niscosi, Beiträge, 61, 100f.

<sup>490</sup> Die Stadtwächter mussten jene Personen, die offensichtlich nur in die Stadt wollten, um zu betteln, an den Porten zurückhalten; vgl. dazu auch: „Instruction für die Harschiers, erneuert und vermehrt“, 1778, in: Sammlung der Policeygesetze 1793, sechster Band, Nr. IX, 102 – 122, 118.

<sup>491</sup> „Mandat wegen gefährlicher Ausweichung des hiesigen Ein-, Aus- und Durchgangszolls“, 1778, in: Sammlung der Policeymandate 1779, fünfter Band, Nr. LV, 322 – 324, 322.

Solddienste unter Bewachung dem Wachtmeister auf der Hauptwache zuführen<sup>492</sup>; die Ankunft von Musikanten, Steuer-Kollektanten, Schauspielern, Studenten und Reisenden mit fremden Tieren und Raritäten dem Gefreiten bzw. dem Wachtmeister auf der Hauptwache melden.<sup>493</sup> Zu den besonderen Aufgaben des Gefreiten gehörte es, auf fremde und einheimische, steckbrieflich oder per Gauner- und Diebsliste gesuchte Personen zu achten und sie gegebenenfalls zu verhaften. Festnahmen waren während des Tages unmittelbar dem Adjutanten zu melden. In den Nachtstunden trug der Gefreite entsprechende Bemerkungen ins Journal ein. Der Adjutant studierte die Journale jeweils auf seinem Kontrollgang, um sich einen Überblick über die Ereignisse zu verschaffen. Er war verpflichtet, besondere Vorkommnisse, wie beispielsweise Verhaftungen, dem Stadthauptmann weiter zu melden.<sup>494</sup> Der Adjutant seinerseits musste während seiner Dienstzeit die Mannschaften bei den Porten in unregelmässigen Abständen kontrollieren.<sup>495</sup>

---

<sup>492</sup> Der Wachtmeister kontrollierte die Ausweispapiere der fremden Soldaten. Jene, die ihm gefährlich erschienen, liess er sofort wieder aus der Stadt ausweisen, den übrigen unterschrieb er ihre Papiere. Waren unter den Soldaten Einwohner der Landschaft oder der Stadt, die in nicht avouierte fremde Kriegsdienste ziehen wollten, waren sie sofort durch den Wachtmeister zu verhaften und dem Stadthauptmann zuzuführen; vgl. Züsli-Niscosi, Beiträge, 59.

<sup>493</sup> Der Wachtmeister meldete die Ankunft darauf dem Stadthauptmann oder der Wachtkommission weiter. Diese entschieden vorläufig über den weiteren Aufenthalt in der Stadt, bis der Rat mitteilte, ob sie Vorstellungen geben durften oder nicht; vgl. Züsli-Niscosi, Beiträge, 60.

<sup>494</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 58.

<sup>495</sup> Ebd., 58.



### 5.1.7 Zwischenfazit IV

Die Kontrolle der Zugänge zur Stadt, der Schwerpunkt der ordnungssichernden Basisaufgaben, war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einem bedeutenden Wandel unterworfen. Vor der Reorganisation der Stadtwache im Jahr 1779 herrschte trotz Zentralisierungstendenzen in der Führung und einer teilweisen Professionalisierung der Wächterstellen sowohl bei der Mannschaft als auch beim Kader eine fehlende Bereitschaft sowie eine mangelnde Ernsthaftigkeit zur zuverlässigen Erfüllung der Aufgaben vor. Die Gründe dafür sind in der geringen Bedeutung zu suchen, welche die wirtschaftlich stark engagierten Bürger der nächtlichen Bewachung der Stadt zumessen. Die Bürgerpflicht belastete sie aus ihrer Sicht unnötigerweise. Jene Berufswächterposten an den Porten des Schanzenrings, die seit 1669 auch vielseitige Personenkontrollen und Zollaufgaben während des Tages zu erledigen hatten, wiesen im 18. Jahrhundert hingegen eine bessere Motivation auf. Die Probleme lagen bei den „Wächtern bey den Porten“ in ihrem hohen Alter und in der wirtschaftlichen Notwendigkeit, einen weiteren Beruf auszuüben.

Die Krise der Zunftunruhen von 1777 führte zu einer grundlegenden Reform der Stadtwache. Die neue Stadtwache ging hauptsächlich aus dem „Bürgerlichen Dienst“ der „Wächter bey den Porten“ hervor und wurde vom Regiment zu einem verjüngten, disziplinierten und hierarchisch klar strukturierten Instrument ausgebaut und umgestaltet. Sie gewann gegenüber der weiterhin existierenden Bürgerwache für die Obrigkeit an ordnungssichernder und politischer Bedeutung. Die Stadtwache organisierte die Zugangskontrollen zur Stadt strenger und machte die Posten an den Porten zu einer respektierten Triagestelle. Der Wechsel von einer festen Zuteilung der Posten zu einem Rotationsprinzip der Wachtmannschaften half mit, die erforderliche Distanz zwischen den Stadtsoldaten und der Bevölkerung zu schaffen. Hohe Bedeutung gewann die Verschriftlichung und die Meldepflicht von Vorfällen. Die Einträge in die Journale zwangen dazu, vorgeschriebene Abläufe einzuhalten, und stärkten die hierarchische Struktur der Stadtwache, weil sie jederzeit eine Kontrolle durch die vorgesetzte Stelle erlaubten. Die Meldepflicht förderte die Zentralisierung der Einsatzleitung der Stadtwache beim Stadthauptmann bzw. beim diensthabenden Stadtadjutanten.

## 5.2 Die Verfolgung von Vergehen und Verbrechen gegen die Kriminalgesetze

Das patriarchalische Staats- und Selbstverständnis nahm das Regiment noch stärker als bei den ordnungssichernden Basisaufgaben in die Pflicht, wenn es darum ging, den inneren Zustand der Gesellschaft zu überwachen. Die Policeymandate schufen die Grundlagen für das Regiment, mittels der ordnungssichernden Organe für den Erhalt und den Schutz des Staates und der Gesellschaft zu sorgen. Die diesbezüglichen Normen waren stark von den politischen und religiösen Idealvorstellungen geprägt.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stand das Rechtsempfinden der Obrigkeit unter dem direkten Einfluss der Sitten- und Morallehre der protestantischen Kirche. Sie bildete für das Regiment den Beurteilungsrahmen für das individuelle und soziale Handeln innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung. Nach David von Wyss drohten für die Gesellschaft die grössten Gefahren von Taten, „welche die christliche Religion als sündlich, oder die Sittenlehre als böse verbietet.“<sup>496</sup> Von Wyss bezeichnete diese Handlungen als Kriminalsachen oder -fälle.<sup>497</sup> In diesen Handlungen sah das Regiment eine Sprengkraft, welche ein Potenzial in sich trug, die Existenz des Staates sowie einzelner Personen zu gefährden oder zentrale Vorrechte wie die Ehre und den Besitz von Eigentum sowohl des Staates wie auch der einzelnen Persönlichkeiten infrage zu stellen.<sup>498</sup>

Die Abwehr aller Angriffe auf die wichtigsten Güter und Vorzüge gesitteter Menschen sowie der Schutz vor Gewalteinwirkungen und Betrug war nach von Wyss, in Anlehnung an Christian Wolff, deshalb ein Hauptzweck des Staates.<sup>499</sup> Es musste dem Regiment zwingend darum gehen, die Lebensgrundlagen der Gesellschaft und des Staates sicherzustellen. Die Obrigkeit verstand es aus diesem Grund als eine ihrer wichtigsten Pflichten, existenzgefährdende Handlungen zu untersuchen und sie bei einem vorliegenden rechtsförmigen Beweis durch die Kriminalrichter hart bestrafen zu lassen.<sup>500</sup>

Die letzte Verantwortung für die „öffentliche Sicherheit“, so schon die zeitgenössische Bezeichnung, in der Stadt und auf der Landschaft kam prinzipiell dem Grossen Rat zu.<sup>501</sup> Die massgeblichen ordnungssichernden Kompetenzen – die „Verwaltung der Gerechtigkeit“, wie es bei David von Wyss heisst – lagen jedoch beim Kleinen Rat.<sup>502</sup> Näherhin war es bis zum Ende des Ancien Régime der Neue Rat, der in letzter Instanz in Zivilgerichtsfällen und in „strafbaren oder Kriminalfällen aller Art“ die höchste Strafgerichtsbarkeit ausübte.<sup>503</sup>

---

<sup>496</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 121.

<sup>497</sup> Ebd.

<sup>498</sup> Ebd., 121f.

<sup>499</sup> Ebd., 122, 124.

<sup>500</sup> Ebd., 122.

<sup>501</sup> Ebd., 60.

<sup>502</sup> Ebd., 61. Zur Herausbildung dieser Kompetenz im 14. Jahrhundert vgl.: Erich Wettstein, Die Geschichte der Todesstrafe im Kanton Zürich, (Diss.), Winterthur 1958, 8 – 17.

<sup>503</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 62; vgl. Schmid, Kantonsregierung, 7. Übt der Neue Rat seine Blutgerichtsbarkeit aus, wurde er Malefizrat genannt.

## 5.2.1 Das Verfahren in peinlichen Fällen

Das zürcherische Strafverfahren unterschied in Kriminalsachen zwischen zwei Hauptverfahren.<sup>504</sup> Zum einen kamen die schweren Delikte, d. h. Verbrechen, auf die Körperstrafen oder die Todesstrafe standen, im „Verfahren in peinlichen Fällen“ zur Anklage.<sup>505</sup> Zum anderen gab es das „Verfahren in Frevelsachen“, das bei den leichteren Vergehen, die hauptsächlich auf den Richtebrief von 1304 und die Sittenmandate zurückgingen, zur Anwendung kam und die Täter mit Bussen, Verbannungs- und Ehrenstrafen massregelte.<sup>506</sup>

### 5.2.1.1 Die Nachgänger

Der Kleine Rat<sup>507</sup> nahm bis 1798 seine Kompetenz wahr und leitete in wichtigen Rechtsfällen die Untersuchung von Kriminalfällen direkt oder er setzte spezielle Kommissionen (Ehrenkommissionen) zu deren Klärung ein.<sup>508</sup> Dieses Vorgehen stellte im Alltag jedoch eine Ausnahme dar. Die überwiegende Zahl der wenig spektakulären Kriminalfälle wurde durch die beiden Nachgänger, auch Verhörrichter, Kriminalrichter oder Criminal-Examinatoren<sup>509</sup> genannt, im Auftrag des Kleinen Rates untersucht. Der Neue Rat wählte sie halbjährlich exklusiv aus den eigenen Reihen.<sup>510</sup> Wenn es den amtierenden Nachgängern aus privaten oder beruflichen Gründen unmöglich war, ihr Amt wahrzunehmen, betraute der Kleine Rat vorübergehend deren designierte Amtsnachfolger mit den entsprechenden Aufgaben.<sup>511</sup>

Das Amt der Nachgänger hatte sich in der Folge des Übergangs vom Klageverfahren zum Inquisitionsprozess um 1450 herausgebildet.<sup>512</sup> Die erstmalige Umschreibung der Tätigkeit

<sup>504</sup> Vgl. für eine Übersicht der Strafverfahren vor 1798: Wilhelm Heinrich Ruoff, *Die Zürcher Räte als Strafgericht und ihr Verfahren bei Freveln im 15. und 16. Jahrhundert*, (Diss.), Zürich 1941, 30 – 69; Marianne Bernet, *Der Beizug von gerichtlichen Sachverständigen im alten Zürich*, (Diss.), Zürich 1967, 49 – 60. Die Unterscheidung der Verfahren ging aus der niederen und der hohen Gerichtsbarkeit hervor; vgl. Ruoff, *Strafgericht*, 71. Die Bezeichnungen für die Verfahren sind nicht zeitgenössisch. Sie wurden für die vorliegende Arbeit von Bernet übernommen. David von Wyss sprach nur generell von zu ahnenden Kriminalsachen.

<sup>505</sup> Für den Totschlag hatte sich ein eigenes Verfahren herausgebildet. Stellte es sich im Verlaufe des Prozesses heraus, dass es sich doch um einen Mord handelte, kam unmittelbar das „Verfahren in peinlichen Fällen“ zum Zuge.

<sup>506</sup> Vgl. zu den Frevelsachen das Kapitel „Die Verfolgung von Vergehen gegen Frevel“.

<sup>507</sup> Gegen Ende des 18. Jahrhunderts konnte auch der Geheime Rat die Leitung der Untersuchungen übernehmen, so beispielsweise bei der angeblichen Vergiftung des Abendmahlweines 1776; Vgl. dazu: Jeffrey Freedman, *Poisoned Chalice*, Princeton 2002, 20, 72.

<sup>508</sup> Hans Jacob Leu, *Allgemeines Helvetisches, Eidgenössisches oder Schweizerisches Lexicon*, Band 20, Zürich 1765, 388. Das bekannteste Beispiel für den Einsatz einer Ehrenkommission ist der Fall des ehemaligen Landvogts in Grüningen. Vgl.: Gustav Strickler, Lavater und Landvogt Grebel in Grüningen: Nach den Akten auf dem Staatsarchiv und der Stadtbibliothek in Zürich, Zürich 1902, 31f. Die Ehrenkommission beauftragte wiederum zwei ihrer Mitglieder mit der Sicherstellung von Material in Grüningen; vgl. ebd., 32.

<sup>509</sup> David von Moos, *Astronomisch-politisch-historisch- und kirchlicher Kalender für Zürich*, 2. Teil, Zürich 1775, 168.

<sup>510</sup> Leu, *Lexicon*, 62.

<sup>511</sup> Die Akten über den Prozess Johann Heinrich Wasers 1780 enthalten wertvolle Hinweise über die Tätigkeit der Nachgänger; vgl. StAZ A 20. Die Dokumente wurden veröffentlicht in: Felix Balthasar, „Exemplarische Bestrafung eines Pressevergehens im Jahre 1780 oder Johann Heinrich Wasers Prozess und Hinrichtung: Aus bisher ungedruckten, amtlichen Aktenstücken und anderen Handschriften der Zeitgenossen urkundlich dargestellt“, in: *Helvetia: Denkwürdigkeiten für die XXII Freistaaten der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, Band 4, Aarau 1828, 288 – 416, 303.

<sup>512</sup> Ruoff, *Strafgericht*, 140. Wilhelm Heinrich Ruoff, „Der Blut- oder Malefizrat in Zürich von 1400 – 1798“, in: *Beiträge zur bernischen und schweizerischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, Festschrift für Hermann Rennefahrt*, (Archiv des historischen Vereins des Kantons Bern XLIV), Bern 1958, 573 – 587, 576.

der Nachgänger stammt aus dem 15. Jahrhundert.<sup>513</sup> Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts hat sie sich nur unwesentlich verändert. Die Nachgänger hatten seit dem Bestehen ihres Amtes sowohl in Frevelverfahren wie auch in den peinlichen Verfahren Aufgaben im Vorfeld der Gerichtssitzungen des Neuen Rates zu erfüllen. Insgesamt gehörte es zu ihrer Pflicht, „alles, was ohne eine obrigkeitliche Bewilligung nicht geschehen darf“<sup>514</sup> zu untersuchen und einen „rechtsförmigen Beweis“ für die Tat zu erbringen.<sup>515</sup>

Die Nachgänger waren als Kleinräte zwar Mitglieder des Regiments, standen aber unter der eng geführten Leitung des Kleinen Rates. Sie waren keine Verhörrichter im modernen Sinn, weil sie nicht selbstständig handeln konnten. Die Nachgänger waren angehalten, lediglich die Anweisungen der vorgesetzten politischen Behörden umzusetzen.

Der Kleine Rat gab präzis vor, was in bestimmten Fällen vorzukehren sei. Er überwachte den Fortgang des Untersuchungsverfahrens, indem er die im Verhör zu stellenden Fragen vorformulierte und aufgrund der Vernehmungsprotokolle weitere Nachforschungen anordnete. Der Kleine Rat bestimmte auch den Ort, an dem der Inquisit zu verwahren sei, welche Folter angewandt werden sollte, welche besonderen Sicherheitsmassnahmen zu treffen und wie die Verpflegung und der Besuch des Seelsorgers<sup>516</sup> zu regeln waren.<sup>517</sup> Eine gewisse Handlungsfreiheit kam den Nachgängern nur in Bagatellfragen zu.<sup>518</sup> Schliesslich hatten die Nachgänger auch Botenfunktionen zwischen dem Gefangenen und dem Kleinen Rat auszuüben. Anliegen wie Hafterleichterungen oder den Wunsch, mit Verwandten sprechen zu dürfen, konnten die Verdächtigen den Nachgängern zu Händen des Kleinen Rats mitteilen.<sup>519</sup>

Der Kleine Rat kontrollierte hingegen nicht, in welcher Art und Weise die Nachgänger seine Anweisungen umsetzten. Die fehlende externe Aufsicht über die Nachgänger und ihren Umgang mit den verdächtigen Personen öffnete Tür und Tor für die Anwendung von physischer und psychischer Gewalt der Nachgänger gegenüber den Inquisiten. Lukas Gschwend be-

---

<sup>513</sup> Weitere, undatierte Quellenhinweise sind im so genannten „Schwarzen Buch“, einer Sammlung von Rechtsquellen aus dem Jahre 1539, zu finden; vgl. StAZ B III 5. Sie sind abgedruckt in: Zeitschrift für noch ungedruckte Schweizerische Rechtsquellen, hg. von Joseph Schauberg, Zürich 1844, 392f. Nach Rosenberg blieb das bei Graf geschilderte Blutgerichtsverfahren bis ins 18. Jahrhundert in Kraft; vgl. Rosenberg, Blutgerichtsordnung, 11.

<sup>514</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 129.

<sup>515</sup> Ebd., 124.

<sup>516</sup> Der Besuch des Seelsorgers wurde jeweils erst gegen Ende der Vernehmungsphase zugelassen, wenn das Urteil inhaltlich bereits feststand. Der Geistliche hatte dem Gefangenen ins Gewissen zu reden und ihn auf den Tod vorzubereiten. Zweck der Besuche war es auch, im Finalexamen von einem reuigen Gefangenen ein möglichst umfassendes Geständnis zu erhalten. Erwähnte der Gefangene in einem seelsorgerischen Gespräch wichtige Informationen zur Tat, war der Geistliche dazu verpflichtet, dies dem Antistes zu melden. Der Antistes hatte dann zu entscheiden, ob er den Amtsbürgermeister davon in Kenntnis setzte oder nicht; vgl. Balthasar, Waser, 305.

<sup>517</sup> J. Rüttimann, Zur Geschichte und Fortbildung der Zürcherischen Rechtspflege, (Akademische Vorträge von Zürcherischen Dozenten IV), Zürich 1855, 17; Wettstein, Todesstrafe im Kanton Zürich, 17f.

<sup>518</sup> So war es beispielsweise den Nachgängern und dem Stadthauptmann überlassen, den Zeitpunkt der Überführung Pfarrer Wasers von der Gefängniszelle des Rathauses in den Gefängnisturm Wellenberg zu bestimmen; vgl. Balthasar, Waser, 300.

<sup>519</sup> Ebd., 306.

zeichnete die Macht der Untersuchungsrichter im Inquisitionsprozess als „faktisch grenzenlos“.<sup>520</sup>

### 5.2.1.2 Das Verfahren in peinlichen Fällen in der Stadt

Das Verfahren in peinlichen Fällen war im 18. Jahrhundert ein Inquisitionsverfahren mit Offizialmaxime. Der Kleine Rat war verpflichtet, bei möglicherweise todeswürdigen Verbrechen von sich aus tätig zu werden und durch eine nicht-öffentliche Voruntersuchung, dem sogenannten Nachgang, einen Schuldbeweis vorzulegen.<sup>521</sup>

Das Nachgangsverfahren wurde initiiert, indem der Amtsbürgermeister oder bei dessen Verhinderung einer der Obristenzunftmeister von der Tat durch eine Denunziation, ein Gerücht, eine Zutragung, eine Verzeigung einer unteren Behörde oder eines Kleinrates in Kenntnis gesetzt worden war. Der Amtsbürgermeister leitete zum einen die eingegangene Meldung an den Kleinen Rat weiter. Zum anderen eröffnete er das Nachgangsverfahren und bestellte die Nachgänger zu sich, um sie seinerseits über die Tat zu informieren.<sup>522</sup> Der Amtsbürgermeister schickte sie entweder zum Tatort, damit die Nachgänger eine Hausdurchsuchung oder eine Beweissicherung vornehmen konnten.<sup>523</sup> Er hatte aber auch die Möglichkeit, sie zu bereits gefangen gesetzten, verdächtigen Personen ins Gefängnis bzw. zu Tatzeugen zu senden, um eine Befragung durchführen zu lassen.<sup>524</sup> Als Gefängnisse dienten im 18. Jahrhundert das ehemalige Kloster Oetenbach<sup>525</sup> und der Wellenbergturn in der Limmat.<sup>526</sup> Die mutmasslichen Täter wurden in den Gefängnissen von einem Türhüter und einem Abwart bewacht.<sup>527</sup>

---

<sup>520</sup> Lukas Gschwend, „Vom Geständniszwang zum rechtsstaatlichen Beweisverfahren zwischen 1750 und 1850“, in: Claudia Opitz, Brigitte Studer, Jakob Tanner (Hg.), *Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren*, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 21), Zürich 2006, 165 – 175, 172.

<sup>521</sup> Rüttimann, *Rechtspflege*, 105. Zur Problematik dieses Verfahrens vgl. weiter unten.

<sup>522</sup> Bernet, *Sachverständige*, 52.

<sup>523</sup> So z.B. im Fall Waser. Vgl. Balthasar, Waser, 301f.

<sup>524</sup> Leu, *Lexicon*, 389.

<sup>525</sup> Einige Nebengebäude „des Oetenbachs“ dienten seit 1630 als Gefängnis und Schellenwerk für lasterhafte Personen, später auch als Erziehungsanstalt für arme Waisenkinder. 1716 – 1724 gab es ein Projekt, ein neues Zuchthaus zu errichten, das jedoch versandete. 1765 hatte der grosse Rat den Bau eines neuen Waisenhauses in unmittelbarer Nachbarschaft des Oetenachs (heutiger Sitz der Stadtpolizei) beschlossen und 1771 verfügte das Regiment, den Oetenbach zu einem „ordentlichen Zucht- und Gefangenen-Haus einzurichten“. 1773 wurde eine Art Benutzungsreglement verabschiedet; *Memorabilia* 1790, 2. Teil, 15, 205, 235f. Vgl. auch: Claudia Curti, *Die Strafanstalt des Kantons Zürich im 19. Jahrhundert*, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 19), Zürich 1988, 51 – 58.

<sup>526</sup> Bis zur Eröffnung des Schellenwerks im Oetenbach diente auch das Zürcher Spital als Verwahrungsanstalt. Vgl. dazu: Aline Steinbrecher, *Verrückte Welten: Wahnsinn und Gesellschaft im barocken Zürich*, (Diss.), Zürich 2006, 192 – 195.

<sup>527</sup> J. R. Cramer, *Lebensgeschichten ehemals gefangener Missethäter als Anhang zu den Unterhaltungen für Missethäter: Aus sorgfältiger und genauen Beobachtungen zusammengetragen*, Zürich 1772, 386.

Die Überwachung scheint jedoch nicht in jedem Fall zuverlässig gewesen zu sein, wie die Schilderung einer erfolgreichen Flucht aus dem Wellenberg nahe legt. In einem Winter machte ein Gefangener des oberen Stockwerks seinen Leidensgenossen im unteren Stockwerk des Wellenbergs darauf aufmerksam, dass dieser wegen des niedrigen Wasserstandes der Limmat einfach fliehen könnte. Der Häftling des unteren Stockwerks tat dies auch, stieg aus dem Fenster und watete durch den Fluss ans Ufer. Auf seiner Flucht rempelte er in einer engen Gasse sogar noch einen Mann an, dem jedoch nichts aufgefallen war und der keinen Verdacht schöpfte. An der Sihlporte stellte sich der geflüchtete Gefangene neben einen Wagen und konnte sich auf diese Weise vor der Wache verstecken und aus der Stadt fliehen. Vgl.: Cramer, *Lebensgeschichten*, 392f.

Im Wellenberg stand den Nachgängern seit 1778 eine Stube zur Verfügung, in der sie die Verhöre durchführen konnten.<sup>528</sup>

Die Nachgänger vernahmen die verdächtigten Personen gemäss einem detaillierten Fragenkatalog, den ihnen der Kleine Rat vorschrieb. Den Nachgängern war es untersagt, den Inquisiten zu eröffnen, wer sie angezeigt hatte.<sup>529</sup> Der Fragenkatalog des Kleinen Rats ging oft nicht über ein standardisiertes Erkunden nach den Gründen und Umständen der Tat hinaus.<sup>530</sup> Bei einem länger dauernden Verfahren konnte es auch vorkommen, dass die Nachgänger aus eigenem Gutdünken zusätzlich Fragen an die Verdächtigen oder Zeugen stellen durften.<sup>531</sup>

Allfällige Zeugen wurden im Normalfall ins Rathaus vorgeladen. In Krankheitsfällen durfte ihre Befragung zu Hause durchgeführt werden.<sup>532</sup>

Der Kleine Rat konnte den Nachgängern weitere Mitglieder des Kleinen Rates oder seit 1784 den Stadthauptmann als Gehilfen zuordnen, falls sich die Vernehmungen als aufwendig erwiesen oder es das Verfahren gebot, bestimmte Personen möglichst zügig zu befragen.<sup>533</sup> Die beigegebenen Personen vernahmen Tatzeugen in einer Art Voruntersuchung, denn die Nachgänger behielten es sich vor, dieselben Personen später auch noch selbst zu vernehmen.<sup>534</sup>

Angesehene Persönlichkeiten des Regiments konnten sich „aus ihrer Ehrenmitte“<sup>535</sup> befragen lassen, d. h., der Kleine Rat beauftragte in diesem Fall nicht die Nachgänger, sondern zwei andere Mitglieder des Rats mit der Einvernahme dieser Personen. Dieses Vorgehen ist auch ein deutlicher Hinweis auf die soziale Stellung der Nachgänger. Sie waren zwar selbst Kleineräte, wurden in den Verfahren aber eher als untergeordnete Beamte denn als Mitglieder des Regiments wahrgenommen.

Die Nachgänger erstellten über die einzelnen Vernehmungen nachträglich ein Protokoll, das auf lose Papierblätter oder auf Bögen niedergeschrieben und das später den Gerichtsakten beigelegt wurde.<sup>536</sup> In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erwähnen die Akten auch einen Nachgangs-Schreiber, der die beiden Nachgänger als Sekretär unterstützte.<sup>537</sup>

---

<sup>528</sup> Memorabilia 1790, 2. Teil, 211.

<sup>529</sup> Ruoff, Strafericht, 94; Francisca Loetz, Mit Gott handeln: Von den Zürcher Gotteslästerern der Frühen Neuzeit zu einer Kulturgeschichte des Religiösen, (Habil.), (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 177), Göttingen 2002, 98.

<sup>530</sup> Eine undatierte Weisung an die Nachgänger hält fest: „Den gefangenen sol man fraage umb syñen Namen, syñen stand und nahrung, syñ alter, wan und wie Er in verhaftung komen, was die ursachen und was Er für gespanen gehabt, welches Er erzellen sol ohne einiches vorsprechen.“ Möglichst ohne Folter solle der Gefangene nach dem Raster: wer, was, wie, wo, wann, womit vernommen werden. Vgl. ZBZ MsL 459, S. 433 – 435, zitiert in: Loetz, Mit Gott handeln, 98.

<sup>531</sup> Balthasar, Waser, 299, 302.

<sup>532</sup> Ebd., 308.

<sup>533</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Unruhen“.

<sup>534</sup> Vgl. Balthasar, Waser, 293.

<sup>535</sup> Ebd., 308.

<sup>536</sup> StAZ A 27.1 – A 27.164. Die Vernehmungsprotokolle der Nachgänger sind heute wieder separiert von den Gerichtsakten archiviert. Der Aufbau der Dokumente ist schematisch. In der Kopfzeile sind das Datum und die Namen der beiden Nachgänger aufgeschrieben. Es folgt eine Betreffzeile und danach das eigentliche Vernehmungsprotokoll, das in zwei Spalten gegliedert ist. In der linken Spalte sind die Fragen, meist in indirekter Rede,

Die Nachgangsprotokolle galten schon im 18. Jahrhundert als zuverlässige Dokumente. Johann Heinrich Pestalozzi meinte in einer Untersuchung über Kindsmörderinnen: „Ich sage zu diesen Auszügen aus Criminalakten nichts, als dass man sich auf die Zuverlässigkeit und wörtliche Genauheit der Aussagen verlassen kann.“<sup>538</sup> In längeren Verfahren konnten die Nachgänger Zwischenberichte auch mündlich dem Kleinen Rat rapportieren und ihm das weitere Vorgehen im Fall vorschlagen. Die Ratsherren liessen sich im Normalfall gerne von den Nachgängern beraten, die zwischenzeitlich genaueste Kenntnisse vom Fall, den verdächtigen Personen und den Zeugen hatten.

Nach der Beendigung der Vernehmungen wurden die Protokolle dem Amtsbürgermeister übergeben. Während einer Sitzung „Beider Räte“, an der das Protokoll der abschliessenden Befragung, das sogenannten Finalexamen, vorgelesen wurde, wurde entschieden, ob der Fall dem Blut- oder Malefizrat (= Neuer Rat) übergeben werde, oder auf andere Weise abzustrafen sei.<sup>539</sup> Während der eigentlichen Gerichtsverhandlungen des Malefizrates durften die Angeklagten nicht anwesend sein und die Nachgänger traten aufgrund ihres in den Vernehmungen gewonnenen Wissens als Zeugen (Kundschafter) auf.<sup>540</sup>

### 5.2.1.3 Die Problematik der Beweisführung

Im Inquisitionsprozess stand das Geständnis an oberster Stelle der Beweismittelhierarchie. Das peinliche Verfahren strebte deshalb das Geständnis des Befragten an. Die Nachgänger drängten bei den Vernehmungen auf eine entsprechende Aussage der Untersuchungsgefangenen. Kam kein Geständnis zustande, so musste die Tat durch Beweismittel im technischen Sinn bewiesen werden.<sup>541</sup> Als vollgültige Beweise galten nur Dokumente. Zeugenaussagen sowie Indizien waren nur als Halb- oder unvollständige Beweise zugelassen. Seit dem 16. Jahrhundert galt auch der Expertenbeweis als schwaches Beweismittel.

In Zürich durften bei „hartnäckigem Leugnen“ auch „höchst verdächtige Umstände“ zur Beweisführung herangezogen werden.<sup>542</sup> Das Herbeibringen dieser Indizienbeweise lag aber

---

formuliert, während in der rechten Spalte die Antworten des Gefangenen stehen. Francisca Loetz bezeichnet die Protokolle, die durch die Nachgänger erstellt wurden, als Gerichtsakten. Ich bin der Meinung, dass die Arbeit der Nachgänger nicht zum eigentlichen Gerichtsverfahren gehörte, sondern im Vorfeld anzusiedeln ist, auch wenn die Nachgangsprotokolle in der Gerichtsverhandlung verwendet wurden. Vgl. Loetz, *Mit Gott handeln*, 97.

<sup>537</sup> Vgl. z. B.: Balthasar, Waser, 307. Im Fall Waser konnte der Nachgang-Schreiber auch einmal eine Vernehmung eigenständig durchführen; vgl. ebd.

<sup>538</sup> Johann Heinrich Pestalozzi, *Über Gesetzgebung und Kindsmord: Wahrheit und Träume, Nachforschungen und Bilder*, geschrieben 1780, hg. 1783, zitiert in: Dieter Hoof, *Pestalozzi und die Sexualität seines Zeitalters: Quellen. Texte und Untersuchungen zur Historischen Sexualwissenschaft*, (Sexualpädagogische Beiträge 3), Sankt Augustin, 1987, 228. Francisca Loetz diskutierte ausführlich den Quellenwert der „Nachgänge und Kundschaften“ und bestätigte, dass die Protokollanten tatsächlich darum bemüht waren, die Aussagen der Befragten möglichst genau wiederzugeben; Loetz, *Mit Gott handeln*, 97 – 111, 102.

<sup>539</sup> Leu, *Lexicon*, 388. Vgl. zum Verfahren vor dem Blut- oder Malefizrat: Ruoff, *Blut- oder Malefizrat*, 573 – 587, vgl. insbes. 586.

<sup>540</sup> Leu, *Lexicon*, 388. Vgl. dazu und zur Kritik am peinlichen Verfahren primär: Wettstein, *Todesstrafe*. Die Kundschaften sind ebenfalls nicht mehr bei den Gerichtsakten zu finden; vgl. StAZ A 27.1 – A 27.164. Zum Ablauf des Verfahrens vgl. das „Malefizbüchli“, ein gedrucktes Heft in Taschenformat mit einer Kurzfassung des Ablaufs; BZB Bro 3737.

<sup>541</sup> Die Angaben in diesem und den nächsten beiden Abschnitten beruhen hauptsächlich auf: Gschwend, *Geständniszwang*, 167 – 173.

<sup>542</sup> Wyss, *Politisches Handbuch*, 124f.

oftmals ausserhalb der Möglichkeiten der Nachgänger. Sie waren dabei auf die Hilfe von Experten angewiesen. Insbesondere bei Verbrechen mit Todesfolgen oder schweren Verletzungen erfüllten die sogenannten Wundärzte oder geschworenen Meister zu Handen der Nachgänger eine wichtige Funktion. Sie untersuchten die Körper auf Spuren des Verbrechens.<sup>543</sup>

Die noch im 18. Jahrhundert wissenschaftlich betrachtet wenig verlässliche Qualität der Indizien und Sachverständigenbeweise genügte jedoch in den meisten Fällen nur, um in einem Inquisitionsprozess als Verdachtsmoment eingebracht werden zu können. Wegen der strengen Beweistheorie reichten sie in der Regel nicht für eine Verurteilung des Angeklagten aus. Der Kleine Rat und die Nachgänger waren aus diesem Grund quasi gezwungen, nach einem negativen richterlichen Entscheid im Rahmen der sogenannten Spezialinquisition auch verschiedene Foltermethoden anzuwenden, um zum Ziel zu gelangen, d. h. ein Geständnis des Angeklagten zu erreichen.

Die Humanisierung des Zürcher Strafrechts in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts führte dazu, dass nach 1777 die Folter nicht mehr zur Erreichung eines Geständnisses eingesetzt werden durfte. Dadurch entstand im Inquisitionsprozess ein beweisrechtliches Defizit. Es bewirkte die allmähliche Aufwertung des Sachbeweises und die Institutionalisierung der Verdachtsstrafe sowie die Einführung der Ungehorsams- und Lügenstrafe.<sup>544</sup> Die Anwendung von Gewalt war auch nach dem Torturverbot noch nicht ausgeschlossen. Verschärfte Gefängnishaft und teilweiser Entzug der Nahrung gehörten weiterhin zum Instrumentarium, das die Nachgänger gegenüber den Inquisiten anwenden durften. Im Finalexamen versuchten sie, in Anwesenheit von Geistlichen, vom Untersuchungsgefangenen nach wie vor ein klares, auf Reue basierendes Geständnis zu erhalten.

#### **5.2.1.4 Das Verfahren in peinlichen Fällen auf der Landschaft**

Die Nachgänger waren auch für die „strafbaren oder Kriminal-Fällen“ auf der Landschaft zuständig. Die Ober- und Landvögte durften in ihren Gebieten zwar auch erste Untersuchungen zu einem Fall vornehmen. Ihnen war es jedoch lediglich erlaubt, die minder wichtigen Fälle, d. h. die Vergehen, zu behandeln und zu bestrafen.<sup>545</sup> Die schwerwiegenden Kriminalfälle, d. h. die Verbrechen, mussten auch die Ober- und Landvögte dem Kleinen Rat überlassen. Dieser leitete im Regelfall das oben dargestellte Nachgangsverfahren ein.<sup>546</sup> Ausnahmen bildeten die Landvogteien Kyburg<sup>547</sup>, Grüningen<sup>548</sup> sowie die Städte Winterthur<sup>549</sup> und Stein

---

<sup>543</sup> Ebd., 125. Vgl. dazu die folgenden Kapitel.

<sup>544</sup> Gschwend, Geständniszwang, 171. Gschwend, Lukas, Marc Winiger, Die Abschaffung der Folter in der Schweiz, (Europäische Rechts- und Regionalgeschichte 6), Zürich 2008, 27f.

<sup>545</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 121. Vgl. als Beispiel für ein Vergehen die Anklage Johann Heinrich Wasers gegen den Untervogt in Riesbach, die er bei den zuständigen Obervögten einreichte. Vgl. dazu: Hans Martin Stüchelberger, Johann Heinrich Waser, (Diss.), Zürich 1932, 21.

<sup>546</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 68.

<sup>547</sup> Vgl. zum Verfahren in der Landvogtei Kyburg: Johann Kaspar Escher, „Bemerkungen über die Regierung der Grafschaft Kyburg“, in: Archiv für Schweizerische Geschichte, 4(1846), 249 – 298.

<sup>548</sup> Arthur Bauhofer, „Vom Gerichtswesen der alten Herrschaft Grüningen“, in: Die Verwaltungs- und Gerichtsorganisation der Herrschaft und Landvogtei Grüningen, (Kleine Schriften der Paul Kläui-Bibliothek 1), Uster 1978, 11 – 24, 22f. Vgl. zum Gerichtswesen in Grüningen auch: Thomas Weibel, Erbrecht, Gerichtswesen und Leibeigenschaft in der Landvogtei Grüningen, (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich 54), Zürich 1987. Der bekannte Fall des ehemaligen Landvogts in Grüningen, Felix Grebel, kann hier nicht als Bei-



am Rhein<sup>550</sup> und die Herrschaft Sax, die in Kriminalsachen selbst urteilen, ja sogar Todesurteile fällen konnten.<sup>551</sup> In vereinzeltten Gemeinden, die von Zürich erworben worden waren, war die Rechtslage nicht in allen Fällen eindeutig, da alte Rechtstraditionen nicht immer problemlos durch die zürcherischen Vorschriften verdrängt werden konnten.<sup>552</sup>

### 5.2.1.5 Die Ausnahmeregelungen

Das ordentliche Vorgehen bei Kriminalfällen musste nicht eingehalten werden, wenn einem Seelsorger ein schweres Verbrechen, auf welches die Todesstrafe stand, gestanden wurde.<sup>553</sup> Der Geistliche konnte auf ein Geständnis situativ reagieren. Kam er nach dem Gespräch mit dem Delinquenten zur Beurteilung, dass die Folgen der Tat weder für den Staat, die Kirche noch für die Mitmenschen schädlich seien und dass das Bekanntwerden des Täters ein neues Ärgernis hervorrufen würde, konnte er eine Amnestie erteilen. Der Geistliche sollte aber den reuigen Sünder weiter seelsorgerisch betreuen und „in der Stille ein wachsames Auge auf ihn halten.“<sup>554</sup> Sollte das Verbrechen aber gegenwärtig und in Zukunft die Ruhe des „Standes und des Vaterlandes“ stören, so war der Seelsorger verpflichtet, die Tat seinem Dekan, dem Gross- oder Fraumünsterpfarrer oder dem regierenden Bürgermeister anzuzeigen, „[...] die dann schon wissen werden, den gehörigen Weg einzuschlagen, damit allem Übel und fernem Lauf der Sünden gesteuert werden möge“, d. h. die sodann ein Nachgangsverfahren einleiteten.<sup>555</sup>

### 5.2.1.6 Die Kritik am Verfahren in peinlichen Fällen

Die Nachteile des Inquisitionsprozesses wurden bereits in zeitgenössischen Quellen diskutiert. Die Umständlichkeit und die lange Dauer des Nachgangsverfahrens erfuhren in der zweiten

---

spiel angeführt werden, da Grebel Stadtbürger war und er vor einer Ehrenkommission des Kleinen Rates aussagen musste. Vgl.: Strickler, Lavater, 31f.

<sup>549</sup> Memorabilia 1790, 2. Teil, 223. In Winterthur gab es ähnlich wie in Zürich ein Nachgangsverfahren. Vgl. dazu: Franz Gut, „Das Ende der Winterthurer Blutgerichtsbarkeit“, in: Winterthurer Jahrbuch 1979, Winterthur 1978, 67 – 106.

<sup>550</sup> Vgl. zur Gerichtsorganisation der Stadt: Memorabilia 1790, 2. Teil, 137f.

<sup>551</sup> Leu, Lexicon, 388; Wyss, Politisches Handbuch, 68.

<sup>552</sup> Eine umfassende Untersuchung zu dieser Thematik existiert nicht. Interessant ist ein Fall mit umgekehrten Vorzeichen: 1707 versuchte der Landammann von Frauenfeld zusammen mit dem Schlossprokurator und zwei Stadtgerichtsdienern seiner Stadt eine Frau, die vermutlich ein Kind abgetrieben hatte, in den nahen Hauptort der gemeinen Herrschaft Thurgau abzuführen. Die Bevölkerung des Dorfes protestierte jedoch heftig, weil das Präcognationsrecht nach Zürich gehöre. Landammann Rüeppli musste klein begeben und liess die Inhaftierte nach Zürich bringen. Vgl.: Memorabilia 1790, 2. Teil, 129.

<sup>553</sup> Vgl. zum folgenden Abschnitt: Predicantenordnung 1758, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. I; vgl. als Beispiel das Geständnis eines Söldners in holländischen Diensten, der den dreifachen Mord am Pfarrer von Rorbas, dessen Schwester und der Magd dem Feldprediger 1710 gestand; Memorabilia 1790, 2. Teil, 94.

Das hier angeführte Beispiel gehört in den Bereich des „*infrajudiciaire*“. Vgl. zum Bereich der substitutiven Alternativen zum formellen Justizsystem: Francisca Loetz, „L’*infrajudiciaire*: Facetten und Bedeutung eines Konzepts“, in: Andreas Blauert, Gerd Schwerhoff (Hg.), Kriminalitätsgeschichte: Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne, (Konflikte und Kultur 1), Konstanz 2000, 545 – 562. Zum Verhältnis Polizei – l’*infrajudiciaire*: Dominique Kalifa, Naissance de la Police privée, in: L’*infrajudiciaire* du Moyen Age à l’époque contemporaine: Actes du colloque de Dijon 5-6 octobre 1995, (Publications de l’université de Bourgogne LXXXI), 337 – 347.

<sup>554</sup> Predicantenordnung 1758, 43.

<sup>555</sup> Ebd., 43.

Hälfte des 18. Jahrhunderts heftige Kritik. Kleinrat Hans Heinrich Heidegger schrieb im Umfeld des Prozesses gegen Pfarrer Waser 1780 in einem Brief an August Ludwig Schlözer über diese negativen Seiten des Inquisitionsprozesses und des Nachgangsverfahrens: „So wenig lang bei uns Civilprozesse dauern, so langwierig hingegen gehen die Kriminalsachen. Übereilung und Hitze findet da nicht statt. Die Verhöre alle geschehen durch 2 Glieder des kleinen Raths. Diese werden dann vom Rath abgelesen und darüber deliberirt; dann werden den Inquisitoren nur Fragen vorgeschrieben. So geht es durch alle gütliche und peinliche Verhöre durch, bis der Prozess beendigt ist.“<sup>556</sup>

Eine ordentliche Verteidigung des Angeklagten war demgegenüber nicht vorgesehen. Das Verfahren des Inquisitionsprozesses demonstriert erneut die machtvolle Position, welche die Nachgänger gegenüber den Inquisiten einnahmen. Es versetzte sie auch nach 1777 in die Lage, trotz des Folterverbots physischen und psychischen Druck auf die Untersuchungsgefangenen auszuüben. Betroffene beklagten sich, dass sie durch eine langwierige Gefangenschaft und Strafen „weicher gemacht worden“ seien und sie deswegen mehr zugegeben hätten, als sie verbrochen hätten, nur damit man ihnen nicht weiter zusetze.<sup>557</sup>

Ein weiterer Kritikpunkt war der Vorwurf an die richtende Behörde, bei einem fehlenden Geständnis des Angeklagten einen angeblichen Beweis der Tat krampfhaft aus den Untersuchungsergebnissen der Nachgänger herauszulesen.<sup>558</sup>

Suchten die Richter auf der einen Seite in den Verhörprotokollen nach Beweisen einer Tat, misstrauten sie auf der anderen Seite bis zum Ende des Ancien Régime Sachbeweisen, die von Experten eingebracht wurden, mehr, als dass sie sie zu würdigen wussten, so die kritischen Aussagen eines Juristen aus dem 19. Jahrhundert.<sup>559</sup>

Für die Gefangenen besonders verunsichernd war schliesslich auch die Ungewissheit, ob auf ein bestimmtes Verbrechen die Todesstrafe steht oder nicht bzw. mit welchem Strafmass eine Tat bemessen wurde.<sup>560</sup> Die fehlende Kodifikation der Rechtsnormen und der grosse Ermessensspielraum für Richter erlaubte es der Obrigkeit, willkürlich zu urteilen.

Der zitierte liberale Rechtsexperte bemängelte zusammenfassend die gänzlich fehlenden Garantien eines unter Umständen unschuldig Angeklagten, vor persönlicher oder politischer Verfolgung und vor Ausbrüchen der Leidenschaft sowie vor Vorurteilen und Irrtümern aller Art.<sup>561</sup> Allerdings traf die Härte des Strafrechts auf der Grundlage der Carolina – so ist man

---

<sup>556</sup> Balthasar, Waser, 388. Die Verhandlungen wurden auch kaum schriftlich festgehalten. Rüttimann, Rechtspflege, 20.

<sup>557</sup> Vgl. dazu das Beispiel, das Landvogt Johann Kaspar Escher in seinen Erinnerungen anführt; Escher, Bemerkungen, 285f.

<sup>558</sup> Vgl. hier v.a.: Cramer, Lebensgeschichten.

<sup>559</sup> Rüttimann, Rechtspflege, 17.

<sup>560</sup> Vgl. dazu auch das Kapitel „Die Verfolgung von Vergehen gegen Frevel“.

<sup>561</sup> Rüttimann, Rechtspflege, 28f. Diese wesentlichen Kritikpunkte werden auch von modernen Autoren geteilt. Vgl. z.B. Thomas Weibel, „Der Zürcherische Stadtstaat“, in: Geschichte des Kantons Zürich: Frühe Neuzeit: 16. bis 18. Jahrhundert, Band 2, Zürich 1996, 16 – 65, 51 – 53.

versucht zu sagen – alle Delinquenten etwa in gleichem Mass. Privilegien von bestimmten Ständen konnten nicht festgestellt werden.<sup>562</sup>

## 5.2.2 Die Kriminalverbrechen gegen die Fundamente des Staates

Die Obrigkeit beurteilte Angriffe, die auf die politische, ökonomische oder soziale Grundordnung des Staats zielten, als äusserst gravierend. Das Regiment erkannte staatsgefährdende Aktivitäten nicht nur in Unruhen und in der Verbreitung von verbotenen Schriften und Bildern, sondern auch in Veruntreuungs- und Korruptionsfällen.

### 5.2.2.1 Unruhen

Das Zürcher Regiment reagierte besonders empfindlich auf Handlungen, welche die staatliche Grundordnung in ihrer Existenz gefährdeten. Der Landesverrat, die Mitwirkung oder die Begünstigung von Meuterei, Aufruhr, Umsturzversuchen und heimlichen Zusammenkünften sowie das sich tätliche Widersetzen gegen „das gesetzmässige Ansehen der Landesobrigkeit“ galten der Obrigkeit als Hochverrat.<sup>563</sup> Unruhen<sup>564</sup> solcher Art störten „die Ruhe und das Glück des ganzen Vaterlandes“<sup>565</sup> und drohten, die Staatsziele zu gefährden.<sup>566</sup> Das Anstiften von Unruhen war in Zürich mit der Todesstrafe belegt.<sup>567</sup>

Zur Bewältigung von Unruhen standen dem Zürcher Regiment mehrere Optionen offen. Das stärkste Instrument war die eidgenössische Intervention, die auf das Stanser Verkommen von 1481 zurückging. Die eidgenössische Vereinbarung verbot ausdrücklich Versammlungen und Zusammenrottungen, die nicht ordnungsgemäss einberufen worden waren, und verpflichtete die Stände, sich gegenseitig gegen unbotmässige Untertanen militärische Hilfe zu leisten.<sup>568</sup>

---

<sup>562</sup> Vgl. dazu: Henri Truffer, *Der Einfluss des Standes im allgemeinen und zürcherischen Strafrecht von 1300 – 1798*, (Diss.), Winterthur 1960. Der Einfluss der Carolina auf das Strafrecht der Alten Eidgenossenschaft ist allerdings umstritten. Vgl. dazu: Michael Alkalay, *Das materielle Strafrecht der Französischen Revolution und sein Einfluss auf Rechtsetzung und Rechtsprechung der Helvetischen Republik*, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 10), Zürich 1984, 110 – 113.

<sup>563</sup> Wyss, *Politisches Handbuch*, 127f. Vgl. auch: Felix Richner, „Der politische Zustand des Zürcher Stadtstaates am Vorabend des Stäfer Handels“, in: Christoph Mörgeli (Hg.), *Memorial und Stäfer Handel 1794/95*, Stäfa 1995, 37 – 54, 48 – 51.

<sup>564</sup> Die zeitgenössischen obrigkeitlichen Quellen verwenden die Begriffe Auflauf, Aufruhr, Uneinigkeiten, Unruhen oder gefährliche Bewegungen: Vgl. zu dem hier verwendeten Leitbegriff „Unruhen“: Andreas Würzler, *Unruhen und Öffentlichkeit: Städtische und ländliche Protestbewegung im 18. Jahrhundert*, (Diss.), (Frühneuzeit-Forschungen 1), Tübingen, 1995, 23 – 29.

<sup>565</sup> Wyss, *Politisches Handbuch*, 127.

<sup>566</sup> Ebd., 127. Es kann im Rahmen dieser Arbeit nicht darum gehen, die Reaktionen der Obrigkeit auf krisenhafte Situationen in den jeweiligen speziellen historischen Kontexten detailliert darzustellen. Ich beschränke mich deshalb auf die Darstellung der in diesen Fällen vorgesehenen Szenarien und verweise auf die einschlägige Literatur.

<sup>567</sup> Als prominentestes Beispiel für ein Todesurteil wegen Landesverrat gilt der Fall von Pfarrer Johann Heinrich Waser. Vgl. dazu: Rolf Graber, „Der Waser-Handel: Analyse eines soziopolitischen Konflikts in der Alten Eidgenossenschaft“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 30(1980), 321 – 356; ders., *Bürgerliche Öffentlichkeit und spätabolutistischer Staat*, (Diss.), Zürich 1993, 149 – 165; Walter Baumann, *Von Fall zu Fall: Criminelles aus Alt Zürich*, Zürich 2000, 21 – 48. Die Todesstrafe wurde nicht für die Organisation heimlicher Zusammenkünfte und das tätliche Widersetzen gegen die Obrigkeit ausgesprochen.

<sup>568</sup> Ernst Walder, *Das Stanser Verkommen: Ein Kapitel eidgenössischer Geschichte neu untersucht*, (Beiträge zur Geschichte Nidwaldens 44), Stans 1994, 80 – 84; Hans Conrad Peyer, *Verfassungsgeschichte der alten Schweiz*, Zürich 1978, 101 – 104. Zur eidgenössischen Bundeshilfe vgl. auch: Meinrad Suter, „Die Eidgenossen

Seit dem Bauernkrieg von 1653 interpretierten die Kantone das Stanser Verkommnis in verstärktem Masse in diese Richtung, was den Vertrag in den Geruch brachte, ein „Herrenbund“ zur Unterdrückung von Volksrechten und Volksfreiheiten zu sein.<sup>569</sup>

#### **a) Die Verfassungsunruhen von 1713 und der Konfliktzyklus zwischen 1762 und 1769**

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts bezog sich Zürich nur einmal auf das Stanser Verkommnis und stellte lediglich eine Interventionsanfrage an die Bundesgenossen. In den städtischen Verfassungsunruhen von 1713 drohte die Zürcher Obrigkeit den Protestierenden indirekt mit dem Einsatz von bernischen Truppen.<sup>570</sup> Dass das Regiment auf den Einsatz der ausserkantonalen Truppen verzichtete, hatte zum einen mit dem Verlauf der Verfassungsunruhen zu tun. Der Konflikt zwischen den Interessen der regimentsfähigen Familien und den zünftisch organisierten Handwerkern konnte schliesslich mittels einer Ehrenkommission geregelt werden.<sup>571</sup> Zum anderen zeigte sich in der vorsichtigen Haltung des Regiments eine generelle Tendenz, die nach dem Dreissigjährigen Krieg in den Kantonen zu beobachten ist. Die Stände stützten sich in einer schweren inneren Krisensituation vermehrt auf eigene ordnungssichernde Mittel und drohten mehr mit eidgenössischen Interventionen, als dass sie den Einsatz ausserkantonaler Truppen ernsthaft in Betracht gezogen hätten.<sup>572</sup> Der Einsatz von Truppen der eidgenössischen Orte im Innern wurde für Zürich seit der Mitte des 17. Jahrhunderts zunehmend zur Ultima Ratio.

Nach den Erfahrungen des innerstädtischen Konflikts von 1713 änderte hingegen das Regiment ohne Verzug die Verfassung und schuf sich eine geeignete rechtliche Grundlage zur Bewältigung von Unruhen in der Stadt. Der dritte Abschnitt des siebten „Geschworenen Briefes“ von 1713, des so genannten „Libells“, berechnete die Obrigkeit gegen Gesellschaften und Versammlungen vorzugehen, die wider die verfassungsmässige Ordnung gerichtet waren.<sup>573</sup> Zur Auflösung geheimer Vereinigungen und unliebsamer Versammlungen in der Stadt stand dem Regiment nun eine ganze Palette von Mitteln zur Verfügung. Sie reichte vom Einsatz der Miliztruppen und der ordnungssichernden Organe bis hin zur sozialen Ausgrenzung derjenigen Bürger, die Mitglieder geheimer Gesellschaften waren. Darüber hinaus verfolgte

---

und der Stäfner Handel“, in: Christoph Mörgeli (Hg.), Memorial und Stäfner Handel 1794/95, Stäfa 1995, 191 – 205, 191f.

<sup>569</sup> Bernhard Stettler, Die Eidgenossenschaft im 15. Jahrhundert: Die Suche nach einem gemeinsamen Nenner, Zürich 2004, 298 – 308, 306f.

<sup>570</sup> Saxer, Verfassungsreform 1713, 71 – 73.

<sup>571</sup> Staatsarchiv des Kantons Zürich (Hg.), Kleine Zürcher Verfassungsgeschichte, Zürich 2000, 33f.

<sup>572</sup> Peyer, Verfassungsgeschichte, 102.

<sup>573</sup> „Wann aber sich jemand, wer das wäre, darwider sezete, und diese sachen nicht stät halten wollte oder wann jemand desswegen einige gesellschaft oder versamlung suchete oder machete, wie er oder die so ihme oder ihnen hulfen, wider des burgermeisters, der rathen, der zunftmeisteren und des grossen raths erkantnuss, gericht, saz, oder ordnung thun wollten oder thäten, diesere widerspännige und ungehorsame und ihrer helffer, sollen alle meneyd und ehrlos auf ihrer leiber und güter unserer Stadt verfallen seyn, welche aber nicht ergriffen, noch an leib und gut gestraft wurden, die sollen auf alle zeit von unserer stadt Zürich verwisen seyn, wurde aber einer oder mehrere ob der that oder darnach in unserer stadt, oder in unseren gerichten und gebieten betreten, so solle man alsobald über ihm oder sie richten, als über meyneyde und übelthätige leüthe . (...)“. Der „Geschworenen Brief“ von 1713 ist abgedruckt in: Saxer, Verfassungsreform 1713, 91 – 109, 91 – 93.

das Regiment Kriminalverbrechen oder Frevel der Anführer der Unruhen rechtlich konsequent.<sup>574</sup>

Die Bestimmungen des siebten „Geschworenen Briefs“ von 1713 reichten dem Regiment bis zum Ende der 1760er Jahre weitgehend aus, um mit den vorhandenen politischen und juristischen Mitteln sowie dem Einsatz der ordnungssichernden Organe den innerstädtischen Krisensituationen zu entgegnen. Sie allein waren jedoch noch nicht ausschlaggebend für die Erfolge des Regiments gewesen. Von ebenso entscheidender Bedeutung waren zwei politische Entscheidungen der Obrigkeit. Zum einen war es ihre Einschätzung, die Krisensituationen seien nicht als systemgefährdend einzustufen. Zum anderen war es die Auffassung des Regiments, dass durch das Eingreifen der ordnungssichernden Organe die Unruhen auf die Stadt beschränkt werden konnten. Beide Entscheide bestärkten das Regiment in seiner Selbstüberzeugung, aus einer Position der Überlegenheit und Stärke heraus agieren zu können. Sie wirkten deeskalierend auf den Massnahmenplan des Regiments.

Dem Regiment gelang es auf diese Weise zwischen 1762 und 1769 eine Kette von fünf manifesten Konflikten zu meistern, in denen sich das aufgeklärt-patriachlistische Regiment mit schweren Vorwürfen der Jugendbewegung der politischen Patrioten, welche die Idee einer „Aufklärung von unten“ vertrat, konfrontiert war. Mit Stigmatisierungen, Diffamierungen, Kriminalisierungen der Protagonisten und der Verhängung von faktischen Berufsverboten sowie einer Schulreform, die den Zweck erfüllte, gutwillige Oppositionelle wieder zu integrieren, schaffte es das Regiment schliesslich, den radikalen Strang der oppositionellen Reformbewegung zu spalten und, aus der Sicht der Obrigkeit, unschädlich zu machen.<sup>575</sup> Verhaftungen, Verhöre und Verweise taten das Übrige, um die Lage zu beruhigen.<sup>576</sup> Die Lösung der innerstädtischen Konflikte zwischen 1762 und 1769 wurde ferner durch die Strukturen der Zunftverfassung stark begünstigt. Sie erlaubte es mit ihrer Fülle von privilegierten weltlichen und geistlichen Ämtern, die fehlende Diskussionsbereitschaft der Obrigkeit geschickt zu überspielen.<sup>577</sup>

Die Obrigkeit in Zürich war vor 1770 nur einmal, nämlich im so genannten „Bauerngespräch“ von 1766, in ernsthafte Bedrängnis geraten. Im Konflikt von 1766 ging es um die Frage, ob Zürich Truppen nach Genf entsenden sollte, um das dortige Patriziat gegen Aufständische zu schützen. Das Regiment hatte befürchtet, der Konflikt könnte sich mittels der Verbreitung einer Flugschrift auf die Bevölkerung der Landschaft übertragen und durch den Einbezug gebildeter Untertanen einen Emanzipationsprozess in Gang bringen. Das Regiment setzte 1766 noch einmal seinen gesamten Apparat mit Nachgängern, Kommissionen und Ober- und Landvögten in Bewegung, um ein Übergreifen des Konflikts von der Stadt auf die Landschaft zu verhindern. Es löste zunächst eine Denunziations- und danach eine Verhaftungswelle aus.

---

<sup>574</sup> In den meisten Fällen handelte es sich um Vorwürfe, die Zensur missachtet zu haben.

<sup>575</sup> In der Literatur werden die fünf Konflikte als Grebel-, Brunner, und Hottinger-Handel, als Bauerngespräch und als Zensuraffäre Meister bezeichnet. Vgl. zum gesamten Konfliktzyklus: Graber, *Bürgerliche Öffentlichkeit*, 81 – 165; Würzler, *Unruhen und Öffentlichkeit*, 110 – 115.

<sup>576</sup> Vgl. zum Konfliktzyklus 1762 – 1769 und den Massnahmen des Regiments: Graber, *Bürgerliche Öffentlichkeit*, 81 – 165

<sup>577</sup> Richner, *Der Politische Zustand*, 50f.

Dabei wandte die Obrigkeit auch das neue Fahndungsinstrument des Steckbriefes<sup>578</sup> an, um des Autors des „Bauerngesprächs“ habhaft zu werden.<sup>579</sup> Auf diese Weise gelang es dem Regiment, die Situation noch rechtzeitig unter Kontrolle zu bringen.

## **b) Die obrigkeitlichen Reaktionen auf den Konfliktzyklus zwischen 1762 und 1769**

Die Reaktionen des Regiments auf den Konfliktzyklus zwischen 1762 und 1769 blieben nicht ohne mittel- und langfristige Folgen. Sowohl aufseiten der radikalen Opposition wie auch in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschte nach dem rigorosen Durchgreifen der Obrigkeit ein Klima der Angst. Andersdenkende gingen in die innere Emigration oder wanderten aus. Ebenso sehr verbreitet war Resignation oder eine anpasserische Haltung an die vorherrschenden Verhältnisse und Strukturen.<sup>580</sup>

Nach den Ereignissen der 1760er Jahre war das Regiment von Furcht gezeichnet. Die Obrigkeit glaubte nun stets, zukünftige Konflikte in der Stadt könnten das Potenzial in sich tragen, einen Flächenbrand auf der Landschaft auszulösen, systemverändernden Charakter anzunehmen und vom politischen System nicht mehr verkraftet zu werden. Das Regiment leitete aus diesem Grund präventiv neue repressive Massnahmen ein. Rolf Graber erwähnt in diesem Zusammenhang die 1768 neu gegründete, obrigkeitsnahe „Ascetische Gesellschaft“. Sie hatte die Aufgabe, die Landgeistlichen in ihren Reformideen zu beeinflussen und sie zu Kontroll- und Disziplinierungsstellen in der sozialen Überwachung der ländlichen Unterschichten zu machen.<sup>581</sup>

Die Gründung der „Ascetischen Gesellschaft“ war nur ein Aspekt der obrigkeitlichen Gegenmassnahmen. Nach den Erfahrungen des Konfliktzyklus zwischen 1762 und 1769 stellte es eine ebenso bedeutsame Entscheidung des Regiments dar, den Einsatz von Miliztruppen auf der Landschaft auf eine neue rechtliche Basis zu stellen. Nach den Verfassungsunruhen von 1713 war zwar der Einsatz des Militärs in der Stadt Zürich geregelt worden. Der Einsatz der Truppen im Falle von Unruhen auf der Landschaft war jedoch unklar geblieben. 1770 bot die Reform der Militärorganisation nach preussischem Vorbild dem Regiment die Gelegenheit, im Rahmen der „Militär-Ordonanz für die Land-Miliz der Republik Zürich“ einen neuen „Ordnungsdienst“ zu schaffen.<sup>582</sup> Nun gehörte es auch zur landesväterlichen Sorgfalt, alles zur „Beybehaltung Unserer höchst-beglückten Staatsverfassung, und durch dieselbige, geniesenden unschätzbaren Freyheit und Wohlstand“ zu unternehmen.<sup>583</sup>

Der „Ordnungsdienst“ sah den Einsatz von Truppen zur Aufrechterhaltung der verfassungsmässigen Ordnung auch gegen die eigene Bevölkerung vor.<sup>584</sup> Das Regiment erweiterte damit

---

<sup>578</sup> Vgl. dazu Kapitel „Die intensivierten Fahndungsmethoden“.

<sup>579</sup> Vgl. Graber, *Bürgerliche Öffentlichkeit*, 101 – 106.

<sup>580</sup> Ebd., 106, 114f.

<sup>581</sup> Ebd., 120f.

<sup>582</sup> Vgl. Hans Rudolf Fuhrer, „Die Zürcher Miliz im Ordnungsdienst: Der bewaffnete Auszug von 1795 gegen die Stäfer Aufständischen“, in: Christoph Mörgeli (Hg.), *Memorial und Stäfer Handel 1794/95*, Stäfa 1995, 173 – 190, 174f. Die Bezeichnung „Ordnungsdienst“ ist anachronistisch, trifft jedoch den Sachverhalt.

<sup>583</sup> ZBZ XXXI: 769.

<sup>584</sup> Ebd.

in beträchtlichem Umfang seine Möglichkeiten, unter krisenhaften Bedingungen sowohl in der Stadt wie auf der Landschaft mit massiven Mitteln die Durchsetzung seiner Ordnungsvorstellungen zu garantieren. Es sollte jedoch noch anderthalb Jahrzehnte dauern, bis erstmals Miliztruppen zur Beruhigung der Lage auf der Landschaft eingesetzt wurden. Die erste derartige Aktion war 1784 gegen Stein am Rhein gerichtet.<sup>585</sup>

### **c) Die obrigkeitlichen Reaktionen auf die Zunftunruhen von 1777**

Die grössten Herausforderungen für das Regiment lagen zunächst aber nochmals in der Stadt. In den sogenannten Zunftunruhen von 1777 brach die innerstädtische Auseinandersetzung erneut auf.

Der Konflikt hatte sich 1777 an Allianzverhandlungen mit Frankreich entzündet. Die Gespräche waren vom Regiment zunächst geheim geföhrt worden. Die Zünfte hatte man erst kurz vor Vertragsabschluss informiert. Dieses heimliche Vorgehen des Regiments widersprach den Bestimmungen des Libells von 1713 eindeutig, da es die Zünfte vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen hatte. Die verbliebenen Vertreter der radikalen Aufklärungsbewegung nutzten die Wirren aus, um ihre alten Forderungen nach einer Revision des Wahlsystems und der Wahlpraxis zu erneuern. Im 1777 aufgebrochenen Konflikt zeigten sich aber nicht nur Verfassungsfragen und Veränderungswünsche der „Aufklärer von unten“, sondern ebenso sozialpolitische Anliegen der durch die Protoindustrialisierung zunehmend in Bedrängnis geratenen Handwerker.<sup>586</sup>

Die im Gegensatz zu den Konflikten der 1760er Jahre relativ breite Schicht der Unzufriedenen schuf sich auf dem Höhepunkt der Unruhen mit öffentlichen Tumulten und Reden auf der Rathausbrücke, einem Marsch vor das Rathaus sowie wilden und nächtlichen Zunftversammlungen oder Zusammenrottungen in den Gassen und auf den Plätzen der Stadt für ihre Anliegen eine Öffentlichkeit, die von der Obrigkeit nicht mehr kontrolliert werden konnte. Das Regiment empfand einerseits die Haufen der „ungebildeten Bürger“ an prominenten Stellen der Stadt als direkte Bedrohung seiner Autorität.<sup>587</sup> Andererseits befürchtete es, dass die Proteste in einen breiten öffentlichen Diskurs überzugehen drohten, sich noch mehr Bürger mobilisieren liessen und sich der Konflikt auch auf die Landschaft ausweiten könnte.<sup>588</sup>

Die Unruhen stellten für die Obrigkeit eine grosse Herausforderung dar, da diese sich nun zum ersten Mal im 18. Jahrhundert in turbulenten und lautstarken Protesten manifestierten. Die Stärke der Unruhen liess das Regiment aufschrecken. Es fürchtete sich insbesondere davor, dass sich die Zunftunruhen örtlich und inhaltlich ausweiten und das politische System grundsätzlich infrage stellen drohten.

---

<sup>585</sup> Vgl. dazu weiter unten in diesem Kapitel.

<sup>586</sup> Vgl. zu den Zunftunruhen und ihrer Einordnung: Graber, Bürgerliche Öffentlichkeit, 125 – 149.

<sup>587</sup> Ebd., 145.

<sup>588</sup> Ebd., 125, 141, 143.

Das Regiment griff aus Furcht vor Systemveränderungen hart durch.<sup>589</sup> Es besann sich zunächst auf die bewährte Strategie, welche es schon zehn Jahre zuvor mit Erfolg angewandt hatte. In einer ersten Phase reagierte die Obrigkeit mit Einschüchterungen, Stigmatisierungen und einer weiteren Spaltung der städtischen Opposition auf die Unruhen. In einer zweiten Phase sprach sie Verbote aus, lud die Protestierenden vor Kommissionen und liess sie abkanzeln. Das Regiment schreckte auch nicht davor zurück, die Anführer anzuklagen. Parallel zu diesen repressiven Massnahmen kam das Angebot des Regiments an die Oppositionellen, in obrigkeitlichen Reformkommissionen mitzuarbeiten. Die Obrigkeit sicherte sich mit der Einbindung ihrer Gegnerschaft erneut das Monopol auf die „korrekte“ Auslegung der Aufklärung und es gelang ihr, den Emanzipationsprozess in enge Bahnen zu lenken, ihn zu überwachen sowie die Grenzen des Fortschritts zu bestimmen. Die Massnahmen des Regiments während der Zunftunruhen von 1777 mündeten schliesslich in eine konservative Restabilisierungsphase, die bis zum Ende des Ancien Régime anhielt und zu einem Bedeutungsverlust der reformistischen Aufklärer führte.<sup>590</sup>

Das Regiment ängstigte sich noch bis zum Ende des Ancien Régime vor einer Wiederholung von Vorgängen wie in den Zunftunruhen.<sup>591</sup> Es suchte insbesondere nach Antworten auf die 1777 in Zürich erstmals angewandten Protest- und Aktionsformen des zunftunabhängigen öffentlichen Zusammenrottens.<sup>592</sup> Das Regiment liess als direkte Reaktion auf die Zunftunruhen von der Patrouillenkommission bereits 1778 ein Gutachten erstellen, in dem die Kommission dem Regiment Vorschläge unterbreiten sollte, wie den neuen Herausforderungen der Strassenproteste begegnet werden könnte.<sup>593</sup> Die Patrouillenkommission kam ihrem Auftrag nach und stellte den Räten noch im selben Jahr diesbezügliche Überlegungen vor, die sich ausdrücklich auf die innere Sicherheit der Stadt und die „dermaligen Zeitumstände“ bezogen.<sup>594</sup> Die Kommission sah im bestehenden System Lücken und Schwächen in der Überwachung des urbanen Raums und forderte als Konsequenz, künftig genügend Mittel einzusetzen, um ein „ständiges Augenmerk“ gewährleisten zu können.<sup>595</sup> Die von der Patrouillenkommission angestrebte Intensivierung der Präsenz der ordnungssichernden Organe innerhalb der Stadtmauern hatte zwei unmittelbare Auswirkungen: Zum einen zog sie die Reorganisation der Stadtwache von 1779 nach sich. Die neue Stadtwache garantierte dem Regiment dank einer Verdoppelung des Bestandes, aufgrund einer Verjüngung des Korps sowie wegen der Bildung einer Einsatzreserve auf der Hauptwache ein diszipliniertes Ordnungsmittel gegen Unruhen.<sup>596</sup> Zum anderen weitete das Regiment aufgrund des Gutachtens der Patrouillenkommission das Aufgabenfeld der Stadtwache beträchtlich aus. Sie bekam mit Wirkung ab Januar 1779 den expliziten Auftrag, „die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Innern der Stadt, und bey Gelegenheit wo eine grosse Volksmenge zusammen kömmt, hinlänglich zu

---

<sup>589</sup> Ebd., 133.

<sup>590</sup> Ebd., 126.

<sup>591</sup> Würgler, Unruhen und Öffentlichkeit, 114f.

<sup>592</sup> Ebd., 110.

<sup>593</sup> StAZ A 81.2, 12. Dezember 1778.

<sup>594</sup> Ebd.

<sup>595</sup> Ebd.

<sup>596</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Die Verdoppelung des Bestands und die Disziplinierung der Mannschaft“.



sichern.<sup>597</sup> Dieser allgemeine Auftrag umfasste neben militärischen auch zivile ordnungssichernde Aufgaben.<sup>598</sup> Diese bezogen sich in erster Linie auf die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung sowie auf die Kontrolle und eventuelle Festnahme von Frevlern und anderen verdächtigen Personen in der Stadt und den Vorstädten.<sup>599</sup> Vor 1779 hatte die Hauptaufgabe der Stadtwache lediglich darin bestanden, die Zugangskontrollen zur Stadt bei den Porten sicherzustellen.

#### **d) Die Wahrung von Ruhe und Ordnung in der Stadt seit 1779**

Den neuen Teilauftrag „Ruhe und Ordnung“ erfüllte die Stadtwache, indem sie ab 1779 an den Schauplätzen der Zunftunruhen von 1777 Schildwachen postierte. Diese Schildwachen hatten in erster Linie ordnungssichernde Aufgaben zu bewältigen. Gleichzeitig hatten sie aber auch weniger spektakuläre Ordnungsaufträge zu erfüllen.

Eine erste Schildwache hatte ihren Platz vor dem Rathaus. Sie sorgte dafür, dass vor dem Gebäude kein Gedränge und Lärm, d. h. gefährliche Situationen, entstehen konnten und die Strasse rein blieb. Die Wache musste gegenüber den Mitgliedern des Regiments Ehrbezeugungen leisten. Ferner musste sie verschiedene Mitteilungen, welche ihr von den Rats- und Kommissionsmitgliedern aufgetragen wurden, an die entsprechenden Adressaten weiterleiten.<sup>600</sup> Vor der Hauptwache stellte das Regiment 1778 die erste öffentliche Laterne der Stadt auf, um den Dienst der Stadtwächter vor der Wache und vor dem Rathaus zu erleichtern.<sup>601</sup> Die Laterne brannte jeweils vom Hereinbrechen der Nacht bis zum Schliessen der Porten.<sup>602</sup> Nach Christian Casanova war sie das Zeichen für den Anspruch der Obrigkeit, ihre Herrschaft auch in der stockdunklen Nacht durchzusetzen.<sup>603</sup>

Eine zweite Wache stand vor der Hauptwache („vor Gewehr“) auf der Rathausbrücke. Auch sie hatte allen hohen Persönlichkeiten Ehrbezeugungen zu leisten und vor dem Gebäude für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Unberechtigten Personen konnte sie den Zutritt zur Wachtstube verweigern. Die Soldaten vor der Hauptwache hatten ferner darauf zu achten, dass der Platz vor der Hauptwache sauber blieb und nicht mit Marktständen verstellt wurde. Ausserdem durfte niemand über die Rathausbrücke rennen oder galoppieren, geschweige denn auf der Brücke rauchen.<sup>604</sup> Ergaben sich auf der Rathausbrücke wegen Fuhrwerken Verkehrsschwie-

---

<sup>597</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 241; Züsli-Niscosi, Beiträge, 55. Vgl. dazu auch das Kapitel „Ruhe und Ordnung in der Stadt“. Zu den Kontrollfunktionen im Stadttinnern vor 1779 vgl. das Kapitel „Die Reorganisation der Stadtwache von 1779“.

<sup>598</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 56. Ich konzentriere mich im Folgenden auf die ordnungssichernden Aufgaben der Stadtwache.

<sup>599</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 55 – 63.

<sup>600</sup> Ebd., 56f.

<sup>601</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, 350.

<sup>602</sup> Ebd.

<sup>603</sup> Casanova, Nacht-Leben, 54. Christian Casanova, „Die Anfänge der Zürcher Strassenbeleuchtung“, in: Stadtarchiv Zürich (Hg.), Stadtarchiv Zürich: Jahresbericht 2005/2006, Zürich 2007, 93 – 96.

<sup>604</sup> Das Rauchverbot hatte nicht nur feuerpolizeiliche Gründe, sondern es wurden auch gesundheitliche und finanzielle Argumente ins Feld geführt. Vgl. dazu: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 188 – 190.

rigkeiten, so musste die Schildwache den verantwortlichen Korporal aus der Hauptwache herausrufen, der die Angelegenheit dann zu regeln hatte.<sup>605</sup>

Neben dem politischen Zentrum der Stadt, dem Rathaus, sicherte die Stadtwache seit 1779 mit weiteren statisch eingesetzten Schildwachen sensible Objekte in der Stadt. Sie standen vor den Zeughäusern, vor dem Helmhaus und vor dem Kaufhaus. Die Schildwache des Helmhauses hatte zu verhindern, dass sich unter dem Helmhausbogen und auf der oberen Brücke Menschenmengen ansammelten, Lärm veranstaltet oder geraucht wurde.<sup>606</sup>

Die Posten waren aufgrund der Erfahrungen der Zunftunruhen von 1777 allerdings nur während der Nacht besetzt. Die Stadtwächter sprachen konsequent alle Personen an, die sich in der näheren Umgebung der Gebäude ohne Laterne aufhielten. Vonseiten der Obrigkeit galt ihnen eine besondere Aufmerksamkeit, weil das Regiment in den dunklen Gestalten Teilnehmer von in den Zunftunruhen von 1777 so gefürchteten illegalen nächtlichen Zunftversammlungen vermutete. Eine hell leuchtende Laterne dagegen erleichterte den Stadtwächtern die Identifizierung von Personen und ermöglichte es, Delikte einfacher aufzuklären.<sup>607</sup>

Den Aufmarsch zu allen Schildwachen und die Wachtwechsel der Schildwachen befahl ein Korporal der Stadtwache. Er hatte zusammen mit zwei Soldaten der Stadtwache regelmässig auch innerhalb der alten Stadtmauern langsam, „still und ohne Geschwätz“ durch die Gassen der grossen und der kleinen Stadt zu patrouillieren, um die Schildwachen zu kontrollieren.<sup>608</sup>

Die Stadtwache hatte 1779 noch einen zweiten, neuen Auftrag erhalten, der mit einer wesentlichen Kompetenzerweiterung verbunden war. Der Stadtwache oblag es, Unfug und Frevel im Allgemeinen zu verhindern.<sup>609</sup> Dieser zweite Auftrag ist gleichermassen vor dem Hintergrund der Ereignisse von 1777 zu interpretieren wie die Reorganisation der Stadtwache selbst. Die Unterdrückung von Unfug und Frevel hatte mit dem neuen Auftrag an die Stadtwache einen stark polizeilichen Charakter angenommen. Er ermöglichte es ihr, Unruhen in ihrem Keim zu ersticken. Der zusätzliche Auftrag barg jedoch auch die Gefahr in sich, dass die Stadtwache auf jeden zwar harmlosen, aber Aufregung verursachenden Zwischenfall übersensibel reagierte.

Im Falle von tatsächlich nur lärmenden Personen schritt während des Tages die Korporalspatrouille der Stadtwache ein. Sie verwarnte zunächst lediglich die Krach schlagenden Personen. Doch bereits nach einem weiteren Vorfall arretierten die Stadtwächter die Ruhestörer und führten sie auf die Hauptwache ab. Nachts schritten auch die Schildwachen gegen Lärm und zusätzlich gegen Personen ohne Laterne in gleicher Weise ein.<sup>610</sup>

---

<sup>605</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 56.

<sup>606</sup> Ebd., 57.

<sup>607</sup> Ebd., 60; Casanova, Nacht-Leben, 52f.

<sup>608</sup> Vgl. Züsli-Niscosi, 58. Die Schildwachen wurden zusätzlich vom Adjutanten gelegentlich kontrolliert; vgl. ebd., 58.

<sup>609</sup> Ebd., 60.

<sup>610</sup> Ebd.

Es war ferner die Aufgabe der Korporalspatrouille, auch allgemein gegen Frevler vorzugehen.<sup>611</sup> Falls der Korporal mit seiner Patrouille der Lage nicht mehr Herr werden konnte, alarmierte er den Wachtmeister auf der Hauptwache. Dieser eilte mit vier Soldaten der Reserve aus der Hauptwache der Korporalspatrouille zu Hilfe.<sup>612</sup>

Die Einsätze der Stadtwache fanden als Ergänzung zu den Patrouillengängen der weiterhin bestehenden Bürgerwache statt. Die beiden ordnungssichernden Organe standen jedoch in keiner Konkurrenz zueinander, weil die Bürgerwächter entlang der äusseren Stadtmauern ihre Ronden drehten, um die Stadtmauern zu überwachen, während die Stadtwächter innerhalb der alten, inneren Stadtmauern wachten.<sup>613</sup>

Mit der Reorganisation der Stadtwache von 1779 fiel zwar die Festnahme von Unruhestiftern neu in den Kompetenzbereich der Stadtwächter. Die Laidung von Frevefällen hatte aber nach wie vor an die Reformationskammer zu erfolgen.<sup>614</sup> Die nach den Zunftunruhen von 1777 geschärfte Wachsamkeit der Obrigkeit und die intensiveren Kontrollen führten zu einem weiteren Anwachsen der bereits schon hohen Anzahl der der Reformationskammer gelaideten Fälle von Ehrverletzungen, Schelt- und Schlaghändeln, Verunglimpfungen, Unfugereien, Verwundungen und massiven Lärmklagen.<sup>615</sup> Das Sittengericht beschäftigte sich zu Beginn der 1780er Jahre zur Hauptsache mit Vorfällen dieser Art.<sup>616</sup> Die Reformationskammer besass aber weder die personellen Mittel noch die Kraft dazu, effizient gegen die zunehmende Gewalt, die vornehmlich von Jugendlichen verübt wurde, einzuschreiten. Die Herren der Reformationskammer fühlten sich überfordert. Sie traten die Verantwortung in aussergewöhnlichen Fällen deshalb gerne an den Kleinen Rat ab.<sup>617</sup>

Die Situation war zu Beginn der 1780er Jahre bereits kritisch, als 1783 ein aufsehererregender Skandal der Reformationskammer vollends über den Kopf zu wachsen drohte. Das Mädchen Regula Hess aus der zürcherischen Landgemeinde Wald wurde am 4. Februar 1783 im unteren Hirschengraben abends um halb acht von zwei Burschen gewalttätig angegriffen und so schwer misshandelt, dass es sich bei der Reformationskammer erst eine Woche später melden konnte.<sup>618</sup> Bei der Befragung des Mädchens am 17. Februar 1783 durch die Kammer stellte sich heraus, dass einer der Täter der Sohn des Stadtlieutnants war.<sup>619</sup> Die Reformationskammer war über den Vorfall so empört, dass sie den Skandal dem Kleinen Rat zur weiteren Behandlung überwies. Dieser beschloss einerseits die Bestrafung der Täter. Andererseits

---

<sup>611</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Die Verfolgung der Vergehen gegen Frevel“.

<sup>612</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 59.

<sup>613</sup> Ebd., 60.

<sup>614</sup> Vgl. dazu Kapitel „Die Verfolgung von Freveln durch die Reformationskammer“.

<sup>615</sup> Vgl. dazu: Casanova, Nacht-Leben, 83 – 93.

<sup>616</sup> Vgl. dazu die Protokollbücher der Reformationskammer: StAZ B III 173 – 189. Eine quantitative Auswertung fehlt allerdings. Wehrli spricht davon, dass im 18. Jahrhundert Schelt- und Schlaghändel „häufig“ von der Reformationskammer behandelt werden mussten; vgl. Wehrli, Reformationskammer, 135. Nach meinen Schätzungen waren es in der genannten Periode rund 40% – 50% der Fälle. Christoph Wehrli, „Die Reformationskammer: Das Zürcher Sittengericht des 17. und 18. Jahrhunderts“, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1967, NF 87, Zürich 1968, 17 – 39, insbes. 32f.

<sup>617</sup> Christoph Wehrli, Die Reformationskammer: Das Zürcher Sittengericht des 17. und 18. Jahrhunderts, (Diss.), Winterthur 1963, 166f.

<sup>618</sup> StAZ B III 187, 17. Februar 1783.

<sup>619</sup> Ebd.

erteilte er am 26. März 1783 der Reformationskammer den politischen Auftrag ein Gutachten zu erstellen, wie in ähnlich gelagerten Fällen zukünftig vorzugehen sei.<sup>620</sup> Die Reformationskammer wiederum setzte zur Beantwortung dieser Frage eine Kommission ein, die ihre Erkenntnisse am 18. November 1783 vor der Kammer präsentierte.<sup>621</sup> Diese Kommission beurteilte in ihrem Schreiben die Schwäche der Reformationskammer zunächst richtig, wenn sie folgerte, dass zur „würksamen Praecognition mehr oder minder wichtiger Unfugereien und Frevel“ eine Magistratsperson erforderlich sei, welche „die benötigten Hilfsmittel bey der Hand habe“ und zugleich die Gewalt besitze, sie auch einzusetzen.<sup>622</sup> Die Kommission erkannte im Stadthauptmann die einzige Person, die über alle erforderlichen Eigenschaften verfüge. Ihm komme die Anwendung dieser Gewalt zu.<sup>623</sup> Das Gutachten skizzierte gleich auch eine mögliche Lösung für das erweiterte Aufgabenfeld des Stadthauptmanns. Der Stadthauptmann solle in Frevefällen die Untersuchung vor Ort vornehmen, alle betroffenen Parteien verhören und allfällige Zeugen vernehmen. Zu seiner Pflicht gehöre es ebenso, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um den Täter zu „entdecken“, ihn sicher zu verwahren und dafür zu sorgen, dass schlimmere Folgen verhindert werden könnten. Der Stadthauptmann hatte nach den Vorstellungen der Kommission in seinem Handeln allerdings nicht vollkommen freie Hand. Er sollte sein Vorgehen und seine Anweisungen mit der „höheren Behörde“, d. h. mit dem Kleinen Rat, besprechen. Zur Unterstützung der Arbeit des Stadthauptmanns wurde ihm ein Sekretär aus der Staatskanzlei beigestellt.<sup>624</sup>

Die Reformationskammer hiess alle Vorschläge ihrer Kommission gut und legte sie dem Kleinen Rat vor. Dieser beschloss am 22. November 1784 definitiv, die Verfolgung von Unfugereien und Freveln bei Tag und in der Nacht von der Reformationskammer in die Hände des Stadthauptmanns „zu dessen „Bewältigung“ zu legen.“<sup>625</sup> Die Unfugereien und Frevel wurden im Ratsbeschluss ausdrücklich als „Zweig der Polizey“ bezeichnet.<sup>626</sup> Es ist für Zürich der früheste eindeutige amtliche Beleg für die Verbindung zwischen dem engen Policey-begriff und der inhaltlichen Einschränkung auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Setzt man darüber hinaus noch die Überlegungen der Reformationskammer in einen Bezug zur Begriffsentwicklung, so darf – unter einem Vorbehalt – von einer ersten Verwendung des modernen Polizeibegriffs avant les lettres gesprochen werden. Dieser Vorbehalt betrifft den Umstand, dass mit Polizey zu Beginn der 1780er Jahre immer noch eine Gruppe von Delikten, und nicht eine Institution umschrieben wurde.

Der Stadthauptmann nutzte seine neuen Befugnisse extensiv. Er geriet dabei ob der Frage der Grenzen seiner Ermittlungsmöglichkeiten in Kriminalfällen mit den anderen in den Prozess involvierten Gremien in Konflikt.<sup>627</sup> Es ging dabei um das grundsätzliche Problem, wer die Hoheit über die Untersuchung von Verbrechen besass. Bisher lag die Verantwortung eindeutig bei den richtenden Räten und Kommissionen. Mit dem Ausbau der Befugnisse des Stadt-

---

<sup>620</sup> StAZ B III 187, 18. November 1783.

<sup>621</sup> Ebd.

<sup>622</sup> Ebd.

<sup>623</sup> Ebd.

<sup>624</sup> Ebd.

<sup>625</sup> StAZ B II 1002, 22. November 1784.

<sup>626</sup> Ebd.

<sup>627</sup> StAZ B II 1040, 19. Juni 1793.

hauptmanns hatte sich das Schwergewicht jedoch schleichend auf sein Amt verlagert. Die Wachtkommission beschäftigte sich 1793 mit dieser Problemlage.<sup>628</sup> 1795 veröffentlichten die Räte aufgrund der Diskussion unter dem Titel „Instruction für den Herrn Stadthauptmann, die Polizey der Stadt betreffend“ ein neues Pflichtenheft für den Stadthauptmann.<sup>629</sup> Es stützte sich wesentlich auf die Ratsbeschlüsse und Begriffe von 1784, präziserte jedoch seine Stellung. Auf der einen Seite stärkte die Instruktion den Stadthauptmann, indem sie seine Tätigkeit in einem entscheidenden Punkt erweiterte: Die Instruktion von 1795 nahm die Ermittlung in Mord-, Selbstmord und Totschlagfällen in das Pflichtenheft des Stadthauptmanns auf. Damit trat der Stadthauptmann neben die Nachgänger, die er vor 1795 in solchen Kriminalfällen lediglich unterstützt hatte. Die Instruktion umschrieb sein Aufgabenfeld folgendermassen: „1. Bei sich ereignenden Unfugen und Freveln, Gelärm, Streitigkeiten, Schlägereien, Einbrüchen und Diebstählen – wenn davon sogleich Anzeige gemacht wird, sich der näheren Umstände des Vorfalls genau erkundigen. Nötigenfalls die Lokal-Untersuchung vornehmen. Die schleunigsten Vorkehrungen zu treffen, dass der Täter durch die Wacht, Harschiers oder auf gut befindende Weise, wenn es je möglich, entdeckt werde. (...) In wichtigen Fällen und wenn er es der Sicherheit halben nothwendig findet, in sichere Verwahr gebracht werde. (...) Bei Vorfällen von minderer Wichtigkeit ist auch der Reformation Kammer Anzeige davon zu machen. 2. Bei andern sich ereignenden Unglücksfällen wie Mord, Selbstmord, Totschlag, solle so geschwind als möglich der Herr Stadthauptmann (...) sich an Ort und Stelle begeben, die nötigen Polizey-Anstalten treffen und der Ursache des Unglücks durch die mit jedem nötig findenden aufzunehmenden Verhörnachforschungen ergründen und alles verfügen wird, was fernerem Unglück vorbeugen könnte.“<sup>630</sup>

Drei Jahre vor dem Ende des Ancien Régime war der Stadthauptmann zum unangefochtenen Koordinator der Gefahrenabwehr auf den Gebieten der äusseren und der inneren Sicherheit in der Stadt geworden, so wie ihn Franz Züsli-Niscosi beschrieben hat.<sup>631</sup> Obwohl der Stadthauptmann von Zürich somit am Ende des 18. Jahrhunderts eine starke Position im Gefüge der ordnungssichernden Organe der Stadt einnahm, reichte seine Macht jedoch nicht an diejenige des Lieutenant Général von Paris heran.<sup>632</sup>

<sup>628</sup> Suter, Kantonspolizei Zürich, 7.

<sup>629</sup> StAZ A 81.2, 12. Februar 1795.

<sup>630</sup> Ebd.

<sup>631</sup> Der Stadthauptmann übte nur über wenige Berufswächterstellen keine Befehlsgewalt aus. Dazu zählten die Profosen und die Turmhüter; vgl. Züsli-Niscosi, Beiträge, 42f.

<sup>632</sup> Für einen Vergleich mit der Pariser Polizei vgl.: Gerhard Sälter; Gerhard Sälter, Polizei und soziale Ordnung in Paris: Zur Entstehung und Durchsetzung von Normen im städtischen Alltag des Ancien Régime (1697 – 1715), (Diss.), (Studien zu Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M. 2004, insbes. 97 – 107, 461 – 469; vgl. zur Kritik an Sälter die Rezension von Jens Ivo Engels in: sehepunkte 4(2004), Nr. 12.

<[www.sehepunkte.historicum.net/2004/12/4347.html](http://www.sehepunkte.historicum.net/2004/12/4347.html)> [02.07.2010]. Vgl. auch: Gerhard Sälter, Urbanisierung, Migration und Kriminalität als Begründungskontext für die Entstehung von Polizei: Zur Entstehung einer eigenständigen Polizei im Paris des Ancien Régime, (PolicyWorkingPapers. Working Papers des Arbeitskreises Policy/Polizei in der Vormoderne 5), Berlin 2002. <<http://www.univie-ac.at/policy-ak>> [02.07.2010]. Vgl. auch: Emsley, Crime, Police and Penal Police, 63 – 66. Kritisch zur Vorbildfunktion der Pariser Polizei: Iseli, Bonne Police, 102 – 104. In der Zentralbibliothek Zürich befindet sich eine anonyme, 178 Seiten starke Schrift zur Policy und Polizei von Paris. „Mémoire sur l'administration de la Police, ou Tableau général des objects qu'elle reforme et de cequi est relatif à la Manutention à Paris fais en 1770, Présenté en 1771“ (ZBZ S 538). Diese Quelle weist darauf hin, dass in Zürich das Pariser Modell zumindest bekannt war.

Auf der anderen Seite beschränkte die Instruktion von 1795 den Stadthauptmann in seiner Tätigkeit auf die Voruntersuchung der Fälle: „(...) Dann aber ungesäumt den Regierenden Herrn Amtsbürgermeister von dem Vorfall berichten, den Procès-Verbal Hochdemselben zu Händen zu stellen und dessen weitere Dispositionen abzuwarten.“<sup>633</sup> Die Unterscheidung zwischen der Voruntersuchung und der eigentlichen Strafuntersuchung bildete nach Meinrad Suter bis ins 20. Jahrhundert Anlass zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Zürcher Polizei- und Justizbehörden.<sup>634</sup>

Die Bedeutung der Instruktion von 1795 liegt jedoch noch in einem weiteren Aspekt. Mit ihr wurde nun auch das Handeln des Stadthauptmanns als Polizey verstanden. Mit der allgemeineren Formulierung „Polizeyanstalten treffen“ der Instruktion wurde der Begriff „Policey“ nun endgültig von der Bezeichnung einer Gruppe von Delikten losgelöst und auf eine Person bzw. Institution übertragen. Der Policeybegriff fand damit im Ancien Régime sein vorläufiges inhaltliches und sprachliches Entwicklungsende.<sup>635</sup>

Die geschilderten Führungsstrukturen und -prozesse zur Wahrung der Sicherheit im Innern der Stadt galten in Friedenszeiten. In äusseren Krisensituationen, welche für die Stadt eine existenzielle Bedrohung bedeuteten, aber noch keine Kriegseignisse waren, trat in der Stadt seit 1778 die „Sturm- und Feuerordnung“ in Kraft.<sup>636</sup> Sie regelte die Krisenorganisation bei einem Grossbrand oder bei anderen Gefahren, d. h. bei „Sturm und Geläuff“, bis zum Übergang in eine Verteidigungsorganisation, die in der Militärordonnanz verankert war.<sup>637</sup>

Die Ordnungssicherung im Innern der Stadt blieb in Krisenlagen in der Hand der Stadtwache. Die Stadtwächter forderten insbesondere fremde Personen auf, die Wirtshäuser nicht zu verlassen und sich ruhig zu verhalten.<sup>638</sup> „Leute, welche ungebührlicher, sträflicher oder verdächtiger Aufführung auf den Strassen arretiert werden müssen, sollen unter erforderlicher Bedeckung von einem Wachtmeister und 4 oder 6 Mann [der Stadtwache] auf die Hauptwache geführt, und die Ursache ihres Arrests vom Stadt-Hauptmann getreulich rapportiert werden.“<sup>639</sup>

## **e) Unruhen auf der Landschaft**

In den beiden Konfliktperioden der 1760er und 1770er Jahren hatte das Regiment sich selbst bewiesen, dass es fähig war, sich anbahnende Unruhen in der Stadt effizient zu meistern und Massnahmen einzuleiten, um seine Position gegenüber der städtischen Oppositionsbewegung weiter zu stärken. Gleichzeitig blieb die Landschaft aber weiterhin ein steter Unsicherheitsfaktor. Auf politische Bewegungen der Landschaft, die gegen das Regiment und gegen das politische System gerichtet waren, reagierte der Rat deshalb äusserst gereizt. Ein Grund dafür lag im Bewusstsein, dass die Wirksamkeit der konventionellen Mittel der Obrigkeit auf der

---

<sup>633</sup> Ebd.

<sup>634</sup> Suter, Kantonspolizei Zürich, 7.

<sup>635</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Der Policeybegriff in Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts“.

<sup>636</sup> „Sturm- und Feuerordnung“, 1778, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, fünfter Band, Nr. XL.

<sup>637</sup> Ebd., 173.

<sup>638</sup> Sturm- und Feuerordnung 1778, 175.

<sup>639</sup> Ebd., 187.

Landschaft, nämlich die Nachgänger<sup>640</sup>, die Seelsorger und die Ober- und Landvögte sowie deren Unterbeamte in krisenhaften Situationen bescheiden blieb. Die wichtigsten Möglichkeiten der Obrigkeit auf ländliche Unruhesituationen im 18. Jahrhundert präventiv zu reagieren, bestand nach Andreas Würgler nicht nur in Zürich, sondern in der gesamten Eidgenossenschaft in der unablässigen Verkündung der Mandate, im Beharren auf ihre Einhaltung sowie in der Durchsetzung der Zensur und den Strafmassnahmen.<sup>641</sup> Die wenigen Patrouillenwächter bzw. Harschiere, die auf der Landschaft im Dienste der Obrigkeit streiften, wurden nämlich vorerst lediglich zur Abhaltung der Bettler und Vagierenden sowie der ihnen zugeschriebenen Kriminal- und Frevefälle eingesetzt.<sup>642</sup> In einer direkten Konfrontation mit protestierenden Untertanen wären diese ordnungssichernden Organe unterlegen gewesen. Als einziges Instrument für den Fall von Unruhen blieb der Obrigkeit die militärische Intervention mit Miliztruppen.

#### **f) Die Besetzung von Stein am Rhein von 1784**

Ein erstes Beispiel für den erfolgreichen obrigkeitlichen Einsatz der Truppen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Innern war die Besetzung von Stein am Rhein im Jahr 1784.<sup>643</sup> Die Stadtväter hatten trotz eines Verbotes aus Zürich die Werbung für nicht kapitulierende Schweizerregimenter zugelassen. Ein in dieser Sache mangelnder Gehorsamswille und eine gegenüber der Hauptstadt kritisch eingestellte Bevölkerung genügten bereits, damit der Grosse Rat im März 1784 beschloss, den Geheimen Rat und den Kriegsrat zu beauftragen, Stein am Rhein mit 567 Mann und 10 Artilleriegeschützen zu besetzen, um Ruhe und Ordnung herstellen zu lassen.<sup>644</sup> Nach einer 46tägigen Besatzung zogen die Truppen am 22. April 1784 wieder aus Stein am Rhein ab, nachdem sie ihre Mission erfolgreich erfüllt hatten. Die Unterdrückung einer Ungehorsamkeit schien jedoch nicht der einzige Grund für die Aktion gewesen zu sein. Das Regiment in Zürich benutzte die Gelegenheit, um eine inoffizielle Militärübung abzuhalten.<sup>645</sup>

#### **g) Der Stäfner Handel von 1794/95**

Der folgenschwerste Einsatz der Miliztruppen erfolgte zehn Jahre später im Stäfner Handel von 1794/95. Er bildete die Nagelprobe für die ordnungssichernden Organe und war zugleich der Wendepunkt in der Zürcher Revolutionsgeschichte.<sup>646</sup>

---

<sup>640</sup> Vgl. für einen erfolgreichen Einsatz von Nachgängern den so genannten „Kappenhandel“. Als 1794 ein Paket mit roten Freiheitsmützen der Jakobiner an ein Mitglied der Horgener Lesegesellschaft geliefert worden war, meldete der Landvogt von Wädenswil diesen Vorfall an die Obrigkeit in Zürich. Diese schickte darauf die beiden Nachgänger zur Untersuchung der Angelegenheit in die Seegemeinde. Sie konnten den Vorfall klären; vgl. Wolfgang von Wartburg, Zürich und die französische Revolution, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 60), Basel 1956, 200 – 202.

<sup>641</sup> Würgler, Unruhen und Öffentlichkeit, 226 – 239.

<sup>642</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Bedrohung von aussen: Bettler und Vagierende“.

<sup>643</sup> David Nüscheler, Geschichte der Zürcherischen Artillerie, (Neujahrsblatt der Feuerwerker-Gesellschaft LIII), Zürich 1858, 346 – 348.

<sup>644</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 277.

<sup>645</sup> Nüscheler, Zürcher Artillerie, 348.

<sup>646</sup> Wartburg, Zürich und die französische Revolution, 207. Vgl. zur Einordnung des Stäfner Handels in die Zürcher Revolutionsgeschichte: Carlo Moos, „Abbild der Schweiz?: Zürich zwischen Revolution und Nationbil-

Im November 1794 entstand in der dörflichen Oberschicht des sich in der Industrialisierung befindlichen Zürichseedorfes Stäfa eine Bittschrift an die Obrigkeit. In ihr verlangten die Mitglieder der Lese-gesellschaft eine gemeinsame Verfassung für Stadt und Land, die Handels- Berufs- und Studierfreiheit, gerechtere Zins- und Steuererhebungen sowie eine einheitliche militärische Beförderungspraxis für Stadt und Landschaft. Das Regiment in Zürich bekam umgehend Kenntnis von diesen Vorgängen. Es versuchte, über die Landvögte beschwichtigend auf die Stäfner einzuwirken, um eine weitere Verbreitung des Memorials zu verhindern. Gleichzeitig war die erzürnte Obrigkeit bestrebt, die Verfasser des Textes und die Anführer der Bewegung verhaften und verhören zu lassen. Das harte Vorgehen des Regiments führte statt zu einer Beruhigung der Lage zu deren Verschärfung. Die ersten Verbannungsurteile Mitte Januar 1795 brachten eine weitere Verhärtung der Fronten.<sup>647</sup>

Das Regiment hatte bereits im November 1794 erstmals vor Neuerungen und Umsturzversuchen gewarnt. Eine Proklamation des Kleinen und des Grossen Rates vom 26. Januar 1795 mahnte nun erneut vor den „böswilligen und ruhestörenden Eingebungen neuerungssüchtiger Leuten“.<sup>648</sup> Doch auch die Diskreditierung der Anführer von Stäfa konnte die einsetzende revolutionäre Bewegung nicht mehr stoppen. Im Frühjahr 1795 wurden am Zürichsee Freiheitsbäume aufgerichtet und es hatten sich schon breite Schichten der Dorfbevölkerung in Versammlungen in Stäfa und anderenorts gegen die Obrigkeit in der Stadt solidarisiert. Die Führer der Freiheitsbewegung weigerten sich, sich nach Zürich zitieren zu lassen und gingen stattdessen auf die Suche nach den alten Freiheitsbriefen. Damit hatte sich nach der Ansicht des Regiments die Situation dramatisch verschlechtert. Der Grosse Rat bereitete sich daraufhin vor, die Lage gewaltsam zu bereinigen. In einer Verlautbarung vom 30. Juni 1795 schrieb er: „Damit nun alle gute Ordnung und Sicherheit nicht gänzlich zerrüttet, das unabsehbare Elend und die unaussprechlich traurigen Folgen innerer Empörung, auf unserer Landschaft verbreitet, und dadurch jedermann, besonders aber die stillen, ruhigen und rechtschaffenen Einwohner in das grösste Unglück und Verderben gestürzt werden, - so sehen Wir Uns in die unausweichliche Nothwendigkeit gesetzt, nach Unserer schon zweimal gethanen öffentlichen und feyerlichen Erklärung, den von Gott Uns verbleibenen obrigkeitlichen Gewalt zu Abwendung dieses Unglücks zu gebrauchen.“<sup>649</sup> Die Obrigkeit stufte damit die Vorgänge in Stäfa als systemgefährdende Unruhen ein.<sup>650</sup> Nur wenige Tage nach der Erklärung des Grossen Rates bezeichneten beide Räte in einem weiteren Dokument die Anführer des Stäfner Handels denn auch als „Stifter und Ausbreiter von Aufruhr“ bzw. als „Unruhestifter“, die „Stadt und Land hinter einander“ bringen und die „glückliche Verbindung derselben zu trennen“ beabsichtigen.<sup>651</sup> Es sei nun die Aufgabe der Obrigkeit dafür zu sorgen, dass „zur Ruhe, Ordnung und

---

dung“, in: Zürich 650 Jahre eidgenössisch, hg. vom Staatsarchiv des Kantons Zürich und von der Zentralbibliothek Zürich, Zürich 2001, 90 – 126, 91 – 97.

<sup>647</sup> Ich verzichte hier auf die detaillierte Schilderung des weiteren Verlaufs des Stäfner Handels. Vgl. dazu Christoph Mörgeli (Hg.), Memorial und Stäfner Handel 1794/95, Stäfa 1995 und die dort aufgeführte Literatur.

<sup>648</sup> StAZ III AAb 1.16, 26. Januar 1795.

<sup>649</sup> StAZ III AAb 1.16, 30. Juni 1795.

<sup>650</sup> Besonders deutlich wird die Sichtweise des Regiments in einem Dokument, das die Kanzlei im Herbst 1795, also nach den Unruhen, veröffentlichte. Darin ist von einem „höchst gefährlichen Memorial“, „gefährlichen Anschlägen gegen die Ruhe des Landes“ und „unrechtmässiger Gewalt“ die Rede; vgl. StAZ III AAb 1.16, 2. September 1795.

<sup>651</sup> StAZ III AAb 1.16, 13. Juli 1795.



zum Gehorsam“ zurückgekehrt werde.<sup>652</sup> Das Regiment schuf mit der Feststellung von drohenden Unruhen die Voraussetzungen für eine militärische Intervention.<sup>653</sup> Es bot das Piquet der Zürcher Miliz auf<sup>654</sup> und bat, aufgrund der eidgenössischen Bündnisverpflichtungen, verschiedene Stände um Bundeshilfe.<sup>655</sup> Das Regiment verzichtete schliesslich auf die Abrufung der einsatzbereiten Truppen aus den anderen Kantonen und setzte lediglich eigene Truppen ein.<sup>656</sup>

Der Geheime Rat beschloss den Militäreinsatz am 1. Juli 1795. Als offizielle Begründung nannte er die Widersetzlichkeit der Gemeinde Stäfa, die in einen offensichtlichen Ungehorsam übergegangen sei. Das Regiment sah sich nun genötigt, „diese verblendete und in offenbarem Aufruhr begriffene Gemeinde mit der nöthigen Militärgewalt zum Gehorsam zu bringen.“<sup>657</sup>

Während die Mobilisierung der Miliz gegen Stein am Rhein elf Jahre zuvor noch problemlos verlaufen war, stiess vor dem Hintergrund der Französischen Revolution das geplante militärische Vorgehen der Obrigkeit gegen die Aufständischen in Stäfa und den anderen kontestierenden Gemeinden bei der Zürcher Landbevölkerung auf erheblichen Widerstand.<sup>658</sup> Der Kriegsrat liess nach der Mobilisierung mit insgesamt 3433 Mann ein Dispositiv beziehen, das den Aufständischen die Übermacht der Obrigkeit drastisch vor Augen führen sollte.<sup>659</sup> Die militärische Besetzung Stäfas erfolgte schliesslich am 5. Juli 1795 ohne Gegenwehr. Die Hauptangeschuldigten konnten durch die Truppe festgenommen werden. Sie mussten sich vor der Obrigkeit verantworten. Im Herbst 1795 sprachen die „beid Rät“ trotz der Todeswürdigkeit des Verbrechens nur lebenslängliche Haftstrafen für die Hauptverantwortlichen aus. Kurze Zeit später kam es in Zürich zu einer exemplarischen Scheinhinrichtung. 260 weitere Per-

---

<sup>652</sup> Ebd.

<sup>653</sup> Hans Rudolf Fuhrer sieht im Truppeneinsatz von 1795 einen subsidiären Einsatz zugunsten des Regiments. Aus meiner Sicht kann die Situation von 1795 nicht mit dem Begriff der Subsidiarität beschrieben werden, da der Begriff zum einen eine anachronistische Bezeichnung ist und zum anderen eine Trennung von äusserer und innerer Sicherheit sowie ein funktionierendes Polizeiwesen voraussetzt. Zumindest die klare Trennung der Sicherheitsbereiche war in der Endphase des Ancien Régime nicht gegeben und die Harschiere kamen auch in den ersten Phasen des Konflikts nicht zum Einsatz. Die entscheidenden Akteure auf der Seite der Obrigkeit waren die Untersuchungskommission, die Ober- und Landvögte, die Untervögte sowie einzelne Gemeindebeamte. Sie traten zudem eher in ihrer politischen als in ihrer ordnungssichernden Funktion auf. Die Obrigkeit sah zudem im Einsatz der Miliztruppen ein Mittel, das sie direkt zur Bewältigung von Unruhen einsetzen konnte und nicht erst unter der Bedingung, dass die schon eingesetzten ordnungssichernden Organe in ihrer Aufgabenerfüllung überfordert gewesen wären. Vgl. Fuhrer, *Zürcher Miliz im Ordnungsdienst*, 187.

<sup>654</sup> StAZ III AAb 1.16, 20. Juni 1795.

<sup>655</sup> Zur eidgenössischen Intervention und zum Truppeneinsatz im Rahmen des Stäfner Handels vgl.: Fuhrer, *Zürcher Miliz im Ordnungsdienst*, 173 – 190; Hans Rudolf Fuhrer, „Die Zürcher Miliz im Ordnungsdienst“, in: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift ASMZ* 7/8(1995), 40 – 45; Christoph Mörgeli, „Militärische Besetzung der aufständischen Gemeinde Stäfa: Erinnerung an den Einmarsch vom 5. Juli 1795“, in: *NZZ* Nr. 152 vom Mittwoch, 5. Juli 1995.

<sup>656</sup> Es kam auch vor, dass Zürcher Truppen in andere Gegenden der Eidgenossenschaft geschickt werden sollten, um Aufstände niederzuschlagen. So standen 1756 500 Mann bereit, um sich in die Leventina zu verschieben. Es kam jedoch nicht zu einem Einsatz, weil die Urner die Situation selbst unter Kontrolle bringen konnten; vgl. *Memorabilia* 1790, 340.

<sup>657</sup> Zitiert nach: Fuhrer, *Zürcher Miliz im Ordnungsdienst*, 42.

<sup>658</sup> Vgl. StAZ A 143.3, S. 186f. Franz Gut, „Im Dienste unserer Gnädigen Herren von Zürich: Eine Strafexpedition nach Stäfa“, in: *Vom Luxus des Geistes: Festschrift zum 60. Geburtstag von Bruno Schmid*, Zürich 1994, 213 – 240, 220 – 225.

<sup>659</sup> Gut, *Strafexpedition*, 228.

sonen aus den Gemeinden rund um den Zürichsee wurden wegen der Teilnahme am Aufstand zu Kerkerhaft, Verbannung, Bussen oder Ehrenstrafen verurteilt.

Die Schlussbilanz der militärischen Intervention fiel für die Obrigkeit nicht nur kurz-, sondern auch mittelfristig negativ aus. Das Regiment hatte auf der Landschaft mit der Besetzung Stäfas zwar Furcht und Schrecken verbreitet und den Gehorsam der Landschaft wieder erzwungen. Es konnte die Oppositionsbewegung trotz der harten Gerichtsurteile jedoch nur vorübergehend unterdrücken.<sup>660</sup>

Die bisher geübte patriarchalische Haltung des Regiments gegenüber der Bevölkerung der Landschaft und die typische Vertrauensrhetorik blieben seitens der Obrigkeit auch nach 1795 bestehen, was nicht zuletzt das „Politische Handbuch“ von David von Wyss belegt. Aus der Sicht der eingeschüchterten Landbevölkerung war das vermeintlich väterliche Auftreten der Obrigkeit spätestens nach dem Stäfner Handel aber zur Farce geworden. Man erduldete es noch gezwungenermassen, aber akzeptierte es immer weniger. Bis zum Ende des Ancien Régime 1798 herrschte auf der Landschaft „die gefährliche Stille eines unterdrückten Volkes“ vor, wie ein anonymes zeitgenössisches Beobachter es formulierte.<sup>661</sup>

Unter diesen Umständen stellte sich für die Obrigkeit die Frage, inwieweit die Landschaft überhaupt noch regierbar war und ob das Regiment in der Lage war, eine militärische Kontrolle über die Landschaft auszuüben. Im Stäfner Handel von 1794/95 war eine Mehrheit der Miliztruppen gegenüber der Obrigkeit immerhin noch überwiegend loyal eingestellt gewesen. Doch die Schwierigkeiten und Zugeständnisse in der Mobilisierungsphase von 1795 zeigten dem Regiment deutlich die Grenzen und die grundsätzliche Problematik der zürcherischen Milizorganisation auf: Wie verlässlich sind in einer innenpolitischen Krisensituation die Truppen der Landschaft?

Das Regiment fand nach 1794/95 keine befriedigende Antwort mehr auf diese existenzielle Frage. Hinzu kam ein weiterer Unsicherheitsfaktor: Das Regiment konnte sich der Durchhaltetätigkeit der loyalen Truppenteile nicht sicher sein. Im Stäfner Handel war den Truppen nämlich ein Einsatz von zwei Wochen angekündigt worden. Der tatsächliche Einsatz dauerte insgesamt zwischen sechs und neun Wochen und fand bei schlechtem Wetter statt. Selbst bei treuen Soldaten rief diese lange Abwesenheit von ihren Höfen, Feldern oder Werkstätten grossen Unmut hervor.<sup>662</sup>

Die schlimmsten Befürchtungen des Regiments bewahrheiteten sich nur drei Jahre später in der Todesstunde des Ancien Régime. In den turbulenten Ereignissen zwischen dem 13. Dezember 1797 und dem 6. Februar 1798, dem Tag der Selbstauflösung des Ancien Régime in Zürich, verloren die Räte in Zürich mit dramatischer Geschwindigkeit jegliche

---

<sup>660</sup> Wartburg, Zürich und die französische Revolution, 247 – 251; Mörgeli, Militärische Besetzung, 51; Rolf Graber, Zeit des Teilens: Volksbewegungen und Volksunruhen auf der Zürcher Landschaft 1794 – 1804, (Hab.), Zürich 2003, 167.

<sup>661</sup> Zitiert nach: Fuhrer, Zürcher Miliz im Ordnungsdienst, 45.

<sup>662</sup> Franz Gut wertete einen Brief eines Winterthurer Freifährnichts aus, der von der schlechten Stimmung unter den Soldaten berichtete; vgl. Gut, Strafexpedition, 233 – 235.

Kontrolle über die Landschaft.<sup>663</sup> Proklamationen der Obrigkeit wurden in den Gemeinden wenn nicht verhöhnt, so doch mit Gleichgültigkeit zur Kenntnis genommen. Die Gemeinden errichteten Freiheitsbäume, die nur in einigen wenigen Fällen von den Dorfvorgesetzten wieder entfernt wurden. Gemeindeversammlungen unter der Anwesenheit von obrigkeitlichen Repräsentanten arteten in der Regel in Beschimpfungen und Tumulte aus.

Der Grosse Rat beschloss am 29. Januar 1798, die Unruhen dem „traurigen Zeitpunkte“ zuzuschreiben. Diese verharmlosende Einschätzung war fern von jeder Realität. Die Obrigkeit hatte faktisch keinen Einfluss mehr auf die Vorgänge und Geschehnisse. Dem Truppenaufgebot zur Unterstützung von Bern vom 31. Januar 1798 leistete die Landschaft keine Folge mehr. Man wolle die Berner nicht in der Unterdrückung der Waadtländer unterstützen, lautete die Begründung. Der Geheime Rat konnte daraufhin lediglich noch feststellen, dass auf der Landschaft die völlige Anarchie ausgebrochen war. Einem zweiten Aufgebot folgten nur 20% der Miliztruppen der Landschaft, nachdem zuvor ein neu einberufener Kongress von Gemeindeabgeordneten die Mobilisierung offiziell abgelehnt hatte. Paul Usteri konnte am letzten Tag des alten Regiments nur noch konstatieren, dass der obrigkeitliche Arm völlig gelähmt und die Regierung ohne Kraft sei.<sup>664</sup>

### 5.2.2.2 Verbreitung von verleumderischen Schriften

Es waren nicht nur die manifesten Auseinandersetzungen, die an den Grundfesten des zürcherischen Stadtstaates des 18. Jahrhunderts nagten. Für die Obrigkeit besaßen auch kritische politische Texte und Bilder die Kraft, die gesellschaftliche und religiöse Ordnung zu gefährden. Ihre Verbreitung zählte nach David von Wyss ebenfalls zu den Taten, welche die Ruhe des Vaterlandes stören konnten.<sup>665</sup> Die Zürcher Obrigkeit betrachtete es deshalb als ihre Pflicht, durch eine Zensur die unumstösslichen Staatswahrheiten präventiv zu schützen und Angriffe auf sie zu ahnden.<sup>666</sup> Das Regiment liess gegen Ende des 18. Jahrhunderts immer dann besondere Härte in der Zensur walten, wenn es Schriften oder Druckgrafiken als existenzbedrohlich betrachtete. Durch die Zensur sollte das Definitionsmonopol dessen, was im Stadtstaat jeweils als Norm bzw. Wahrheit anzusehen sei, unbedingt gewahrt werden.<sup>667</sup>

Die Aufsicht der Kommission über die Druckerzeugnisse setzte früh ein. Die siebenköpfige Zensurkommission, der sowohl geistliche wie weltliche Mitglieder angehörten, wachte darüber, dass nichts gedruckt wurde, was „der Ehre und Ruhe Unseres politischen Standes nachtheilig und verweislich: oder der Ehrbarkeit und guten Sitten anstössig seyn, und zum Aergermiss gereichen könnte.“<sup>668</sup> Gemäss der „Censur-Ordnung“ von 1758 sollten alle Manu-

---

<sup>663</sup> Vgl. zu den folgenden Angaben: Wartburg, Zürich und die französische Revolution, 414 – 424.

<sup>664</sup> Ebd., 423.

<sup>665</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 127.

<sup>666</sup> Christoph Guggenbühl, Zensur und Pressefreiheit: Kommunikationskontrolle in Zürich an der Wende zum 19. Jahrhundert, (Diss.), Zürich 1996, 37.

<sup>667</sup> Guggenbühl, Zensur, 42f.

<sup>668</sup> „Ordnung wegen der Censur der Bücher“, als Teil der Predicanten-Ordnung in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. I, 79.

skripte vor dem Druck der Zensurkommission vorgelegt werden. Die Drucker verpflichteten sich durch ein Handgelübde, diese Kontrollvorschriften einzuhalten.<sup>669</sup>

Dem Regiment reichte die Überwachung des Druckvorgangs allein nicht aus. Es wollte auch verbotene Schriften aus dem Umlauf nehmen. Den Kommissionsmitgliedern kam deshalb die zusätzliche Aufgabe zu, ein „wachsames Auge“ auf die Kataloge der Buchhändler zu richten.<sup>670</sup> Die „Censores“ besuchten zudem Buchauktionen, Leihbüchereien und die Bücherverkäufer auf den Jahrmärkten, bei denen „manchmal allerley ärgerliche, und solche Bücher, Lieder, Kupferstücke u .d. gl. gefunden werden, die zur Üppigkeit und Leichtfertigkeit Anlass geben“ und zogen die indizierten Schriften und Grafiken aus dem Verkehr.<sup>671</sup>

Auf der Landschaft wachten die Pfarrer, insbesondere in den Schulen, über die verwendeten Briefe, Bücher und Schriften.<sup>672</sup>

Die Zensurkommission besass ein Weisungsrecht gegenüber den Autoren, den Druckern und den Verkäufern der Schriften. Konnten die Zensoren ein Zuwiderhandeln nicht selbstständig regeln, brachten sie den Casus vor den Kleinen Rat.<sup>673</sup>

Der Verlauf der Zensurverfahren war von seiner politischen Brisanz abhängig. In geringfügigen oder einfacheren Fällen blieb das Vorgehen in der Hand der Kommission. Sie konnte zu ihrer Unterstützung die Nachgänger für die Verhöre von Druckern oder Setzern beiziehen.<sup>674</sup> In Fällen mit heiklen politischen Implikationen hielt der Geheime Rat oder der Kleine Rat das Heft selbst in Hand. Er setzte in der Regel eine Ehrenkommission ein und verliess sich auf die Erkenntnisse der Nachgänger.<sup>675</sup>

Die Zunftunruhen hinterliessen auch im Bereich der Zensur ihre tiefen Spuren. Die Obrigkeit verschärfte 1779 die Sanktionen gegen in Umlauf gebrachte Pamphlete in einem drastischen Ausmass, weil sie ein Übergreifen gefährlicher Ideen auf die Landschaft unbedingt verhindern wollte. Wer in den Besitz einer zensierten Schrift gelangte, musste sie nach 1779 unverzüglich vernichten. Es war ihm ferner untersagt, den Inhalt des Textes weiter zu verbreiten. Kam er dieser Vorschrift nicht nach, galt er in den Augen der Obrigkeit gar als Verfasser des Textes. Der Besitz verbotener Texte wurde mit dem Verlust des Bürgerrechts bestraft.<sup>676</sup>

---

<sup>669</sup> Censur-Ordnung 1758, 79f bzw. 83.

<sup>670</sup> Ebd., 83.

<sup>671</sup> Ebd., 83.

<sup>672</sup> Ebd., 35.

<sup>673</sup> Ebd., 83.

<sup>674</sup> Vgl. als Beispiel das Zensurverfahren gegen Heinrich Meister im Jahre 1769. Die Akten dazu wurden von Heinrich Breitingen in einer Artikelserie aufgearbeitet: Heinrich Breitingen, „Heinrich Meister’s Press-Affaire von 1769“, in: Neue Zürcher Zeitung, vom 16. April 1883 bis 20. April 1883. Als Ergänzung: ders., „Aus dem Nachlasse Jakob Heinrich Meisters“, in: Zürcher Taschenbuch 1885, Zürich 1885, 83 – 99.

<sup>675</sup> Vgl. als Beispiel das Verfahren gegen die Zeitschrift „Der Erinnerer“ und das so genannte „Bauerngespräch“ 1767. Vgl. Bettina Volz-Tobler, Rebellion im Namen der Tugend: „Der Erinnerer“ – Eine Moralische Wochenschrift, Zürich 1765 – 1767, (Diss.), Zürich 1997, 259 – 268.

<sup>676</sup> StAZ III AAb 1, 297. Vgl. auch: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 190.

Die Zensur war nach den Zunftunruhen von 1777 definitiv zu einem Herrschaftsinstrument des Regiments geworden.

### 5.2.2.3 Untreues Verwalten, Korruption und Betrug

Das untreue Verwalten von öffentlichen Einkünften und die Annahme von „Mieth und Gaben“ im Richteramt zählten ebenfalls als Staatsverbrechen, da sie das Vertrauen in die Obrigkeit zu unterlaufen drohten.<sup>677</sup> Beide Taten wurden aber nur in schweren Fällen mit dem Tod bestraft.<sup>678</sup>

Die Haltung der Obrigkeit gegenüber Veruntreuungen durch Beamte war zwiespältig. Auf der einen Seite konnte sie es nicht zulassen, dass die öffentlichen Rechnungen untreu geführt wurden. Mehrere aufsehererregende Fälle solcher Art in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts weisen auf eine ernst zu nehmende Problematik hin.<sup>679</sup> Wissenschaftliche Untersuchungen über das Ausmass der ungetreuen Verwaltung von staatlichen Einkünften und über Korruption im Richteramt sind allerdings nicht vorhanden. Auf der anderen Seite verfolgte die Obrigkeit erkannte Veruntreuungs- und Korruptionsfälle nur widerwillig. Sie setzte alles daran, neben den Beschuldigten auch die Ankläger zu bestrafen, um sie einzuschüchtern.<sup>680</sup> Das eigenwillige Vorgehen der Obrigkeit ist vor einem politischen Hintergrund zu sehen. Die vehementesten Anklagen gegen Veruntreuung und Korruption stammten aus dem Umfeld der oppositionellen Patrioten. Sie betrachteten einen Amtsträger als unwürdig, wenn er nicht ihrem strengen Tugendideal entsprach.<sup>681</sup> Der bekannteste Fall ist derjenige von Felix Grebel, dem ehemaligen Landvogt von Grüningen, aus dem Jahr 1762.<sup>682</sup> Aus polizeigeschichtlicher Perspektive besonders interessant ist, dass der Kleine Rat nach dem Eingang der Anklagen eine Ehrenkommission zur Untersuchung der Vorwürfe einsetzte und zwei Mitglieder dieses Gremiums<sup>683</sup> in das Haus von Felix Grebel sandte. Sie bekamen die ordnungssichernde Aufgabe, ein Inventar der vorgefundenen Wertgegenstände aufzunehmen und die Objekte mit einem Siegel zu versehen. Sie hatten ferner den Auftrag, alle kursierenden Verdächtigungsschriften, welche die Landvogtei Grüningen betrafen, zusammenzutragen und der Ehrenkommission vorzulegen. Ein von der Struktur her ähnlicher, wenn auch weit weniger gravie-

---

<sup>677</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 127.

<sup>678</sup> Wettstein, Todesstrafe, 77.

<sup>679</sup> Vgl. als Beispiel die Predigt des Landpfarrer Elias Balber, die er 1766 anlässlich der Einsetzung eines neuen Landvogtes für die Landvogtei Kyburg hielt. ZBZ VII: 265. Nr. 8.

<sup>680</sup> Volz-Tobler, Rebellion im Namen der Tugend, 227.

<sup>681</sup> Johann Jacob Bodmer berichtete vom Fall des Zunftmeisters Brunner, der sich an einer öffentlichen Kasse vergriffen hatte. Nachdem ein Patriot moralischen Druck auf den Fehlbaren ausgeübt hatte, zahlte dieser den Betrag zurück, zeigte sich selbst beim Amtsbürgermeister an und floh aus der Stadt. Einige Zeit später wurde Brunner die Strafe vom Kleinen Rat erlassen. Vgl.: Heinrich Morf, Vor hundert Jahren, (Neujahrsblatt der Hülfs-gesellschaft Winterthur V), Winterthur 1867, 45.

<sup>682</sup> Vgl. zu Fall Grebel: Gustav Strickler, Lavater und Landvogt Grebel in Grüningen: Nach den Akten auf dem Staatsarchiv und der Stadtbibliothek in Zürich, Zürich 1902; ZBZ Gal XVIII: 2044.

<sup>683</sup> Die beiden Mitglieder des Kleinen Rates waren nicht identisch mit den Nachgängern, die zu dieser Zeit amtierten. Vgl. StAZ B II 920.

render Fall ereignete sich wenige Jahre später in Dättlikon. Der dortige Pfarrer Caspar Hottinger wurde 1765 der Veruntreuung beschuldigt.<sup>684</sup>

Sowohl im Fall Grebel wie im Fall Hottinger wurden Stadtbürger angeklagt, die in angesehenen Ämtern auf der Landschaft tätig waren. Als Untersuchungs- und Gerichtsbehörde handelte deshalb der Kleine Rat. Die Nachgänger kamen nicht zum Zuge, weil beide Fälle grosses Aufsehen erregt hatten und der Kleine Rat die Untersuchung deshalb selbst führen wollte.<sup>685</sup>

Der Betrug galt im 18. Jahrhundert als weiteres Staatsverbrechen. Der Staat sah es als seine Aufgabe an, seine Untertanen umfassend vor betrügerischen Handlungen und Leichtgläubigkeit zu schützen.<sup>686</sup> Die Tatbestände, die unter dem nicht klar definierten Betrugsbegriff subsumiert wurden, erstreckten sich über eine weite Bandbreite. Dazu zählten gravierende Taten wie die Urkundenfälschung<sup>687</sup> und das Versetzen von Grenzsteinen, aber auch die private Veruntreuung, das Anwerbenlassen für fremde Kriegsdienste unter falschem Namen sowie das Verlangen von Wucherzinsen und die Festsetzung von zu hohen Preisen.<sup>688</sup> Unter Betrug fielen jedoch auch der klassische Fall von gezinkten Karten und Würfeln<sup>689</sup> und, je nach Sichtweise, Diebstähle und „verschmitztes Schelmen“.<sup>690</sup> Ferner gehörte das Auftreten als falscher Arzt, Quacksalber, Wahrsager oder Goldmacher ebenfalls in den Katalog der Betrugsdelikte. Das Regiment wollte die Bevölkerung vor der eigenen Leichtgläubigkeit und vor Gesundheitsgefährdungen schützen.<sup>691</sup> In diese Kategorie gehörten auch Hexerei<sup>692</sup>, Zauberei und Lachsneri<sup>693</sup>.

Alle Betrugsvorwürfe wurden im Regelfall aufgrund einer Anzeige in der Stadt durch die Nachgänger verfolgt. Zur Klärung der Sachlage zogen sie bei Bedarf Experten bei. Auf der Landschaft waren die Ober- und Landvögte für die Betrugsdelikte zuständig.

Ein besonderes Feld der Betrugsbekämpfung in der Stadt stellte der Lebensmittelbereich dar. Die Streckung von Lebensmitteln, der Verkauf von verdorbenen Waren, von unreifen Früch-

---

<sup>684</sup> Vgl. zum Fall Hottinger: Morf, *Vor hundert Jahren*, 45 – 47; Eugen Ott, *Dättlikon: Auf der Sonnenterrasse des Irchels*, Dättlikon 1994, 209 – 213.

<sup>685</sup> Unter speziellen Voraussetzungen stand der Fall von Johann Heinrich Waser, auf den hier nicht besonders eingegangen wird. Vgl. zum Fall Waser: Adolf Hadorn, *Die politischen und sozialen Zustände im Kanton Zürich gegen Ende des 18. Jahrhunderts* und *Alt-Pfarrer Johann Heinrich Wasers Prozess und Hinrichtung*, (Diss.), Bern 1891, 56; *StAZ B II* 956.

<sup>686</sup> Wyss, *Politisches Handbuch*, 144.

<sup>687</sup> Gemeint waren vor allem: Wechsel, Schuldbriefe, Brand- oder Steuerbriefe, Testamente, Rechnungen, Zeugnisse, Kundschaften, Pässe und gesetzliche Urkunden; vgl. Wyss, *Politisches Handbuch*, 141.

<sup>688</sup> Ebd., 143.

<sup>689</sup> Ebd.

<sup>690</sup> Als Beispiel: J. R. Cramer, *Lebensgeschichten ehemals gefangener Missethäter als Anhang zu den Unterhaltungen für Missethäter: Aus sorgfältiger und genauen Beobachtungen zusammengetragen*, Zürich 1772, 377 – 384.

<sup>691</sup> Wyss, *Politisches Handbuch*, 143.

<sup>692</sup> Bernet, *Sachverständige*, 127. Bei der Hexerei war im 18. Jahrhundert der Scharfrichter der zuständige Experte. Vgl. für das 17. Jahrhundert und den Zusammenhang zwischen psychischen Krankheiten und dem Vorwurf der Hexerei: Steinbrecher, *Verrückte Welten*, 82 – 87.

<sup>693</sup> Lachsneri wurde von David von Wyss mit Gauklerei umschrieben. Vgl. Wyss, *Politisches Handbuch*, 419. Allgemein wurden jedoch Hexen- und Zauberkünste darunter verstanden, die mit Mitteln des Aberglaubens und Beschwörungen versuchten, Menschen und Tiere zu heilen, Schätze zu heben u. ä.

ten, von gepanschem Weine<sup>694</sup> oder anderen Getränken, waren Vergehen, die wegen ihrer Gesundheitsgefährdung mit sehr strengen Strafen belegt waren, falls sie nicht aus Nachlässigkeit, sondern aus schändlichem Eigennutz, begangen wurden.<sup>695</sup> Die Qualitätskontrolle der Waren und die Anordnung von Massnahmen und Bussen lagen in erster Linie bei den Zünften.<sup>696</sup> Erst wenn eine betrügerische Absicht vermutet wurde, kümmerten sich Nachgänger um den entsprechenden Fall.<sup>697</sup>

Dem betrügerischen Missbrauch durch falsche Gewichte und Masse sowie nicht geeichte Waagen versuchte die Obrigkeit durch Kontrollen vorzubeugen. Auf den Märkten waren der Waradin für die Waagen und Gewichte und der Sinner für die Hohlmasse der Kaufleute zuständig. Auf der Landschaft übernahmen die Ober- und Landvögte diese Aufgaben.<sup>698</sup>

### **5.2.3 Die Kriminalverbrechen gegen die wirtschaftlichen Interessen des Staates**

Angesichts der ökonomischen Situation in Zürich im 18. Jahrhundert konnte das Regiment es nicht zulassen, dass die Wirtschaftskraft des Stadtstaats durch destruktive Handlungen noch mehr geschwächt wurde. Im Vordergrund der Überlegung standen, neben den unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen, die in der Wolffschen Staatszwecklehre gründenden Bedenken der Obrigkeit, dass mit einer sinkenden Wirtschaftsleistung auch die Sicherheit des Staates negativ betroffen werden könnte.<sup>699</sup> Die Räte initiierten mit der Förderung der Landwirtschaft, des Handels und schliesslich auch mit der Unterstützung der Protoindustrie einerseits und mit der strikten Ablehnung des Müssiggangs, eines luxuriösen Lebensstils sowie mit der Bekämpfung der Armut, des Bettels und des Diebstahls andererseits ein policyliches Gegenprogramm zur Pflege der spärlichen Ressourcen. Dieses Programm hatte den Zweck, die Autarkiebestrebung des Staates zu unterstützen und die wirtschaftlichen Gefahren für den Staat abzuwehren.

Die Verbrechen und Vergehen, die aus der Perspektive des Regiments die „Standes-Oekonomie“ untergruben, lassen sich in zwei Kategorien einteilen: Zur ersten Kategorie gehört die Missachtung der verschiedenen wirtschaftlichen Privilegien des Staates. Sie galt als Kriminalverbrechen und hatte nach Auffassung von David von Wyss das Potenzial, die wirtschaftlichen Grundlagen der Republik nachhaltig zu erschüttern.<sup>700</sup>

Zur zweiten Kategorie sind die Vergehen gegen jene Mandate zu zählen, die unter der Rubrik „Landespolicey im weitesten Sinn des Wortes“<sup>701</sup> erlassen worden waren. Diese Zuwiderhandlungen gegen die ökonomischen Interessen des Staates wertete das Regiment als Gefähr-

---

<sup>694</sup> Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 171.

<sup>695</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 142.

<sup>696</sup> Vgl. dazu: von Moos, Zünfte und Regiment, 47 – 55.

<sup>697</sup> Bernet, Sachverständige, 138.

<sup>698</sup> „Mandat wegen Fächens, der Gwicht-Steine und Masse“, 1699, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. XXI, 193f.

<sup>699</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Die Staatstheorie und die Ordnungsvorstellungen Christian Wolffs“.

<sup>700</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 127f.

<sup>701</sup> Vgl. zu Begriff und Inhalt „Landespolicey im weitesten Sinn“ Kapitel „Ruhe und Ordnung im weiteren Sinn“.

derung der Staatsaufgabe „Förderung des materiellen Wohlstandes“. Sie wurden mit einem Frevelverfahren verfolgt.<sup>702</sup>

### 5.2.3.1 Umlauf von ungültigen Münzen und Falschmünzerei

Die Umgehung des hoheitlichen Münzmonopols stand an oberster Stelle der Liste der Wirtschaftsverbrechen. Die Münzproduktion und das Fabrizieren von staatlichen Stempeln war ein Privileg des Staates. Die Falschmünzerei und das Stempelschneiden galten demnach als Staatsverbrechen. Sie wurden wegen der Bedrohung der „öffentlichen Sicherheit des Eigenthums“ mit dem Tode bestraft.<sup>703</sup>

Für die Durchsetzung des Münzmandats waren die Münzkommission bzw. die Land- und Obervögte und ihre Beamten verantwortlich.<sup>704</sup> Die Herausforderung für die Münzkommission bestand darin, die Echtheit und den Wert des sich in Umlauf befindlichen Gelds zu kontrollieren. Die grosse Menge von verschiedenartigen Münzsorten der Eidgenossenschaft und des benachbarten Auslands machte eine wirksame Überprüfung allerdings kaum möglich. Als Gegenmassnahme verbot die Obrigkeit mittels Mandaten in regelmässigen Abständen die Verwendung bestimmter fremder Geldsorten generell oder setzte Wechselkurse fest. Damit wollte das Regiment vermeiden, dass durch den Umlauf von ungültigem oder nicht akzeptiertem Geld der Wirtschaft Schaden zugefügt werde.<sup>705</sup>

Die Gross- und Kleinräte der Münzkommission überwachten den Geldfluss, indem sie regelmässig „inviligierten“. <sup>706</sup> Sie führten insbesondere an jenen Stellen Visitationen durch, an denen ausländische Münzen eingetauscht werden konnten, nämlich im Kaufhaus, im Kornhaus, bei den Porten und auf den Handelsschiffen.<sup>707</sup> Die Mitglieder der Münzkommission besaßen bei ihren Besuchen vor Ort die Kompetenz, fehlbare Bürger oder Fremde zu bestrafen.<sup>708</sup>

Mit der Ausbreitung des Verlagswesens stellte sich der Münzkommission noch ein weiteres Problem. Die aufblühenden Handelsbeziehungen zwischen der Stadt und der Landschaft führten dazu, dass die Fergger und die Träger das in der Stadt eingenommene Geld in zunehmendem Mass gegen minderwertige Münzen einwechselten, um damit die Arbeitslöhne der Spinner zu bezahlen. Die Ober- und Landvögte sollten auf diesen Vorgang ein besonders wachsames Auge haben und entsprechende Vorfälle der Münzkommission laiden.<sup>709</sup>

In allen Münzfragen kam dem Waradin, einem vom Kleinen Rat bestellten Goldschmied, eine zentrale Rolle zu. Es war seine Aufgabe, im Auftrag des Seckelmeisters, der Nachgänger oder

---

<sup>702</sup> Die Darstellung der Vergehen gegen die „Landespolicey im weitesten Sinn des Wortes“ erfolgt im Kapitel „Ruhe und Ordnung im weiteren Sinn“.

<sup>703</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 303.

<sup>704</sup> Ebd., 303. „Münz-Mandat“, 1768, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XXVII, 232.

<sup>705</sup> „Münz-Mandat“, 1759, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XXVII, 223.

<sup>706</sup> „Münz-Mandat“, 1773, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XXVII, 235.

<sup>707</sup> „Münz-Mandat“, 1756, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. XX, 186.

<sup>708</sup> Vgl. z. B.: Münz-Mandat 1773.

<sup>709</sup> Münz-Mandat 1768.



auf private Initiative einheimische oder fremde Geldsorten auf deren Metallgehalt hin zu untersuchen. Die Obrigkeit hoffte, mit der fachlichen Kompetenz des Waradins primär den Falschmünzern auf die Spur zu kommen. Bei einem vorliegenden Verdacht leitete das Regiment ein Nachgangsverfahren ein.<sup>710</sup>

### 5.2.3.2 Umgehung von Zöllen

Die Zolleinnahmen, insbesondere der Pfundzoll und das Fabrikgeld, zählten – allein schon aufgrund ihrer Höhe – zu den wichtigsten Geldquellen des Staates.<sup>711</sup> Das Regiment trachtete besonders danach, sich die Zolleinnahmen nicht entgehen zu lassen und drängte auf ein gewissenhaftes Entrichten der Abgaben. Des Weiteren war es für die Obrigkeit ein Staatsverbrechen, wenn die Händler auf der Landschaft Nebenstrassen benutzten, um die offiziellen Zollposten zu umgehen und Waren illegal ein- bzw. auszuführen.<sup>712</sup>

Die Einhaltung der Zollordnung beruhte auf dem Prinzip der Selbstverpflichtung. Die Ordnung sah vor, dass die Mitglieder der Zünfte, die Händler und die „Zoller“<sup>713</sup>, ein „Bürgerlicher Dienst“, sich einmal pro Jahr im Rathaus versammelten und vor einer Delegation des Kleinen Rats den Eid auf die Zollverordnung ablegten.<sup>714</sup> Die Anwesenden schworen, die Aus- und Durchgangszölle von Viktualien, Kaufmannsgut und Vieh in der Stadt im Kauf- oder Waaghaus und auf der Landschaft an einer der drei offiziellen Zollstätten<sup>715</sup> zu entrichten.<sup>716</sup>

Das Vertrauen der Obrigkeit in die einheimischen und fremden Kaufleute schien trotz des Eides begrenzt zu sein. Im „Mandat wegen gefährlicher Ausweichung des hiesigen Ein-, Aus- und Durchgangszolls“ beklagte sich das Regiment über den zunehmenden Schleichhandel.<sup>717</sup> Es gab dem Stadthauptmann 1778 die Anweisung, ergänzend zu den bestehenden Vorschriften für die Zöllner eine Spezialorder für die Stadtwache zu erstellen, in der „alle und jede Fuhrleute, Botten, Säumer und Träger, fremde und heimische, welche Kaufmanns-Gut auf Wagen, Karren, Saumrossen, in Säcken, in Ränzen, auf Kräzen, in die Stadt bringen“, auf die Zollordnung aufmerksam gemacht werden sollten.<sup>718</sup> Die Stadtsoldaten bei den Porten achte-

---

<sup>710</sup> Vgl. Bernet, Sachverständige, 141 – 144.

<sup>711</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 293.

<sup>712</sup> Ebd., 128.

<sup>713</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 253.

<sup>714</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 295. Die Zollordnung wurde jeweils am Sonntag vor dem Fest Christi Himmelfahrt im Rathaus vorgelesen. Seitens der Obrigkeit waren die vier Statthalter, die beiden Seckelmeister, der Obmann und sein Substitut anwesend. Die Abwesenden erhielten von den Stadtknechten ein mündliches Aufgebot, am Auffahrtstag im Rathaus zu erscheinen, wo die Zeremonie wiederholt wurde. Vgl.: Moos, Kalender, 2. Teil, 120.

<sup>715</sup> Auf der Landschaft existierte ein obrigkeitliches Waag- und Zollhaus in Bauma sowie Brückenzollstationen in Andelfingen und Eglisau. Werdmüller, Memorabilia 1790, 17, 39f, 59, 122.

<sup>716</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 128.

<sup>717</sup> „Mandat wegen gefährlicher Ausweichung des hiesigen Ein-, Aus- und Durchgangszolls“, 1778, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, fünfter Band, Nr. LV, 322.

<sup>718</sup> Ein- Aus-, und Durchgangszolls-Mandat 1778, 322.

ten ab 1778 also nun auch darauf, ob die auszuführenden Waren mit einem Zeichen, das ihre Verzollung bestätigte, versehen waren.<sup>719</sup>

Mit dem verstärkten Einsatz der Stadtwache konnte die Situation allerdings auch noch nicht befriedigend verbessert werden. Das Regiment ärgerte sich besonders darüber, dass jeweils am Vortag des städtischen Kornmarkts nach wie vor Händler aus Schwaben und andere fremde Krämer mit Wagen, Säcken, Ranzen oder Krätzen beobachtet werden konnten, die, ohne Zoll zu bezahlen, ihre Waren direkt bei ihren Abnehmern, zumeist Wirtsleuten, ablieferten. Der zweite Commis, ein Beamter des Waag- und Kaufhauses, wurde 1779 verpflichtet, für den ordentlichen Ablauf der Korneinfuhr zu sorgen und Missachtungen des Zollmandats dem Präsidenten der Waaghauskommission zu verzeigen.<sup>720</sup>

Die Einfuhr und der Ausschank von Wein waren an eine besondere Steuer gebunden, die „Weinungeld“ genannt wurde. Die Zöllner an den Stadttoren und der sogenannte Weinzoller erhoben direkt bei den Fuhr- und Schiffsleuten die Abgaben auf die importierten Weine. Vermuteten sie einen Betrug, zeigten sie die Fuhr- und Schiffsleute beim Weinungeld-Beamten an.<sup>721</sup> Der Weinungeld-Beamte kam auch zum Einsatz, wenn der Verdacht aufgefunden war, es würde aus einem Fass Wein ausgegeben, auf das die Steuer noch nicht entrichtet worden war. Dann hatte er ein „wachsames Auge“ auf die verdächtigen Leute zu haben.<sup>722</sup> Der Weinungeld-Beamte war befugt, die fehlbaren Personen wegen betrügerischen Handelns zu bestrafen.<sup>723</sup>

Auf der Landschaft stellte sich das grösste Zollproblem bei der unkontrollierten Warenausfuhr. Die Zöllner erfassten seit 1778 namentlich Transporteure von nicht gekennzeichnetem Transitgut und schickten sie in die Stadt ins Kaufhaus zurück, um sie dort die entsprechenden Formalitäten erledigen zu lassen.<sup>724</sup>

Ein besonderes Problem stellte für den Staat die illegale Ausfuhr von Pferden und Hornvieh dar, weil ein zu niedriger Bestand die landwirtschaftliche Produktion massgebend geschwächt hätte.<sup>725</sup> Ein generelles Exportverbot für Huftiere, mit Ausnahme der Ausfuhr in die benachbarten eidgenössischen Stände, diente dazu, den Nutztierbestand in Zürich zu halten. Damit das Verbot nicht leicht umgangen werden konnte, war es verboten, das Vieh auf Nebenwegen oder Seitenstrassen über die Grenze zu treiben.

Die Kontrollen des Viehs, das im Transit durch das Gebiet geführt wurde, fanden an den Grenzen und an den Viehmärkten statt. Die Grenzgemeinden und die Land- und Obervögte hatten spezielle Aufseher zu bestellen, welche an den Grenzen bzw. an den Viehmärkten die

---

<sup>719</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 296; „Zollordnung der Stadt Zürich“, 1711, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, zweiter Band, Nr. II, 93; Ein- Aus-, und Durchgangzolls-Mandat 1778, 322f.

<sup>720</sup> Ein- Aus-, und Durchgangzolls-Mandat 1778, 323.

<sup>721</sup> „Weinungeld-Ordnung der Stadt Zürich, revidiert und erneuert“, 1755, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, zweiter Band, Nr. III, 118.

<sup>722</sup> Weinungeld-Ordnung 1755, 112f.

<sup>723</sup> Ebd.

<sup>724</sup> Ein- Aus-, und Durchgangzolls-Mandat 1778, 323.

<sup>725</sup> Vgl. auch: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 171f.

Transitpässe für das fremde Vieh kontrollierten.<sup>726</sup> Die Administration über den Viehbestand fiel in die Kompetenz des Sanitätsrates.<sup>727</sup>

### 5.2.3.3 Illegales Anwerben von Söldnern für nicht avouierte Truppen

Der traditionsreiche Solddienst hatte für die Zürcher Obrigkeit noch während des gesamten 18. Jahrhunderts eine wichtige gesellschaftspolitische und finanzielle Bedeutung. Bis 1798 verfügten die Stände über die Kompetenz, auf eine ausländische Anfrage einzugehen oder sie abzulehnen, nachdem die eidgenössische Tagsatzung vorgängig dem Gesuch einer ausländischen Macht grundsätzlich zugestimmt hatte.<sup>728</sup> Zürich nutzte seine Möglichkeiten in der Solddienstfrage aus und schloss im 18. Jahrhundert mit Holland und Frankreich Kapitulationen ab.

Der Solddienst war auch im 18. Jahrhundert für alle Beteiligten noch lange Zeit ein einträgliches Geschäft. Die Regimenter kassierten für eine Erlaubnis zur Anwerbung von Söldnern, nebst der offiziellen Lizenzzahlung in der Regel auch Bestechungs- und Schmiergelder.<sup>729</sup> Die Attraktivität lag nicht allein im finanziellen Aspekt. Die Offiziersstellen in fremden Diensten bedeuteten für die städtischen Familien ein hohes soziales Ansehen. Auch aus diesem Grund hätte man nur ungern auf dieses Geschäft verzichtet.<sup>730</sup>

Die Soldabkommen regelten neben der Werbung auch den Status von Soldaten des Vertragspartners in Zürich. Die Zürcher Obrigkeit war gegenüber der Präsenz fremder Soldaten in der Stadt äusserst kritisch eingestellt. Die Stadtwächter bei den Porten durften lediglich Soldaten aus den Niederlanden in die Stadt einlassen.<sup>731</sup>

Im Verlaufe der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nahm die Attraktivität des Solddienstes für junge Männer rapide ab. Die Soldunternehmer bekundeten zusehends Mühe, die in den Kapitulationen festgelegte Anzahl von Soldaten für die avouierten Regimenter zu stellen.<sup>732</sup> Der Hintergrund dieser Entwicklung war, dass das Vertrauen der Landbevölkerung in die Verdienstmöglichkeiten der Verlagsindustrie zunahm und die fremden Dienste immer mehr zu einer Ausweichmöglichkeit für Leute wurden, die von der Gesellschaft als unerwünschte Elemente betrachtet wurden<sup>733</sup> oder sich etwas zuschulden hatten kommen lassen.<sup>734</sup> Die Quellen nennen sie „billiges Volk“<sup>735</sup>. Die verschärfte Situation führte zu einer verstärkten Rivalität unter den Werbeoffizieren und zu aggressiven, oft auch unlauteren Werbemethoden.<sup>736</sup> Eine Erhöhung des Handgeldes für Reisläufer sollte einerseits mithelfen, auf dem an-

<sup>726</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 275f.

<sup>727</sup> Ebd., 276.

<sup>728</sup> Hans Rudolf Fuhrer, Robert-Peter Eyer, „Die ‚Fremden Dienste‘ im 17. und 18. Jahrhundert“, in: dies. Schweizer in „Fremden Diensten“: Verherrlicht und verurteilt, Zürich 2006, 101 – 138, 115.

<sup>729</sup> Ebd., 118f, 126.

<sup>730</sup> Ebd., 111f.

<sup>731</sup> Vgl. das Kapitel „Die Zugangskontrollen an den Porten seit 1779“.

<sup>732</sup> Vgl. dazu: Walter Bühner, Der Zürcher Solddienst des 18. Jahrhunderts: sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte, (Diss.), (Geist und Werk der Zeiten 51), Bern 1977, 14 – 78, 53f.

<sup>733</sup> Vgl. die Liste der Bewerbungsgründe in: Ebd., 42.

<sup>734</sup> Fuhrer, Fremde Dienste. 131.

<sup>735</sup> Ebd., 132.

<sup>736</sup> Ebd., 128f.

gespannten Söldnermarkt genügend Kandidaten zu finden. Andererseits zog es listige Rekruten an, die in betrügerischer Absicht oder aus finanzieller Not von einem Werbeplatz zum anderen liefen, um Handgelder zu kassieren.<sup>737</sup>

Der umkämpfte Söldnermarkt führte während der grossen europäischen Kriege des 18. Jahrhunderts ferner zu Versuchen, die Söldner für nicht avouierte Regimenter illegal anzuwerben.<sup>738</sup> Die Zürcher Obrigkeit setzte alles daran, unerlaubte Rekrutierungsaktionen zu verhindern. Die Eigeninteressen des Regiments spielten bei der Unterdrückung des illegalen Werbens eine entscheidende Rolle. Das Regiment erkannte in der Reisläuferei ganz allgemein einen empfindlichen Bevölkerungsverlust, der sich negativ auf die Wirtschaftskraft auswirken könnte.<sup>739</sup> Die Arbeitskräfte, die durch das illegale Anwerben zusätzlich verloren gingen, verstärkten diesen Effekt nunmehr. Zudem bangte die Obrigkeit wohl auch unausgesprochen um die attraktiven Lizenzzahlungen, die ihr zu entgehen drohten.

Die Situation um die illegalen Anwerbungen spitzte sich erstmals während des Siebenjährigen Kriegs (1756 – 1763) zu. Für viele junge Zürcher Männer war es eine ausserordentliche Versuchung, sich für den preussischen Dienst zu melden. Der Kleine Rat rief 1757 das Verbot der Reisläuferei für nicht avouierte Regimenter in Erinnerung und betraute den Kriegsrat mit der Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen. Das Anwerben von Söldnern war weiterhin lediglich den staatlich patentierten Werbeoffizieren erlaubt.<sup>740</sup> Das Mandat sah für alle anderen Fälle scharfe Sanktionen vor. Jedermann, der sich illegal verpflichten lassen wollte, musste nicht nur von den Seelsorgern, den Ober- und Landvögten sowie deren Beamten, sondern auch von den Wirten<sup>741</sup> und „jeder nächste Bidermann, der das hört, siehet oder vernimmt (...) am gebührenden Ort“ verzeigen werden, „damit derselbe gefänglich angenommen und Unseren hierzu eigens verordneten Mit-Räthen zugeführt“ werde.<sup>742</sup> Das Mandat von 1757 definiert nicht, von wem eine Gefangennahme durchzuführen sei. Vermutlich waren auch hier die Ober- und Landvögte bzw. deren Beamten zuständig.

Eine Festnahme blühte den fremden Hauptleuten, Offizieren, Aufwieglern und Geldausgebern, wenn sie in der Stadt oder auf der Landschaft beim unerlaubten Werben ertappt wurden. Sie konnten durch jedermann festgenommen oder den Mitgliedern des Kriegsrates gemeldet

---

<sup>737</sup> Ebd., 133. Die Zürcher Mandate zur Reisläuferei von 1757 und 1779 erwähnen das mehrfache Handgeldnehmen nicht als Delikt. Vgl. dazu: „Erneuerte Verordnung der vornehmen Artickel des Werbungsmandats“, 1779, in: Sammlung der Policeygesetze 1793, sechster Band 6, Nr. L. David von Wyss hingegen zählt das mehrfache Handgeldnehmen als Betrug. Vgl.: Wyss, Politisches Handbuch, 143.

<sup>738</sup> Bühner, Zürcher Solddienst, 61f. Vgl. für den Zusammenhang mit den Sittenmandaten: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 167 – 169. Nach Spillmann-Weber mussten sich auch die Zürcher Söldner in fremden Diensten an die Vorschriften der Sittenmandate halten.

<sup>739</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 128.

<sup>740</sup> Der Staat ging mit aller Härte gegen die nichtpatentierten Werbeoffiziere vor. Vgl. dazu das Beispiel von Stein am Rhein. Vgl. das Kapitel „Unruhen“.

<sup>741</sup> Die Werbeoffiziere unterhielten ihre Werbestelle meistens in Gasthäusern; vgl.: Fuhrer, Fremde Dienste, 129.

<sup>742</sup> „Werbungs-Mandat“, 1757, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. XXII, 199f. Gemeint sind hier die Mitglieder des Kriegsrates.

bzw. denunziert werden.<sup>743</sup> Diejenige Person, welche die Werbeleute anzeigte, durfte zudem mit einer Belohnung rechnen.<sup>744</sup>

Als Reaktion auf die verstärkten Bemühungen der Obrigkeit von 1757, das Werbewesen zu kontrollieren, verlagerten die nicht patentierten Werbeoffiziere ihre Tätigkeit in die grenznahen Gebiete Zürichs, v. a. nach Rapperswil, nach Weiningen-Oetwil, nach Bohnenberg bei Schaffhausen und nach Stein am Rhein.<sup>745</sup> Die Reaktion des Regiments auf die Ausweichaktion blieb nicht aus. Ein neues Mandat von 1772 verstärkte die obrigkeitliche Überwachung. Es verlangte von den Landvögten, die sich in ihrer Gegend befindenden Werber und ihre Helfer „allen Ernstes zu inviligieren“, sie des Weiteren durch ihre Beamten befragen zu lassen sowie sie gegebenenfalls zu „arrestieren“ und zur Werbungscommission in die Stadt zu überführen.<sup>746</sup> Als Ergänzung zu den Ober- und Landvögten schickte die Werbungscommission ab und zu eigene Männer in die kritischen Regionen.<sup>747</sup> Diese „Landpatrouillen“ führten in aller Stille Untersuchungen durch, um allfällige piemontesische und neapolitanische Werbungen „wovon zwar sichere Spuren, allein nicht genug sichere Beweise vorhanden seyen“, zu unterbinden.<sup>748</sup>

Die Kontrollmacht des Regiments blieb aber auf das Territorium des Kantons Zürich beschränkt. 1779 unternahm das Regiment einen neuen Versuch, auch der Problematik der ausserkantonalen Anwerbungen mit ungewöhnlichen Mitteln beizukommen. Es drängte mit einem neuen Mandat die frisch angeworbenen Söldner zur Anzeige der nicht-patentierten Werbeoffiziere, die ihrer Tätigkeit ausserhalb des Zürcher Territoriums nachgingen. Das Regiment versprach den eben angeworbenen Söldnern einen Erlass der Strafe, wenn sie sich über ihre Vorgesetzten mit der Werbungscommission in Verbindung setzten und die illegalen Werbungsoffiziere anzeigten.<sup>749</sup>

Der Erfolg, die nicht-patentierten Werbungen mit gezielten Massnahmen zu verhindern, blieb, nach Einschätzung von Walter Bührer, bescheiden. Den Grund dafür sieht er in einem nur ungenügend ausgebauten Überwachungsapparat.<sup>750</sup> Das Ausmass der illegalen Solddienste in

---

<sup>743</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 128. Im entsprechenden Mandat heisst es: „...dass jedem, der einen solchen Werber entdecken und einbringen kann...“; vgl.: „Erneuerte Verordnung der vornehmsten Artickel des Werbungs-Mandats“, 1759, in: Sammlung der Policygesetze 1793, sechster Band, Nr. L, 426.

<sup>744</sup> Werbungs-Mandat 1757, 200. Die Bestimmungen wurden in den Werbemandaten von 1772 und 1779 wiederholt. Vgl. dazu: „Werbungs-Mandat“, 1772, in: Sammlung der Policygesetze 1779, fünfter Band, Nr. LIII, 295 – 316; „Erneuertes Werbungs-Mandats“, 1779, in: Sammlung der Policygesetze 1793, sechster Band 6, Nr. L, 421 – 428. Zuständig für die Kontrolle war nun aber nicht mehr der Kriegsrat, sondern die Werbekommission.

<sup>745</sup> Bührer, Zürcher Solddienst, 77.

<sup>746</sup> Werbungs-Mandat 1772.

<sup>747</sup> Ebd.

<sup>748</sup> StAZ B VIII 410, 2. März 1793, zitiert nach: Bührer, Zürcher Solddienst, 72; vgl. auch StAZ III AAb 1.8, Mandat vom 26. Oktober 1715.

<sup>749</sup> Erneuertes Werbungs-Mandat 1759, 424.

<sup>750</sup> Bührer, Zürcher Solddienst, 72, 98.

der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts schien sich insgesamt dennoch in engen Grenzen gehalten zu haben.<sup>751</sup>

#### 5.2.3.4 Lotterien

Die Vorrechte des Staates wurden, nach dem „Politischen Handbuch“ von David von Wyss, auch durch Lotterien massiv verletzt.<sup>752</sup> Das Regiment stellte sich 1769 in seinem Mandat gegen unprivilegierte Lotterien auf den Standpunkt, die Veranstalter würden sich auf Kosten der Spieler bereichern, Unerfahrene mit hohen Gewinnaussichten verblenden, hintergehen und betrügen. Es verbot alle nicht ausdrücklich bewilligte Lotterien.<sup>753</sup> Die Missachtung des Verbots konnte als Betrugsdelikt mit einem ordentlichen Nachgangsverfahren verfolgt werden.<sup>754</sup>

Das Regiment wollte mit dem Verbot nicht nur die Spieler vor einem finanziellen Schaden bewahren, sondern sorgte sich vor allem um die Moral der Untertanen – und damit schliesslich auch um die ethischen Grundlagen des zürcherischen Stadtstaates. Es beunruhigte den Kleinen Rat sehr, dass die Bewohner des Standes Zürich Wohlstand und Glück eher im Spiel und Zufall suchten, als in den Tugenden der Arbeit, der Sparsamkeit und in der Erfüllung der guten Sitten.<sup>755</sup>

---

<sup>751</sup> Bührer selbst beziffert die illegalen Solddienste nach 1770 als vernachlässigbar; vgl. Bührer, Zürcher Solddienst, 51. Er erläutert in seiner Dissertation aber nicht, weshalb die Werbekammer 1793 zu neuen und schärferen Massnahmen griff.

<sup>752</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 128f.

<sup>753</sup> „Verboth des Collectierens u.s.f. von unprivilegierten Lotterien“, 1769, in: Sammlung der Policeygesetze, 1779, vierter Band, Nr. XXIV, 183.

<sup>754</sup> Lotterie-Mandat 1769, 183.

<sup>755</sup> Ebd., 182f.

## 5.2.4 Gewaltverbrechen

Die Verbrechen gegen die politischen Fundamente des Staates stellten bis zum Stäfer Handel trotz einiger spektakulärer Fälle eine Ausnahme dar. Auch die Handlungen gegen die wirtschaftlichen Interessen des Staates wurden vom Regiment zwar als gravierend empfunden, brachten aber seine ökonomische Basis nicht wirklich aus dem Gleichgewicht. Die überwiegende Zahl der nachweisbaren Kriminalfälle gehörte tatsächlich in die Kategorie der Kapitalverbrechen. Dazu zählten Mord<sup>756</sup>, Vergiftung<sup>757</sup>, Strassenraub mit Mord<sup>758</sup>, Totschlag oder versuchter Totschlag als Folge von Zorn oder Trunkenheit<sup>759</sup>. Die Liste muss noch durch weitere schwerwiegende Taten ergänzt werden. In den Gewaltverbrechen mit eingeschlossen waren der nicht vorsätzliche Totschlag durch Unvorsichtigkeit, durch Leichtsinns, durch Neckereien mit geladenem Gewehr, durch unvorsichtiges Werfen von Kugeln beim Kegelschiessen oder durch unsachgemässe Aufbewahrung von Giften oder Schiesspulver.<sup>760</sup>

Die Kriminaljustiz erachtete die Gewaltverbrechen als Angriff auf die öffentliche Sicherheit des Staates und drohte den Tätern mit sehr harten Strafen, meistens mit der Todesstrafe.<sup>761</sup>

Die Untersuchung von aussergewöhnlichen Todesfällen war die Hauptaufgabe der Nachgänger. Sie waren mit der Lösung eines Falles jedoch oft überfordert und auf die Hilfe von Experten angewiesen. Die Befunde von medizinischen Sachverständigen oder gegebenenfalls von anderen Fachleuten lieferten ihnen und dem Kleinen Rat ausserordentlich wichtige Erkenntnisse für die Beweisführung im Inquisitionsprozess, insbesondere dann, wenn der Angeklagte schwieg oder die Tat leugnete.<sup>762</sup>

Seit 1795 hatte auch der Stadthauptmann das Recht, innerhalb der Stadtkreuze bei Unglücksfällen, Morden, Selbstmorden oder Totschlägen sich so rasch als möglich an Ort und Stelle zu begeben, um die erforderlichen „Polizey-Anstalten“ zu treffen. Dabei durfte er Nachforschungen anstellen, mit jeder Person ein Verhör durchführen, alle Verfügungen treffen, um weiteren Unglücken vorzubeugen und die Stadtwache zur Verfolgung von Verbrechern einsetzen.<sup>763</sup>

### 5.2.4.1 Mord, Totschlag und schwere Körperverletzungen mit Todesfolge

„Leider zeigt die Erfahrung, dass es sogar unter gesitteten Nationen Menschen geben kann, die, nicht etwa im Falle einer erlaubten Nothwere, sondern aus irgendeiner strafbaren Leiden-

---

<sup>756</sup> Vgl. als Beispiel: Der dreifache Mord im Pfarrhaus von Rorbas; Wermüller, Memorabilia 1790, 94.

<sup>757</sup> Vgl. als Beispiel: Die bekannte Geschichte der angeblichen Vergiftung des Abendmahlweines im Grossmünster von 1776; Jeffrey Freedman, Poisoned Chalice, Princeton 2002.

<sup>758</sup> Nach Erich Wettstein stellten im 18. Jahrhundert die Diebesbanden in Zürich im Gegensatz zu Deutschland kein bedrohliches Problem dar. Vgl. Wettstein, Todesstrafe, 76f.

<sup>759</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 130. Körperverletzungen, die den Tod des Opfers zur Folge hatten, wurden wie Mord mit einem peinlichen Verfahren verfolgt und bestraft. Vgl. dazu Bernet, Sachverständige, 93.

<sup>760</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 132f.

<sup>761</sup> Ebd., 129f.

<sup>762</sup> Ebd., 125. Vgl. zum Einsatz der Wundärzte: Bernet, Sachverständige. Vgl. zur Bedeutung der Sachbeweise auch das Kapitel „Die Problematik der Beweisführung“.

<sup>763</sup> StAZ A 81.2, 12. Februar 1795; Züsli-Niscosi, Beiträge, 56.

schaft oder Absicht, das Leben ihres Nebenmenschen vorsätzlich verkürzen“<sup>764</sup>. So umschrieb David von Wyss die Taten von Mördern. Er legte grossen Wert auf die Feststellung, dass solche Gräueltaten von keinem gesitteten Volk geduldet werden können.<sup>765</sup> Zur selben Kategorie wie die Mörder zählte von Wyss die Totschläger. Sie hätten die strafbare Absicht, den Gegner schwer zu verletzen und den Tod des Opfers in Kauf zu nehmen.<sup>766</sup> Von Wyss beobachtete, dass Totschläger oft im Zorn, welcher durch eine Schlägerei oder Trunkenheit hervorgerufen wurde, handelten und für ihre Taten „die Werkzeuge eines Metzgers oder einen Prügel“ als Schlaginstrument gebrauchten.<sup>767</sup>

Die Mörder und Totschläger sollten in Zürich mit dem Tode bestraft werden, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.<sup>768</sup>

Die Nachgänger und die medizinischen Sachverständigen arbeiteten in den Untersuchungen der Kapitalverbrechen eng zusammen, weil nicht in jedem Fall für die Nachgänger die Todesursache offensichtlich war. Die Mediziner unterstanden während der Untersuchungsphase allerdings nicht den Weisungen der Nachgänger, sondern waren, wie die Nachgänger auch, dem Kleinen Rat zugeordnet.

Der Kleine Rat informierte nach einer Tat den Stadtarzt, der seinerseits unverzüglich den diensthabenden Mediziner aufbot. Er schickte ihn zur Visitation an den Fundort der Leiche, der von den Nachgängern zuvor abgesichert worden war.<sup>769</sup> Der medizinische Sachverständige hatte den Auftrag vom Kleinen Rat, ein Gutachten<sup>770</sup> in jenen Fällen zu erstellen, in denen zu entscheiden war, „ob und wie weit jemand an dem Tod oder an der Gesundheitsverletzung irgend eines Menschen strafbare Schuld trage“<sup>771</sup>. Es waren ausschliesslich städtische Mediziner befugt, bei Mord, Totschlag und Körperverletzungen mit Todesfolge sowie bei schwer verwundeten Personen, bei denen die Ursache der Verletzung nicht eindeutig war, Untersuchungen vorzunehmen.<sup>772</sup> Schwerverletzte Personen waren häufig nicht mehr am Tatort anzutreffen. Der Arzt musste sie in Wohnhäusern oder in Gasthäusern suchen gehen.<sup>773</sup>

Die Untersuchung von Kapitalverbrechen auf der Landschaft war unterschiedlich geregelt. Zunächst hatte sich der Ober- oder Landvogt oder ein anderes Mitglied seiner Kanzlei<sup>774</sup> am Fundort des Opfers einzufinden, um der forensischen Untersuchung einen offiziellen Charak-

---

<sup>764</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 129.

<sup>765</sup> Ebd., 130.

<sup>766</sup> Ebd.

<sup>767</sup> Ebd.

<sup>768</sup> Ebd. Vgl. auch: Michael Jucker, Francisca Loetz, Der gewaltsame Tod in der Vormoderne, (traverse 2008/2), Zürich 2008.

<sup>769</sup> In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden die Leichen immer öfter direkt in das Spital nach Zürich gebracht und die Sektion dort vorgenommen; vgl. Bernet, Sachverständige, 64 – 66.

<sup>770</sup> Ebd., 61.

<sup>771</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 125.

<sup>772</sup> „Erneuerte Ordnung für Wundärzte der Landschaft Zürich“, 1768, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XXII, 167.

<sup>773</sup> Bernet, Sachverständige, 61.

<sup>774</sup> In den meisten Fällen der Landschaftsreiber oder ein Untervogt; vgl.: Johann Kaspar Escher, „Bemerkungen über die Regierung der Grafschaft Kyburg“, in: Archiv für Schweizerische Geschichte, 4(1846), 249 – 298, 278.



ter zu verleihen und den Tatort zu sichern.<sup>775</sup> Das Regiment kämpfte mit der Absperrung des Fundortes einer Leiche vornehmlich gegen die Gewohnheit der Bewohner der Landschaft, aus Furcht vor den unangenehmen Folgen oder vor den Kosten der Tat Tote umgehend und ohne Mitteilung an die Obrigkeit zu bestatten.<sup>776</sup> Die Ober- und Landvögte waren ernsthaft bestrebt zu verhindern, dass „Todschläge, Vergiftungen etc. ungestraft und verborgen bleiben“ können.<sup>777</sup> Deshalb mussten die Beamten des Landvogtes solche spontanen Begräbnisse verhindern. Gleichzeitig mussten sie versuchen, die Umstände des Vorfalls zu erfahren.<sup>778</sup>

Die Wundärzte der Landschaft durften lediglich harmlosere Verletzungen aus Schlägereien beurteilen. Dabei mussten sie aber stets einen Fachkollegen beiziehen.<sup>779</sup> Bei schweren Verwundungen als Folge von „Unglücks- gewaltthätig- und verdächtigen Todesfällen“ waren die Landwundärzte verpflichtet, einen oder mehrere geschworene Meister aus der Stadt herbeizurufen. Erst danach durften sie einen ausführlichen Bericht verfassen.<sup>780</sup> Einzig, wenn der zu untersuchende Körper an einem entlegenen Ort lag und gleichzeitig Gefahr im Verzug war oder hohe Kosten anzufallen drohten, konnte der regierende Bürgermeister von Zürich oder der zuständige Ober- oder Landvogt einen Wundarzt der Landschaft mit der Untersuchung beauftragen, dies aber nur, wenn er von „vorzüglicher Geschicklichkeit“ war.<sup>781</sup>

Die medizinischen Sachverständigen hatten sowohl in der Stadt wie auch auf der Landschaft primär zu entscheiden, ob eine Verletzung tödlich gewesen war oder nicht, ob ein Verbrechen vorlag oder nicht und zu welcher Kategorie von Verbrechen die Tat gehörte.<sup>782</sup> Bei Mord, Totschlag, Körperverletzung mit Todesfolge oder einem unklaren Fall von Selbstmord hatten der Stadtarzt, der geschworene Meister, die Wundärzte, die Chirurgen oder die Scherer am Fundort der Leiche bzw. am Tatort deshalb auch kriminalistische und kriminaltechnische Aufgaben zu erfüllen. Sie versuchten Spuren zu sichern und aufgrund von Indizien den Tathergang zu rekonstruieren.<sup>783</sup> So klärten sie ab, ob die Tat mit einer am Tatort oder bei einem Verdächtigen gefundenen Waffe begangen worden war, indem sie bei Stichverletzungen die vermeintliche Tatwaffe mit der Wunde verglichen und Schusskanäle untersuchten.<sup>784</sup> Mit den Fortschritten in der Medizinaltechnik steigerte sich die Genauigkeit der Beschreibung der Wunden. Dies hatte ein besseres Verständnis des Tathergangs zur Folge.<sup>785</sup> Die Experten analysierten des Weiteren die Lage, in der eine Leiche vorgefunden worden war, um Rückschlüsse auf die Todesursache zu ziehen.<sup>786</sup> Auch aus diesem Grund achteten die vor Ort anwesenden Nachgänger oder Landvögte nach ihrem Eintreffen darauf, dass der Fund- oder Tatort nicht verändert wurde, bevor nicht der medizinische Experte eingetroffen war. Die medizinischen Sachverständigen lieferten ferner eine genaue Beschreibung der Kleidungsstücke und

---

<sup>775</sup> Bernet, Sachverständige, 61.

<sup>776</sup> Escher, Bemerkungen, 278.

<sup>777</sup> Ebd.

<sup>778</sup> Ebd.

<sup>779</sup> Erneuerte Ordnung für Wundärzte 1768, 166.

<sup>780</sup> Ebd.

<sup>781</sup> Ebd., 167.

<sup>782</sup> Bernet, Sachverständige, 70, 86.

<sup>783</sup> Ebd., 85. Für ein Beispiel des Beschriebs eines Tathergangs: Ebd., 74.

<sup>784</sup> Ebd., 84f.

<sup>785</sup> Ebd., 74.

<sup>786</sup> Ebd., 86.

der Effekten, die zur Identifizierung des Toten beitragen sollten. Beschreibungen unbekannter Toter tauchten gegen Ende des 18. Jahrhunderts auch in den Zürcher Zeitungen auf.<sup>787</sup>

Nach Giftmorden hatten die Nachgänger<sup>788</sup> in allen Apotheken nachzuforschen, wer vor kurzem toxische Substanzen gekauft hatte.<sup>789</sup> Da der Kauf von Giften bewilligungspflichtig war und die Substanzen nur gegen einen Schein abgegeben wurden, konnten die Besitzer von Giften in der Regel ohne Probleme ausfindig gemacht werden.<sup>790</sup>

Es bestand allerdings für jedermann die Möglichkeit, Mäuse-, Ratten- oder Fliegengift bei Krämern „und besonders [bei] allen fremden und einheimischen Gesindel, die sich ungeachtet Unserer bisherigen Mandate frecher Weise unterstanden, in Stadt und Land“ auch ohne Bewilligung einzukaufen.<sup>791</sup> Die Gemeindevorgesetzten sollten deshalb besonders auf die illegalen Verkäufer achten und diese den Ober- und Landvögten melden.<sup>792</sup>

Während des ganzen 18. Jahrhunderts war es für die medizinischen Experten noch sehr schwierig, die unterschiedlichen Gifte nachzuweisen. Der Kleine Rat war bei Taten, bei denen vermutlich Gift im Spiel war, ganz besonders auf die kriminalistischen und kriminaltechnischen Aussagen des Stadtarztes und der Apotheker angewiesen.<sup>793</sup>

Die Sachverständigen waren verpflichtet, ihre Erkenntnisse schriftlich festzuhalten. Seit 1704 nahm der Gschausreiber am Tatort ein Protokoll, einen sogenannten Kundschaftsbogen, auf. Er hielt zunächst neben den Resultaten der Leichenschau oft auch Zeugenaussagen schriftlich fest.<sup>794</sup> Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts kam es zu eigenständigen medizinischen Gutachten, die den äusseren und inneren Befund des Opfers beschrieben. Sie wurden „Visum et Repertum“ genannt. Vornehmlich bei den Visitationen auf der Landschaft nahm der Gschausreiber bis zum Ende des 18. Jahrhunderts aber weiterhin gelegentlich auch die Aussagen der Zeugen in die Expertise des Mediziners auf.<sup>795</sup>

Die Aussagen in den Gutachten der medizinischen Sachverständigen reichten aus, damit der Kleine Rat entscheiden konnte, ob die Nachgänger den Fall weiter untersuchten oder ob er ad acta gelegt wurde.<sup>796</sup> Dieses Vorgehen ist nur aufgrund des Prinzips zu verstehen, dass im Zürich des Ancien Régime bei der rechtlichen Beurteilung des Strafmasses für Tötungshandlungen vor allem der deliktische Erfolg einer Tat massgebend war. Der Kleine Rat war in jenen Fällen, in der die Expertise keine klare Auskunft über einen natürlichen Tod oder einen

---

<sup>787</sup> Ebd., 86f.

<sup>788</sup> Vgl. als Beispiel: J. R. Cramer, Lebensgeschichten ehemals gefangener Missethäter als Anhang zu den Unterhaltungen für Missethäter: Aus sorgfältiger und genauen Beobachtungen zusammengetragen, Zürich 1772, 397 – 404.

<sup>789</sup> Bernet, Sachverständige, 114.

<sup>790</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 254; „Gift Mandat“, 1777, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XIV.

<sup>791</sup> Gift-Mandat 1777, 109.

<sup>792</sup> Ebd.

<sup>793</sup> Bernet, Sachverständige, 120.

<sup>794</sup> Ratserkenntnis vom 4. Februar 1704, StAZ B II 685, 60.

<sup>795</sup> Bernet, Sachverständige, 66f.

<sup>796</sup> Escher, Bemerkungen, 278; Bernet, Sachverständige, 86.

Tod durch Gewaltanwendung gab oder wo kein Geständnis vorlag, sehr vorsichtig. Die Täter wurden dann oft nicht für das vermutete Delikt bestraft, sondern für andere, unumstrittene und geringfügigere Vergehen verurteilt, dann aber oft unangemessen hoch.<sup>797</sup>

Besondere Umstände galten nur bei Tätern, die als unzurechnungsfähig galten und Reue zeigten. Bei geistiger Verwirrung konnte allgemein mit einer milden Strafe gerechnet werden. Im Vordergrund stand nicht die Bestrafung des Täters, sondern der Schutz der Öffentlichkeit vor weiteren Taten.<sup>798</sup>

Die Erkenntnisse aus den Gutachten der medizinischen Sachverständigen dienten im weiteren Verlauf der Untersuchung als unmittelbare Grundlage für die Verhöre mit den Tatverdächtigen.<sup>799</sup> Der Kleine Rat erteilte nach der Kenntnisnahme des medizinischen Gutachtens den Nachgängern weitere Anweisungen, wie die verdächtige Person „nach Anleitung des Viso et Reperto“ zu befragen sei.<sup>800</sup>

In den Landvogteien, die selbst das Blutgericht ausüben konnten, übernahm nach einem Vorfall der Landvogt unverzüglich die Führung des Kriminalprozesses, um die Rechtmässigkeit eines Verfahrens zu gewährleisten.<sup>801</sup>

#### **5.2.4.2 Selbstmord, Körperverletzung mit Todesfolge und Unglücksfälle**

Im 18. Jahrhundert nahm die Zahl der Suizide in Zürich zu. Sie wurden mit Besorgnis als drängendes Problem empfunden.<sup>802</sup> Selbstmörder galten in der Gesellschaft des Ancien Régime als an Leib oder Seele kranke Menschen.<sup>803</sup> Ihre Tat wurde trotzdem als Kriminalverbrechen betrachtet, weil sie das Gebot der Liebe zum Leben missachteten.<sup>804</sup>

Beim Auffinden von Suizidopfern und bei Personen, die „muthmasslich erfroren, durch Kohlendampf oder gährenden Most erstickt, ertrunken, erwürgt oder erhängt sind“<sup>805</sup>, also in Fällen, in denen man auch einen tragischen Unfall vermuten konnte, war jedermann verpflichtet, zunächst lebensrettende Sofortmassnahmen einzuleiten und die „unglückliche Person“ in sein eigenes Haus aufzunehmen, um danach ohne Verzug den Arzt oder den Wundarzt und einen Ortsbeamten zu rufen.<sup>806</sup> Verstarb die Person trotz der Erstversorgung, war der Fall für den Kleinen Rat erst dann erledigt, wenn der medizinische Experte bei der Untersuchung der Lei-

---

<sup>797</sup> Ebd., 71, 81, 83.

<sup>798</sup> Steinbrecher, Verrückte Welten, 222 – 224.

<sup>799</sup> Ebd., 70f.

<sup>800</sup> Ebd., 71. vgl. als Beispiel.: Ebd., 89.

<sup>801</sup> Escher, Bemerkungen, 269.

<sup>802</sup> Vgl. zum Selbstmord im Ancien Régime: Markus Schär, Seelennöte der Untertanen: Selbstmord, Melancholie und Religion im Alten Zürich 1500 – 1800, (Diss.), Zürich 1985.

<sup>803</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 132.

<sup>804</sup> Ebd., 67, ebd., 132. Vgl. auch: Steinbrecher, Verrückte Welten, 235 – 239.

<sup>805</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 251.

<sup>806</sup> Ebd., 252.

che zum Schluss gekommen war, dass die Person freiwillig aus dem Leben geschieden war. Ansonsten wurde wie bei einem Mordfall verfahren.<sup>807</sup>

Bei Wasserleichen wurde in der Regel auf eine genaue Untersuchung verzichtet. Dabei nahm das Regiment an, dass ein Unfall die Todesursache gewesen sei.<sup>808</sup> Die Beerdigung einer Wasserleiche sollte – wegen des Aberglaubens der Dorfbewohner – in aller Stille, aber nicht gegen den Willen einer Gemeinde erfolgen.<sup>809</sup>

In Suizidfällen hatten die medizinischen Gutachter abzuklären, ob die Person geisteskrank, schwermütig oder schwanger gewesen war. Dazu wurde die schriftliche Aussage des zuständigen Seelsorgers eingeholt.<sup>810</sup> Dem Bericht des Geistlichen kam grosses Gewicht zu. Er beurteilte nicht nur den Geisteszustand der betroffenen Person, sondern auch deren Lebenswandel.<sup>811</sup> Die Einschätzungen des Seelsorgers gewannen im Verlaufe des 18. Jahrhunderts an Bedeutung und hatten Auswirkungen auf das Verfahren. Sie führten 1787 zu einer Vereinfachung der Abläufe. Suizidfälle auf der Landschaft mussten, trotz der Kategorie des Kriminalverbrechens, nur noch von einem Unterbeamten der Gemeinde untersucht werden.<sup>812</sup> Dieser verfasste bei Unglücksfällen oder Selbstmorden zu Handen der Dorfborgkeit einen schriftlichen Bericht.<sup>813</sup> Die Landgemeinden sandten einmal pro Jahr einen zusammenfassenden Bericht über die Vorfälle an den Sanitätsrat.<sup>814</sup> Vor 1787 hatte der Landvogt noch einen Beamten seiner Kanzlei zum Fundort der Leiche gesandt, um die genauen Umstände des Todes abklären zu lassen, damit eine Vertuschung einer Mordtat verhindert werden konnte.<sup>815</sup>

Aufwändiger war das Verfahren, wenn eine verletzte Person aufgefunden wurde, bei der nicht klar war, ob sie gewaltsam oder sonst auf eine nicht offensichtliche Weise lediglich verletzt worden war. Die Nachgänger oder die Ober- und Landvögte meldeten Fundfälle dieser Art dem Kleinen Rat. Dieser sandte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einen medizinischen Sachverständigen zweiten Ranges an den Unfallort, oder die verletzte Person wurde in das Spital eingeliefert und dort ärztlich betreut.<sup>816</sup> Die medizinischen Sachverständigen waren aufgefordert, die Wunden der verletzten Person genau zu untersuchen. Führte die Verletzung schliesslich doch noch zum Tod des Opfers, musste vom Mediziner und von den Nachgängern nachträglich abgeklärt werden, ob die Verwundung absichtlich herbeigeführt worden war oder ob es sich um einen Unfall infolge einer Schlägerei, leichtsinnigen Hantierens mit einem geladenen Gewehr, unbedachten Werfens der Kugel beim Kegeln oder nachlässigen Aufbewahrens von Gift und Schiesspulver gehandelt hatte.<sup>817</sup> In den meisten Fällen hatte die verwundete Person den Tathergang noch selbst schildern können. Damit konnte sie wesentlich

---

<sup>807</sup> Bernet, Sachverständige, 86.

<sup>808</sup> Escher, Bemerkungen, 279.

<sup>809</sup> Ebd., 279.

<sup>810</sup> Bernet, Sachverständige, 91f.

<sup>811</sup> Steinbrecher, Verrückte Welten, 236.

<sup>812</sup> Ordnung wie den Einbrüchen auf der Landschaft in Zeiten nachzusetzen sey, 1787, in: Sammlung der Polizeygesetze 1793, sechster Band 6, Nr. VII, 97f.

<sup>813</sup> Ordnung gegen Einbrüche auf der Landschaft 1787, 97f.

<sup>814</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 253.

<sup>815</sup> Escher, Bemerkungen, 278.

<sup>816</sup> Bernet, Sachverständige, 94f.

<sup>817</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 132f.

zur Klärung der Umstände mithelfen. Die Aussagen hierüber wurden im Protokoll des Gschauschreibers festgehalten.<sup>818</sup>

Kam die medizinische Untersuchung zum Schluss, es handle sich beim vorliegenden Fall um einen vorsätzlichen Totschlag mit Todesfolge, wurde ein peinliches Verfahren eingeleitet, um die Hintergründe der Tat abzuklären.

Ähnlich wie bei Selbstmorden und Unglücksfällen hatte seit 1787 ein Unterbeamter des Dorfes auch bei Schlägereien mit unbeabsichtigten, aber gefährlichen Körperverletzungen einen schriftlichen Bericht an die Dorfborgerschaft zu verfassen.<sup>819</sup>

Die Obrigkeit war bemüht, präventive Massnahmen in die Wege zu leiten, um Unglücksfälle, insbesondere in Gewässern und mit Giften, zu vermeiden. Die Stadt und bestimmte Seegemeinden stellten Rettungsschiffe bereit.<sup>820</sup> Der Kauf von Giften war in der Stadt nur mit einer besonderen Erlaubnis des Grossweibels oder auf der Landschaft mit Bewilligung des örtlichen Seelsorgers möglich.<sup>821</sup>

### 5.2.4.3 Kindstötung und Abtreibung

Die Tötung des Kindes durch die Mutter zog im 18. Jahrhundert wegen Blutschande die Todesstrafe durch Enthauptung nach sich.<sup>822</sup> Trotz dieses harten Strafmasses war die Kindstötung das von Frauen am häufigsten verübte Delikt.<sup>823</sup> Väter hingegen, die ihre Kinder umbrachten, wurden in der Regel pathologisiert und milder als Mütter bestraft.<sup>824</sup> Seit dem 17. Jahrhundert verschärften sich die Strafnormen in Fällen von Kindstötungen. Diese Tendenz stand dem allgemeinen Trend bei anderen Tötungsdelikten entgegen.<sup>825</sup>

Als Kindstötung zählten auch die verbotene Abtreibung, die Vernachlässigung von Kindern mit Todesfolge<sup>826</sup> oder das Verschweigen einer ausserehelichen Schwangerschaft. Das Regiment unterstellte diesen Frauen Kindsmordabsichten. Die Mitglieder des Stillstandes und die Hebammen hatten aus diesem Grund die besondere Pflicht, auf ausserehelich schwangere

---

<sup>818</sup> Bernet, Sachverständige, 94f.

<sup>819</sup> Ordnung gegen Einbrüche auf der Landschaft 1787, 97f. Der Kleine Rat pflegte im 18. Jahrhundert nur bei erheblichen Körperverletzungen eine Visitation anzuordnen. Eine klare Unterscheidung zwischen schweren und leichten Körperverletzungen gab es in Zürich, im Unterschied zu Basel, aber nicht. Vgl.: Bernet, Sachverständige, 93.

<sup>820</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 254. Nach Bernet waren Leichenfunde im See und in der Limmat vergleichsweise häufig. Vgl. Bernet, Sachverständige, 89.

<sup>821</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 254; Gift-Mandat 1777, 106 – 110.

<sup>822</sup> Bernet, Sachverständige, 97.

<sup>823</sup> Dieter Hoof zählte im 18. Jahrhundert 26 Fälle von Kindsmord; vgl. Dieter Hoof, „Und der Pfarrer befahl augenblicklich, die Schwangere aus dem Dorf fortzuschaffen’: Kindsmordvorgänge in Stadt und Landschaft Zürich im 18. Jahrhundert“, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1985, Zürich 1984, 50 – 77, 53f; ders., Pestalozzi und die Sexualität seines Zeitalters: Quellen, Texte und Untersuchungen zur Historischen Sexualwissenschaft, (Sexualpädagogische Beiträge 3), Sankt Augustin, 1987, 226 – 257. Hoof stützte sich bei seinen Ausführungen auf eine zeitgenössische Studie Heinrich Pestalozzis.

<sup>824</sup> Vgl.: Aline Steinbrecher, Verrückte Welten, 224 – 228.

<sup>825</sup> Ebd., 225.

<sup>826</sup> Vgl. als Beispiel: Cramer, Lebensgeschichten, 385 – 389.

Frauen zu achten und sie den Behörden unverzüglich zu melden. Dadurch sollten Kindstötungen verhindert werden.<sup>827</sup>

Das Vorgehen beim Fund einer Kinderleiche unterschied sich vom Verhalten beim Fund getöteter Erwachsener. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts waren bei der Untersuchung des aufgefundenen Kinderkörpers in der Stadt die Nachgänger anwesend und auf der Landschaft ein Ober- bzw. ein Landvogt oder ein Untervogt. Im 18. Jahrhundert untersuchten der Stadtarzt und ein geschworener Meister die Kinderleichen in der Gschau alleine. Sie hatten abzuklären, ob ein Abort, eine Totgeburt oder eine Kindstötung durch Unterlassung vorlag. In ihren Expertisen schilderten die Gutachter auch den möglichen Tathergang und sie untersuchten die Kinderkleider, um einen Hinweis auf die Mutter zu finden. Waren nach dem medizinischen und dem forensischen Teil noch Fragen offen, leitete auch hier der Kleine Rat eine Nachgangsuntersuchung ein, um zu einem eindeutigen Ergebnis zu gelangen.<sup>828</sup>

Die Massnahmen, die nach einer Kindstötung zur Auffindung der Mutter eingeleitet wurden, erregten jeweils grosses Aufsehen. Der örtliche Seelsorger verkündete die Tat von der Kanzel, um moralischen und sozialen Druck auszuüben. Ein Mitglied des Stillstandes wurde nach dem Gottesdienst mit zwei Adjunkten<sup>829</sup> im Auftrag des Amtsbürgermeisters bzw. der Gemeindevorsteher in alle Häuser geschickt, um Nachforschungen anzustellen.<sup>830</sup> Während der Suche nach verdächtigen Frauen blieben in Zürich die Stadttore geschlossen, um so Fluchtversuche zu verhindern.

Es lag allerdings nicht in der Kompetenz des Stillstands, erweiterte Vernehmungen durchzuführen. Die als verdächtig gemeldeten Personen wurden wie üblich von den Nachgängern befragt.<sup>831</sup> Hebammen oder der Stadtschnittarzt untersuchten die in Verdacht gekommenen Frauen auf Hinweise einer kürzlich erfolgten Geburt. Die mögliche Täterin wurde zunächst in das Spital geführt und erst nach einer Frist von vier Wochen in den Wellenberg gebracht, um dort von den Nachgängern weiter peinlich verhört zu werden.<sup>832</sup>

## 5.2.5 Diebstahl, Einbruch, Strassenraub

Das „Politische Handbuch“ von David von Wyss bezeichnete den Diebstahl als die strafwürdigste Art, sich am fremden Eigentum zu vergreifen.<sup>833</sup> Es zählte ihn ebenfalls zu den Kriminalverbrechen.<sup>834</sup> Diebstahl wurde in Zürich besonders hart bestraft, weil er für den Betroffenen, spürbarer als bei anderen Verbrechen, eine ernsthafte Bedrohung der materiellen Exis-

---

<sup>827</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 251.

<sup>828</sup> Bernet, Sachverständige, 111.

<sup>829</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, 244.

<sup>830</sup> Bernet, Sachverständige, 97, 103, 111.

<sup>831</sup> Vgl. Hoof, Kindsmordvorgänge, 66.

<sup>832</sup> Vgl. als Beispiel eines vollständig dokumentierten Verhörs: Hoof, Kindsmordvorgänge, 65 – 72.

<sup>833</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 139. Der Hinweis im Bettelmandat von 1713, dass der Diebstahl durch Bediente der Kauf- und Handelsleute zunehme, lässt auf eine wachsende Problematik schliessen. Vgl. „Mandat wider den unverschämten Gassenbettels“, 1713, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. V, 79. Nach den Berechnungen von Erich Wettstein wurden im 18. Jahrhundert 40% der Todesurteile wegen Diebstahls ausgesprochen. Vgl. Wettstein, Todesstrafe, 73.

<sup>834</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 139.

tenz sein konnte und einen unverzeihlichen Verstoß gegen den Tugendkatalog darstellte.<sup>835</sup> Hehler und Komplizen sowie Personen, die „diebisches und verdächtiges Gesindel“ beherbergten oder ernährten, mussten, „um der öffentlichen Sicherheit willen“, mit noch strengeren Sanktionen rechnen als die Diebe selbst.<sup>836</sup> Die Todesstrafe wurde bei einem Diebstahl allerdings nur verhängt, wenn der Täter jemanden bei einem Einbruch verletzt hatte oder wenn der Einbrecher ein Gewehr mit sich führte und damit die Absicht verriet, in Kauf genommen zu haben, allenfalls einen Hausbewohner anzuschossen oder gar zu töten.<sup>837</sup>

Die Verwerflichkeit eines Diebstahls erhöhte sich durch ein gewaltsames Eindringen in Häuser<sup>838</sup>, durch das Aufbrechen von Türen, Fenstern und Schlössern, bei der Verwendung von Nachschlüsseln oder beim Diebstahl der Kassen von Stiftungen, von Kirchen<sup>839</sup> oder von öffentlichen Einrichtungen, sowie wenn die Täterschaft zur eigenen Familie oder zur Dienerschaft gehörte.<sup>840</sup>

Ein besonderes Problem des Diebstahls stellten die Entwendungen von Fabrikwaren aus Bleichen<sup>841</sup>, von Pferden und Vieh ab Weiden wie auch von Bienen und Feldgeräten von Äckern dar, weil die Tiere und Güter auf offenem Feld nur schwer vor Dieben zu schützen waren.<sup>842</sup> Diebstähle dieser Kategorie wurden oft mit der Todesstrafe belegt.<sup>843</sup>

In der Stadt konnten die Bestimmungen aus dem Stadtrecht sowie verschiedene Frevel unter der Rubrik Diebstahl zusammengefasst werden. Bis 1784/1795 verfolgte diese Frevel die Reformationskammer.<sup>844</sup> Danach war es ausdrücklich die Aufgabe des Stadthauptmanns, Einbrüche und Diebstähle aufzuklären.<sup>845</sup>

Der Diebstahl scheint eine Verbrechenkategorie gewesen zu sein, von der in erster Linie die Landschaft betroffen war. Die Verfolgung von Dieben im 18. Jahrhundert auf der Landschaft war die Angelegenheit der Kommunen. Die Wegknechte der Gemeinden, die für den Unterhalt der vier Hauptstrassen des Kantons verantwortlich waren und die täglich auf den Verkehrswegen präsent waren<sup>846</sup>, verfolgten die des Diebstahls verdächtigten und flüchtenden Personen und nahmen sie fest.<sup>847</sup> Die Bewohner der Gemeinde und die der Nachbarorte muss-

---

<sup>835</sup> Vgl. Cramer, Lebensgeschichten, 404 – 412 und 412 – 419.

<sup>836</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 141.

<sup>837</sup> Ebd., 139f.

<sup>838</sup> In der Stadt stellte das Eindringen ins Postbüro unter der Angabe eines Vorwandes „bey Uebergabung und Abholung der Briefen auf der Post (und) während der Speditionen“ ein besonderes Delikt dar, das 1776 durch das Kaufmännische Direktorium geregelt wurde. Die fehlbare Person musste dann durch die Bediensteten im Postbüro ans Kaufmännische Direktorium gelaidet werden. Dieses konnte den Eindringling bestrafen. Vgl.: Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 40.

<sup>839</sup> Anthonius Werdmüller berichtet von zwei Kirchenrauben im 18. Jahrhundert. 1751 in Hombrechtikon und 1752 in Bülach. Im letzteren Fall konnte der Dieb, Felix Volkart aus dem Badischen, gefasst werden. Er wurde wegen zwölf weiteren Diebstählen durch den Strang hingerichtet; vgl. Werdmüller, Memorabilia 1790, 316.

<sup>840</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 140.

<sup>841</sup> Vgl. als Beispiel für einen Diebstahl von Baumwollsäcken: Cramer, Lebensgeschichten, 390 – 397.

<sup>842</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 140.

<sup>843</sup> Ebd.

<sup>844</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Die Verfolgung von Freveln durch die Reformationskammer“.

<sup>845</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Die Wahrung von Ruhe und Ordnung in der Stadt ab 1779“.

<sup>846</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Sauberkeit und Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und Strassen“.

<sup>847</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 315.

ten die Wegknechte bei der Verfolgung unterstützen.<sup>848</sup> Bis 1774 waren jedoch vor allem Gemeindemitglieder der unteren sozialen Schichten als Wegknechte eingesetzt, die ihrer Aufgabe kaum nachkamen.<sup>849</sup> Erst 1787 machte sich das Regiment daran, nach einem Einbruchdiebstahl die Verfolgung von Dieben effizienter zu gestalten. Es verlangte von den Kirchgemeinden einen Trupp von sechs Mann bereitzuhalten, der im Fall eines Einbruchs oder eines Diebstahls die Verfolgung von verdächtigen Personen unmittelbar aufnehmen konnte.<sup>850</sup>

Das Ermitteln im Anschluss an Diebstähle oder Einbrüche war dann nicht mehr die Aufgabe der Trupps. Es gehörte, je nach Schwere des Delikts, wieder zu den Aufgaben der Ober- und Landvögte oder der Nachgänger.<sup>851</sup>

Raubüberfälle auf offener Strasse scheinen auf zürcherischem Territorium des 18. Jahrhunderts nicht oft vorgekommen zu sein. Das Stadtrecht von 1715 erwähnte in seinen Bestimmungen lediglich das Verbot, jemandem gegen dessen Willen „fahrende Hab“ wegzunehmen.<sup>852</sup> Erst David von Wyss dramatisierte diesen Paragraphen in seinem „Politischen Handbuch“. Er nahm das Thema mit dem Verweis auf das Stadtrecht von 1715 auf, sprach anstatt von Wegnahme des fahrenden Hab und Guts nun aber von „Strassenräubern“ und meinte damit Personen, die auf öffentlichen Landstrassen Reisende angriffen, beraubten und „wol gar misshandeln“. <sup>853</sup> Weder im Stadtrecht noch im „Politischen Handbuch“ sind allerdings die ordnungssichernden Organe bezeichnet, welche die Strassenräuber zu verfolgen hatten. Es ist davon auszugehen, dass vor 1787 die Wegknechte ebenfalls dafür zuständig waren. Danach gehörte es ins Pflichtenheft der neu geschaffenen Trupps der Kirchgemeinden.<sup>854</sup>

Der Diebstahl von Feldfrüchten, Weintrauben und von Früchten und Gemüse aus fremden Gärten war nicht gleich geregelt wie die Einbruchdiebstähle oder die Raubüberfälle. Aus der Sicht der Obrigkeit stellten sie in erster Linie eine Ungerechtigkeit gegenüber den rechtschaffenen Bauern und eine Verminderung des Zehnten dar. Sie wurden als Folge des Müssiggangs angesehen.<sup>855</sup> Darüber hinaus entstand ein wirtschaftlicher Schaden, weil die Bauern, auch aus Furcht vor Felddieben, die Früchte vor ihrer Reife ernteten.<sup>856</sup> Um diesen Frevel<sup>857</sup> zu verhindern, waren die Gemeinden seit einem Mandat von 1692 verpflichtet, ihre Dorfwachen in der Erntezeit und im Herbst an geeigneten Stellen im Gebiet ihrer Kommune zu postieren.<sup>858</sup> Die Dorfwachen hatten den Auftrag, die Felder zu überwachen, allfällige Diebe zu

---

<sup>848</sup> Ebd.

<sup>849</sup> „Mandat die Strassen betreffend“, 1774, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, fünfter Band, Nr. XXXIX, 167; Wyss, Politisches Handbuch, 315.

<sup>850</sup> Vgl. dazu Kapitel „Die Schaffung eines neuen Organs zur Verfolgung von Dieben auf der Landschaft“.

<sup>851</sup> Gassenbettel-Mandat 1713, 79f.

<sup>852</sup> „Saz und Ordnung eines Frey-loblichen Stadt-Gericht“, 1715, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, erster Band, 1 – 240, Nr. I, Teil VII, § 26, S. 92.

<sup>853</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 140.

<sup>854</sup> Ordnung gegen Einbrüche auf der Landschaft 1787, 95.

<sup>855</sup> „Mandat gegen Frevel im Feld, an Baum, Wein und Fruchtgärten“, 1692, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band 4, XIII, 102f.

<sup>856</sup> Baum-, Wein- und Fruchtfrevel-Mandat 1692, 102. Mit dem vorzeitigen Ernten war offenbar auch die Verbreitung von Krankheiten verbunden; vgl. ebd., 102.

<sup>857</sup> Ebd. Vgl. Zum Begriff „Frevel“ „Die Frevelfälle im 18. Jahrhundert“.

<sup>858</sup> Vgl. zu den Dorfwachen das Kapitel „Bedrohung von Aussen: Bettler und Vagierende“.



ergreifen und sie den Dorfvorgesetzten zu laiden.<sup>859</sup> Diese sollten die Übeltäter wegen öffentlichen Raubes als Diebe abstrafen.<sup>860</sup>

Es ist unklar, wie hoch die Ergreifungsquote von Dieben im 18. Jahrhundert war. Die Aussagen in den Quellen weisen darauf hin, dass in zahlreichen Diebstahlsfällen die Bestohlenen in der Regel unmittelbar nach der Tat bereits einen Verdacht hegten und die Täter im näheren sozialen Umfeld der Opfer zu suchen waren. Zu Anklagen kam es dennoch selten. Nach der Erfahrung von Landvogt Escher von Kyburg würden nämlich zu viele Landleute aus Furcht vor den finanziellen Folgen eines Prozesses lieber leiden und schweigen, als Kläger zu werden.<sup>861</sup> Auf diese Weise würden „viel Frevel verborgen bleiben und bösen Leuten Muth gemacht werden, in Uebeln fortzufahren, wann man nit obrigkeitlich den Sachen nachfragen thäte.“<sup>862</sup> Der Landvogt legte um 1720 deshalb grossen Wert auf die Aufklärung von Diebstählen in seinem Verwaltungsgebiet. Er liess das Diebstahlopfer zu sich auf das Landvogteischloss kommen, damit es die Umstände der Tat genau schildere. Wer sich weigerte auf die Kyburg zu kommen, der hatte mit der Konfiskation der gestohlenen Güter zu rechnen, wenn diese wieder auftauchen sollten. Dagegen wurden jene, welche einen Fall dem Landvogt laiden, mit der Übernahme der Verfahrenskosten durch die Obrigkeit belohnt.<sup>863</sup>

Lagen gegen einen mutmasslichen Täter Verdachtsmomente zwar vor, reichten aber nicht aus, um ihn sofort in Haft zu nehmen, sollte das Opfer des Diebstahls nach der Meinung von Landvogt Escher schweigen und nichts weiter unternehmen. Nach einigen Wochen, wenn der vermutliche Dieb sorglos geworden sei, wollte der Landvogt diesen ohne Angabe des wahren Grundes durch einen Läufer aufs Schloss bringen lassen, um ihn dort zu verhören und gleichzeitig die verdächtigen Häuser durchsuchen zu lassen.<sup>864</sup> Die Verhöre verliefen aber selbst bei Landvogt Escher nicht zimperlich ab. So liess er einen Dieb auch mal foltern, bis er gestand.<sup>865</sup>

## 5.2.6 Die Forschung nach den Ursachen der Kriminalverbrechen

Die weltliche Obrigkeit in Zürich interessierte sich kaum für die tieferen Ursachen und die gesellschaftlichen Hintergründe von Kriminalverbrechen. Es waren einzelne Geistliche, die sich damit auseinandersetzten. Sie hatten im peinlichen Verfahren während der Gefangenschaft Zugang zu den Beschuldigten und betreuten diese seelsorgerisch. Pfarrer J. R. Cramer, der auch Mitglied der Asketischen Gesellschaft Zürichs war, publizierte 1772 eine Broschüre mit dem Titel „Lebensgeschichten ehemals gefangener Missethäter“<sup>866</sup>. Darin analysierte er

---

<sup>859</sup> Baum-, Wein- und Fruchtfrevel-Mandat 1692, 103.

<sup>860</sup> Ebd.

<sup>861</sup> Vgl. zum Problem des l'infrajudiciaire die Hinweise in Kapitel „Ausnahmeregelungen“.

<sup>862</sup> Escher, Bemerkungen, 272f.

<sup>863</sup> Ebd., 272.

<sup>864</sup> Ebd.

<sup>865</sup> Ebd., 285f.

<sup>866</sup> Cramer, Lebensgeschichten. Vgl. zur Kritik am Strafrecht in der alten Eidgenossenschaft: Alkalay, Strafrecht der Französischen Revolution, 117 – 121. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang v.a. die Überlegungen Johann Heinrich Pestalozzis zu den Quellen des Verbrechens, die er v.a. im sozialen Elend weiter Bevölkerungsschichten erkennt.

anhand der Lebenswege von sechs Todeskandidaten und aufgrund seiner persönlichen Gespräche und Erfahrungen ihren Gang ins Verderben.

Cramer leitet aus diesen Beispielen allgemeine Erkenntnisse ab, was den Text zu einer aufschlussreichen Quelle der Zürcher Kriminalitätsgeschichte werden lässt. Sein Muster für die Erklärung der Taten ist einfach zu erkennen. Er ging von einer Glaubensüberzeugung aus, die er folgendermassen formulierte: „Gott habe unter den Menschen gute und böse Kinder; nur die Guten, die welche ihm gehorsam, oder wenn sie ihm nich gehorsamen, oder wenn sie ihm vorher nicht gefolget, doch wiederum zu ihm zurückkehren, ihre Sünden bereuen, aufrichtige Busse thun, und ein besseres Leben führen, nur diese haben an seiner Gnade Theil.“<sup>867</sup> Aus dieser Perspektive hatten die Verbrecher in ihrer Jugend lediglich eine unzureichende religiöse Erziehung genossen oder ihre christliche Lebensweise war nur oberflächlich. Dadurch fehlten ihnen die Gewissensbildung und die Gabe zur Unterscheidung des Guten vom Bösen und sie lebten ein Leben, das nicht dem zürcherischen Tugendkatalog entsprach. Pfarrer Cramer umschrieb den Lebenswandel der späteren Täter denn auch mit den stets selben Adjektiven: „müßig“, „leichtfertig“, „gottvergessen“, „schwelgerisch“, „verschwenderisch“, „liederlich“ und vor allem „wollüstig“. Die Folge ihrer Lebensführung war in den meisten Fällen ein Leben in Armut mit einer sowohl innerlichen wie auch äusserlichen Entfernung vom gesellschaftlichen, religiös geprägten Leben. Sie rutschten, aus der Sichtweise des Geistlichen, auf diese Weise langsam ins kriminelle Milieu ab. Auslösendes Moment für ihre erste Tat war nach Pfarrer Cramer entweder ein verbrecherischer Trieb, ein schlechter Charakter, eine Verführung durch einen bereits Kriminellen oder es war Alkohol im Spiel. Er nahm die negative Wende in den Lebensläufen durchweg mit Erstaunen, Bedauern und Unverständnis zur Kenntnis. Einige wenige Gefangene gaben nach den Worten Pfarrer Cramers jedoch auch zu, dass sie später einsahen, dass ihre Taten nicht den Normvorstellungen der Gesellschaft entsprachen, dass sie dadurch ein schlechtes Gewissen bekommen und sich freiwillig gestellt hätten.

Den Sinn seiner Gefängnisbesuche sah der Geistliche darin, die zum Tode Verurteilten zur (Selbst)erkenntnis zu führen, sie hätten eine Sünde getan. Er wollte sie zudem zur Reue bewegen und sie, vor der Vollstreckung der Hinrichtung, mit Gott und der Gesellschaft wieder versöhnen sowie sie auf den Tod vorbereiten, um möglichst noch ihr ewiges Seelenheil zu retten. Allerdings mahnte er die Todeskandidaten auch, sie sollten sich der Gnade Gottes nicht allzu sicher sein.

Die Gefangenen hatten je nach Persönlichkeit mehr oder weniger Schwierigkeiten, sich ihrem unausweichlichen Schicksal zu ergeben. Das Hauptargument der Gefangenen zu ihrer Verteidigung, wenn sie sich überhaupt zu rechtfertigen suchten, war, die Armut hätte sie zur Tat verleitet. Dieser Erklärung konnte Pfarrer Cramer noch ein gewisses Verständnis entgegenbringen, fügte aber sofort an, mit redlicher Arbeit und viel Fleiss wäre ein Entrinnen aus diesem Schicksal möglich gewesen. Ein weiteres Argument war der Verweis auf einen bösen Geist, der sie zur Tat getrieben habe. Hierauf antwortete der Geistliche unverblümt und jeweils mit demselben Satz: „Der böse Geist bist du selbst.“ Pfarrer Cramer wollte keinesfalls

---

<sup>867</sup> Cramer, Lebensgeschichten, 407.

zulassen, dass der Beschuldigte die Schuld für seine Taten bei jemand anderem als bei sich selbst suchte.

Aus den Berichten von Pfarrer Cramer geht nicht hervor, dass er sich für Begnadigungen einsetzte. Er übernahm vielmehr die Sichtweise der Obrigkeit, wonach die Todesurteile anderen potenziellen Verbrechern als abschreckendes Beispiel dienen sollte. Auch für den zum Tode Verurteilten sah er in der Vollstreckung der Strafe einen besseren Weg als in der Freilassung, in der Cramer keine Chance für eine Resozialisierung sah. Einem Dieb sagte er kurz vor der Hinrichtung: „Siehe, wenn dir das Leben geschenkt würde, so würde man dich wahrscheinlich ins Elend jagen, du würdest von Vatter, von Mutter, von Freunden verbannet werden, arm von aller Hülfe, und Aufmunterung vom Guten entblösst, wärest du neuen, nie gedachten unzähligen Versuchungen zum Bösen, von denen du jetzt nicht einmal etwas weisst, ausgesetzt, und du würdest unter Menschen kommen, die in der Bosheit es noch weiter getrieben haben als du, wie wolltest du den allen diesen Versuchungen widerstehen können? Gewiss würdest Du noch unglücklicher werden und eines grausammern Todes sterben müssen.“<sup>868</sup>

Der Schutz der Gesellschaft vor den Tätern war ein weiterer Punkt, der Pfarrer Cramer davon abhielt, die Kriminellen wieder in die Freiheit zu entlassen. Von einem Dieb berichtete er, dieser scheine es nach einem Gespräch mit ihm erfasst zu haben, dass die „allgemeine Sicherheit der Güther durch ihn gestört worden, dass er viele unschuldige Menschen durch seine Diebstähle in Betrübniß und Schaden gesetzt, dass er auf eine boshafte Weise andere unschuldige verdächtig gemacht, und ihre guten Namen gekränkt habe, und dass die listige Art, wie er gestohlen, andre leichtsinnigen Menschen zu ähnlichen Übelthaten verführen könnte.“<sup>869</sup>

Cramers kriminologische Interpretationen der Verbrechen bewegen sich auf dem engen Feld der Ordnungsvorstellungen der Obrigkeit. Dieser Befund kann nicht erstaunen, weil die Analyse durch einen Vertreter eben dieses Systems vorgenommen wurde. Mit der starken Betonung der persönlichen Schuld der Delinquenten, die durch eine Strafe gesühnt werden muss, offenbart sich Cramer als Vertreter der im 18. Jahrhundert weitverbreiteten konservativen absoluten Straftheorie.<sup>870</sup>

---

<sup>868</sup> Ebd., 419.

<sup>869</sup> Ebd., 414.

<sup>870</sup> Vgl. Christian Schwarzenegger, „Rache, Gerechtigkeit, Abschreckung oder Erziehung?: Altes und Neues zur Begründung von Strafen und Massnahmen“, in: Strafen: Ein Buch zur Strafkultur der Gegenwart, hg. vom Stapferhaus Lenzburg, Baden 2004, 19 – 27. Vgl. auch: Robert Badinter, „Sous le signe de Caïn“, in: Clair, Jean (Hg.), *Crime et châtiment*, Paris 2010, 11 – 27, 50 – 61.

### 5.2.7 Zwischenfazit V

Die Vorgehensweisen, wie die Obrigkeit Unruhen, Gewaltverbrechen und Verbrechen gegen die wirtschaftlichen Interessen des Staates aufklärte, unterschieden sich wesentlich voneinander. Ihre Besonderheiten werden im Folgenden separat betrachtet.

Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts baute sich das Regiment seine Kompetenzen und Fähigkeiten kontinuierlich und gezielt auf, um systemgefährdenden Unruhen in der Stadt oder auf der Landschaft zu entgegnen. Seine Strategie dabei war, Unruheherde in der Stadt im Rahmen des Inquisitionsverfahrens möglichst frühzeitig durch Einschüchterungen, Stigmatisierungen, Berufsverbote, Verhaftungen, Verhöre, Abkanzelnungen, Anklagen oder durch Spaltung zu unterdrücken. Bis zum Stäfner Handel von 1794/95 beschränkten sich die Unruhen auf Aktionen der innerstädtischen Oppositionsbewegung. Auf jedes Ereignis reagierte das Regiment mit einer Weiterentwicklung des ordnungssichernden Instrumentariums. So schuf sich die Obrigkeit nach den Verfassungsunruhen von 1713 mit einer Ergänzung des siebten „Geschworenen Briefs“ eine verfassungsrechtliche Grundlage, um gegen oppositionelle und verschwörerische Versammlungen in der Stadt vorzugehen. Nach den Erfahrungen der Zunftunruhen von 1777 baute das Regiment diesbezüglich seine Handlungsmöglichkeiten bedeutend aus. Insbesondere die Reform der Stadtwache von 1779 war darauf ausgerichtet, unter dem Titel „öffentliche Sicherheit“ die obrigkeitliche Präsenz im Innern der Stadt zu jeder Tag- und Nachtzeit so zu erhöhen, dass öffentliche oder geheime Protestversammlungen der Opposition nicht mehr möglich waren. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die erstmalige Verwendung der Laternen. Sie weiteten die Kontrollmöglichkeiten des Regiments in der Nacht aus. Ebenso zentral war die Bildung der Einsatzreserve auf der Hauptwache. Sie erlaubte es, die Überlegenheit der Stadtwache jederzeit sicherzustellen.

Die Mittel des Regiments reichten jedoch nur solange aus, als die Unruhen unter der Schwelle der Gewaltanwendung blieben und diese nicht von der Stadt auf die Landschaft überzugreifen drohten. Die Gefahr einer unkontrollierten Ausweitung der Unruhen lag im Konfliktzyklus von 1762 bis 1769. Das Regiment zog aus der Ereigniskette der 1760er Jahre entsprechende Konsequenzen. Es revidierte 1770 die Militärorganisation dahin gehend, dass es der Obrigkeit möglich gemacht wurde, Truppen zur Niederschlagung von Aufständen auf der Landschaft einzusetzen. Zürich versetzte sich damit in die Lage, auf Unruhen auf der Landschaft souverän zu reagieren und löste sich dadurch gleichzeitig von der Abhängigkeit von eidgenössischen Interventionen. Einzig die der nicht einzuschätzende Grad der Loyalität der Truppen der Landschaft gegenüber dem Regiment schränkte die Reaktionsmöglichkeiten der Obrigkeit bei Einsätzen im Innern ein. Die Bevölkerung der Landschaft handelte nicht gegen ihre eigenen Interessen. Im Stäfner Handel von 1794/95 war die Treue noch teilweise vorhanden. 1798 aber versagte die Landschaft dem Regiment seine Gefolgschaft vollumfänglich.

Die Obrigkeit baute parallel zu den offen-repressiven Instrumenten auch die Systemmacht aus. Insbesondere nutzte sie nach den Zunftunruhen von 1777 das Mittel der Zensur, um eine Verbreitung von kritischen Schriften und Bildern in der Stadt und auf der Landschaft zu verhindern.

Abgesehen von den Entwicklungen der ordnungssichernden Organe aufgrund der politisch motivierten systemgefährdenden Unruhen erfuhr die Verfolgung von Kriminalverbrechen, welche Ruhe und Ordnung in der Stadt zwar gefährdeten, aber keinen revolutionären Charakter besaßen, im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts eine bemerkenswerte Veränderung: Die offensichtliche Überforderung der Reformationskammer in der Bewältigung von Frevefällen im Bereich der Ruhestörung und der Gewaltanwendung brachte eine Machtverschiebung im Gefüge der ordnungssichernden Organe mit sich. Obwohl Ruhestörungen und Gewaltanwendungen vom Regiment faktisch als Kriminalverbrechen und nicht mehr wie bisher als Frevel betrachtet wurden, fiel deren Verfolgung nicht ins Aufgabenfeld der beiden Nachgänger, sondern wurde 1784 dem Stadthauptmann und seiner Stadtwache übertragen. Der entscheidende Vorteil dieses Ansatzes lag in der wesentlich grösseren Autonomie zur Lösung der Fälle, die dem Stadthauptmann im Vergleich zu den Nachgängern zugestanden wurde. Der Kleine Rat übertrug dem Stadthauptmann die Kompetenz, die Frevel, in Absprache mit dem Amtsbürgermeister, weitgehend selbstständig zu klären. Damit kann erstmals von einer modernen Polizeitätigkeit in der Stadt Zürich gesprochen werden. 1795 weitete das Regiment die Ermittlungsbefugnisse des Stadthauptmanns sogar auf klassische Kriminalfälle wie Mord, Totschlag, Selbstmord, Einbruch und Diebstahl aus, was seine Stellung weiter verstärkte. Der Stadthauptmann und die ordnungssichernden Organe, über die er verfügte, traten damit in eine bis zum Ende des Ancien Régime ungeklärte Konkurrenz zu den beiden Nachgängern. Die Verantwortung des Stadthauptmanns beschränkte sich aber weiterhin nur auf das Gebiet der Stadt Zürich.

Trotz der Ausweitung der Befugnisse des Stadthauptmanns von 1795 blieben die Möglichkeiten zur Aufklärung von Gewaltverbrechen beschränkt. Sie mussten sich an den Vorgaben des Inquisitionsprozesses orientieren. Die Beweismitteltheorie legte starkes Gewicht auf ein Geständnis und die Reue des Angeklagten. Zeugenaussagen und Indizien hatten nur eine geringe Bedeutung. Eine direkte Folge dieses Umstandes war, dass die kriminalistische und kriminaltechnische Untersuchung des Tatorts und der Leichen im Inquisitionsprozess keine wesentliche Rolle spielte. Dies spiegelte sich auch in den im Verhältnis zum Prozess zweitrangigen Aufgaben der ordnungssichernden Organe am Tatort wieder. Dennoch darf ihr Einfluss auf die Lösung eines Falls nicht unterschätzt werden. Die beiden Nachgänger konnten zum einen mit der Absperrung des Fundorts des Opfers gute Voraussetzungen zur Sicherung möglicher Hinweise auf die Tat und die Täterschaft schaffen. Mit einer geschickten Verhör- und Fragetechnik schufen sie trotz des standardisierten Fragekatalogs zum anderen die Grundlage für den zentralen Verbalprozess vor dem Neuen Rat. Je nachdem, wie viel sie über die Umstände eines Verbrechens sowie über die Hintergründe in Erfahrung bringen konnten, liess sich eine angeklagte Person möglicherweise schneller zu einem Geständnis bewegen. Ein reiner Indizienprozess war jedoch ausgeschlossen. Die kurze Amtszeit der Nachgänger von nur einem halben Jahr ermöglichte es zudem nicht, Kontinuität und Professionalität in der polizeilichen Ermittlungsarbeit aufzubauen.

Den medizinischen Sachverständigen kam im Inquisitionsprozess aus polizeigeschichtlicher Perspektive ebenfalls eine tragende Rolle zu. Sie setzten ihre naturwissenschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen ein, um ein Vergehen, ein Verbrechen oder einen Unfall rechtlich zu

kategorisieren. Von besonderer Bedeutung war, dass sie mit der Spurensicherung und der Rekonstruktion des Tathergangs dazu beitrugen, einen Täter zu überführen.

Das Folterverbot von 1777 wertete die Tätigkeit der Nachgänger und der medizinischen Sachverständigen zwar auf, führte jedoch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in Zürich zu keinem Paradigmenwechsel in der Beweistheorie.

Obwohl die Verbrechen gegen die wirtschaftlichen Interessen des Staates als Staatsverbrechen galten, war ihre Verfolgung grundsätzlich anders organisiert als jene gegen Gewaltverbrechen. Sie lag in den Händen von spezialisierten obrigkeitlichen Kommissionen. Diese überwachten in der Stadt ihre eng definierten Fachbereiche. Dazu zählten die Umgehung des Münzmonopols, die Falschmünzerei, die Missachtung der Zollvorschriften, das illegale Anwerben von Söldnern sowie die Veranstaltung von Lotterien. Die Kommissionen konnten von Fachexperten, wie beispielsweise dem Waradin, dem zweiten Commis oder dem Weinungelbbeamten in ihrer Arbeit unterstützt werden.

Charakteristisch für die Ahndung von Verbrechen, welche die finanzielle Stabilität des Staates zu unterminieren drohten, war im Vergleich zu den anderen ordnungssichernden Organen das augenfällige Bemühen der ordnungssichernden Kommissionen und Spezialisten, die einschlägigen Mandatsbestimmungen getreu und aktiv durchzusetzen. Eine weitere Besonderheit bestand darin, dass die Kommissionen, in bestimmten Fällen sogar die Fachexperten, Strafen selbstständig aussprechen und Verhaftungen vornehmen konnten.

Auf der Landschaft übernahmen bei Verbrechen wider die „Standes-Oeconomie“ zunächst die Ober- bzw. Landvögte die Aufgaben der spezialisierten Kommissionen. Nach einer ersten Prüfung der Vorfälle überwiesen die Ober- und Landvögte diese an die zuständige obrigkeitliche Kommission in der Stadt zur Weiterbearbeitung des Falls.

## 5.3 Die Verfolgung von Vergehen gegen Frevel

Zürich wurde 1218 reichsfrei und begann sich in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts selbst zu verwalten. Mit dem Richtebrief von 1304<sup>871</sup> bzw. den nachfolgenden Nikolaus- und Konradbüchern<sup>872</sup> sowie den Stadtbüchern<sup>873</sup> entwickelte sich im 14. Jahrhundert allmählich ein noch nicht systematisierter Rechtskodex. In verschiedenartigsten Rechtsnormen sollte er sowohl den Stadtfrieden für die städtische Rechtsgemeinschaft wahren als auch die ökonomischen Existenzgrundlagen und das nachbarschaftliche Zusammenleben aller, die zu dieser Gemeinschaft gehörten, garantieren.<sup>874</sup> Auch in der Tradition Zürichs kristallisierten sich zwei Rechtsbereiche heraus. Im ersten Buch des Richtebriefes wurde neben den im vorhergehenden Kapitel behandelten Strafen für Kapitalverbrechen wie Mord und Totschlag zusätzlich eine lange Reihe von „freveli“<sup>875</sup> aufgezählt, die, falls sie nicht besonders schwerwiegend waren, mit Bussen bestraft werden sollten. Seit dem Richtebrief von 1304 wurden unter Freveln in einem engen Sinn Delikte verstanden, welche die zwischenmenschlichen Beziehungen so schwer belasteten, dass die Vorfälle schliesslich eine Gefahr für das gesellschaftliche Zusammenleben zu werden drohten.

### 5.3.1 Die Frevelfälle im 18. Jahrhundert

Mit dem Richtebrief war der Katalog der Freveltaten grundgelegt, aber nicht fixiert worden. Er vermischte sich im Nikolaus- und im Konradbuch mit weiteren Delikten, die aus der Rechtsprechung der niederen Vogteigerichte der Landschaft hervorgingen. Dazu gehörten u. a. Wucher, Ehebruch, Schwören und Fluchen, Kuppelei, Spielen, Bettelei sowie Mundraub.<sup>876</sup> Die Liste der Freveltaten blieb lange Zeit unverändert. Sie erfuhr erst als Folge der Reformation wieder markante Veränderungen. Im neu geordneten Verhältnis zwischen Kirche und Staat setzten Huldrych Zwingli, Heinrich Bullinger und ihre Nachfolger seit 1530 über die Sittenmandate neue Akzente bei der Formulierung von Freveln.<sup>877</sup> In der Stadt geschah dies primär über das Grosse Mandat und auf der Landschaft über das sogenannte Landmandat.<sup>878</sup> Im Sinne der reformatorischen Geistes- und Lebenshaltung wurden die Bürger in die-

---

<sup>871</sup> Der Richtebrief der Burger von Zürich, (Helvetische Bibliothek, 2. Stück), Zürich 1735; vgl. auch: Der Richtebrief der Burger von Zürich, in: Archiv für Schweizerische Geschichte, Band 5, Zürich 1847, 149 – 291. Rudolf Gamper, „Der Zürcher Richtebrief von 1301/1304: Eine Abschrift im Auftrag von Rüdiger Manesse“, in: Alfred Cattani u.a. (Hg.), Zentralbibliothek Zürich: Alte und neue Schätze, Zürich 1993, 18 – 21. Inge Spillmann-Weber betrachtet den Richtebrief als ältestes Sittenmandat; Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 217.

<sup>872</sup> ZBZ Ms J 80.

<sup>873</sup> Heinrich Zeller-Werdmüller, Die Zürcher Stadtbücher des 14. und 15. Jahrhunderts, Bände 1 und 2, Zürich 1899 und 1901; Hans Nabholz, Die Zürcher Stadtbücher des 14. und 15. Jahrhunderts, Band 3, Leipzig 1906.

<sup>874</sup> Susanna Burghartz, Leib, Ehre und Gut: Delinquenz in Zürich am Ende des 14. Jahrhunderts, (Diss.), Zürich 1990, 50f; Otto Sigg, „Der Richtebrief von 1304: Friedenssicherung als Ordnungsmaxime“, in: Kleine Zürcher Verfassungsgeschichte 1218 – 2000, hg. vom Staatsarchiv des Kantons Zürich, Zürich 2000, 16 – 18; „Ein Buch für den Stadtfrieden: Das älteste Gesetzbuch wird heuer 700 Jahre alt“, NZZ vom 9./10. Oktober 2004, Nr. 236.

<sup>875</sup> Helvetische Bibliothek, Richtebrief, 151.

<sup>876</sup> Ruoff, Räte als Strafgericht, 56. Vgl. zu den vorreformatorischen Sittenmandaten: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 25f.

<sup>877</sup> Vgl. zu den Mandaten zwischen 1515 und 1539: Weidenmann, Zürcher Policeymandate im Spiegel zwinglischer Sozialethik, 453 – 488.

<sup>878</sup> Das erste Landmandat erschien nach Wehrli 1601, Spillmann-Weber datiert es auf 1611; vgl. Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 22.

sen Mandaten zu einer konfessionell geprägten Lebensführung angehalten.<sup>879</sup> Die meisten Sittengebote und -verbote hatten denn ursprünglich auch biblische Wurzeln oder waren theologisch begründet.<sup>880</sup>

Die verschiedenen Grossen Mandate bzw. Landmandate beinhalteten jedoch keine verlässliche Aufzählung aller als Frevel geltenden Vergehen. Für das 17. und 18. Jahrhundert sind im Folgenden auch andere Ordnungen, wie zum Beispiel die Sabbat- oder die Policeymandate hinzuzuziehen, welche weitere Sittenvorschriften enthalten.

Neue Frevel wurden seit der Mitte des 16. Jahrhunderts von „beid Rät“ auf Vorschlag kirchlicher Stellen in die Sittenmandate aufgenommen.<sup>881</sup> Die regelmässigen Revisionen der Sittenmandate führten dazu, dass viele Bestimmungen als Reaktion auf Auswüchse gesellschaftlicher Modeströmungen verschärft wurden. Der Katalog der Frevel wurde so über die Jahrhunderte immer umfangreicher und sein Inhalt schillernder, da die Räte einmal definierte Frevel kaum mehr aus den Mandaten herausstrichen. Der ursprünglich eindeutig christlich-zwinglianische Grundton der aufgelisteten Frevel begann im 17. und 18. Jahrhundert zugunsten der Frevel einer republikanischen Lebensweise auszubleichen.<sup>882</sup> Der christliche Grundton verschwand jedoch nie vollständig.<sup>883</sup> Die zunächst religiösen Begründungen zur Vermeidung von Freveln wichen im 18. Jahrhundert rationalen Argumenten und erhielten tendenziell den viel allgemeineren Charakter, eine Untergrabung der Stabilität von Familie und Staat zu verhindern, um Ruhe und Ordnung im Staat nicht zu gefährden.<sup>884</sup> Die vorherrschende zwinglianische Staatsauffassung und die Staatstheorie von Christian Wolff wirkten jedoch als enge Klammern, die ein zu weites Auseinanderklaffen von einer konfessionell geprägten und einer zivilgesellschaftlichen Gesellschaftsvorstellung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verhinderten. Diese Haltung zeigte sich im Grossen Mandat aus dem Jahr 1779 besonders deutlich. Darin vertraten die Räte die Auffassung, dass durch die Beachtung der Bestimmungen in den Sitten-, Policey- und Sabbatmandaten bei den Untertanen ein „christlicher und ehrbarer“ Lebenswandel erreicht werden sollte.<sup>885</sup> Die Vorschriften wurden im letzten Viertel

---

<sup>879</sup> Vgl. zu den Sittenmandaten: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate. Die Autorin nähert sich den Mandaten aus einer literaturwissenschaftlichen und formalen Perspektive und legt umfangreiches statistisches Material vor. Sie gibt jedoch auch zu den jeweiligen Themen der Sittenmandate kurze historische Überblicke, auf die an den entsprechenden Stellen verwiesen wird.

<sup>880</sup> Ebd., 218.

<sup>881</sup> Wehrli, Reformationskammer, 74 – 77. Seit 1779 übte die Reformationskammer grossen Einfluss auf die Zusammenstellung von Freveln aus. Vgl. zum Entstehungsprozess von Sittenmandaten: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 49 – 51.

<sup>882</sup> Zu den typischen republikanischen Freveln zählten Hoffart, Aufwand (Zurschaustellung von Luxus) oder Tabakmissbrauch. Um dem Missbrauch des Tabaks entgegenzuwirken, war das Tabakrauchen in den Gassen und Strassen und in den Wirts- und Schenkhäusern zum offenen Fenster hinaus oder vor den Geschäften in der Stadt untersagt. Auf der Landschaft war das Rauchen in den Scheunen und Ställen nicht erlaubt. Die Aufsicht darüber hatte die Reformationskammer; vgl. „Mandat zu Beförderung, bey diesen bejammerten Zeiten, eines christlichen bussfertigen Lebens und ehrbaren Wandels“, („Grosses Mandat“), 1755, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, zweiter Band, Nr. VIII, 217.

<sup>883</sup> Vgl. zu den Sittenmandaten: Wehrli, Reformationskammer, 5 – 40.

<sup>884</sup> Vgl. Wyss, Politisches Handbuch, 415f. Ein Satzungsbuch in der Zentralbibliothek Zürich (ZBZ Ms J 291), das von Gagliardi ins 18. Jahrhundert, von Ruoff ins frühe 17. Jahrhundert datiert wird, umschreibt Frevel als Vergehen, die primär zivilrechtlich verfolgt wurden. Vgl. Ruoff, Räte als Strafgericht, 56.

<sup>885</sup> „Mandat zu Beförderung eines christlichen und ehrbaren Wandels zusammengezogen und erneuert“, („Grosses Mandat“), 1779, in: Sammlung der Policeygesetze, 1779, fünfter Band, Nr. LX, 359.



des 18. Jahrhunderts aber nicht mehr nur religiös untermauert. Eine Missachtung der Vorschriften führe vielmehr zu negativen Folgen für die Gesellschaft und die Persönlichkeit, so die neuen Argumente der Obrigkeit.<sup>886</sup> Das Regiment betrachtete die Vermeidung von Freveln schliesslich als eine Frage der Erziehung und setzte sie in einen direkten Bezug zur Wohlfahrt des Staates.<sup>887</sup> Die Durchsetzung der Vorschriften bezeichnete das Regiment dementsprechend ausdrücklich als „Handhabung guter Policy“.<sup>888</sup>

Die Obrigkeit liess sich sowohl bei der Umschreibung von Frevefällen als auch bei ihrer moralischen, politischen und rechtlichen Einstufung einen grossen Freiraum. Die Grenze zwischen Frevel- und Kriminalfällen war fließend. Es war durchaus möglich, dass schwere Frevel in ein peinliches Verfahren mündeten. Aber auch das Umgekehrte war denkbar.<sup>889</sup> Die Durchlässigkeit war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts politisch gewollt und entsprach den patriarchalischen Vorstellungen des Regiments, denn die Beurteilung eines Falles war letztinstanzlich nicht einer unabhängigen Justiz, sondern der sich „um das Wohl der Untertanen sorgenden Landesobrigkeit“<sup>890</sup> vorbehalten.<sup>891</sup>

Eine Folge dieser Politik war, dass auch noch am Ende des 18. Jahrhunderts strafbare Handlungen weder in der „Sammlung der Policygesetze“ noch im „Politischen Handbuch“ von David von Wyss systematisch kodifiziert worden waren. Es war erstinstanzlich allein der Meinung eines Richters oder einer obrigkeitlichen Kommission überlassen, einen vorgebrachten Vorfall als Kriminalverbrechen oder als Frevel zu behandeln.<sup>892</sup> In Zweifelsfällen bildeten der Grad einer Verletzung, die Vorsätzlichkeit einer Beleidigung, der Ort und die Umstände einer Tat sowie der Verwandtschaftsgrad der Beteiligten die leitenden Kriterien, um einen Vorfall einzuordnen.<sup>893</sup> Die Zuordnung erfolgte nach den Gesichtspunkten der Strafwürdigkeit einer Handlung und der Schwere der Sanktion. Sie entsprach also nicht qualitativen, sondern quantitativen Kriterien.<sup>894</sup>

Der angewandte Massstab bot im 18. Jahrhundert nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Tugenddiskussion viel Platz für subjektive und politische Einschätzungen einer Freveltat.<sup>895</sup> Das Regiment wusste bis zum Ende des Ancien Régime, seinen Ermessensspielraum für seine Interessen auszunutzen. Rechtsunsicherheiten wurden dabei bewusst in Kauf genommen und

---

<sup>886</sup> Besonders deutlich im Grundtenor des Grosses Mandats von 1779.

<sup>887</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 399.

<sup>888</sup> Grosses Mandat 1779, 371.

<sup>889</sup> Ruoff, Räte als Strafgericht, 54f; 144f. Ebenso war die Kompetenzabgrenzung zum Ehegericht nicht in allen Fällen klar; Wehrli, Reformationskammer, 157.

<sup>890</sup> Vgl. dazu Wyss, Politisches Handbuch, 71.

<sup>891</sup> Richter, David von Wyss, 106.

<sup>892</sup> Vgl. Wyss, Politisches Handbuch, 413; vgl. zur Rechtsauffassung: Richter, David von Wyss, 87 – 111.

<sup>893</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 133. Vgl. auch Burghartz, Leib, Ehre und Gut, 44.

<sup>894</sup> Sylvia Kesper-Biermann, „Die Grenzen des Strafrechts: Zur Abgrenzung von ‚Criminal- und ‚Policeyrecht‘ in Deutschland und der Schweiz während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts“, in: Claudia Opitz, Brigitte Stüder, Jakob Tanner (Hg.), Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Band 21), Zürich 2006, 177 – 193, 179 – 182. Eine strenge legislative Trennung beider Bereiche schien den Kantonen der Eidgenossenschaft bis weit ins 19. Jahrhundert hinein nicht notwendig; es standen vielmehr pragmatische Überlegungen im Vordergrund. Vgl. als Beispiel für das 18. Jahrhundert, Escher, Bemerkungen, 270.

<sup>895</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 413.

als politisches Machtinstrument eingesetzt. Nach Felix Richner diene die starke Position des Richters auch dazu, den zu weit gehenden Zentralisierungs- und Rationalisierungsideen entgegen zu treten.<sup>896</sup>

Der hohe Grad an Ermessensfreiheit der Richter und der richtenden Instanzen im politischen System des Ancien Régime, das die Gewaltentrennung nicht kannte, liess es zu, dass die gängige Rechtspraxis von den normativen Vorgaben abwich und es auf diese Weise mittel- und langfristig zu veränderten Wahrnehmungen von Delikten durch die Obrigkeit kommen konnte. Eine für die Entwicklung der ordnungssichernden Organe besonders interessante Verschiebung lässt sich bei Delikten wie Ehrverletzungen, Verunglimpfungen, Unfugereien, Scheltworten, Verwundungen, Werfen, Lähmen, Raufen, Schlagen und Friedensbrüchen beobachten. Während die Delikte in den Sitten-, Policy- und Sabbatmandaten bis um die Mitte des 18. Jahrhunderts noch als Frevel interpretiert wurden, sind sie bei David von Wyss gegen Ende des Jahrhunderts unter dem Titel „Kriminaljustiz“ als „minderwertige Verbrechen und Vergehen, in Bezug auf das Leben, die Gesundheit und die Ehre der Privatperson“ aufgelistet.<sup>897</sup> Diese Verlagerung kann mit den wachsenden Einflüssen des aufgeklärten Patriarchalismus auf den Staat und die Gesellschaft und den Massnahmen des Regiments in der konservativen Restabilisierungsphase nach den Zunftunruhen von 1777 erklärt werden. Die Aspekte „Ruhe und Ordnung“ wurden in diesen speziellen Fällen höher gewichtet als der ursprünglich moralische Grundgedanke dieser Frevel. Parallel dazu war auch in der staatsphilosophischen Auffassung Zürichs der Staatszweck Sicherheit wieder vermehrt in den Vordergrund gerückt worden.<sup>898</sup>

### 5.3.2 Die Verfolgung von Freveln durch die Reformationskammer

Die Aufsicht, ob die Bürger gemäss den Sittenmandaten auch tatsächlich „christlich und ehrsam“ lebten und arbeiteten, kam seit der Reformation der Obrigkeit zu. Nach der zwinglianischen Staatsauffassung zählte es zu den Aufgaben der weltlichen Behörden, den Geboten Gottes öffentlich Geltung zu verschaffen.<sup>899</sup>

In der Stadt wurden seit 1562 zwei Mitglieder des Kleinen Rates, die ebenfalls Nachgänger genannt wurden, abgeordnet, um der göttlichen Pflicht, den Übeln Einhalt zu gebieten, nachzukommen.<sup>900</sup> Die Anzahl und die Kontrollbefugnisse dieser Nachgänger hatten sich parallel zum Ausbau der Sittenmandate im Verlauf des 17. Jahrhunderts soweit ausgeweitet, dass es schliesslich notwendig wurde, ein eigenständiges Gremium zu schaffen, dem das Recht zukam, einen Tatbestand eigenständig zu untersuchen, Angeklagte und Zeugen zu vernehmen, die vorgebrachten Beweise zu würdigen und schliesslich auch zu richten.<sup>901</sup> Dieses Überwa-

<sup>896</sup> Richter, David von Wyss, 108.

<sup>897</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 133 – 136.

<sup>898</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Der Einfluss der politischen Ökonomie auf die Staatszwecke des traditionell-klassischen Republikanismus in Zürich“.

<sup>899</sup> Joachim Staedtke, Hans Helmut Esser, „Staat“, in: Evangelisches Staatslexikon, Band II, 3., neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1987, 3360f; Wehrli, Reformationskammer, 3f.

<sup>900</sup> StAZ A 42.4. Sie wurden zunächst auch Nachgänger genannt. Vgl. zur frühen Geschichte und Funktion der Nachgänger der nachmaligen Reformationskammer: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 70 – 74.

<sup>901</sup> Wehrli, Reformationskammer, 63. Ich verzichte hier auf eine detaillierte Schilderung der Entwicklungsgeschichte der Reformationskammer und deren Organe. Stattdessen konzentriere ich mich auf ihre Funktionen und

chungsgremium der Sitten-, Policy- und Sabbatmandate erhielt erst 1763 einen eigenen Namen: Es wurde Reformationskammer genannt. Die Bezeichnung nahm nicht direkt Bezug auf die konfessionellen Umwälzungen des 16. Jahrhunderts, sondern leitete sich aus dem lateinischen „reformatio“ in Sinne von „Verbesserung“ ab.<sup>902</sup> Gemeint war die Erneuerung des Lebenswandels nach den Vorstellungen der Obrigkeit.

Nach den Zunftunruhen von 1777 beschlossen der Kleine und der Grosse Rat im Jahr 1779, die Reformationskammer zu stärken, damit der Inhalt der Sitten-, Policy- und Sabbatmandate „besser als bisanhin befolget und gehandhabet werde.“<sup>903</sup> Die Mitglieder der Reformationskammer konnten nun neue normative Vorschriften selbstständig erlassen und somit unmittelbar auf Herausforderungen reagieren. Sie sollten, nach dem Willen des Regiments, auch über alle Mittel und Gewalt verfügen, um den Sitten-, Policy- und Sabbatmandaten mehr Nachachtung zu verschaffen. Dazu erweiterten die Räte das Instrumentarium der Reformationskammer. An erster Stelle schufen sie einen zusätzlichen Anreiz für Laidungen. Die Hälfte der eingezogenen Busse sollte zukünftig dem Laider zukommen.<sup>904</sup> Die Reformationskammer konnte seit 1779 auch auf die Hilfe „anderer vertrauter Personen, auch Bedienung aller derer, die Unsere Stadtfarben tragen“ zurückgreifen, um „die Aufsicht (...) zu verschärfen.“<sup>905</sup> Damit waren die Stadtknechte und die Angehörigen der Bürger- und der Stadtwache gemeint, die nun den Reformationsherren bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Seite stehen mussten. Die Beamten der Stadt hatten in Frevelfällen nicht mehr wie bisher bloss eine eidliche Laidepflicht zu erfüllen, sondern mussten in Erweiterung ihrer ursprünglichen Kompetenzen bei einem beobachteten oder gemeldeten Frevler aktiv handeln. Sie durften in leichten Fällen unmittelbar einen Streit schlichten, vorgesehene Bussen einziehen und bei Fluchtgefahr einen Frevler in Gefangenschaft nehmen.<sup>906</sup> Sie hatten damit zu ihrer Stammfunktion eine weitere ordnungssichernde Funktion erhalten. Sie mussten dabei allerdings damit rechnen, dass sie bei ihrer Amtsausübung nur eine schlechte Akzeptanz fanden.<sup>907</sup>

In der Ordnungssicherung kam dem Stadthauptmann und seiner Stadtwache, wie oben erläutert, eine hervorgehobene Bedeutung bei gewalttätigen und störenden Frevlern zu.<sup>908</sup> Sie schritten „bei sich ereignenden Unfugen und Freveln, Lärm, Streitigkeiten und Schlägereien“ ein.<sup>909</sup>

Der Reformationskammer war keines der ordnungssichernden Organe direkt unterstellt – ein Umstand, der zur Folge hatte, dass der Reformationskammer ausschliesslich nur jene Vergehen gemeldet wurden, deren Bewertung in die unmittelbare rechtliche Kompetenz der Kam-

---

Verfahren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Vgl. zu ihrer Geschichte: Wehrli, Reformationskammer, 47 – 60.

<sup>902</sup> Ebd., 43.

<sup>903</sup> Grosses Mandat 1779, 379.

<sup>904</sup> Ebd.

<sup>905</sup> Ebd. Vgl. auch: Wehrli, Reformationskammer, 172.

<sup>906</sup> Ruoff, Räte als Strafgericht, 139.

<sup>907</sup> Casanova berichtet von einem Beispiel, in dem ein Bürger damit drohte, einen Stadtknecht die Treppe hinunterzustossen; vgl. Casanova, Nacht-Leben, 138.

<sup>908</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Die Reorganisation der Stadtwache von 1779“.

<sup>909</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 60; StAZ A 81.2, „Instruktion für den Herrn Stadthauptmann, die Polizey der Stadt betreffend“, 12. Februar 1795.

mer fiel. Schwere Delikte rapportierten die ordnungssichernden Organe weiterhin an die Patrouillen- und Wachtkommission. Aber selbst in Frevelfällen funktionierte die Kommunikation zwischen den ordnungssichernden Organen und der Reformationskammer nicht reibungslos. Die Kammer beklagte sich bei der Wachtkommission immer wieder erfolglos darüber, dass in Frevelfällen relevante Informationen von den Wächtern nicht an die Reformationskammer weiter geleitet würden.<sup>910</sup>

Die Reformationskammer blieb zwar bis zum Ende des Ancien Régime bestehen<sup>911</sup>, aber sie verlor zunehmend an Bedeutung. Bereits 1783 musste sie auch noch die Kompetenz zur Verfolgung aller Frevel, welche die Ruhe und die Ordnung in der Stadt gefährdeten, an den Stadthauptmann abtreten.<sup>912</sup>

Die territoriale Zuständigkeit der Reformationskammer beschränkte sich auf das Gebiet innerhalb der Stadtkreuze sowie auf die Stadtbürger, die auf der Landschaft wohnten.<sup>913</sup> Auf der Landschaft sorgten die kirchlichen Stillstände dafür, dass das Landmandat und seine darin enthaltenen Frevelfälle bei der Bevölkerung Beachtung fanden.<sup>914</sup> Die Stillstände hatten zur „Beförderung des Gehorsams gegen die Hochobrigkeitlichen heilsamen Mandate und Satzungen“ mit beizutragen.<sup>915</sup> Namentlich waren sie verpflichtet, auf alle Übertretungen wider die Zehn Gebote, das Landmandat und „alle andere auf Ruhe, Zucht und Ehrbarkeit abzielenden Hochobrigkeitlichen Mandate und Satzungen (...) und überhaupt auf alles, was wider gute Zucht und Ordnung und gegen die christliche Ehrbarkeit anläuft“ achtzugeben.<sup>916</sup> Die Obrigkeit wollte durch das Landmandat und die darin aufgezählten Frevel im Sinn der Policy gezielt verhindern, dass auf der Landschaft ganze Familien ihre Existenz aufs Spiel setzten, und schliesslich den „Flor des Staates selbst“ gefährden konnten.<sup>917</sup> In den Landmandaten ist die Absicht des Regiments, die Herrschaftskontrolle über die Untertanen beizubehalten, deutlich spürbar. Gleichzeitig ist hier zu erkennen, wie sehr das Bewusstsein der Stadt, wirtschaftlich von der Landschaft abhängig zu sein, die Obrigkeit in der Wahl ihrer Formulierungen einschränkte und ihr im Einsatz der Mittel die Hände band. Im Gegensatz zur Stadt versuchte das Regiment, Ruhe und Ordnung in den Kommunen der Landschaft so lange als möglich über den Arm der Kirche und nur indirekt über obrigkeitliche Interventionen aufrecht zu erhalten.

Der Stillstand übte in erster Linie zutragende Funktionen aus. Die Hauptträger zur Durchsetzung der Frevelbestimmungen auf der Landschaft waren die Pfarrer. Dem Regiment war viel daran gelegen, über ihre Autorität die Sitten- und Moralgesetze den Bewohnern der Landschaft bekannt zu machen. Die Geistlichen in den Gemeinden waren dazu verpflichtet, das

---

<sup>910</sup> Vgl. dazu: Casanova, Nacht-Leben, 132 – 136.

<sup>911</sup> Wehrli, Reformationskammer, 166f.

<sup>912</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Ruhe und Ordnung in der Stadt“.

<sup>913</sup> Wehrli, Reformationskammer, 154 – 156.

<sup>914</sup> Wehrli, Zürcher Taschenbuch, 20. Die Zuständigkeitsbereiche der Stillstände in der Stadt überschneiden sich mit denjenigen der Reformationskammer und anderen ordnungssichernden Organen, welche Frevel ahndeten, und schränkten sie daher in ihrer Bedeutung stark ein.

<sup>915</sup> Predicantenordnung 1758, 69.

<sup>916</sup> Ebd., 73. Zu den weiteren Aufgaben des Stillstandes vgl. den Überblick in: Weinmann, Bürgergesellschaft, 43 – 45.

<sup>917</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 413f.

Landmandat jeden ersten Sonntag nach Ostern von der Kanzel zu verlesen.<sup>918</sup> Sein Inhalt musste zudem bei Hausbesuchen der Seelsorger den Angehörigen ihrer Gemeinde nahe gelegt werden. Dabei sollte ihnen klar gemacht werden, dass die Einhaltung der weltlichen Sittenvorschriften für ihr zeitliches wie auch für ihr ewiges Heil notwendig sei.<sup>919</sup>

Ein Pfarrherr verfügte aufgrund seiner Hausbesuche über intime Kenntnisse seiner Gemeindemitglieder. Die Seelsorger beschränkten ihre regelmässigen Besuche jedoch in den meisten Fällen auf die Bewohner des Dorfkerns, während die Familien, die in abgeschiedenen Siedlungen lebten, der sozialen Kontrolle durch den Pfarrer oder die anderen Mitglieder des Stillstandes eher entgehen konnten.<sup>920</sup>

Die Nähe der Seelsorger zu ihren Gemeindemitgliedern konnte sich auch als Nachteil herausstellen. Die fehlende Distanz zu Personen und Ereignissen sowie Eigeninteressen der Ortspfarrer liessen die Objektivität in der Beurteilung der Frevelfälle vermissen. Landvogt Escher berichtete, dass einige Pfarrherren bei ihren Laidungen an den Landvogt vielfach nur leichtfertig Mutmassungen anstellten und dass sie häufig parteiisch waren. Sie mischten sich in die Angelegenheiten zu ihren eigenen Gunsten ein und würden mit der Bevölkerung wegen ihrer Pfründe im Streit liegen. Die Pfarrherren zögen somit viel „Hass und Widerwillen“ auf sich, so Landvogt Escher.<sup>921</sup> Darüber hinaus würden die Pfarrer vom Landvogt einfordern, alles, was sie laideten, für erwiesen anzunehmen, auch wenn sie selbst nicht direkte Zeugen eines Vorfalls gewesen waren.<sup>922</sup> Landvogt Escher bevorzugte es unter diesen Umständen, sich über die Frevelfälle immer selbst zu informieren.

### 5.3.3 Das Frevelverfahren

Die Frevel gehörten, wie die Kriminalfälle, zu den Offizialdelikten.<sup>923</sup> Im Unterschied zum peinlichen Verfahren war das Frevelverfahren jedoch ein Akkusationsprozess. Der Geschädigte oder ein Zeuge des Vorfalls hatte die Pflicht, eine Klage einzureichen, d. h. zu laiden.<sup>924</sup> Für die Reformationskammer in der Stadt bzw. für Stillstände und Ober- und Landvögte auf der Landschaft gab es während eines Frevelverfahrens zwei grosse Herausforderungen zu bewältigen: Zum einen war es für sie schwierig, überhaupt Kenntnis von einer Verletzung der Vorschriften der Sitten- und Policeymandate zu erhalten. Zum anderen war die Beweisführung heikel, weil die untersuchenden Organe im Gegensatz zum Nachgangsverfahren in peinlichen Fällen bestrebt waren, den Beweis wenn möglich nicht durch eine Einvernahme des

---

<sup>918</sup> „Grosses Mandat für die Landschaft“, („Landmandat“), 1756, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, zweiter Band, Nr. IX, 246.

<sup>919</sup> Landmandat 1756, 246.

<sup>920</sup> Daniel Pünter, Stillstand als gemeindliche Verwaltungsbehörde und Wächter über Sitte und Moral“, in: Christoph Mörgeli (Hg.), Memorial und Stäfner Handel 1794/1795, Stäfa 1995, 71 – 94, 73.

<sup>921</sup> Escher, Bemerkungen, 257, 262 und 267f. Bereits an früherer Stelle wurde darauf hingewiesen, dass sich die dörfliche Oberschicht durch den Pfarrer ungebührlich kontrolliert fühlte; vgl. dazu das Kapitel „Protestantische Kirche“.

<sup>922</sup> Escher, Bemerkungen, 268.

<sup>923</sup> Ruoff, Räte als Strafgericht, 71, 106.

<sup>924</sup> Vgl. zum Frevelverfahren: Ruoff, Räte als Strafgericht, 72 – 164. Zur Anzeigepflicht (= laiden), ebd., 136. Ruoff geht davon aus, dass in der Stadt kaum ein Frevel unentdeckt blieb, da Frevel häufig bei der Behandlung anderer Geschäfte im Rat oder beim Ehegericht mehr oder weniger zufällig an den Tag kamen. Ebd., 139f.

Beschuldigten zu erreichen, sondern durch die Befragung der Geschädigten oder von Zeugen.<sup>925</sup> Das Verfahren sah deshalb vor, dass primär die anklagende Person für die Beweiserbringung zu sorgen hatte.<sup>926</sup>

Die unterschiedlichen sozialen Verhältnisse in der Stadt und in den Landgemeinden sowie die ungleiche Verteilung der Kompetenzen zwischen den Behörden der Stadt und den Gemeindebehörden führten in der Stadt und auf der Landschaft zu zwei unterschiedlich ausgestalteten Frevelverfahren. Während in der Stadt alle Frevel unmittelbar an die Reformationskammer gelangten, war das Verfahren auf der Landschaft zweistufig. Leichte Frevelfälle erledigten der Ortspfarrer und der Stillstand. Schwere Frevelfälle wurden von ihm an den Ober- bzw. Landvogt weitergeleitet.

### 5.3.3.1 Das Frevelverfahren in der Stadt

Der einfachste Fall eines Frevelverfahrens in der Stadt trat ein, wenn ein Frevler durch eine Amts- oder Ratsperson oder durch in der Stadt patrouillierende Bürger- und Stadtwächter auf frischer Tat ertappt wurde. Die ordnungssichernden Organe durften in schweren Fällen die Übeltäter sogleich verhaften.<sup>927</sup> Daraufhin zitierte die Reformationskammer den namentlich bekannten Missetäter zu sich und bestrafte ihn.<sup>928</sup>

Bereits schwieriger gestalteten sich Frevelfälle, die von Drittpersonen gelaidet wurden. Gemäss der allgemeinen Laidepflicht von 1650<sup>929</sup> musste, wer immer Zeuge einer Freveltat wurde, diese unverzüglich der Reformationskammer laiden.<sup>930</sup> Das grösste Problem bei dieser Art von Frevelfällen lag in der Regel in der schlechten Beweislage. Sie war zu Beginn eines Frevelverfahrens trotz aller Anstrengungen der klagenden Partei oft ungenügend. Die Kammer sah deshalb schon 1738 vor, dass nach einer Laidung, aber noch vor einer Kontaktaufnahme der Kammer mit der beschuldigen Person der Stadthauptmann insgeheim Nachgänger aussenden könne, welche die vermuteten Frevler beobachten sollten. Die Nachgänger sollten in ihrer Tätigkeit unentdeckt bleiben, so die Vorgabe der Reformationskammer.<sup>931</sup>

Auf diese Weise hoffte die Reformationskammer an Beweise zu gelangen und die angeschuldigte Person überführen zu können. Christoph Wehrli spricht hier zu Recht von einem eigentlichen Spitzelsystem.<sup>932</sup> Die Nachgänger traten im Frevelprozess auch als Zeugen auf. Sie waren deshalb wohl nur eingeschränkt für erneute Spitzeldienste einsetzbar. Aus diesem

---

<sup>925</sup> Ebd., 142f. Im 17. und 18. Jahrhundert hatten vermehrt die Parteien die Beweismittel für ihre Anklage bzw. Unschuld vorzulegen. Vgl. Elsbeth Spoerry, Das Verschwinden des Beweiseides im zürcherischen Zivilprozess seit der Reformation, (Diss.), Zürich 1941, 50f.

<sup>926</sup> Wehrli, Reformationskammer, 107.

<sup>927</sup> „Mandat wegen Schmizens und Schmähens“, 1756, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, zweiter Band, Nr. XIV, 276. Dieses Vorgehen wurde zunächst bei verbalen Auseinandersetzungen angewandt, übertrug sich aber auch auf andere Freveltaten.

<sup>928</sup> Wehrli, Reformationskammer, 100.

<sup>929</sup> Ebd., 93.

<sup>930</sup> Mandat wegen Schmizens und Schmähens 1756, 275.

<sup>931</sup> StAZ B III 179.

<sup>932</sup> Wehrli, Reformationskammer, 98.

Grund geht Wehrli davon aus, dass keine Berufsspitzel als Nachgänger tätig waren, sondern Privatleute engagiert wurden.<sup>933</sup>

Nach der Beweisvorlage folgte der weitere Verlauf des Frevelverfahrens in den Grundsätzen dem ordentlichen Inquisitionsprozess.<sup>934</sup> Waren während eines Prozesses Hausdurchsuchungen oder weitere Verhaftungen erforderlich, so wurden sie von der Stadtwache durchgeführt.<sup>935</sup>

Der Frevelprozess konnte eingestellt werden, sobald der Angeklagte ein Geständnis abgelegt hatte. Die Reformationskammer benutzte im Frevelverfahren zwar keine Foltermethoden, um zu einem Geständnis zu gelangen, die Angeklagten konnten jedoch schon mal einige Tage im Rathaus oder im Schellenwerk Oetenbach in Beugehaft genommen werden, um mürbe gemacht zu werden.<sup>936</sup>

In Frevelverfahren sprach die Reformationskammer nur selten Freiheits- oder Leibesstrafen aus. Kam es dennoch dazu, war es die Aufgabe der Stadtwache die Missetäter abzuführen.<sup>937</sup>

### **5.3.3.2 Das Frevelverfahren auf der Landschaft**

Die allgemeine Laidepflicht von 1650 galt auch auf der Landschaft. Erhielt ein Untervogt, Weibel, Gemeindevorgesetzter oder Stillstand in Form einer Laidung Kenntnis eines Frevels, informierte er zunächst den Ortspfarrer.<sup>938</sup> „Diese Aufgabe ist eine der wichtigsten Pflichten aller Unterbeamten und Kirchenstillstände“, heisst es bei David von Wyss.<sup>939</sup>

Wer einen Vorfall nicht meldete, machte sich seit 1755 selbst mitschuldig und musste mit der Entlassung aus seinem Dienst rechnen.<sup>940</sup> Der Geistliche entschied über das Gewicht des ihm vorgetragenen Frevels. In einem leichten Fall war es die Sache des Pfarrherrn, den Frevler zunächst unter vier Augen zur Rede zu stellen und abzumahnern. Diese Vorzugsbehandlung konnte nur gewährt werden, falls sich der Frevelfall nicht schon zu einem öffentlichen Ärgernis ausgeweitet hatte. Wenn die erste Unterredung nichts gefruchtet oder die Situation bereits für breites Aufsehen gesorgt hatte, kam es zwischen dem Pfarrer, dem Frevler und in Anwesenheit von nahen Verwandten oder Mitgliedern des Stillstandes zu einem zweiten Gespräch. Erst wenn auch diese zweite Unterredung keinen Erfolg gebrachte hatte, wurde der Frevelfall vor dem gesamten Stillstand verhandelt.

Der Pfarrer durfte in allen Fällen den Rat und die unterstützende Hilfe der Ober- und Landvögte in Anspruch nehmen, um den notwendigen Gehorsam des Frevlers gegenüber den kirchlichen Autoritäten zu erzwingen.<sup>941</sup> Der Gemeindepfarrer stand in Sachen Frevel unter

---

<sup>933</sup> Ebd., 95.

<sup>934</sup> Ebd., 99 – 123.

<sup>935</sup> Ebd., 97.

<sup>936</sup> Ebd., 110.

<sup>937</sup> Ebd., 118.

<sup>938</sup> Mandat wegen Schmizens und Schmähens 1756, 275.

<sup>939</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 418.

<sup>940</sup> Landmandat 1756, 236f.

<sup>941</sup> Predicantenordnung 1758, 43f.

der Aufsicht seines Dekans. Der kirchliche Vorgesetzte sorgte aus eigener Initiative dafür, dass „in allen und jeden Punkten, Unsern Obrigkeitlichen, in Gottes Wort und Gesetze gegründeten Befehlen, guten Ordnungen, Mandaten und Satzungen getreulich und mit geziemendem Gehorsam nachgelebt werde.“<sup>942</sup> Er übte mit seinen Visitationen einen gewissen Druck auf den Ortspfarrer aus, damit er seine weltlichen Funktionen pflichtgemäss wahrnahm.

Einem Stillstand wurden von der Obrigkeit nur wenige Mittel in die Hand gegeben, um seinen Aufgaben nachzukommen. Er baute in erster Linie auf seine Autorität und diejenige seiner Mitglieder<sup>943</sup>, die durchwegs der dörflichen Mittel- und Oberschicht entstammten.<sup>944</sup> Die Massnahmen, die ein Stillstand ergreifen konnte, hatten daher einen stark erzieherischen Aspekt. Frevel sollten verhindert werden, indem mahnende Worte der Geistlichen und der Stillstände ausgesprochen wurden.<sup>945</sup> Einem Stillstand war es ausdrücklich verboten, gerichtsähnliche Entscheide zu fällen oder Bussen zu verteilen. Gravierende Frevefälle blieben den Ober- und Landvögten und schliesslich dem Regiment in der Stadt zur Beurteilung vorbehalten.<sup>946</sup> Trotz all dieser Einschränkungen besass die öffentliche Rüge des Stillstandes bis zum Ende des Ancien Régime eine sehr hohe sozialdisziplinierende Wirkung und galt als Inbegriff des Ehrverlusts.<sup>947</sup>

In schweren Frevefällen oder in Fällen, die sich möglicherweise als Kriminalverbrechen herausstellten, mussten niedere Gemeindebeamte Fehlbare aufsuchen und diese „gefänglich einliefern“, ohne ihnen dabei körperliche Gewalt anzutun.<sup>948</sup> Die schweren Freveler wurden daraufhin dem Ober- bzw. Landvogt zur weiteren Behandlung und Bestrafung vorgeführt oder, wenn man der Person noch nicht habhaft werden konnte, auch nur gelaidet.<sup>949</sup>

Der Wahrheitsgehalt einer Laidung schien die Obrigkeit jedoch weit weniger zu interessieren als die Meldung selbst, denn es reichte den Landvögten erst einmal aus, wenn die Beamten einer Meldung Glauben geschenkt oder sie von einem Frevefall auch nur indirekt gehört hatten.<sup>950</sup>

---

<sup>942</sup> Ebd., 52f.

<sup>943</sup> Mitglieder in der Stadt waren die Seelsorger, Angehörige des Regiments und weitere Zugeordnete. Auf der Landschaft gehörten der Ober- oder Landvogt an seinem Wohnort und in den anderen Gemeinden neben dem Pfarrer die Ältesten und Dorfvorgesetzten, der Untervogt, der Seckelmeister, der Waibel, die Richter, die Geschworenen, die Ehegaumer und der Schulmeister und, wo üblich, auch noch Unterbeamtete der Gemeinde zum Stillstand; vgl. Wyss, Politisches Handbuch, 394.

<sup>944</sup> Vgl. zum Stillstand: Pünter, Stillstand.

<sup>945</sup> Vgl. Wyss, Politisches Handbuch, 418f.

<sup>946</sup> Pünter, Stillstand, 79. Die Gemeinden konnten teilweise bestimmte Frevefälle aus alter Rechtstradition auch selbst richten, so zum Beispiel Nieder- und Oberstammheim das Schwören, den Nachtfrevel, das Überschneiden und das Übermähen. Das Regiment in Zürich war jedoch bestrebt, solche Ausnahmen einzudämmen; vgl. Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 129.

<sup>947</sup> Weinmann, Bürgergesellschaft, 44.

<sup>948</sup> Mandat wegen Schmizens und Schmähens 1756, 276. Dieses Vorgehen wurde zunächst bei verbalen Auseinandersetzungen angewandt, übertrug sich dann aber auch auf andere Freveltaten.

<sup>949</sup> Predicantenordnung 1758, 75.

<sup>950</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 415.



Im Übrigen schloss eine Bestrafung durch den Ober- und Landvogt eine nachträgliche Sanktion durch den Stillstand nicht ausdrücklich aus.<sup>951</sup>

### 5.3.3.3 Die Nachteile des Frevelfahrens

Im 18. Jahrhundert konnte sich die allgemeine Laidepflicht weder in der Stadt noch auf der Landschaft durchsetzen.<sup>952</sup> 1756 beklagte die Obrigkeit, dass „bisdahin die Laidung der wieder Unsere Mandate handelnden, so gar übel bestellt gewesen“ sei.<sup>953</sup> Dies lag zum einen an der gängigen obrigkeitlichen Praxis, die Zeugen oder anzeigenden Personen ohne weitere Nachforschungen auch gleich zu Klägern im Akkusationsprozess zu machen. Dies konnte für den Kläger mit hohen Kosten verbunden sein und eine abschreckende Wirkung auf die Anzeigefreudigkeit haben.<sup>954</sup> Zum anderen spielte der Umstand eine Rolle, dass die Bürger und Untertanen den tieferen Sinn der Sittenmandate kaum mehr verstanden und die Strafbarkeit vieler Delikte nicht mehr einsahen und aus diesem Grund auch nicht mehr laideten.<sup>955</sup> Die Bürger und Untertanen widersetzten sich den obrigkeitlichen Sittenbestimmungen, weil sie ihnen zu realitätsfremd, den Traditionen widersprechend, lebensfeindlich, bevormundend oder gar schikanös erschienen.<sup>956</sup> Infolgedessen hielten sie Bestimmungen nur partiell ein oder ignorierten sie gar vollständig.<sup>957</sup>

Nicht zu unterschätzen waren die sozialen Unterschiede bei der Anwendung der Sittenmandate. Die Bewohner der Landschaft mussten die negative Erfahrung machen, dass Frevel, die auf der Landschaft bestraft wurden, in der Stadt nicht verfolgt wurden und dass arme Leute tendenziell eher vor den Landvogt gebracht wurden als Reiche.<sup>958</sup> Die Gleichgültigkeit gegenüber den Sittenmandaten beschränkte sich jedoch nicht nur auf Bürger und Untertanen, sondern betraf auch die Ratsherren. Mehrere Vorfälle belegen, wie die Obrigkeit die Mandate in ihrer offiziellen Funktion zwar verkündete, sich aber privat nicht daran hielt.<sup>959</sup> Auf der Landschaft schwächten die Landvögte die obrigkeitlichen Sittenmandate bei ihrer Umsetzung ab oder umgingen sie. So brachte beispielsweise Landvogt Escher grosses Verständnis für das Bedürfnis der Landleute auf, beim Tanzen, Kegeln oder an einer Kirchweih nach getaner Arbeit Erholung zu finden. Er handhabte die einschlägigen Bestimmungen des Landmandats dementsprechend grosszügig, solange „Ruh und Frieden“ erhalten blieb.<sup>960</sup> In Konfliktfällen, insbesondere bei den Kleiderfragen und dem Kirchgangobligatorium, suchte er lieber das per-

---

<sup>951</sup> Predicantenordnung 1758, 76.

<sup>952</sup> Ruoff, Räte als Strafgericht, 136f, Bluntschli, Rechtsgeschichte I, 404f.

<sup>953</sup> Landmandat 1756, 246.

<sup>954</sup> Escher, Bemerkungen, 257; Ruoff, Räte als Strafgericht, 106.

<sup>955</sup> Wehrli, Reformationskammer, 174f. Für die jüngste Zusammenfassung der gängigen Argumente betr. der mangelnden Wirksamkeit der Mandate vgl.: Casanova, Nacht-Leben, 136 – 141.

<sup>956</sup> Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 47, 68f. Als gut belegtes Beispiel sind hier die frühen Sperrzeiten der Wirtshäuser zu nennen; vgl. Casanova, Nacht-Leben, 201f.

<sup>957</sup> Casanova, Nacht-Leben, 137f.

<sup>958</sup> Escher, Bemerkungen, 257. Escher erwähnt bei der Ungleichbehandlung der Delikte Scheltworte, Schlagen mit Fäusten, Trinken in Wirtshäusern an Sonntagen und geringe Nachtfrevel.

<sup>959</sup> Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 47f, 69.

<sup>960</sup> Escher, Bemerkungen, 258 – 265.

sönliche Gespräch mit den Fehlbaren, als unbesehen Bussen zu verteilen. Zudem erwirkten die Untervögte für ihre Gemeinden oft spezifische Anwendungen der Mandate.<sup>961</sup>

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts versuchten die Räte mit verschiedenen Massnahmen dieser aus ihrer Sicht unerfreulichen Entwicklung gegenzusteuern.

Den Beamten wurde ihre Laidepflicht verstärkt eingeschärft.<sup>962</sup> Jeder Beamte, ob „geist- oder weltlichen Stands“ wurde verpflichtet, alles, was den Mandaten zuwiderlief „zu warnen, und unverfänglichen Falls zu laiden.“<sup>963</sup> Ebenso ermahnte die Obrigkeit bestimmte Berufsgruppen, insbesondere Wirte<sup>964</sup> und Wachtleute, die Sittenmandate durchzusetzen und Freveltaten auch tatsächlich zur Anklage zu bringen.<sup>965</sup> Der Erfolg dieser Massnahmen blieb – trotz Strafandrohungen<sup>966</sup> – bescheiden, wie Francisca Loetz am Beispiel der Blasphemie nachweisen konnte.<sup>967</sup> Die Amtleute bekundeten Mühe, die Frevler zu verfolgen, weil sie dies nicht als ihre Hauptaufgabe ansahen. Das System der Laidepflicht war zudem mit einigen Nachteilen für die Beamten selbst verbunden. Sie scheuten sich davor, mit ihrer Umgebung auf Konfrontationskurs zu gehen und liessen es daher häufig bei Ermahnungen bewenden. Ebenso war das Risiko, einer Falschmeldung oder einem Racheakt aufgesessen zu sein, ziemlich hoch.<sup>968</sup> Die Amtleute stiessen bei ihren Nachforschungen ferner oft auf eine Mauer des Schweigens, die eine weitere Verfolgung der Tat sehr erschwerte oder gar verunmöglichte. Trotzdem war die Reformationskammer auf Meldungen aus der Bevölkerung angewiesen, um ihre Kontrolltätigkeit überhaupt ausüben zu können.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Überlegungen begann die Reformationskammer in Zusammenarbeit mit den Räten, Denunziationen gezielt zu fördern.<sup>969</sup> Mit Denunziationen wollte die Obrigkeit eine zusätzliche und niederschwellige Möglichkeit schaffen, Frevler zu melden, ohne dass jemand seinen Namen preisgeben musste. Eine Drittperson konnte innerhalb von zwei Monaten einen Vorfall mit einem schriftlichen Hinweis bei einem der Reformationsherren laiden, der dann den Fall in der Regel anonymisiert vor das Gremium brachte.<sup>970</sup> Selbst der Reformationsherr, der den Fall einbrachte, musste bei der Verhandlung in der Kammer nicht mit seinem Namen zur Eingabe stehen. Dem Gremium konnte eine Vermutung oder eine Behauptung genügen, es könnte jemand ein Frevler sein, um eine Person vor die Reformationskammer zu bringen.<sup>971</sup> Die Laidungszettel waren in der Bevölkerung verhasst. Diejenigen Personen, welche sie schrieben oder entgegennahmen, galten allgemein als Verräter.<sup>972</sup>

---

<sup>961</sup> Weinmann, Bürgergesellschaft, 32.

<sup>962</sup> Vgl. dazu als Bsp.: „Mandat wegen Schwörens, Fluchens“, 1765, in: Sammlung der Policygesetze 1779, fünfter Bande, Nr. XXXVII, 158f.

<sup>963</sup> Grosses Mandat 1755, 222.

<sup>964</sup> Vgl. dazu die ausführlich geschilderten Verpflichtungen bei: Casanova, Nacht-Leben, 202 – 206.

<sup>965</sup> Wehrli, Reformationskammer, 67 – 69.

<sup>966</sup> Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 85.

<sup>967</sup> Vgl. dazu: Loetz, Mit Gott handeln, 142 – 153.

<sup>968</sup> Vgl. Casanova, Nacht-Leben, 138.

<sup>969</sup> Vgl. dazu die Beiträge in: Michaela Hohkamp, Claudia Ulbrich (Hg.), Der Staatsbürger als Spitzel: Denunziation während des 18. und 19. Jahrhunderts aus europäischer Perspektive, (Deutsch-Französische Kulturbibliothek 19), Leipzig 2001.

<sup>970</sup> Ruoff, Räte als Strafgericht, 78, 80, 118, 136.

<sup>971</sup> Ebd., 83.

<sup>972</sup> Vgl. Casanova, Nacht-Leben, 138.

Die Denunziationsgelder dienten der Obrigkeit demgegenüber dazu, einen zusätzlichen Anreiz zu schaffen, um an Informationen zu gelangen.

Unter dem Druck des aufgeklärten und des politischen Patriotismus gab es seit 1772 noch eine weitere Option einen Frevel anzuklagen. Es war möglich geworden, eine Person vor der gesamten Reformationskammer, der Kanzlei oder beim Stadthauptmann öffentlich zu laiden.<sup>973</sup>

Die bessere Einhaltung der Mandate sollte schliesslich auch durch scharfe Sanktionen erreicht werden.<sup>974</sup> In den meisten Fällen wurde eine empfindliche Busse oder eine Disziplinarstrafe verhängt. Der oftmals nachlässige Einzug der Bussgelder aber unterlief diese Massnahme wieder.<sup>975</sup> Die Reformationskammer konnte auch die Konfiskation von Gütern einleiten oder den Verlust von öffentlichen Ämtern sowie den Ausschluss aus der Gemeinde veranlassen. Weitere Strafmöglichkeiten waren die Gefängnis- und die Todesstrafe.<sup>976</sup> Sie konnten allerdings nicht von der Reformationskammer ausgesprochen werden.<sup>977</sup>

### **5.3.4 Die Verfolgung von Freveln im Einzelnen**

Die Bandbreite der Frevel war insgesamt sehr gross. Ich beschränke mich in der folgenden Darstellung auf eine Auswahl von Frevelfällen, welche die Ruhe und Ordnung in der Stadt und auf der Landschaft direkt tangierten oder als Vergehen oder Verbrechen angesehen wurden.<sup>978</sup> Sie umfassten sowohl Störungen von Ruhe und Ordnung in einem engeren Sinn als auch Störungen des umfassenden Ordnungsverständnisses der Obrigkeit, die nach der Auffassung des Regiments direkt oder indirekt die Grundordnung des Staates oder seines Wirtschaftssystems infrage zu stellen drohten.<sup>979</sup>

#### **5.3.4.1 Ruhe und Ordnung im engeren Sinn**

##### **a) Schelt-, Injurien- und Schlaghändel**

Die Schelt- und Injurienhändel in mündlicher und schriftlicher Form sowie deren nächste Eskalationsstufe, die sogenannten Schlaghändel (mit und ohne Verletzungen), beschäftigten die Reformationskammer in der Stadt bzw. die Stillstände und die Ober- und Landvögte auf der Landschaft in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nach einer groben Auswertung der Gerichtsakten am häufigsten.<sup>980</sup> Die hohe Anzahl solcher Vorfälle war gemäss zeitgenössischer

---

<sup>973</sup> Wehrli, Reformationskammer, 95f.

<sup>974</sup> Vgl. zu den Sanktionsmöglichkeiten: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 79 – 88.

<sup>975</sup> Ebd., 81.

<sup>976</sup> Aus dem Katalog der Sittenmandate waren im 18. Jahrhundert Gotteslästerung, Ehebruch und Hurerei todeswürdig.

<sup>977</sup> Wehrli, Reformationskammer, 96.

<sup>978</sup> Zu den hier nicht ausgewerteten Ehe- und Aufwandsmandaten vgl.: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 122 – 156.

<sup>979</sup> Die Frevelfälle wurden in der Regel von der Reformationskammer bzw. den ihr zur Zusammenarbeit zugewiesenen Beamten in oben beschriebener Weise und mit den dargestellten Einschränkungen verfolgt. Das Vorgehen der ordnungssichernden Beamten wird daher bei der Besprechung der ausgewählten Frevelfälle nicht eigens erwähnt. Es werden lediglich Besonderheiten der Frevel bzw. Frevelverfahren aufgezeigt.

<sup>980</sup> Wehrli, Reformationskammer, 63f.

Beobachtung die Folge von Trunkenheit oder „leichter Erregbarkeit wegen einer zänkischen Gemütsart“.<sup>981</sup> Das Regiment wollte Schlägereien und verbalen Auseinandersetzungen vorbeugen, indem es in der Stadt die Schenkenkommission und auf der Landschaft die Stillstände aufforderte, ein Übersitzen der Gäste in Wirtshäusern und Schenkstuben zu verhindern.<sup>982</sup> Gaststätten waren jedoch nicht die einzigen Orte, an denen regelmässig gezankt wurde. In den Akten der Reformationskammer ebenso prominent vertreten sind Nachbarschaftsstreitereien, die oftmals in eigentliche Schimpftiraden ausarteten<sup>983</sup>, sowie Schlägereien auf der Jagd<sup>984</sup>. Die Obrigkeit verbot konsequenterweise „unnöthige Wortwechsel und schädliche Zänkereien“ nicht nur zwischen Nachbarn und unter Jägern, sondern generell, um mögliche Auseinandersetzungen bereits in ihrem Keim zu ersticken.<sup>985</sup> Situationen, die Anlass zu Streit geben könnten, sollten möglichst vermieden werden. Die Mitglieder des Stillstandes waren aufgefordert, die Bewohner ihrer Gemeinde immer wieder vor sündlichem Schwören, vor Gaukleereien, vor Verleumdungen, vor Zank- und Scheltsucht sowie vor Raufereien und Prügeleien zu warnen.<sup>986</sup> Dispute mit Fremden über Religionsfragen, besonders Beschimpfungen, Verspottung und Drohungen, waren sogar gänzlich untersagt.<sup>987</sup>

Eine geschmähte und in ihrer Ehre verletzte Person konnte den Beschimpfer bei der Reformationskammer laiden, wenn es trotz aller Mahnungen zu einem Konflikt gekommen war. Duelle zur Austragung des Konflikts waren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bereits verboten.<sup>988</sup>

Die öffentliche und schriftliche Verbreitung von persönlichen Schmähungen und Lästerungen oder das subtilere Pasquillieren, d. h. das heimliche Anklagen von Sittenvergehen, war auch im 18. Jahrhundert noch üblich. In seiner Bedeutung trat es aber hinter die eher politisch motivierte Verbreitung von Pamphleten zurück, die ebenfalls strikt untersagt war.<sup>989</sup> In der Verfolgung von persönlichen Schmähschriften konnte sich der Zuständigkeitsbereich der Reformationskammer mit demjenigen der Zensurkommission teilweise überschneiden. Schriften mit politischen Inhalten kamen zur Beurteilung hingegen vor die Zensurkommission. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts reichte es beim Pasquillieren aus, wenn jede Person, welche ein ehrverletzendes Dokument zu Gesicht bekommen hatte, das Papier zerstörte oder es dem Präsidenten der Reformationskammer überbrachte. Der Inhaber des Dokuments galt für die Reformationskammer auch hier als Täter, wenn er sich nicht an die Vorschriften hielt. Der Präsident der Reformationskammer sollte nach dem Erhalt der Nachricht „genaue Praecognition“ anstellen und schwere Fälle dem Kleinen Rat melden.<sup>990</sup>

<sup>981</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 135. Psychisch kranken Personen wurden Schmähungen und Beschimpfungen kaum übel genommen; vgl. dazu: Steinbrecher, Verrückte Welten, 232 – 234.

<sup>982</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 419.

<sup>983</sup> Eine grobe Auswertung der Delikte findet sich in: Wehrli, Reformationskammer, 135 – 138.

<sup>984</sup> „Erneuerte Jäger-Ordnung“, 1752, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. VII, 99.

<sup>985</sup> „Mandat wegen Schmizens und Schmähens“, 1756, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, zweiter Band, Nr. XIV, 275.

<sup>986</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 418f.

<sup>987</sup> Ebd., 384.

<sup>988</sup> Ebd., 136.

<sup>989</sup> Vgl. dazu auch das Kapitel „Verbreitung verleumderischer Schriften“.

<sup>990</sup> Vgl. Grosses Mandat 1779, 378; Wyss, Politisches Handbuch, 135f.

## **b) Blasphemie**

Das Schwören und Fluchen gegen Gott nahm im Bereich der Injurien einen besonderen Stellenwert ein, weil es nach der Ansicht des Regiments das bisher aussergewöhnliche Wohlwollen Gottes gegenüber Zürich gefährden könnte.<sup>991</sup> Die Blasphemie stellte ausserdem einen Normenbruch dar, der die Legitimität des obrigkeitlichen Herrschaftsanspruches zu untergraben drohte.<sup>992</sup> Die Bedeutung des Delikts der Gotteslästerung war gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Zürich allerdings schon am Verblässen und entwickelte sich zunehmend in Richtung einer persönlichen Beleidigung.<sup>993</sup> Dennoch musste der Kleine Rat 1765 feststellen, dass das sündliche Schwören und Fluchen gegen Gott allgemein weit verbreitet war. Er verschärfte aus diesem Grund die bereits getroffenen Massnahmen.<sup>994</sup> Die Bewohner der Stadt und die Untertanen der Landschaft sollten sich nicht nur vermehrt gegenseitig abmahnen und Vorfälle laiden, sondern die Obrigkeit sollte aktiv gegen blasphemische Äusserungen einschreiten. Ein spezieller Ort, an dem anscheinend besonders oft geschworen und stark geflucht wurde, war wiederum die Jagd.<sup>995</sup>

Vorwürfe wegen Zauberns, Lachsnerei und Segenssprechens wurden, obwohl sie auch einen gotteslästerlichen Charakter hatten, nicht von der Reformationskammer, sondern vom Ehegericht untersucht.<sup>996</sup>

Auf der Landschaft hatten die Ober- und Landvögte sowie die Untervögte, Weibel, Wächter, Geschworenen, Ehegaumer und die Mitglieder des Stillstands sowie alle Wirte die Aufgabe<sup>997</sup>, auf sich blasphemisch äussernde Frevler achtzugeben, sie gegebenenfalls anzuzeigen und zu verhaften.<sup>998</sup>

## **c) Gassenlaufen und nächtliches Unfugtreiben**

Seit dem Beginn der frühen Neuzeit musste die Obrigkeit sich in regelmässigen Abständen mit dem sogenannten Gassenlaufen während des Tages und dem so genannten nächtlichen „Unfugens“ auseinandersetzen. Männliche Jugendliche und Handwerksburschen strichen nämlich gerne nach der Beendigung ihrer Arbeit bis zur Essenszeit und nach den Mahlzeiten bis zum Läuten der Betglocke sowie nachts und an Sonntagen durch die Gassen der Stadt.<sup>999</sup> Sie blieben dabei nicht ruhig, sondern stellten mancherlei Dinge an, die zu zahlreichen Kla-

---

<sup>991</sup> „Mandat wegen Schwörens, Fluchens“, 1765, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, fünfter Band, Nr. XXXVII, 158f. Vgl. zu diesem Frevel unverzichtbar: Loetz, Mit Gott handeln; vgl. auch: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 95f, Steinbrecher, Verrückte Welten, 229 – 232.

<sup>992</sup> Loetz, Mit Gott handeln, 16.

<sup>993</sup> Ebd., 93, 122, 508. Gotteslästerliche Äusserungen von Geistesverwirrten galten vor Gericht als mildernder Umstand; vgl.: Steinbrecher, Verrückte Welten, 229 – 232.

<sup>994</sup> Schwör-Mandat 1765, 158f.

<sup>995</sup> Erneuerte Jäger-Ordnung 1752, 99.

<sup>996</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, 123; vgl. dazu auch: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 97 – 100.

<sup>997</sup> Vgl. Loetz, Mit Gott handeln, 142 – 153.

<sup>998</sup> Schwörens-Mandat 1765, 159; Nach Francisca Loetz spielten die speziellen Nachgänger der Reformationskammer in der Verfolgung von blasphemischen Vorfällen keine Rolle; Loetz, Mit Gott handeln, 146.

<sup>999</sup> „Handwerksbursch-Unfugen“, 1741, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XVII., 136.

gen führten.<sup>1000</sup> Zu den gemeldeten Vorfällen zählten ebenso harmlose Streiche, Schlägereien, Ruhestörung wie Delikte, Vandalenakte und Überfälle. Gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts häuften sich die Klagen so sehr, dass die Obrigkeit feststellen musste, es werde, „solche Unfugen und Nachtfrevel angerichtet, dass nicht allein ehrliche Leute in ihrer Ruhe verstört, sondern auch Manns- und Weibspersonen auf den Gassen freventlich angefallen und wohl gar verletzt werden.“<sup>1001</sup>

Der Grund für die andauernden Probleme mit Jugendlichen lag im Umstand, dass die Gassen zum Treffpunkt der Jugendlichen wurden, welche sich einen Wirtshausbesuch aus finanziellen Gründen kaum leisten konnten. Die Gassen und Plätze der Stadt waren für sie auch die einzigen öffentlichen Räume, in denen sie sich der sozialen Kontrolle durch die Erwachsenen weitgehend entziehen konnten.<sup>1002</sup> Dieser Aspekt überlagerte sich mit dem Verhalten adoleszierender junger Männer. Ihr Verhalten konnte sich auch im Kräfteressen, in Übermut, im Grenzen ausreizen, in aggressiven und lautstarken Auftritten und in einem Werbeverhalten ausdrücken, das häufig durch den Gruppendruck verstärkt wurde.

Dem Regiment fehlte hingegen jegliches Verständnis für derartige Vorkommnisse und ihre Hintergründe. Die Massnahmen des Regiments gegen die zunehmende Jugendgewalt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sprachen in den Mandaten eine deutliche Sprache: Die Jugendlichen und die Handwerksburschen sollten nachts generell nicht mehr in den Gassen und auf den Plätzen anzutreffen sein. Ausserdem wurde ihnen ab 1741 der Aufenthalt in den Schenk- und Wirtshäusern nur bis um 21.00 Uhr erlaubt.<sup>1003</sup> Danach sollten die Jugendlichen und Handwerksburschen möglichst alleine und ohne Streitereien nach Hause gehen.<sup>1004</sup> Die Nachtruhe galt auch für reisende Gesellen, welche auf ihren Wanderjahren in der Stadt oder auf der Landschaft Zürich Station machten. Sie mussten in Herbergen übernachten, welche der obrigkeitlichen Kontrolle unterworfen waren. Die Herbergen waren verpflichtet, ihre Türen um 21.00 Uhr zu schliessen, denn nach dieser Uhrzeit durften auch die Gesellen nicht mehr auf den Strassen herumstreifen. Bis um 04.00 Uhr, dem Zeitpunkt, zu dem die Stadtporten wieder geöffnet wurden, war es zudem weder den hiesigen Jugendlichen noch den fremden Gesellen erlaubt, ohne brennende Laterne durch die Strassen zu gehen. Damit sollte zum einen die Identifizierung der von den ordnungssichernden Organen angetroffenen Personen erleichtert werden.<sup>1005</sup> Zum anderen wurde verhindert, dass sich die Jugendlichen wieder heimlich in die Gasthäuser und Winkelwirtschaften zurückschlichen.<sup>1006</sup>

Das Regiment setzte in seinen Bemühungen, der Jugendgewalt Herr zu werden, auch auf den erzieherischen Einfluss der Eltern und der Lehrkräfte. Dieser war jedoch bescheiden. Das Regiment verstärkte deshalb im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts seine repressiven Mittel

---

<sup>1000</sup> Vgl. zu diesem Kapitel: Casanova, Nacht-Leben, 83 – 93, 97 – 104. Zu den Störungen in der Neujahrsnacht: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 178f.

<sup>1001</sup> Handwerksbursch-Unfugen 1741, 136.

<sup>1002</sup> Casanova, Nacht-Leben, 84.

<sup>1003</sup> Vgl. zu den frühen Mandaten über den Besuch von Wirtshäusern: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 111 – 121.

<sup>1004</sup> Handwerksbursch-Unfugen 1741, 136.

<sup>1005</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Ruhe und Ordnung in der Stadt“.

<sup>1006</sup> Grosses Mandat 1779, 372f.

gegen Jugendliche. Die Patrouillen der Stadtwache und die Schildwachen waren seit 1779 beauftragt, auf das Einhalten der Mandate konsequent zu achten.<sup>1007</sup> Zeitweise kamen auch Sonderwachen zum Einsatz.<sup>1008</sup> Ein Erfolg der Massnahmen im Kampf gegen das Gassenlaufen und das Unfugtreiben war aber kaum erkennbar. Dies lag nicht zuletzt daran, dass, trotz aller Rhetorik in den Mandaten, realiter eine gewisse Nachsicht gegenüber den Jugendlichen geübt wurde, zumal viele auffällige Jugendliche Söhne von Gross- oder Kleinräten waren.<sup>1009</sup>

Die fremden Handwerksburschen stellten in den frühneuzeitlichen Städten ein eigenständiges soziales Milieu dar.<sup>1010</sup> Die Zürcher Obrigkeit reagierte darauf mit besonderen Vorschriften, um das Unfugen der fremden Handwerksburschen zu verhindern. Zu ihrer Überwachung waren seit 1741 drei Kleinräte verordnet, die tagsüber eine Aufsichtspflicht wahrnehmen mussten. Sie nahmen Anzeigen entgegen und durften Handwerksburschen bestrafen.<sup>1011</sup> Die drei Aufsichtspersonen gehörten der Reformationskammer an.<sup>1012</sup> Von 1789 bis 1797 beschäftigte sich auch die bereits erwähnte „Kommission zur Entdeckung der Unordnungen in den Schenken“ als eine eigene Abteilung der Reformationskammer mit dem Problem des Unfugtreibens der fremden Handwerksburschen.<sup>1013</sup> Eines ihrer Disziplinierungsmittel gegenüber ihnen bestand darin, den Namen des Fehlbaren in der Herberge auf eine schwarze Tafel oder in ein schwarzes Buch zu schreiben, um ihn auf diese Weise zu entehren.<sup>1014</sup> Die öffentliche Bekanntmachung konnte auch dazu dienen, andernorts bereits abgereiste Gesellen dazu zu bringen, sich dem Richter zu stellen oder allfälligen Forderungen Genüge zu leisten.<sup>1015</sup>

An den Sonntagen sollten auch die Stadtwächter ein besonderes Augenmerk auf die fremden Handwerksburschen legen, die durch übertriebenes Lärmen, Johlen und Singen den Tag des Herrn entheiligten.<sup>1016</sup> Eine ähnliche Vorschrift galt während der Woche zu Gottesdienstzeiten in der Nähe von Kirchen.<sup>1017</sup>

Fremde Handwerksburschen, welche die Vorschriften für die Nacht nicht beachteten, wurden zum obersten Ratsdiener (Grossweibel) gebracht. Dieser informierte sich zunächst über die Umstände, die Personalien und den Handwerksmeister und bestrafte sie danach mit einer Busse. Dann liess er sie wieder laufen oder hielt sie im Rathaus fest, bis er den Vorfall einem entsprechenden Mitglied des Kleinen Rates bzw. der Reformationskammer gemeldet hatte.<sup>1018</sup> Die Stadtwächter waren ermächtigt, gegen fremde Handwerksburschen, die sich mit einem

---

<sup>1007</sup> Vgl. das Kapitel „Die Reorganisation der Stadtwache von 1779“.

<sup>1008</sup> Casanova, *Nacht-Leben*, 91. Casanova bleibt hier sehr ungenau. Ob damit die Unterkommission der Reformationskammer gemeint war, muss offen bleiben.

<sup>1009</sup> Casanova, *Nacht-Leben*, 91f.

<sup>1010</sup> Vgl. dazu: Ebd., 97 – 104.

<sup>1011</sup> Handwerksbursch-Unfugen 1741, 136.

<sup>1012</sup> Wyss, *Politisches Handbuch*, 115.

<sup>1013</sup> Wehrli, *Reformationskammer*, 57 – 59.

<sup>1014</sup> Wyss, *Politisches Handbuch*, 115.

<sup>1015</sup> Ebd., 115.

<sup>1016</sup> Grosses Mandat 1755, 214.

<sup>1017</sup> „Neuste Sabbath-Mandate für die Stadt und die Landschaft, 1785 und 1790, in: Sammlung der Policeygesetze 1793, sechster Band, Nr. XXXVI, 280.

<sup>1018</sup> Handwerksbursch-Unfugen 1741, 137.

Gewehr gegen ihre Ergreifung widersetzen, ebenfalls ihre Waffe einzusetzen, um sie zu verhaften.<sup>1019</sup>

Auch das Mandat gegen Unfug treibende fremde Handwerksburschen von 1741 schien jedoch nur eine beschränkte Wirkung gehabt zu haben. Der mangelnde Erfolg lag daran, dass die fremden Handwerksburschen eigene Lebens- und Arbeitsformen pflegten und als ortsfremde junge Männer besonders schwer zu disziplinieren waren. Zudem waren diese gegenüber den einheimischen Jugendlichen mit dem Sondermandat in ihrer Bewegungsfreiheit benachteiligt, was dessen Missachtung geradezu herausgeforderte.<sup>1020</sup>

Demgegenüber suchte das Regiment nach weiteren Möglichkeiten, seine Massnahmen gegen das nächtliche Unfugtreiben besser durchsetzen zu können. Die Obrigkeit ermahnte im „Grossen Mandat“ von 1755 die Stadtwächter nochmals ausdrücklich, nach dem Einbruch der Nacht, spätestens nach dem Läuten der Betglocke, und die ganze Nacht hindurch in der Stadt zu patrouillieren und auf „Ungehorsame und Übertreter fleissig Aufsicht“ zu halten<sup>1021</sup> sowie das Degentragverbot von 1741 durchzusetzen.<sup>1022</sup> Seit 1779 achteten die Stadtwächter auch vermehrt auf die ebenfalls schon 1741 erwähnte Pflicht, nachts eine Laterne mitzuführen.

1783 kam es in der Stadt durch nächtliches Unfugen zu massiven mutwilligen Zerstörungen, deren Hintergründe nicht mehr zu eruieren sind. Dieser Vorfall leitete eine Kehrtwende im Einsatz der Stadtwächter ein. Der Grosse Rat ordnete nunmehr an, neben den Stadtwächtern auch die städtischen Patrouillenwächter, allerdings ohne Montur und Armatur, auf nächtliche Kontrollgänge zu schicken.<sup>1023</sup> Ob die deeskalierende Massnahme mehr Erfolg hatte, ist fraglich, denn die Klagen in den Mandaten über das Gassenlaufen und das nächtliche Unfugen rissen bis zum Ende des Ancien Régime nicht ab.

Das Problem des Unfugtreibens existierte auch auf der Landschaft, wenn auch nicht im selben Ausmass wie bei den Jugendlichen und Handwerksburschen in der Stadt. Trotzdem kam es immer wieder zu Schäden und zu leichtfertig angezettelten Schlägereien.<sup>1024</sup> Nicht selten gab es sinnlose Zerstörungen von Gärten und Ackerland.<sup>1025</sup> Das nächtliche Herumschweifen der Gesellen musste deshalb auf der Landschaft an den Pfarrherrn, den Stillstand, den Untervogt oder die Gemeindevorgesetzten gelaidet werden. Es wurde mit einer Busse belegt.<sup>1026</sup> Insbesondere sollten die Frevler bei materiellen Schäden gesucht und zur Rechenschaft gezogen werden. Falls die Täter nicht unmittelbar nach dem Vorfall gefasst werden konnten, sollte diejenige Person, die „in gleicher Nacht ohne Licht auf der Gasse angetroffen“ wurde, als schuldig angesehen und abgestraft werden.<sup>1027</sup> Das Landmandat schloss selbst eine finanzielle

---

<sup>1019</sup> Ebd., 137.

<sup>1020</sup> Casanova, Nacht-Leben, 104.

<sup>1021</sup> Grosses Mandat, 1757, 214.

<sup>1022</sup> Ebd., 214. Zunächst durften die Jugendlichen ihren Degen noch bis zum Läuten der Betglocke tragen, 1755 wurde es ihnen ganz verboten; Vgl. Handwerksbursch-Unfugen 1741, 136.

<sup>1023</sup> StAZ B II 1000, 2. März 1783.

<sup>1024</sup> Vgl. Escher, Bemerkungen, 276f.

<sup>1025</sup> Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 169f.

<sup>1026</sup> „Grosses Mandat vor die Landschaft“, (Landmandat) 1766, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XV, 116; Wyss, Politisches Handbuch, 419.

<sup>1027</sup> Landmandat 1766, 115.



Kollektivstrafe für alle Gemeindemitglieder nicht aus, wenn mehrere Vorfälle nicht aufgeklärt werden konnten.<sup>1028</sup>

#### **d) Verletzung der Sonntagsruhe**

Die Reformationskammer hatte die Pflicht, das Gebot zur Heiligung des Sonntags in der Stadt durchzusetzen. Dabei war es das Ziel, „Anständigkeit und Stille“ in den Gassen, auf den Plätzen und in den Häusern zu erreichen<sup>1029</sup> und dafür zu sorgen, dass alle Einwohner den Gottesdienst regelmässig besuchten, „damit der gnädige und barmherzige Gott unser liebes Vaterland weiter mit den Flügeln Seiner Gnade bedecke.“<sup>1030</sup>

Eine Massnahme des Regiments von 1750 war es, alle Porten, Tore, Türchen und den Grendel an Sonntagen vom ersten Läuten der Glocken bis nachmittags um drei Uhr geschlossen zu halten. Die Einhaltung der Schliesszeiten gehörte ins Pflichtenheft der Stadtwache.<sup>1031</sup> Die Wächter, die sich nicht getreu an diese Vorschrift hielten, mussten damit rechnen, bestraft oder entlassen zu werden.<sup>1032</sup> Nur in Notfällen und in begründeten Ausnahmefällen konnte der Stadthauptmann auf vorgängigen und schriftlichen Antrag hin einen Passierschein für einzelne Sonntage ausstellen. Seit 1785 musste der Stadthauptmann sich bereithalten, die erteilten Sonderbewilligungen gegenüber der Reformationskammer zu belegen.<sup>1033</sup>

Als weitere Massnahme hatte das Regiment 1750 angeordnet, dass sich keine Person während der sonntäglichen Gottesdienstzeiten ohne Grund in den Gassen und auf den Plätzen der Stadt aufhalten dürfe.<sup>1034</sup> Um den Druck auf die Bürger der Stadt, an den Gottesdiensten teilzunehmen, zu erhöhen, zeigte die Obrigkeit während der Gottesdienstzeiten in der Öffentlichkeit Präsenz. Mitglieder des Grossen Rates patrouillierten während der Morgenpredigt und Mitglieder der Reformationskammer während der Abendpredigt in der Stadt und in den Vorstädten.<sup>1035</sup> Sie luden alle Personen vor die Reformationskammer, die nicht an den Gottesdiensten teilnahmen oder gar anderen Tätigkeiten nachgingen.<sup>1036</sup> Ein besonderes Augenmerk warfen sie auf Bekannten- oder Verwandtenbesuche, Spaziergänge oder Ausfahrten während der Gottesdienstzeiten.<sup>1037</sup> Das Herumtragen von Spanischen Broten oder von Kuchen galt als deutli-

---

<sup>1028</sup> Ebd.

<sup>1029</sup> Sabbat-Mandat 1785/1790, 278.

<sup>1030</sup> „Mandat betreffend die Feyrung des Sonntags“, 1750, in: Sammlung der Policygesetze 1757, zweiter Band, Nr. VII.

<sup>1031</sup> Sabbat-Mandat 1785/1790, 278; Wyss, Politisches Handbuch, 397.

<sup>1032</sup> „Sabbath-Mandat vor die Stadt“, 1764, in: Sammlung der Policygesetze, 1779, vierter Band, Nr. XXXIII, 264.

<sup>1033</sup> Sabbat-Mandat 1785/1790, 279.

<sup>1034</sup> Grosses Mandat 1757, 204f.

<sup>1035</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 397.

<sup>1036</sup> Sonntags-Mandat 1750, 195; Sabbat-Mandat 1785/1790, 280f. Eine umfassende Aufzählung verbotener Arbeiten findet sich in: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 104 – 108.

<sup>1037</sup> Sonntags-Mandat 1750, 194. Vgl. zu den verschiedenen Gottesdienstzeiten: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 100f. Ein besonders beliebtes Ausflugsziel war Baden; vgl. dazu: Alfred Lüthi, „Der Zürcher Rat und die Badenfahrt“, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1951, Zürich 1950.

cher Hinweise für einen bevorstehenden Besuch, der vor der Abendpredigt nicht erlaubt war.<sup>1038</sup>

An Sonntagen galt auch ein generelles Tanzverbot, nicht nur um der Sonntagsheiligung nachzukommen, sondern auch um Schlägereien und Eifersuchtsszenen zu verhindern.<sup>1039</sup>

Ein Mandat von 1755 erweiterte die Liste der sonntäglichen Ungebührlichkeiten auf Tätigkeiten nach dem Kirchenbesuch. Nun war auch das Mittagessen von Gesellschaften sowohl in Privathäusern wie auch in Wirtshäusern verboten. Die Schenkstuben blieben bis nach dem Kirchgang für die Einheimischen verschlossen.<sup>1040</sup> Fremden durfte in dieser Zeit nur das Notwendigste serviert werden.<sup>1041</sup> Die sonntägliche Aufsicht über die Einhaltung der Vorschriften in den Wirts-, Gesellschafts- und Zunfthäusern übernahmen die Stadtknechte.<sup>1042</sup> Ein allgemeines Verkaufsverbot an Sonntagen und ein in seiner Formulierung verschärftes Aufenthaltsverbot in den Gassen und auf den Plätzen ergänzten 1785 und 1790 die geltenden Vorschriften für die Sonntage.<sup>1043</sup> Widersetzte sich jemand der Aufforderung, unmittelbar nach dem Gottesdienst nach Hause zu gehen, so musste er neu nun an die Reformationskammer verzeigt werden.<sup>1044</sup>

Die Obrigkeit regelte die Sonntagsvorschriften für die Handwerksgesellen, Knechte und Mägde wiederum gesondert. Sie durften sich nach der Katechese weder an den Toren noch auf den Brücken<sup>1045</sup> oder gar in den Stadtgräben treffen oder dort spazieren gehen, sondern sie sollten sich möglichst rasch wieder ihrer Herrschaft zur Verfügung stellen.<sup>1046</sup> Die Aufsicht darüber kam dem Grossweibel zu, der zusammen mit den Stadtbediensteten die einschlägig bekannten Örtlichkeiten aufsuchte und die Zusammenkünfte auflöste.<sup>1047</sup>

Für die Predigtstunden an den Wochentagen waren die Vorschriften der Mandate weit weniger streng. Zwar wurden die Zugänge zur Stadt wiederum geschlossen, doch verboten waren nur alle Lärm verursachenden Tätigkeiten, insbesondere das Holzscheiten, das Jagen, das Wäschewaschen sowie das Unfugtreiben auf den Strassen.<sup>1048</sup> Die Aufsicht darüber übte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Reformationskammer aus.<sup>1049</sup>

---

<sup>1038</sup> Grosses Mandat 1757, 204.

<sup>1039</sup> Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 161.

<sup>1040</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 397.

<sup>1041</sup> Sabbat-Mandat 1785/1790, 279.

<sup>1042</sup> Wehrli, Reformationskammer, 72.

<sup>1043</sup> Sabbat-Mandat 1785/1790, 280. Vgl. Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 107.

<sup>1044</sup> Sonntags-Mandat 1750, 196.

<sup>1045</sup> Die Brücken galten als besonders beliebter Treffpunkt: Die mittlere Brücke ist „(...) auch wegen ihrer vortrefflichen Lage von aller Gattung Leuten täglich gleich einer Börse besucht: Besonders an einem Sonntage versammeln sich Morgens und Abends nach dem Gottesdienst die Bürger häufig daselbst. Ehemals hatte sogar jede Zunft ihren eigenen Platz darauf, oder doch wenigstens nahe dabey.“; vgl. Werdmüller, Memorabilia 1790, 57.

<sup>1046</sup> Sonntags-Mandat, 194.

<sup>1047</sup> Ebd. 196; Sabbat-Mandat 1785/1790, 280.

<sup>1048</sup> Grosses Mandat 1757, 205.

<sup>1049</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 397.

Das Regiment ärgerte sich Ende des 18. Jahrhunderts darüber, dass die Mandate zur Sonntagsheiligung in der Bevölkerung nur geringe Beachtung fanden.<sup>1050</sup> Eine Schwäche lag darin, dass die Reformationsherren und die Ratsmitglieder in ihrer Amtsausübung keine unmittelbaren richterlichen Funktionen besaßen. Sie mussten Vorfälle bei der eigenen Kammer umständlich zur Anklage bringen.<sup>1051</sup> Trotz entsprechender Klagen erweiterte die Obrigkeit die Befugnisse der Reformationsherren nicht. Die Räte setzten vielmehr auf die Vorbildfunktion sowie auf die Laidepflicht. 1785 und 1790 erweiterte der Kleine Rat den Kreis derjenigen Personen, die durch ihr exemplarisches Verhalten die übrigen Bürger positiv beeinflussen sollten, auf die Kirchen- und Schuldiener, die Stillständler sowie auf „alle geistliche und weltliche Beamten jeden Ranges“.<sup>1052</sup>

Die wichtigsten Bestimmungen des Sabbatmandats galten, mit den entsprechenden Anpassungen, ebenso für die Landschaft. Es waren alle Handlungen untersagt, die zur Vernachlässigung der Gottesdienstpflicht oder zur Störung der sonntäglichen Andacht führen könnten.<sup>1053</sup> Speziell zu erwähnen sind die Verbote, keine anderen Gottesdienste als diejenigen in der eigenen Gemeinde, insbesondere keine katholischen Messfeiern<sup>1054</sup> und keine Kirchweihen in benachbarten Gemeinden zu besuchen, sowie das Verbot, an Sonn- und Feiertagen zu backen, zu mahlen, Waren zu transportieren oder zu jagen.<sup>1055</sup> Das Sabbatmandat mahnte die Untervögte, Weibel, Richter, Stillständler und Ehegaumer sowie alle anderen Beamten an, Vorfälle geflissentlich beim Ober- oder Landvogt zu laiden.<sup>1056</sup>

## e) Glücksspiele

Die Obrigkeit betrachtete das Veranstellen und das Spielen von Glücksspielen als wider die Zucht und Ehrbarkeit, als Gelegenheit zur unnötigen Geldverschwendung sowie als mögliche Quelle von Betrügereien, Handgreiflichkeiten und Schlägereien.<sup>1057</sup> Die sogenannten Hazard-Spiele waren weder in öffentlichen Gebäuden noch in Privathäusern weder an den Wochentagen noch an den Sonntagen erlaubt.<sup>1058</sup> Es gehörte zu den Aufgaben der Herren der Reformationskammer – und zwischen 1789 und 1797 teilweise auch zu den Pflichten einer speziellen Schenkenkommission<sup>1059</sup> – Orte ausfindig zu machen, an denen Glücksspiele veranstaltet wurden und die beteiligten Spieler hart zu bestrafen.<sup>1060</sup> Das Verbot hatte allerdings nur dazu geführt, dass die Spiele in Privaträumen heimlich veranstaltet wurden. Diese Lokalitäten waren für die Obrigkeit schwierig zu finden. Um dennoch Spielhöhlen ausfindig zu machen,

<sup>1050</sup> Sabbat-Mandat 1785/1790, 277.

<sup>1051</sup> Wehrli, Reformationskammer, 71.

<sup>1052</sup> Sabbat-Mandat 1785/1790, 281.

<sup>1053</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 398. In den Kirchen und Kreuzgängen spielten Kinder oder Händler versuchten ihre Ware loszuwerden; vgl. Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 103.

<sup>1054</sup> Nach Spillmann-Weber waren hier in erster Linie die Vergnügungsfahrten ins nahe katholische Baden gemeint; Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 102f. An den sogenannten Badenfahrten nahmen jedoch auch oft Ratsherren teil.

<sup>1055</sup> Sabbat-Mandat 1785/1790, 283.

<sup>1056</sup> Ebd., 284.

<sup>1057</sup> Grosses Mandat, 1779, 371. Vgl. auch: Casanova, Nacht-Leben, 116 – 119 und Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 156 – 160.

<sup>1058</sup> Grosses Mandat 1779, 371.

<sup>1059</sup> Wehrli, Reformationskammer, 58.

<sup>1060</sup> Grosses Mandat 1779, 372.

erinnerte das Regiment an die allgemeine Laidepflicht und förderte Denunziationen. Es bot derjenigen Person, die eine Spielhöhle verriet, Straffreiheit an, auch wenn der Denunziant selbst Mitspieler gewesen war. Er erhielt zudem die Hälfte der eingezogenen Bussgelder der verurteilten Spieler.<sup>1061</sup>

Das Spielen mit Karten und Würfeln wie auch das Kegeln und Wetten um hohe Beträge unterlagen auf der Landschaft der Laidepflicht an die Stillstände bzw. an die Ober- und Landvögte.<sup>1062</sup>

#### **f) Ehebruch und Hurerei**

Geordnete sittliche und moralische Verhältnisse der Bevölkerung waren nach der Reformation im Kanton Zürich ein unverzichtbares Standbein der Gesellschaftsordnung und aus der Sicht des Regiments die Grundlage für die Wohlfahrt. Ein besonderes Kapitel stellten dabei die fleischlichen Sünden dar. „Wenn Ordnung im Hauswesen, Familien, Glück und Wohlstand in unserem Vaterland bisher in grösserem Mass als anderwärts zu finden waren, – so ist solches offenbar eine heilsame Folge vorzüglicher Reinigkeit der Sitten gewesen.“<sup>1063</sup> Die Obrigkeit wollte diesen Zustand bewahren und ein Untergraben und Zerstören der Moral verhindern. Das Regiment verbot vorbeugend Treffen von Burschen und jungen Frauen, die sogenannten Liechtstubenten, und belegte Ehebruch und Hurerei mit schwersten Strafen.<sup>1064</sup> Die Untersuchungen bei Vorwürfen dieser Art wurden in der Stadt nach einer Laidung von den Mitgliedern des Ehegerichts durchgeführt und der Fall danach dem Kleinen Rat überwiesen.<sup>1065</sup>

Das Landmandat verbot verdächtige und geheime Zusammenkünfte von Männern und Frauen sowie das als unsittlich empfundene Seilschaukeln.<sup>1066</sup> Auf der Landschaft wurden der frühzeitige Beischlaf und die Hurerei vom Stillstand untersucht und von den Ober- oder Landvögten gebüsst.<sup>1067</sup>

#### **g) Sauberkeit und Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und Strassen**

1779 erliess das Regiment ein sogenanntes Policeymandat, in dem es die Sauberkeit und die Sicherheit der Strassen und der Plätze regelte. Die Obrigkeit übertrug die Überwachung der

---

<sup>1061</sup> Grosses Mandat 1755, 218f.

<sup>1062</sup> Landmandat 1766, 114; Wyss, Politisches Handbuch, 419.

<sup>1063</sup> Ebd., 138.

<sup>1064</sup> Vgl.: Casanova, Nacht-Leben, 93 – 96; Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 171f.

<sup>1065</sup> Wyss, 137; Werdmüller, Memorabilia 1790, 123f.

<sup>1066</sup> Landmandat 1756, 240. Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 179.

<sup>1067</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 138; „Mandat wegen der um Leichtfertigkeit willen angestellten Zusammenkünften“, 1731, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, zweiter Band, Nr. X, 252.

neuen Vorschriften der Reformationskammer.<sup>1068</sup> Nach 1779 publizierte das Regiment lediglich noch nähere Ausführungsbestimmungen zum Policeymandat.<sup>1069</sup>

Die Ausweitung des Aufgabenkreises der Reformationskammer konnte in der Literatur bisher nicht befriedigend erklärt werden. Christoph Wehrli meinte, das Regiment hätte mit Policeymandaten der Kammer Aufgaben zugeschoben, weil keine andere Institution dafür gefunden werden konnte.<sup>1070</sup>

Die zusätzlichen Aufgaben der Reformationskammer, die unten im Detail dargestellt werden, haben zwar auf einen ersten Blick inhaltlich tatsächlich nur wenig mit dem Grundauftrag der Reformationskammer zu tun, eine Verbesserung des christlichen bzw. republikanischen Lebenswandels eines jeden Einzelnen herbeizuführen.<sup>1071</sup> Sie lassen sich jedoch unter den umfassenden Policeybegriff subsumieren, gemäss dem das Regiment auch die Voraussetzungen zu schaffen hat, den materiellen Wohlstand als Prämisse für ein tugendhaftes Leben zu garantieren.<sup>1072</sup> Die Obrigkeit hat auch in den Bereichen des Policeymandats für Ordnung – hier auch im Sinne der Reinlichkeit –, Sicherheit und einen geordneten Gang der Dinge in den öffentlichen Räumen zu sorgen. In diesem Sinne können die neu zugeteilten Bereiche auf den zweiten Blick durchaus als ein erweiterter Kreis von Aufgaben des Regiments interpretiert werden, um Bürger und Untertanen vor Beeinträchtigungen, Bedrohungen und Verschmutzung des Alltags zu schützen und die Rahmenbedingungen für ein geordnetes Arbeiten und Leben sicherzustellen. In dieser Sichtweise schwingt im Policeymandat bereits der enge, moderne Policeybegriff, der eine präventive Gefahrenabwehr beinhaltet, deutlich mit.<sup>1073</sup> Freilich versperren die einzelnen materiellen Bestimmungen, die sich in den Policeymandaten zunächst nur auf die Strassenordnung konzentrieren und überdies zum Teil kurios wirken, manchmal den Blick auf diese übergeordneten Zusammenhänge.

Mit dem Policeymandat von 1779 wurde eine Unterabteilung der Reformationskammer, bestehend aus zwei Mitgliedern der Reformationskammer und einem Bauherrn, zur Bearbeitung der neuen Aufgaben eingesetzt.<sup>1074</sup> Die Unterabteilung der Reformationskammer wurde „Policeykammer“ genannt.<sup>1075</sup> Gleichzeitig fand eine Kompetenzausscheidung zwischen der Reformations- und der Policeykammer statt.<sup>1076</sup> Die Umsetzung des Policeymandates wurde

---

<sup>1068</sup> „Mandat und Ordnung Unserer Gnädigen Herren und Burgermeister Kleinen und Grosser Räten der Stadt Zürich verschiedene Policeyanstalten betreffend“, 1779, in: Sammlung der Policeygesetze, 1779, fünfter Band, Nr. LIX, 342.

<sup>1069</sup> „Anhänge und Erläuterungen zum Policeymandat“, 1780 – 1787, in: Sammlung der Policeygesetze 1793, sechster Band, Nr. XXXIII.

<sup>1070</sup> Wehrli, Reformationskammer, 54.

<sup>1071</sup> Inge Spillmann-Weber spricht von einem Sammelsurium von verschiedensten Verordnungen, ohne allerdings eine Grundstruktur darin zu erkennen; Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 95.

<sup>1072</sup> Vgl. Kapitel „Der Policeybegriff in Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts“.

<sup>1073</sup> Die hier geschilderten Zusammenhänge werden von Züsli-Niscosi überhaupt nicht wahrgenommen. Vgl. Züsli, Polizeiorganisation, 14.

<sup>1074</sup> Policeymandat 1779, 356.

<sup>1075</sup> Vgl. zur Geschichte der Policeykammer: Wehrli, Reformationskammer, 54 – 56. Wehrli geht von einer Gründung der Policeykammer im Jahr 1779 aus; vgl. ebd., 56. In den Memorabilia Tigurina von 1790 wird allerdings das Jahr 1781 angegeben; vgl. Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 78.

<sup>1076</sup> Policeymandat 1779, 342 – 357.

eindeutig auf die Policykammer übertragen.<sup>1077</sup> Die Mitglieder des Policykammer, im Mandat „Policyrichter“ genannt<sup>1078</sup>, sollten Verfehlungen gegen die Vorschriften streng bestrafen. Jedermann, aber insbesondere die Stadtbediensteten<sup>1079</sup>, mussten „wo immer sie gewahrt wurden, dass wider den eint oder andern Artikel (...) gefehlt wurde“<sup>1080</sup> unmittelbar der Policykammer laiden. Sie sollten eine angemessene Belohnung erhalten und ihr Name wurde nicht publik, falls es die Situation zuliess.<sup>1081</sup>

Die Verkehrssicherheit war dasjenige Thema im Policymandat, das am meisten Raum einnahm.<sup>1082</sup> Gemäss dem Mandat mussten die Strassen und Gassen der Stadt rein gehalten und wöchentlich gesäubert werden. Die Putzzeiten waren genau vorgeschrieben. Selbst eine wöchentliche Abfuhr für den Kot war vorgesehen. Die Strassen sollten weder durch Fuhrwerke, Holz, Bäume oder schwere Gegenstände verstellt werden.<sup>1083</sup> Den Ladenbesitzern, den sogenannten Professionisten, war es lediglich erlaubt, Kisten und Säcke vor ihren Geschäften vorübergehend zu lagern. Sie durften dafür aber auf keinen Fall Pannerplätze oder den Platz vor Feuerleitern und -kübeln benutzen. Kutschen hatte man nur auf Plätzen und weiten Gassen zu parkieren – und auch dort nur auf Feldern, die mit langen Kieselsteinen abgesteckt waren. Die eingeparkten Gefährte sollten so nah wie möglich nebeneinandergestellt werden und die Deichsel jeweils aufgerichtet sein. An Markttagen gab es besondere Parkfelder in der Nähe von Wirtshäusern. In der Stadt und in den Vorstädten durfte mit den Kutschen lediglich im Schritttempo gefahren oder geritten werden. Pferdeschlitten durften im Winter nur von Hand durch die Stadt geführt werden. Das Weidenlassen der Pferde in der Stadt war nicht gestattet. Pferde und Hornvieh sollten nur angebunden stehen gelassen und Herden nur zusammengebunden und nicht von Hunden gehetzt durch die Stadt getrieben werden. Es war hingegen gestattet, Federvieh offen in den Strassen herumlaufen zu lassen, ausser an Sonn- und Festtagen.<sup>1084</sup>

1780 und 1782 erschienen Ergänzungen zum Policymandat, welche einzelne Vorschriften schärfer fassten. Das Regiment verbot in der Stadt insbesondere das Schiessen der Knaben auf Brücken und anderen „gefährlichen Orten“, um ein Unglück zu vermeiden.<sup>1085</sup> 1787 folgte ein generelles Schiessverbot und die Obrigkeit untersagte minderjährigen Knaben den Gebrauch von Feuerwerk.<sup>1086</sup> Das Regiment liess die Zusätze zum Policymandat jeweils als Affichen

---

<sup>1077</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 259.

<sup>1078</sup> Policymandat 1779, 355.

<sup>1079</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 259.

<sup>1080</sup> Policymandat 1779, 356.

<sup>1081</sup> Ebd.

<sup>1082</sup> Ebd., 342 – 349. Für die Reinhaltung der Limmat gab es ein eigenes Mandat, auf das im Rahmen dieser Arbeit nicht im Detail eingegangen wird; vgl.: „Mandat wegen Reinhaltung des Limmath-Beths“, 1763, in: Sammlung der Policymandate, 1779, vierter Band, Nr. XXIII.

<sup>1083</sup> Auch der Verkehr auf den Brücken stellte zuweilen ein Problem dar. Der Mühlesteig wurde zunächst zu einem befahrbaren Weg ausgebaut, 1762 aber wegen missbräuchlichen Befahrens durch Karren an den beiden Brückenköpfen mit je einer baulichen Zugangseinschränkung versehen: vgl. Werdmüller, Memorabilia 1790, 58.

<sup>1084</sup> Wyss, Politisches Handbuch 259.

<sup>1085</sup> StAZ III AAb 1.14, 19. Juni 1780 und StAZ III 1.15, 29. April 1782.

<sup>1086</sup> StAZ III AAb 1.15, 8. März 1787. Vgl. für weitere – durchaus nachvollziehbare – Verbote: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 160f. Dazu zählte das beliebte Schlitteln in den engen Gassen, das auch gerne von Erwachsenen gemacht wurde, und das Bewerfen der Tiere im Hirschengraben mit Steinen.

aufhängen, damit niemand, auch Fremde nicht, sich „mit Unwissenheit entschuldigen möge“.<sup>1087</sup>

Zum Thema Sicherheit auf den Strassen gehörte auch der Schutz der Fussgänger vor herunterfallenden Gegenständen. Bei Renovationsarbeiten am Dach eines Hauses war es deshalb geboten, besondere Vorsicht walten zu lassen, um vorbeigehende Passanten nicht zu gefährden. Ebenso durften schwere Gegenstände nur mit einer Sicherung auf die Fenstersimse gestellt werden. Es war zudem verboten, Abfall aus den Häusern auf die Strasse zu werfen. In den Sommermonaten durften die Toiletten nur am frühen Morgen entleert werden.<sup>1088</sup>

Die Vermeidung von Bränden in den Häusern zählte ebenfalls zum Pflichtenheft der Policykammer. Es waren vor allem die Kaminfeger, die in Privathäusern darauf zu achten hatten, dass keine leicht entflammbaren Materialien in der Nähe eines offenen Feuers standen oder die Glutreste in feuersicheren Gefässen aufbewahrt wurden. Die Mitglieder der Policykammer kümmerten sich um den Brandschutz bei öffentlichen Gebäuden, wie dem Helm-, Kauf-, Waag- und Kornhaus und den Brücken.<sup>1089</sup> Brach ein Feuer in einem Privathaus oder in einem öffentlichen Gebäude aus, so hatte die Reformationskammer nach den Brandursachen zu forschen. Auf der Landschaft waren es die Ober- und Landvogteiämter.<sup>1090</sup>

Der Unterhalt des Strassennetzes gehörte auf der Landschaft ebenfalls zu den Kernaufgaben des Staates des Ancien Régime. Er diente in erster Linie dazu, den Fernhandel, namentlich die Einfuhr von Getreide, zu ermöglichen.<sup>1091</sup> Die Aufsicht über die Strassen war im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts allerdings nicht der Policykammer, sondern der Wegkommission übertragen.<sup>1092</sup> Auf den vier Hauptstrassen des Kantons Zürich<sup>1093</sup> engagierten die anliegenden Gemeinden Wegeknechte, zumeist Arme, die unter der unmittelbaren Aufsicht der Dorfvorgesetzten standen.<sup>1094</sup> Ihre Aufgabe war es, auf einem bestimmten Abschnitt der Hauptstrasse täglich Unterhaltsarbeiten durchzuführen und Verstösse gegen die obrigkeitlichen Wegmandate und die Vorschriften über die Nebenstrassen zu verwarnen oder zu laiden. Dazu gehörten die Beachtung der Höchstbreiten von Wagen, das Fütterungsverbot des Viehs auf den Strassen, die Kontrolle, dass ausschliesslich hölzerne Radschuhe verwendet wurden sowie die Einhaltung der Gewichtslimite.

1756 beklagte ein Mandat den schlechten Zustand der Strassen auf der Landschaft und die damit verbundene mangelhafte Sicherheit für die Reisenden.<sup>1095</sup> Die Obrigkeit erinnerte zur

---

<sup>1087</sup> StAZ III AAb 1.14, 19. Juni 1780.

<sup>1088</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 260.

<sup>1089</sup> Policymandat 1779, 349 – 353.

<sup>1090</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 357. Vgl. dazu auch das Kapitel „Ermittlung von Brandursachen“.

<sup>1091</sup> „Mandat wegen Verbesserung der Strassen“, 1749, in: Sammlung der Policygesetze 1757, dritter Band, Nr. XXXV.

<sup>1092</sup> „Mandat die Strassen betreffend“, 1774, in: Sammlung der Policygesetze 1779, fünfter Band, Nr. XXXIX, 169; Memorabilia 1790, 2. Teil, 75.

<sup>1093</sup> Zürich- Kloten-Bülach- Eglisau / Zürich-Bassersdorf-Winterthur-Elgg / Zürich-Altstetten-Baden / Zürich-Höngg-Baden.

<sup>1094</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 315.

<sup>1095</sup> „Mandat die Ordnung der Güter-Wägen auf den Strassen betreffend“, 1756, in: Sammlung der Policygesetze, 1779, fünfter Band, Nr. XLIX; 268.

Vermeidung weiterer Schäden an den Strassen an die Gewichtslimite für Gütertransporte. Die Fuhrleute waren nun neu verpflichtet, einen Frachtzettel mit sich zu führen und diesen an den Grenzen, auf Verlangen auch an anderen Stellen, vorzuweisen.<sup>1096</sup>

Seit 1774 waren alle Gemeinden für den wöchentlichen Unterhalt der Strassen in ihrer Kommune verantwortlich.<sup>1097</sup> Sie mussten auf Geheiss des Kleinen Rates eine Rotte von Gemeindegliedern mit einem Aufseher als Chef bereitstellen, die unter der Aufsicht der Ober- und Landvögte sowie der Gemeindevorgesetzten den Strassenunterhaltungsdienst besorgte. Der Dorfwärter bot die Gemeindeglieder jeweils für den Strassenreinigungsdienst auf.<sup>1098</sup>

## **h) Verschmutzung von Brunnen**

Die öffentlichen Brunnen nahmen bei der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung und der Haustiere eine zentrale Funktion ein. Verschmutztes Wasser konnte ihre Gesundheit gefährden. Die Bediensteten des Bauamtes reinigten daher nicht nur die Brunnen in den Strassen und Gassen, sondern achteten auch darauf, dass die Stallknechte die Eimer und die Mägde Gemüse, Geschirr und andere Gegenstände wie z. B. Windeln oder Fensterscheiben nicht in den Brunnentrögen wuschen und damit das Wasser stark verunreinigten. Die Durchsetzungskraft der Bediensteten des Bauamtes scheint jedoch begrenzt gewesen zu sein, beklagten sich der Bürgermeister und die Räte von Zürich 1748 doch über eine zunehmende „ungeschorene und boshafte“ Verunreinigung der Tröge.<sup>1099</sup> Mit dem Brunnenmandat von 1748 versuchte das Regiment, die Vorschriften konsequenter durchzusetzen. Die Bauamtsbediensteten waren nun verpflichtet, jeden Verstoss gegen die Brunnenordnung den Brunnenoberaufsehern<sup>1100</sup> zu laiden und das Geschirr im Brunnen zu zerschlagen.<sup>1101</sup>

Die Brunnenoberaufseher sprachen zunächst eine Geldstrafe aus. Wurde eine Person zum zweiten Mal fehlbar, wurde sie in das Schellenwerk Oetenbach gebracht.<sup>1102</sup>

Mit dem Policeymandat von 1779 wechselte die Oberaufsicht über die Brunnen vom Bauamt in die Policykammer.<sup>1103</sup> Die Bediensteten des Bauamtes blieben jedoch für die Umsetzung des Brunnenmandats verantwortlich.<sup>1104</sup>

Auf der Landschaft sorgten die Pfarrherren und Stillstände für die Reinhaltung der Brunnen.<sup>1105</sup>

---

<sup>1096</sup> Güter-Wägen-Mandat 1756, 269.

<sup>1097</sup> Strassenmandat 1774, 167f.

<sup>1098</sup> Ebd. 168.

<sup>1099</sup> „Brunnen-Mandat“, 1748, in: Sammlung der Policygesetze 1757, dritter Band, Nr. XXXI, 252.

<sup>1100</sup> Die Brunnenaufseher sollten auch in der Nähe der Brunnen wohnen; vgl.: Memorabilia 1790, 55.

<sup>1101</sup> Brunnen-Mandat 1748, 253f.

<sup>1102</sup> Ebd.

<sup>1103</sup> Policeymandat 1779, 345.

<sup>1104</sup> Ebd.

<sup>1105</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 260.



### 5.3.4.2 Ruhe und Ordnung im weiteren Sinn

Den Freveln, welche die Ruhe und Ordnung im engeren Sinn gefährdeten, sind die Bestimmungen in den Frevelmandaten gegenüberzustellen, welche primär die Gesundheit der Bevölkerung schützten und die Grundversorgung mit Lebensmitteln, Energie und gewerblichen Gütern sicherstellten. Diese zweite Kategorie wurde nach David von Wyss hauptsächlich dem Bereich der „Landespolicey in weitesten Sinn des Wortes“ zugeordnet.<sup>1106</sup> Vergehen gegen die Mandate stifteten in den Augen des Regiments Unruhe im wirtschaftlichen und politischen System und bedrohten, wie die oben dargestellten Wirtschaftsverbrechen auch, letztlich die politische Stabilität – und damit die Ruhe und Ordnung – des Stadtstaates in indirekter Weise.<sup>1107</sup>

Das Vorgehen entsprach in den meisten Fällen demjenigen in Frevelsachen, mit der Ausnahme, dass eine Laidung nicht an die Reformationskammer, sondern an andere Kommissionen des Regiments erfolgen musste. Die Ober- und die Landvögte oder die Gemeindevorgesetzten waren die entsprechenden Aufsichtsorgane auf der Landschaft. Lediglich die Gesundheitsvorsorge blieb unter der Kontrolle der Stadt.<sup>1108</sup>

#### a) Unerlaubter Verkauf von Arzneimitteln

Die Gesundheitspolicey als umfassende medizinische Fürsorge betrachtete das Regiment im Rahmen ihrer politischen Ökonomie und ihrer Bevölkerungspolitik als eine der wichtigsten Aufgaben.<sup>1109</sup> Die Bürger und Einwohner der Stadt und der Landschaft galten im spätabolutistischen politischen und ökonomischen Denken als Reichtum des Staates, das zu schützen war.<sup>1110</sup> Die Verantwortung trug der Sanitätsrat, dem auch der Stadthauptmann angehörte.<sup>1111</sup> Der Grundauftrag des Sanitätsrats war es, Informationen über ansteckende Krankheiten und Seuchen in den grenznahen Regionen zu sammeln und geeignete Gegenmassnahmen im Gebiet des Kantons zu treffen, um ihre Ausbreitung zu verhindern.<sup>1112</sup>

Die obrigkeitlichen Beamten, Seelsorger und Wundärzte der Landschaft waren aufgrund ihrer Berufe verpflichtet, mit dem Sanitätsrat zusammenzuarbeiten. Die Behandlung von Kranken war jedoch nur den zugelassenen Wundärzten erlaubt. Ohne obrigkeitliche Bewilligung durften in der Stadt und auf der Landschaft weder fremde noch einheimische Marktschreier oder

---

<sup>1106</sup> Vgl. ebd., 33. Die Reihenfolge der unten geschilderten Fälle richtet sich nach der Aufzählung bei David von Wyss.

<sup>1107</sup> Es kann im Rahmen dieser Arbeit in den folgenden Unterkapiteln nicht darum gehen, alle Vergehen gegen die Wirtschafts- und Gesundheitsmandate umfassend darzustellen. Das Auswahlkriterium war, dass ein Vergehen gelaidet werden musste oder eine fehlbare Person durch ein ordnungssicherndes Organ gefangen genommen werden durfte.

<sup>1108</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 260.

<sup>1109</sup> Ebd., 257f. Vgl. zur Thematik auch: Bettina Wahrig und Werner Sohn (Hg.), Zwischen Aufklärung, Policey und Verwaltung: Zur Genese des Medizinalwesens 1750 – 1850, (Wolfenbütteler Forschungen 102), Wiesbaden 2003.

<sup>1110</sup> Werner Sohn, „Von der Policey zur Verwaltung: Transformation des Wissens und Veränderungen der Bevölkerungspolitik um 1800“, in: Bettina Wahrig und Werner Sohn (Hg.), Zwischen Aufklärung, Policey und Verwaltung: Zur Genese des Medizinalwesens 1750 – 1850, (Wolfenbütteler Forschungen 102), Wiesbaden 2003, 71 – 89, 73.

<sup>1111</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, 76.

<sup>1112</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 248.

Wurzel- und Theriakkrämer Medizin feilbieten.<sup>1113</sup> Das Regiment wollte damit verhindern, dass die Gesundheit der Bevölkerung Schaden nahm und dass die aus der Sicht des Regiments sehr leichtgläubigen Landleute auf die schamlosen Versprechungen der Krämer hereinfielen oder einem Aberglauben anhängen.<sup>1114</sup>

Die Durchsetzung dieses so genannten „Theriakkrämer-Mandats“ oblag in der Stadt dem Sanitätsrat und auf der Landschaft den Ober- und Landvögten.<sup>1115</sup> Angezeigt und bestraft wurden nicht nur die Händler selbst, sondern auch jene, welche die Waren kauften oder den Krämer Unterschlupf boten.<sup>1116</sup>

## **b) Hundebiss**

Hundebisse waren in Zürich auch ein gesundheitspolizeiliches Problem, dessen sich die Obrigkeit annehmen musste.<sup>1117</sup> Die Hunde, unabhängig welcher Rasse, mussten entweder einen Maulkorb oder einen Nasenring tragen und durften vom 1. Mai bis zum 1. September und vom 1. Dezember bis zum 1. März nur an der Leine geführt werden. Ansonsten wurden sie vom sogenannten Wasenmeister totgeschlagen. Ausserdem wurde der fehlbare Besitzer beim Grossweibel angezeigt und von ihm bestraft. Der Grossweibel wiederum meldete gefährliche Vorfälle mit Hunden dem Sanitätsrat.<sup>1118</sup> Läufe Hündinnen und Doggen wurden auf den Strassen nicht geduldet. In der Nacht sowie an Sonn- und Feiertagen mussten die Hunde im Hause eingesperrt bleiben und durften nicht in den Gottesdienst mitgebracht werden.<sup>1119</sup> Die Metzger konnten nur einen Hund halten, der aber in ihrem Geschäft angekettet sein musste. Auf keinen Fall durften die Fleischer mit dem Hund die Kälber durch die Stadt treiben. Die Kuttler, Hintersässen, Handwerksgesellen, Tagelöhner und die Schlächterknechte durften hingegen keine Hunde besitzen.<sup>1120</sup> Kamen Fremde oder Bewohner der Landschaft mit einem Tier in die Stadt, konnten sie Stricke als Hundeleinen an den Stadtporten kaufen.<sup>1121</sup>

Die Hundebesitzer der Stadt waren verpflichtet, ihre Tiere jährlich dem Wasenmeister vorzuführen, um Krankheiten, insbesondere der Tollwut, vorzubeugen. Der Wasenmeister führte eine entsprechende Kontrollliste. Er schlug kranke Tiere sofort tot und meldete es unverzüglich dem Sanitätsrat, der den fehlbaren Hundebesitzer bestrafte.<sup>1122</sup>

Jede Gemeinde auf der Landschaft bezeichnete eine Person, welche die Aufgaben des Wasenmeisters der Stadt zu erfüllen hatte.<sup>1123</sup> Die Liste der Hunde führte die Ortskanzlei.<sup>1124</sup>

---

<sup>1113</sup> Ebd., 249.

<sup>1114</sup> „Mandat die Theriakkrämer, Marktschreyer, u.s.f betreffend“, 1783, in: Sammlung der Policeygesetze, 1793, Nr. XLIV, 369.

<sup>1115</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 250.

<sup>1116</sup> Theriakkrämer-Mandat 1783, 370.

<sup>1117</sup> Vgl. zu diesem Kapitel: Wyss, Politisches Handbuch, 256; „Mandat wegen den Hunden“, 1774, in: Sammlung der Policeygesetze, 1779, vierter Band, Nr. XIX.

<sup>1118</sup> Hunde-Mandat 1774, 146.

<sup>1119</sup> Ebd., 146f.

<sup>1120</sup> Ebd., 147.

<sup>1121</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 257.

<sup>1122</sup> Hunde-Mandat 1774, 148.

<sup>1123</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 258.

<sup>1124</sup> Ebd.

Kam in einer Gemeinde der Verdacht von Tollwut auf, benachrichtigte sie unverzüglich die Nachbardörfer. Der Vorfall musste zudem dem Ober- oder Landvogt gemeldet werden.<sup>1125</sup>

### c) Feld-, Wald-, Jagd- und Fischfrevel

Die Landwirtschaftspolitik des Regiments ging bis zum Ende des Ancien Régime von der Vorgabe aus, dass Zürich ein Agrarstaat sein muss, der um jeden Preis seine Selbstversorgung sicherzustellen hat. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gelang es Zürich aber nicht, mit der landwirtschaftlichen Eigenproduktion, insbesondere mit der Getreideversorgung, den Grundbedarf an Lebensmitteln zu decken. Aus dieser Versorgungslücke und der Massenarmut des 18. Jahrhunderts resultierte auch in Versorgungsfragen ein enges Sicherheitsdenken des Staates.<sup>1126</sup> Die Leitidee zur Milderung des Versorgungsproblems war die merkantilistische Lehre, wonach nur diejenigen Güter Reichtum bringen, die im eigenen Lande vorhanden sind.<sup>1127</sup> Das Regiment und die Ökonomische Kommission förderten als Konsequenz dieses Denkens alle Massnahmen, die zu einer Ertragssteigerung in der Landwirtschaft, der Jagd, dem Fischfang und der Energieversorgung beitrugen und bekämpften und bestraften Vergehen, welche deren Wert minderten und das Ziel der Autarkie zu gefährden drohten. Als 1770/71 aufgrund von Missernten Zürich eine schwere Versorgungskrise erschütterte, reagierte das Regiment mit einer Verschärfung der Massnahmen zum Schutze der Nahrungsmittelproduktion.<sup>1128</sup>

Jedes Jahr ging ein Teil des Getreides durch vorzeitiges Ernten verloren. Die Obrigkeit wollte diese Verluste vermeiden und nahm bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Aufgabe in das Pflichtenheft der Untervögte, Bauern bei den Ober- und Landvögten zu laiden, welche das Getreide vor der Reife schnitten.<sup>1129</sup> Durch die Teuerungskrise 1770/71 waren die Bauern versucht, auch die übrigen Feldfrüchte vorzeitig zu pflücken, um der grossen Nachfrage auf dem Markt nachzukommen. Es war seit 1771 eine zusätzliche Aufgabe der Gemeindevorgesetzten, während der Erntezeit rechtzeitig auf den Feldern anwesend zu sein, um die Bauern von dem zu frühen Einsammeln der Früchte abzuhalten.<sup>1130</sup>

Die Obrigkeit wollte die Importabhängigkeit vom Korn generell vermindern und die Grundversorgung mit Landwirtschaftsprodukten sicherstellen. Sie verbot daher den Direktverkauf

---

<sup>1125</sup> Ebd.

<sup>1126</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Das Selbstverständnis und die Ordnungsvorstellungen des Regiments“.

<sup>1127</sup> Vgl. zur Landwirtschaftspolitik: Otto Sigg, „Ökonomie‘ zu Ende des Ancien régime“, in: Lob der Tüchtigkeit: Kleinjogg und die Zürcher Landwirtschaft am Vorabend des Industriezeitalters, Zürich 1985, 25 – 38.

<sup>1128</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Die Teuerungskrise von 1770/71“.

<sup>1129</sup> „Mandat wider das frühzeitige Ernden“, 1705, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, Nr. XV, 167. In der Teuerungsperiode 1770/71 wurde das Mandat erneuert; vgl.: „Erndten bey Anlass der damaligen Theuerung 1771“, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. IX. Den Ober- und Landvögten mussten von den Untervögten, Weibeln und den anderen Beamten sowie von jedermann, der vom Vergehen Kenntnis hatte, ferner noch folgende Fälle gelaidet werden: Schwarzbrennen von Kirschen und anderem Obst, Nachfärben des Weines, Brennen von Weinbrand vgl. dazu: „Mandat wider das Aufkaufen der Kirschen und Wiechseln, das Brennen von Kirschwassern, und Färben des Weins“, 1689, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. XVI; „Mandat wider das Trest-Brennen“, 1719, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. XVII; „Mandat wider das Obstbrennen“, 1743, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. XVIII.

<sup>1130</sup> Ernte-Mandat 1771, 69.

der einheimischen Feldfrüchte, der Brotlaibe und des Mehls ab Hof und ins Ausland.<sup>1131</sup> Am freitäglichen Kornmarkt in der Stadt durfte die Bevölkerung nur zum Eigengebrauch einkaufen.<sup>1132</sup> Der Kornmarkt stand unter der Kontrolle von drei Zollherren. Sie waren alle Mitglieder des Kleinen Rates. Die Zollherren bezogen während des Marktes ein Zimmer im Musiksaal<sup>1133</sup>, der gegenüber dem Kornhaus lag, und gingen von dort aus der Aufgabe nach, den „Policy-Ordnungen wegen dem Korn-Markt“<sup>1134</sup> nachzukommen und „Handlungen auf dem Kornmarkt zu bestrafen, wodurch jemand betrogen, oder Ruhe und Ordnung gestört wird.“<sup>1135</sup> Grobe Verstösse gegen das Mandat laideten sie dem Kleinen Rat.

Auch weitere indirekte Massnahmen des Regiments dienten dazu, die Getreideversorgung zu gewährleisten. So förderte die Obrigkeit den Kleeanbau mit dem Verkauf von qualitativ gutem Samen im städtischen Kaufhaus.<sup>1136</sup> Guter Klee war ein Mittel, um den Viehbestand zu vermehren und die Strohütterung zu vermindern. Dadurch sollten landwirtschaftliche Flächen frei werden, um andere Pflanzen- und Getreidearten anzupflanzen, die wiederum dazu dienten, die Abhängigkeit vom ausländischen Getreide zu vermindern. Hausierern war es untersagt, Kleesamen zu verkaufen.<sup>1137</sup> Die Obrigkeit fürchtete eine zu schlechte Qualität des frei verkauften Saatguts. Darüber mussten die Ober- und Landvögte wachen. Wer einen solchen Hausierer bei ihnen laidete, bekam eine Belohnung ausbezahlt.<sup>1138</sup>

Die Jagd wurde vom Regiment in der Jäger-Ordnung bis ins Detail geregelt.<sup>1139</sup> Verstösse gegen die Jagdzeiten und die erlaubten Jagdmittel laideten die Jägermeister, aber auch die Förster, sowie die Ober-, Land- und Untervögte und ihre Beamten der Jäger-Kommission. In diesem Gremium sassen neben zwei Herren aus dem Grossen Rat auch der Sihlherr und der Stadthauptmann. Jene Person, die einen Vorfall meldete, durfte mit einer Belohnung aus der zu zahlenden Busse rechnen.<sup>1140</sup>

Die Fischereiordnung regelte den Fang und den Verkauf von Fischen. Die Ordnung wurde allen Beteiligten einmal pro Jahr im Rathaus vorgelesen und erläutert.<sup>1141</sup> Gemäss dem Mandat durfte nur unter bestimmten Bedingungen gefischt werden und der Fang danach ausschliesslich auf dem Fischmarkt in der Stadt verkauft werden.<sup>1142</sup> Die Oberaufsicht über den Fischmarkt hatten ein Mitglied des Grossen und ein Mitglied des Kleinen Rates.<sup>1143</sup> Die so ge-

<sup>1131</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 317.

<sup>1132</sup> Ebd., 330f.

<sup>1133</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 78.

<sup>1134</sup> Ebd., 328.

<sup>1135</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 317f.

<sup>1136</sup> „Verordnung betreffend Kleeanbau“, 1787, in: Sammlung der Policygesetze 1793, sechster Band, Nr. XXII, 209.

<sup>1137</sup> Kleeanbau-Mandat 1787, 208f.

<sup>1138</sup> Ebd.

<sup>1139</sup> „Erneuerte Jäger-Ordnung“, 1752, in: Sammlung der Policygesetze 1757, dritter Band, Nr. VII.

<sup>1140</sup> Jäger-Ordnung 1752, 99.

<sup>1141</sup> „Erneuerte und erläuterte Fischer-Ordnung“, 1710, in: Sammlung der Policygesetze 1757, dritter Band, Nr. VIII, 122f.

<sup>1142</sup> „Hochobrigkeitliche Fischer Ordnung vom Jahr 1710 betreffend den Zürichsee, Limmat und Fischmarkt, erläutert und verbessert 1759, mit neuen Bestimmungen von 1776“, in: Sammlung der Policygesetze, 1779, vierter Band, Nr. XII, 83.

<sup>1143</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, 144f.

nannten Fischherren sollten ein wachsames Auge auf alle „Übertreter“ haben und bei Streitigkeiten zwischen Fischhändlern und Kunden einschreiten.<sup>1144</sup> Sie hatten dreierlei Möglichkeiten zu bestrafen: entweder mit Geldbussen oder mit der Konfiszierung von Material oder mit Gefängnis. Die Fischherren mussten zudem, falls nicht genügend Fische auf dem Markt vorhanden waren, alle Fischerboote genau durchsuchen und alle noch versteckte Ware dem Markt zuführen.<sup>1145</sup>

Die Verstösse gegen die Fischereiordnung ausserhalb des Marktes wurden von den Fischern zunächst untereinander aufgedeckt und selbstständig an die Kommission gelaidet.<sup>1146</sup> Sieben vereidigte Fischführer sollten eine Vorbildfunktion ausüben. Sie hatten darüber hinaus, unter der Androhung des Verlustes ihres Amtes, besonders auf Fehlbare achtzugeben und diese ebenfalls zu laiden.<sup>1147</sup> Aufsichtsfunktionen hatten auch beide vereidigten Fischwäger und die vereidigten See- bzw. Flussknechte.<sup>1148</sup> Sie konnten diejenigen, welche die Fischereiordnungen für den Zürichsee und die Flüsse und Bäche der Landschaft missachteten, sogar gefangen nehmen.<sup>1149</sup>

Der Schanzengraben war als Schutzzone für die Fische ausgewiesen. Wer trotzdem darin angelte, durfte vom städtischen Limmat-, Sihl- und Schanzengrabenknecht auf dem Fischmarkt öffentlich an den Pranger gestellt werden.<sup>1150</sup>

#### **d) Energieversorgung**

Das Regiment regelte mit einem Holzmandat 1762 den Markt mit Brennholz nach neuen Grundsätzen, nachdem bei der Obrigkeit viele Klagen über Unehrlichkeit, Parteilichkeit und Betrug beim Holzverkauf in der Stadt eingegangen waren.<sup>1151</sup> Seit 1762 durfte Holz in der Stadt nur noch an der Schiffflände verkauft werden, nachdem es der Holzmesser vermessen hatte. Mindere Verstösse gegen das Holzmandat waren von ihm an zwei speziell bestimmte Kleinräte, die Strafen aussprechen durften, zu laiden. Größere Vergehen kamen zur Behandlung in den Kleinen Rat.<sup>1152</sup>

Spätestens seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts zeichnete sich ein Mangel an Brennholz ab. Rinde und Laub von Rottannen und Eichen durften deshalb nicht mehr aus dem Kanton ausgeführt werden.<sup>1153</sup> Die Ober- und Landvögte hatten ein „wachsames und geflissenes

---

<sup>1144</sup> Ebd.

<sup>1145</sup> Fischer-Ordnung 1759/1776, 94.

<sup>1146</sup> Ebd., 83.

<sup>1147</sup> Ebd.

<sup>1148</sup> Fischer-Ordnung 1710, 123. Zum Glattvogt vgl.: Werdmüller, Memorabilia 1790, 220. Fischfrevel in der Sihl strafen die Seevögte und nicht der Sihlherr ab; vgl. Memorabilia 1790, 2. Teil, 123.

<sup>1149</sup> Fischer-Ordnung 1710, 124.

<sup>1150</sup> „Ordnung wegen des Schanzengrabens“, 1709, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. IX, 133.

<sup>1151</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt: „Holz-Mandat vor die Schifffländi“, 1762, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XVIII.

<sup>1152</sup> Holz-Mandat 1762, 143.

<sup>1153</sup> „Durben-Verkauf“, 1775, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. VI. 54.

Aufsehen“ darauf zu haben sowie „die Uebertreter zu ernstlicher Verantwortung zu ziehen.“<sup>1154</sup>

Die Obrigkeit unterstützte hingegen den Verbrauch von Holz- und Steinkohle als Brennmaterial. Um mit einem guten Beispiel voranzugehen, durfte in der Wachtstube der Stadtwache nur mit Steinkohle geheizt werden.<sup>1155</sup> Das Regiment förderte ab 1775 zusätzlich den Gebrauch von Torf.<sup>1156</sup> Die Marktaufsicht übten zwei Herren des Kleinen Rates aus. Sie wachten über die Qualität und den Preis. Sie hatten aber auch dafür zu sorgen, dass der leicht brennbare Torf nur ausserhalb der Stadt vorbereitet und in Körben portioniert in die Stadt gebracht wurde. Beim Transport der Körbe durfte kein Tabak geraucht werden.<sup>1157</sup>

### **e) Wucher und Preistreiberei bei Grundnahrungsmitteln**

Die Versorgung Zürichs war nicht nur durch die geringe Eigenproduktion, sondern auch durch Wucher und Preistreiberei bei Feldfrüchten und Grundnahrungsmitteln gefährdet. Die Obrigkeit duldete Wucher und Preistreiberei weder auf der Landschaft noch in der Stadt.<sup>1158</sup> Die Vergehen zählten zu den verachtenswertesten Taten, weil sie zum einen das obrigkeitlich kontrollierte Wirtschaftssystem infrage stellten und zum anderen die Habgier einen groben Verstoß gegen den Tugendkatalog darstellte. Die Grundnahrungsmittel durften aus denselben Gründen auch nicht in grösseren Mengen aus dem Land geschafft oder Fremden verkauft werden. Ebenso war es untersagt, falsche Masse und Gewichte zu verwenden.<sup>1159</sup>

Die Mitglieder der Fürkaufkommission, Mitglied war auch der Stadthauptmann, übten eine strenge Aufsicht über den Lebensmittelhandel in der Stadt aus. Auf der Landschaft waren es die Ober- und Landvögte sowie deren Beamte. Die Aufsichtspersonen sollten die fehlbaren Personen ausfindig machen und, je nach Schwere des Vergehens, entweder mit einer Geldbusse oder mit Gefängnis bestrafen, gegebenenfalls auch dem Kleinen Rat laiden.<sup>1160</sup> Anzeigen aus dem Kreis der Bürger wurden wiederum belohnt.<sup>1161</sup>

Weitere speziell ernannte Ratsmitglieder bzw. die Ober- und Landvögte konnten bei bestimmten Lebensmitteln des Grundbedarfs den jeweiligen Markt überwachen sowie die jeweils spezifischen Marktbestimmungen durchsetzen. Dies galt insbesondere für Salz<sup>1162</sup>, Butter und

---

<sup>1154</sup> „Mandat gegen Ausfuhr und Fürkauf der Eichenen und Rothannenen Rinden und Laubs“, 1763, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XXXII., 259.

<sup>1155</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 338.

<sup>1156</sup> „Durben-Verkauf“, 1775, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. VI.

<sup>1157</sup> Durben-Mandat 1775, 55.

<sup>1158</sup> Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 170f.

<sup>1159</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Untreues Verwalten, Korruption und Betrug“.

<sup>1160</sup> „Mandat wider den Vorkauf“, 1740, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. XI, 145f.

„Mandat wider den Frucht-Vorkauf“, 1740, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. XII, 150f.

<sup>1161</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 333.

<sup>1162</sup> „Mandat wegen dem Salz-Kauf und Verkauf“, 1772, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XXXIV. Die Festschreibung des Salzpreises im Salz-Mandat sollte als Folge der Teuerung von 1770/71 explizit dem Schutz der armen Bevölkerung dienen; ebd., 272.

Käse<sup>1163</sup>, Fleisch<sup>1164</sup>, Brot<sup>1165</sup> sowie Wein<sup>1166</sup>. Die zuständigen Ratsmitglieder waren in der Regel auf den städtischen Märkten präsent. Sie waren jedoch auch auf Laidungen aus der Bevölkerung angewiesen, um von Verstössen gegen die Mandate zu erfahren.

Die Kontrolle über die Grundnahrungsmittel Brot und Fleisch übte auf der Landschaft der Stillstand aus.<sup>1167</sup>

#### **f) Kontrolle der einheimischen und fremden Krämer und Hausierer**

Die in den Zünften zusammengeschlossenen Handwerker besaßen seit der Zunftrevolution von 1336 eine eigene Gerichtsbarkeit in Gewerbeangelegenheiten.<sup>1168</sup> Die Zünfte hatten einen gewissen Handlungsspielraum, die Satzungen des eigenen Handwerks, die Zunftordnungen und die überregionalen Gepflogenheiten ihres Gewerbes durchzusetzen und ihr Monopol zu verteidigen.<sup>1169</sup> Die Vorsteherschaft eines Handwerks oder einer Zunft konnte die aus ihrer Sicht notwendigen Massnahmen zur Einhaltung der Regeln treffen. So war es beispielsweise den in der Stadt ansässigen Meistern erlaubt, fremde Handwerker oder Meister der Landschaft, die in der Stadt ihr Handwerk unerlaubterweise ausübten oder Ware verkauften, mit einer Busse zu belegen oder gar deren Ware zu konfiszieren. Dieses Recht erstreckte sich sogar über die Lieferanten und die Käufer von verbotener Ware, d. h. die sogenannte Konterbande.<sup>1170</sup>

Besonders heftig verteidigte die Zunft zur Saffran, welche die Krämer in sich vereinigte, ihre Vorrechte. 1710 hatte sie sich darüber beklagt, dass fremde und einheimische Hausierer und landstreichende Krämer dermassen überhandgenommen hätten, dass die Geschäfte der Zunftmitglieder stark gelitten hätten.<sup>1171</sup> Nachdem sich die Situation ein Jahrzehnt später immer noch nicht verbessert hatte, reichte die Zunft 1721 erneut eine Klage beim Rat ein. Darin monierte sie, die Krämer würden ihre Produkte nicht mehr bei den Zürcher Kaufleuten, son-

---

<sup>1163</sup> „Ordnung für den Anken- und Käsemarkt und Handel“, 1778, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. II. Die zwei Kleinräte, die für den Buttermarkt zuständig waren, sollten auf dem Markt auch Streit verhindern; vgl.: Werdmüller, Memorabilia 1790, 18.

<sup>1164</sup> „Metzg-Ordnung“, 1779, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XXV; Werdmüller, Memorabilia 1790, 147. Vgl. auch: Spillmann-Weber, Die Zürcher Sittenmandate, 171f.

<sup>1165</sup> „Müller- Becker- und Feiler-Ordnung, u.s.f.“, 1770 – 1774, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XXVI. Zwei Herren des Kleinen und ein Herr des Grossen Rates sollten in unregelmässigen Abständen und überraschend die Bäcker (Pfister) visitieren und die Brote stichprobenweise wägen. Waren die Brote zu leicht, wurde der Bäcker mit einer Busse bestraft und die Brote wurden dem Waisenhaus geschenkt. Auf der Landschaft mussten die Gemeindevorsteher aus ihren Reihen einen Brotwäger wählen, der dieselben Aufgaben wie sein Amtskollege aus der Stadt ausübte. Vorfälle hatten die Brotwäger der Landschaft an die Ober- und Landvögte zu laiden; vgl. Werdmüller, Memorabilia 1790, 55.

<sup>1166</sup> Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 171.

<sup>1167</sup> Weinmann, Bürgergesellschaft, 44.

<sup>1168</sup> Vgl. zum folgenden Abschnitt: Markus Brühlmeier, Beat Frei, Das Zürcher Zunftwesen, Band 2, Zürich 2005, 101 – 131. Vgl. auch: Andreas von Moos, Zünfte und Regiment: Zur Zunftverfassung Zürichs im ausgehenden 18. Jahrhundert, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 30), Zürich 1995, 42 – 57.

Es würde im Rahmen der vorliegenden Arbeit zu weit führen, jedes Handwerk und seine ordnungssichernden Organe im Einzelnen zu besprechen. Ich beschränke mich hier auf einige grundlegende Aussagen.

<sup>1169</sup> Vgl. als Beispiel: Eberhard Brecht, „Von den Strelmachern in Zürich“, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1974, Zürich 1973, 22 – 34.

<sup>1170</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 116f.

<sup>1171</sup> StAZ III AAb 1.8, Mandat vom 31. Dezember 1710.

dern auf der Messe in Zurzach oder andernorts kaufen. Damit würden auch keine Steuern in Zürich entrichtet und die Zürcher Kaufleute könnten weniger Ware absetzen. Darüber hinaus warfen die Zünfter den fremden und einheimischen Hausierern sowie den landstreichenden Krämern auch Betrug von ehrlichen Leuten vor.<sup>1172</sup> Bürgermeister und Räte liessen sich von den Argumenten der Zunft zur Saffran überzeugen und publizierten ein neues Mandat „wider die fremden Krämer“.<sup>1173</sup> Die Zünfte und das Regiment richteten darin verschiedene Kontrollmechanismen ein, um ihre wirtschaftlichen Interessen gegenüber den nichtzünftischen einheimischen und den fremden Krämern und Hausierern zu schützen. Einheimische und fremde Krämer, Gewürz- und Kräzenträger, Scheidenmacher und „all anders dergleichen verdächtiges Gesind“<sup>1174</sup> durfte sich seit 1722 nur noch mit einer obrigkeitlichen Bewilligung auf dem Gebiet des Kantons Zürich aufhalten.<sup>1175</sup> Ihnen wurde auch verboten, in einem Umkreis von einer Stunde von der Stadt ihre Waren anzubieten. Die einheimischen Hausierer und die ihnen verwandten Berufe sollten zudem ihre Produkte möglichst in der Stadt und nicht auf der Messe in Zurzach einkaufen.<sup>1176</sup> Sie durften nach dem Krämermandat von 1722 ihre Waren auch nur in jenen Gemeinden verkaufen, in denen sie gemeindegenössig waren. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Jahrmärkte auf der Landschaft. Zu diesen Anlässen war es sowohl den einheimischen wie den fremden Krämern erlaubt, ihre Waren auch in anderen Dörfern feilzuhalten. Ansonsten wurde den einheimischen Krämern die Ware abgenommen und fremde Krämer wurden des Landes verwiesen.<sup>1177</sup>

Die einheimischen Krämer mussten sich zur Kontrolle ihrer angebotenen Ware beim Waagmeister des städtischen Kaufhauses registrieren lassen. Dieser konnte bei einem aufkommen- den Verdacht den Untervögten, Weibeln und Profosen den Auftrag erteilen, die Waren der verdächtigten einheimischen Krämer dahin gehend zu überprüfen, ob sie nicht mehr Waren anboten, als sie im städtischen Kaufhaus angegeben hatten.<sup>1178</sup> Die Beamten durften ab 1737 fehlbare Krämer und Kessler gefangen nehmen. Sie waren verpflichtet, Vorfälle den Ober- und Landvögten zu melden.<sup>1179</sup>

Die Mandate beinhalteten weitere ähnliche Schutzbestimmungen für Produkte und Dienstleistungen: Hausierer, die auf der Landschaft ungeprüftes Schiesspulver verkauften, konnten durch irgendeine Person beim Zeugherrn gelaidet werden. Dieser bestrafte den Verkäufer wie den Käufer und zahlte eine Belohnung aus.<sup>1180</sup> Den Kesslern für Kupfer- und Zinngeschirr war es nur mit einer besonderen Bewilligung der Patrouillenkommission gestattet, ihre Ware

---

<sup>1172</sup> „Mandat wider die fremden Krämer“, 1722, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, zweiter Band, Nr. XV, 278f.

<sup>1173</sup> Krämer-Mandat 1722.

<sup>1174</sup> Ebd., 280.

<sup>1175</sup> Das Verbot richtete sich auch gegen das Geschäftemachen am Auffahrtstag. Es war bei den Zürchern ein beliebter Brauch, den Sonnenaufgang an Christi Himmelfahrt auf einem Berg zu erleben. Geschickte Händler boten dabei auf den Gipfeln Lebensmittel und Wein an. Vgl.: Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 182.

<sup>1176</sup> Krämer-Mandat 1722, 279f.

<sup>1177</sup> Ebd., 280.

<sup>1178</sup> Ebd., 282

<sup>1179</sup> „Mandat wider die hausierenden Krämer“, 1737, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, zweiter Band, Nr. XV, 288.

<sup>1180</sup> „Pulver-Mandat“, 1756, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. XXVIII, 238.



auf den Märkten in der Stadt und in den Dörfern zu verkaufen.<sup>1181</sup> Städtische Krämer durften weder zu Hochzeiten noch zu Kirchweihfesten, die auf Sonntage fielen, auf der Landschaft ihre Ware feilbieten.<sup>1182</sup>

Liessen sich die einheimischen und fremden Krämer in der Stadt und in ihrem Umkreis etwas zuschulden kommen, hatten sie sich vor dem Gericht der Zunft zur Saffran zu verantworten.<sup>1183</sup> Drei sogenannte Krämervertreiber der Zunft beobachteten das Markttreiben in der Stadt und setzten das Mandat um.<sup>1184</sup>

Das Vorgehen der Zünfte war trotz der Verteidigung von privaten und genossenschaftlichen Wirtschaftsinteressen Teil des obrigkeitlichen Handelns, weil die Zünfte ausführende Organe der obrigkeitlichen Gewerbepolitik waren.<sup>1185</sup>

Das Krämermandat schien nicht besser befolgt zu werden als die anderen Policeymandate. Gut 50 Jahre nach der Publikation, so meinte der Kleine Rat, seien die Bestimmungen von 1722 wohl in Vergessenheit geraten. Die Zahl der Krämer in der Stadt und ihrem Umfeld sowie auf der Landschaft sei wieder stark angestiegen.<sup>1186</sup> Der Kleine Rat erneuerte nach der Teuerungskrise von 1770/71 im Jahr 1774 das Krämermandat.<sup>1187</sup> Er legte gleichzeitig den Ober- und Landvögten die Pflicht auf, ein Verzeichnis über die in ihrem Gebiet wohnenden Krämer zu erstellen.<sup>1188</sup> Weitere Verschärfungen gegenüber den reisenden Händlern, insbesondere ein erneuter Versuch, eine allgemeine Patentpflicht einzuführen, erfolgten im Zusammenhang mit den Massnahmen gegen Vagierende im Jahr 1788.<sup>1189</sup>

### **g) Fremdenkontrolle und Kontrolle der Juden**

Die Kontrollen der in der Stadt wohnhaften Hintersässen und der Fremden standen in einem engen Zusammenhang mit der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des Staates. Das Regiment misstraute den Bewohnern der Stadt und befürchtete, dass sie illegal weitere Personen bei sich aufnahmen.<sup>1190</sup> In den städtischen Militärbezirken überprüfte der Pannerhauptmann bei seinen jährlichen Besuchen zur Inspektion der persönlichen Militärausrüstung gleich auch noch, ob die Bürger der Stadt keine Person ohne Patent der Hintersässen-Kommission in ihrer Wohnung beherbergten.<sup>1191</sup> Ein besonderes Augenmerk richtete der Pannerhauptmann auf Fabrikarbeiter, Tagelöhner, Studenten, Kostgänger und Lehrknaben, die bei den Behörden

---

<sup>1181</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 299.

<sup>1182</sup> StAZ III AAb 1.8, Mandat vom 31. Dezember 1710.

<sup>1183</sup> Krämer-Mandat 1722, 282.

<sup>1184</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 117; Brühlmeier, Zunftwesen, 118.

<sup>1185</sup> Von Moos, Zünfte und Regiment, 46.

<sup>1186</sup> „Krämer-Mandat“, 1774, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. XXI, 156.

<sup>1187</sup> Krämer-Mandat 1774.

<sup>1188</sup> Ebd., 158.

<sup>1189</sup> Vgl. dazu Kapitel „Ausbau der Pass- und Patentkontrollen“.

<sup>1190</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 81.

<sup>1191</sup> Ebd., 240f.

nicht gemeldet waren. Ausserordentliche Überprüfungen konnten jederzeit auch unabhängig von den Inspektionen durchgeführt werden.<sup>1192</sup>

Den Gastwirten der Stadt und der Landschaft oblag es, der Hintersässen-Kommission anzuzeigen, wenn Fremde unerlaubterweise ausserhalb der Gasthöfe Quartier bezogen hatten.<sup>1193</sup>

Für Juden galten spezielle Regelungen. Ohne eine Bewilligung des Kleinen Rates war ihnen ein Aufenthalt im Kanton Zürich nicht erlaubt.<sup>1194</sup> Das Bewilligungsschreiben wurde ihnen von der Kanzlei ausgestellt. Es war sowohl bei der Ein- wie auch bei der Ausreise in den Kanton von einem Unterbeamten zu unterschreiben. Das Schreiben musste nach ihrer Ausreise wieder an die Kanzlei zurückgesandt werden. Die Aufsicht darüber oblag auf der Landschaft den Ober- und Landvögten und in der Stadt dem Stadthauptmann und dem Stadtschreiber. Ihnen musste auch der Aufenthaltsort der Juden mitgeteilt werden.<sup>1195</sup>

Den Juden war es zudem untersagt, Weinlager zu unterhalten und mit inländischem Wein Handel zu betreiben. Dahinter steckten Antisemitismus und wirtschaftliche Interessen der Obrigkeit. Die Obrigkeit verfolgte mit den Bestimmungen die Absicht, das „mannigfache und nicht selten schädliche Schachern der Juden“ einzuschränken.<sup>1196</sup>

#### **h) Untreue von Fabrikarbeitern und Dienstboten**

1727 erschien das erste Fabrikmandat.<sup>1197</sup> In seiner Einleitung lobte es, ganz im Sinne des merkantilistischen Denkens, zunächst den Nutzen der Fabriken, d. h. der Manufakturen für die Wohlfahrt der Stadt und für den Lebensunterhalt der Bewohner der Landschaft.<sup>1198</sup> Das Regiment machte sich aber auch Sorgen um den Schutz dieses jungen Wirtschaftszweiges. „So ligt Uns auch die Landesväterliche Vorsorg ob, alle möglichste Vorsehung zuthun, damit dieser schöne Segen (...) aufrecht erhalten und fortgepflanzt werde.“<sup>1199</sup> Die Fabrikkommission, deren Aufgabe darin bestand, das Fabrikmandat umzusetzen, sah die grösste Gefahr für den Bestand der Manufakturen in der Zuverlässigkeit der Arbeiter. Ihnen wurde verboten, Fabrikwerkzeuge und Fabrikgeschirr ins Ausland zu verkaufen, Landesfremden die Betriebsgeheimnisse zu verraten und Garn an ausländische Fabriken zu liefern. Alle Vergehen gegen das Fabrikmandat wurden durch die Fabrikkommission untersucht und mit Geldbussen oder Gefangenschaft bestraft. Schwere Fälle verwies die Kommission an den Kleinen Rat.<sup>1200</sup>

Das Fabrikmandat bezog auch die Heimarbeiter in die Überlegungen mit ein. Es forderte von ihnen Treue und Reinlichkeit, weil die Arbeiten sonst nicht mehr in Heimarbeit erledigt werden könnten. Bei Nichtbeachtung müssten teure Fabrikgebäude errichtet und unterhalten wer-

---

<sup>1192</sup> Ebd., 81.

<sup>1193</sup> Ebd.

<sup>1194</sup> Ebd., 300.

<sup>1195</sup> Ebd.

<sup>1196</sup> Ebd.

<sup>1197</sup> „Fabric-Mandat“, 1727, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, zweiter Band, Nr. V.

<sup>1198</sup> Fabric-Mandat 1727, 154.

<sup>1199</sup> Ebd.

<sup>1200</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 292.

den, was wiederum unweigerlich zu einem Anstieg der Produktpreise führen würde.<sup>1201</sup> Insbesondere den unerlaubten Weiterverkauf von Rohwaren und Halbfertig- oder Fertigprodukten, die im Rahmen des Verlagssystems den Heimarbeitern anvertraut worden waren, wertete die Fabrikkommission als Betrug oder Diebstahl.<sup>1202</sup> Das Regiment erkannte in den Vagierenden und „anderen Personen, welche aus benachbarten Orten express hierum ins Land kommen“ diesbezüglich die grösste Versuchung für die Heimarbeiter. Die Ober- und Landvögte sowie die Untervögte und Weibel waren angehalten, die Heimarbeiter zu überwachen und sie von unüberlegten Verkäufen abzuhalten.<sup>1203</sup> Zudem mussten sie verdächtige Käufer der Ware verwahren und in die Stadt zur Fabrik-Kommission bringen bzw. sie dort laiden.<sup>1204</sup> Die Fabrikkommission setzte viel daran, untreue Arbeiter, Betrüger und Fälscher zu bestrafen.<sup>1205</sup>

Die Kommission war jedoch nicht nur da, um gegen die Fabrik- und Heimarbeiter vorzugehen. Sie hatte auch die Kompetenz, Fabrikherren, die ungerecht entlöhnten, zu vernehmen.<sup>1206</sup>

Bei Dienstboten galten Untreue, „Bosheit“ und gefährliche Nachlässigkeiten wie z. B. Verwahrlosung des Feuers als Frevel. Das Regiment laidete diese Vergehen der Reformationskammer. Sie verhängte Bussen, sprach Gefängnisstrafen aus oder bestrafte durch einen Landesverweis.<sup>1207</sup>

### **i) Die Ermittlung von Brandursachen**

Brandfälle gehörten im 18. Jahrhundert nach wie vor zu den wahrscheinlichsten Gefahren, welche die Stadt oder ein Dorf bedrohen konnten. Deshalb zählte es zu den obersten Zielen des Regiments, mit strengen Massnahmen existenzgefährdenden Feuersbrünsten vorzubeugen. In der Stadt und auf der Landschaft war es nicht erlaubt, in Speichern, Scheunen, Holzschöpfen, Ställen, sowie in den Gassen, auf Stegen und Brücken zu rauchen und brennbares Material in der Nähe von Feuerstellen aufzubewahren.<sup>1208</sup> Auch der Umgang mit gefährlichem Schiesspulver wurde eingeschränkt. So war es seit 1738 nicht mehr erlaubt, in der Stadt, insbesondere in den Schanzenanlagen, in den Dörfern und in der Nähe von Häusern zu schiessen und Raketen zu werfen.<sup>1209</sup>

Die Aufsicht über die feuerpolizeylichen Vorschriften übte in der Stadt die Ofengschau-Kommission aus. Die Mitglieder dieser Kommission visitierten zweimal jährlich jede Wohnung. Dadurch konnten sie gegebenenfalls Verstösse gegen die Brandverordnungen büssen oder schwerere Fälle dem Kleinen Rat zur Bestrafung vorlegen. Die Kaminfeger waren bei

---

<sup>1201</sup> Ebd.

<sup>1202</sup> „Fabric-Mandat wegen den untreuen Arbeitern“, 1733, in: Sammlung der Policygesetze 1757, zweiter Band, Nr., XVIII, 296.

<sup>1203</sup> Fabrik-Mandat 1727, 156.

<sup>1204</sup> Fabric-Mandat 1733, 296f.

<sup>1205</sup> Ebd., 301.

<sup>1206</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 291f.

<sup>1207</sup> Ebd., 112.

<sup>1208</sup> Ebd., 353.

<sup>1209</sup> „Mandat wegen Sorgfalt mit dem Feuer“, 1738, in: Sammlung der Policygesetze 1757, dritter Band, Nr. XXVII, 231.

Strafe verpflichtet, den Ofengschau-Kommissionsmitgliedern Verstösse zu melden.<sup>1210</sup> Für jeden Bewohner bestand auch die Pflicht, bei Verwahrlosung der Feuerstelle eine Anzeige bei der Reformationskammer einzureichen.<sup>1211</sup>

Auf der Landschaft wurden ebenfalls sogenannte Ofengschauer bestellt, die den Ober- und Landvogteiämtern oder vereinzelt auch den Gerichten unterstellt waren.<sup>1212</sup> Das Feuermandat von 1738 schrieb den Gemeinden zudem vor, Tag und Nacht eine Feuerwache einzurichten, „damit alles Ungemach beyzeiten entdeckt, und der Gefahr bestmöglichst vorgebauten werde.“<sup>1213</sup> Die feuerpoliceylichen Vorschriften wurden zusammen mit dem Landmandat jährlich den Bewohnern der Landschaft vorgelesen und die Öfen einmal pro Jahr, im Frühling, begutachtet. In einem Brandfall übernahmen die Ortsvorgesetzten das Kommando und organisierten, nachdem das Feuer gelöscht worden war, während 24 Stunden eine Brandwache.<sup>1214</sup> Der erste Beamte, der vom Brand erfuhr, musste so rasch als möglich einen Eilboten an den Kleinen Rat (in den inneren Vogteien) oder an den Landvogt (in den äusseren Vogteien) schicken, um ihn vom Brand in Kenntnis zu setzen. Der Kleine Rat bzw. der Landvogt seinerseits alarmierte den Stadthauptmann, den Land-Feuerhauptmann und andere Offiziere, die zusammen über das weitere Vorgehen beratschlagten.<sup>1215</sup>

Die Untersuchung der Ursache eines Brandes kam, ausgenommen bei einem Blitzschlag, in der Stadt der Reformationskammer zu.<sup>1216</sup> Die Bewohner des geschädigten Hauses wurden durch Mitglieder der Reformationskammer befragt.<sup>1217</sup> Stellten diese eine Nachlässigkeit als Brandursache fest, folgte eine Bestrafung.<sup>1218</sup> Das Feuermandat zog interessanterweise die Brandstiftung als mögliche Ursache einer Feuersbrunst nicht in Betracht. Die strikte Beobachtung der Feuervorschriften und die harte Bestrafung der Brandverursacher dienten dazu, unschuldige Nachbarn zu schützen und den Aufwand für die Hilfeleistungen der Brandgeschädigten zu minimieren.<sup>1219</sup>

Die Ober- und Landvögte übernahmen in der Brandursachenermittlung dieselben Aufgaben wie die Reformationskammer in der Stadt.<sup>1220</sup>

---

<sup>1210</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 355.

<sup>1211</sup> Ebd.

<sup>1212</sup> Ebd., 356.

<sup>1213</sup> Feuer-Mandat 1738, 233.

<sup>1214</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 361.

<sup>1215</sup> Ebd. 361f.

<sup>1216</sup> Für die Installation von Blitzableitern existierte eine weitere städtische Kommission; vgl. ebd., 356f.

<sup>1217</sup> Ebd., 357.

<sup>1218</sup> Ebd.

<sup>1219</sup> Ebd.

<sup>1220</sup> Ebd.

### 5.3.5 Zwischenfazit VI

Die Ahndung von Delikten des Alltags war, aus der Sicht des Regiments, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unbefriedigend. Die Hauptursache lag in der nachlassenden Akzeptanz der Frevel als mehr oder minder schwerwiegende Verletzungen sittlich-moralischer Grundsätze. Das Regiment registrierte die mangelnde Befolgung der Frevelvorschriften sowohl in der städtischen wie in der ländlichen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts. Die Bevölkerung lebte den hohen Grad der individuellen Selbstverpflichtung, der von der Obrigkeit zur Einhaltung der Prinzipien ursprünglich vorausgesetzt worden war, kaum noch nach. Die Mitglieder aller sozialen Schichten beachteten die christlich bzw. die republikanisch geprägten Normen, Tugenden und Vorschriften, welche ihnen im täglichen Leben nicht mehr einsichtig erschienen, in einem immer geringeren Mass. Diese Einstellung äusserte sich unmittelbar in der kaum mehr vorhandenen Bereitschaft der Bevölkerung zu Laiden sowie in der Unlust der Beamten, Frevelfällen nachzugehen. Dieses aus obrigkeitlicher Sicht unkooperative Verhalten der Untertanen unterlief das zentrale Akkusationsprinzip des Frevelverfahrens und hatte weitreichende Folgen. Es eröffnete ein Spannungsfeld zwischen den Erwartungen des Regiments in Bezug auf die Einhaltung der Sozialnormen einerseits und den Möglichkeiten zur Verfolgung der Devianz andererseits. Das Regiment hielt bis zum Ende des Ancien Régime daran fest, Frevelvorschriften, welche wesentlich zum Aufbau und Erhalt der gesellschaftlichen Ordnung dienten, kontrollieren zu wollen. Demgegenüber verlor die Reformationskammer als städtische Verfolgungsbehörde von Frevelfällen im sich verändernden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld zusehends an Einfluss. Der Grund lag in der schwindenden sozialdisziplinierenden und pädagogischen Wirkung der Kammer. Auf diese hatte sich bis anhin das Frevelverfahren in erster Linie gestützt. Zudem verfügte die Reformationskammer über keine direkt unterstellten ordnungssichernden Organe, um gegen Frevelfälle vorzugehen. Bis 1798 waren schliesslich nur noch jene Frevelfälle unproblematisch, bei denen die Anklage im Selbstinteresse von Einzelpersonen oder der Gesellschaft lag. Dazu zählten zwischenmenschliche Streitigkeiten aller Art, ferner Injurien, Schmähungen mit oder ohne politischen Hintergrund sowie Gotteslästerungen.

In allen übrigen Fällen war das Regiment gezwungen, neue Wege zu finden, um die Schwächen der Reformationskammer und des Frevelverfahrens zu kompensieren. Zunächst leitete es in der Stadt gezielte Massnahmen ein, um die Autorität des Gremiums zu stärken und die Nachteile des Akkusationsprozesses auszugleichen. Nach den Zunftunruhen von 1777 erweiterte die Obrigkeit dazu nicht nur die normgebenden Kompetenzen der Reformationskammer, sondern sie schuf auch finanzielle Anreize, um die Zahl der Laidungen und Denunziationen wieder zu erhöhen. Ausserdem verschärfte sie die Sanktionen für einzelne Frevel. Ferner nahm die Kammer die Beamten, die Stillständler, die Wirte und die ordnungssichernden Organe, insbesondere die Bürger- und Stadtwächter, verstärkt in die Pflicht, entdeckte Frevel zu melden und aktiv dagegen einzuschreiten. Bereits seit 1738 setzte das Regiment in der Stadt auch eigene Spitzel ein, um im Akkusationsverfahren weniger auf die Mitwirkung Dritter angewiesen zu sein und um unmittelbarer an die für die Anklage wesentlichen Informationen zu gelangen.

In Fällen von Übertretungen von Frevelmandaten, in denen die öffentliche Sicherheit direkt tangiert wurde, reichten diese Massnahmen allein jedoch nicht aus. Das Regiment stattete als Reaktion auf die Missachtung der Laidepflicht die Bürger- und Stadtwache bereits 1755 mit erweiterten Durchsetzungskompetenzen aus. Dazu zählte die Möglichkeit, auch in Frevefällen Festnahmen zugunsten der Reformationskammer oder anderer Gremien vorzunehmen. Nach 1783 dehnte das Regiment diese Kompetenz auf die städtischen Patrouillenwächter aus. Das Augenmerk der Obrigkeit richtete sich dabei in erster Linie auf Gewalttätigkeiten und Ruhestörungen durch Jugendliche.

Die aus polizeugeschichtlicher Sicht wichtigste Massnahme bestand gegen Ende des 18. Jahrhunderts jedoch darin, dass das Regiment gravierende Ehrverletzungen, grobe Tötlichkeiten, Prügeleien sowie ähnlich schwerwiegende Taten nicht mehr als Frevel, sondern als mindere Kriminalverbrechen wertete. Der Grund für diese Neueinstufung lag in der Einsicht des Regiments, dass die Reformationskammer nicht mehr in der Lage war, Vorfälle, welche die öffentliche Ruhe und Ordnung vor allem in der Stadt gefährdeten, aus eigener Kraft zu bewältigen. Diese Erkenntnis blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Kompetenzordnung der obrigkeitlichen Gremien. Die Frevel wider die öffentliche Ruhe und Ordnung wurden nun von den ordnungssichernden Organen neu an die Patrouillen- und Wachtkommission und nicht mehr an die Reformationskammer gelaidet. Diese Massnahme stärkte primär die Position des Stadthauptmanns und der Stadtwache, die beide nun über ein erweitertes Portfolio verfügten.

Aus der Perspektive des Regiments gestaltete sich weiterhin auch die Verfolgung von jenen Freveln als problematisch, bei denen es nur selten zu Laidungen durch Drittpersonen kam, weil sich die Bevölkerung in der Stadt und auf der Landschaft in ihrer Privatsphäre gestört oder in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt fühlte. Die Bevölkerung verwahrte sich so weit als möglich gegen Eingriffe der Obrigkeit. Hierzu zählten verschwiegene Händel, das Fluchen, das Schwören, das Gebot der Einhaltung der Sonntagsruhe und das Glücksspielverbot. In diesen Fällen kam es häufig zur Umgehung der Frevelvorschriften, ohne dass die Obrigkeit eine Möglichkeit fand, sich nachhaltig durchzusetzen.

Während die oben dargestellten Frevefälle mit moralisch-sittlichem Hintergrund vor allem die Lebensführung und die Handlungen einzelner Personen betrafen, war die Verfolgung jener Frevefälle, welche die vitalen Interessen der Bevölkerung des ganzen Kantons berührten, weitgehend unbestritten. Sie umfassten die Bereiche Sicherstellung der Grundversorgung mit Lebensmitteln, Energie und gewerblichen Gütern nach der Teuerungskrise von 1770/71, die Garantie der Trinkwasserversorgung, die Gesunderhaltung der Bevölkerung, die Gewährleistung der Verkehrssicherheit sowie die Vermeidung von Brandgefahren. Dazu zählte jedoch auch die Überwachung bestimmter Personengruppen wie der Krämer, Hausierer, Hintersässen, Fremden, Juden, Fabrikarbeiter, Heimarbeiter und Dienstboten. Sie nahmen in der Gesellschaft zwar wichtige wirtschaftliche Funktionen wahr, wurden aber von der Mehrheit der Bevölkerung mit Misstrauen betrachtet.

Die Verfolgung dieser Frevefälle war unbestritten, weil sie im Bewusstsein der Bevölkerung nicht mehr als Frevel im ursprünglichen Sinn, sondern als Handhabung der Policey zugunsten

der Allgemeinheit wahrgenommen wurden. In diesem Rahmen wurden auch die Erweiterung der Kompetenzen und die Verschärfung der Massnahmen zur Einhaltung der Vorschriften, wie die Konfiszierung oder die Zerstörung des Materials, die Verhängung von Bussen oder gar von Gefängnisstrafen, ohne nennenswerten Widerstand akzeptiert. Die Mandate in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts forderten von den ordnungssichernden Organen tendenziell ein aktiveres Einschreiten als bis anhin.

Im Vergleich zu den Freveln, welche die individuelle Lebensführung einschränkten, spielte bei der Nahrungsmittelversorgung die Kontrolle der Produktion und des Verkaufs durch spezialisierte obrigkeitliche Beamte oder Kommissionen eine bedeutende Rolle. Sie nahmen ihre ordnungssichernden Pflichten bis zur Auflösung des Ancien Régime wahr. Lediglich bei den Fischern und den einheimischen und fremden Krämern war eine gewisse Selbstkontrolle des Gewerbes vorgesehen.

Aus obrigkeitlicher Perspektive stand auf der Landschaft einer erfolgreichen Verfolgung von Freveln weniger der Autoritätszerfall der Reformationskammer beziehungsweise des Stillstands entgegen, als vielmehr die abwehrende Haltung der Bevölkerung gegenüber den Eingriffen des Regiments in die sozialen und machtpolitischen Verhältnisse der Kommunen. Das Frevelverfahren nahm insofern Rücksicht auf diesen Umstand, als es die Verfolgung der leichten Frevelfälle wie Schelt-, Injurien- und Schlaghändel, nächtliches Unfugtreiben, die Nicht-Einhaltung der Sonntagsruhe, sittliche Vergehen, die Gefährdung der Sicherheit auf den Landstrassen, die Nicht-Reinhaltung der Brunnen und die Kontrolle von Brot und Fleisch in einem dreistufigen Verfahren dem Ortspfarrer und dem Stillstand, der aus Honoratioren der Gemeinde zusammengesetzt war, überliess. Je nach Frevel hatten auch Untervögte, Gemeindevorgesetzte, Richter Weibel, Wächter und Ehegaumer oder andere Respektpersonen die Pflicht, Vorfälle an den Pfarrherrn zu laiden. Der Geistliche und der Stillstand besaßen in den Gemeinden üblicherweise noch die notwendige Autorität, um den christlichen bzw. republikanischen Lebenswandel auch ohne spezielle ordnungssichernde Organe wiederherzustellen. Ansonsten durften sie die unterstützende Hilfe der Ober- und Landvögte in Anspruch nehmen. Der Einfluss des Geistlichen und des Stillstands beschränkte sich jedoch in der Regel auf die Dorfsiedlungen und nahm ausserhalb der dicht bewohnten Gebiete kontinuierlich ab.

Schwere Frevelfälle waren allerdings der Beurteilung durch den Ortspfarrer und den Stillstand entzogen. Dazu zählten unter anderem Blasphemie, verbotene Glücksspiele, die Feld- und Waldfrevel, Verdacht auf Wucher, Gefährdung der Energieversorgung, die Meldung und die Kontrolle der Krämer, Kessler, Heimarbeiter und Juden sowie die Kontrolle der Einhaltung von gesundheits- sowie feuerpolizeilylichen Vorschriften. Es blieb dem Ober- oder Landvogt vorbehalten, diese Fälle zu richten. Die Gemeinden hatten aufgrund ihrer Aufsichtspflicht die schweren Frevelfälle durch ihre Beamten und Autoritäten lediglich zu verhindern und Vorfälle zu melden. Interessanterweise stützten sich die Vögte in ihrer nachfolgenden Beurteilung der Fälle kaum auf die Voruntersuchungen der Dorfgeistlichen. Ihre Einschätzung galt dem Regiment als parteiisch und deshalb als unzuverlässig. Erst die Ober- und Landvögte initiierten den Akkusationsprozess. Die Festnahme der schweren Frevler erfolgte

durch niedere Gemeindebeamte oder durch die Unterbeamten der Vogtei. Sie durften dabei erstaunlicherweise keine Gewalt anwenden.



## 6. Bedrohung von aussen: Bettler und Vagierende

### 6.1 Die Marginalisierung und Ausgrenzung der Bettler und Vagierenden

Der zürcherische Stadtstaat war im 18. Jahrhundert existenziell auf die Produktivität der Landwirtschaft, des Handwerks, der Händler, des Verlagsgewerbes und der Manufakturen angewiesen, um die wirtschaftliche Lage stabil halten zu können. Die Beständigkeit der Wirtschaftsleistung schien dem Stadtstaat seit der Mitte des 18. Jahrhunderts aber nicht mehr gewährleistet. Zeitgenössische Beobachter waren darüber beunruhigt, wie sich in der ökonomischen Entwicklung der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts das Produktionsschwergewicht vom ersten und zum zweiten Sektor zu verlagern begann, was sich letztlich in einer Verknappung der Nahrungsmittel und einer Zunahme der Armut auszuwirken drohte.<sup>1221</sup> In dieser Verschiebung erkannte das Regiment eine mögliche Gefahr für das gesellschaftliche und politische System von Zürich. So bemühte es sich, die gravierendsten Auswirkungen der wirtschaftlichen Strukturveränderungen auf den Staat zu verhindern. Es war nicht zuletzt aus diesem Grund bestrebt, über eine intensiviert Kriminalisierung von Fehlverhalten sowie über die Definition neuer Frevel die ökonomische Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gezielt zu fördern und Schaden von der Wirtschaft fernzuhalten.

Das Regiment reagierte deshalb gereizt auf für die Wirtschaft kontraproduktive Handlungen. Insbesondere lehnte es im Rahmen des Tugenddiskurses den Müssiggang seiner Bürger und Untertanen ab, weil dieser zu Armut, Diebstahl und Bettelei führe.<sup>1222</sup> Bettler und Vagierende<sup>1223</sup> waren für das Regiment Störfaktoren in seinen Wirtschafts- und Ordnungsvorstellungen. Im Unterschied zu Kriminalverbrechern und Frevlern betrachtete das Regiment Bettler und Vagierende, seien sie nun einheimischer oder fremder Herkunft, als eine Bedrohung, die von aussen auf das Regiment und das Wirtschaftssystem einwirkte. Einheimische Bettler und Vagierende standen aus obrigkeitlicher Perspektive am Rande oder gar ausserhalb der Gesellschaft. Nach Meinung des Regiments hatten sie sich, sofern nicht das Gegenteil bewiesen wurde, aus eigenem Verschulden aus der gesellschaftlichen Mitte entfernt.<sup>1224</sup> Die patriarchalistische Obrigkeit sah sich ihnen gegenüber dennoch in einer gesellschaftlichen Verantwortung. Sie war bemüht, die Kontrolle über die sozial Randständigen wieder zurückzugewinnen

---

<sup>1221</sup> Vgl. zur Wirtschaft Zürichs: Bruno Fritzsche „Wirtschaftliche Entwicklung“, in: Hans Wysling (Hg.), Zürich im 18. Jahrhundert, Zürich 1983, 35 – 47, 45.

<sup>1222</sup> Vgl. dazu weiter unten.

<sup>1223</sup> Ich verwende im Folgenden in der Regel den Doppelbegriff „Bettler und Vagierende“. Die Abgrenzung zwischen beiden Begriffen ist unscharf. Zeitgenössische Quellen verstehen unter Bettlern in der Regel bedürftige einheimische Personen, die stationär, meist in der Stadt, um Almosen baten. Als Vagierende wurden fremde Personen bezeichnet, die aus den unterschiedlichsten Motiven auf der Landschaft unterwegs waren. Eine klare Unterscheidung ist jedoch nicht möglich. Bettler wiesen auch einen gewissen Aktionsradius auf. Vagierende wiederum konnten auch betteln. Beiden war gemeinsam, dass sie von der Obrigkeit generalisierend verdächtigt wurden, deviant und/oder delinquent zu sein. Als dritte Gruppe sind die Migranten zu nennen. Sie wurden bis zum Dreissigjährigen Krieg häufig zu den Vagierenden gezählt. Vgl. detailliert zum Doppelbegriff „Bettler und Vagierende“ sowie zum Zusammenhang zwischen Armut, Bettel und Vagantität das Kapitel „Kategorisierung der Armut im Spätmittelalter und ihre Folgen für das 18. Jahrhundert“ und v.a. das Kapitel „Kriminalisierung der Vagierenden in Europa und in Zürich im 17. und 18. Jahrhundert“.

<sup>1224</sup> Zum Thema Armut und Bettel im Allgemeinen vgl.: Martin Rheinheimer, *Arme, Bettler und Vaganten: Überleben in der Not*, (Europäische Geschichte), Frankfurt a. M., 2000; Ruedi Epple, Eva Schär, *Stifter, Städte, Staaten: Zur Geschichte der Armut, Selbsthilfe und Unterstützung in der Schweiz 1200 – 1900*, Zürich, 2010.

und sie zu reintegrieren. Für die Obrigkeit waren fremde Vagierende noch schwerer fassbar als die einheimischen. Für das Regiment stellten sie per se eine drohende Gefahr dar, weil sie nicht Teil des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems Zürichs waren und weil sie sich ausserhalb der direkten Kontrollmöglichkeiten des Regiments bewegten.

Die Frage, wie das Regiment mit der zunehmend anwachsenden Menge von einheimischen und fremden Bettlern und Vagierenden in der Praxis umgehen sollte, um sowohl dem geltenden Gebot der christlichen Karitas wie auch dem Schutz der ökonomischen Ressourcen Götze zu tun, wurde zu einer permanenten Belastung für das Regiment und beschäftigte die Obrigkeit vom ausgehenden Mittelalter bis zum Ende des Ancien Régime. Sie führte auch zu einer Reihe von ordnungssichernden Massnahmen in der Stadt und auf der Landschaft, die sich vom 16. Jahrhundert bis zum Ende des 18. Jahrhunderts kontinuierlich entwickelte.

Das obrigkeitliche Instrumentarium zur Bekämpfung des Bettels und der Vagantität leitete sich aus der zeitgenössischen Armutsdiskussion ab. Dieser Aspekt findet sich jedoch weder in der Armutsliteratur noch in den vorhandenen polizeigeschichtlichen Arbeiten.<sup>1225</sup>

Der nun folgende Teil der Arbeit kann selbstverständlich das bestehende Manko in der Erforschung der zürcherischen Massnahmen gegen den Bettel, die Vagantität und die Migration in Zürich nicht auch nur ansatzweise beheben. Deshalb konzentriert er sich darauf, aus policy-licher Perspektive die Zusammenhänge zwischen der organisatorischen Entwicklung bzw. dem Handeln der ordnungssichernden Organe als Antwort auf die sich stellenden Herausforderungen der Armut-, Vagantitäts- und Migrationskriminalität und den übergeordneten gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen auf kantonaler wie auf eidgenössischer Ebene aufzuzeigen.

Ausserdem beschränkt sich die Darstellung für die Periode von der Reformation bis zum Dreissigjährigen Krieg auf einen Überblick. Die Schilderung der Entwicklung nach 1648

---

<sup>1225</sup> Während die Arbeiten von Berta Keller und Alice Denzler bezüglich der Darstellung der Pflichtenhefte der ordnungssichernden Organe aus dem Bereich der Armenfürsorge nach wie vor ihren Aussagewert besitzen, ist die Beurteilung ihrer Tätigkeit und ihres Handelns allerdings längst überholt. Die vorliegende Arbeit lehnt sich in der Armutsdiskussion an den Ansatz an, wie ihn die „Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ vertritt. Danach kann das Vorgehen der ordnungssichernden Organe gegen abweichendes gesellschaftliches Verhalten im Rahmen einer umfassenden Sozialkontrolle untersucht werden. Im Gegensatz zum Sozialdisziplinierungsparadigma sieht das Konzept der Sozialkontrolle nicht mehr nur den vertikalen, d. h. den von oben gesteuerten Integrations- und Repressionsprozess, sondern schliesst auch die horizontalen Disziplinierungsmassnahmen durch gleichgestellte Gruppen, wie Zünfte, Nachbarn und Verwandte, die ohne obrigkeitlichen Auftrag handelten, mit in die Betrachtung ein. Aus polizeigeschichtlicher Perspektive führt das Konzept der Sozialkontrolle zu einer weiteren Entlastung in der Effizienzfrage. Der Vorwurf der fehlenden Wirksamkeit der ordnungssichernden Organe kann unter der Verwendung dieses neuen Zugangs nun nicht mehr primär nur mit einem existierenden Leistungsdefizit der ordnungssichernden Organe erklärt werden. Vielmehr müssen auch die horizontalen Disziplinierungsmassnahmen und ihre fördernde oder hemmende Wirkung auf die ordnungssichernden Organe in die Überlegungen miteinbezogen werden. Hans-Jörg Gilomen, „Bemerkungen zu einem Paradigmenwechsel in der Erforschung der vormodernen Armenfürsorge“, in: Hans-Jörg Gilomen, Sébastien Guex, Brigitte Studer (Hg.), Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung: Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 18), Zürich 2002, 11 – 20 und Martin Dinges, „Neues in der Forschung zur spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Armut“, in: ebd., 21 – 43; Eppler, Stifter, Städte, Staaten.

gründet dann jedoch bereits auf einer ausführlicheren Auswertung der Bettelmandate.<sup>1226</sup> Der für diese Arbeit zu erwartende Detaillierungsgrad wird nur für das 18. Jahrhundert erreicht.

Der historische Rückblick bis auf die Reformationszeit ist notwendig, um die komplexen Handlungsmuster in der obrigkeitlichen Bekämpfung von Armut, Vagantität und Migration mit ihrer langfristigen Perspektive erkennen zu können.

## 6.2 Die Kategorisierung der Armut und ihre Folgen für das 18. Jahrhundert

Am Ende des 18. Jahrhunderts war in Zürich ein obrigkeitlicher Armutsbegriff vorherrschend, der sich zum einen immer noch auf spätmittelalterliche und reformatorische Vorstellungen stützte und zum anderen am merkantilistischen Wirtschaftskonzept orientierte.<sup>1227</sup> Gemäss dieser Definition galt Armut als existenzielle Not.<sup>1228</sup> Als Folge dieser Sichtweise ging das Regiment davon aus, dass niemand in einer Situation der Armut vom Gemeinwesen Unterstützung erwarten dürfe, nur weil er Bürger der Stadt oder Bewohner der Landschaft sei. Jeder müsse für sich sorgen, solange es die geistigen und körperlichen Kräfte erlaubten.<sup>1229</sup> Das Regiment bewertete die Armen gemäss der obrigkeitlichen Selbsteinschätzung der Situation. Vor diesem Hintergrund war die Obrigkeit auch am Ende des 18. Jahrhunderts noch davon überzeugt, sogenannte würdige und arbeitswillige Arme, die auf obrigkeitliche Hilfe zählen durften, von arbeitsscheuen, sogenannten unwürdigen Armen, die dem „schädlichen Müssiggang nachgingen“ und daher nicht unterstützungsberechtigt waren, unterscheiden zu müssen.<sup>1230</sup>

Die sozialen Folgen dieser Einteilung waren verheerend. Fremde wie auch einheimische Arme, die für die Obrigkeit als „unwürdig“ galten, wurden mittel- und langfristig zum Bettel gedrängt, um ihr Überleben zu sichern.<sup>1231</sup> Der Bettel stellte oft die einzig verbliebene Selbsthilfestrategie für die in Not geratenen Personen dar. Der Bettel war jedoch meistens mit Kleinkriminalität verbunden, was ihnen zum Verhängnis wurde.<sup>1232</sup>

Die Kategorisierung von „würdigen“ und „unwürdigen“ Armen und deren gesellschaftliche Ausgrenzung sowie die Grundzüge der Politik der obrigkeitlichen Armenfürsorge waren keine originäre Erscheinung des 18. Jahrhunderts, sondern gingen auf verschiedene Entwicklun-

---

<sup>1226</sup> Die folgende Übersicht des 16. und 17. Jahrhunderts beruht in der Schilderung, sofern nichts anderes angegeben, auf der quellennahen Darstellung von Alice Denzler: Denzler, Armenwesen, 187 – 204; auf diesen Seiten finden sich auch die detaillierten Quellenangaben. Ich verzichte bei dieser Übersicht auf eine genaue Beschreibung der Pflichtenhefte und der Organisation, da diese bei der Schilderung des 18. Jahrhunderts erfolgt. Bezüglich des 18. Jahrhunderts vgl. entsprechend: Keller, Armenwesen, 51 – 122.

<sup>1227</sup> Vgl. Keller, Armenwesen, 1 – 3; Heinzpeter Stucki, „Das 16. Jahrhundert“, in: Geschichte des Kantons Zürich: Frühe Neuzeit – 16. bis 18. Jahrhundert, Zürich 1996, 172 – 245, 221f.

<sup>1228</sup> Eppler, Stifter, Städte, Staaten, 57. Vgl. zur aktuellen Diskussion um die Armutsdefinition: Dinges, Forschung.

<sup>1229</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 340. Eppler, Stifter, Städte, Staaten, 65f, 114f.

<sup>1230</sup> Wyss, Politisches Handbuch., 341. Vgl. auch: Stucki, 16. Jahrhundert, 221; Sassnick, Armenpolitik, 50 – 58; Eppler, Stifter, Städte, Staaten, 114.

<sup>1231</sup> Ebd., 65 – 71.

<sup>1232</sup> Dinges, Forschung, 28f.

gen im 14. Jahrhundert zurück.<sup>1233</sup> Sie sind als Reaktionen auf die um 1350 einsetzenden krisenhaften Erscheinungen mit ihren weitreichenden sozioökonomischen Auswirkungen zu sehen.<sup>1234</sup> Der wirtschaftliche Wandel in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts hatte diese Tendenzen noch zusätzlich verstärkt.<sup>1235</sup> Beide Krisenperioden hatten in der Eidgenossenschaft zu einem massiven Anstieg der Bettler und Vagierenden geführt. Nach Landolt begegneten ihnen vor allem die städtische Obrigkeit und die sesshafte Bevölkerung mit zunehmendem Misstrauen und mit Ablehnung.<sup>1236</sup>

Unter dem Einfluss der theologischen Armutsdiskussion änderte sich um die Mitte des 15. Jahrhunderts in den Städten die Praxis der Almosenvergabe. Sie wechselte von einer breitflächigen und undifferenzierten Verteilung der Hilfsmittel zu einer gezielten Unterstützung der bedürftigen einheimischen Bettler.<sup>1237</sup> Fremde Bettler und Vagierende aus anderen Kantonen und Gebieten, welche die Obrigkeit mit dem Vorwurf der Arbeitsscheue konfrontierte, waren dagegen nunmehr von Hilfeleistungen ausgeschlossen.<sup>1238</sup> Das Regiment sah sie zunehmend als Bedrohung für die wirtschaftliche Existenz der einheimischen Armen und der Ökonomie an.<sup>1239</sup>

Das merkantilistische Wirtschaftsdenken im 17. und 18. Jahrhundert verstärkte die negative Wahrnehmung fremder vagierender Personenkreise. Rudolf Braun sieht in der Zürcher Armenpolitik des 18. Jahrhunderts und ihren Auswirkungen ein Beispiel für das bekannte Konzept des protestantischen Arbeitsethos von Max Weber. Damit verbunden war, verglichen mit der katholischen Tradition, eine Abwertung des Bettlers zu einer würdelosen Figur am Rande der Gesellschaft.<sup>1240</sup> Der Staat und die Kirche Zürichs hätten mit der Schaffung der almosenunwürdigen Armen, so Braun, einem Teil ihrer bedürftigen Bevölkerung die Existenzberechtigung abgesprochen und sich von der Verantwortung ihnen gegenüber entbunden.<sup>1241</sup>

### 6.3 Die fehlende Armutsursachenforschung im 18. Jahrhundert

Die Kategorisierung der Armut und der Bettler war auch in Zürich über Jahrhunderte eine feste sozialpolitische Grösse, die von keiner Seite infrage gestellt wurde. Das Regiment setzte

---

<sup>1233</sup> Vgl. zu den folgenden Angaben: Oliver Landolt, „...ich acht, das kaum ein ort sei, do die armen mehr not liden dann im Schwitzer land...“: Zur Ausgrenzung mobiler Armut in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft“, in: Hans-Jörg Gilomen, Sébastien Guex, Brigitte Studer (Hg.), Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung: Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 18), Zürich 2002, 127 – 138. Vgl. für einen allgemeinen Überblick: Sassnick, Armenpolitik, 11 – 30.

<sup>1234</sup> Epple, Stifter, Städte, Staaten, 21 – 36.

<sup>1235</sup> Ebd., 57 – 80.

<sup>1236</sup> Landolt, Ausgrenzung mobiler Armut, 128. Die Aussage Landolts muss aus meiner Sicht dahingehend ergänzt werden, dass v. a. untere Bevölkerungsschichten grundsätzlich nicht negativ gegen Bettler und Vagierende eingestellt waren, sogar zum Teil mit ihnen kooperierten.

<sup>1237</sup> Vgl. Hans-Jörg Gilomen, „Eine neue Wahrnehmung arbeitsloser Armut in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft“, in: *traverse* 2(1996), 117 – 128.

<sup>1238</sup> Epple, Stifter, Städte, Staaten, 74 – 79.

<sup>1239</sup> Landolt, Ausgrenzung mobiler Armut, 128f. Vgl. dazu die folgenden Kapitel.

<sup>1240</sup> Rudolf Braun, Industrialisierung und Volksleben: Veränderung der Lebensformen unter Einwirkung der verlagsindustriellen Heimarbeit in einem ländlichen Industriegebiet (Zürcher Oberland) vor 1800, (Diss.), zweite Auflage, Göttingen 1979, 215.

<sup>1241</sup> Braun, Industrialisierung und Volksleben, 217.

sich im 18. Jahrhundert nur bedingt mit den Ursachen der aus seiner Sicht schuldhaften und individuellen Verarmung auseinander. Vor dem Hintergrund ihrer sittlich-moralischen Massstäbe sah das Regiment die Gründe für die Armut primär im Luxus, in der Verschwendung, im Alkohol, in der Spielsucht, in zu früh geschlossenen Ehen mittelloser Leute, in teuren Rechtsstreitigkeiten, in der Zerstückelung der landwirtschaftlichen Güter durch Erbschaften, in der Reisläuferei, in niedrigen Zinsfüßen sowie in niedrigen Arbeitslöhnen.<sup>1242</sup> Damit stellte die Obrigkeit einen direkten Bezug zwischen Armut, Bettel und moralischer Integrität her.<sup>1243</sup> Zudem wurde die Ausbreitung der Armut am Ende des 18. Jahrhunderts als eine unausweichliche Folge des Handels und der Fabriken angesehen und in einen unmittelbaren Zusammenhang mit den ökonomischen Strukturveränderungen gesetzt.<sup>1244</sup>

Die zeitgenössischen Quellen führen für den verbreiteten Bettel jedoch noch einen weiteren Grund an, der in der Armutsliteratur bisher kaum Beachtung gefunden hat, aber gerade aus polizeigeschichtlicher Perspektive von Interesse ist: Das Regiment war nämlich auch der Ansicht, dass ein nachlassendes Policy- und Regimentswesen, d. h. die mangelnde gesellschaftliche Implementierung der obrigkeitlichen Ordnungsvorstellungen und der Normen, das Aufkommen des Bettels geradezu fördere.<sup>1245</sup>

Die vom Regiment in Zürich aufgelisteten Armutsgründe zeigen nur einen Ausschnitt aus dem Spektrum der realen Ursachen auf, die nach neueren Untersuchungsergebnissen im 18. Jahrhundert in die Armut führten. Die wirtschaftspolitischen und ökonomischen Aspekte, die tatsächlich zu einer weitverbreiteten Verarmung im 18. Jahrhundert beitrugen, waren die wirtschaftliche Bevorzugung der Stadtbürger aufgrund des Zunftsystems und des merkantilistischen Denkens sowie die direkte Abhängigkeit der stark wachsenden ländlichen Bevölkerung von den Konjunkturschwankungen im Verlagswesen bzw. die fehlenden Massnahmen gegen die Auswirkungen von Teuerungsschüben. Das Armut auslösende Moment war in den meisten Fällen eine Missernte.<sup>1246</sup>

Die Obrigkeit war sich dieser wirtschaftspolitischen Zusammenhänge nur partiell bewusst. Selbst als sie Ursachen und Wirkungen vereinzelt in Beziehung zueinander setzen konnte, fehlte es ihr an Kraft, Fähigkeit oder Willen, geeignete Massnahmen zu treffen.<sup>1247</sup> Die Unterstützung der Armen blieb im Ancien Régime vorwiegend eine Symptombekämpfung; die Ursache der Armut wurde dabei entsprechend der obrigkeitlichen Analyse praktisch ausschliesslich in einer mangelhaften konfessionellen Erziehung gesehen. Eine Sozialpolitik, die versuchte, die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu ändern, um das Übel der Armut von Grund auf zu bekämpfen, entwickelte sich erst im 19. Jahrhundert.<sup>1248</sup>

---

<sup>1242</sup> Vgl. Keller, Armenwesen, 45 – 50.

<sup>1243</sup> Spillmann-Weber, Zürcher Sittenmandate, 21; Eppe, Stifter, Städte, Staaten, 119f.

<sup>1244</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 293.

<sup>1245</sup> „Mandat wider den unverschämten offenen Gassenbettel“, 1662, in: Sammlung der Policygesetze 1757, dritter Band, Nr. III, 44.

<sup>1246</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt: Keller, Armenwesen, 44; Eppe, Stifter, Städte, Staaten, 103 – 114.

<sup>1247</sup> Braun, Industrialisierung und Volksleben, 220f.

<sup>1248</sup> Eppe, Stifter, Städte, Staaten, 171 – 195.

## 6.4 Die Massnahmen gegen den Bettel von der Reformation bis zum Dreissigjährigen Krieg

### 6.4.1 Die Zwei-Säulen-Strategie zur Bekämpfung der Armut nach der Reformation

Der Beginn der frühneuzeitlichen Armenpolitik in Zürich ist in der ersten nachreformatorischen Phase auszumachen. Unter dem Einfluss Zwinglis war der Bettel in Zürich zunächst strikt verboten gewesen.<sup>1249</sup> Er musste aber zwischen 1539 und 1558 aufgrund der in der Bevölkerung nach wie vor stark verwurzelten katholischen Tradition der segensbringenden Kraft des Almosengebens und der bei den Gläubigen verankerten biblischen Vorstellung von der bevorzugten Stellung des Bettlers gegenüber dem Reichen vorübergehend wieder zugelassen werden.<sup>1250</sup>

Der Strom der Bettler zu den Almosenausgabestellen in der Stadt und auf der Landschaft schwoll um 1550 aufgrund einer Massenarmut massiv an.<sup>1251</sup> Das Regiment war nach der Jahrhundertmitte entschlossen, die sozialen Probleme zu bewältigen, die Situation nicht mehr länger zu tolerieren und einschränkende Massnahmen einzuleiten.<sup>1252</sup> Der Abschied der Eidgenössischen Tagsatzung von 1551, der den Bettel prinzipiell verbot und die Gemeinden und Kirchgemeinden für das Armenwesen zuständig machte, bot ihm eine entsprechende Grundlage.<sup>1253</sup> Auf ihm basierte die Zwei-Säulen-Strategie des Regiments, die sich von der Jahrhundertmitte bis zum Ende des 16. Jahrhunderts schrittweise herausbildete. Die Strategie erlaubte es dem Regiment, sowohl das Problem des Bettels zu bewältigen als auch gleichzeitig das obrigkeitliche Wertesystem hochzuhalten.<sup>1254</sup>

Die zwei tragenden Säulen dieser Strategie hiessen Heimatprinzip und Abschiebeprinzip.

*Heimatprinzip:* Die erste Säule der obrigkeitlichen Strategie bestand in der kommunalen Unterstützungspflicht für die unschuldig in Not geratenen Bewohner der Stadt und der Gemeinden der Landschaft. Die Armenfürsorge wurde schon früh zu einer Aufgabe, welche nach der Reformation in der Regel durch die Kirche wahrgenommen wurde. Diese erste Säule kam den karitativen Bedürfnissen der Institutionen wie auch der Bevölkerung entgegen. Sie kanalisierte sie jedoch auf offizielle Stellen und machte die Armut und ihre Folgen für die Obrigkeit besser kontrollierbar. Für die ordnungssichernden Organe bedeutete das Heimatprinzip, dass sie einheimische Arme, die ohne Verschulden in Not geraten waren, in ihre Heimatgemeinden verweisen durften.

<sup>1249</sup> Vgl. dazu: Stucki, 16. Jahrhundert, 221f; W. Köhler, „Armenpflege und Wohltätigkeit in Zürich zur Zeit Ulrich Zwinglis“, (Neujahrsblatt der Hülfs-gesellschaft Zürich auf das Jahr 1919), Zürich 1919.

<sup>1250</sup> Denzler, Armenwesen, 187.

<sup>1251</sup> Stucki, 16. Jahrhundert, 226f.

<sup>1252</sup> StAZ A 61.1, „Mandat gegen starke Landstreicher“, 28. Juli 1567. Stucki, 16. Jahrhundert, 227.

<sup>1253</sup> EA, Band IV, 1e, S. 5517; Keller, Armenwesen, 53. Die Tagsatzung hatte schon 1490 und 1491 die Versorgung aller aus der Eidgenossenschaft stammenden Bettler und Bedürftigen durch die Heimatgemeinden zum Prinzip erhoben. Vgl. zu den gesamteidgenössischen Massnahmen zur Bekämpfung des Bettels vor der Reformation: Landolt, Ausgrenzung mobiler Armut, 132 – 134.

<sup>1254</sup> Die Strategie galt grundsätzlich bis zum Ende des Ancien Régime. Vgl. als gutes Beispiel für das 17. Jahrhundert das Gassenbettel-Mandat von 1662.

*Abschiebeprinzip:* Die zweite Säule der Zürcher Armenpolitik hatte die zweite Kategorie der Armut im Visier: Bettler und Vagierende, die aus der Sicht der Obrigkeit aus eigenem Verschulden in Armut geraten waren und die mit kriminellen Handlungen in Verbindung gebracht wurden, durften von den ordnungssichernden Organen mit harter Hand angefasst und bestraft werden. Sie wurden in ihre Heimatgemeinden zurückgeschickt, wenn sie Bewohner des Kantons Zürich waren, oder sie wurden aus zürcherischem Gebiet vertrieben, wenn sie hier nicht beheimatet waren. Das Abschiebeprinzip bezweckte den Schutz und den Erhalt des sozialen Unterstützungssystems durch Repression und Dissuasion.<sup>1255</sup> Es gab der Obrigkeit die Möglichkeit, die Kategorie der arbeitsscheuen Armen beizubehalten, und bildete zugleich eine Grundlage für die ordnungssichernden Organe, gegen sie vorzugehen, weil das Regiment ihnen deviantes oder delinquentes Verhalten zuschrieb.<sup>1256</sup>

Die Voraussetzung für das Funktionieren dieser Zwei-Säulen-Strategie war das Vorhandensein einer Schlüsselkompetenz der ordnungssichernden Organe zur Unterscheidung der verschiedenen Kategorien von Armut. Von der Reformation bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts überwog aus der Sicht des Regiments das Bettlerproblem gegenüber dem Vagierendenproblem, weil die Quantität der Vagierenden deutlich unter derjenigen der bettelnden Personen lag.<sup>1257</sup>

Die Zwei-Säulen-Strategie bildete sich in den Bettelmandaten und Pflichtenheften der ordnungssichernden Organe erst ganz allmählich und bruchstückhaft ab.<sup>1258</sup>

#### **6.4.2 Die Bettelmandate von 1556 und 1558**

Seit 1545 hatte das Regiment an den Stadttoren je einen Pfründer aus dem Spital postiert. Seine Aufgabe war es, den Strom der Bettler zu kontrollieren und den nicht-städtischen Bettlern den Weg zum Spital zu weisen. Hernach begleitete er sie wieder aus der Stadt.<sup>1259</sup> Pfründer waren „mehr oder wenig betagte Personen“, die im Spital gegen Entgelt Kost bekamen und sich dafür verdingen mussten.<sup>1260</sup> Sie stellten damit ein eher schwaches ordnungssicherndes Organ dar. Mit dem Bettelmandat von 1556, das unter dem Eindruck der Massenarmut von 1550 verfasst wurde, führte das Regiment die Institution der beiden Bettelvögte ein. Sie bilde-

---

<sup>1255</sup> Vgl. als späte Ausformulierung dieser zweiten Säule: Gassenbettel-Mandat 1662, 31.

<sup>1256</sup> Denzler, Armenwesen, 188. Vgl. zum hier postulierten Zusammenhang zwischen Armut und Kriminalität das Kapitel „Kriminalisierung der Vagierenden in Europa und in Zürich im 17. und 18. Jahrhundert“.

<sup>1257</sup> Vgl. Stucki, 16. Jahrhundert 226 – 230 und Otto Sigg, „Das 17. Jahrhundert“, in: Geschichte des Kantons Zürich: Frühe Neuzeit – 16. bis 18. Jahrhundert, Zürich 1996, 282 – 362, 283 – 292.

<sup>1258</sup> Die folgende Darstellung zeichnet thesenartig die wichtigsten Etappen in der Ausformulierung der Zwei-Säulen-Strategie als eine – im Rückblick – kontinuierliche Weiterentwicklung von den Anfängen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts bis zu einer Schwerpunktverlagerung im 17. Jahrhundert auf. Bei der Lektüre darf nicht ausser acht gelassen werden, dass es sich beim Konzept der Zwei-Säulen-Strategie um ein vereinfachtes Modell handelt, das in erster Linie die normative Ebene der Bettelmandate widerspiegelt. Wo immer es nachweisbar ist, sind deshalb auch die Schwierigkeiten und Rückschläge in der Umsetzung zu berücksichtigen, welche ebenso stark auf die Entwicklung der Zwei-Säulen-Strategie einwirkten, wie es die grundsätzliche Ausrichtung der Armen- und Bettlerpolitik Zürichs und der Eidgenossenschaft seit dem Spätmittelalter und der Reformation tat. Vgl. dazu als Beispiel für das 18. Jahrhundert die einleitenden Gedanken des Regiments zu: „Erneuerte Almosen-Ordnung der Stadt und Landschaft Zürich“, 1762, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band, Nr. I, 2f.

<sup>1259</sup> Denzler, Armenwesen, 193.

<sup>1260</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 345.

ten eine den Pfründern übergeordnete Ebene. Die Bettelvögte waren mit einem gewissen Mass an Autorität ausgestattet.<sup>1261</sup> Sie drückten nach der Mitte des 16. Jahrhunderts erstmals den Willen des Regiments aus, die Bettelproblematik ernsthaft angehen zu wollen. Die Handlungsoptionen der Bettelvögte blieben jedoch eingeschränkt. Sie durften nicht-städtische Bettler erst nach einer dreitägigen Anwesenheit in der Stadt auffordern, Zürich zu verlassen. Der Erfolg der Bettelvögte war bescheiden. Einheimische und fremde Bettler und Vagierende wurden nach wie vor von der Stadt angelockt und sie durften sich tagelang ohne Nachstellung der Bettelvögte im Stadttinnern aufhalten.

Zwei Jahre später, 1558, revidierte das Regiment das Bettelmandat deshalb von Neuem. In der Neuauflage formulierte es nun explizit den hohen Anspruch, das Bettelverbot der Reformationszeit wieder einzuführen. Die beiden Bettelvögte erhielten den Auftrag, es entsprechend durchzusetzen.<sup>1262</sup> 1558 erhielten die zwei Bettelvögte der Stadt ein bis zwei „tapfere Pfründer“ aus dem Spital zur Seite gestellt. Die Pfründer des Bettelvogts waren angehalten, während des Tages die sich in der Stadt aufhaltenden Bettler zu kontrollieren und sofort auszuweisen, um das formelle Bettelverbot durchzusetzen. Im Alltag jedoch waren die Pfründer gegenüber den Bettlerscharen zahlenmässig hoffnungslos unterlegen und kamen deshalb kaum gegen sie an.<sup>1263</sup>

Die Erfolglosigkeit der Massnahmen ging aber nicht allein auf die fehlende Durchsetzungskraft der Bettelvögte und Pfründer zurück. Das Regiment selbst unterlief seine Bemühungen, den Bettel in der Stadt zu unterbinden, indem es den Bettel in wirtschaftlichen Krisenzeiten weiterhin zuliess.<sup>1264</sup>

Die ersten nachreformatorischen Bettelmandate beschränkten sich auf die Stadt. Für die Landschaft hatte die Obrigkeit wohlweislich erst gar kein vergleichbares Verbot erlassen. Alice Denzler geht davon aus, dass das Regiment – aufgrund der prekären wirtschaftlichen Situation – den Bettel auf der Landschaft weiterhin tolerierte, um der eigenen Bevölkerung in Krisenzeiten nicht diese letzte Überlebensebene zu entziehen.<sup>1265</sup>

### 6.4.3 Die Stadtprofosen

Die Massnahmen des Regiments von 1556 und 1558 reichten weder aus, den einheimischen Armen ausreichend Unterstützung zu geben, noch waren sie griffig genug, um das Bettelverbot in der Stadt durchzusetzen oder ein Vagieren von Teilen der Bevölkerung zu verhindern. Im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts fehlte es der Obrigkeit sowohl in der Stadt wie auf der

---

<sup>1261</sup> StAZ A 61.1, Bettelmandat vom 19. März 1556.

<sup>1262</sup> StAZ A 61.1, Bettelmandat vom 31. Juli 1558.

<sup>1263</sup> Ebd.

<sup>1264</sup> Denzler, Armenwesen, 188.

<sup>1265</sup> Ebd., 188f.



Landschaft an einem glaubwürdigen Umgang mit den einheimischen und fremden Bettlern.<sup>1266</sup>

In den 1570er und 1580er Jahren hatte die Massenarmut im Kanton Zürich nochmals dramatisch zugenommen.<sup>1267</sup> Als Folge dieses merklich angestiegenen Drucks von Bettlern aus der nahen und weiteren Umgebung ging das Regiment der Stadt 1574 und 1575 daran, die abschreckende Wirkung der Zwei-Säulen-Strategie auszubauen.<sup>1268</sup> Zunächst erhöhte es die Anzahl der vom Spital zu stellenden – nun als „stark“ bezeichneten – Pfründer von zwei auf 14. Zeitgleich verlagerte das Regiment das Schwergewicht der Bettelbekämpfung vom Stadtinnern an die Stadtmauer. Dies brachte den Vorteil mit sich, dass die Kontrolle des Stroms der Bettler vor seiner Verteilung in die unübersichtlichen Gassen und auf die Plätze früher und an einer entscheidenden Stelle angesetzt werden konnte.<sup>1269</sup>

1574/75 bemühte sich das Regiment darum, die Tore als einzige Zugänge in die Stadt zu etablieren, um auch auf diese Weise ihre Kontrollhoheit zu demonstrieren. Bettler und Vagierenden, die sich auf anderen Wegen in die Stadt einschlichen, mussten von den Stadtwächtern gefangen genommen werden. Dasselbe Schicksal ereilte auch jene, die an den Toren den Pfründern freche oder verächtliche Antworten gaben. Die Oberaufsicht über die 14 Pfründer übten am Ende des 16. Jahrhunderts die Bettelvögte aus, deren Zahl inzwischen auf sechs erhöht worden war.<sup>1270</sup>

1586/87 wurden die Pfründer durch arme Bürger ersetzt, welche für ihre Tätigkeit an den Toren einen minimalen Lohn bezogen. Dadurch erhoffte man wohl, dass sie ihre Arbeit zuverlässiger ausübten, als vorgängig die Pfründer, die am Spital oftmals keine sinnvolle Aufgabe zu erfüllen hatten und von den Spitaloberen gegen ihren Willen zum Pfründerdienst gedrängt worden waren. Die neuen, professionellen Wächter erhielten den Titel Profosen. Die Rekrutierung der Profosen erfolgte durch den obrigkeitlichen Almosenpfleger und durch den Spitalmeister.<sup>1271</sup>

Mit dem Wechsel von den Pfründern zu den Profosen verstärkte das Regiment die Präsenz an den Eingängen zur Stadt. Es wachten nun je zwei Profosen an den Toren über die Personen, die Einlass in die Stadt begehrten. Ihnen wurde neu auch ein speziell errichtetes Wachthäus-

---

<sup>1266</sup> Vgl. zum Problem des Bettels in der Stadt allgemein: Helmut Bräuer, „Bettler in den frühneuzeitlichen Städten Mitteleuropas“, in: Beate Althammer (Hg.), Bettler in der europäischen Stadt der Moderne, (Inklusion/Exklusion 4), Frankfurt a. M., 2007, 23 – 57.

<sup>1267</sup> Stucki, 16. Jahrhundert, 227 – 229.

<sup>1268</sup> StAZ A 61.2, Bettelmandate vom 30. Oktober 1574 bzw. vom 15. August 1575.

<sup>1269</sup> Die neuen Pfründer hatten vorerst hauptsächlich die Aufgabe, den Eintritt in die Stadt besser zu überwachen. Sie sollten vom Öffnen bis zum Schliessen der Stadttore fleissig auf das einströmende Volk Acht geben. Dabei ging es nicht mehr, wie noch im Pflichtenheft von 1545, lediglich um die Lenkung des Stroms der Bettler, sondern im Sinne der Kontrolle darum, verdächtige Personen zur Rede zu stellen und sie nach Namen, Herkommen und Vorhaben zu befragen. Begehrten die verdächtigen Personen nur ein Almosen, so bekamen sie weiterhin eine Naturalspende im Spital oder bei der Augustinerkirche. Dann wurden sie durch den Brudermeister des Spitals wieder direkt aus der Stadt geführt.

<sup>1270</sup> Denzler, Armenwesen, 193.

<sup>1271</sup> Die Profosen des Almosenamtes sind von den Profosen der Infanterie zu unterscheiden; vgl. Werdmüller, Memorabilia 1790, 382.

chen zur Verfügung gestellt.<sup>1272</sup> Es markierte den Anreisenden schon von weither einen obrigkeitlichen Kontrollposten.<sup>1273</sup>

Die Ausgaben des Regiments für die neuen Profosen waren zwar kostspielig, aber dafür erfolgreich. So ging der Bettel in der Stadt gegen das Ende des Jahrhunderts allmählich zurück.<sup>1274</sup>

#### 6.4.4 Die Landprofosen

Mit dem Erfolg der Einlasskontrollen in die Stadt verlagerte sich ein Teil des Bettlerproblems auf die Landschaft und vermischte sich mit der nach wie vor sehr drückenden Massenarmut. Präzise Zahlen über die vagierenden Personen auf der Zürcher Landschaft im 16. Jahrhundert sind nicht vorhanden.<sup>1275</sup> Alice Denzler rechnet mit mehreren Hundert, oftmals sogar mit Tausenden von Personen, die in den Klosterämtern für Mus und Brot anstanden.<sup>1276</sup> Sie bekamen die Mahlzeiten nur unter der Bedingung, dass sie danach weiterzögen und sich ein halbes Jahr nicht mehr blicken liessen. Doch dem Regiment fehlten die Mittel, um zu kontrollieren, ob sich die Bettler und Vagierenden an diese Ordnung hielten oder ob sie sich nicht einfach beim nächsten Klosteramt meldeten oder die Bevölkerung um Almosen baten.

Die 1580er Jahre waren durch einen erneuten starken Anstieg von Bettlern und Vagierenden gekennzeichnet.<sup>1277</sup> Vor diesem Hintergrund erschreckten Ende 1583 ein Einbruch und ein Mord, die man beide einem Vagierenden zuschrieb, Obrigkeit und Bevölkerung.<sup>1278</sup> Das Verbrechen blieb mittelfristig nicht ohne politische Wirkung. Nach dieser Bluttat betrachtete das Regiment es nun als seine Pflicht, den repressiven Teil der Zwei-Säulen-Strategie auch auf der Landschaft durchzusetzen. Nach dem Vorbild der Stadt hatte seit 1587 jeder Vogt pro Amt zwei bewaffnete und besoldete Landprofosen zu bestimmen, die jeweils auf Befehl durch die Gegend streiften und die Bettler und Vagierenden gemäss dem Heimat- und Abschiebeprinzip der Zwei-Säulen-Strategie behandelten.<sup>1279</sup> In der Regel waren die Landprofosen ehemalige Söldner.

Das Landprofosenmandat von 1587 regelte die Behandlung der Bettler und Vagierenden detailliert.<sup>1280</sup> Während einheimische Bettler freundlich anzusprechen und anzumahnen waren,

---

<sup>1272</sup> Die Funktion der Profosen an den Stadttoren und -porten übernahmen im 17. Jahrhundert die Berufswächter bzw. die Bürger- und Stadtwächter.

<sup>1273</sup> Das Pflichtenheft der Profosen an den Toren entsprach demjenigen der Pfründer. Im Innern der Stadt änderte sich die Organisation 1586/87 nur insofern, dass auch den sechs Bettelvögten nun Profosen statt Pfründer als Begleiter für die Patrouillen an die Seite gestellt wurden.

<sup>1274</sup> Denzler, Armenwesen, 194.

<sup>1275</sup> Stucki, 16. Jahrhundert, 229. Die Wahrnehmung der Masse der Bettler war von einem subjektiven Gefühl geprägt. Denzler geht davon aus, dass sich die Anzahl der einheimischen Bettler auf der Landschaft während der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts parallel zur Verbesserung der Armenbetreuung reduzierte; Denzler, Armenwesen, 188f.

<sup>1276</sup> Ebd., 189. Das Regiment unterhielt auf der Landschaft in Kappel, Küsnacht, Rüti und Töss in ehemaligen Klosteranlagen Almosenämter; vgl. Werdmüller, Memorabilia 1790, 6f.

<sup>1277</sup> Denzler, Armenwesen, 193. Stucki, Das 16. Jahrhundert, 227f.

<sup>1278</sup> EA 1556 – 1586, Band 4.2, S. 808, November 1583.

<sup>1279</sup> StAZ A 61.2, Mandat vom 28. Januar 1587.

<sup>1280</sup> Ebd.

den Bettel aufzugeben, wurden fremde Bettler und ausländisches „Gesindel“ mit Freundlichkeit in ihre Heimatländer zurückgewiesen. Ferner sollten die Landprofosen generell auch darüber wachen, dass kein Fremder länger als eine Nacht an demselben Ort blieb. Widerspenstige Fremde hatten die Landprofosen gefangen zu nehmen. Zudem achteten sie darauf, dass in den Wirtshäusern keine Almosenempfänger und Bettler sassen und dass keine Bettelfuhren, d. h. der Transport von Bettlern auf Rosskarren, mehr durchgeführt wurden.<sup>1281</sup>

Die Obrigkeit ging davon aus, das Bettlerproblem auf der Landschaft innerhalb eines Monats lösen zu können.<sup>1282</sup> Diese Annahme stellte sich angesichts der wenig harten Bestimmungen bald als unrealistisch heraus. Daher erliess das Regiment von Zeit zu Zeit neue Streifenbefehle für die Landprofosen. Nach ihren Aktionen nahm die Zahl der Bettler und der Vagierenden vorübergehend jeweils ab – und damit einhergehend auch das Engagement der Wächter. Das Resultat war mittelfristig eine erneute Zunahme der Bettler auf der Landschaft. Zeitversetzt erfolgte eine Zunahme der Bettler in der Stadt, was wiederum ein Drängen des Regiments auf die Wachsamkeit der Profosen nach sich zog.<sup>1283</sup>

#### **6.4.5 Die Betteljagden und die Inpflichtnahme der Gemeinden um 1600**

Die offensichtliche Zunahme der Zahl der Bettler und Vagierenden ging nicht monokausal auf einen Anstieg der Armutsfälle zurück.<sup>1284</sup> Vielmehr war sie auch eine direkte Folge des Eidgenössischen Abschieds von 1551. Das damals beschlossene Abschiebeprinzip hatte kurzfristig bereits die Wirkung gehabt, dass die Stände und Gemeinen Herrschaften seit der Mitte des 16. Jahrhunderts unerwünschte fremde Personen möglichst verzugslos in die benachbarten Gebiete absoben. Je effektiver die ordnungssichernden Organe in einem eidgenössischen Stand arbeiteten, desto stärker spürten die umliegenden Orte die zunehmende Zahl von vertriebenen Bettlern und Vagierenden auf ihrem Territorium. Die durch die ordnungssichernden Organe aus einem Kantons vertriebenen Bettler und Vagierenden tauchten deshalb in mehr oder weniger grossen Schüben – so die zeitgenössische Bezeichnung – und mehr oder weniger unerwartet auf der anderen Seite der Grenze wieder auf. Dieser Umstand zwang die benachbarten Stände, geeignete Gegenmassnahmen gegen die Bettler und Vagierenden zu ergreifen.<sup>1285</sup>

Die Abschiebepaxis der Nachbarn entwickelte sich für die Stände zu einer permanenten Problematik, die sich nicht mehr lokal lösen liess. Sie stellte sich als eine Herausforderung heraus, welche eine regionale Lösung erforderte und somit nach einer Reaktion auf Stufe Regiment verlangte. Seit dem letzten Drittel des 16. Jahrhunderts setzten deshalb die einzelnen Stände der Eidgenossenschaft neben den gelegentlichen, herkömmlichen Patrouillen auf Betteljagden, auch als „Betteljägi“ oder „Landrumi“ bezeichnet, um des Problems Herr zu werden. Das Ziel der Betteljagden war es, das eigene Territorium in einer Aktion möglichst voll-

---

<sup>1281</sup> Vgl. z.B.: EA 1587 – 1617, Band 5.1.1, S. 247, Januar 1591.

<sup>1282</sup> Denzler, Armenwesen, 195.

<sup>1283</sup> Ebd., 195f.

<sup>1284</sup> Eppe, Stifter, Städte, Staaten, 57 – 65.

<sup>1285</sup> Vgl. dazu die nachfolgenden Darstellungen zu Betteljagden im 17. und 18. Jahrhundert.

ständig von fremden Bettlern und Vagierenden zu säubern und die einheimischen Armen den Fürsorgeinstitutionen zuzuführen.<sup>1286</sup>

Die Betteljagden in Zürich unterschieden sich von den Patrouillen der Landpfrosen durch den koordinierten Einsatz und in der allerdings zeitlich beschränkten Intensität der Suche nach unerwünschten Personen. Mit den Betteljagden in Zürich hatte die noch bei den Patrouillen der Landpfrosen geübte Freundlichkeit gegenüber Bettlern und Vagierenden ein Ende. Der Aspekt der Bestrafung gewann dagegen an Bedeutung. Bei Betteljagden in Zürich suchten Pfrosen und weitere Bedienstete der Obrigkeit und der Gemeinden gleichzeitig und mit einer bisher unbekannten Ernsthaftigkeit das ganze Territorium ab.<sup>1287</sup> Die Beamten trieben die Bettler und Vagierenden pro Region an einem günstig gelegenen Platz zusammen und befragten sie gemäss dem Schema des Zwei-Säulen-Prinzips nach Herkunft bzw. schuldloser oder selbst verschuldeter Armut. Verdächtige einheimische Personen<sup>1288</sup> wurden hierbei gefangen genommen, nach Zürich gebracht und bestraft. Schliesslich wurden sie in die Gemeinden zurückgeschickt. Landesfremde Personen hingegen schafften die ordnungssichernden Organe direkt in ihre Heimatstände bzw. -länder aus. Betteljagden wurden in den einzelnen Ständen zunächst in unregelmässigen Abständen durchgeführt.<sup>1289</sup> In der Regel gab das regionale Anschwellen der Zahl der Bettler in Hungerperioden oder nach Kriegszeiten den Ausschlag dazu.<sup>1290</sup>

Der Erfolg einer Betteljagd war für einen Kanton durchaus kurzfristig ersichtlich. Doch bereits die mittelfristige Bilanz war negativ, denn die Betteljagden hatten unerwünschte Nachwirkungen. Die Abschiebung in benachbarte Territorien verstärkte schliesslich nur den Hin- und Herschiebeeffekt der Bettler- und Vagierenden zwischen den Kantonen.<sup>1291</sup> In den zwei letzten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts beschloss deshalb die Tagsatzung auf Drängen Berns und Zürichs hin, gelegentlich in allen eidgenössischen Ständen gleichzeitig Betteljagden zu veranstalten, um dadurch die Bettler und Vagierenden aus dem gesamten Gebiet der Eidgenossenschaft zu verjagen.<sup>1292</sup> Die Bettler und Vagierenden liessen sich aber auch durch überregionale Betteljagden nur für kurze Zeit vertreiben.<sup>1293</sup> Eine anhaltend abschreckende Wirkung konnten die Betteljagden nicht erreichen. Den Ständen blieb daher nichts anderes übrig, als die eigenen Vorkehrungen gegen Bettler mit neuen Massnahmen zu optimieren.

Die Obrigkeit in Zürich setzte dabei ihre Hoffnungen auf die Gemeinden. Im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts besann sich das Regiment aufgrund des Tagsatzungsbeschlusses von

---

<sup>1286</sup> Vgl. zur Erläuterung von Betteljagden am Beispiel des Kantons Luzern: Franz Kiener, Im Einsatz für Sicherheit, Ruhe und Ordnung, hg. anlässlich des 200-jährigen Bestehens der Kantonspolizei Luzern, Luzern 2003, 20.

<sup>1287</sup> Denzler, Armenwesen, 197 – 199.

<sup>1288</sup> Im Fokus standen neben den Bettlern in erster Linie Kranke („Siechen“), Brandgeschädigte und allgemein in den Quellen als Landstreicher bezeichnete Personen.

<sup>1289</sup> Denzler, Armenwesen, 198.

<sup>1290</sup> Zur typischen Nachkriegskriminalität das Kapitel „Die Bewältigung der Nachkriegskriminalität als Aufgabe der Stände“.

<sup>1291</sup> Vgl. z.B.: Vgl. z.B.: EA 1587 – 1617, Band 5.1.1, S. 376, Juni 1595.

<sup>1292</sup> EA 1556 – 1586, Band 4.2, S. 801, Juni 1583; EA 1556 – 1586, Band 4.2, S. 808, November 1583.

<sup>1293</sup> EA 1556 – 1586, Band 4.2, S. 818, Januar 1584; Vgl. z.B.: EA 1587 – 1617, Band 5.1.1, 487, November 1598.

1551, die Kommunen verstärkt in die Pflicht zu nehmen. Sie wurden aufgerufen, Dorfwachen zu bilden, um das Bettelverbot umzusetzen. Die neue kommunale Milizorganisation der Dorfwächter trat neben die Landprofosen der Ämter. Gleichzeitig entlastete sich das Regiment von der unbeliebten und undankbaren Aufgabe der Bettler- und Vagierendenvertreibung. Es reduzierte die Anzahl der eigenen Landprofosen in den Vogteien auf 28 und streckte zunächst deren Einsatzturnus auf wöchentliche, dann auf vierzehntägliche Tagesrunden in den von den Vogteien zugewiesenen Ämtern.<sup>1294</sup> Das Regiment versuchte so einen Teil der Verantwortung für die Massnahmen gegen Bettler und Vagierende, die es mit der Einrichtung der Landprofosen zunächst selbst übernommen hatte, auf die Gemeinden zu übertragen. Die Aufforderung, Dorfwachen zu bilden, stiess bei den Kommunen aber auf wenig Gegenliebe. Sie beklagten sich in regelmässigen Abständen über die hohen Kosten der Massnahmen zur Bekämpfung des Bettels. Alice Denzler geht davon aus, dass an vielen Orten die Dorfwachen, wenn überhaupt, nur jeweils für kurze Zeit existierten.<sup>1295</sup>

Neben den Betteljagden und den Dorfwachen mit ihrem Vertreibungseffekt versuchte das Regiment die Attraktivität der Einreise in das Gebiet des Kantons Zürich zu vermindern und mit weiteren Massnahmen so v. a. dem Vagierendenproblem entgegen zu wirken. 1620 verbot es auf Anraten des Antistes, Hochzeiten auf einen Sonntag zu legen, „weil sich bey denselben gewöhnlich fremde Spielleute, Krämer, Gaukler ac. eingefunden, woraus allerhand Muthwillen und öfters Unglück erfolget.“<sup>1296</sup>

---

<sup>1294</sup> Denzler, Armenwesen, 196.

<sup>1295</sup> Ebd., 196f.

<sup>1296</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, 263.

#### 6.4.6 Zwischenfazit VII

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts hatte das Regiment für die Stadt relativ rasch erkannt, wo die Erfolgsfaktoren zur Bekämpfung des Problems der unerwünschten Bettler lagen. Mit der Verlagerung der Personenkontrollen vom Stadttinnern an die Stadttore 1574/75 sowie mit der Anstellung von zuverlässigen Personen mit einer entsprechenden Durchsetzungskraft zur Umsetzung des Bettelverbots hatte die Obrigkeit den richtigen Ansatz gefunden, zu gewährleisten, dass erstens unerwünschten Bettlern der Zutritt in die Stadt verwehrt werden konnte, und zweitens zu garantieren, dass bedürftige Arme ihr Almosen in Empfang nehmen konnten.<sup>1297</sup> Das städtische Modell liess sich jedoch demgegenüber nicht problemlos auf die Landschaft übertragen. Die territoriale Grösse, die offenen Zugänge und die Problematik der Abschiebepaxis bzw. die Schubproblematik erforderten vom Regiment eine andere konzeptionelle Antwort. Sie lag in der sicht- und spürbaren Präsenz der ordnungssichernden Organe auf der Landschaft. Mit Patrouillen der Landprofosen, die zunächst nur vereinzelt und in grossen zeitlichen Abständen stattfanden, sowie mit sporadischen Betteljagden konnte die Präsenz jedoch nur temporär und mit noch wenig Nachhaltigkeit erreicht werden. Der Versuch, mit den Dorfwachen ein flächendeckendes Instrument zur Vertreibung einzuführen, überforderte die Gemeinden in finanzieller Hinsicht. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts gab es auf Regimentsebene nur eine minimale Anzahl von Landprofosen und auf der Gemeindeebene lediglich vereinzelt Dorfwächter. Die Obrigkeit war deshalb bestrebt, die mangelnde örtliche und zeitliche Dichte der ordnungssichernden Organe auf der Landschaft durch abschreckende Strafmassnahmen zumindest partiell zu kompensieren. 1587 hatten unerwünschte Fremde zunächst noch freundlich aufgefordert zu werden, das Gebiet des Standes Zürich zu verlassen; nur renitente Fremde kamen damals vorübergehend in Gefangenschaft. Auf den Betteljagden um 1600 kam es bereits zur direkten Ausschaffung aller Fremden sowie zur Gefangennahme von verdächtigen einheimischen Bettlern und Vagierenden. 1587 waren sie lediglich anzumahnen gewesen, den Bettel aufzugeben. Die Umsetzung der obrigkeitlichen Armenpolitik blieb zu Beginn des 17. Jahrhunderts letztlich auch erfolglos, weil die Ursachen der Armut nicht wirksam bekämpft wurden und die Almosenabgabe für die Bedürftigen überlebenswichtig blieb.<sup>1298</sup> Die städtischen Klosterämter auf der Landschaft, die Almosenstellen in der Stadt sowie weitere obrigkeitliche Massnahmen blieben deshalb in der Armenhilfe von grosser Bedeutung. Sie bildeten für Bedürftige gleichzeitig aber auch einen Anziehungspunkt. Ein weiteres Problem stellten die privaten karitativen Initiativen dar, die auch weiterhin ausserhalb der offiziellen Institutionen der Armenfürsorge unternommen wurden. Sie trugen dazu bei, die Wirksamkeit der Massnahmen des Regiments zu schwächen. Schliesslich ist auch festzuhalten, dass sich die obrigkeitlichen Beamten selbst kaum an die Mandate zur Bekämpfung des Bettels hielten.<sup>1299</sup>

---

<sup>1297</sup> Das Vorgehen in der Stadt änderte sich im 17. und 18. Jahrhundert nicht mehr prinzipiell. Stark verbessert wurden hingegen die organisatorischen Strukturen.

<sup>1298</sup> Denzler, Armenwesen, 158f. Weitere Faktoren bildeten die handwerklichen und die gewerblichen Bedürfnisse, welche Vagierende befriedigten.

<sup>1299</sup> Denzler, Armenwesen, 73.

## 6.5 Der Versuch koordinierter Massnahmen während des Dreissigjährigen Kriegs

Die ordnungssichernden Organe zur Vertreibung der Bettler und Vagierenden auf der Landschaft waren zu Beginn des Dreissigjährigen Kriegs, trotz ihrer Bemühungen, vermehrt Härte gegenüber fremden und eigenen Bettlern und Vagierenden walten zu lassen, schlecht organisiert und den anstehenden Herausforderungen nicht gewachsen.

Dies zeigte sich sehr deutlich, als sich mit dem Kriegseintritt das Kampfgeschehen der Markgrafschaft Baden-Durlach 1622 auf Südwestdeutschland und das Elsass ausweitete.<sup>1300</sup> Die Entstehung eines neuen Kriegsschauplatzes in unmittelbarer Nachbarschaft zur Eidgenossenschaft führte dazu, dass sich die Eidgenossenschaft als Ganzes zunächst mit der Krisensituation zu beschäftigen hatte. Noch im selben Jahr wurde sie mit den Migrationsauswirkungen spürbar konfrontiert. Deserteure, vereinzelt Soldaten und zivile Kriegsflüchtlinge aus den Krieg führenden Staaten trieben zahlreich aus dem südwestdeutschen, bayerischen und österreichischen Raum gegen die Grenzen der Eidgenossenschaft.

Diese Entwicklung nahm die Tagsatzung zunächst nur mit Schrecken zur Kenntnis und als ein neues Problem wahr. Sie betrachtete die mehrheitlich unkontrolliert in die Eidgenossenschaft eindringenden Migranten<sup>1301</sup> von Beginn an als Bedrohung. Die Migranten verursachten der Eidgenossenschaft, nach der einhelligen Meinung der Tagsatzung, eine wirtschaftliche Not sowie eine Teuerung<sup>1302</sup> und zogen eine unüberschaubare Menge von fremden Bettlern und Vagierenden nach.<sup>1303</sup> Die als Folge des Dreissigjährigen Kriegs entstandenen neuen Migrationsströme, die in ihrem Verhalten und in ihrer Tätigkeit stark den Charakteristika der bekannten Vagierendengruppen glichen und sich mit diesen vermischten, stellten für die Eidgenossenschaft und die Stände zwar ein neues, aber nicht völlig unbekanntes Problem dar. Neu waren vor allem die sich häufenden Kadenzen, in denen Migranten einwanderten. Ihre Zahl summierte sich schliesslich in der Eidgenossenschaft innerhalb von wenigen Jahren soweit auf, dass sie aus wirtschaftlicher Sicht zu einer Belastung wurden. Vor allem der Gewaltaspekt, der aus der Sicht des Regiments mit der Migration verbunden war, entwickelte sich zu einem Thema ersten Ranges.

---

<sup>1300</sup> Geoffrey Parker, *Der Dreissigjährige Krieg*, Frankfurt a. M. 1987, 131; Johannes Dierauer, *Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, dritter Band, 1516 – 1648, Gotha 1921, 563 – 568. Vgl. zu den weiteren Kriegsschauplätzen an der Grenze zur Eidgenossenschaft sowie zu den Durchmärschen fremder Truppen: Jürg Stüssi-Lauterburg, „Das Defensionale von Wil (1647) – eine Etappe der schweizerischen Staatswerdung“, in: Marco Jorio (Hg.), *1648 – Die Schweiz und Europa: Aussenpolitik zur Zeit des Westfälischen Friedens*, Zürich 1999, 163 – 173.

<sup>1301</sup> Der hier verwendete Migrationsbegriff orientiert sich an der Definition in der „Enzyklopädie Migration in Europa“ und umfasst vereinzelt auftretende Soldaten, Deserteure und zivile Flüchtlinge, die aus den von Krieg betroffenen Gebieten in die Eidgenossenschaft einwanderten. Wie dauerhaft die Einwanderung war, wird in dieser Arbeit nicht untersucht. Die Migranten sind von den nach wie vor und gleichzeitig auftretenden Bettlern und Vagierenden zwar terminologisch abzugrenzen, waren jedoch für die ordnungssichernden Organe praktisch kaum zu unterscheiden. Auch die eidgenössischen und zürcherischen Quellen differenzierten zunächst die übergeordneten Gruppen nach ihren Wanderungsmotiven nicht, sondern zählten allenfalls einzelne Personengruppen auf. Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hrsg.), *Enzyklopädie Migration in Europa: Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn und Zürich 2007, 20f.

<sup>1302</sup> EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 311, September 1622.

<sup>1303</sup> EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 376, Mai 1624.

Die Problematik spiegelte sich auch in der Perzeption der Bettler, Vagierenden und Migranten durch die Tagsatzung wieder. Sie wurde während der Kriegsperiode zusehends negativer. Die Veränderungen der Wahrnehmung der Bettler, Vagierenden und Migranten drückte sich zunächst in einem verschärften Tonfall in den Eidgenössischen Abschieden aus. Wurden sie 1618 in der üblichen Weise noch „fremde Bettler und Landstreicher“ genannt<sup>1304</sup>, so wandelte sich ihre Bezeichnung bis 1648. Schon 1619 war von „starken Landstreichern und bösen Buben“ die Rede.<sup>1305</sup> Eine entscheidende sprachliche Wende trat 1622 ein, als die ökonomischen Folgen des Dreissigjährigen Kriegs und der massenhaften Immigration für die einheimische Bevölkerung unmittelbar spürbar wurden und sie sich mit einem Teuerungsschub<sup>1306</sup> überlagerten. Nun lautete ihre pauschalisierende Bezeichnung bis zum Ende des Kriegs wahlweise „herumstreichendes“, „heilloses“ und „unnützes Gesindel“ oder gar „Diebesgesindel“.<sup>1307</sup>

In der obrigkeitlichen Bettel- und Vaganitätsbekämpfung kam es zwischen 1622 und 1628 zu einer bedeutungsvollen Verlagerung des Schwerpunkts. Sie war durch den Stimmungsumschwung um 1622 eingeleitet worden und gründete auf der in der Tagsatzung vorherrschenden Ansicht, dass das „Gesindel“ grossen Schaden verursache, unter dem v. a. der einfache Landmann zu leiden habe.<sup>1308</sup> Vor diesem Hintergrund büsste die bisher praktizierte Unterscheidung nach den Armutskategorien an Relevanz ein. Die Einschätzung der negativen Auswirkungen durch die in das Land drängenden Deserteure, Soldaten und Soldatengruppen, zivilen Flüchtlinge, Bettler und Vagierenden führte das Regiment dazu, primär zwischen fremden Migranten bzw. Vagierenden und eigenen Bettlern bzw. Vagierenden zu unterscheiden. Dies bewirkte, dass der repressive Teil der Zwei-Säulenstrategie ausgebaut wurde. Das Heimat- und Abschiebeprinzip galt weiterhin als Handlungsrichtlinie für den unterschiedlichen Umgang mit unerwünschten Personen.

Die Tagsatzung und die Stände sahen sich wegen des als gefährlich eingeschätzten Migrationsstroms gezwungen, sich mit der Problematik ernsthafter auseinanderzusetzen, um die Bevölkerung vor den negativen Folgen zu schützen. Die Antworten der Tagsatzung bewegten sich sowohl auf operativer wie auch auf normativer Ebene vorerst nur im bekannten Rahmen.

Die Tagsatzung und die Stände reagierten lediglich mit eidgenössischen und kantonalen bzw. regional koordinierten Betteljagden.<sup>1309</sup> Die Tagsatzung wollte die Führung in der Koordination der Massnahmen übernehmen. Sie forderte mehrmals von den Ständen und den Gemeinen Herrschaften, Bettelmandate zu erlassen sowie, gemäss dem Heimat- und Abschiebeprinzip, konsequent gegen das fremde „Landstreichervolk“ vorzugehen.<sup>1310</sup> Ein spürbarer positiver Effekt der Bemühungen der Tagsatzung blieb jedoch aus. Die Lage blieb weiterhin kri-

---

<sup>1304</sup> Beispielsweise EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 24, Juli 1618.

<sup>1305</sup> Beispielsweise EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 79, Juli 1619.

<sup>1306</sup> Bluntschli, Memorabilia 1742, 166.

<sup>1307</sup> Beispielsweise EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 497, Juli 1626; EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 502, April 1627; EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 651, Juli 1631.

<sup>1308</sup> Beispielsweise EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 1358, Juli 1645.

<sup>1309</sup> Beispielsweise EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 376, Mai 1624, EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 502, April 1627.

<sup>1310</sup> EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 528, Juli 1627; EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 629, Juli 1630; EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 651, Juli 1631; EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 1031f, Mai 1637.



tisch. Durch den zur Permanenz gewordenen Migrationsstrom wurde die Situation sowohl für die Tagsatzung wie auch für die Stände und die Gemeinen Herrschaften in der zweiten Hälfte der 1620er Jahre zunehmend unübersichtlicher und bedrohlicher. Alle Instanzen gerieten nun in eine deutliche Abwehrhaltung gegenüber allen fremden Personen. Als 1628 in unmittelbarer Grenznähe im Norden der Eidgenossenschaft rund 24 000 Mann bedrohlich nahe einquartiert worden waren<sup>1311</sup> und gleichzeitig eine schlechte Ernte und ausbleibende Getreidelieferungen aus den umliegenden Staaten die Lebensmittelpreise in der Eidgenossenschaft in die Höhe steigen liessen, was in Zürich sogar eine Hungersnot verursachte<sup>1312</sup>, setzten die Tagsatzung und die Stände auf neue ordnungssichernde Massnahmen.

1628 formulierte die Tagsatzung in einem neuen Eidgenössischen Abschied eine neue Politik der frühzeitigen Triage und der härteren Bestrafung.<sup>1313</sup> Der Beschluss blieb bis zum Ende des 17. Jahrhunderts massgebend. Einerseits waren die Stände nun darum bemüht, möglichst frühzeitig fremde Vagierende und Migranten von eigenen Bettlern und Vagierenden zu triagieren und eine Abschreckungswirkung zu erreichen. Fremde „Bettler und Landstreicher, Heiden und Zigeuner“ mussten nun beim Herumstreichen im Landesinnern verdachtsunabhängig gefangen genommen und auf jeden Fall von den ordnungssichernden Organen der Obrigkeit der Abstrafung an Leib und Leben zugeführt werden. Dies geschah, bevor „solches Gesindel“ gemäss dem Abschiebeprinzip wie bisher aus dem Land gewiesen und in ihre jeweiligen Heimatländer verwiesen werden konnte.<sup>1314</sup> Andererseits bekam die Bestrafung der Gefangenen eine neue Qualität: Ein Regiment konnte seit 1628 zur Abschreckung die Galeerenstrafe verhängen.<sup>1315</sup>

Zürich ging in seinen Massnahmen noch weiter. 1630 richtete das Regiment im ehemaligen Kloster Oetenbach ein sogenanntes Schellenwerk ein. Hier wurden „lasterhafte Personen“ wie „Bettler, Landstreicher und andere Missetäter“ zur Strafarbeit gezwungen oder gefangen gehalten, bis sie zur eigentlichen Strafe verurteilt wurden.<sup>1316</sup> Seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts dienten Schellenwerke im süddeutschen Raum und in der Eidgenossenschaft primär zur Abschreckung fremder Bettler.<sup>1317</sup> Die Idee des Schellenwerks breitete sich rasch aus. Bereits 1660 stellte die Mehrheit der evangelischen Orte der Eidgenossenschaft fest, dass gegen das „schlechte Gesindel“ nur das Schellenwerk helfe.<sup>1318</sup>

Die Reaktionen der Tagsatzung auf die Auswirkungen des Dreissigjährigen Kriegs konnten sich nur auf die Formulierung von Handlungsrichtlinien und auf Aufrufe beschränken, da es ihr an eigenen ordnungssichernden Mitteln fehlte. Deshalb konnten und wollten die Stände sich nicht allein auf den Erfolg der Massnahmen auf eidgenössischer Ebene verlassen, insbesondere weil die Landvögte in den Gemeinen Herrschaften sich schwer damit taten, Bettel-

---

<sup>1311</sup> Friedrich Pieth, „Die Schweiz im Dreissigjährigen Krieg 1618 – 1648“, in: Schweizerische Kriegsgeschichte, Band 3, Heft 6, Bern 1916, 85.

<sup>1312</sup> Bluntschli, *Memorabilia* 1742, 472.

<sup>1313</sup> EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 555, Juli 1628.

<sup>1314</sup> Ebd.

<sup>1315</sup> Ebd.

<sup>1316</sup> Werdmüller, *Memorabilia* 1790, Teil II, 15.

<sup>1317</sup> Curti, *Strafanstalt*, 23.

<sup>1318</sup> EA 1649 – 1680, Band 6.1.1, S. 505, Juli 1660.

mandate zu verfassen oder diesen nachzukommen.<sup>1319</sup> Einzelne Stände übernahmen daher in der Krisenperiode der 1620er bis 1640er Jahre die Eigeninitiative.

Zürich tat sich in seinen Anstrengungen, die negativen Migrationsauswirkungen des Dreissigjährigen Kriegs zu bekämpfen, besonders hervor, indem sich das Regiment darum bemühte, die Anstrengungen über die politischen und konfessionellen Grenzen hinweg mit seinen Nachbarn zu koordinieren. Der hierbei erzielte Fortschritt lag weniger im Umstand der Wiederholung des Heimat- und des Abschiebepinzips als vielmehr im Bemühen, konkrete Absprachen zu deren Umsetzung zu treffen. So hatte Zürich in einer Zusammenkunft mit Luzern, Uri, Schwyz, Unter- und Obwalden und Zug bereits 1627 angeregt, gegenseitig Informationen und Erfahrungen über Bettelmandate auszutauschen. Gleichzeitig kündigte bei dieser Gelegenheit Zürich an, das Brandzeichen für abgeschobene Bettler und Vagierende einzuführen.<sup>1320</sup>

Eine der Hauptherausforderungen, die sich seit der Einführung der Betteljagden um 1600 in den Ständen stellten, waren die Massen von Bettlern, Vagierenden und Migranten, die nach einer Betteljagd durch die Behörden eines Territoriums jeweils in die Nachbargebiete getrieben wurden, um sich so des Problems auf einfache Weise zu entledigen. Diese Schübe geschahen in den meisten Fällen ohne Vorwarnung und überraschten in der Regel die benachbarten Behörden und ordnungssichernden Organe. Zürich griff dieses Problem bewusst in einer weiteren regionalen Konferenz<sup>1321</sup> auf, als 1636 ein Teuerungsschub die Zahl der Almosenempfänger, und damit auch der Bettler, wieder ansteigen liess.<sup>1322</sup>

Das Regiment lud zu diesem Treffen seine direkten Nachbarn im Norden und Osten „wegen Abtreibung des Bettelgesindels“ ein. Zürich vereinbarte mit den Äbten von Rheinau und St. Gallen, mit dem Stand Schaffhausen, mit dem Landvogt des Thurgaus und den zuständigen Vögten von Diessenhofen, Stein am Rhein und Eglisau auf der Grundlage von 1551 erneut explizit, dass jede Obrigkeit prinzipiell für ihre eigenen Armen sorgen und sie nicht den Nachbarn abschieben solle. Mit fremden Vagierenden und Migranten war nach einer gemeinsamen Betteljagd gemäss dem Beschluss der Tagsatzung von 1628 zu verfahren. Zudem einigten sich die Teilnehmer der Zusammenkunft darauf, an Grenzstellen („Pässen“) oder Ortschaften, an denen Vagierende und Migranten von einem Gebiet ins andere wechseln konnten, Wachen aufzustellen. Ausserdem mussten insbesondere die Bett- und Eisenwarenkrämer, die „hufächtigt“ ins Land gekommen waren und allenfalls Krankheiten einschleppten, ihre Waren abgeben.<sup>1323</sup> Die Definition von Übertrittsstellen für Vagierende bedeutete für Zürich den ersten Schritt zur polizeylichen Kontrolle der Grenze.

Mit den beiden Abkommen von 1627 und 1636 half Zürich mit, das Heimat- und Abschiebeprinzip im Umgang mit eigenen und fremden Vagierenden und Migranten in der zentralen und östlichen Eidgenossenschaft zu verankern. Der grösste diplomatische Gewinn im Ab-

---

<sup>1319</sup> EA 1618 – 1648, Band, 5.2.1, S. 629, Juli 1630.

<sup>1320</sup> EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 529, November 1627.

<sup>1321</sup> EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 979, Februar 1636.

<sup>1322</sup> Werdmüller, *Memorabilia* 1790, Teil II, 155. Vg. auch: Pieth, *Dreissigjähriger Krieg*, 90.

<sup>1323</sup> EA 1618 – 1648, Band 5.2.1, S. 979, Februar 1636.

kommen von 1636 lag für Zürich in der Absichtserklärung seiner direkten Nachbarn, die eigenen Bettler und Vagierenden vermehrt gegenseitig zu exportieren und fremde Bettler, Vagierende und Migranten nur an bestimmten Stellen in die Nachbargebiete abzuschieben, damit sie von dort in ihre Heimatländer weiterreisen konnten. Beide Verhandlungserfolge waren geeignet, die angespannte Situation zu entlasten und die Vagierenden und Migranten besser zu kontrollieren. Die Massnahmen bildeten eine Voraussetzung, die Wirksamkeit der Zwei-Säulen-Strategie zu erhöhen bzw. das Abschiebeprinzip nicht zu einem Leerlauf werden zu lassen.

Für einen realen Erfolg wären diesbezüglich jedoch vermehrt konkrete Anstrengungen des Regiments und der Gemeinden sowohl im Landesinnern als auch an der Grenze notwendig gewesen. Aber selbst Zürich verzichtete vorläufig auf einen Ausbau der ordnungssichernden Organe und begnügte sich damit, die bestehenden Wächter an ihre Pflichten und an die geltenden Prinzipien zu erinnern. Damit änderte sich in der Praxis kaum etwas.

Das Regiment war in der Umsetzung der Mandatsbestimmungen auf die zuverlässige Arbeit der ordnungssichernden Organe angewiesen. Nur wenn die Profosen ihren Pflichten nachkamen und nur wenn die Gemeinden ihre Dorfwachen nicht aus Spargründen oder fehlenden Einnahmen aus der Profosensteuer nicht wieder einstellten, konnte die Zahl der Bettler, Vagierenden und Migranten in der Periode des Dreissigjährigen Kriegs trotz der ungenügenden institutionellen und organisatorischen Massnahmen einigermaßen stabil gehalten werden. Das Regiment musste jedoch die Gemeindeoberen auch während der gesamten Kriegszeit immer wieder inständig mahnen, die Dorfwachen zu halten und keine Männer auszuwählen, die dem Trunk ergeben waren oder nur einfältig mit den Halbarten auf den Schultern umhergingen.<sup>1324</sup>

## 6.6 Die Bewältigung der Nachkriegskriminalität als Aufgabe der Stände

Die Eidgenossenschaft, das Regiment und die Gemeinden bzw. deren ordnungssichernde Organe waren nicht auf die neue Herausforderung vorbereitet, mit der sie sich nach dem Kriegsende konfrontiert sahen: In den Monaten nach dem Westfälischen Frieden von 1648 stieg die Zahl von zusätzlichen Bettlern, Vagierenden und Migranten, die in die Eidgenossenschaft drängten, nochmals markant an. Der neuerlich anschwellende Migrationsstrom hatte sich mit der zunehmend negativen Wahrnehmung der Vagierenden als Schaden anrichtendes „Gesindel“ überlagert und führte in dieser Kombination zu einer neuen Dimension des Problems. Er hatte ein Ausmass erreicht, welches die ordnungssichernden Organe mit ihrem bisherigen Organisationsgrad nun endgültig zu überfordern drohte. Die Tagsatzung reagierte darauf zwar vorausschauend, aber nicht innovativ. In Erwartung mehrerer Migrationsströme empfahl sie den Ständen 1649, eine Betteljagd monatlich zu veranstalten oder weitere Profosen anzustellen.<sup>1325</sup> Der Tagsatzung war kaum bewusst, dass sich mit der Durchführung von eidgenössisch nicht koordinierten Betteljagden die Problematik nur weiter verschärfte, weil ohne Absprache sich die Nachbarkantone die fremden Bettler, Vagierenden und Migranten nur gegenseitig

---

<sup>1324</sup> Denzler, Armenwesen, 197.

<sup>1325</sup> EA 1649 – 1680, Band 6.1.1, S. 7, Juli 1649.

zuschoben. 1652 musste die Tagsatzung tatsächlich eingestehen, dass die Betteljagden nicht viel genützt, aber grosse Kosten verursacht hätten.<sup>1326</sup>

Das Phänomen, mit dem sich die Eidgenossenschaft und die Stände nach 1648 konfrontiert sahen, ist in der historischen Kriminalitätsforschung als Nachkriegskriminalität bekannt. Gerhard Fritz konnte generell für den südwestdeutschen Raum feststellen, dass nach Kriegen mit anschwellenden Migrationsströmen die Kriminalitätsrate typischerweise anstieg.<sup>1327</sup>

Diese Aussage gilt auch für die Eidgenossenschaft. Die Erhöhung der Kriminalitätsrate nach dem Ende des Dreissigjährigen Kriegs blieb kein singuläres Ereignis, sondern zeigte sich in der Eidgenossenschaft und in Zürich bis 1798 nach jedem europäischen Krieg, dessen Auswirkungen Südwestdeutschland oder Österreich trafen. Sie brachten Migranten hervor, die auf direktem oder indirektem Weg gegen die Eidgenossenschaft trieben.<sup>1328</sup>

Nach dem faktischen Eingeständnis der Wirkungslosigkeit von gesamteidgenössischen Betteljagden überliess es seit 1652 die Tagsatzung ausdrücklich den einzelnen Ständen, nach eigenem Gutdünken neue Massregeln gegen die anschwellenden Migrationsströme und die damit verbundene Kriminalität zu treffen. Die Tagsatzung reduzierte ihre Rolle darauf zu betonen, dass notleidende vagierende Menschen aus karitativen Gründen zu schonen seien.<sup>1329</sup>

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts waren die Stände im Kampf gegen die steigende Anzahl von nun definitiv als Bedrohung wahrgenommenen Bettlern, Vagierenden und Migranten damit weitgehend auf sich selbst gestellt. Der Entscheid der Tagsatzung traf sie weitgehend unvorbereitet. Ohne eine entscheidende Weiterentwicklung der ordnungssichernden Organe drohte ihnen die Situation über den Kopf zu wachsen.

Zürich reagierte auf den Beschluss der Tagsatzung zunächst verhalten. Das Regiment forderte mittels einer neuen Anweisung an die Kommunen, die Kontrollen an den Grenzen zu verstärken. Die Forderung blieb aber folgenlos, weil die Gemeinden keine weiteren Organe für die Grenzkontrolle zur Verfügung stellten. So verblieb der Obrigkeit vorerst nur die Möglichkeit, immer wieder und mit immer nachdrücklicheren Worten die bestehenden Pflichten und Verbote der Mandate in Erinnerung zu rufen oder allenfalls einzelne marginale Punkte zu optimieren.<sup>1330</sup> Parallel dazu drohten die Zürcher Bettelmandate gegenüber Bettlern und Vagie-

---

<sup>1326</sup> EA 1649 – 1680, Band 6.1.1, S. 119, Juli 1652.

<sup>1327</sup> Fritz, Rotte, 213.

<sup>1328</sup> Namentlich sind hier folgende Kriege zu erwähnen: Holländischer Krieg (1672 – 1678), Reichskrieg gegen Frankreich (1674), Pfälzischer Erbfolgekrieg (1688 – 1697), Spanischer Erbfolgekrieg (1701 – 1713/14), Französische Invasion in Südwestdeutschland (1707), Polnischer Erbfolgekrieg (1733 – 1735), Österreichischer Erbfolgekrieg (1746) und Siebenjähriger Krieg (1756 – 1763). Vgl. dazu auch: Gerhard Fritz, Räuberbanden und Polizeistreifen: Der Kampf zwischen Kriminalität und Staatsgewalt im Südwesten des Alten Reiches zwischen 1648 und 1806, (Historegio 5), Remshalden 2003. Das delinquente Verhalten von Truppen nach Kriegen ist ein noch kaum erschlossenes Forschungsgebiet. Vgl. dazu: Maren Lorenz, Das Rad der Gewalt: Militär und Zivilbevölkerung in Norddeutschland nach dem Dreissigjährigen Krieg (1650 – 1700), (Habil.), Köln, Weimar, Wien, 2007. Ich verweise an den entsprechenden Textstellen auf die von der Eidgenossenschaft und den Ständen getroffenen Massnahmen.

<sup>1329</sup> EA 1649 – 1680, Band 6.1.1, S. 119, Juli 1652.

<sup>1330</sup> Denzler, Armenwesen, 69.

renden in der Stadt und auf der Landschaft noch deutlicher als während der Kriegszeit mit dem Schellenwerk „Oetenbach“.

## **6.7 Die ordnungssichernden Massnahmen gegen Bettler und Vagierende nach dem Dreissigjährigen Krieg bis zur Teuerungskrise von 1692/93**

Nach dem Dreissigjährigen Krieg wiesen die ordnungssichernden Massnahmen zur Abwehr von fremden Vagierenden und Migranten auf den drei Herrschaftsebenen deutliche Defizite auf: Die Eidgenossenschaft hatte sich um 1652 weitgehend aus der Verantwortung zurückgezogen. Die Gemeinden konnten oder wollten keine Dorfwachen stellen. Die ordnungssichernden Organe des Regiments hatten im Innern mit massiven strukturellen Mängeln und nach aussen gegen die Schubproblematik zu kämpfen.

Auf der eidgenössischen und der kommunalen Ebene war kaum Bewegung in der Sache zu erwarten. Lediglich das Regiment war willens, aus dem ausgewiesenen Handlungsbedarf die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

### **6.7.1 Die neu umschriebenen Aufträge an die Profosen im Bettelmandat von 1662**

Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Periode des Dreissigjährigen Kriegs und der Nachkriegszeit flossen in Zürich 1662 in ein neues Bettelmandat ein. Die Kraftanstrengungen der Obrigkeit, wie sie im neuen Mandat von 1662 zum Ausdruck kamen, sind ein typisches Reaktionsmuster auf die Nachkriegskriminalität.<sup>1331</sup>

Die Mandatsbestimmungen orientierten sich in ihrer Grundstruktur an der Differenzierung in eigene und fremde Bettler bzw. Vagierende sowie an der Zwei-Säulen-Strategie. Diese beiden Eckpfeiler gaben den Aufbau des Bettelmandats vor.

Im ersten Teil des Texts legte die Obrigkeit zunächst ein besonderes Gewicht darauf, dem Bettel im Landesinnern mit einer zeitlichen Verdichtung der Patrouillentätigkeit entgegenzutreten.<sup>1332</sup> Die Profosen hatten sowohl in der Stadt wie auf der Landschaft die besonders eingeschränkte Pflicht, nun täglich und nicht mehr, wie zuvor auf der Landschaft, nur vierzehntäglich vom frühen Morgen bis zum späten Abend die ihnen zugewiesenen Bezirke zu durchstreifen und unverdrossen und generell „auf alles und jedes Volk, so sie antreffen, und sehen dem offenen Gassenbettel nachziehen, es seyen Junge oder Alte, Fremde“ zu achten.<sup>1333</sup>

Traf ein Landprofose einen einheimischen Bettler an, so musste er ihm im Auftrag der Obrigkeit mitteilen, dass der Bettel unerwünscht sei, ihn zu ehrlicher Arbeit auffordern, den Bettler gemäss dem Heimatprinzip bei einem zu geringen Einkommen auf die Hilfseinrichtung seines Wohnortes aufmerksam machen und schliesslich weiteres Betteln unterbinden.<sup>1334</sup> Die Land-

---

<sup>1331</sup> Vgl.: Fritz, Rotte, 531.

<sup>1332</sup> Das strenge Vorgehen gegen die arbeitsunwilligen Bettler wurde biblisch begründet sowie mit Kirchenlehrern und antiken Schriftstellern ausführlichst belegt. Vgl.: Gassenbettel-Mandat 1662, 43 – 48.

<sup>1333</sup> Gassenbettel-Mandat 1662, 32.

<sup>1334</sup> Ebd., 32f.

profosen hatten weiterhin auch auf bettelnde Kinder in den Dörfern und Weilern zu achten.<sup>1335</sup>

Während sich auf der Landschaft der Umgang mit den einheimischen Bettlern im Vergleich zum Bettelmandat von 1587 nicht wesentlich verändert hatte, nahm das erste Bettelmandat nach dem Dreissigjährigen Krieg die unerfreulichen Erfahrungen mit Migrant\*innen aus den 1620er Jahren auf. Auf der Landschaft waren fremde Bettler wie bei den Betteljagden von den Profosen unverzüglich mit ihrem ganzen Hab und Gut und mit dem guten Rat bedacht, sich in der Heimat Arbeit zu suchen oder die sozialen Einrichtungen des Heimatlandes zu beanspruchen, aus dem Gebiet des Standes Zürich zu verweisen. Im Unterschied zu den Betteljagden durften die fremden Bettler nicht sofort verhaftet und ihrer Abstrafung zugeführt werden. Erst wenn sie nach der ersten Ermahnung keine Anstalten machten, das Land zu verlassen, und sie von den Landprofosen wieder angetroffen wurden, verhafteten diese die fremden Bettler und brachten sie nach Zürich, wo sie im Gefängnis landeten, im Schellenwerk zu harter Arbeit gezwungen wurden oder „in anderen Wegen gegen sie mit dem erforderlichem Ernst verfahren werde“.<sup>1336</sup> Im Gegensatz zum südwestdeutschen Raum konnte der Bettel auf dem Territorium des Standes Zürich mit der Todesstrafe geahndet werden.<sup>1337</sup>

Im Bettelmandat von 1662 spielte neben der Repression der Aspekt der Armenfürsorge eine wesentliche Rolle. Das Mandat zielte darauf ab, die Bürger der Stadt und die Bewohner der Landschaft von der unkontrollierten Almosenverteilung abzubringen und stattdessen gezielt durch vermehrte Spenden die Institutionen des Armenwesens zu unterstützen.<sup>1338</sup> Der Ausbau der Fürsorgeeinrichtungen bildete für das Regiment die Voraussetzung, seine Kontrolltätigkeit gegenüber den einheimischen und fremden Bettlern auszuweiten, um den Druck auf sie zu erhöhen. Die städtischen Profosen hatten nach dem neuen Bettelmandat von 1662 einheimische und fremde Bettler in das Almosenamtsamt zu führen und sie dort dem Obmann zu übergeben.<sup>1339</sup>

Im Almosenamtsamt versuchte dessen Leiter, die tatsächlich bedürftigen Armen aus der Masse heraus zu filtern. Der Obmann befragte die ankommenden Bettler und musterte in einem ersten Schritt auswärtige Bettler aus. Er liess sie unter Begleitung eines Profosen zur Wache bringen; von dort aus wurden sie in ihre Heimat zurückgeschickt. Ausserdem wurde ihnen eingeschärft, dass bei einer erneuten Kontrolle in der Stadt oder auf der Landschaft härter mit ihnen umgegangen werde.<sup>1340</sup>

Die Regelungen für einheimische Bettler der Landschaft, die in der Stadt aufgegriffen wurden, waren nicht weniger streng. Das Mandat enthielt mit einem Berichtsverfahren zudem ein

---

<sup>1335</sup> Ebd., 33.

<sup>1336</sup> Ebd., 34.

<sup>1337</sup> Wolfgang Seidenspinner, „Bettler, Landstreicher und Räuber: Das 18. Jahrhundert und die Bandenkriminalität“, in: Harald Siebenmorgen (Hg.), *Schurke oder Held?: Historische Räuber und Räuberbanden*, (Volkskundliche Veröffentlichungen des Badischen Landesmuseums Karlsruhe 3), Sigmaringen 1995, 27 – 38, 30.

<sup>1338</sup> Gassenbettel-Mandat 1662; Vgl. zum Ausbau der karitativen Institutionen: Denzler, *Armenwesen*. 69; Keller, *Armenwesen*, 1 – 141.

<sup>1339</sup> Gassenbettel-Mandat 1662, 36f.

<sup>1340</sup> Ebd., 37.

neuartiges Kontrollinstrument. Die Profosen der Stadt erkundigten sich bei den einheimischen Bettlern „ihres Namens, Heimats und Wesens“. Den Profosen genügte nur schon die Vermutung einer unrichtigen Angabe durch einen Bettler, um ihn ins Schellenwerk Oetenbach zu bringen und ihn solange dort zu verwahren, bis ein schriftlicher Bericht des zuständigen Pfarrers Klarheit über diese Person schaffen konnte.<sup>1341</sup> Die obrigkeitlichen Armenverzeichnisse, die seit 1580 in unregelmässigen Abständen in den Gemeinden erstellt wurden,<sup>1342</sup> dienten als Grundlage für die Stellungnahme. Der einheimische Bettler durfte gegebenenfalls mit der Unterstützung des Almosenamtes rechnen, falls der Bericht des Seelsorgers seine Angaben bestätigte. Der Bettler musste dagegen eine Abmahnung und eine Strafe gewärtigen, wenn das Schreiben des Seelsorgers abweichende Aussagen enthielt.

Die Fertigstellung der Schanzenanlage im Jahr 1653 beeinflusste – allerdings verspätet – die Abläufe im Stadttinnern. Seit 1669 wurden die neuen Berufswächter „bey den Porten“ gehalten, Bettler und Vagierende, die um ein Almosen nachsuchten, bereits an den Porten zurückzuhalten, bis die Profosen diese abholten und zum Almosenamt führten.<sup>1343</sup>

Das Bettelmandat von 1662 zeichnete sich gegenüber früheren Mandaten durch eine auffällige Neuerung aus. Vor dem Hintergrund der Migrationsproblematik und der Nachkriegskriminalität nach der Mitte des 17. Jahrhunderts definierte die Obrigkeit nun auch auf der normativen Ebene die fremden Vagierenden als neues und gesondertes Problem. Sie führte „fremde Bettler und Vagierende“ als neue Kategorie ein. Das Bettelmandat von 1662 regelte erstmals das Auftreten der ordnungssichernden Organe gegenüber den unerwünschten auswärtigen vagierenden Personen, unabhängig vom obrigkeitlichen Verhalten gegenüber den einheimischen Bettlern.

Zum Auftrag der Landprofosen gehörte nun ausdrücklich auch das Vorgehen gegen das fremde „gottlose Landstreicher-Gesind, welche das Land beflecken mit allerley Zauberwerk, verbottenen Künsten und andern Greueln mehr.“<sup>1344</sup> Die Profosen verwiesen – entsprechend der Betteljagdpraxis – die fremden Vagierenden des Landes und nahmen sie gefangen, falls sie sich widersetzten. Danach führten sie die Person in die Stadt und übergaben sie der Obrigkeit. Jedermann war nun verpflichtet, den Profosen die notwendige Hilfe bei der Verhaftung der Vagierenden zu leisten.

Dabei ist die policyliche Begründung für den harten Umgang mit den fremden Vagierenden interessant: Der Schutz der eigenen, labilen wirtschaftlichen Lage spielte eine wesentliche Rolle. Die Obrigkeit fürchtete sich vor Betrug durch faule Waren, falsche Gewichte und Masse und die Verbreitung von Krankheiten.<sup>1345</sup>

---

<sup>1341</sup> Ebd. Die Seelsorger hatten seit dem Ende des 16. Jahrhunderts Verzeichnisse über berechnigte Armengenössige geführt und Bestätigungen ausgefüllt. Mit dem Mandat von 1662 war es jedoch weder den Pfarrern noch den Obervögten mehr erlaubt, den so genannten würdigen Armen Bettelscheine auszustellen, weil sie häufig missbraucht wurden; Gassenbettel-Mandat 1662, 25.

<sup>1342</sup> Vgl. dazu: Denzler, Armenwesen, 140 – 163.

<sup>1343</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Zugangskontrollen an den Porten und Toren“.

<sup>1344</sup> Gassenbettel-Mandat 1662, 34.

<sup>1345</sup> Ebd., 34f.

Die Obrigkeit war sich durchaus im Klaren, dass nicht jeder Fremde illegal anwesend war. Sie blieb gegenüber Personen jedoch besonders misstrauisch, die vorgaben, vertriebene Adlige, Studenten, Schulmeister, Handwerksgesellen oder Brandgeschädigte zu sein. Die Profosen mussten durch vorsichtiges Nachfragen nachprüfen, ob ihnen falsche Angaben gemacht worden waren. Sollte es sich durch die Befragung herausstellen, dass der Fremde nicht der Wahrheit entsprechende Angaben zu seiner Person gemacht hatte, war mit ihnen wie mit dem anderen „beschwerlichen Bettel- und Landstreicher-Gesind“ zu verfahren. Ansonsten durfte sich diese Gruppe von durchreisenden Fremden legal im Land aufhalten.<sup>1346</sup>

Die dichtere Patrouillentätigkeit der Landprofosen, ihr härterer Umgang mit fremden Vagierenden und Migranten sowie die verbesserten Kontrollen der Fürsorgeleistungen für einheimische Bettler genügten allein immer noch nicht, um die anhaltende Flut von Bettlern und Vagierenden zu bewältigen. Mit dem Bettelmandat von 1662 wurden die Kommunen vom Regiment deshalb erneut aufgefordert, Dorfwächter<sup>1347</sup> anzustellen, welche Bettler und Vagierende „mit grossem Ernst aus dem Land“ vertreiben sollten.<sup>1348</sup> Der nachhaltige Erfolg blieb eine Illusion. Auch nach 1662 dauerte es nach Vertreibungsaktionen nicht lange, bis einheimische und fremde Bettler, Vagierende und Migranten wieder in den Dörfern und auf den Landstrassen erschienen. Die Ursache dafür lag nach wie vor in der Tatsache, dass die Dorfwächter ihren Aufgaben immer noch mehr schlecht als recht gewachsen waren. Entweder waren sie schon so alt, dass sie vor Schwäche ihre Waffe kaum mehr halten konnten, oder sie wurden von den Dorfvorgesetzten noch zu anderen Aufgaben herangezogen.<sup>1349</sup>

## **6.7.2 Die Kriminalisierung der Vagierenden in Europa und in Zürich im 17. und 18. Jahrhundert**

Die während und nach dem Dreissigjährigen Krieg in Zürich getroffenen ordnungssichernden Massnahmen lassen sich als Teil eines langfristigen und kontinuierlichen europäischen Entwicklungsprozesses betrachten. Die Regimenter in ganz Europa brachten im 17. und 18. Jahrhundert Bettler, Vagierende und Migranten in eine enge Verbindung zu den aufkommenden Diebes- und Räuberbanden. Im Sinne einer Kriminalisierung interpretierten sie die gesamte gaunerische Subkultur neu.<sup>1350</sup> Die Kriminalisierung schloss auch die Devianz der uner-

---

<sup>1346</sup> Ebd. 36.

<sup>1347</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 123 – 125. Der Begriff „Dorfwache“ wird in den Quellen allerdings nicht einheitlich verwendet. Züsli-Niscosi schreibt dazu: „Er wird (im 18. Jahrhundert) entweder allgemein für die Bezeichnung der Dorfwach-, Nebenwach-, Profosen- und Patrouillen-Organisation auf der Landschaft gebraucht, oder auch wahlweise nur für eine dieser Möglichkeiten eingesetzt. Der ‚Dorfwächter‘ konnte folglich ein Berufs- oder ein Miliz-Wächter sein. Als Berufswächter in einem Dorfschaftsbezirk wurde er auch ‚Land-Profos, Nachtwächter‘ und in Einzelfällen auch ‚Land-Patrouillenwächter‘ genannt. Wird die Bezeichnung ‚Dorfwache‘ für die obligatorische Milizwache gewählt, (...) so sind unter dem Begriff ‚Nebenwächter‘ die Berufswächter auf der Landschaft zu verstehen (ohne Land-Harschiere). Wird der Begriff ‚Dorfwächter‘ aber für die Berufswächter auf der Landschaft, die Land-Profosen, eingesetzt, so ist die Nebenwache die obligatorische Milizwache auf der Landschaft.“; vgl. Züsli-Niscosi, Beiträge, 124. In der vorliegenden Arbeit ist mit dem Begriff Dorfwache die obligatorische Milizwache gemeint. Die Angaben über ihre Organisation beziehen sich auf das 18. Jahrhundert.

<sup>1348</sup> Gassenbettel-Mandat 1662, 35f.

<sup>1349</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 125.

<sup>1350</sup> In der Kriminalitätsgeschichte ist dieser Labeling-Ansatz zur Erklärung von Vergehen und Verbrechen weit verbreitet. Er findet sich auch in der Studie von Gerhard Fritz wieder, allerdings mit einer Einschränkung: Nach Fritz erfolgte die Definition abweichenden Verhaltens zwar durch Instanzen der sozialen Kontrolle. Die intensivierte Fahndungsmethoden führten Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts jedoch zunächst nicht zu



wünschten Bettler, Vagierenden und Migranten explizit mit ein, führte zur weiteren obrigkeitlichen Ausgrenzung und schliesslich zur Einführung neuer Identifizierungs- und Fahndungsmethoden und zu griffigeren Ergreifungs- bzw. Vertreibungsmassnahmen.<sup>1351</sup>

Den Beginn dieses Prozesses markierte in Zürich das Bettelmandat von 1662. Die Haltung des Regiments gegenüber fremden und einheimischen Bettlern, Vagierenden und Migranten radikalisierte sich über eine Periode von 100 Jahren kontinuierlich. Nachfolgende Bettelmandate und andere relevante Mandate bis zum Bettelmandat von 1762 nahmen die inhaltlichen Grundzüge des Bettelmandats von 1662 auf und führten sie weiter. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ist darüber hinaus ein deutlicher Abgrenzungsprozess zwischen dem Bettel und der Vagantität auf der einen Seite und den allgemein akzeptierten Tätigkeiten der sesshaften Bewohner des Territoriums auf der anderen Seite zu beobachten. Die schärfere Unterscheidung beeinflusste auch die Massnahmen der ordnungssichernden Organe. Das Regiment erhöhte den Druck auf die ordnungssichernden Organe, Bettel und Vagantität erfolgreicher zu bekämpfen. Das Regiment stützte seine Bestrebungen mit dem Argument, die ordnungssichernden Massnahmen würden moralisches und politisches Übel vom Landvolk abhalten und zur Sicherstellung der Nahrungsversorgung beitragen.

Der Ausgangspunkt für die Radikalisierung und Kriminalisierung lag in der obrigkeitlichen Grundannahme, dass Bettler, Vagierende und Migranten früher oder später zweifelsohne zu Dieben und Betrügern werden würden.<sup>1352</sup> Die Zürcher Obrigkeit rückte damit zwar nicht die Person des Bettlers, sondern dessen Handeln und seine vagierende Lebensweise<sup>1353</sup> so weit in die Nähe von kriminellen Personen und Taten, dass sich die Unterschiede zwischen Bettlern und Vagierenden und Migranten für die Obrigkeit verwischten. So erachtete das Regiment Bettler, Vagierende und Migranten gegen Ende des 17. Jahrhunderts a priori als Gauner<sup>1354</sup>

---

einem (von der Theorie erwarteten) Anstieg, sondern zu einem Rückgang der Kriminalität; vgl. Fritz, Rotte, 631f.

Die Kriminologie steht dem Labeling-Ansatz allerdings kritisch gegenüber. Zwar wird er als unverzichtbarer Bestandteil des modernen kriminologischen Denkens betrachtet, gleichzeitig aber auch kritisiert, weil er die Frage nach den Ursachen ausklammert und monokausal strukturiert ist.

Ein möglicher Grund für die Verbreitung des Labeling-Ansatzes als Kriminalisierungstheorie in Arbeiten zur Kriminalitäts- und Polizeigeschichte ist ihre inhaltliche Nähe zu Foucault. Beide verstehen den Strafrechtsapparat primär als Herrschaftsinstrument und befassen sich ausschliesslich mit der Kriminalisierung. Ferner interpretieren sie diese als Disziplinierung von einem normabweichenden Verhalten.

Heute bevorzugt die Kriminologie einen der Mehrfaktorenansätze. Die vorliegende Arbeit bietet keinen Raum, die diversen Mehrfaktorenansätze auf ihre Tauglichkeit für die historische Kriminalitätsforschung zu überprüfen. Es sei hier aber festgehalten, dass die Bedeutung des Labeling-Ansatzes für die Polizeigeschichte im Sinne der Zuschreibung von deviantem und delinquentem Verhalten unbestritten ist. Neben der Rolle der Gesellschaft und ihrer Kontrollinstanzen müssen aber ebenso mindestens die sozialen Bezüge, die Lebensläufe, der Grad der Sozialisation mit berücksichtigt werden. Vgl. zur Kritik an den verschiedenen Kriminalitätstheorien: Peter Aebersold, *Kriminologie*, (Typoskript), Basel 2007.

<sup>1351</sup> Vgl. zu diesem Prozess: Seidenspinner, Bettler, Landstreicher und Räuber, 30f. Vgl. auch die dort angeführte Literatur. Aus methodischen Überlegungen werden im Folgenden die Massnahmen gegen Bettler und Vagierende jeweils einzeln dargestellt.

<sup>1352</sup> Vgl. zur Argumentationsweise: Wyss, *Politisches Handbuch*, 366f.

<sup>1353</sup> Andreas Blauert, Eva Wiebel, *Gauner- und Diebslisten: Registrieren, Identifizieren und Fahnden im 18. Jahrhundert*, (Studien zu Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M., 2001, 13; Denzler, *Armenwesen*, 188; Vgl. zum Problem der Kriminalität von Vagierenden im Allgemeinen auch besonders: Gerhard Ammerer, *Heimat Strasse: Vaganten im Österreich des Ancien Régime*, (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 29), Wien 2003, 427 – 457.

<sup>1354</sup> Vgl. zum Gaunerbegriff weiter unten in diesem Kapitel.

oder Räuber<sup>1355</sup>. Das Regiment stufte schliesslich unterschiedslos alle umherziehenden Menschen zumindest als potenziell verbrecherisch ein.<sup>1356</sup> Damit kriminalisierte es gewissermassen den Bettel, obwohl die Handlung des Bettelns nicht etwa als Kriminalverbrechen eingestuft wurde. Raubüberfälle, Diebstähle und Betrügereien von Bettlern wurden dagegen sehr wohl als schwere Kriminalverbrechen verfolgt.

Die Obrigkeit hatte sich mit der faktischen Kriminalisierung des Bettels und des Vagierens ein Problem geschaffen, das so lange bestehen blieb, bis eine aufkommende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im 19. Jahrhundert die Einstellung gegenüber der Armut veränderte.

Das Regiment ging die Bettler- und Vagierendenproblematik jedoch nicht nur von der repressiven, sondern auch von der karitativen Seite an. Es baute sein bestehendes Hilfsangebot für Personen, die unverschuldet in Not geraten waren, stetig aus. Zum Schutz der verbesserten Armenfürsorge erhöhte die Obrigkeit laufend die Beweispflicht für die Bedürftigkeit. Dadurch verhinderte sie, dass „unwürdige“ Bettler von den karitativen Organisationen profitieren konnten.

Die eindeutige obrigkeitliche Sichtweise auf die Bettler und Vagierenden drückte sich im 17. Jahrhundert im zeitgenössischen, negativ konnotierten Doppelbegriff „Bettler und Vaganten“ aus.<sup>1357</sup> Nach der Definition von Thomas Dominik Meier und Rolf Wolfensberger diente der Doppelbegriff „bis ins 19. Jahrhundert zur Bezeichnung derjenigen Aspekte der vagierenden Lebens- und Wirtschaftsweise, durch die sich die fahrende Bevölkerung in den Augen der Behörden auf gefährliche Weise von der sesshaften unterschied. Ihre Erwerbstätigkeit galt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, als unehrenhaft und ökonomisch wertlos oder gar schädlich, ihre unkontrollierte Bewegung im Raum nahm die Obrigkeit als Bedrohung wahr, das Fehlen eines Bürgerrechts bedeutete, dass sie über keinerlei Armenversicherung verfügten und damit der gesamten Gesellschaft zur Last fielen. ‚Bettel und Vaganität‘ – der Erwerb und die Bewegung im Raum – wurden einzeln und vor allem in Verbindung miteinander als Delikte definiert und der Verfolgung ausgesetzt.“<sup>1358</sup>

---

<sup>1355</sup> Vgl. zum Räuberbegriff: Uwe Danker, *Räuberbanden im Alten Reich um 1700*, (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 707), Frankfurt a. M. 1988.

<sup>1356</sup> Thomas Dominik Meier, Rolf Wolfensberger, *Eine Heimat und doch keine: Heimatlose und Nicht-Sesshafte in der Schweiz (16. – 19. Jahrhundert)*, (Diss.), Zürich 1998, 365. Vgl. auch: Seidenspinner, Bettler, Landstreicher und Räuber, 27, 33f;

<sup>1357</sup> Wie im Kapitel „Marginalisierung und Ausgrenzung der Bettler und Vagierenden“ erläutert, gehe ich davon aus, dass im Doppelbegriff „Bettler und Vaganten“ während und unmittelbar nach Kriegen die Migranten als eine besondere Form der Vagierenden mit eingeschlossen waren. In der vorliegenden Arbeit wird der Tripelbegriff in diesem Sinn verwendet.

<sup>1358</sup> Meier, *Heimat*, 369. Die fortschreitende Radikalisierung und Kriminalisierung brachte neben „Bettler und Vaganten“ weitere Begriffsbezeichnungen hervor. Sie waren ein sprachlicher Ausdruck der gestiegenen Furcht vor Verbrechen und überlagerten sich mit dem Doppelbegriff. So stellten Andreas Blauert und Eva Wiebel eine Veränderung des Gauner-Begriffs im Verlauf des 18. Jahrhunderts fest. Das Wort „Gauner“ wandelte sich von einem Synonym des Begriffs „Vagierender“ zu einer Bezeichnung, die das Schwergewicht auf Kriminalität und Professionalität einzelner Personen und Personengruppen legte. Blauert, *Gauner- und Diebslisten*, 68 – 70. Vgl. dazu auch die Kapitel „Die ‚gefährlichen Räuberbanden‘ als neues Bedrohungsbild“.

### 6.7.3 Das Verhältnis der Landbevölkerung zu den Vagierenden

Die Obrigkeit konnte und wollte mit ihrer Perspektive auf die Vagierendenproblematik die in der Realität viel komplexeren Lebensformen der sozialen Unterschichten nicht wahrnehmen und konzeptuell oder sprachlich nicht auf sie eingehen. Das Absinken bzw. der Übergang von Unterschichtenberufen über vagierende Wanderarbeiter auf der Suche nach Beschäftigung oder Absatzmärkten zu herumziehenden kriminellen Gaunern war im Gegensatz zur obrigkeitlichen Wahrnehmung jedoch fließend sowie von saisonalen und konjunkturellen Faktoren abhängig. Für die Betroffenen konnte es zudem auch nur eine vorübergehende Phase sein. Die Vagierenden bildeten auch keine klar umrissene, geschlossene soziale Gruppe.<sup>1359</sup> Dem Regiment fehlte jedoch das Sensorium, diese gesellschaftlichen Prozesse wahrzunehmen.

Im Gegensatz zur negativen obrigkeitlichen Perspektive auf Vagierende war die Sichtweise der Landbevölkerung positiver. Neben dem oben angeführten, religiösen Aspekt bildete die wirtschaftliche Bedeutung der vagierenden Fremden einen weiteren, in der Literatur zur Polizeigeschichte bisher unterschätzten Faktor in der Beurteilung der Gesamtsituation von Bettlern und Vagierenden. Die Bevölkerung der Landschaft sah in den Vagierenden weniger Strolche und Diebe als vielmehr Krämer, Hausierer und Wandergewerbetreibende, die einen wesentlichen Teil des alltäglichen Güter- und Dienstleistungsbedarfs abdeckten, der von den einheimischen Professionisten nicht befriedigt werden konnte, wie Thomas Meier in einer regionalen Studie für das Zürcher Unterland zeigen konnte.<sup>1360</sup> Was für die Obrigkeit Gauner- und Diebesbanden waren, betrachtete die Landbevölkerung als gemischte Gruppe von unterschiedlichsten Berufsleuten mit einem umfangreichen und interessanten Angebot.<sup>1361</sup> Die Fremden kamen jedoch nicht nur legal als Marktfahrer zu den offiziellen Jahrmärkten auf der Landschaft, sondern boten entgegen den Bestimmungen in den Mandaten ihre Ware und Dienste illegal auch in der übrigen Zeit an.<sup>1362</sup> Dennoch wurden sie von der Landbevölkerung in der Regel freundlich empfangen und man stellte ihnen in Dörfern und abgelegenen Höfen Unterkunft und Verpflegung bereit.<sup>1363</sup> Die Fremden erfüllten ausser den gewerblichen und handwerklichen Bedürfnissen auch noch weitere willkommene Funktionen. Sie betätigten sich als Übermittler von Nachrichten, Geschichtenerzähler, Schauspieler, Artisten und Musiker und sorgten so auch für Unterhaltung.

Die obrigkeitlichen Massnahmen gegen die Vagierenden wiesen nicht zuletzt wegen des grösstenteils guten Einvernehmens zwischen Landbevölkerung und Vagierenden sowie des Nutzens, den beide Seiten aus Wirtschaftsbeziehungen ziehen konnten, einen geringen Um-

---

<sup>1359</sup> Vgl. zum Versuch, vagierende Unterschichten als soziale Gruppe zu umschreiben: Carsten Küther, *Menschen auf der Strasse: Vagierende Unterschichten in Bayern, Franken und Schwaben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts*, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 56), Göttingen 1983. Vgl. zur Kritik an Küther auch: Fritz, Rotte, 25 – 28. Vgl. zum fließenden Übergang zwischen nicht-kriminellen, semikriminellen und schwerkriminellen Vagierenden: Fritz, Rotte, 218. Vgl. zur Thematik allgemein: Rheinheimer, Arme, Bettler und Vaganten.

<sup>1360</sup> Thomas Meier, *Handwerk, Hauswerk, Heimarbeit: Nicht-agrarische Tätigkeiten und Erwerbsformen in einem traditionellen Ackerbaugebiet des 18. Jahrhunderts (Zürcher Unterland)*, (Diss.), Zürich 1986, 385 – 397.

<sup>1361</sup> Meier, *Handwerk*, 394.

<sup>1362</sup> Vgl. dazu die Kapitel „Die Kontrolle der einheimischen und fremden Krämer und Hausierer“ und „Der Ausbau der Patentkontrolle für fremde Krämer“.

<sup>1363</sup> Meier, *Handwerk*, 392, 395.

setzungsgrad auf. Die Obrigkeit versprach sich denn auch nicht allzu viel von der Mitwirkung der Bevölkerung bei der Verfolgung von als kriminell eingestuften Vagierenden.<sup>1364</sup> Im Rahmen des Konzepts der Sozialkontrolle kann hier von fehlenden horizontalen Disziplinierungsmassnahmen gesprochen werden.<sup>1365</sup>

Die Berührungsängste der Bevölkerung der Landschaft gegenüber den Vagierenden waren hingegen wesentlich geringer, als sie von der Obrigkeit angenommen oder unterstellt wurden. Eine spezielle Furcht der Einwohner der Landschaft vor Diebstählen oder Brandstiftungen durch Vagierende konnte nicht festgestellt werden.<sup>1366</sup> Thomas Meier fand in den Unterländer Gerichtsakten des 18. Jahrhunderts auch keine einzige Klage über diebische Vagierende.<sup>1367</sup> Dieser regionale Befund darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Zürich auch regelmässig zu Einbruchs- und Diebstahlsanzeigen kam, die v. a. den fremden Vagierenden angelastet wurden.<sup>1368</sup>

Das Verhalten gegenüber fremden Vagierenden änderte sich jeweils in Krisenzeiten, wenn die eigenen Vorräte knapp wurden und die Zahl der Bedürftigen, die sich mit Bettel ihre Existenz sichern wollten, stark anstieg.<sup>1369</sup> Dann schlug das Verhalten in eine von Oliver Landolt festgestellte – vorübergehende<sup>1370</sup> – Ablehnung um und die Abwehrmassnahmen des Regiments, die sich während oder nach Krisenperioden regelmässig verstärkten, stiessen in der Bevölkerung auf breiteres Verständnis.

Die Grundhaltung des Regiments versteifte sich trotz der differenzierten Sichtweise der Landbevölkerung auf eine abwehrende Position. Die Obrigkeit in Zürich sah sich angesichts der Radikalisierung und Kriminalisierung vor die Aufgabe gestellt, ein Instrumentarium bereitzustellen, das den stetig steigenden Anforderungen zur Bekämpfung des Bettels und der Vagantität genügen musste. Dieses Instrumentarium sollte sich sowohl gegenüber unerwünschten Personen als robust erweisen, wie auch fähig sein, einzelne Individuen oder Gruppen als unerwünschte Personen zu erkennen. Diese Herausforderungen trugen gegen Ende des 17. Jahrhunderts wesentlich zur Entwicklung neuer Methoden zur Erkennung von vagierenden Gaunern bzw. gaunernden Vagierenden bei.

#### **6.7.4 Die Gauner- und Diebslisten**

Die faktische Gleichsetzung von Bettlern und Vagierenden mit Dieben und Gaunern durch die Obrigkeit fand ihren offensichtlichsten Ausdruck in der Erstellung von sogenannten Gauner- und Diebslisten. Diese Listen waren Verzeichnisse zur präventiven obrigkeitlichen Identifi-

---

<sup>1364</sup> Blauert, Gauner- und Diebslisten, 53.

<sup>1365</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Die Marginalisierung und Ausgrenzung der Bettler und Vagierenden“.

<sup>1366</sup> Das Verhältnis der Bevölkerung zu den Bettlern und Vagierenden wird in der polizeigeschichtlichen Literatur unterschiedlich beurteilt. Vgl. dazu die Bemerkung von Franz Kiener; Kiener, Im Einsatz für Sicherheit, Ruhe und Ordnung, 23f.

<sup>1367</sup> Meier, Handwerk, 394.

<sup>1368</sup> Blauert und Wiebel zeichnen gegenüber Meier ein anderes Bild. Zu typischen Delikten, die in den Gauner- und Diebslisten aufgeführt sind, gehören Einbrüche und verschiedene Arten von Diebstählen sowie Betrügereien. Vgl. Blauert, Gauner- und Diebslisten, 66.

<sup>1369</sup> Meier, Handwerk, 396.

<sup>1370</sup> Ebd.

zierung und Erfassung von Angehörigen mobiler Randgruppen.<sup>1371</sup> Die Obrigkeit versuchte mit den Verzeichnissen, kriminalisierte Personengruppen über das Aufdecken ihrer Binnenstruktur zu erfassen. Verhaftete Personen mussten in den Verhören gegenüber der Obrigkeit nicht nur den eigenen Namen und Beruf nennen, sondern auch noch das Signalement ihrer Kameraden, Kollegen, Komplizen und Familienangehörigen preisgeben. Alle ihre Angaben wurden in die Listen aufgenommen.<sup>1372</sup>

Die Gauner- und Diebslisten waren das Ergebnis einer unstrukturierten Vorgehensweise. Bettler, Gauner und Vagierende und auch andere Personen kamen mehr oder weniger willkürlich in das von Beamten kompilierte Verzeichnis.<sup>1373</sup> Eine Überprüfung der Zuverlässigkeit der Daten war nicht vorgesehen. Das Risiko einer Fehleintragung war nicht auszuschliessen. Mit dem Listeneintrag galten die aufgeführten Personen bereits als zur Fahndung ausgeschrieben, obwohl im Regelfall noch keine konkreten Anschuldigungen – ausser ihrer Lebensweise und der generellen Verdächtigung, eine kriminelle Tat begangen zu haben – vorlagen. Die Listen an sich und erst recht ihre Verbreitung innerhalb und ausserhalb eines Territoriums wirkten stigmatisierend.<sup>1374</sup>

Die Verknüpfungen von vagierenden Berufsarten mit dem Gaunertum, die durch die Gauner- und Diebslisten weiter gefördert wurden, konnten sich anlässlich der Personenkontrollen durch ordnungssichernde Organe unverhältnismässig auswirken. Gab eine überprüfte Person einen einschlägigen Beruf an, wurde sie trotz einer möglichen Unbescholtenheit oder wegen eines geringen Vergehens<sup>1375</sup> wohl ziemlich unzimperlich angefasst.

Im 18. Jahrhundert dienten die Gauner- und Diebslisten zunehmend dem intensivierten und koordinierten Vorgehen der ordnungssichernden Organe, um als kriminell eingestufte Vagierende zu identifizieren und aufzuspüren.<sup>1376</sup> In Zürich ist die erste Liste für das Jahr 1698 nachweisbar.<sup>1377</sup>

Die Wirkung der Listen war noch begrenzt, weil bei ihrer Entstehung viele Zufälligkeiten eine Rolle spielten. Sie erfasste die Zielgruppe nicht vollständig. Ohne ein funktionierendes Passwesen und ohne aktive und wirksam agierende ordnungssichernde Organe war eine effiziente

---

<sup>1371</sup> Blauert, Gauner- und Diebslisten, 30. Vgl. zur Kritik an der Terminologie: Gerhard Ammerer, *Heimat Strasse: Vaganten im Österreich des Ancien Régime*, (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 29), Wien 2003, 198f. Ammerer moniert, dass der Begriff Gauner bzw. Jauner für Schwerekriminelle erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts gebräuchlich wurde.

<sup>1372</sup> In einer von Blauert im Repertorium nicht erfassten Diebsliste von 1729 ist das Vorgehen der Behörden in einer zeitgenössischen Formulierung gut erläutert: „Beschreibung einer Diebs-Bande, welche die von Loblichen Stand Uri eingezogene Jakob Rick aus Schlesien, Stephan Hirt aus dem Algöw, und Antoni Buhofer durch gut- und peinlich vielfaltige Examina als Complices angegeben, und mir ihrem Eid bestätigt (...);“ vgl. StAZ III AAb 1.9.

<sup>1373</sup> Blauert, Gauner- und Diebslisten, 31. Blauert und Wiebel sagen wenig über die aus rechtlicher Sicht problematischen Aspekte der Gauner- und Diebslisten aus.

<sup>1374</sup> Leo Lucassen wies dies am Beispiel der Zigeuner nach; vgl. Leo Lucassen, „‘Harmful tramps’: Police professionalization and gypsies in Germany, 1700 – 1945“, in: *Crime, Histoire & Sociétés*, 1(1997), 29 – 50, 46.

<sup>1375</sup> Vgl. dazu: Blauert, Gauner- und Diebslisten, 71.

<sup>1376</sup> Ebd., 9, 31. Vgl. dazu auch: ebd., 54f.

<sup>1377</sup> Ebd., 115, Nr. 2.

und systematische Nutzung der in den Gauner- und Diebslisten enthaltenen Informationen nicht möglich.<sup>1378</sup>

### **6.7.5 Die Massnahmen der Tagsatzung in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts**

Mit seinem Bettelmandat von 1662 hatte Zürich in der Eidgenossenschaft eine Vorreiterrolle eingenommen. Auf der Ebene der Tagsatzung erfolgten erst um die Mitte der 1670er Jahre vergleichbare Massnahmen.

Noch kurz vor Beginn des Reichskriegs gegen Frankreich 1674 hatte die Tagsatzung 1673 ausschliesslich die Landvögte der Gemeinen Herrschaften ermahnt, an den Grenzen dem „Gesindel von allerlei Gäuglern, Strolchen, ausgerissenen Soldaten, die Weiber oder Dirnen und Kinder mit sich führen, mit falschen Steuer- und Brandbriefen hausieren, namentlich auch die einsamen Häuser und Höfe belästigen“ den Eintritt ins Land zu verwehren. Die im Landesinnern Ergriffenen mussten wieder aus dem Gebiet herausgeführt oder auf Galeeren verschickt werden.<sup>1379</sup> Die Tagsatzung hatte die Stände 1674 lediglich allgemein angehalten, die erforderlichen Anstalten selbst zu treffen, um das Eindringen von fremden „Bettlern und Strolchen“ zu verhindern.<sup>1380</sup>

Die Haltung auf eidgenössischer Ebene änderte sich erst nach dem Reichskrieg von 1674. Schärfere Massnahmen sollten in der gesamten Eidgenossenschaft vorerst nur gegen die „starken Strolche“<sup>1381</sup> angewendet werden. Sie waren seit 1676 direkt in die Schellenwerke zu sperren oder, wie bis anhin, auf Galeeren zu verbringen.<sup>1382</sup> Die Tagsatzung gewährte 1676 gegenüber den armen und arbeitsunfähigen Kriegsvertriebenen oder Personen, die sich schon länger in der Eidgenossenschaft aufhielten, zunächst noch christliches Mitleid. Sie belies es bei den bisherigen Bestimmungen.

Nur ein Jahr später, 1677, revidierte die Tagsatzung in einer ersten Phase ihre milde Haltung gegenüber den mitleidserheischenden Kriegsvertriebenen. Die Tagsatzung führte nun auch auf eidgenössischer Ebene drei Kategorien von Bettlern, Vagierenden und Migranten ein: Die erste Kategorie umfasste hilfsbedürftige Personen, denen Unterstützung zu Teil werden sollte, die zweite Kategorie beinhaltete unerwünschte fremde Bettler, Strolche und fingierte Handwerksleute, die dritte Kategorie umschrieb legal reisende Personen.<sup>1383</sup>

Gemäss der Tagsatzung sollte die Fürsorge primär auf die einheimischen Armen ausgerichtet sein. Die notleidenden Migranten verdienten nach der Meinung der Tagsatzung zwar weiterhin Aufmerksamkeit, aber nur solange, als sie nicht in Massen auftraten und dabei nicht die

---

<sup>1378</sup> Ebd., 51f.

<sup>1379</sup> EA 1649 – 1680, Band 6.1.1, S. 885, Juli 1673.

<sup>1380</sup> EA 1649 – 1680, Band 6.1.1, S. 917, März 1674.

<sup>1381</sup> Mit „starken Bettlern und Strolchen“ waren Personen gemeint, die aus der Sicht der Behörden noch im Stande waren, zu arbeiten und sich selbst zu ernähren; vgl. Küther, Menschen auf der Strasse, 44.

<sup>1382</sup> EA 1649 – 1680, Band 6.1.1, S. 1012f, Juli 1676.

<sup>1383</sup> EA 1649 – 1680, Band 6.1.1, S. 1053, Juli 1677.

Gefahr bestand, dass sie Krankheiten einschleppten.<sup>1384</sup> Als Massnahme gegen die unerwünschten Personen forderte die Tagsatzung die bestehenden Kontrollposten an den Grenzen der Eidgenossenschaft auf, die vorgewiesenen Steuerbriefe auf ihre Echtheit zu prüfen und unerwünschte fremde Bettler und Vagierende fortzuweisen.<sup>1385</sup> Die Rückweisungen an den Grenzen sollten die Kantone mit den Nachbarstaaten absprechen.<sup>1386</sup> Wenn die unerwünschten fremden Bettler und Vagierenden widerspenstig taten, durften die Grenzposten sie ins Schellenwerk einweisen.<sup>1387</sup> Die Tagsatzung war der Meinung, dass zur Erledigung dieser Aufgabe sowohl in den Ständen wie in den Gemeinen Herrschaften Profosen anzustellen seien.<sup>1388</sup>

Die Tagsatzung hatte mit der Bildung der drei Kategorien und den Vorgaben, wie sie zu behandeln seien, ein neues Schwergewicht auf die Abweisung von unerwünschten fremden Bettlern und Vagierenden an den Grenzen der Eidgenossenschaft gelegt. Die Tagsatzung verfügte jedoch über keine Mittel, die Umsetzung der Beschlüsse zu überwachen.

Dass die Kontrollen an den Grenzen der Eidgenossenschaft schlecht funktionierten, zeigte sich am Ende des Jahrzehnts deutlich. Die Tagsatzung musste erneut konstatieren, dass sich immer mehr fremde Bettler, Vagierende und Migranten im Land befänden.<sup>1389</sup> Die Zeit der Duldung hatte nun auch für die notleidenden Kriegsflüchtlinge ein Ende. Die Tagsatzung leitete 1680 als Reaktion auf die Zustände die zweite Phase ihrer Verschärfungspolitik ein. Sie befahl im August, eine dreitägige Betteljagd zu veranstalten, um sich des „überflüssigen Bettler- und Strolchengesindels“ wieder zu entledigen.<sup>1390</sup> In allen Städten, Flecken und Dörfern der Eidgenossenschaft waren auf Anordnung der Tagsatzung für diese Betteljagd Profosen anzustellen, die sich die Aufgegriffenen einander weiterreichten, bis man die Grenzen erreicht hatte.<sup>1391</sup> Mit der durchgehenden Kette von Profosen wandte die Tagsatzung zum ersten Mal eine neue Ausschaffungsmethode an.

Die Tagsatzung hatte 1680 keine weiteren Empfehlungen betreffend die einheimischen Armen ausgesprochen. Jeder Stand durfte weiterhin seine eigene Politik der Armenfürsorge verfolgen. Man einigte sich lediglich darauf, dass die eigenen Bedürftigen und Bettler nicht in die Nachbarkantone abgeschoben werden durften.<sup>1392</sup> Die Zürcher Obrigkeit nahm den Ball, den ihr die Tagsatzung zugespielt hatte, auf und wiederholte ihre alten Forderungen von 1662. Darauf schrieb der Landvogt von Eglisau postwendend nach Zürich, der obrigkeitliche Befehl, dem „frömden bätelsgesind“ aus den Kirchengütern nichts mehr zu geben und in jedem

---

<sup>1384</sup> Ebd.

<sup>1385</sup> Ebd.

<sup>1386</sup> EA 1649 – 1680, Band 6.1.1, S. 1102, Juli 1679.

<sup>1387</sup> EA 1649 – 1680, Band 6.1.1, S. 1053, Juli 1677.

<sup>1388</sup> Ebd.

<sup>1389</sup> EA 1649 – 1680, Band 6.1.1, S. 1120, Juni 1680.

<sup>1390</sup> Ebd.

<sup>1391</sup> Ebd.

<sup>1392</sup> Ebd.

Dorf einen Profosen anzustellen, sei schlicht nicht durchzusetzen. Es falle nämlich sehr schwer, in den Dörfern die Profosensteuer einzuführen.<sup>1393</sup>

Die 1680 von der Tagsatzung getroffenen Massnahmen behielten ihre Gültigkeit lange bei. In den folgenden Jahren wurden sie von ihr regelmässig grundsätzlich bestätigt oder allenfalls lediglich leicht angepasst. Die markanteste Revision im Sinne einer Abmilderung erfolgte bereits 1681. Fremde konnten nun doch erst bei einem Wiederbetreten des Landes in ein Schellenwerk gesperrt werden. Anstelle der Galeerenstrafe traten vorübergehend der Pranger oder andere Schmachstrafen.<sup>1394</sup>

1689, 1691 und 1692 kehrte die Tagsatzung zu ihrer harten Haltung zurück. Sie organisierte in diesen Jahren Betteljagden, die einen Säuberungscharakter aufwiesen. Die Stände und Gemeinen Herrschaften hatten dabei im Unterschied zu den bisher bekannten Betteljagden aktiv und gezielt nach dem in die Eidgenossenschaft eingedrungenen, kriminellen „Gesindel“, „welches sich theils falschen Steuerbüchlein und Briefen bedient, theils falschmünzt, theils hin und wieder gewaltsame Einbrüche verübt, zu fahnden, dasselbe zu examinieren und für constatierte Verbrechen zu strafen.“<sup>1395</sup> Aktionen dieses Ausmasses blieben jedoch eine Ausnahme. Vergleichbar konsequente eidgenössische Betteljagden aus späterer Zeit sind nicht bekannt.

Ein Grund für das Ausbleiben weiterer Massnahmen in diesem Stil war die aufkeimende Erkenntnis der Tagsatzung, dass in den letzten Dekaden des 17. Jahrhunderts flächendeckende eidgenössische, aber auch einzelne kantonale Betteljagden keine nachhaltige Wirkung gehabt hatten. Die tiefere Ursache für diese Situation lag in der schlechten Zusammenarbeit zwischen den Ständen und den Gemeinen Herrschaften. Luzern brachte an den Sondersitzungen der V katholischen Orte und an eidgenössischen Tagsatzungen das zweifache Problem der Betteljagden mehrmals vergeblich auf den Punkt: Zum einen verlangte Luzern, dass weiterzubefördernde Personen von den anderen Kantonen abgenommen und ihre Durchreise organisiert werden sollte (Transitproblem). Zum anderen könne es nicht sein, dass abgeschobene Bettler, Vagierende und Migranten bereits nach kurzer Zeit vom Nachbarkanton wieder über die Grenzen zurückgeschoben würden (Aufnahmeproblem).<sup>1396</sup>

Die Tagsatzungen konnten vorläufig keine gesamteidgenössische Lösung für die beiden Herausforderungen finden. Einige Stände einigten sich deshalb wiederum auf regionale Massnahmen und Absprachen, so beispielsweise Bern, Fribourg und Solothurn<sup>1397</sup> oder die V katholischen Orte<sup>1398</sup> oder das Kloster St. Gallen und die beiden Appenzell<sup>1399</sup>. Die Stände versprachen sich, die Bettelmandate entsprechend den bereits getroffenen Vereinbarungen anzu-

---

<sup>1393</sup> Zitiert nach: Thomas Neukom, Rafz: Geschichte eines Dorfes „ennet dem Rhein“, Zürich 2005, 211.

<sup>1394</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 8, Juli 1681.

<sup>1395</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 264, April 1689.

<sup>1396</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 60, August 1682; EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 69, Oktober 1682, EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 427, Oktober 1691.

<sup>1397</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 432, Februar 1692; Bern, Basel, Freiburg und Solothurn: EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 838, Januar 1700. Vgl. insbesondere das ausführliche Mandat von 1700.

<sup>1398</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 425, Oktober 1691.

<sup>1399</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 702f, März 1698.



passen und sich gegenseitig darüber zu informieren. Die Tagsatzung förderte die Zusammenarbeit der Kantone und verteilte 1698 das Bettelmandat von Bern als Muster für eine gute Verordnung.<sup>1400</sup>

Bis 1771 kam es nur noch auf Druck einzelner Stände und nur noch alle paar Jahre zu eidgenössisch organisierten Betteljagden.<sup>1401</sup> Sie wurden von der Tagsatzung je länger je mehr als ergänzendes Instrument zu den Massnahmen der Stände verstanden und nicht zuletzt auch deshalb durchgeführt, um den Willen der Tagsatzung gegenüber den Ständen zu demonstrieren, etwas gegen die beklagte „Flut der Bettler“ zu unternehmen.

### 6.7.6 Die Revision des Bettelmandats von 1693

Zürich nahm seine Möglichkeiten zur selbstständigen Ordnung der Bettlerfrage bereits 1693 wieder wahr. 1692/93/94 war es infolge des Pfälzischen Erbfolgekrieges (1688 – 1697) und zweier Missernten in Zürich zu einer massiven Teuerung gekommen. Der Getreidepreis war bis um 200 % angestiegen.<sup>1402</sup> Eine Folge davon waren eine Hungersnot und eine Armutswelle.<sup>1403</sup> Sie erfassten alle Bevölkerungsschichten der Landschaft. Hans Heinrich Bluntschli zählte am Ende des Jahres 1692 7759 Seelen aller Altersschichten als Almosenempfänger.<sup>1404</sup> Er schilderte auch, dass „viel Leuth haben wegen grossen Mangels und schlechten Verdienst, Kleider, Hausrath und Silbergeschmied verkauffen müssen.“<sup>1405</sup>

Das Regiment wurde von den Ereignissen überwältigt. In dieser Situation war es mit dem 1662 eingeführten langwierigen schriftlichen Überprüfungsprozess für einheimische Arme überfordert. Zürich revidierte sein Bettelmandat als Reaktion auf die sehr schwierige wirtschaftliche und soziale Entwicklung von 1693 mit der Absicht, das nunmehr noch grösser gewordene Bettlerproblem zu beseitigen. Vor diesem Hintergrund begann es nun wieder sogenannte würdige von sogenannten unwürdigen Armen zu unterscheiden und kehrte zur einfachen Schuldzuweisung aufgrund der theologischen Armutskriterien des 16. Jahrhunderts zurück.

Der Begriff „Diebs- und Strolch-Gesind“ wurde von nun an in den Zürcher Mandaten regelmässig als pauschalisierende Bezeichnung für alle unerwünschten Personen, welche die Obrigkeit mit Kriminalität in Verbindung brachte, verwendet.

Das Bettelmandat von 1693 zeichnete sich dadurch aus, dass das Regiment die Armenfürsorge für die einheimischen Armen nun definitiv den Heimatgemeinden überliess.<sup>1406</sup> Im Vergleich zum Mandat von 1662 und trotz der grossen Not, aber mit dem Verweis auf die bestehenden und funktionierenden Hilfseinrichtungen, verschärfte das Bettelmandat von 1693 die

---

<sup>1400</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 709, April 1698.

<sup>1401</sup> 1692 lehnte es die Tagsatzung explizit ab, eine Betteljagd zu veranstalten. Sie wollte nochmals eine Aktion wie 1689 und 1691 durchführen; EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 441, Juli 1692.

<sup>1402</sup> Vgl. zu den Ursachen der Teuerung von 1692/93: Bühner, Zürcher Solddienst, 24 – 27.

<sup>1403</sup> Vgl. Sigg, 17. Jahrhundert, 288f.

<sup>1404</sup> Bluntschli, Memorabilia 1742, 472.

<sup>1405</sup> Ebd., 472. Die Zahl der Almosenempfänger entsprach ca. 6% der Gesamtbevölkerung.

<sup>1406</sup> Denzler, Armenwesen, 71.

Sanktionen primär gegenüber den sogenannten unwürdigen einheimischen Bettlern.<sup>1407</sup> Dazu dehnte das Regiment den Bettelbegriff aus, um die Tradition des Almosengebens endlich unterbinden zu können. Sie schloss ab 1693 nun auch „Geläuf und das Heuschen“ am Neujahrstag und an den Fasnachtstagen mit ein.<sup>1408</sup> Das übergeordnete Ziel des Regiments war es, zu verhindern, dass „unser Land endlich mit einer grossen Anzahl unnützen, leichtfertigen Diebes- und Strolchen-Gesinde, welches von Gott und seinem Wort nichts wüsste, zu unleidlichem Überdrang der Ehrbarkeit, angefüllt werde.“<sup>1409</sup>

Den sogenannten unwürdigen Armen wurde nun sowohl in der Stadt wie auf der Landschaft schon beim ersten Aufgreifen das Anrecht auf die Unterstützung durch das Almosenamt abgesprochen. Das Regiment wollte damit das Bettelverbot faktisch durchsetzen.

In der Stadt konnten die Bettler, ungeachtet ihrer Herkunft, beim ersten Erwischtwerden von den Profosen ins Schellenwerk gebracht<sup>1410</sup> und dort mit der Rute oder mit dem Rinderschweif bestraft, beim zweiten Mal ans Schellenwerk gebunden und beim dritten Mal des Landes verwiesen werden.<sup>1411</sup>

Das harte Vorgehen gegen die Notleidenden war trotz der Verschärfungen schwierig durchzusetzen. Das Regiment erhöhte deshalb den Druck auf die städtischen Profosen. Es mahnte sie im Mandat mehrmals an, ihren Pflichten fleissiger nachzukommen und sich vor allem nicht durch irgendeinen Vorwand oder Widerstand abhalten zu lassen.<sup>1412</sup> Zur besseren Umsetzung des Bettelmandates von 1693 setzte der Kleine Rat für die Stadt nun auch eigene Verordnete ein. Das Gremium bestand vorläufig jedoch nur temporär, weil die Mitgliedschaft in der Kommission unattraktiv war und es oftmals an Mitgliedern fehlte.<sup>1413</sup> Zu Beginn des 18. Jahrhunderts entwickelte sich die Kommission zur festen Institution der Gassenbettelkommission, die für das Stadtgebiet zuständig war.<sup>1414</sup>

Auf der Landschaft brachte das Bettelmandat von 1693 einen wichtigen Wechsel in der Ordnung der ordnungssichernden Organe. Das Regiment übertrug die Aufgabe der Verfolgung der Bettler und Vagierenden auf die Dorfwachen. Das Bettelmandat von 1693 verpflichtete nun endgültig alle Kommunen, ständige Dorfwachen für ihre Gemeindegebiete aufzustellen, die ihren Dienst Tag und Nacht versehen sollten.<sup>1415</sup> Die Beschreibung ihrer Aufgaben war im Mandat von 1693 jedoch nur rudimentär und im Vergleich zum Pflichtenheft der Landprofosen im Mandat von 1662 auch unvollständig. Es hielt lediglich fest, die Dorfwächter sollten

---

<sup>1407</sup> „Mandat gegen den hochbeschwerlichen Gassenbettel“, 1693, in: Sammlung der Policygesetze 1757, dritter Band, Nr. IV, 57; vgl. auch: Bluntschli, Memorabilia 1742, 472f.

<sup>1408</sup> Gassenbettel-Mandat 1693, 57f.

<sup>1409</sup> Ebd., 57.

<sup>1410</sup> Ebd., 61.

<sup>1411</sup> Ebd., 57.

<sup>1412</sup> Versah ein städtischer Profose seinen Dienst nur mangelhaft, wurde er aus seinem Amt entlassen und mit Gefängnis oder einer anderen Strafe bestraft. Vgl.: Gassenbettel-Mandat 1693, 61.

<sup>1413</sup> Züsli-Niscosi, Wacht- und Patrouillenkommission, 147.

<sup>1414</sup> Ebd.

<sup>1415</sup> Gassenbettel-Mandat 1693, 62. Die Patrouillenordnung von 1741 forderte die Gemeinden nochmals auf, ihre Dorfwachen in einem guten Zustand zu halten. Vgl.: „Land-Patrouille-Ordnung“ 1741, in: Sammlung der Policygesetze 1757, dritter Band, Nr. VI, 87f.

die sogenannten unwürdigen Bettler fassen und zum örtlichen Stillstand schicken. Von diesem wurden sie darauf in die Trülle gesteckt.<sup>1416</sup>

Die Dorfwächter mussten insbesondere bei Pässen, Brücken und Fähren auch alle übrigen Bettler und Vagierenden abfangen und sie nachdrücklich wieder zurückweisen. Bettler und Vagierende, die sich nicht abhalten liessen oder die Dorfwächter gar bedrängten, sollten „ohne einiche Gnade handvest gemacht, und verwahrlich an allhiesiges Schellenwerk geschickt werden.“<sup>1417</sup> Die Ober- und Landvögte sollten die Einrichtung der Dorfwachen überwachen. Sie waren befugt, in dieser Sache säumige Gemeinden zu bestrafen.<sup>1418</sup>

Das Bettelmandat von 1693 zeigte nur wenig Wirkung. Schon 1702 beklagte sich Dekan Brennwald aus Rafz, durch die grosse Anzahl der Bettler sei die Zahl der nächtlichen Einbrüche und Diebstähle gestiegen. Es gebe keine Gemeinde, so der Geistliche, die nicht voll von Bettlern und Müssiggängern, die sich für Handwerksgesellen ausgäben, belagert sei. Dies komme daher, dass man den Gassenbettel liebe und keine Dorfwächter anstelle. Obwohl die Obrigkeit das Betteln verboten habe, beherbergten die Bauern die Bettler und gäben ihnen Almosen – selbst wenn sie darauf bestohlen würden und selbst wenn sie sähen, dass die gleichen Personen, die sich für Handwerksgesellen ausgegeben haben, alle zwei Wochen wieder bei ihnen vorbeikämen, um zu betteln. Trotzdem sei den Dorfbewohnern die Anstellung von Dorfwächtern nicht schmackhaft zu machen. „Kein Mandat wird weniger eingehalten als das über die Dorfwachen und den Gassenbettel.“<sup>1419</sup>

Das Bettelmandat von 1693 stellte gegenüber demjenigen von 1662 insofern auch einen Rückschritt dar, als angesichts der Versorgungskrise die Bettler und Vagierenden undifferenzierter betrachtet wurden. Ausserdem wurde mehr Gewicht auf Abschreckung durch Bestrafung als auf Abklärung der Situation gelegt.

---

<sup>1416</sup> Gassenbettel-Mandat 1693, 57.

<sup>1417</sup> Ebd., 63.

<sup>1418</sup> Ebd., 62.

<sup>1419</sup> Zitiert nach: Neukom, Rafz, 211f.

### 6.7.7 Zwischenfazit VIII

Das 17. Jahrhundert bildete für die konzeptuelle Entwicklung der ordnungssichernden Organe der Landschaft eine zentrale Epoche, weil das Regiment aufgrund der Erfahrungen aus dem Dreissigjährigen Krieg Prozesse und Kategorien in der Bekämpfung der Bettler, Vagierenden und Migranten einführte, die im 18. Jahrhundert die Basis für den Ausbau der Tätigkeit der ordnungssichernden Organe darstellten.

Durch die Auswirkungen des Dreissigjährigen Kriegs, des Reichskriegs gegen Frankreich und des Pfälzischen Erbfolgekriegs hatte die Zahl der unkontrolliert ein- und durchwandernden zivilen Flüchtlinge, vereinzelt Soldaten und Deserteure sowie anderer mobiler Randgruppen aus den benachbarten Gebieten nach dem Empfinden des Regiments signifikant zugenommen. Die Tagsatzung und das Regiment sahen vor allem in den Nachkriegsperioden des 17. Jahrhunderts in ihnen eine grosse Gefahr, insbesondere wenn sie in Massen in die Eidgenossenschaft oder in das Zürcher Gebiet eindrangen.

Eine weitere Quelle für die stetig anwachsende Zahl des „fremden Gesindels“ auf zürcherischem Gebiet war die Praxis der benachbarten eidgenössischen Territorien, welche die unerwünschten Personen nach Betteljagden durch ordnungssichernde Organe in Schüben über die Grenze trieben, um sich des Problems zu entledigen. Die Schubproblematik war auf den Tagsatzungen immer ein heikles Thema zwischen den Ständen. 1627 und 1636 gelang es Zürich in zwei regionalen Abkommen, seine Nachbarn darauf zu sensibilisieren und sie erneut auf das alte Heimatprinzip zu verpflichten.

Die Zunahme von Armut, Bettel und Vagantität im 17. Jahrhundert in Zürich hatte jedoch nicht nur exogene, sondern auch endogene Ursachen. Der geringe Grad an wirtschaftlicher Eigenversorgung, die Abhängigkeit von Getreidelieferungen aus dem krisengeschüttelten Südwestdeutschland sowie der enge finanzielle Spielraum der überwiegenden Mehrheit der Bewohner der Landschaft führten dazu, dass Konjunkturschwankung, Teuerungsschübe und schlechte Erntejahre eine hohe Zahl von neuen Armuts- und Vagantitätsfällen nach sich zogen.

Das Regiment und die Tagsatzung standen in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts der Menge an Bettlern, Vagierenden und Migranten mehr oder weniger hilflos gegenüber. Dies verstärkte sich im Umstand, dass sich die von aussen einströmenden Migranten auf zürcherischem Gebiet mit den einheimischen Bettlern und Vagierenden zu einer für die Obrigkeit undurchschaubaren und nur sehr schwer fassbaren Masse von „Gesindel“ vermengten.

Die Obrigkeit bekundete zunächst Mühe, mit dieser Situation umzugehen. Bis vor dem Dreissigjährigen Krieg hatte sie sich vor allem mit Bettlern und Vagierenden aus der einheimischen Bevölkerung zu beschäftigen, die sie in schuldlose und selbst verschuldete Arme einteilte. Während des Dreissigjährigen Kriegs hatte das Regiment mit einer solchen moralischen Sichtweise die Grenzen der praktischen Möglichkeiten erreicht. Aufgrund der schier unermesslichen Menge an Bettlern, Vagierenden und Migranten, des offensichtlichen Elends, der oft unklaren Herkunft und der kaum nachprüfbaren persönlichen Angaben war es der Obrigkeit kaum möglich, die bisherige Kategorisierung aufrecht zu erhalten. Sie positionierte sich

daraufhin neu und nahm allen fremden Migranten, Bettlern und Vagierenden gegenüber eine grundsätzlich ablehnende Haltung ein.

Entlang der neuen Trennlinie fremd/einheimisch definierte die Obrigkeit nach dem Dreissigjährigen Krieg im Bettelmandat von 1662 folgende drei Hauptkategorien:

- *Erste Kategorie: Fremde Bettler, Vagierende und Migranten.* Mit ihnen verband die Obrigkeit eine ansteigende Teuerung, wirtschaftlichen Schaden für die einheimische Bevölkerung, Kleinkriminalität, Falschmünzerei, gewaltsame Einbrüche und vor allem die Furcht einer Sogwirkung, die weitere Migranten und Vagierende nach sich ziehen würde.
- *Zweite Kategorie: Einheimische Bettler und Vagierende.* Das Regiment legte die mobile Lebensart der Vagierenden primär als deviantes Verhalten aus. Ihre selbst verschuldete Armut war für die Obrigkeit Grund genug, davon auszugehen, dass sie früher oder später ohnehin kriminell handeln würden. Der Hauptvorwurf an die einheimischen Bettler war, dass sie eine Tendenz zum Diebstahl besäßen. Den einheimischen Bettlern, die unverschuldet in Not geraten waren, bot die Obrigkeit jedoch Unterstützung an. Den Vagierenden wiederum wurde insgesamt vorgeworfen, mit faulen Waren sowie mit falschen Massen, Gewichten und Münzen die Bevölkerung zu betrügen. Die Sorge des Regiments ging darüber noch hinaus. Es fürchtete, dass die Vagierenden aus der Fremde Krankheiten nach Zürich einschleppten. Zudem waren ihnen die Vagierenden ungeheuer, weil sie als wandernde Gewerbetreibende unerwünschte Geschäfte machten, sie unter der Angabe eines falschen Handwerks ins Land kamen oder gar als Künstler auftraten.
- *Dritte Kategorie: Legal reisende Personen.* Das Misstrauen gegenüber den fremden Bettlern und Vagierenden förderte auch das Misstrauen gegenüber Gruppen, die sich legal in der Stadt und auf der Landschaft bewegten. Zu dieser dritten Kategorie zählten im 17. Jahrhundert Adlige, Studenten, Schulmeister, Handwerksgesellen sowie die ausgewiesenen Steuersammler (Spendensammler) und Brandgeschädigte.

Die eindeutige Kategorisierung zwang das Regiment dazu, sich vertieft mit der Frage auseinander zu setzen, wie die Obrigkeit und die ordnungssichernden Organe mit den fremden und einheimischen Bettlern, Vagierenden und Migranten umgehen sollten. Die Leitlinie dafür hatte sich unter dem Eindruck des Dreissigjährigen Kriegs seit den frühen 1620er Jahren herausgebildet: Das Regiment war offensichtlich bestrebt, zum einen unliebsame bettelnde und vagierende Personen von den legal Reisenden physisch zu trennen. Zum anderen grenzte es die einheimischen und fremden Bettler, Vagierenden sowie Migranten bewusst von der Bevölkerung möglichst scharf ab. Das Ziel des Regiments war es, sich ihrer wieder zu entledigen, um auf diese Weise das Land und die Bevölkerung vor wirtschaftlichem und moralischem Schaden zu bewahren.

Die Obrigkeit wandte dabei eine dreifache *Strategie* an:

Erstens isolierte die Obrigkeit die gesellschaftliche Randgruppe der Bettler und Vagierenden, indem sie fremde Bettler und Vagierende generell ablehnte und ihnen über die sprachliche Bezeichnung einen schlechten Ruf zuschrieb.

Den einheimischen sogenannten unwürdigen Armen war der Zugang zu den Fürsorgeeinrichtungen prinzipiell verwehrt. Dieser Umstand zwang sie zum von der Obrigkeit missbilligten Bettel, um überhaupt überleben zu können. Die Folge war eine weitere soziale Desintegration. Sie wurden ferner zu einer Lebensweise und zu Handlungen gezwungen, die vom Regiment kriminalisiert worden waren.

Gleichzeitig baute das Regiment aber auch die Institutionen der Armenfürsorge aus, um den einheimischen sogenannten würdigen Armen Hilfe zu gewährleisten. Die moralischen Voraussetzungen für den Empfang von Almosen waren jedoch so hoch angesetzt, dass sie für einen Teil der in Not geratenen Bewohner kaum zu überwindende Hürden darstellten. Sie blieben ebenfalls von der direkten Hilfe ausgeschlossen und wurden in den Bettel getrieben.

Zweitens versuchte die Obrigkeit, die sich im Land aufhaltenden einheimischen und fremden Bettler, Vagierenden und Migranten möglichst von der Stadt fernzuhalten. Die Errichtung der Schanzenanlage und deren Bewachung waren diesbezüglich dienlich.

Ausserhalb der Stadt sollten die sich illegal bewegenden Fremden möglichst bereits an der Grenze oder spätestens im Hinterland gefasst und gleich wieder abgeschoben werden. Das Regiment schrieb auf der Grundlage des Heimat- und Abschiebepinzips in seinem Bettelmandat von 1662 für die drei Hauptkategorien unterschiedliche Ablaufprozesse für den Umgang mit ihnen fest. Diese konzeptuelle Erarbeitung bildete die solide Basis für die Weiterentwicklung der ordnungssichernden Organe im 17. und 18. Jahrhundert.

Die Ablaufprozesse waren jedoch mit dem Mandat von 1662 nicht fixiert, sondern konnten durch die Obrigkeit, wie 1693 geschehen, angepasst werden. In Phasen der äusseren Bedrohung trat dabei der Aspekt der Unterscheidung in Einheimische und Fremde und in Phasen innerer Krisen die Einteilung in sogenannte würdige und unwürdige Almosenempfänger in den Vordergrund.

Aus den Ablaufprozessen leiteten sich die zentralen Aufgaben und die wesentlichen Schlüsselkompetenzen für die ordnungssichernden Organe ab. Sie erfuhren bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nur noch wenige, aber nicht unbedeutende Veränderungen. Die Anforderungen an die ordnungssichernden Organe der Landschaft können wie folgt zusammengefasst werden:

Am Ende des 17. Jahrhunderts mussten sie in der Lage sein,

- fremde und einheimische Bettler und Vagierende sowie Migranten aufzufinden;
- Personen möglichst an oder unmittelbar nach der Grenze in fremde und einheimische Bettler, Vagierende und Migranten sowie legal reisende Personen zu unterscheiden;
- mit Autorität gegenüber fremden und einheimischen Bettlern und Vagierenden aufzutreten und sie über die weiteren Prozessschritte zu informieren;

- bei Widerhandlungen gegen die erteilten Anweisungen und bei Widersetzlichkeiten gegen die ordnungssichernden Organe nicht erlaubte Handlungen zu unterbinden oder Personen zu verhaften;
- Verhaftete sicher an den Ort der Bestrafung zu bringen oder in ihre Heimatländer abzuschieben.

Drittens glaubte das Regiment daran, mit einem harten Sanktionsregime eine massive Abschreckungswirkung erzielen zu können. Sie sollte nach den Vorstellungen der Obrigkeit bei fremden Bettlern, Vagierenden und Migranten zur Einsicht führen, zürcherisches Gebiet zu meiden, und selbst verschuldete Bettler dazu zu bringen, von ihrem Tun abzulassen. Als Kompensation zu dieser repressiven Haltung bot das Regiment unschuldig in Not geratenen Menschen Armenunterstützung an. Insbesondere die Tagsatzung setzte sich 1652 und 1677 dafür ein, notleidenden Migranten mit christlicher Nächstenliebe zu begegnen und ihnen Hilfe zukommen zu lassen.

Den einzelnen Strategieschritten und -komponenten können obrigkeitliche Massnahmen zugeordnet werden:

*Ausgrenzung:* Zur Ausgrenzungsstrategie zählte seit 1622 die Verwendung von abschätzigen oder Gefahr suggerierenden Bezeichnungen für Bettler, Vagierende und Migranten.

Die kurz vor 1700 erstmals auch in Zürich verwendeten Gauner- und Diebslisten stigmatisierten und deklassierten zudem die Bettler und Vagierenden gesellschaftlich und stellten sie unter Generalverdacht.

*Erfassung und Verfolgung:* Die Tagsatzung und das Zürcher Regiment legten im 17. Jahrhundert das meiste Gewicht auf das Auffinden der eigenen und fremden Bettler, Vagierenden und Migranten. Während und unmittelbar nach dem Dreissigjährigen Krieg wendete die Tagsatzung auch das Instrument der Betteljagden an. 1649 sollten sie nach ihrer Meinung im Monatsrhythmus durchgeführt werden. Wegen ihrer langfristigen Wirkungslosigkeit wurden die Betteljagden bereits 1652 jedoch vorläufig wieder eingestellt. Die eidgenössischen Betteljagden erlebten dann im 17. Jahrhundert zwischen 1680 und 1692 sowie zwischen 1700 und 1725 eine nochmalige Blütezeit. Sie verloren danach endgültig an Bedeutung und wurden nur noch sporadisch durchgeführt. Die Tagsatzung stellte sie 1771 endgültig ein.

Der Rückzug der Tagsatzung bewirkte in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein verstärktes Engagement der Stände in der Bettler-, Vagierenden und Migrantenfrage. Zürich beschloss, die entstandene Lücke mit neuen Massnahmen zu füllen. Als Ersatz für die Betteljagden, die nur eine sehr kurzfristige Wirkung entfalteten, weil sie zeitlich begrenzte Aktionen waren, schickte Zürich seine Landprofosen seit 1662 nun täglich anstatt alle zwei Wochen auf Patrouille. Die geringe Anzahl der insgesamt 28 Landprofosen reichte jedoch nicht aus, das gesamte Gebiet der Zürcher Landschaft ausreichend abzudecken. Das Regiment forderte die Gemeinden 1662 deshalb auf, in Ergänzung zu den Landprofosen Dorfwachen zu bilden. Deren Erfolg blieb jedoch mässig.

Mit dem massiven Ausbau der Fürsorgeeinrichtungen auch auf der Landschaft zu Beginn der 1690er Jahre wurde den Heimatgemeinden 1693 die Verantwortung sowohl für die Versorgung der berechtigten Almosenempfänger als auch für die Vertreibung der unerwünschten Bettler, Vagierenden und Migranten übertragen. Im Mandat von 1693 verpflichtete das Regiment deshalb die Kommunen dazu, als Ersatz für die Landprofosen nun Dorfwachen einzurichten, die Tag und Nacht in ihren Gebieten präsent sein sollten. Die Wirkung des Mandats war wiederum nur sehr bescheiden.

Die geringe Dichte von einsatzfähigen ordnungssichernden Organen wollte die Obrigkeit zumindest zu einem Teil ausgleichen, indem sie in erster Linie der Schubproblematik entgegensteuerte und so den Strom der Bettler, Vagierenden und Migranten zu steuern beabsichtigte. Sie sollten nur an bestimmten Stellen in Zürcher Gebiet eingelassen werden. Zu diesem Zweck vereinbarte Zürich mit seinen Nachbarn 1627 und 1636 geeignete Grenzstellen und Ortschaften, an denen die Dorfwächter vor Ort sein sollten. Im Landesinnern gehörten nach 1693 auch Brücken und Fähren zu den Objekten, bei denen die Dorfwächter auf Bettler, Vagierende und Migranten zu achten hatten. Flussübergänge waren für die Überwachung deshalb besonders geeignet, weil Reisende darauf angewiesen waren, sie zu benutzen, um an das andere Ufer zu gelangen.

*Unterscheidung:* Trotz der Kategorisierung in den Bettelmandaten stellte das konkrete Erkennen und Erfassen der den drei oben erwähnten Hauptkategorien zugeordneten Personen eine grosse Schwierigkeit dar. Den ordnungssichernden Organen waren nur wenige Mittel in die Hand gegeben, um einheimische und fremde Bettler, Vagierende und Migranten sowie legal Reisende voneinander zu unterscheiden und die Almosenempfänger in unterstützungswürdig und nicht-unterstützungswürdig einzuteilen.

1627 führte Zürich das Brandzeichen ein. Es erlaubte das Wiedererkennen von abgeschobenen Bettlern.

Seit 1636 war die Möglichkeit des Informationsaustausches zwischen Zürich und seinen benachbarten Territorien gegeben. Dieser ergab jedoch höchstens approximative Hinweise auf die zu erwartenden Schübe. Ansonsten waren die ordnungssichernden Organe der Stadt und der Landschaft auf ihre eigenen Unterscheidungs- und Wiedererkennungsfähigkeiten angewiesen.

Die Bemühungen, möglichst untrügliche Anhaltspunkte für die Unterscheidung entsprechend den drei Hauptkategorien zu haben, steckten in den Anfängen. Vom Brandzeichen abgesehen entstand ab 1662 ein erster Ansatz eines schriftlichen Kontrollverfahrens mit der Überprüfung der Angaben einheimischer sogenannter würdiger Bettler durch das Almosenamt der Stadt. Legal reisende Personen waren angehalten, ein Bestätigungsschreiben auf sich zu tragen. Ein Eidgenössischer Abschied von 1677 forderte nun die Profosen auf, diese vorgewiesenen Dokumente speziell auf ihre Authentizität zu prüfen.

Die seit dem Ende des 17. Jahrhunderts publizierten Gauner- und Diebslisten stellten für das Regiment und die ordnungssichernden Organe eine grosse Hilfestellung dar. Sie enthielten



nämlich – aus der Sicht des Regiments – konkrete Angaben und Merkmale zur Wiedererkennung der von der Obrigkeit gesuchten Personen und Personengruppen, obwohl eine individuelle Identifizierung noch nicht möglich war. *Autorität und Information:* Die Profosen waren zwar in den meisten Fällen bewaffnete ehemalige Söldner. Ihnen fehlte aber dennoch die vom Regiment in den Mandaten wiederholt geforderte Durchsetzungskraft. Sie liessen sich durch Vorwände oder Widerstand von der Erfüllung ihres Auftrags abbringen. Das Regiment versuchte lediglich mit der unablässigen Repetition der Vorschriften und der Mahnung an die ordnungssichernden Organe die Mandatsbestimmungen ernsthafter umzusetzen. Dadurch erhoffte sich das Regiment, dem Normativen eine reale Kraft verleihen zu können.

Bei den Dorfwächtern wurde bemängelt, dass sie zu alt und dem Alkohol zugeneigt seien. Zudem würden sie ihre Halbarte lieber mit sich herumtragen oder müssten fachfremde Aufgaben für die Dorfvorgesetzten erledigen.

Die ordnungssichernden Organe schienen hingegen genügend gute Kenntnisse über die Ablaufprozesse zu haben. Auf jeden Fall sind keine diesbezüglichen Klagen der Obrigkeit zu erkennen.

*Unterbindung von Handlungen und Verhaftungen:* Die vorläufig einzige Möglichkeit, Handlungen effektiv zu unterbinden, lag für das Regiment im Bereich des einheimischen Bettels. Die Strafen dafür wurden 1693 für die bettelnden Bürger und Einwohner soweit erhöht, dass man sich von ihnen einen präventiven Unterbindungseffekt versprach. Der Ausbau der Fürsorgeeinrichtungen sorgte zusätzlich für eine lenkende Wirkung. Das Regiment strebte die umfassende obrigkeitliche Kontrolle des Armenwesens an. Dazu wurden die karitativ tätigen Bürger und Einwohner bereits 1662 aufgefordert, das traditionelle private Almosenverteilen zu unterlassen und stattdessen die Einrichtungen des Armenwesens finanziell zu unterstützen. Das nicht-obrigkeitliche Angebot für die Bettler sollte dadurch ausgetrocknet werden.

Alle ordnungssichernden Organe besaßen die Kompetenz, Bettler, Vagierende und Migranten festzunehmen. Seit 1662 waren alle übrigen Bewohner verpflichtet, den Landprofosen bei den Verhaftungen von sich sträubenden Vagierenden zu helfen.

*Transport von Verhafteten:* Die Obrigkeit machte es den Landprofosen 1662 zur Pflicht, verhaftete Vagierende persönlich in die Stadt zu bringen. Eine andere Möglichkeit des Gefangenentransports zeigte ein Tagsatzungsbeschluss von 1680. Er führte die kettenartige Weitergabe der verhafteten Person von Gemeindeprofose zu Gemeindeprofose ein. Diese Methode blieb jedoch vorderhand nur auf Betteljagden und auf Abschiebungen beschränkt.

*Abschreckung:* Das stärkste Mittel des Regiments gegen unerwünschte Bettler, Vagierende und Migranten war die Androhung von massiven Strafen bei Nichtbeachtung der Anordnungen und Anweisungen der ordnungssichernden Organe. Während des gesamten 17. Jahrhunderts wurden die Strafmöglichkeiten ausgebaut. Seit 1628 hatte das Regiment aufgrund eines Beschlusses der Tagsatzung die Möglichkeit, die Galeerenstrafe zu verhängen. Diese Art von Strafe konnte nach 1681 in bestimmten Fällen auch durch den Pranger oder durch andere Schmachstrafen ersetzt werden. 1630 richtete die Obrigkeit im ehemaligen Kloster Oetenbach

ein Schellenwerk ein, von dem es sich grosse Wirkung versprach. 1662 wurden im Zuge der Verschärfung der Massnahmen gegen eigene Bettler und Vagierende die Trülle, die Rute oder der Rinderschweif als Strafmethode eingesetzt.

Die Bestrebungen Zürichs, die Strategie gegen einheimische und fremde Bettler, gegen Vagierende und gegen Migranten erfolgreich umzusetzen, scheiterte nicht allein an den beschriebenen Unzulänglichkeiten der ordnungssichernden Organe, an der personellen Unterdotierung oder an den kaum vorhandenen finanziellen Ressourcen. Einen nicht unwesentlichen Anteil hatte auch der geringe Rückhalt der obrigkeitlichen Massnahmen bei der Bevölkerung, insbesondere auf der Landschaft. Sie sah in den Vagierenden häufig nicht die gefährlichen Diebe und Strolche, sondern die für die eigenen wirtschaftlichen Bedürfnisse unverzichtbaren Wandergewerbetreibenden. Deshalb war auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen der Landbevölkerung und den ordnungssichernden Organen relativ gering.

Schliesslich musste Zürich der Umstand Sorge bereiten, dass die Tagsatzung bis ins letzte Viertel des 17. Jahrhunderts kaum in der Lage war, in den von ihr verwalteten Gemeinen Herrschaften Bettelmandate zu erlassen oder in den Gemeinen Herrschaften eine genügende Anzahl von ordnungssichernden Organen bereitzustellen. Die fehlenden Massnahmen und Instrumente zogen Bettler, Vagierende und Migranten geradezu zu den Gemeinen Herrschaften.

Die Zürcher Obrigkeit enervierte sich ebenso über jene Schübe von Bettlern, Vagierenden und Migranten, welche von den angrenzenden Gebieten nach Betteljagden von ihren jeweiligen Territorien gegen Zürich geschickt worden waren. Die erneute Verpflichtung auf das Heimatprinzip, welche die Kantone in den Abkommen von 1627 und 1636 eingingen, war jedoch dazu geeignet, die Anzahl der fremden Bettler, Vagierenden und Migranten zu reduzieren. Allerdings konnte dies nur der Fall sein, wenn die Stände zur Aufnahme und zum Transit bereit waren und nicht alle illegal reisenden fremden Personen unbesehen retour sendeten.

## 6.8 Die Massnahmen gegen Bettler und Vagierende im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts

### 6.8.1 Das eidgenössische Bettelmandat von 1702

In der Eidgenossenschaft häuften sich nach der Jahrhundertwende vor dem Hintergrund des Spanischen Erbfolgekrieges (1701 – 1714) die Klagen über die Zunahme des „fremden Bettel- und Strolchengesindels“. Erstmals wird in diesem Zusammenhang das Erscheinen von Zigeunern erwähnt.<sup>1420</sup> Die Tagsatzung nahm sich dieser Probleme an. Die Delegierten einigten sich 1702 darauf, ein neues „scharfes Mandat“ zu erlassen, das auf den Grundzügen der bisherigen Politik basierte, aber den Druck auf die Bettler und Vagierenden durch eine häufigere und konsequentere Anwendung des bestehenden Instrumentariums erhöhen sollte.<sup>1421</sup> Dem Übel des Bettels könne nämlich nur mit koordinierten Massnahmen der Stände entgegengewirkt werden, so ihre Einsicht.<sup>1422</sup> Das Mandat kündigte an, jährlich drei oder vier eidgenössische Betteljagden zu veranstalten. Damit setzte die Tagsatzung zu Beginn des 18. Jahrhunderts trotz ihrer Bedenken nun doch wieder auf Betteljagden. Sie machte bei ihrer Organisation jedoch einen nicht unwesentlichen Fortschritt: Man einigte sich nämlich darauf, die Betteljagden nicht mehr vorgängig zu publizieren, um wenigstens einen Überraschungseffekt erzielen zu können.<sup>1423</sup>

Die Tagsatzung und die Stände sahen im Eidgenössischen Abschied von 1702 in den Dorfwachen dennoch weiterhin die tragenden Elemente bei der Verfolgung und Vertreibung der Bettler, Vagierenden und Migranten. Die Betteljagden bildeten eine temporäre Ergänzung zu den Dorfwachen, die ihren Dienst zu jeder Tages- und Nachtzeit absolvieren mussten.<sup>1424</sup>

Die Bedeutung des Mandats von 1702 lag weniger in seinem Inhalt, der keine neue Politik formulierte, als vielmehr im Umstand, dass es im Bewusstsein der Regimenter im Nachhinein zu einem Grundlagendokument der Bettel- und Vagierendenbekämpfung des 18. Jahrhunderts wurde.<sup>1425</sup> Spätere Tagsatzungen verwiesen überdies regelmässig auf diesen Abschied.<sup>1426</sup> Bis 1720 wurden keine weiteren gesamteidgenössischen Massnahmen beschlossen.<sup>1427</sup> Lediglich im Jahr 1706 wurde eine Bestimmung präziser gefasst. Die Tagsatzung begann ab jenem Zeitpunkt deutlicher als bisher zwischen Vagierenden aus eidgenössischen Ständen und Vagierenden aus anderen Territorien zu unterscheiden. Der Beschluss der Tagsatzung von 1706

---

<sup>1420</sup> Vgl. zu den Auswirkungen des Spanischen Erbfolgekrieges auf die Eidgenossenschaft: Ulrich im Hof, „Ancien Régime“, in: Handbuch der Schweizer Geschichte, Band 2, Zürich 1977; 673 – 784, 684 – 687.

<sup>1421</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 998, Juli 1702.

<sup>1422</sup> Ebd.

<sup>1423</sup> Ebd.

<sup>1424</sup> Ebd.

<sup>1425</sup> Vgl. dazu auch die Bemerkung in: Werdmüller, Memorabilia 1790, 33.

<sup>1426</sup> Bestätigungen: EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1085, Juli 1703; EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1246, Juli 1705; EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1516, Mai und Juni 1709; EA 1712 – 1743, Band 7.1, S. 131, Juli 1717; EA 1712 – 1743, Band 7.1, S. 164, Juli 1719. Die Eidgenössischen Abschiede bezogen sich meistens auf das Mandat von 1705 und nicht auf das ursprüngliche Mandat von 1702.

<sup>1427</sup> Das Mandat von 1702 wurde lediglich mit Ankündigungen von eidgenössischen Betteljagden und der Mahnung, das Mandat besser zu vollziehen, ergänzt.

hielt fest, eidgenössische Vagierende in ihren jeweiligen Heimatkanton zu senden<sup>1428</sup> und nicht, wie bis anhin, lediglich über die eigene Grenze abzuschieben. Damit war von der Tagsetzung ein erster, bescheidener Versuch unternommen worden, das Transitproblem anzugehen.

Nach 1702 blieb das Aufnahmeproblem weiterhin offen. Einzelne Stände, insbesondere Schwyz<sup>1429</sup>, Zug<sup>1430</sup>, Solothurn<sup>1431</sup> und Luzern<sup>1432</sup>, beklagten die gemäss ihrer Sicht unhaltbare Situation der fremden Vagierenden, die stahlen, raubten und mordeten. Sie benannten als Hauptgrund für die Zustände den Effekt, den eidgenössische und kantonale Betteljagden hatten: Die Kantone würden die Bettler und Vagierenden bloss von einem Stand in den anderen jagen und die ordnungssichernden Organe des Nachbarn schoben die Vertriebenen nur wenig später wieder über die Grenze zurück.<sup>1433</sup>

Bezüglich des Transitproblems von eidgenössischen Vagierenden und der Aufnahme von Bettlern und Vagierenden kam es am Ende des ersten Jahrzehnts des 18. Jahrhunderts nur auf regionaler Ebene zu Veränderungen. Dabei nahm Bern eine führende Rolle ein. Zunächst drängte Bern auf die Anwendung der bestehenden Massnahmen<sup>1434</sup>, dann liess es ein neues bernisches Mandat als Musterbeispiel in der Eidgenossenschaft verteilen<sup>1435</sup> und schliesslich vereinbarte Bern mit Luzern, Basel und Solothurn ein detailliertes Abkommen, das Verfolgungen über Standesgrenzen hinweg zulies, Passvorschriften machte und Reiserouten für den Transit vorschrieb.<sup>1436</sup>

### 6.8.2 Das Bettelmandat von 1713

Am Anfang des 18. Jahrhunderts war Zürich im Gegensatz zu Bern noch weit davon entfernt, die Bettler- und Vagierendenproblematik zusammen mit den andern Ständen umfassend anzugehen. Das Regiment richtete seinen Blick vor allem nach innen. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hatte es sein Almosenwesen soweit verbessert und durch Restriktionen gegen einheimische Bettler und Vagierende geschützt, dass es 1713 in einem weiteren Bettelmandat der Meinung war, für die „würdigen“ Armen nun genug Vorkehrungen getroffen zu haben, um sie in ihrer Not zu unterstützen.<sup>1437</sup> Folglich wären auch keine Fremden oder Einheimische, die einer ehrlichen Arbeit nachgehen konnten, und auch keine reisenden Handwerksburschen mehr genötigt, in der Stadt oder auf der Landschaft zu betteln.<sup>1438</sup> Die Leitidee

---

<sup>1428</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1328, Juli 1706. Vgl. dazu: EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 427, Oktober 1691.

<sup>1429</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1085, Juli 1703.

<sup>1430</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1090, September 1704; EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1205, Dezember 1704.

<sup>1431</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1246, Juli 1705; EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1328, Juli 1706; EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1358, Dezember 1706.

<sup>1432</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1530, Juli und August 1709.

<sup>1433</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1085, Juli 1703.

<sup>1434</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1566, Oktober 1709.

<sup>1435</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1458, Juli 1708.

<sup>1436</sup> EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1358f, Dezember 1706.

<sup>1437</sup> „Mandat wider den unverschämten Gassenbettel“, 1713, in: Sammlung der Policeygesetze 1757, dritter Band, Nr. V, 74.

<sup>1438</sup> Bettelmandat 1713, 75.

der Obrigkeit war, Armenunterstützung in ausreichendem Masse zu gewähren, aber nur noch in den Heimatgemeinden oder an zentralen Orten in der Stadt.

Auf diesen Prinzipien baute das neue Bettelmandat von 1713 auf. Es bestätigte zunächst die Bestimmungen von 1693 und reglementierte nur in einigen Punkten das Almosenwesen aufgrund der bisherigen Erfahrungen genauer. Bezüglich der Stadt erinnerte der Kleine Rat die Bürger daran, dass sie keine Almosen aus den Fenstern werfen und stattdessen mehr spenden sollten. „Was aber die Landschaft betrifft“, so das Bettelmandat von 1713, „sintemal die Erfahrung gelehret, dass so lange man in den Gemeinden die Dorf-Wachten fleissig gehalten, man des Gassenbettels allerdings los werden können, so bald aber darmit aufgehöret worden, der Bettel sich nach und nach wiederum in die Dörfer hineingelassen.“<sup>1439</sup> Für das Regiment musste es deshalb oberste Priorität sein, den Gemeinden mit dem Mandat von 1713 die Nützlichkeit von ständigen Dorfwachen nochmals vor Augen zu halten. Es nahm damit den entsprechenden Wunsch der Tagsatzung von 1702 auf. Zugleich nutzte es die Chance, das grosse Manko des Bettelmandats von 1693 auszubessern, indem es den Gemeinden die Organisationsstruktur der Dorfwachen vorschrieb. Alle Dorfgenossen mussten nun im Milizsystem und „im Kehr“, d. h. in regelmässiger Ablösung, den Dorfwachendienst versehen.<sup>1440</sup> Die Dorfwächter durften „kein Bettel noch ander fremd Volk ohne genugsame Attestation“ in das Gebiet des Standes Zürich einlassen.<sup>1441</sup> Es gehörte nun ausdrücklich auch zum Pflichtenheft der Dorfwächter, die durchreisenden Handwerksgesellen mit gültigen Passierscheinen darauf hinzuweisen, dass sie sich auf den Hauptstrassen bewegen und nur Richtung Stadt wandern dürften.<sup>1442</sup> Falls die Handwerksgesellen trotzdem doch in entlegene Dörfer gingen, mussten sie von den Dorfwächtern wieder auf die Hauptstrassen zurückgeführt werden. Die Spendensammler, die ohne obrigkeitliche Bewilligung Geld für Opfer von Bränden oder anderen Unglücken einzogen, erfuhren ebenfalls besondere Aufmerksamkeit von den Dorfwächtern.<sup>1443</sup>

Die Ober- und Landvögte behielten als direktes Kontrollorgan der Obrigkeit auch im Bettelmandat von 1713 die Oberaufsicht über die Dorfwachen bei. Sie hatten jene Kommunen mit einer Geldstrafe zu belegen, die ihre Dorfwachen nur nachlässig eingerichtet hatten.<sup>1444</sup>

Die Auswirkungen der neuen Bestimmungen in den Gemeinden blieben bescheiden. Nur vereinzelt wurden in den folgenden Jahren Pflichtenhefte für die Dorfwächter schriftlich verfasst. Sie entsprachen zudem nur bedingt den obrigkeitlichen Vorstellungen. Das Beispiel der Gemeinde Maur zeigt, dass dem Dorfwächter unter Androhung der Entlassung zwar aufgetragen wurde „bey Tag und Nacht auf verdecktighes Bätel- und Strolchen-Gesind beflissen achthaben und die verdecktig scheinende an behördenden Ort anzuzeigen“.<sup>1445</sup> Der Dorfwächter hatte dazu täglich im Dorf zu patrouillieren, in den umliegenden Höfen jedoch nur alle zwei Wo-

---

<sup>1439</sup> Ebd., 76.

<sup>1440</sup> Ebd.

<sup>1441</sup> Ebd.

<sup>1442</sup> Ebd., 77.

<sup>1443</sup> Ebd.

<sup>1444</sup> Ebd.

<sup>1445</sup> Gemeindearchiv Maur, LHG 59, „Pflichten eines Dorfwächters zu Maur“, 13. Dezember 1751. Das Dokument wurde vom bekannten Kupferstecher David Herrliberger (1697 – 1777) verfasst, der 1749 – 1775 auch Gerichtsherr in Maur war.

chen zu erscheinen. Die ordnungssichernden Aufträge stellten allerdings nur einen Teil des Aufgabenkataloges des Dorfwächters von Maur dar. Er hatte ausserdem die Stunden auszurufen sowie dem Pfarrer, dem Vogt, dem Weibel und dem Säckelmeister des Dorfes täglich seine Dienste anzubieten. Immerhin wurden auch seine Ruhezeiten festgelegt. So durfte er im Sommer von 19.00 Uhr bis 22.00 Uhr und von 02.00 Uhr bis 05.00 Uhr schlafen.<sup>1446</sup>

### 6.8.3 Das Bettelmandat von 1714

Bereits 1714 sah sich das Regiment genötigt, immer noch unter dem Eindruck der Auswirkungen des Spanischen Erbfolgekriegs (1701 - 1714), ein neues Mandat zum Bettelproblem zu verfassen und es an alle Land-, Ober- und Untervögte sowie Weibel zu versenden.<sup>1447</sup> In der Einleitung nahm das Mandat Bezug auf die aktuelle Situation. Es sei gemeinhin bekannt, dass das Land zurzeit mit fremdem Bettelvolk „zum höchsten bedrängt und beschwehrt“ werde. Um diesem Übel zu begegnen, seien in den vergangenen Jahren gute Vorschriften erlassen worden. Das Mandat erwähnt in der Folge zum einen die bekannten Verbesserungen der Almoseneinrichtungen. Zum anderen gibt es an, es sei insbesondere den Profosen eingeschärft worden, ihre Arbeit gut zu verrichten. Diese Bemerkung ist interessant, weil die Landprofosen in den Bettelmandaten von 1693 und 1713 durch die Dorfwachen abgelöst schienen. Ihre erneute Erwähnung deutet auf eine Wiederbelebung der Landprofosen hin, um die Schwächen der Dorfwachen auszugleichen. Trotz der Bemühungen habe die Anzahl der Bettler stark zugenommen, so die Aussage im Mandat. Die Obrigkeit ordnete im Sommer 1714 deshalb eine allgemeine kantonale Betteljagd an, wodurch alles „frömde Volk und Bättler mit Weib und Kindern (doch ehrliche durchreisende Personen ausgenommen)“ aus dem Land geschafft werden sollten.<sup>1448</sup> Am 10. Juni musste die Betteljagd in den Kirchen des Landes angekündigt werden. Am 11. und 12. Juni wurde die Aktion durchgeführt. Alle unerwünschten Fremden mitsamt Frauen und Kindern durften unter Strafandrohung von allen Bewohnern und den Beamten aus allen Dörfern, Höfen, Scheunen und Wirtshäusern eines Gerichtsbezirks hinausgetrieben und pro Gemeinde an einer zentralen Stelle versammelt werden. Die Dorfvorgesetzten nahmen die dort Zusammengetriebenen in Empfang und befragten sie einzeln gemäss dem Heimat- und Abschiebeprinzip bzw. dem Kriterium „würdig“ oder „unwürdig“. Die befragte Person wurde zum Ortsgeistlichen gebracht, wenn er bei der Triage angab, er habe nur ab und zu und aus Not gebettelt. Der Pfarrer sollte ihm weiterhelfen und ihn zu ehrlicher Arbeit anmahnen. Liess er sich nicht helfen, sollte der Bettler im Schellenwerk bestraft werden. Aufgebrachte Bettler aus der Eidgenossenschaft brachte man bis zur Grenze, um sie dort mit der Drohung, sie bei einer erneuten Rückkehr mit dem Schellenwerk zu bestrafen, in ihre Heimat auszuweisen. Alles übrige „landesfrömde Volck“ musste durch „nothwendig-bewaffnete Personen“ „mit freundlicher Manier“ an die Rheinübergänge geführt werden und dort – ebenfalls unter der Androhung strenger Strafen – abgeschoben werden. Interessant ist der Umgang mit Personen, von denen die Obrigkeit annahm, dass sie nicht nur bettelten, sondern auch fähig

---

<sup>1446</sup> Ebd.

<sup>1447</sup> StAZ III AAb 1.8, Mandat vom 4. Juni 1714; vgl. dazu auch das folgende, ausführlicher formulierte Mandat: StAZ III AAb 1.8, Mandat vom Januar 1715. Die folgenden Angaben beziehen sich auf diese beiden Mandate.

<sup>1448</sup> StAZ III AAb 1.8, Januar 1715.

wären, kriminelle Taten zu verüben.<sup>1449</sup> „Was unter disem Gsind von starcken gesunden Mans-Personen die dem Land beschwehrlich und böser Sachen halben verdächtig gefunden werden, sollen gut verwahrt“ werden und als abschreckendes Beispiel entweder zum Sold-dienst in die Fremde gezwungen oder auf Galeeren nach Venedig verschickt werden.<sup>1450</sup>

Wer Widerstand gegen die Ausschaffung leistete, sollte von den Profosen direkt zu den Vorgesetzten in die Stadt gebracht werden, damit er im Schellenwerk abgestraft oder ebenfalls auf die Galeeren verschickt würde. Beim Abführen der Verhafteten musste darauf geachtet werden, dass die Gefangenen kein Feuer legten oder sonst „schädliche Ungelegenheiten“ anrichteten.<sup>1451</sup>

Nach der Betteljagd sollte das Land möglichst lang frei von unerwünschten Personen bleiben. Aus diesem Grund wurden die Gemeinden im Mandat von 1714 einmal mehr aufgefordert, Dorfwatchen zu bilden. Ferner wurden die Profosen verpflichtet, auf allen Strassen und Feldern gemäss den bekannten Vorschriften konsequent vorzugehen, damit das Land „sauber verbleibe“ und wieder „Ruhe und Sicherheit“ einkehre.<sup>1452</sup>

#### **6.8.4 Die Betteljagden von 1715 bis 1722**

Im Januar 1715 kündigte ein weiteres Mandat die nächste Betteljagd an.<sup>1453</sup> Die ausschlaggebenden Ursachen lagen diesmal jedoch nicht in den Auswirkungen kriegerischer Ereignisse, sondern sie waren von gesundheitspoliceylicher Natur. Von Österreich, Polen und Bayern aus breitete sich um die Jahreswende von 1714/15 eine „Contagion“ aus, welche Massnahmen des Sanitätsrats erforderte. Neben der Angst vor wirtschaftlichem Schaden bestand im Regiment nun auch die Furcht vor der Einschleppung von Krankheiten und Seuchen, insbesondere der Viehpest. Dies war der Grund, weshalb eine neue Betteljagd, die sich speziell gegen alle Fremden aus den Ursprungsgegenden der Krankheiten richtete, angeordnet wurde. Am 13. Januar 1715 machten die Pfarrer von der Kanzel die Ankündigung, am 16., 17. und 18. Januar werde eine Betteljagd nach demselben Muster wie 1714 durchgeführt, um „das faul-liederliche und verdächtige Bättel- und Strolchen-Gesind“ ohne Pass zu vertreiben.<sup>1454</sup>

Das primäre Ziel der Obrigkeit war es, mit der Betteljagd die Einschleppung von Krankheiten in das Gebiet des Standes Zürich zu verhindern. Dazu nützte eine Betteljagd allein allerdings nicht viel. Weitaus wichtiger war es, dass die Grenzen verstärkt kontrolliert wurden. Dies war auch der Obrigkeit bewusst. Sie setzte nicht näher bezeichnete, aber eigens dafür bestellte Aufseher ein, um die Tätigkeit der Watchen an den Grenzen besser überwachen und ohne Vorankündigung Inspektionen durchführen zu können.<sup>1455</sup> Sollten dabei Nachlässigkeiten

---

<sup>1449</sup> Dazu zählten sie das „gottlose Heidengesind“, „Zigeuner“, „beschwerliche Landstreicher“, Geiger, Lyren-Dirnen, verdächtige Krämer, „überflüssiges-schädliches Hartzler-Gesind“ und Kessler ohne Erlaubnisschein – also zum Grossteil Vagierende.

<sup>1450</sup> StAZ III AAb 1.8, 4. Juni 1714.

<sup>1451</sup> Ebd.

<sup>1452</sup> Ebd.

<sup>1453</sup> StAZ III AAb 1.8, Januar 1715.

<sup>1454</sup> Ebd.

<sup>1455</sup> Aus der Quelle geht nicht explizit hervor, aus welchem Personal die Watchen an den Grenzen gebildet wurden. Ich gehe jedoch davon aus, dass es kein neu geschaffenes ordnungssicherndes Organ war, sondern die

aufgedeckt werden – zum Beispiel, dass Wächter aus Liederlichkeit Bettler passieren liessen oder der Wachtposten nicht ordnungsgemäss bzw. gar nicht besetzt war – wurden sowohl die Vorgesetzten wie auch die Wächter selbst mit Geldbussen oder mit anderen Strafmassnahmen gemassregelt.<sup>1456</sup> Eine gleichartige Betteljagd wie die vom Januar 1715 wurde am 7., 8. und 9. Juli desselben Jahres wiederholt.<sup>1457</sup>

Nach abgeklungener Gesundheitsgefahr öffnete Zürich wieder die Pässe und Grenzen. Gleichzeitig fürchtete die Obrigkeit eine erneut nachlassende Aufmerksamkeit der Grenz- und Dorfwachen. Sie äusserte aus den bisher gemachten Erfahrungen die Vermutung, dass die Zahl der Bettler und Vagierenden wieder zunehmen werde.

Eine weitere Betteljagd fand am 1., 2. und 3. April 1716 statt.<sup>1458</sup> Sie enthielt aber eine markante Neuerung: Die Kontrolle der Grenzwachen hatte sich während der Zeit der drohenden Viehpest nämlich so gut bewährt, dass sie, nach der Meinung des Regiments, von nun an auch bei ordentlichen Betteljagden beibehalten werden sollte. Die Wachen waren ohne konkrete Bedrohung allerdings kaum motiviert, ihre Pflichten überdurchschnittlich zu erfüllen. So ertönte kurze Zeit später schon wieder die Klage, die Last des fremden Bettels und Vagierens habe, ungeachtet der obrigkeitlichen Massnahmen, weiter zugenommen. Zum Bedauern des Regiments werde ihnen nicht mit dem notwendigen Ernst begegnet, wodurch dem Land je länger je mehr grössere „Ungelegenheit, Gefahr und Schaden“ erwachsen würde.<sup>1459</sup> Das Regiment ordnete nun für jeden Hof und jedes Dorf eine monatliche Betteljagd an, die jeweils immer am Donnerstag und Freitag der ersten Woche des Monats durchzuführen sei.<sup>1460</sup>

Im Unterschied zu den bisherigen Betteljagden waren seit 1716 die Betteljagden aber nicht mehr nach Gerichtsbezirken organisiert, sondern jede Gemeinde war für ihren Bann verantwortlich. Ansonsten blieb der Ablauf der Betteljagden beim bewährten Muster, ausser dass man sie – 14 Jahre nach einem Entscheid der Tagsatzung – nun nicht mehr im Voraus ankündigte. Dies hatte nämlich zur Folge, dass „ds Bättelgesind hierdurch nur gelegenheit gewinnt, sich etwan von 2 oder 3 tag zu verstecken und dann nach verrichteter Bäteljägi sich widerum hervor last.“<sup>1461</sup> Die Betteljagd verkürzte man daher auf zwei Tage und die fremden Bettler und Vagierenden durften nicht mehr nur über den Rhein, sondern über alle Grenzabschnitte abgeschoben werden.

Die neue finanzielle Belastung für die Kommunen durch die monatlichen Betteljagden war dem Regiment bekannt. Der Aufwand für die Gemeinden sollte deshalb bewusst klein gehalten werden, indem sich die Gemeindevorgesetzten in der Leitung der Betteljagden abwechselten und zwei oder mehrere Gemeinden die Betteljagden gleichzeitig durchführten. Auf keinen Fall durften den anderen Gemeinden Kosten verrechnet werden oder die Gemeinde- oder Kir-

---

grenznahen Gemeinden aufgefördert wurden, mit ihren Dorfwachen auch Aufgaben an der Grenze zu übernehmen. Dieses Modell wurde ab 1722 eingeführt und beschrieben. Vgl. dazu weiter unten in diesem Kapitel.

<sup>1456</sup> StAZ III AAb 1.8, Mandat vom Januar 1715.

<sup>1457</sup> StAZ III AAb 1.8, Mandat vom 20. Juli 1715.

<sup>1458</sup> StAZ III AAb 1.8, Mandat vom 24. März 1716.

<sup>1459</sup> StAZ III AAb 1.8, Mandat vom 9. September 1716.

<sup>1460</sup> Ebd.

<sup>1461</sup> StAZ A 61.6, Gutachten vom 5. September 1716.



chengüter, d. h. die Kasse der Armenfürsorge, belastet werden. Hingegen sollten die Dorfwachen aufrechterhalten bleiben.<sup>1462</sup>

Die Weiterentwicklung der Massnahmen in Zürich fand bis zum Ende der 1720er Jahre in einer engen Wechselwirkung mit den Abschieden der Eidgenössischen Tagsatzung statt.

Zur selben Zeit, als Zürich seine Betteljagden auf kommunaler Ebene neu organisierte, beschäftigte sich die Tagsatzung erneut mit dem Problem des Bettels. An der Tagsatzung vom Juli 1717 hatte Luzern moniert, die Betteljagden würden nicht überall mit gleichem Nachdruck durchgeführt.<sup>1463</sup> Die Versammlung beschloss darauf, das eidgenössische Bettelmandat von 1705 bzw. 1702 wieder drucken zu lassen und am 2., 3. und 4. September eine eidgenössische „Betteljäggi“ durchzuführen.<sup>1464</sup> Das entsprechende Mandat erschien am 9. Juli 1717 und stellte einleitend allgemein fest, dass sich das gefährlich-verdächtige Strolchengesindel in der Eidgenossenschaft weiter vermehrt und dass die Anzahl der Diebstähle, Einbrüche und anderer „Gefährlichkeiten und Ungemach“ dadurch zugenommen habe. Sie werde in Zukunft wohl auch nicht abnehmen.<sup>1465</sup> Das Mandat rief auch die vier jährlichen Betteljagden in Erinnerung und wiederholte die Vorgaben zum Umgang mit den eidgenössischen Bettlern. Es erlaubte den Ständen, mit harten Strafen gegen sie zu drohen. Auch sollten den Bettlern Attestate ausgestellt werden, damit man wisse, woher sie kommen.<sup>1466</sup>

Der Rat von Zürich passte aufgrund des eidgenössischen Bettelmandats und wohl auch aufgrund der nicht durchzuhaltenden Kadenz der monatlichen Betteljagden seine Bestimmungen über die Betteljagden von 1717 erneut an.<sup>1467</sup> Auf dem Territorium des Standes Zürich wurden jährlich nur noch vier Betteljagden veranstaltet, statt die monatlichen Vertreibungsaktionen durchzuführen. Die Betteljagden wurden im Nachhinein nun mit einem kurzen Bericht und einem öffentlichen Anschlag bekannt gemacht.<sup>1468</sup> Die Dorfwachen der Gemeinden waren weiterhin für die Durchführung der Betteljagden verantwortlich.<sup>1469</sup> Die erste Betteljagd war nach dem Zürcher Pfingstmarkt, die Zweite nach der Messe in Zuzach am St. Verenatag (2. September), die Dritte im Dezember und die Vierte nach Ostern angesetzt.<sup>1470</sup> Die Daten wurden so gewählt, dass nach der Durchreise einer grossen Zahl von Händlern, Krämern und anderen Vagierenden zu den Messstandorten oder nach bzw. vor wichtigen kirchlichen Festen das Land von unerwünschten Fremden wieder „gereinigt“ werden konnte.<sup>1471</sup> Die Zürcher

---

<sup>1462</sup> StAZ III AAb 1.8, Mandat vom 9. September 1716.

<sup>1463</sup> EA 1712 - 1743, Band 7.I, S. 131, Juli 1717. Die Kantone der Innerschweiz ärgerten sich schon an der Konferenz der V katholischen Orte vom Mai 1717 darüber, dass die Betteljagden nicht überall, namentlich in der Gemeinen Herrschaft der Freien Ämter, nicht mit demselben Nachdruck durchgeführt würden. Als Abschreckung sollten das „Gesindel“ nicht nur auf Galeeren, sondern auch in den Türkenkrieg „verschickt“ werden; EA 1712 - 1743, Band 7.I, S. 131, Mai 1717.

<sup>1464</sup> Ebd.

<sup>1465</sup> StAZ III AAb 1.8, Mandat vom 9. Juli 1717.

<sup>1466</sup> Ebd.

<sup>1467</sup> Ebd.

<sup>1468</sup> StAZ III AAb 1.8; Mandat vom 9. September 1716; StAZ A 61.6, Gutachten vom 26. Mai 1724.

<sup>1469</sup> Ebd.

<sup>1470</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat von 20. August 1728.

<sup>1471</sup> Besonders beliebte Aufenthaltsorte für Bettler in Stadtnähe waren die Ziegelhütte und der Kalkofen bei Selnau. Die Obrigkeit beschloss 1720, den Kalkofen regelmässig visitiert zu lassen; vgl. Wermüller, Memorabilia 1790, 33. Als im 17. Jahrhundert in Selnau noch das Haus für die Pestkranken stand, wurde dem dortigen Profo-

Obrigkeit ahnte bereits, die Reduktion der Betteljagden könnte eine nachlassende Wachsamkeit der Verantwortlichen und einen raschen Anstieg der Bettlerzahlen zur Folge haben. Deshalb beharrte das Regiment darauf, dass die Dorfwachen die unerwünschten Vagierenden nun aktiver aufzusuchen und an einem bestimmten Ort zusammenzuführen hätten.<sup>1472</sup> Bei Betteljagden durften die Dorfwächter auch Hilfe aus der Gemeinde, die ihnen bei Verhaftungen zur Seite zu stehen hatte, erbitten.<sup>1473</sup> In der Realität waren es jedoch eher Vertreibungen als Verhaftungen, denn in den Mandaten taucht immer öfter die Erlaubnis auf, das Strolchengesindel dürfe auch mit Staubbesen verjagt werden.

Von 1720 bis 1722 bedrohte eine in Frankreich grassierende Pestseuche von neuem Mensch und Vieh in der Eidgenossenschaft. Rat und Bürgermeister von Zürich ordneten 1720 und 1721 in mehreren Mandaten auf Anraten des Sanitätsrates nach dem Vorbild von 1715 an, niemanden ohne gültigen Pass ins Gebiet des Kantons Zürich zu lassen.<sup>1474</sup> Gleichzeitig nahm um 1720 nach zeitgenössischer Wahrnehmung die Bedrohung durch Vagierende und Migranten aus dem benachbarten Ausland zu. Nach Kriegen entlassene Soldaten sowie „viele schlimme Diebe und Mörder etc.“ machten die Gegend so unsicher, dass Landvogt Escher schreiben konnte: „Selbst in der Stadt Zürich und übriger ihrer Landschaft sind mehr importante Diebstähle, Einbrüche, mordliche rencontres etc. um selbige Zeit begangen worden, als zuvor jemals.“<sup>1475</sup> Das Regiment ordnete in Ergänzung zu den gesundheitspolizeylichen Massnahmen an, Betteljagden durchzuführen, fremdes verdächtiges „Strolchen- und Bettelgesind“ abzusondern, zu züchtigen und es wieder zu vertreiben sowie „ehrlich reisende Personen und Handwerker“ auf die Hauptstrassen und über definierte Reiserouten durch den Kanton zu weisen.<sup>1476</sup>

Die Praxis im Kanton Zürich entsprach nun auch den Bestimmungen, welche die ausserordentliche Tagsatzung vom Oktober 1720 getroffen hatte. Die Versammlung hatte 1720 auf Druck von Luzern und Solothurn ein neues Mandat mit ausführlicheren Vorschriften erlassen. Es ersetzte das Mandat von 1702 bzw. 1705 und regelte vor allem den oft verweigerten Transit an der Grenze der Nachbarkantone. Die Grenzen der Stände durften demnach für Vagierende nicht mehr gänzlich geschlossen werden. Eidgenössische Vagierende sollten in so genannten „Bettelfuhren“ in ihre Heimatorte durchgelassen und fremde Vagierende an die entsprechenden Landesgrenzen passieren gelassen werden.<sup>1477</sup> Ferner sollte den Vagierenden als Kontrolle auch ihre Reiseroute durch die Eidgenossenschaft vor- und in die Pässe eingeschrieben werden.<sup>1478</sup>

In Zürich waren die Dorfwachen für die Umsetzung der neuen Transit- und Reisebestimmungen zuständig. Dorfwächter, welche die Durchreisenden und ihre Pässe nicht selbst überprü-

---

sen aufgetragen, auf die Bettler acht zu geben, damit sie nichts Ungebührliches anstellten; vgl. Werdmüller, *Memorabilia* 1790, Teil II, 121.

<sup>1472</sup> StAZ III AAb 1.8, Mandat vom 9. September 1716.

<sup>1473</sup> Ebd.

<sup>1474</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat vom 21. Oktober 1721.

<sup>1475</sup> Escher, *Bemerkungen*, 282.

<sup>1476</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat vom 21. Oktober 1721.

<sup>1477</sup> EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 200. Oktober 1720.

<sup>1478</sup> EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 288, Juli 1726. EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 345, Juli 1729.

fen konnten, übergaben die Schreiben dem Ortspfarrer oder einem „verständigen Vorgesetzten“, der sie ihnen vorlas.<sup>1479</sup>

Die um 1720 getroffenen Massnahmen schienen erstaunlich gut zu funktionieren. Dennoch war das Regiment nicht gänzlich mit dem erzielten Erfolg zufrieden. Es sah jedoch ein, dass eine Leistungssteigerung mit den bestehenden ordnungssichernden Organen kaum möglich war. Zur besseren Durchsetzung seiner gesundheitspoliceylich begründeten Anordnungen setzte es deshalb in der Zeit der Pestgefahr zwischen 1720 und 1722 nebst den Dorfwächtern erstmals ein zusätzliches ordnungssicherndes Instrument ein. Die Gemeinden wurden 1720 angehalten, in den Quellen nicht näher definierte Patrouillenwachen zu bilden, welche den Dorfwächtern helfen sollten, die umfangreichen Abwehrmassnahmen umzusetzen.<sup>1480</sup> Die Untervögte, Richter, Weibel und Ortsvorgesetzten sollten auf die Einhaltung der Vorschriften der Dorf- und Patrouillenwächter bei Tag und bei Nacht schauen.<sup>1481</sup> Die Patrouillenwachen wurden im Winter 1722 nach abgeklungener gesundheitlicher Gefahr und nach Klagen der Gemeinden allerdings wieder abgeschafft.<sup>1482</sup>

Die Bevölkerung war zwischen 1720 und 1722 von der Pest verschont geblieben. Die Obrigkeit nutzte kurz darauf die Dankbarkeit der Leute aus, um den Gemeinden die Pflicht zum Unterhalt von Dorfwachen in Erinnerung zu rufen. Im gleichen Zug wurde das Pflichtenheft für die Dorfwächter erstmals detailliert abgefasst: Sie sollten geflissentlich auf alle ankommenden Personen, Waren und Güter achten und niemanden passieren lassen, es sei denn, er sei im Besitze eines Passes oder eines Sanitätsscheines. Die Dorfwächter waren verpflichtet, eine Person zu arretieren und dem zuständigen Ober- oder Landvogt unverzüglich eine entsprechende Nachricht zukommen zu lassen, falls sie etwas Verdächtiges an jener Person oder an den von ihr mitgeführten Waren festgestellt hatten.<sup>1483</sup> Im Mandat von 1722 kommt zudem zum Ausdruck, dass das Regiment den Dorfwachen in den Grenzregionen auch Grenzwachtfunktionen zuschrieb. In der Umgebung von Kappel, Wädenswil, entlang der Sihl und der Reuss, in den Herrschaften Grüningen und Kyburg, bei Eglisau, Rheinau, Feuerthalen, Langwiesen, Diessenhofen sowie in Stein am Rhein waren die Dorf- bzw. die Grenzwachen verpflichtet, „auf das genaueste“ zu „observieren“ und ebenfalls keine Person ohne gültigen Ausweis ins Land zu lassen.<sup>1484</sup> Zürich errichtete ab 1727 vereinzelt Wachthäuser an der Grenze zur „Abhaltung des Strolchen- und Bättelgesinds“.<sup>1485</sup>

Das Regiment mahnte die Landvögte, „die ihre Herrschaften betrettende Vagabonds, so nichts criminelles begangen, züchtigen zu lassen.“<sup>1486</sup> Es kam den Untervögten, Weibeln und anderen Vorgesetzten zu, die Dorf- und Grenzwachen mit Kontrollrunden tagsüber oder während

---

<sup>1479</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat vom 21. Oktober 1721.

<sup>1480</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat vom 16. November 1722.

<sup>1481</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat vom 21. Oktober 1721.

<sup>1482</sup> Ebd.

<sup>1483</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat vom 16. November 1722.

<sup>1484</sup> Ebd.

<sup>1485</sup> So am „Schwöster-Reyh“. Beim Schwesternrain handelte es sich um die Hochwacht auf dem Gebiet der heutigen Gemeinde Hombrechtikon, unweit der Kantonsgrenze zu St. Gallen. Diesen Hinweis verdanke ich Stadtarchivar Dr. Robert Dünki.

<sup>1486</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, 33.

der Nacht zu überprüfen und sich zu vergewissern, dass das obrigkeitliche Mandat eingehalten wurde.<sup>1487</sup>

### **6.8.5 Die präzisierten Bestimmungen von 1724 zur Durchführung von Betteljagden**

In den zehn Jahren zwischen 1713 und 1723 konnte, wie oben aufgezeigt, auf dem Gebiet der Abwehr von Vagierenden und der Kontrolle von Reisenden aufgrund von eidgenössischen Bestimmungen und den Erfahrungen während den Seuchenzeiten einiges bewirkt werden. Ein neues Bettelmandat hielt 1724 die für den Kanton Zürich wichtigsten Konsequenzen und Veränderungen fest und präzisierte bisherige Bestimmungen.<sup>1488</sup>

Die vier jährlichen Betteljagden im Kanton wurden in der Regel vom Regiment direkt initiiert. Die Verantwortung für ihre Durchführung lag jedoch bei den Gemeindevorgesetzten. Das neue Mandat von 1724 ordnete nun erstmals die organisatorischen Rahmenbedingungen für die Betteljagden. Danach hatten die Gemeindevorgesetzten ihren Dorfwächter rechtzeitig über eine anstehende Betteljagd zu instruieren und ihm gegebenenfalls weitere Leute als Hilfen zuzuordnen. Die Dorfwächter und ihre Helfer durchstreiften am angesetzten Betteljagd-Tag nach gewohnter Ordnung ihren Dorfschaftsbezirk und suchten „einheimisches und frömdes Bättler und Strolchengesindel“ auf.<sup>1489</sup> Die Vorschriften über den Umgang mit den aufgefundenen Personen entsprachen den Anweisungen, wie sie zuvor den Landprofosen gegeben worden waren und berücksichtigten die neuen Abschiede der Tagsatzung von 1720. Einheimische Bettler waren durch „dazu bestellte tüchtige Persohnen“ dem Vorgesetzten der Nachbargemeinde zu übergeben, der diese wiederum an seine Nachbargemeinde weiterreichte. Das Weiterreichen ging so lange, bis der Bettler in seiner Heimatgemeinde dem örtlichen Seelsorger übergeben wurde. Der Geistliche hatte mit dem Betroffenen ein ernsthaftes Gespräch über das Laster des Müssiggangs zu führen. Allenfalls wurde er in der Gemeinde oder im Schellenwerk bestraft.<sup>1490</sup>

Ab 1724 galt für die Stadt die Bestimmung, dass die „Wächter bey den Porten“ keinem Bettler mehr Einlass in die Stadt gewähren durften, sondern sie mussten sich vor den Stadttoren besammeln. Ein Stadtprofose holte die Bettlerschar zu bestimmten Stunden dann bei den Porten ab.<sup>1491</sup> Er begleitete sie sodann bis zum Almosenamt und führte sie hernach wieder vor die Mauer bzw. er übergab sie den Gemeindeprofosen der umliegenden Gemeinden. Diese übergaben die Bettler ihren Amtskollegen, bis die einheimischen Bettler wieder in ihrer Heimatgemeinde angelangt waren. Dasselbe Verfahren wurde auch bei aufgetriebenen „frömden Bättlern und Strolchen“, seien sie aus der Eidgenossenschaft oder seien sie aus anderen Ländern, angewandt. Sie sollten mit der Mahnung wieder über die Grenze geschickt werden, nicht mehr „im hiesigen Gricht und Gebieth“ zum Betteln zurückzukehren. Ansonsten würden

---

<sup>1487</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat vom 16. November 1722.

<sup>1488</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat vom 5. Juni 1724.

<sup>1489</sup> Ebd.

<sup>1490</sup> Ebd.

<sup>1491</sup> Damit wurde die entsprechende Bestimmung von 1669 noch genauer geregelt.

sie verhaftet und ins Schellenwerk Oetenbach zur Abstrafung mit dem Staubbesen oder der Stud gesteckt werden.<sup>1492</sup>

Das Regiment war sich durchaus bewusst: Die Betteljagden funktionieren nur mit fähigen Dorfwächtern. Deshalb empfahl es den Gemeinden im Mandat von 1724, nur „frutige Männer“ als Dorfwächter zu bestellen, die ihre Aufgabe Tag und Nacht geflissentlich ausübten.<sup>1493</sup> Die Obrigkeit ahnte, dass in den meisten Fällen ihre Worte dennoch nur ein frommer Wunsch waren. In der Einleitung zum Mandat hatte sie nämlich selbst zugeben müssen, dass es zu einer „Überlast“ an Fremden gekommen war, weil die Gemeinden „aus Unterlass und liederlicher Haltung“ die schon mehrmals anbefohlenen Dorfwachen nicht oder nur zögerlich eingerichtet hätten.<sup>1494</sup> Das Mandat von 1724 wiederholte im Wesentlichen das Pflichtenheft der Dorfwächter von 1722. Es enthielt aber Ergänzungen für die Dorfwachen an den Grenzen. Eindringende verdächtige Personen ohne Pass oder ohne ein anderes Schreiben, das sein „ehrliches Herkommen belege“, seien möglichst in Grenznähe abzuhalten. Verdächtige Personen und „Strolche“ im Landesinnern seien sofort mit Gewalt anzuhalten und über die Dorfwachen dem Landvogt zur Abstrafung zu schicken. Um Bettelfahren über den Zürichsee zu verhindern, verbot das Regiment allen Schiffleuten, Bettler zu transportieren. Widrigenfalls hatten die Schiffleute die Kosten für die Rückführung zu übernehmen.<sup>1495</sup> Handwerksgesellen und Personen mit gültigen Brand- oder Steuerbriefen sollten sich an die bekannten Regeln halten und sich nur auf den Hauptstrassen bewegen.<sup>1496</sup>

Gegenüber dem Mandat von 1722 behielt sich das Regiment vor, neben den landvogteilichen und kommunalen Aufsichten über die Dorfwachen auch eigene „Patrouille-Wächter“ zur Visitation der Dorfwachen auszusenden.<sup>1497</sup> Diese Art von Patrouillenwächtern unterschied sich von derjenigen im Mandat von 1722, wo der Begriff nur die Helfer der Dorfwächter bezeichnete.

## 6.8.6 Die schwindende Bedeutung von eidgenössischen Betteljagden

Auf eidgenössischer Ebene setzte sich in den 1720er Jahren nach den gemeinsamen Betteljagden von 1717 und 1718 die ernüchternde Erkenntnis allmählich durch, dass es zweckmäßiger sei, Massnahmen gegen das „Bettler- und Strolchengesind“ schergewichtig durch die einzelnen Stände entscheiden zu lassen als das Problem als Ganzes durch die Tagsatzung lösen zu wollen.<sup>1498</sup> Einer der zentralen Gründe war der fundamentale Widerstand von Basel, Schaffhausen, Zug und Glarus gegen diese „unnötigen Veranstaltungen“. Eine weitere Ursache lag in der Bevorzugung von regionalen Abkommen durch die Stände. Sie verhinderten umfangreiche eidgenössische Massnahmen.<sup>1499</sup>

---

<sup>1492</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat vom 5. Juni 1724.

<sup>1493</sup> Ebd.

<sup>1494</sup> Ebd.

<sup>1495</sup> Ebd.

<sup>1496</sup> Ebd.

<sup>1497</sup> Ebd.

<sup>1498</sup> EA 1712 - 1743, Band 7.I, S. 164, 345, 383, 444.

<sup>1499</sup> EA 1712 - 1743, Band 7.I, S. 273, 288, 306f, 309.

Koordinierte eidgenössische Betteljagden fanden im bisherigen Rahmen dennoch regelmässig statt. Zunächst wurden sie noch unmittelbar nach den Tagsatzungen durchgeführt, wenn während der Versammlung wieder einmal eine besonders hohe Zahl von „gefährlichen Bettler-, Strolchen, Zigeuner und liederlichem Gesindel“ ausgemacht worden war.<sup>1500</sup> Ab 1725 erfolgten die Betteljagden jeweils in den ersten drei Tagen der Monate September, Oktober und November.<sup>1501</sup> 1727 beschloss die Tagsatzung, jeden Dezember eine zusätzliche Betteljagd zu veranstalten.<sup>1502</sup>

Ordentliche und ausserordentliche Betteljagden in den Kantonen sollten weiterhin ergänzend durchgeführt werden.<sup>1503</sup> Sie fanden bis zum Ende des Ancien Régime auf der Zürcher Landschaft in mehr oder weniger regelmässigen Intervallen statt.<sup>1504</sup>

---

<sup>1500</sup> EA 1712 - 1743, Band 7.I, S. 262, Juli 1724. Vgl. auch: EA 1712 - 1743, Band 7.I, S. 149, Juli 1718.

<sup>1501</sup> EA 1712 - 1743, Band 7.I, S. 273, Juli 1725.

<sup>1502</sup> EA 1712 - 1743, Band 7.I, S. 309, Juli 1727. Seit 1731 wurden die Daten der eidgenössischen Betteljagden definitiv nicht mehr vorgängig veröffentlicht, vgl. EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 383. Juli 1731. Zürich bekam als Vorort die Aufgabe, jeweils die Daten den anderen Ständen mitzuteilen. Die kantonalen Betteljagden sollten seit 1729 auch den benachbarten Orten vorzeitig mitgeteilt werden, vgl. EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 345, Juli 1729.

<sup>1503</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat vom 16. November 1722.

<sup>1504</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 369. Das Instrument der Betteljagd wurde auch im 19. Jahrhundert noch eingesetzt. Vgl. dazu: Meinrad Suter, „Dorfwächter und Betteljagden“, in: Staatsarchiv des Kantons Zürich (Hg.), Actum 1803: Geschichten aus dem Zürcher Regierungsprotokoll zum kantonalen Neubeginn vor 200 Jahren, Zürich 2003, 98 – 101, 99.

### 6.8.7 Zwischenfazit IX

In Zürich baute das Regiment auch im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts grundsätzlich auf die ordnungssichernden Strategien, Strukturen und Massnahmen, die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts entwickelt worden waren. Es setzte jedoch neue Schwerpunkte, passte Strukturen an, ergänzte Massnahmen und merzte Mängel aus. Das Regiment erhoffte sich, über diesen Weg einen höheren Grad an zeitlicher und organisatorischer Koordination zu erzielen und insgesamt die Wirkung zu optimieren.

Die Tagsatzung und das Regiment schätzten die *Bedrohungslage* durch Bettler, Vagierende und Migranten als unverändert hoch und ernst ein.

Nach 1700 war die Obrigkeit der festen Überzeugung, dass das Gros der Bettler und Vagierenden aus den Nachbarterritorien stamme. Gleichzeitig begann sich das negative Bild von den unerwünschten Fremden zu verfestigen. Sie wurden in den Eidgenössischen Abschieden und in den Zürcher Mandaten durchwegs als gefährliche Personen, Diebe, Einbrecher, ja sogar als Mörder beschrieben. Das kriminelle Potenzial der fremden Bettler und Vagierenden war sowohl für die Tagsatzung wie für das Regiment zunehmend besorgniserregend.

Seit 1715 ortete das Regiment zudem einen weiteren policeylichen Gefahrenherd, der mit den Bettlern, Vagierenden und Migranten in einen inneren Zusammenhang gebracht wurde. Mit ihrer Einreise nach Zürich drohe die Einschleppung von Epidemien und Pandemien, welche die Gesundheit von Mensch und Tier beeinträchtigte. Damit könne die Gefahr auch beträchtliche wirtschaftliche Auswirkungen zur Folge haben.

Das Regiment lokalisierte beide Gefahren ausserhalb der Eidgenossenschaft. Zürich konnte jedoch nur einen beschränkten Einfluss auf die Sicherheitslage in anderen Gebieten ausüben. Zwar herrschte in der Tagsatzung theoretisch die Einsicht vor, nur durch koordinierte Massnahmen sei es möglich, des drängenden Problems des „fremden Gesindels“ Herr zu werden. Der Widerstand einzelner Stände verhinderte indessen erfolgreiche gesamteidgenössische Massnahmen. Die Stände und Gemeinen Herrschaften ihrerseits unternahmen wenig, um die bilaterale Zusammenarbeit zu fördern. Untereinander nicht abgesprochene Betteljagden führten zu unangekündigten Schüben in Richtung der jeweils sichtlich überraschten Nachbarterritorien. Die Gemeinen Herrschaften wiederum brachten es nicht fertig, ihre ordnungssichernden Organe aufzubauen. Ihr Nicht-Vorhandensein übte eine anziehende Wirkung auf Bettler, Vagierende und Migranten aus. Alle Faktoren trugen mehr zur Unsicherheit als zur Sicherheit in der Eidgenossenschaft bei. Sie hatten in Zürich zudem verstärkte Abgrenzungstendenzen gegenüber den auswärtigen Bedrohungen zur Folge.

Das Regiment baute demgegenüber im Innern während der ersten beiden Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts die Fürsorgeeinrichtungen für unschuldig in Not geratene Bürger und Einwohner so weit aus, dass, aus seiner Sicht, nun keine Notwendigkeit zum Betteln mehr bestand. Diese Überzeugung führte direkt zu einer noch restriktiveren Ausschliessung aller sogenannten unwürdigen einheimischen Bettler.

Die formale Einteilung der Bettler, Vagierenden und Migranten in die drei *Hauptkategorien* blieb im 18. Jahrhundert bestehen. Sie erfuhr nur eine minime Ergänzung: Die Obrigkeit nahm die „Zigeuner“ um die Jahrhundertwende zusätzlich in den Katalog der unerwünschten Vagierenden auf.

Das Regiment begann kriminelle oder potenziell kriminelle Personen nun auch unabhängig von ihrer Herkunft zu verfolgen. Diese gesonderte, Kategorien übergreifende Verfolgung war neu. Sie wurde jedoch im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts noch zeitlich beschränkt und lediglich während der Betteljagden praktiziert.

Das Regiment verschärfte seine bisherige generelle *Strategie* der Isolation bzw. der sozialen Desintegration, der frühzeitigen Erfassung sowie der harten Sanktionen zwischen 1700 und 1725. Im Vergleich zur zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gelang es dem Regiment, seine Strategie noch deutlicher auszuformulieren und – dies war von besonderer Bedeutung – zu gliedern: Das oberste erklärte Ziel war es nun, das Gebiet des Standes Zürich möglichst frei von unerwünschten Bettlern und Vagierenden zu halten. In einer ersten Phase sollte das Land purifiziert und in einer zweiten Phase rein gehalten werden (Purifikationsstrategie).

Gleichzeitig veränderte sich im Rahmen der Ordnungssicherung die Bedeutung der Fürsorgeeinrichtungen. Parallel zu ihrem Ausbau ging das Interesse der ordnungssichernden Organe an der Weiterentwicklung der Armenfürsorge zurück. Die ordnungssichernden Organe überliessen nun definitiv die Selektion der almosenberechtigten Bettler den Organen der Armenfürsorge bzw. sie gingen davon aus, dass sie es mit almosenunberechtigten Bettlern zu tun hatten.

Das starke inklusiv-exklusive Denken des Regiments in der Bettler- und Vagierendenfrage beeinflusste die Ablaufprozesse. Sie beschränkten sich nun im Wesentlichen darauf, berechnigte Almosenempfänger an die Fürsorgeeinrichtungen zu verweisen, kriminell gewordene oder potenziell kriminelle Bettler und Vagierende zu verhaften sowie alle Übrigen möglichst rasch wieder abzuschieben. Dieses Schema wurde lediglich durch die Verpflichtung durchbrochen, den legal reisenden Personen den Transit zu gewährleisten. Das Abschiebe- bzw. Aufnahmeproblem blieb weiterhin bestehen. Regionale Abkommen brachten in dieser Frage nur wenige punktuelle Verbesserungen.

Das Regiment baute im Bereich der *Erfassung und der Verfolgung* auf die bekannten Instrumente der Betteljagden und der Dorfwachen. Sollte das strategische Ziel erreicht werden, mussten die ordnungssichernden Massnahmen regelmässiger als bisher wiederholt werden. Das Regiment erhöhte deshalb die Kadenz der Betteljagden und setzte dieses Instrument gezielter ein. Nach bedeutenden Messen und Märkten sowie nach kirchlichen Hochfesten rief es Betteljagden aus, um das Land flächendeckend zu „säubern“. Jährlich fanden insgesamt bis zu acht kantonale und eidgenössische Betteljagden statt. Sie wurden nun nicht mehr vorgängig angekündigt, damit die Bettler und Vagierenden nicht vorzeitig untertauchen konnten. Hingegen sollten die Dorfwächter über eine bevorstehende Betteljagd zeitgerecht informiert werden. Besonderer Wert wurde im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts auf eine umfassende



Durchsuchung des Geländes gelegt. Die Dorfwächter und die von den Gemeinden zu stellenden Helfer, aber auch alle anderen Bewohner, hatten Dörfer, Höfe, Scheunen, Wirtshäuser, Strassen und Felder gründlich abzusuchen.

Nach der „Reinigung“ sollte eine sofortige Rückkehr der Bettler- und Vagierenden vermieden werden. Die grösste Herausforderung bei der Erfüllung dieser Vorgabe war, dass in der Zeitspanne zwischen den Betteljagden, wie in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts oft geschehen, eine grosse Sicherheitslücke klaffte, welche die Möglichkeit der Rückkehr der eben vertriebenen Bettler und Vagierenden begünstigte. Das Regiment wollte dem entgegen wirken, indem es dazu überging, in zeitlicher Ergänzung zu den Betteljagden ein neues örtliches Überwachungsschwergewicht an der Peripherie zu bilden. Die Kontrolle der Grenzen erfolgte durch die Dorfwachen der Grenzregionen. Die übrigen Dorfwachen im Innern des Landes waren weiterhin verpflichtet, das Hinterland zu überwachen, um jene fremden Bettler und Vagierenden zu ergreifen, welche die Grenze dennoch passiert hatten. Dazu sollten die Dorfwachen Tag und Nacht einsatzfähig sein.

Die Verantwortung für die Durchführung der Massnahmen der obrigkeitlichen Bettler- und Vagierendenbekämpfung lag im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts nahezu gänzlich auf den Schultern der Dorfwachen. Die Tagsatzung überliess es den Ständen, geeignete Vorkehrungen zu treffen und die von ihr angeordneten Betteljagden durchzuführen. Das Regiment wiederum delegierte den Kommunen die Umsetzung der eidgenössischen wie der kantonalen Betteljagden; ebenso die Patrouillen in den Perioden zwischen zwei Betteljagden. Die Dorfwachen bildeten jedoch immer noch den grössten Schwachpunkt im System der Ordnungssicherung auf der Landschaft. Trotz der Pflicht von 1693 war es nicht sichergestellt, dass die Dorfwachen in den einzelnen Gemeinden überhaupt existierten. Die finanzielle Belastung der Gemeinden zählte während des gesamten 18. Jahrhunderts zu den grössten Hinderungsgründen für die Anstellung von Dorfwächtern. Die Obrigkeit konnte nicht davon ausgehen, dass die Dorfwächter den notwendigen körperlichen und intellektuellen Anforderungen genügten. Selbst wenn ein Dorfwächter in einer Gemeinde vorhanden war, war dies noch keine Erfolgsgarantie. Die Gemeindevorgesetzten setzten ihn nicht selten zweckentfremdet ein.

Dem Regiment blieb vorerst trotz allem nichts anderes übrig, als den Gemeinden die Notwendigkeit und die Nützlichkeit der Dorfwachen stetig in Erinnerung zu rufen. Es erliess zudem weitere Bestimmungen, um die Glaubwürdigkeit und die Effektivität der ordnungssichernden Organe auf kommunaler Ebene zu erhöhen. Die Obrigkeit forderte die Gemeindebehörden auf, die Dorfwächter in einem regelmässigen Turnus abzulösen sowie mehr Seriosität, Aufmerksamkeit und ein aktiveres Eingreifen statt blosser Vertreibungsaktionen von ihnen zu verlangen. Schliesslich lief es auf die Empfehlung von 1724 hinaus, nur noch geeignete Männer als Dorfwächter einzustellen. Konkret bedeutete dies, dass die Dorfwächter nicht nur eine kräftige Statur haben mussten, sondern, vor dem Hintergrund des aufkommenden Passwesens, dass die Dorfwächter auch eine neue *Schlüsselkompetenz* besitzen mussten. Von ihnen wurde verlangt, lesen und schreiben zu können. Die geforderte Lese- und Schreibfähigkeit sollte sich jedoch schon bald neue Schwäche dieses Instruments herausstellen.

Die Handlungsfreiheit der Dorfwächter nahm im Vergleich zu derjenigen der Landprofosen ab. Sie durften verdächtige Personen nur noch festhalten und mussten danach den Ober- oder Landvogt darüber informieren. Er bestimmte schliesslich das weitere Vorgehen.

Das Regiment begnügte sich alsdann nicht mehr nur damit, die Einrichtung und den Betrieb von Dorfwachen zu fordern, sondern es war auch bemüht, die Kontrollen der Dorfwachen zu intensivieren. Mit der Betteljagd von 1715 und der damit verbundenen drohenden Seuchengefahr setzte es vorübergehend eigene obrigkeitliche Aufseher zur Überwachung der Dorfwachen in den Grenzregionen ein. In der Zeit der gesundheitlichen Gefährdung um 1722 waren hingegen die Gemeindevorgesetzten besonders verpflichtet, ihre Kontrollaufgabe ernst zu nehmen. Die Anordnung betraf nun jedoch alle Gemeinden und nicht mehr nur grenznahe Kommunen. 1724 behielt sich das Regiment vor, eine eigene Patrouillenwache aufzustellen, um die Pflichteinhaltung der Dorfwächter zu überprüfen.

Um 1714 waren auch die Landprofosen wieder reaktiviert worden. Sie erlangten im Bereich der Ordnungssicherung jedoch nie mehr jene Bedeutung, die sie in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gehabt hatten. Ihre neue Verwendung bleibt unklar.

Zwischen 1700 und 1725 kam es auf der Ebene der *Massnahmen* zu einigen Neuerungen:

Im strategischen Konzept der ständig kontrollierten Grenzregionen erhielt die *Identifizierung* eine zentrale Bedeutung. Der Besitz von gültigen Papieren wie Pässen, Passierscheinen, Attestaten oder Sanitätsscheinen sollte eine unabdingbare Voraussetzung für den Einlass ins Land sein. Eine generelle Passpflicht wurde erstmals 1713 erwähnt. Die Seuchengefahr zwischen 1720 und 1722 war schliesslich das ausschlaggebende Ereignis dafür gewesen, dass die breite Forderung nach der Einführung einer generellen Passpflicht erneuert wurde.<sup>1505</sup> Zu Beginn der 1720er Jahre galten die Reisedokumente mehrheitlich noch als erteilte Privilegien, welche lediglich die Unbedenklichkeit der reisenden Person durch eine fremde obrigkeitliche Instanz bescheinigten. So verlangte das Regiment in Zürich 1724 in der Praxis auch nur den Nachweis des „ehrlichen Herkommens“ und noch nicht die eindeutige Personenidentifizierung.

Eine Änderung betraf die Einschränkung für legal reisende Personen. Ihnen wurden nun die Routen durch das Gebiet des Standes Zürich in den Pass eingeschrieben. Sie waren angehalten, sich nur auf den Hauptstrassen zu bewegen.

Das Regiment baute bei den Ablaufprozessen, insbesondere bei denjenigen der Betteljagden, auf eine einfach strukturierte Triage, einen bewusst rauen Umgang mit den unerwünschten Personen und auf die Androhung von Sanktionen bei der Missachtung einer Anweisung. So stand bei einem erneuten Erscheinen von Bettlern und Vagierenden vor der zweiten Abschiebung eine gehörige Züchtigung ins Haus. Die Obrigkeit wollte damit bewusst den Eindruck von Autorität erzeugen.

---

<sup>1505</sup> Bern hatte diese Gelegenheit genutzt, um in den Ausweisen körperliche Merkmale zu verlangen. Vgl. dazu und zur Entwicklung des Passwesens: Valentin Groebner, *Der Schein der Person: Steckbrief, Ausweis und Kontrolle im Europa des Mittelalters*, München 2004.

Eine Neuerung betraf den *Transport von Verhafteten*. Bewaffnete Männer mussten seit 1714 während Betteljagden abzuschiebende Personen direkt an die Grenze bringen. Den Hintergrund für diese Modifikation bildete die Erfahrung, dass sich verhaftete Personen immer wieder mit Gewalt oder List gegen ihre Abschiebung wehrten. 1724 stellte das Regiment auf das kettenartige System der Übergabe an den Vorgesetzten der jeweiligen Nachbargemeinde um.

Die Palette der *Abschreckungs- und Sanktionsmöglichkeiten* war zu Beginn des 18. Jahrhunderts immer noch fast dieselbe wie im 17. Jahrhundert, d. h. das Schellenwerk stand im Zentrum der Massnahmen. Einzig die Option des Zwangs zum Solddienst war hinzugekommen.

## 6.9 Die Massnahmen gegen Bettler und Vagierende zwischen 1725 und 1770

### 6.9.1 Erste Lehren aus dem Fall der „Bande des Roten Krämers“ 1728

In den ausgehenden 1720er Jahren war im zeitgenössischen Bewusstsein die den fremden Bettlern und Vagierenden zugeschriebene Kriminalität wieder markant angestiegen und beunruhigte die Bevölkerung zusehends.<sup>1506</sup> So registrierte die Tagsatzung 1728 eine grosse Anzahl „in der Eidgenossenschaft und den gemeinen Vogteien sich herumtreibendes Bettel-, Strolchen- und Zigeunergesind“.<sup>1507</sup> Und der Thurgauer Landvogt Utiger schrieb im Sommer desselben Jahres: „Von verschiedenen Orthen fallet der Bericht und das Klagen zugleich, dass dermahlen das Land mit dem unnützen und gefährlichem Strolchen und Diebs-Gesind angefüllet seye und hin und wider vilfaltige Einbrüche thüe.“<sup>1508</sup> Schon ein Jahr zuvor hatte Zürich vor räuberischem und stehendem „höchst gefährlichem Bettler-Strolchen und Herren-loses Gesind“ deutlich gewarnt und sich darüber beklagt, niemand könne ihretwegen mehr sicher sein.<sup>1509</sup>

In dieser Lage verbreitete sich 1728 die Nachricht der spektakulären Verhaftung einer Diebesbande schnell. Fünf Mitglieder der achtköpfigen „Bande des Roten Krämers“ konnten Ende Juli bei der Thurbrücke von Andelfingen und bei der Rheinbrücke von Eglisau festgenommen werden.<sup>1510</sup> Die Verhaftung gelang nur, weil sich die Bandenmitglieder beim Grenzübertritt verdächtig verhalten hatten. In Eglisau waren dem Zollposten zwei Personen mit „liederlichen“ Pässen aus Frauenfeld aufgefallen. Als diese das Misstrauen des Zöllners bemerkten, ergriffen sie die Flucht. Sie konnten kurze Zeit danach verhaftet werden. In Andelfingen kamen drei Mitglieder derselben Bande sogar ohne Pass zur Grenze und versuchten ebenfalls zu fliehen, als der Zollposten sie warten hiess, um Rat einzuholen. Mit Hilfe von Bauern, die auf dem angrenzenden Feld arbeiteten, konnten die Flüchtenden schliesslich ebenfalls gefasst werden.<sup>1511</sup>

Die Bandenmitglieder, die nach ihrer Verhaftung von den Nachgängern verhört wurden, versuchten mit der Angabe von falschen Namen und Berufen, wie Krämer, Strehlmacher, Tabakpfeiffenmacher, Bruchschneider<sup>1512</sup>, Hausierer und Taschenspieler, ja sogar mit der Behauptung, man wolle als Pilger nach Einsiedeln wallfahren, zunächst ihre wahre Identität zu verschleiern. Erst im Verlaufe des Nachgangsverfahrens stellte sich heraus, dass die „Bande des Roten Krämers“ im Mai 1728 in der Nähe von Schaffhausen einen Einbruch in das Landgut des Amtmanns Stimmer verübt hatte und im Juli desselben Jahres in das Pfarrhaus und in das Richterhaus von Stammheim eingestiegen war. Danach hatte sich das Oktett in den Thur-

---

<sup>1506</sup> Claudio Leibacher, „Diebesbandenwesen und Verbrechensbekämpfung im Stadtstaat Zürich um 1728 am Beispiel des Roten Krämers und seiner Bande“, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 2008, Zürich 2007, 69 – 102, 70.

<sup>1507</sup> EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 229, Juli und August 1728.

<sup>1508</sup> StAZ B IV 282.

<sup>1509</sup> StAZ III AAb 1.9, 17. März 1727.

<sup>1510</sup> Leibacher, Diebesbandenwesen, 81 – 83.

<sup>1511</sup> Ebd.

<sup>1512</sup> Behelfsmässiger Chirurg.

gau und nach Schaffhausen abgesetzt, wo sie weitere Straftaten verübten und sich in abgelegenen Höfen versteckt hielten.<sup>1513</sup>

Dieser Vorfall veranlasste das Regiment kurz nach den Verhaftungen, aufgrund der Verhörergebnisse zwei Gauner- und Diebslisten zu erstellen.<sup>1514</sup>

Die Festnahme der Diebesbande im Jahre 1728 bestätigte die im vorhergehenden Kapitel festgestellten unübersehbaren Mängel der Sicherheitsarchitektur der Landschaft. Für die Obrigkeit war die Verhaftung der Bande zum einen eine Bestätigung ihres generellen Misstrauens gegenüber allen fremden Bettlern und Vagierenden, ihrer Politik der Abgrenzung sowie ihrer Forderung nach einer generellen Passpflicht. Die Zufälle bei der Festnahme offenbarten zum anderen auch die Schwächen der Einreisekontrollen. Die ordnungssichernden Organe waren bei ihrer Festnahme sowohl in Andelfingen wie in Eglisau überfordert gewesen.

Das Regiment wollte aber auch die grundsätzlichen organisatorischen Fragen, die an diesem Fall manifest geworden waren, geklärt wissen. Es gab beim Almosenamts 1728 ein Gutachten mit einer entsprechenden Fragestellung in Auftrag.<sup>1515</sup> Die Verordneten des Almosenamts suchten nach den Gründen für die zunehmende Bettler- und Vagierendenproblematik und schlugen neue Massnahmen zur Bewältigung des Problems als Konsequenz ihrer Erkenntnisse vor.<sup>1516</sup>

Das Gutachten von 1728 benannte als wichtigste Ursachen sowohl eine mangelnde Effektivität in der Bekämpfung des Bettels und des Vagantentums als auch ein zu wenig hartes Durchgreifen gegen die Kriminalität, die von Bettlern und Vagierenden verübt werde.<sup>1517</sup> Ihnen würde vor allem der Zugang zum zürcherischen Territorium zu einfach gemacht.<sup>1518</sup> Die Almosenpfleger suchten auch nach den tiefer liegenden Gründen dieses Problems und fanden sie einerseits in den hohen Kosten, die für die ordnungssichernden Organe aufgewendet werden mussten.<sup>1519</sup> Andererseits sahen sie die Wächter als ungeeignet an. Für die Stellen bei den ordnungssichernden Organen meldeten sich lediglich Hintersässen, Einwohner der Landschaft oder der Untertanengebiete.<sup>1520</sup>

---

<sup>1513</sup> Laibacher, Diebesbandenwesen, 97 – 101.

<sup>1514</sup> StAZ III AAb 1, Nr. 565; auch: StAZ III AAb 1.9; vgl. Blauert, Gauner- und Diebslisten, Nr. 12. Das Verzeichnis enthielt die Beschreibung von 85 Personen. Die Verfolgung und die Verhaftung von einigen weiteren gesuchten Räufern, insbesondere des „Schwarzbeck“ wurden populär, aber quellennah beschrieben in: Max Engel, Schwarzbeck: Sechs wahre Geschichten um den Pfarrhausraub von Seengen 1728, (Heimatkunde aus dem Seetal 70), Sarmenstorf 1997. Vgl. auch: ders., „Räuber Schwarzbeck“ und die Morde auf dem Ried zu Hohenems 1728“, in: Montfort, Vierteljahreszeitschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs 3(1997), 236 – 240.

<sup>1515</sup> StAZ III AAb 1.9, Mandat vom 30. August 1728.

<sup>1516</sup> Entwurf eines ersten Gutachtens: StAZ A 61.6, 21. August 1728; endgültige Fassung des Gutachtens: StAZ A 61.6, 23. August 1728. Züsli-Niscosi datiert das zweite Schreiben auf den 28. August 1728; vgl. Züsli-Niscosi, Beiträge, 120. Zu den neuen Massnahmen vgl. das Kapitel „Die Anfänge der Patrouillenwache von 1736“.

<sup>1517</sup> StAZ A 61.1, 28. August 1728.

<sup>1518</sup> Ebd.

<sup>1519</sup> StAZ A 61.6, 23. August 1728. Das Gutachten listet detailliert auf, wie die Gemeinden Fluntern, Engi, Riesbach, Unterstrass, Hottingen, Wipkingen, Wiedikon, Altstetten, Albisrieden, Höngg, Zollikon und Oberstrass ihre Dorfwachen organisiert haben und wie viel Geld sie pro Jahr dafür ausgaben.

<sup>1520</sup> StAZ A 61.1, 28. August 1728.

Die Obrigkeit legte als erste Folge des Gutachtens von 1728 im August desselben Jahres das Bettelmandat von 1724 in einer neuen Auflage mit zwei Ergänzungen auf.<sup>1521</sup> Darin verpflichtete sie alle Fremden, seien sie nun zu Fuss, zu Pferd, mit oder ohne Ware unterwegs, sich nur auf den Haupt- und Landstrassen sowie auf den Brücken zu bewegen. Ihnen wurde verboten, Nebenwege zu benutzen. Verbotstafeln signalisierten die neue Vorschrift.<sup>1522</sup> Ein Schiffstransport war den Reisenden gänzlich untersagt. Ihnen war es ferner nicht mehr erlaubt, in abgelegenen Häusern zu übernachten. Fremde, die über Nacht in die Häuser einge-  
drungen waren, mussten von den Hausbesitzern beim Untervogt oder bei einem Ortsvor-  
gesetzten angezeigt werden. Als Unterkunft waren den Fremden nur noch öffentliche Wirtshäuser erlaubt. Die Wirte erhielten mit dem Mandat eine Meldepflicht für Fremde.<sup>1523</sup>

Hinter den beiden neuen Massnahmen stand ein Grundgedanke des Regiments, der sich nun immer stärker bemerkbar machte. Die Obrigkeit beabsichtigte, den Strom der fremden Reisenden auf offizielle Wege, Brücken und Unterkünfte zu leiten, um ihn dadurch besser kontrollierbar zu machen. Die Verpflichtung, sich nur auf erlaubten Verkehrsträgern zu bewegen, diente dazu, jene Reisenden, die keine Überprüfung fürchten mussten, von den unerwünschten Bettlern und Vagierenden zu trennen. Die Letzteren hatten nach der Meinung des Regiments allen Grund, die Hauptstrassen und öffentlichen Wirtshäusern zu meiden, weil sie Schlechtes im Schilde führten.<sup>1524</sup>

Mit den neuen Vorschriften des Bettelmandats von 1728 hatte Zürich den Druck auf die Beamten verstärkt, indem es die Durchsetzung der Passpflicht tatsächlich einforderte.<sup>1525</sup> Bisher war ihm dies - ausser bei den Handwerksgesellen - kaum gelungen.<sup>1526</sup> Die Eidgenossenschaft zog schon 1729 mit einer neu formulierten Übereinkunft zwischen den Ständen nach, welche das Mandat von 1720 nicht ersetzte, aber in der Passfrage ergänzte. Wie bis anhin wurde es jedem Ort überlassen, das „liederliche Bettel- und Strolchengesind“ nach „seiner Convenienz“ „abzutreiben“ sowie seine Nachbarn von einer geplanten Betteljagd vorzeitig in Kenntnis zu setzen.<sup>1527</sup> Der Transit eines Gebietes war seit 1729 nun in der gesamten Eidgenossenschaft ohne „guten Pass“ aber nicht mehr erlaubt. Den Aufgegriffenen sollte eine Zwangsrou-

---

<sup>1521</sup> Vgl. Leibacher, Diebesbandenwesen, 24.

<sup>1522</sup> StAZ III AAb 1.9, 30. August 1728.

<sup>1523</sup> Ebd.

<sup>1524</sup> Vgl. StAZ III AAb 1.9, 17. März 1727.

<sup>1525</sup> Erste Bemühungen, eine Passpflicht im Kanton Zürich einzuführen, gehen auf das Jahr 1628 zurück. Für Zeiten gesundheitlicher Gefahr ordnete die eidgenössische Tagsatzung ab 1680 Passkontrollen an. Vgl. Franz Gut, „Der Steckbrief und die Fahndung in schweizerischen und deutschen Rechtsquellen seit dem 16. Jahrhundert“, in: Louis Carlen (Hg.), Forschungen zur Rechtsarchäologie und Rechtlichen Volkskunde, Band 20, Zürich 2003, 75 – 103, 97f.

<sup>1526</sup> Das Regiment hatte diesen Gedanken erstmals bei der Passpflicht für die Handwerksgesellen deutlich ausformuliert. Ein Ausweis sei einerseits notwendig, um die Wanderschaft der Handwerksgesellen nicht zu behindern, andererseits aber auch, um ein Einschleichen von „gefährlichem Gesind in Unser Land“ unter dem Titel von Wandergesellen zu verhindern. Die Grenzwachen und die „Wächter bey den Porten“ waren zu stärkeren Kontrollen angehalten. Vgl. StAZ III AAb 1.9, 17. März 1727.

<sup>1527</sup> EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 335, Juli 1729.

te zur Durchquerung des Landes vorgeschrieben werden.<sup>1528</sup> Der neue Eidgenössische Abschied von 1729 wurde in den folgenden Jahren von der Tagsatzung mehrfach bestätigt.<sup>1529</sup>

1739 kam es in der Eidgenossenschaft als Folge einer in Ungarn grassierenden Seuche zu einer Ausweitung der Passpflicht. Die Tagsatzung führte eine allgemeine Passpflicht für Personen und Waren ein und wollte „Deserteurs, Bettler, fremdes Juden- und anderes Gesindel“ generell an den Grenzen zurückhalten.<sup>1530</sup> Der Beschluss war im Nachhinein von den meisten Ständen allerdings nur als zeitlich begrenzte Massnahme angesehen worden. Sie hoben nach der Seuchengefahr die Rückweisungsvorschrift auf und liessen alsbald wieder Bettelfuhren durch ihre Gebiete in Richtung der Nachbarkantone reisen. Sie stützten sich dabei auf den eidgenössischen Transit-Abschied von 1720. Nur Bern setzte sich für eine konsequente Zurückweisung der Vagierenden an den Standesgrenzen ein. Es beklagte sich über die Nachlässigkeit seiner Nachbarstände und ärgerte sich darüber, dass die Kantone die Bettler und Vagierenden wieder nach Bern zurückschoben. Bern verweigerte aus Furcht, dass es die Bettelfuhren nicht mehr los werden würde, diesen deswegen nun regelmässig den Eintritt in sein Territorium.<sup>1531</sup> Die Tagsatzung rügte 1744 Bern für dieses Verhalten.<sup>1532</sup> Sie blieb zudem bei ihrer früheren Meinung, dass jeder Stand den Bettlern, Vagierenden und Kranken mit Scheinen einzeln oder auf kollektiven Fuhren die Einreise nicht verweigern sollte, wenn sie den Kanton lediglich durchqueren würden, um in ihre Heimat zu gelangen.<sup>1533</sup> Freilich äusserte sich die Tagsatzung nicht über die reale Rückabschiebepaxis der Stände.

Zürich zog neben dem Bettelmandat von 1728 noch weitere langfristige Konsequenzen aus dem Fall des „Roten Krämers“. Die Gutachter des Almosenamts hatten 1728 vorgeschlagen, trotz der finanziellen Belastungen eine neue Organisation zur Bekämpfung des Bettels zu gründen. Sie regten die Bildung einer Patrouillenwache mit einem Bestand von insgesamt 12 Mann zu Pferd an.<sup>1534</sup> Sie hatten damit einen Gedanken aufgenommen, der erstmals 1724 aufgekommen war. Die neue Patrouillenwache sollte jedoch nicht nur, wie 1724 vorgesehen, die Dorfwächter kontrollieren, sondern mit einem eigenständigen Auftrag die Landschaft „von Zeit zu Zeit und von Dorf zu Dorf visitieren und recognoscieren“. <sup>1535</sup>

## 6.9.2 Die Landespatrouillenordnung von 1741

Das Regiment verwirklichte den Vorschlag einer Patrouillenwache erst 1736, als die Gefahrenlage wieder sehr ernst war. Seit Beginn der 1730er Jahre waren aus den umliegenden Gebieten wieder vermehrt Gauner- und Diebslisten eingetroffen, die für die Zürcher Obrigkeit eine erneut gestiegene Bedrohungslage signalisiert hatten.<sup>1536</sup> 1732 warnte eine Liste aus Ba-

---

<sup>1528</sup> Ebd.

<sup>1529</sup> EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 368, Juli 1730; EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 383, Juli 1731; EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 411, Juli 1732; EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 541, Juli 1736.

<sup>1530</sup> EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 593, Januar 1739.

<sup>1531</sup> Vgl. als Beispiel die Klage Berns: EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 669, Juli 1743.

<sup>1532</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 9, Juli 1744.

<sup>1533</sup> Ebd.

<sup>1534</sup> StAZ A 61.6, 21. August 1728.

<sup>1535</sup> StAZ A 61.6, 23. August 1728.

<sup>1536</sup> Vgl. zu Funktionen und Unterschieden zwischen Steckbriefen und Gauner- und Diebslisten: Eva Wiebel, „Steckbriefe, Gauner- und Diebslisten“, in: Klaus Beyrer (Hg.), Geld oder Leben: Vom Postkutschenüberfall

sel mit 88 Namen von herumstreichendem Mörder- und Diebesgesindel, welches besonders in der Nacht raubte und grossen Schaden anrichtete. Beim Betreten des Standes Zürich seien sie sofort zu verhaften.<sup>1537</sup> 1732 traf in Zürich eine Gauner- und Diebsliste aus Zug mit 19 verdächtigen Personen ein.<sup>1538</sup> 1733 machte in der Region eine Gaunerliste auf 66 Personen aus Schwaben und aus der Eidgenossenschaft aufmerksam, die verdächtigt wurden, Kirchen- und Strassenräuber, Beutelschneider, Tag-, Nacht- und Marktdiebe zu sein.<sup>1539</sup> Die Gefahr blieb nicht mehr nur diffus, sondern sie wurde konkret. Allein in der Stadt Zürich wurden zwischen 1726 und 1738 sechs Personen zu Ehrenstrafen mit Verbannung oder zum Tode verurteilt, weil sie nächtliche Einbrüche oder Diebstähle begangen hatten.<sup>1540</sup>

Unter diesen Eindrücken richtete das Regiment 1736 die Patrouillenwache für zwei Jahre zunächst versuchsweise mit einem Bestand von lediglich 10 Mann und ohne Pferde ein. Das Regiment verzichtete auf die Ausstattung mit Pferden, weil „solche Patrouilles zu Pferd wegen Situation des Landts beschwehrlich und ohndienlich vorkommen, auch darbey sehr kostbar werden“.<sup>1541</sup> Zudem mangle es an ehrlichen Männern, denen man ein Pferd ohne Bedenken anvertrauen könne.<sup>1542</sup>

Das Regiment richtete sich bei der Auftragserteilung an die Patrouillenwache nach den Erkenntnissen des Gutachtens von 1728. Die Patrouillenwächter waren angehalten, andauernd auf der Landschaft, insbesondere an der Grenze, zu patrouillieren und niemanden ohne Pass in die Stadt hineinzulassen sowie Fehlbare in die Stadt hineinzubringen.<sup>1543</sup> Der Einsatz des neuen Organs war also nicht, wie ursprünglich gedacht, flächendeckend, sondern primär in den Grenzregionen vorgesehen.

Die Stellen der Patrouillenwächter seien mit fleissigen, ehrlichen, starken und tüchtigen Männern zu besetzen. Sie hätten zu gewissen Zeiten über ihre Tätigkeit zu rapportieren. Ausserdem müssten sie regelmässig inspiziert werden. Zur Besoldung dieser Männer stellte das Regiment jährlich 4000 Pfund bereit. Das Seckelamt trug 700 Pfund bei, die Constaffel und die Zünfte sprachen 1300 Pfund zu und der Landschaft wurden 2000 Pfund verrechnet.<sup>1544</sup>

Das Regiment stellte die Patrouillenwache nach einer zweijährigen Versuchsphase von 1736 bis 1738 aber erstaunlicherweise wieder ein. Dies geschah, obwohl die Patrouillenwächter bereits einen spürbaren Erfolg vorweisen konnten.<sup>1545</sup>

---

zum virtuellen Datenraub, (Kataloge der Museumsstiftung Post und Telekommunikation 22), Heidelberg 2006, 36 – 39.

<sup>1537</sup> StAZ III AAb 1.10.

<sup>1538</sup> Ebd.

<sup>1539</sup> StAZ III AAb 1.10, 10. März 1733.

<sup>1540</sup> Casanova, Nacht-Leben, 57.

<sup>1541</sup> StAZ A 61.6, 28. August 1728.

<sup>1542</sup> Ebd.

<sup>1543</sup> Die frühen Quellen zur Patrouillenwache sagen noch nichts aus über die Einsatzformen der Patrouillenwächter. Erst aus Gutachten aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts geht hervor, dass sie paarweise auf Patrouille geschickt wurden. Die Routenbeschreibungen sind nur indirekt aus den drei Protokollbüchern der Patrouillenkommission zu entnehmen; vgl. StAZ B III 190 – 192.

<sup>1544</sup> StAZ B 814, 9. Juli 1736, S. 32f.

<sup>1545</sup> „Land-Patrouille-Ordnung“, 1741, in: Sammlung der Policygesetze 1757, dritter Band, Nr. VI, 82.



Kurze Zeit nach dem Ende der Patrouillenwache wurden wieder Klagen über eine neue Welle fremder und einheimischer Bettler und „anderes Strolchengesindel“ laut.<sup>1546</sup> So bildete das Regiment 1741 erneut eine Patrouillenwache. Ausschlaggebend für ihre Wiedereinführung war der Einbruch einer Diebesbande im Jahr 1740 ins Schloss Wetzikon gewesen.<sup>1547</sup> Weitere Ereignisse hatten die Stimmung zugunsten einer neuen Patrouillenwache gewendet: 1741 machte eine neue Gauner- und Diebesliste aus Glarus die Runde.<sup>1548</sup> Von 1739 bis 1743 hatte eine Teuerungskrise den Getreidepreis in Zürich und in Schwaben in die Höhe steigen lassen.<sup>1549</sup> Dadurch wurde auch die Situation der armen Bevölkerungsschichten wieder prekär.<sup>1550</sup>

Mit der Landpatrouillenordnung von 1741 führte das Regiment die Patrouillenwache mit einem Bestand von 13 Mann definitiv ein.<sup>1551</sup> Nach Franz Züsli-Niscosi schwankte danach die Anzahl der Patrouillenwächter in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Im Regelfall waren zehn Patrouillenwächter im Einsatz. 1798 waren allerdings 13 Mann im Dienst, davon waren fünf auf der Landschaft und acht in der Stadt eingesetzt.<sup>1552</sup>

Die Patrouillenwache war im Gegensatz zu den Dorfwatchen und den Profosen seit 1741 nun nicht mehr lokal oder regional organisiert. Vielmehr wurde mit ihr erstmals auf der obersten staatlichen Ebene ein Organ geschaffen, das der umfassenden Abwehr jeglicher Art von „fremdem Strolchen- und Bettel-Gesind“ diente.<sup>1553</sup> Die Patrouillenwache war kein Organ der Armenfürsorge mehr. Sie konnte im Prinzip auf dem gesamten Territorium eingesetzt werden. Faktisch hielt sie sich jedoch in den Grenzregionen auf.

Das Regiment war von Beginn an auf eine ordentliche Wirkung der Patrouillenwächter bedacht, um sich auch mit einem entschiedenen Auftreten gegen die bisherigen Wachtorgane abzugrenzen. So verlangte die Landespatrouillenordnung von den Patrouillenwächtern, dass sie sich keinen Rausch antrinken durften und sich anderer „liederlicher Aufführungen“ enthielten. Bei Verstössen gegen diese Ordnung drohten den Patrouillenwächtern die Entlassung aus dem Wachtdienst sowie Geld- oder Körperstrafen.<sup>1554</sup>

Die Patrouillenwächter dienten dem Regiment als spezielles, direkt einzusetzendes und dank der Disziplin auch als relativ unproblematisch zu führendes Element, um unerwünschte Fremde unverzüglich ausfindig zu machen.<sup>1555</sup>

---

<sup>1546</sup> Landpatrouillenordnung 1741, 82.

<sup>1547</sup> StAZ III AAb 1.10, 20. Dezember 1740.

<sup>1548</sup> StAZ III AAb 1.11, 13. Juli 1741. Die Liste enthält 13 Personenamen.

<sup>1549</sup> Peter Giger, Kornmarktpolitik Zürichs im 18. Jahrhundert, (Liz.), Zürich 1985, 71.

<sup>1550</sup> Bluntschli, Memorabilia 1742, 473.

<sup>1551</sup> Landpatrouillenordnung 1741, 82. Vgl. zur Datierung der Patrouillenwache auch: Züsli-Niscosi, Beiträge, 120.

<sup>1552</sup> Züsli-Niscosi, Beiträge, 119. Über den Einsatz der Patrouillenwächter in der Stadt vor 1787 findet sich weder in der Landespatrouillenordnung von 1741 noch bei Züsli-Niscosi ein Hinweis.

<sup>1553</sup> Landpatrouillenordnung 1741, 83.

<sup>1554</sup> Ebd., 88.

<sup>1555</sup> Ebd., 82.

Die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit der Patrouillenwächter war im Vergleich zu der der Dorfwächter erneut erweitert worden. Bei Festnahmen, bei denen die Patrouillenwächter explizit auch Gewalt anwenden durften<sup>1556</sup>, waren die Patrouillenwächter in der Regel auf die Hilfe der bestehenden ordnungssichernden Organe zur Bekämpfung des Bettels angewiesen. Die Patrouillenwächter waren den Dorfwächtern faktisch übergeordnet bzw. die bestehenden ordnungssichernden Organe waren ihr zur Zusammenarbeit zugewiesen. Die Ober- und Landvögte, Untervögte, Gemeindevorgesetzten und Gemeindebeamten mussten die Patrouillenwächter auf deren Gesuch hin mit allen erforderlichen Mitteln unterstützen.<sup>1557</sup> Die Dorfwächter waren verpflichtet, das „ihnen zu Gesicht gekommene verdächtige Volk“ den Patrouillenwächtern zu melden und ihre Signalelemente präzise zu beschreiben, damit sie schneller gefasst werden konnten.<sup>1558</sup>

Die Patrouillenwache ersetzte die Dorfwachen nicht, sondern sie versuchte mit ihrem Einsatz einen Schwachpunkt des bisherigen Systems, nämlich die Abwehr von unerwünschten fremden Personen im Gebietsstreifen zwischen den offiziellen Grenzposten, zu beheben.<sup>1559</sup> Das Regiment hatte damit den wichtigsten Kritikpunkt aus dem Gutachten von 1728 aufgenommen und umgesetzt. Die Gründung der Patrouillenwache war ein eindeutiges Zeichen dafür, dass die Obrigkeit nicht mehr länger gewillt war, die Untätigkeit und Unfähigkeit der Gemeinden in dieser Sache hinzunehmen. Mit der Schaffung der Patrouillenwache wurde ein Stück Staatlichkeit generiert, welches einen Mangel der Kommunen ausgleichen sollte.<sup>1560</sup>

Das Eingreifen der Obrigkeit bei der Bekämpfung des Vagierendenproblems geschah aber nicht gegen den Willen der Gemeinden. Die Zusammenarbeit der Patrouillenwächter und der Dorfwächter wurde in der Landpatrouillenordnung detailliert geregelt.

Die Patrouillenwächter hatten gemäss der Landpatrouillenordnung vor allem die Grenzen des Landes zu kontrollieren und alle Dörfer, Höfe und alleinstehenden Häuser sorgfältig zu visitieren.<sup>1561</sup> Diese Lokalitäten waren zu neuralgischen Punkten geworden, nachdem die unverdächtigen Vagierenden dazu angehalten worden waren, nur die Hauptstrassen zu benutzen.

Die Patrouillenwächter erfüllten auch im Landesinnern bestimmte Aufgaben. Sie achteten insbesondere auf die Schiffstransporte auf der Limmat, dem Rhein und der Thur sowie auf dem Zürichsee. Den Schiffern war es ja verboten, fremdes Gesinde zu transportieren und die-

---

<sup>1556</sup> Ebd., 86.

<sup>1557</sup> Ebd., 89.

<sup>1558</sup> Ebd., 88.

<sup>1559</sup> Ebd., 87f. Bereits das Gutachten des Almosenamtes von 1728 hatte festgestellt, dass den Fremden der Zugang zum Gebiet des Standes Zürich allzu leicht gemacht werde; vgl. StAZ A 61.1, 28. August 1728; vgl. auch: Züsli-Niscosi, Wacht- und Patrouillenkommission, 146.

<sup>1560</sup> Nach Philipp Robert erfolgte in Frankreich der Einsatz der Maréchaussée gegen Vagierende unter vergleichbaren Umständen. In Frankreich hing er mit der Überforderung der eigenständigen Gemeindejustiz bei der Bewältigung der Massen von Vagierenden zusammen.

Die Beziehungen zwischen der Bewältigung des Vagierendenproblems und der Entstehung einer modernen Polizei, so wie sie Robert auf wenigen Seiten skizziert sind sehr aufschlussreich. Vgl. Philipp Robert, Bürger, Kriminalität und Staat, mit einem Vorwort von Fritz Sack, übersetzt von Angela Taeger, (Studien zur Inneren Sicherheit 8), Wiesbaden 2005, 19 – 36.

<sup>1561</sup> Landpatrouillenordnung 1741, 82f.

sen dadurch über die Wasserwege den Zugang zum Land zu erleichtern. Machten es die Schiffer trotzdem, und die Patrouillenwächter erfuhren davon, laiden sie den Vorfall den Ober- und Landvögten.<sup>1562</sup>

Das Regiment unterschied bei den *Hauptkategorien* nun primär zwischen unerwünschten Personen und legal reisenden Personen. Für die Kontrolltätigkeit der ordnungssichernden Organe verlor in der Kategorie der unerwünschten Personen die Frage der Herkunft an Bedeutung. Die Landpatrouillenordnung von 1741 richtete sich grundsätzlich gegen alle Bettler und Vagierenden, welche in den Mandaten zusammenfassend „Diebes- und Strolchengesinde“ genannt wurden. Sie galten für das Regiment auch ohne besonderen Nachweis als kriminell. Der Kreis der unerwünschten Personen war gegenüber dem Bettelmandat von 1693 nochmals erweitert und vor allem genauer umschrieben worden. Das Regiment zählte folgende Personengruppen zum suspekten „Gesindel“: Schuh-, Wachs-, Kugeln-, Tinten-, Ring- und Bürstenkrämer, savoyische Scherenschleifer, selbst deklarierte Migranten, Proselyten und Deserteure, fremde Soldaten, Seeleute, Spiel- und Tischhalter sowie fremde und einheimische nach Unglücken um Spenden bettelnde Personen mit verdächtigen Bewilligungsschreiben.<sup>1563</sup>

Die Aufgabe der Patrouillenwächter auf der Landschaft war es nun, legal reisende Personen von verdächtigen Personen zu unterscheiden. Die Landpatrouillenordnung von 1741 definierte verschiedene Ablaufprozesse zur Habhaftwerdung von Verdächtigen. Dabei stützte sie sich grundsätzlich wieder auf die relativ differenzierten Vorgehensweisen von 1662, ergänzte sie aber mit den Bestimmungen aus den Mandaten von 1724 und 1728 sowie mit dem Tagsatzungsbeschluss von 1720<sup>1564</sup>, welcher den Transit für legal reisende Personen regelte. Die wichtigsten Anpassungen galten für folgende Situationen:

*Unerwünschte Bettler und Vagierende:* Die Patrouillenwächter hielten allgemein verdächtige Personen in den Grenzregionen und auf offenem Gelände an oder sie suchten sie in Häusern auf, in denen ihnen gewöhnlich Unterschlupf gewährt wurde. Danach bemühten sie sich herauszufinden, ob eine verdächtige Person aus Zürich stammte oder nicht.

*Fremde Bettler und Vagierende* im Landesinnern, die nicht bettelten, führten die Patrouillenwächter wieder zur Grenze und drohten ihnen mit einer harten Körperstrafe, falls sie sich wieder blicken liessen. Erwischte man sie tatsächlich ein zweites Mal, erhielten sie vorerst nur eine ernstliche Mahnung. Erst beim dritten Mal verhafteten die Patrouillenwächter die fremden Bettler und Vagierenden und brachten das „Strolchengesinde“ in die Stadt zur Gasenbettelkommission.<sup>1565</sup>

Die Patrouillenwächter schickten *einheimische Bettler, Vagierende und Krämer* mit dem Hinweis auf das Bettelverbot in ihren Heimatort zurück. War es bereits das zweite Mal, wurden sie zum Pfarrer des Heimatorts zur Abmahnung geführt.<sup>1566</sup> Für die Patrouillenwächter

---

<sup>1562</sup> Ebd., 84f.

<sup>1563</sup> Ebd., 83.

<sup>1564</sup> EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 200, Oktober 1720.

<sup>1565</sup> Landpatrouillenordnung 1741, 83.

<sup>1566</sup> Landpatrouillenordnung 1741, 86.

stand bei einheimischen verdächtigen Personen das Kriterium, ob eine Person „würdig“ oder „unwürdig“ sei, nicht mehr an erster Stelle. Ausschlaggebend war vielmehr die körperliche Verfassung. Starke, also arbeitsfähige Landsleute waren von den Patrouillenwächtern direkt zu einem Verordneten der Gassenbettelkommission zu bringen, der sie züchtigte.<sup>1567</sup> Nach dem zweiten Auffinden brachten die Patrouillenwächter Bettler und Vagierende aus der Eidgenossenschaft zur Gassenbettelkommission in die Stadt.<sup>1568</sup>

*Legal reisende Personen:* Die Patrouillenwächter hielten die Handwerksgesellen mit gültigen Papieren an, sich nur auf den Haupt-, Reit- und Landstrassen zu bewegen und unverzüglich den Zielort aufzusuchen.<sup>1569</sup> Ebenso wurde mit den entlassenen eidgenössischen Soldaten und Deserteuren verfahren. Sie mussten auf kürzestem Weg das Gebiet des Standes Zürichs verlassen.<sup>1570</sup> Der Transit war damit gewährleistet.

*Gefangenentransport:* Die Patrouillenwächter wurden durch die Landespatrouillenordnung nicht mehr damit belastet, gefasste Bettler und Vagierende selbst an ihren Bestimmungsort zu bringen. Verhaftete fremde Bettler und Vagierende konnten sie den Dorfwächtern übergeben. Diese reichten sie sodann nach dem bekannten Muster ihren Amtskollegen des nächsten Dorfes weiter, bis die Bettler an der Grenze abgeschoben werden konnten.<sup>1571</sup> Dasselbe Verfahren galt für die Bettler aus der Eidgenossenschaft, die allerdings von den Ortsvorgesetzten oder von den Ortsbeamten bis an die Grenze abgeschoben wurden. Einheimische Bettler hatten die Patrouillenwächter gemäss dem Mandat von 1662 zu behandeln.

Das Regiment setzte Patrouillenwächter nicht nur auf der Landschaft, sondern auch in der Stadt Zürich ein. Sie mussten verhindern, dass einheimische sowie fremde Bettler in der Stadt und in den Vorstädten um Almosen bettelten. Sie hatten damit eine ähnliche Aufgabe zu erfüllen wie die städtischen Profosen. Jeder Bettler, der sich nicht abweisen liess oder bereits mehrmals gesichtet wurde, musste zum nächstwohnenden Mitglied der Gassenbettelkommission gebracht werden. Dieses ermahnte den Bettler oder liess ihn der „nothwendigen Züchtigung“ zuführen.<sup>1572</sup>

Den Patrouillenwächtern in der Stadt kam auch noch eine weitere Aufgabe zu. Jeden Morgen um 10 Uhr und jeden Nachmittag um 15 Uhr fanden sie sich beim Tor des Almosenklosters<sup>1573</sup> ein. Dort verhinderten sie, dass nicht berechnigte einheimische Bettler, Gewerbetreibende oder Holzscheiter Einlass in das Amt finden konnten, um verpflegt zu werden.<sup>1574</sup>

Die unterschiedliche Behandlung von Bettlern und Vagierenden durch die Patrouillenwächter war auf dem Papier wohl einfacher als in der Praxis. Die Kategorisierung in unerwünschte und legal reisende Personen sowie die Ausdehnung des Kreises der unerwünschten Vagieren-

---

<sup>1567</sup> Ebd.

<sup>1568</sup> Ebd.

<sup>1569</sup> Ebd.

<sup>1570</sup> Ebd., 87.

<sup>1571</sup> Ebd., 88.

<sup>1572</sup> Ebd., 87.

<sup>1573</sup> Beim Almosenkloster handelte es sich um die Anlage der Augustinerkirche.

<sup>1574</sup> Landpatrouillenordnung 1741, 87.

den barg die Gefahr in sich, dass die Patrouillenwächter aus Überforderung nun in undifferenzierter Weise alle Personen, die sich nicht genügend ausweisen konnten, verdächtigten, auf dem Gebiet des Standes Zürich kriminell handeln zu wollen. Die Furcht vor ihnen verstärkte sich seit der Jahrhundertmitte mit dem erhöhten Druck von aussen auf die Grenze. Nimmt man die steigende Zahl an Gauner- und Diebslisten in der Zürcher Mandatssammlung als Indiz für ein zunehmend intensiviertes und koordiniertes Vorgehen gegen alle Arten von Bettlern und Vagierenden<sup>1575</sup>, – und dadurch auch, so muss man ergänzen, als ein Anzeichen für eine gesteigerte Wahrnehmung der Kriminalität aus dem Bettler- und Vagierendenmilieu – so stieg die Zahl der Personen, die einer kriminellen Tat verdächtigt wurden und sich auf dem Territorium des Standes Zürich aufhalten konnten, bis 1750 an.

1744 und 1750 erreichten das Regiment in Zürich zwei Gauner- und Diebslisten mit je einem Dutzend Namen aus dem Stand Schwyz.<sup>1576</sup> Ebenfalls 1750 beunruhigte eine Diebsliste aus dem Tessin mit 68 Namen die hiesigen Behörden.<sup>1577</sup> 1752 wurden 58 Personen aus dem angrenzenden Bremgarten bekannt<sup>1578</sup> und im selben Jahr warnte ein weiteres Verzeichnis von 22 Namen vor herumstreichendem Mörder- und Diebesgesindel aus Baden.<sup>1579</sup> Dieser Anstieg korrespondierte mit der allgemeinen Entwicklung der stetig anwachsenden Anzahl von Gauner- und Diebslisten im südwestdeutschen und österreichischen Raum.<sup>1580</sup>

### 6.9.3 Bildung von Patrouillen in den Gemeinen Herrschaften

Die Tagsatzungsbeschlüsse aus den 1720er Jahren, welche es den einzelnen Orten überliessen, gegen die Vagierenden nach ihrer „Lage und Convenienz“ vorzugehen, führten zum einen zur Stärkung von einzelnen ordnungssichernden Organen in den Kantonen. Zum anderen wiesen die Entscheide aber auch auf Lücken und Schwächen in den gemeinsam verwalteten Vogteien hin. Den Gebieten fehlte es sowohl an den notwendigen Verwaltungsstrukturen wie auch an finanziellen Mitteln, um geeignete Massnahmen zu treffen. Das Problem der Gemeinen Herrschaften hatte sich seit dem Beginn der 1720er Jahre abgezeichnet und wurde von Zürich als Erstes erkannt. In erster Linie waren davon die Gemeinen Herrschaften Thurgau, Rheintal, Sargans, die freien Ämter und Baden betroffen. Bei diesen Gebieten handelte es sich um Territorien, die im näheren oder weiteren Interessengebiet von Zürich lagen.<sup>1581</sup>

Die Lage in den Gemeinen Herrschaften verschärfte sich bis in die Mitte der 1730er Jahre. 1737 beschäftigte sich die Tagsatzung mit dieser Thematik. Sie erkannte jedoch ihr strukturelles Problem in den Gemeinen Herrschaften noch nicht genügend. Sie liess nur verlauten: „(...) wegen des noch immer im Lande und in den Vogteien sich herumtreibenden liederlichen Strolchen-, Bettel- und Zigeunergesindes wird darauf aufmerksam gemacht, dass es allein an der Execution der gemachten Verordnungen ermangle. Es wird daher den Landvögten und

<sup>1575</sup> Blauert, Gauner- und Diebslisten, 31.

<sup>1576</sup> StAZ III AAb 1.11, 17. Juni 1744; StAZ III AAb 1.11, 4. September 1750.

<sup>1577</sup> StAZ III AAb 1.11, 1750.

<sup>1578</sup> StAZ III AAb 1.11, Mai 1752, Nr. 718. Vgl. Blauert, Gauner- und Diebslisten, 134.

<sup>1579</sup> StAZ III AAb, 1.11, 1752. Vgl. Blauert, Gauner- und Diebslisten, 134.

<sup>1580</sup> Blauert, Gauner- und Diebslisten, 41.

<sup>1581</sup> EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 696, Juli 1743. Zürich hatte schon 1724 vor eindringendem Strolchen- und Bettelgesindel aus dem Thurgau und aus Baden gewarnt; vgl. StAZ III AAb 1.9, 5. Juni 1724.

Oberamtleuten [der gemeinen Herrschaften] und den anderen in den Vogteien sich befindenden Beamten allen Ernstes und bei Vermeidung obrigkeitlicher Strafe anbefohlen, die bestehenden Verordnungen in Execution zu setzen, und zwar so, dass diejenigen, welche solchem Gesindel Unterschlupf geben, härtiglich gebüsst werden sollen.“<sup>1582</sup>

Die Tagsatzung liess als Massnahme die vorhandenen Bettelmandate regelmässig wieder drucken. Die Mandate wurden über die eidgenössischen Landvögte, bald auch unter Strafandrohung bei Nichtbefolgung, verkündet. Für diejenigen Personen, welche Vagierende bei sich aufnahmen, wurden die Strafen verschärft.<sup>1583</sup>

Zürich drängte in den Gemeinen Herrschaften, auf welche das Regiment einen verstärkten politischen Einfluss ausüben konnte, auf Verbesserungen in der Bekämpfung des Bettelwesens.<sup>1584</sup> Beispielweise wurden in der Landgrafschaft Thurgau die Bettelmandate in der zweiten Hälfte der 1720er Jahre konsequenter umgesetzt als in anderen Gemeinen Herrschaften. Ferner wurde in der Landvogtei Baden 1737 eine Patrouillenwache zur Abwehr des Bettler- und Strolchengesindes eingerichtet.<sup>1585</sup> Sie sollte täglich durchs Land ziehen.<sup>1586</sup>

Die Tagsatzung konnte sich 1744/45 einmal mehr nicht in der Frage einigen, wie mit den Bettelfuhren, d. h. mit der Transitproblematik, zu verfahren sei. Bern blieb bei seiner strikten Rückweisungspolitik. Die übrigen Kantone erwarteten von ihren Nachbarn, dass Bettelkarren mit armen und kranken Leuten, die ein Passschreiben mit Angaben über Herkunft, kürzeste Reiseroute und Zielort vorweisen konnten, zur Durchreise zugelassen würden.<sup>1587</sup>

Der Friedensschluss im Österreichischen Erbfolgekrieg von 1748, in dessen Verlauf sowohl österreichische als auch französische Truppen entlang des Rheins gezogen waren, hatte während dreier Jahre einen verstärkten Zustrom von „Strolchen- und Zigeunergesindel“ und Deserturen gegen die Eidgenossenschaft zur Folge.<sup>1588</sup> Im Lichte des akzentuierten Migrantenproblems um 1750<sup>1589</sup> zeigte sich die Unfähigkeit der Tagsatzung, eine gemeinsame Lösung zu finden, umso schärfer. Man blieb bei den bisherigen Beschlüssen, forderte die Stände auf, selbstständig geeignete Massnahmen zu treffen und mahnte die Landvögte der Gemeinen Herrschaften, die erlassenen Mandate genau zu befolgen.<sup>1590</sup>

---

<sup>1582</sup> EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 557, Juli und August 1737; vgl. auch schon 1735: EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 524, Juli 1735.

<sup>1583</sup> EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 541, 581.

<sup>1584</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, 25.

<sup>1585</sup> Solothurn hatte sich bereits 1706 an einer Tagsatzung darüber beklagt, dass im Badener Bäderquartier bis zu 400 Strolche zusammen kommen würden: vgl. EA 1681 – 1712, Band 6.2.1, S. 1318, Juli 1706.

<sup>1586</sup> EA 1712 – 1743, Band 7.I, S. 999.

<sup>1587</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 9, Juli 1744. Bern stimmte schliesslich ein Jahr später zu, presthafte Reisende aufzunehmen, Landstreicher und liederliches Gesinde würden aber weiterhin zurückgeschickt; vgl. EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 34, Juli 1745.

<sup>1588</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 63, Juli 1748; EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 76, Juli 1749.

<sup>1589</sup> Vgl. zu den Unruhen am Ende des Österreichischen Erbfolgekriegs und ihren Auswirkungen u.a. auch auf die Eidgenossenschaft: Fritz, Räuberbanden und Polizeistreifen, 137 – 148.

<sup>1590</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 76, Juli 1749; EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 87, Juli 1750; EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 97, Juli 1751.

1752 unternahm die Tagsatzung mittels einer Kommission den Versuch, einen gemeinsamen Ansatz zu finden, um das „drückende Übel des Schelmen-, Mörder, Strolchen- und Bettelgesindels“ zu lösen. Doch bereits bei der Debatte um die Einsetzung der Kommission meldeten Schaffhausen und Appenzell wegen ihrer besonderen geografischen Lagen Vorbehalte an.<sup>1591</sup> Während der Diskussion war man nicht um ungewöhnliche Ideen verlegen. Schon bald wurde der Vorschlag eingebracht, unliebsame Personen über Frankreich auf die „amerikanischen Inseln“ abzuschieben.<sup>1592</sup> 1752 kam es dennoch zu einer gemeinsam erlassenen Ordnung. Sie brachte zwar inhaltlich nichts Neues, jedoch wurde sie von Schaffhausen und Appenzell Innerrhoden, wie diese Kantone zuvor angekündigt hatten, nur teilweise akzeptiert.<sup>1593</sup>

Erst ein Jahr später, 1753, fasste die Tagsatzung einen entscheidenden Abschied. Die Gesandten waren sich in der Problemerkennung einig, dass sich vor allem in den Gemeinen Herrschaften inzwischen zu viel Gesindel angesammelt habe und dass in diesen Gebieten bis anhin zu wenig dagegen unternommen worden sei. Die Tagsatzung schlug nun eine härtere Gangart ein. Sie beschloss, in allen Gemeinen Herrschaften Patrouillen gegen Vagierende aufstellen zu lassen.<sup>1594</sup> Die Patrouillen in den Gemeinen Herrschaften waren befugt, auf ihren Kontrollgängen Schelme, Diebe und Mörder beim ersten Betreten des Territoriums zu verprügeln. Bei einem erneuten Erscheinen mussten sie den Landvögten überbracht werden. Je nach Umständen schnitten diese ihnen entweder die Haare ab oder schlitzen ihnen die Ohren oder verhängten andere Strafen.<sup>1595</sup>

Die Patrouillenwächter in den Gemeinen Herrschaften, die ab 1769 allgemein Harschiere genannt wurden, unterstanden den jeweiligen Landvögten.<sup>1596</sup>

#### **6.9.4 Der Verzicht auf eidgenössische Betteljagden**

Die allfälligen negativen Auswirkungen des Siebenjährigen Krieges machten der Eidgenossenschaft zu Beginn der 1760er Jahre grosse Sorgen. Luzern äusserte 1760 die Befürchtung, es würde nach einem Friedensschluss wieder viel „liederliches Strolchen-, Bettel und anderes herrenloses Gesindel“ in die Eidgenossenschaft strömen.<sup>1597</sup> Luzern regte aus diesem Grund bei der Tagsatzung erneut koordinierte Gegenmassnahmen an. Die übrigen Stände lehnten den Vorstoss mit der Begründung ab, frühere gemeinsame Verordnungen seien nie von allen Orten akzeptiert worden und dies wäre auch heute nicht der Fall. So sei es zweckmässiger, weiterhin jedem Stand zu überlassen, neue Vorkehrungen individuell zu treffen oder bereits getroffenen Massnahmen neuen Nachdruck zu verleihen.<sup>1598</sup> Die Tagsatzung konnte sich den-

---

<sup>1591</sup> Schaffhausen wirkte teilweise bei Massnahmen des schwäbischen Kreises mit; vgl. Fritz, Räuberbanden und Polizeistreifen, 137.

<sup>1592</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 111f, Juli 1752.

<sup>1593</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 122, Juli 1753.

<sup>1594</sup> Ebd.

<sup>1595</sup> Ebd.

<sup>1596</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 343, Juli 1769.

<sup>1597</sup> Tatsächlich kam es auch nach dem Siebenjährigen Krieg zur typischen Nachkriegskriminalität; vgl. Fritz, Räuberbanden und Polizeistreifen, 171, 173.

<sup>1598</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 222f, Juli 1760.

noch darauf einigen, die an der Grenze liegenden Stände zu ersuchen, dem fremden Gesindel den Eintritt in die Eidgenossenschaft zu erschweren oder unmöglich zu machen.<sup>1599</sup>

In der Eidgenossenschaft blieb jedoch die Angst vor einem grossen Migrantenstrom nach einem erfolgten Friedensschluss weiterhin bestehen. Nur ein Jahr später, 1761, beschloss die Tagsatzung doch noch, eine Instruktion ausarbeiten zu lassen, um „eine gemeinsame und auf die allgemeine Sicherheit abzielende Ordnung“ zu erreichen.<sup>1600</sup> Eine „Universalordnung“ wurde zwar an der folgenden Tagsatzung von 1762 von allen Ständen als wünschenswert betrachtet, doch scheiterte schliesslich auch sie an den Vorbehalten einzelner Orte. So blieb die Verantwortlichkeit für die Abwehr von unerwünschten fremden Bettlern, Vagierenden und Migranten bei den einzelnen Ständen und bei den Gemeinen Herrschaften. Das bescheidene Ergebnis der Verhandlungen war lediglich die allgemeine Empfehlung, Pässe nur zurückhaltend auszustellen und zu unterschreiben.<sup>1601</sup> Dies galt insbesondere für die Gemeinen Herrschaften.<sup>1602</sup> Die Tagsatzung formulierte wiederholt die Bitte an die Grenzorte, „unnützen“ und verdächtigen Personen den Eintritt in die Eidgenossenschaft zu verwehren. Besondere Aufmerksamkeit sollte den Rheinübergängen geschenkt werden.<sup>1603</sup> Zudem wurde der Thurgau explizit aufgefordert, die Bettelmandate mit Strenge zu vollziehen.<sup>1604</sup>

1766 vergab die Tagsatzung endgültig die Chance, eine gemeinsame und umfassende Bettler- und Vagierendenpolitik zu finden. Das Instrument der eidgenössischen Betteljagden wurde 1766 von ihr nun als unzureichend bezeichnet. Die Tagsatzung argumentierte, es genüge nicht, um dem „Strolchen- und Bettelgesind“ mit Nachdruck begegnen zu können.<sup>1605</sup> Die Tagsatzung hinderte jedoch die Stände nicht daran, in ihren Gebieten weiterhin Betteljagden durchzuführen und sich untereinander zu koordinieren.<sup>1606</sup> Die Tagsatzung gab es 1771 wegen der Uneinigkeit in der Sache endgültig auf, gemeinsame Massnahmen gegen das „Strolchengesindel“ in die Wege leiten zu wollen. Sie gab nur noch der Hoffnung Ausdruck, dass die Massnahmen in den einzelnen Ständen und die Absprachen bei regionalen Betteljagden genügen würden, um die allgemeine Sicherheit zu erhalten und das „Strolchengesindel“ von den eidgenössischen Grenzen abzuhalten.<sup>1607</sup> Das Thema fiel 1771 aus Abschied und Traktanden.<sup>1608</sup> Nicht einmal mehr eine Anfrage des schwäbischen Kreiskonventes in Ulm, die Problematik des Vertreibens von Vagierenden gemeinsam zu beraten, konnte die Tagsatzung dazu bewegen, das Thema wieder aufzunehmen.<sup>1609</sup>

---

<sup>1599</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 223, Juli 1760.

<sup>1600</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 230, Juli 1761.

<sup>1601</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 237, Juli 1762.

<sup>1602</sup> So eine Präzisierung dieser Bestimmung von 1766; EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 293, Juli 1766.

<sup>1603</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 293, Juli 1766; EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 343, Juli 1769.

<sup>1604</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 237, Juli 1762.

<sup>1605</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 293, Juli 1766.

<sup>1606</sup> Ebd.; EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 305, Juli 1767.

<sup>1607</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 366, Juli 1771.

<sup>1608</sup> Zurückgehend auf die Arbeit von Frauenlob wird der Zeitpunkt, zu dem das Thema aus „Abschied und Traktanden“ der Tagsatzung fiel, fälschlicherweise stets mit 1785 angegeben. 1785 wurde der Beschluss jedoch lediglich wiederholt, vgl. EA 1778 – 1798, Band 8, S. 103f, Juli 1785. Vgl. Frauenlob, Bettel und Landstreicherei, 19; Thomas Dominik Meier, Rolf Wolfensberger, Eine Heimat und doch keine: Heimatlose und Nicht-Sesshafte in der Schweiz (16. – 19. Jahrhundert), (Diss.), Zürich 1999, 373.

<sup>1609</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 501, Juli 1777.



### 6.9.5 Die Bildung der Patrouillenkommission von 1754/55

Das offensichtliche Unvermögen der Tagsatzung, das Problem des Bettel- und Strolchengesindels zu lösen, führte spätestens seit Mitte des 18. Jahrhunderts zu einem verstärkten Bemühen der Stände, diesbezüglich eigene konzeptuelle und institutionelle Fortschritte zu erzielen. Dieses hatte für die Entwicklung der ordnungssichernden Organe in Zürich weichenstellenden Charakter.

Die seit 1741 erfolgreiche Tätigkeit der Patrouillenwächter wirkte sich unmittelbar auf die übergeordneten politischen Strukturen aus. 1754/55 wurde die Gassenbettelkommission in die Patrouillenkommission umgewandelt. Sie stand zunächst unter dem Präsidium des Stadthauptmanns, später eines Zunftmeisters. Die Neubildung der Kommission ging über eine formale Reorganisation hinaus, da sie mit einer entscheidenden Ausweitung ihrer Fachkompetenzen verbunden war.<sup>1610</sup> Im Vergleich zur Gassenbettelkommission, deren Mitglieder vornehmlich als Gerichtsherren tätig waren, übernahm nun die Patrouillenkommission die Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Landespatrouillenordnung und der Bettelmandate. Ihr Einflussgebiet umfasste sowohl die Stadt wie auch die Landschaft. Der Patrouillenkommission kam die Oberaufsicht über alle ordnungssichernden Organe, die für die Vertreibung des „Strolchengesindels“ zuständig waren, zu.<sup>1611</sup> Damit trat sie neben die Ober- und Landvögte, die formell immer noch eine Aufsichtspflicht über die Dorfwachen ausübten.

Nach der Jahrhundertmitte verstärkte die Patrouillenkommission im Falle von gesundheitlichen Gefahren, die von Gebieten ausserhalb Zürichs drohten, zudem ihre Kontrollfunktionen über die Grenzposten. Dies geschah in Absprache mit dem Sanitätsrat. Die ordnungssichernde Aufgabe der Zöllner bestand darin, Reisende aus den Ursprungsländern der Krankheiten nicht ohne „authentischen Pass und Gesundheits Schein“ ins Land zu lassen.<sup>1612</sup>

Unter der Ägide der Patrouillenkommission akzentuierte sich eine Schwergewichtsbildung zwischen den ordnungssichernden Organen, die sich bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts abgezeichnet hatte. Die Patrouillenwächter konzentrierten sich nach der Jahrhundertmitte vornehmlich auf die Kontrolle der Grenze und auf die Abwehr von unerwünschten fremden Bettlern und Vagierenden in den Grenzregionen, während die Dorfwachen diese im Hinterland vertreiben sollten.

Die Profosen entwickelten sich zunehmend zu einem reinen Organ der Armenfürsorge. Von einer eigentlichen Aufgabenteilung zwischen diesen drei Organen kann um 1755 allerdings noch nicht gesprochen werden.

---

<sup>1610</sup> Vgl. zur Patrouillenkommission: Züsli-Niscosi, Wacht- und Patrouillenkommission, 147 – 151; ders., Beiträge, 110 – 118.

<sup>1611</sup> Züsli-Niscosi, Wacht- und Patrouillenkommission, 148f.

<sup>1612</sup> Vgl. dazu als Bsp.: StAZ III AAb 1.13, Mandat vom 10. November 1770.

### 6.9.6 Die Einführung einer flächendeckenden Passkontrolle 1762

Die Patrouillenkommission war von Beginn an bestrebt, ihre neuen Kompetenzen auszu-schöpfen. Zu den frühesten Massnahmen gehörte die engere Führung der bisher weitgehend selbstständig handelnden Patrouillenwächter. Die Wächter wurden nun verpflichtet, der Patrouillenkommission in Zürich vierzehntäglich einen mündlichen Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten.<sup>1613</sup> Die Patrouillenkommission lud darüber hinaus jeweils noch jene Patrouillenwächter zu einer ausführlichen Berichterstattung ein, in deren Gebiet sich kürzlich ein Vorfall ereignet hatte. Als typisches Beispiel kann hier der Patrouillenwächter aus dem Dorf Hegi erwähnt werden, in dessen Region es zu einem Diebstahl gekommen war.<sup>1614</sup>

Die Wirkung der Patrouillenkommission blieb vorerst beschränkt. Die Gründe dafür sind nicht zuletzt im räumlichen Einsatzkonzept der ordnungssichernden Organe zu suchen. Das Regiment war seit 1713 überzeugt, dass die Dorfwachen das erfolgreichste Hauptinstrument zur Bekämpfung der Bettler und Vagierenden darstellten.<sup>1615</sup> Im Herbst 1762 bekräftigten die Räte diese Haltung, indem sie in einem neuen Bettelmandat erneut formulierten, die Dorfwachen trügen am meisten zur Säuberung des Landes bei.<sup>1616</sup> Gleichzeitig beklagte das Regiment den schlechten Zustand der Dorfwachen, welcher aus der Missachtung der obrigkeitlichen Mandate resultieren würde. Die schlechte Arbeit der Dorfwächter habe wieder zu einer „Überlast“ von fremdem und einheimischem liederlichen Gesindel geführt. Es gefährde nun sogar den Frieden in der Stadt und auf der Landschaft.<sup>1617</sup>

Die harsche Reaktion des Regiments ist vor dem Hintergrund des Siebenjährigen Kriegs zu interpretieren. Es stufte, nur zwei Monate nach dem Scheitern der Universalordnung an der Tagsatzung, die Bedrohung gegen Ende der Kriegsperiode als gravierend ein. Das Regiment wiederholte 1762 nun nicht mehr nur die Absicht, das „Land von dem herum vagierenden Bättel- und Strolchensind (...) [zu] säubern und rein [zu] halten“<sup>1618</sup>, sondern die Obrigkeit peilte mit zwei neuen Anordnungen eine spürbare Verbesserung in der Qualität der Bettler- und Vagierendenbekämpfung in Zürich an. Das Regiment erhob erstens die Einzelschriften, die bisher nur für die vier bis acht jährlichen Betteljagden gegolten hatten, zu ständigen Anordnungen für den Umgang mit Bettlern und Vagierenden aller Kategorien. Die Betteljagden wurden gewissermassen auf das ganze Jahr ausgedehnt. Zweitens ging die Obrigkeit seit dem Bettelmandat von 1762 nicht mehr davon aus, dass jeder Reisende a priori ein Vagierender mit schlechten Absichten sei. Dieser positive Paradigmenwechsel wurde vom Regiment jedoch weiterhin mit der Vorgabe für die ordnungssichernden Organe verbunden, in der Masse der sich im Raum bewegenden Personen präventiv kriminelle oder potenziell kriminelle Personen zu erkennen.

---

<sup>1613</sup> StAZ B III 190, 1. Die erhaltenen Protokollbücher der Patrouillenkommission beschränken sich lediglich auf die Feststellung, dass die ordentliche Befragung der Patrouillenwächter stattgefunden habe. Nur in seltenen Fällen sind die Aussagen der Patrouillenwächter überliefert.

<sup>1614</sup> StAZ B III 190, 36.

<sup>1615</sup> Das Regiment wiederholte diese Ansicht in den Bettelmandaten von 1724 und 1728; vgl. StAZ III AAb 1.9, 15. Juni 1724 und StAZ III AAb 1.9, 30. August 1728.

<sup>1616</sup> StAZ III AAb 1.12, Mandat vom 1. September 1762.

<sup>1617</sup> Ebd.

<sup>1618</sup> Ebd.

In der Praxis bedeutete die Kombination der neuen Anordnungen einen Versuch, flächendeckende Personenkontrollen einzuführen. Sie erforderte eine Dauerpräsenz der ordnungssichernden Organe auf der Landschaft.<sup>1619</sup> Beide Punkte zählen zu den fundamentalen Elementen eines effizienten Einsatzkonzepts der ordnungssichernden Organe in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und machen das Bettelmandat von 1762 zu einem ersten zentralen polizeigeschichtlichen Dokument von Zürich.

Die im Mandat erreichten Fortschritte konnten weitgehend nur konzeptioneller Natur bleiben, weil die Obrigkeit die Hauptverantwortlichkeit für die Abwehr des fremden „Diebs- und Strolchensinds“ bei den Dorfwachen belassen hatte und keinen direkten Einfluss auf ihre Führung nehmen konnte. Dem Regiment war es lediglich möglich, die Rahmenbedingungen für den Einsatz der Dorfwächter zu verändern. Im Bettelmandat von 1762 traf es denn auch eine Reihe von flankierenden Massnahmen, mit denen es die Effizienz und die Effektivität der Dorfwachen zu erhöhen trachtete.

Zum einen forderte das Regiment die Gemeinden auf, ihre Dorfwachen personell von einem Wächter auf mindestens zwei oder drei aufzustocken, um zu jeder Tages- und insbesondere Nachtzeit im gesamten Gemeindegebiet vor Ort präsent sein und die Gegend überwachen zu können.<sup>1620</sup>

Zum anderen führte das Bettelmandat von 1762 bestehende Bestimmungen aus den Ablaufprozessen näher aus oder präziserte sie mit dem Ziel, das Konzept der flächendeckenden Personenkontrolle auch auf Stufe Dorfwachen umzusetzen. Die Erwartung an die Dorfwächter war nun, die Pässe oder andere Scheine von ankommendem oder durchreisendem „fremden gemeinen Volck“, auch von Handwerksburschen, entweder selbst zu prüfen oder, falls sie nicht lesen konnten, die Papiere dem Dorfpfarrer oder einem anderen Lesekundigen vorzulegen und dessen Anweisung abzuwarten. Wer nicht mit einem Pass oder „anderem glaubwürdigen Schein und Zeugnis“ seine Herkunft oder seine Absicht belegen konnte, sollte von den Dorfwächtern mit allem Nachdruck an einer Ein- bzw. Weiterreise gehindert werden. „Verdächtige Personen oder Strolche“ waren sogleich mit Gewalt anzuhalten. Sodann sollten sie von einem Dorfwächter zum anderen oder durch „tüchtige Personen“ aus der betroffenen Gemeinde „gewahrsamlichst“ solange einander weitergereicht werden, bis sie die Grenze zu ihrer Heimat<sup>1621</sup> erreichten. Gegebenenfalls waren sie in die Stadt zu einem Mitglied des Kleinen Rates bzw. zum zuständigen Ober- oder Landvogt zu führen, der sie verhörte und die weitere Abstrafung veranlasste.<sup>1622</sup>

Die Bestimmungen für legal reisende Personen, Handwerksgesellen und Steuersammler entsprachen in ihren Grundzügen dem Bettelmandat von 1728. Auch sie wurden in wenigen

---

<sup>1619</sup> Das Regiment hatte seit dem Bettelmandat von 1662 eine flächendeckende Personenkontrolle angestrebt. Es gab zwischen 1662 und 1762, ausser 1741, jedoch keine namhaften Versuche, das Ziel zu erreichen. Meines Erachtens bildete das Bettelmandat von 1762 den Ausgangspunkt für den ernsthaften Versuch der Patrouillenkommission, den gesamten Raum – und nicht nur die Grenzregionen – erfolgreich zu überwachen. Ich spreche deshalb von der Einführung der flächendeckenden Personenkontrolle.

<sup>1620</sup> StAZ III AAb 1.12, Mandat vom 1. September 1762.

<sup>1621</sup> Ebd.

<sup>1622</sup> Ebd.

Punkten umfassender formuliert: Fremde waren gehalten, nicht nur die Haupt- und Landesstrassen, sondern ausschliesslich die offiziellen Grenzübertritte zu benutzen. Wurden fremde Personen trotz der Verbotstafeln auf Nebenwegen angetroffen, hatten sie sich bereits dermassen verdächtig gemacht, dass sie von den Dorfwachen festgehalten und zu den vorgesetzten Ober- und Landvögten gebracht wurden.<sup>1623</sup>

Die Bestimmungen gegenüber den Schifflenten konnten im Bettelmandat von 1762 hingegen etwas gelockert werden. Ein Wassertransport von Fremden auf dem Zürichsee war ihnen nicht mehr generell untersagt, wenn die Passagiere ein „glaubwürdiges“ Papier bei sich trugen.<sup>1624</sup>

Die Übernachtungsvorschriften für Fremde übernahm das Bettelmandat von 1762 aus jenem von 1728. Die Gemeindevorgesetzten schickten nun aber neu die Dorfwache, um jenen Meldungen nachzugehen, die auf Personen hinwiesen, welche in abgelegene Häuser eingedrungen waren um zu nächtigen.<sup>1625</sup> Zuvor gehörte diese Aufgabe ins Pflichtenheft der Gemeindevorgesetzten.

Im Bettelmandat von 1762 kam es beim Transitproblem hingegen zu einem Rückschritt: Zürich schloss sich nun der Politik Berns an und verbot den Grenzgemeinden, Bettelfuhren aus den Nachbarständen und Gemeinen Herrschaften in Empfang nehmen. Widrigenfalls mussten sie die Kosten dafür übernehmen, durften aber weder die Gemeinde- noch die Kirchenrechnung damit belasten.<sup>1626</sup> Die mahnenden Worte der Obrigkeit verfehlten ihre Wirkung nicht überall. In Richterswil ging man das Problem offensiv an und baute 1768 ein eigenes Wacht- haus für die Dorfwache an der Hauptstrasse in Grenznähe zum schwyzerischen Bezirk Höfe. Die Finanzierung erfolgte nicht aus der Gemeindekasse, sondern über die „Privatseckel“.<sup>1627</sup>

Die Umsetzungsbestimmungen zur flächendeckenden Personenkontrolle im Bettelmandat von 1762 liessen die Anforderungen an die Dorfwächter deutlich steigen. Im Regiment liess es das Bewusstsein wachsen, dass alle Bemühungen zur Abwehr von unerwünschten Personen als ein System zu betrachten sind, dessen Komponenten so aufeinander abzustimmen sind, dass damit eine präventive Wirkung erzielt werden kann.<sup>1628</sup>

Das Regiment hatte die Vorschriften für die Dorfwachen so weit als möglich reglementiert. Ihre konkrete Umsetzung lag nun primär bei den Gemeinden. Doch das Vertrauen der Obrigkeit in die Durchsetzungskraft der kommunalen Behörden war offensichtlich immer noch beschränkt. Das Regiment erlaubte im Mandat von 1762 den Patrouillenwächtern, die Dorfwa-

---

<sup>1623</sup> Ebd.

<sup>1624</sup> Ebd.

<sup>1625</sup> Ebd.

<sup>1626</sup> Ebd.

<sup>1627</sup> Werdmüller, *Memorabilia* 1790, Teil II, 85.

<sup>1628</sup> Es wäre interessant zu prüfen, inwieweit diese Präventionsabsichten des Regiments und Lavaters Physiognomik in einem Zusammenhang stehen. Vgl. zu Lavaters Physiognomik und deren Hintergründen: Hans-Georg von Arburg, „Der Fall Rüttgerodt: Die Physiognomik des Bösen und ihre Medialisierung um 1800“, in: Roger Fayet (Hg.), *Die Anatomie des Bösen: Ein Schnitt durch Körper, Moral und Geschichte*, (Interdisziplinäre Schriftenreihe des Museums zu Allerheiligen Schaffhausen 3), Schaffhausen 2008, 83 – 105, insbes. 85, 94f.

chen in unregelmässigen Abständen zu visitieren und ihre Saumseligkeiten der Patrouillenkommission zu melden. Die Kommission konnte daraufhin sowohl einzelne Dorfwächter wie Gemeindevorgesetzte schriftlich mahnen, vorladen und Strafen aussprechen.<sup>1629</sup>

### 6.9.7 Die weitere Kriminalisierung des Bettels im Mandat von 1762

Die Obrigkeit hatte mit den Neuerungen im Bettelmandat von 1762 die Hoffnung verbunden, „endlich des herum vagierenden unnützen Bättel- und Strolchen-Gesinde und allerhand von ihnen zu besorgen habenden Gefahren ledig“ zu werden.<sup>1630</sup> Neben der Zuverlässigkeit der Dorfwachen stellte die Identifizierung von Personen dabei die grösste Herausforderung dar. Das Regiment forderte im Bettelmandat von 1762 von den Dorfwächtern den Anspruch auf eine flächendeckende Personenkontrolle zwar ein und verlangte, klarer als in früheren Mandaten, zwischen unerwünschten Bettlern, Vagierenden und legal reisenden Personen zu differenzieren. Den Patrouillen- und Dorfwächtern waren ausser ihrer Intuition jedoch noch kaum taugliche Mittel an die Hand gegeben, in der Praxis und vor Ort die verschiedenen Kategorien tatsächlich auseinanderzuhalten.

Das Regiment milderte indirekt die Problematik, als es ebenfalls im September 1762 ein neues Mandat erliess, welches die Armenfürsorge für die einheimischen Bettler nochmals verbesserte und das Bettelverbot wiederum verschärfte, um die Fürsorgeeinrichtungen zu schützen.<sup>1631</sup> Entscheidend dabei war die vorsichtige Ausweitung des Kreises der unterstützungswürdigen Armen. Nach 1762 durften auch „tugendhafte, aber mangelbare“ Personen um Hilfe nachsuchen.<sup>1632</sup> Der Seelsorger der Gemeinde hatte zu prüfen, ob in einem harten Winter, bei mangelnder Arbeit oder bei Krankheit „von ehrlichen Leuten, die sonst ihr Stück Brod selbst verdienen“, jetzt aber vorübergehend nicht selbst für ihren Unterhalt aufkommen können, ein Gesuch um Armenunterstützung beim Almosenamt gerechtfertigt ist.<sup>1633</sup> Die Obrigkeit anerkannte damit, dass eine wirtschaftliche Notlage nicht zwingend auf Untätigkeit und Müssiggang schliessen lassen musste. Das Regiment war sich mit der neuen Almosenordnung von 1762 nun sicher, für alle würdigen Armen hinlänglich gesorgt zu haben.<sup>1634</sup>

Mit dieser vorsichtigen Öffnung, die auch ein gewisses Eingeständnis an die Ursachen der Armut bedeutete, ging umso mehr eine eindeutigere Ab- und Ausgrenzung und Kriminalisierung der verbleibenden Bettler- und Vagierendenkategorien einher. Für die Patrouillen- und Dorfwächter bedeute die erneuerte Almosenordnung von 1762 eine erhöhte Sicherheit in der Beurteilung ihrer Klientel. Aus der Sicht der Obrigkeit waren es definitiv nur noch liederliche Leute, die dem Bettel nachgingen und deren Müssiggang keine Unterstützung mehr erfahren durfte. In diesem Sinn war für die ordnungssichernden Organe die Grundlage für ihr Handeln klarer als zuvor. Dies wiederum stärkte das Regiment in seiner Annahme, dass die erneuerte Almosenordnung von 1762 dazu beitrage, das Land rein zu halten, der allgemeinen Sicherheit

---

<sup>1629</sup> StAZ III AAb 1.12, Mandat vom 1. September 1762.

<sup>1630</sup> Ebd.

<sup>1631</sup> „Erneuerte Almosen-Ordnung“, 1762, in: Sammlung der Policeygesetze 1779, vierter Band 4, Nr. I, 21.

<sup>1632</sup> Keller, Armenwesen, 57.

<sup>1633</sup> Almosenordnung 1762, 7f.

<sup>1634</sup> Keller, Armenwesen, 57.

zu dienen und den Wohlstand nicht zu beeinträchtigen. So lautete die nun eher politische und ökonomische als religiöse Begründung im Mandat.<sup>1635</sup>

Die erneuerte Almosenordnung von 1762 hatte ansonsten nur in einem Punkt Implikationen für die Arbeit der Dorfwächter: Sie regelte in erster Linie die Betreuungspflicht der Gemeinden und enthielt neue ordnungssichernde Bestimmungen für die Profosen.

Die Bezüger von Almosen, die nach dem neuen Almosenmandat von 1762 trotz der verbesserten Almoseninstitutionen der Gemeinden zu betteln begannen, mussten nun nach dem neuen Mandat auf der Landschaft vom zuständigen Seelsorger dem Almosenpfleger der Gemeinde und von diesem dem Obmann des jeweiligen Almosenamtes angezeigt werden.<sup>1636</sup> Dieser strich ihn daraufhin aus der Liste der Almosenempfänger. Danach liess er ihn durch die Landprofosen zur „Leibesstrafe und Züchtigung an der Stud“ ins Schellenwerk Oetenbach bringen.<sup>1637</sup>

Die städtischen Profosen brachten jeden einheimischen Bettler von der Landschaft, der in der Stadt unerlaubterweise beim Betteln ertappt worden war, auf Kosten der Gemeinde und ohne weitere Befragung an seinen Wohnort zurück. Auf der Landschaft begleiteten die Dorfwachen die einheimischen Bettler, welche sich nicht in ihrem Heimatort aufhielten, nach dem neuen Almosenmandat von 1762 nun explizit „ohne Umschweif“ und zulasten der Gemeindekasse nach Hause.<sup>1638</sup> Dieser Punkt der Almosenordnung stellte eine Präzisierung gegenüber dem Bettelmandat von 1762 dar.

Das Betteln der Kinder jeglichen Alters auf den Feldern, an den Strassenrändern, vor und in den Dörfern und an der Grenze bildete auch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts für die Obrigkeit weiterhin ein ungelöstes Problem. Es kam denn auch in der erneuerten Almosenordnung zur Sprache. Das Regiment fürchtete um den guten Ruf des Standes bei den Reisenden und dass sich die Kinder an den Müssiggang und an das Betteln gewöhnen würden. Pfarrherren, Vorgesetzte, Schulmeister und Väter waren nach dem Almosenmandat von 1762 deshalb nachdrücklich aufgefordert, dagegen einzuschreiten.<sup>1639</sup>

### **6.9.8 Der Grenzcordon von 1763 am Ende des Siebenjährigen Kriegs**

Das Regiment hatte die Absicht, mit der erneuerten Almosenordnung von 1762 die Menge der bettelnden Personen zu reduzieren. Die Entwicklung lief jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Die absolute Zahl von Bettlern und Vagierenden stieg in den 1760er Jahren aufgrund des Bevölkerungswachstums an.<sup>1640</sup> Das Ende des Siebenjährigen Kriegs führte zu einem zu-

---

<sup>1635</sup> Almosenordnung 1762, 21, 23.

<sup>1636</sup> Ebd., 10, 22. Obrigkeitliche Almosenämter gab es in Zürich, Töss, Rüti, Kappel und Küsnacht.

<sup>1637</sup> Ebd., 22.

<sup>1638</sup> Ebd.

<sup>1639</sup> Ebd., 22f.

<sup>1640</sup> Vgl. zum Bevölkerungswachstum: Margrit Irniger, „Landwirtschaft in der frühen Neuzeit“, in: Geschichte des Kantons Zürich: Frühe Neuzeit: 16. bis 18. Jahrhundert, Band 2, Zürich 1996, 66 – 125, 87.

sätzlichen, in diesem Ausmass bisher unbekannten Migrationsdruck auf die Grenze.<sup>1641</sup> Das Regiment gelangte dabei zu der Erkenntnis, dass die neue Situation mit den bisherigen Mitteln nicht mehr zu bewältigen ist. Es geriet daraufhin in Zugzwang. Das Regiment beauftragte daher die Patrouillenkommission, ein weiteres Gutachten zur Problematik zu verfassen und eine Lösung vorzuschlagen.<sup>1642</sup>

Die Kommission diskutierte am 22. Januar 1763 die Frage, wie das fremde Strolchen- und Bettelgesindel und vor allem fremde Soldaten an den Grenzen abzuhalten seien.<sup>1643</sup> Ihr Konzept für den Einsatz sah im Vergleich zum Bettelmandat von 1762 eine noch striktere Kontrolle der Grenzstreifen vor. Niemandem sollte es gelingen, ohne gültigen Ausweis aufs Territorium des Standes Zürich zu gelangen. Dieses Ziel war allerdings nur zu erreichen, wenn das ordnungssichernde Personal massiv verstärkt werden konnte.

Die Patrouillenkommission schlug als Lösungsansatz deshalb vor, das Regiment solle neue Kommissare („comisarii“) ernennen und ausserordentliche zivile Patrouillenwachen<sup>1644</sup> anordnen, um den einströmenden Migranten entgegen zu treten. Die Kommission nannte rund um das Gebiet des Standes Zürich eine Reihe von Grenzorten<sup>1645</sup>, wo ein Einsatz der Patrouillenwächter sinnvoll wäre. Den definitiven Entscheid, welche Orte schliesslich ausgewählt werden sollten, überliess sie aber dem Kleinen Rat.

Die Patrouillenkommission rechnete zu diesem Zeitpunkt damit, dass vornehmlich bewaffnete Soldatengruppen von zürcherischem Territorium abzuhalten seien. Sie richtete somit die Stärke der ausserordentlichen Patrouillenwachen nach der erwarteten militärischen Stärke der Gegenseite aus. Das Gutachten sah vor, eine nicht näher bestimmte Anzahl von vierköpfigen Gruppen zu bilden, denen jeweils als fünftes Mitglied ein ausserordentlicher Patrouillenwächter vorstand.<sup>1646</sup> Die Planung ging davon aus, dass zwei Patrouillenwächter in der Nähe ihres Vorgesetzten patrouillierten und die beiden anderen einen Grenzabschnitt zu überwachen und Vorkommnisse zu rapportieren hätten.

Den Kommissaren kamen ebenfalls ordnungssichernde Aufgaben zu. Sie hatten nicht nur die ausserordentlichen Patrouillenwächter nach Kräften zu unterstützen, sondern selbst alle verdächtigen fremden Leute, Strolche, Bettler und Deserteure „mit allem Ernst“ wieder über die

---

<sup>1641</sup> Vgl. zur Zunahme der Vagierendenzahl und der Kriminalität in den 1760er Jahren im südwestdeutschen Raum: Fritz, Räuberbanden und Polizeistreifen, 171 – 180.

<sup>1642</sup> StAZ B III 190, 1.

<sup>1643</sup> Ebd., 1 – 3.

<sup>1644</sup> Der Begriff Patrouillenwächter war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nicht eindeutig umschrieben. So konnten in ausserordentlichen Lagen patrouillierende Wächter, die im Kampf gegen den Bettel zeitweise aufgeboten wurden, auch Patrouillenwächter genannt werden. Vgl. Züsli-Niscosi, Beiträge, 119. Dies scheint hier der Fall zu sein. Zu Beginn der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts existierten neben der Patrouillenkommission zeitweise auch andere Kommissionen, die sich mit den Fragen der Dorf-, Grenz- und Patrouillenwachen auseinandersetzten; vgl. Züsli-Niscosi, Beiträge, 111, Anm. 541.

<sup>1645</sup> Birmensdorf, Altstetten, Höngg, Otelfingen, Weiach, Rafz, Feuerthalen oder Ellikon, Elgg, Wald, Feldbach, Richterswil und Sihlbrugg.

<sup>1646</sup> Das Gutachten nennt die Zahl der ausserordentlichen Patrouillenwachen nicht. In Anlehnung an das darauf folgende Mandat (vgl. weiter unten) kann jedoch davon ausgegangen werden, dass pro Einsatzort eine Patrouille vorgesehen war.

Grenze zurückzuschicken und bei einem zweiten Mal dem Ober- oder Landvogt, in dessen Jurisdiktionsbezirk sie aufgegriffen wurden, zur verdienten Bestrafung zu überbringen.<sup>1647</sup>

Die Patrouillenkommission vertrat die Meinung, für den Einsatz dürften nur kräftige Landleute ausgewählt werden, die sowohl der Muttersprache wie auch der französischen Sprache kundig waren.<sup>1648</sup> Sie schlug vor, die ausserordentlichen Patrouillenwächter mit der vollen militärischen Bewaffnung und Bekleidung auszurüsten.<sup>1649</sup>

Die Kommission hatte in ihrem Gutachten zwar eindeutig das Schwergewicht auf die Patrouillenwächter gelegt, vernachlässigte jedoch die Dorfwachen nicht. Sie warnte davor, sie wegen der Verstärkung der Patrouillenwache zu verringern oder gar abzuschaffen. Das Gutachten sah vielmehr den Einsatz der Dorfwachen nach gleichem Muster wie dem der ausserordentlichen Patrouillenwächter vor.<sup>1650</sup>

Als weitere Massnahme war im Gutachten vorgesehen, dass auf allen nicht überwachten Strassen und Wegen entlang der Grenze, aber auch im Landesinnern, die bereits 1728 angelegten Warntafeln mit dem Text „Das ist ein verbotener Weg“ nicht nur in deutscher, sondern nun auch in französischer Sprache aufzustellen waren.

Die Herren der Patrouillenkommission erbaten sich schliesslich vom Kleinen Rat die Möglichkeit, dass sie ihre unterstellten Kommissare von Zeit zu Zeit selbst visitieren durften, um zu überprüfen, ob diese Anordnungen getreulich ausgeführt wurden.<sup>1651</sup>

Die Patrouillenkommission strebte mit dem Gutachten eine nicht unerhebliche Ausweitung ihrer Kompetenzen an.

Der Kleine Rat nahm vom Inhalt des Gutachtens Kenntnis. Er beschied jedoch der Patrouillenkommission bereits am 27. Januar 1763, fünf Tage nach ihrer Sitzung, dass nur an vier Grenzsorzen je eine sogenannte Piquet-Wache aufgestellt werden sollte.<sup>1652</sup> Jedes Piquet sei mit einem Offizier oder Kommissar und sechs bewaffneten Soldaten zu bestücken. Nach dem Willen des Kleinen Rats waren es die zuständigen Quartierhauptleute, welche in ihren Bezirken entsprechende Jünglinge zu rekrutieren hatten, denen man das Kommando und die Aufsicht über die sechs Untergebenen übertragen konnte. Die Unteroffiziere und Soldaten waren besoldet.<sup>1653</sup>

Damit entschied sich der Rat für eine formal militärische Lösung. Er ging nicht auf das Anliegen der Patrouillenkommission ein, die nicht-militärischen Wachtorgane zu stärken. Be-

---

<sup>1647</sup> StAZ B III 190, 3.

<sup>1648</sup> Ebd., 2.

<sup>1649</sup> Die Fragen rund um die Bewaffnung und die Bekleidung fielen nach der Auffassung der Patrouillenkommission in den Zuständigkeitsbereich der Quartierhauptleute.

<sup>1650</sup> StAZ B III 190, 2.

<sup>1651</sup> Ebd.

<sup>1652</sup> Birmensdorf, Otelfingen, Rafz und Feuerthalen. Damit wurde nicht, wie ursprünglich vorgesehen, die gesamte Grenze abgedeckt, sondern nur der Abschnitt gegen den Aargau, Schwaben und den Thurgau.

<sup>1653</sup> StAZ B III 190, 5.



züglich des Auftrags hielt sich der Kleine Rat jedoch an den Vorschlag der Patrouillenkommission. Die Aufgabe der ausserordentlichen Patrouillenwache war nicht eine militärische Schliessung der Grenze, sondern den Zugang zum Stand Zürich streng, aber differenziert zu regeln und zu kontrollieren. Der Kleine Rat überliess es denn auch der Kommission, die genauen Vorschriften für den Einsatz und die Verhaltensregeln der Soldaten zu erlassen.<sup>1654</sup>

Die Patrouillenkommission verabschiedete am 31. Januar 1763 eine entsprechende Ordonnanz, welche die Details des Einsatzes festschrieb.<sup>1655</sup> Sie berücksichtigte die Vorgaben des Kleinen Rats und passte die Grundideen aus ihrem Gutachten den Vorgaben an. Als Chef des Postens bestimmte die Ordonnanz nun einen Unteroffizier. Französischkenntnisse waren keine Voraussetzung mehr.<sup>1656</sup> Jedem Unteroffizier wurde eine Abschrift des Textes mit der Empfehlung, die Pflichten geflissentlich zu erfüllen, abgegeben.

Die Soldaten hatten in vollständiger Kriegsmontur und Armatur zum Dienst zu erscheinen sowie „etliche scharfe Patronen“ mitzubringen. Der Unteroffizier visitierte sie jeden Morgen in der Früh. Nach dem Appell behielt er zwei der sechs Soldaten bei sich und schickte die anderen vier auf ihre Route. Sie marschierten nach seiner Anweisung in zwei Zweierpatrouillen in entgegengesetzter Richtung entlang der Grenzen los.

Die Ordonnanz schrieb die Wegstrecken für die Zweierpatrouillen in groben Zügen vor. Sie waren so angelegt, dass die Trupps von je zwei benachbarten Grenzposten aufeinandertreffen sollten. Damit konnte der gesamte Grenzabschnitt überwacht werden. Die Soldaten hatten aus der Gemeinde, die am äussersten Punkt ihres Patrouillenwegs lag, ein Attest mitzubringen, um zu beweisen, dass sie den gesamten Weg auch tatsächlich abgeschritten hatten. Jeden Abend legten sie ihrem Unteroffizier zudem Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. Der Unteroffizier wiederum war verpflichtet, jede Woche oder wenigstens alle zwei Wochen der Patrouillenkommission einen Bericht über seine Mannschaft und die Vorkommnisse einzusenden.

Die Soldaten sollten auf ihren Touren auf alles ankommende „fremde und verdächtig Volk Achtung“ geben, insbesondere auf bewaffnete Deserteure und Soldaten aus demobilisierten Armeen. Der Auftrag entsprach grundsätzlich demjenigen Auftrag, den die ordentlichen Patrouillenwächter in normalen Zeiten auch erfüllten. Die Soldaten kontrollierten Pässe, Scheine, Zeugnisse oder Kundschaften und liessen, „ohne sich zu erbarmen“, keine ausländische Person, die keine schriftliche Auskunft darüber geben konnte, woher sie kam und was sie im Land beabsichtigte, über die Grenze und trieben sie „mit allem Ernst“ wieder zurück. Sie nahmen die Hilfe der nächstgelegenen Gemeinde in Anspruch, wenn „eine allzustarke Anzahl dieses Gesindes“ auftrat und die Soldaten der Patrouille sich nicht mehr in der Lage sahen, die Situation selbstständig zu meistern.<sup>1657</sup>

---

<sup>1654</sup> StAZ B III 190, 3f.

<sup>1655</sup> Ebd., 4f.

<sup>1656</sup> Die Ordonnanz spricht, mit einer Ausnahme am Schluss des Textes, im Gegensatz zum Regiment nicht mehr von Offizieren, sondern von Unteroffizieren.

<sup>1657</sup> StAZ B III 190, 5.

Jene Personen, insbesondere diejenigen, die auf Nebenstrassen angetroffen wurden und sich einer Kontrolle widersetzen, erforderten ein sofortiges Handeln der Soldaten. Sie nahmen die verdächtigen Personen fest, brachten sie ihrem Unteroffizier und führten sie danach dem zuständigen Ober- oder Landvogt zur Abstrafung zu. Im Vergleich zum Bettelmandat von 1762 war in diesem Szenario eine militärische Hierarchieebene zwischen den Soldaten und dem Ober- und Landvogt bzw. der Patrouillenkommission eingeschoben worden.<sup>1658</sup> Das galt jedoch nicht unbedingt. „Erforderlichen Falls“, so die Formulierung in der Ordonnanz, war auch der direkte Weg zur Patrouillenkommission angebracht.<sup>1659</sup>

Die Behandlung von Personen aus der Eidgenossenschaft war in der Ordonnanz wie immer gesondert geregelt. Es durften während der Zeit des Grenzcordons nur unbewaffnete und kleine Gruppen aus der Eidgenossenschaft in zürcherisches Gebiet eingelassen werden. Die ausserordentlichen Patrouillenwächter übergaben sie gemäss dem Transitgebot und den Vorschriften des Bettelmandats von 1762 den Dorfwachen. Von diesen wurden sie in bekannter Weise zum nächsten Dorf gebracht und von ihren Kollegen wieder weitergereicht, bis sie zur Grenze zu ihrer Heimat geführt worden waren.<sup>1660</sup>

Zürcher „Landeskinder“ waren anzuweisen, selbstständig und direkt von der Grenze in ihr Heimatdorf zu reisen. Eine Begleitung durch die Dorfwachen, wie noch in der erneuerten Almosenordnung von 1762 angedacht war, war wegen der personellen Engpässe nicht mehr vorgesehen.<sup>1661</sup>

Die ausserordentliche Patrouillenwache in der Form des militärischen Grenzcordons wurde 1763 auch tatsächlich für einige Monate eingerichtet.<sup>1662</sup> Sie dauerte in Zürich länger als die Abwehrmassnahmen in anderen Ständen. Bern wandte sich deshalb Ende Mai 1763 in einem Schreiben an die Räte von Zürich und wunderte sich über die lange Dauer der zürcherischen Grenzkontrollen.<sup>1663</sup> Die Räte leiteten das Schreiben aus Bern im Juni 1763 an die Patrouillenkommission zur Stellungnahme weiter. Diese erarbeitete ein neues Gutachten über den Zustand und den Erfolg der ausserordentlichen Patrouillenwache auf der Zürcher Landschaft.<sup>1664</sup> Die Kommission war in ihrer Antwort auf die Anfrage aus Bern der Ansicht, die gesteckten Ziele seien erreicht worden und meinte, es wäre nicht ratsam, jetzt die ausserordentlichen Wachen abzuschaffen. Die Folge davon wäre ein erneutes Einströmen von unerwünschten Personen und wieder ein grösserer Aufwand bei deren Betreuung. Die Patrouillenkommission argumentierte mit der „allgemeinen Sicherheit des Landes“ und mit „dem besseren Wachstum der Gemeinde- und Privatgüter“, wenn die Patrouillen beibehalten würden.<sup>1665</sup> Sie stimmte hingegen zu, die vier Piquetwachen auf drei Soldaten und einen Unteroffizier zu vermindern, wenn die Dorfwachen erhalten blieben und die Ober- und Landvögte den Be-

---

<sup>1658</sup> Ebd.

<sup>1659</sup> Ebd.

<sup>1660</sup> Ebd.

<sup>1661</sup> Ebd.

<sup>1662</sup> Von Moos, Kalender, 632

<sup>1663</sup> StAZ B III 190, 6f

<sup>1664</sup> Ebd., 6.

<sup>1665</sup> Ebd.

wohnern ihrer Herrschaftsgebiete ihre „diesbezüglichen Pflichten“ in Erinnerung rufen würden.<sup>1666</sup>

Aus den Unterlagen der Patrouillenkommission ist nicht ersichtlich, ob diese Reduktion auch tatsächlich durchgeführt worden ist. Der Grenzcordon dauerte mit Sicherheit jedoch nicht länger als bis 1763. Das Regiment stand danach Mitte der 1760er Jahre dem alten Problem wieder mit dem alten Instrumentarium gegenüber.

### 6.9.9 Weitere Massnahmen zwischen 1766 und 1769

Die Haupttätigkeit der Patrouillenkommission beschränkte sich in den 1760er Jahren nach dem Ende des Grenzcordons von 1763 wieder auf die vierzehntäglichen Sitzungen, an denen jeweils die ordentlichen Patrouillenwächter vor dem Gremium Rechenschaft ablegen mussten. Ihr Tagesgeschäft war nicht sehr aufregend. Entweder befassten sich die Herren der Kommission mit kleineren und grösseren Disziplinarfällen der Patrouillenwächter<sup>1667</sup> oder sie hörten sich von den Patrouillenwächtern Klagen über die mangelhafte Durchführung der Dorfwachen an.<sup>1668</sup> Sie reagierten auf die entsprechenden Vorfälle mit Schreiben an die Gemeinden, in denen sie den Wunsch formulierten, sie mögen den Aufmerksamkeitsgrad der Dorfwachen verbessern.

Die gewonnenen Erfahrungen mit den Patrouillenwächtern, der anhaltend desolate Zustand der meisten Dorfwachen sowie der seit dem Ende des Siebenjährigen Kriegs nicht abbrechende, jedoch schwächer werdende Strom von „schädlichem Strolchengesindel“ führte die Patrouillenkommission Mitte der 1760er Jahre zur nicht neuen Erkenntnis, dass eine ständige Überwachung der Grenze eine unbedingte Notwendigkeit zur Gewährleistung der Sicherheit des Landes sei.

Die Patrouillenkommission unternahm im Frühjahr 1766 einen Versuch, die Gesamtsituation zu überprüfen und Massnahmen vorzuschlagen. Sie diskutierte zunächst darüber, ob die militärische Grenzwache wie anno 1763 wieder aufgestellt werden könnte.<sup>1669</sup> Dieser Vorschlag hatte jedoch in normalen Zeiten kaum Chancen, vom Kleinen Rat umgesetzt zu werden. Er hätte eine weitreichende Kompetenzerweiterung der Patrouillenkommission und eine Stärkung der Patrouillenwache gegenüber den Dorfwachen zur Folge gehabt. Die Räte erneuerten 1766 deshalb zunächst das Mandat mit den Vorschriften für die Dorfwachen aus dem Jahr 1762. Sie passten dabei aber lediglich den Punkt der Oberaufsicht der Patrouillenkommission über die Dorfwachen minim an. Dies hatte jedoch entscheidende langfristige Auswirkungen.

---

<sup>1666</sup> Ebd.

<sup>1667</sup> Die überwiegende Zahl der Disziplinarfälle betraf die Saumseligkeit der Patrouillenwächter. Sie wurde in den meisten Fällen mit einer Geldbusse bestraft. Hin und wieder kam es aber auch zu Entlassungen der Patrouillenwächter, so z. B. am 25. März 1767; vgl. StAZ B III 190, 23. Ab und zu kamen in der Kommission auch unerlaubte Nebenbeschäftigungen der Patrouillen- oder der Dorfwächter zur Sprache.

<sup>1668</sup> Das Protokollbuch der Patrouillenkommission enthält eine Fülle von Beispielen, von denen hier nur zwei aus dem Jahr 1766 erwähnt seien: Am 10. Mai wurde ein Untervogt bestraft, weil er keine Aufsicht über die Dorfwachen ausübte. Am 30. Juli berichtete ein Patrouillenwächter, der Dorfwächter werde vom Pfarrer der Gemeinde so oft für Botengänge missbraucht, dass er seinen Dienst gar nicht mehr ordentlich versehen könne; vgl. StAZ B III 190, 21, 22.

<sup>1669</sup> Ebd., 21.

Die Patrouillenkommission bekam nun das Recht, nach ihrem Gutdünken von den Patrouillenwächtern „einen pflichtgemässen Bericht von dem Zustande der Dorf-Wachten erstatten zu lassen“, der sowohl über die Aufsichtspflicht der Gemeindevorgesetzten wie auch über das „allfällig aufbringende Gesindel“ Auskunft geben musste.<sup>1670</sup> Die Patrouillenkommission baute damit ihre Kontrollfunktion aus. Sie hatte dadurch nicht nur eine Grundlage, um saumselige Dorfvorgesetzte und Dorfwächter bestrafen zu können, sondern sie war dadurch auch gut über die aktuelle Situation auf der Landschaft im Bilde.

Die Kommissionsmitglieder einigten sich ausserdem darauf, den Räten Massnahmen zur Qualitätsverbesserung der Patrouillen- und Dorfwachen vorzuschlagen. Bei der Besetzung der Patrouillenwächterstellen sollten nun nur noch junge und kräftige Männer berücksichtigt werden. Die Altersgrenze lag bei 50 Jahren.<sup>1671</sup> Das Regiment schien nichts gegen die Verjüngung der Patrouillenwächter einzuwenden zu haben. In den Protokollbüchern ist ab 1766 festzustellen, dass nach Kündigungen oder Entlassungen alte Patrouillenwächter kontinuierlich durch jüngere ersetzt worden sind. Ferner wünschte sich die Patrouillenkommission, dass sie die Kompetenz erhalte, um selbstständig die notwendigen Verfügungen anzuordnen und ausserordentliche Visitationen der Patrouillenwächter auf der Landschaft durchzuführen.<sup>1672</sup> Auch diesem Anliegen kam das Regiment entgegen. In der Folge präziserte und konkretisierte die Patrouillenkommission in verschiedenen Fällen die Verhaltensregeln für die Patrouillenwächter in Richtung eines der Situation angepassten Verhaltens. So wurden im Sommer 1766 zum ersten Mal alle Patrouillenwächter gemeinsam nach Zürich eingeladen, um ihnen Instruktionen zu erteilen. Es wurde ihnen an diesem Tag angewiesen, nur im äussersten Notfall gegen arme Leute vorzugehen und gegen Kinder nie mit „Streichen und Schlägen“ zu traktieren.<sup>1673</sup>

Was die Dorfwachen betrifft, so übte die Patrouillenkommission lediglich eine Aufsichtsfunktion aus. Trotzdem wollte sie möglichst rasch eine Verbesserung der Disziplin bei den Dorfwachen erreichen und ermahnte die Gemeinden, die erneuerte Almosenordnung von 1762 strikter auszuführen.<sup>1674</sup> Am 2. Juli 1766 wies die Patrouillenkommission ihre Wächter an, das Mandat von 1762 in den Gemeinden der Landschaft besser bekannt zu machen.<sup>1675</sup> Sie sollten darauf hinweisen, dass niemand von den Dorfwachen ausgeschlossen werden solle, dass jeder Dorfbewohner Wachtdienst halten sowie dass jeder Einzelne mit dem gehörigen Ober- und Untergewehr bewaffnet sein müsse. Insbesondere dürfe sich keine Person, die fähig sei Wache zu halten, durch einen bezahlten Stellvertreter ersetzen lassen. Sonst würde diese fehlbare Person von den Patrouillenwächtern gebüsst und vor die Kommission geladen.

---

<sup>1670</sup> StAZ III AAb 1.13, 6. März 1766.

<sup>1671</sup> StAZ B III 190, 21.

<sup>1672</sup> Ebd. Der Wunsch, Visitationen durchführen zu dürfen, war ein Anliegen, das die Patrouillenkommission schon in ihrem Gutachten von 1763 vertreten hatte.

<sup>1673</sup> Ebd. Veranstaltungen dieser Art fanden danach im Durchschnitt einmal pro Jahr statt. Die Versammlung aller Patrouillenwächter wurde dazu benutzt, alte Instruktionen einzuschärfen oder neue zu erteilen.

<sup>1674</sup> Ebd.

<sup>1675</sup> Ebd., 22.

Von der Kehr ausgenommen waren nur „Wittfrauen, oder blinde und durch Bresthaftigkeit und von Natur zu dergleichen Diensten untauglichen Leuthe.“<sup>1676</sup>

Die Patrouillenkommission ergänzte am 11. März 1769 ihre Vorschriften zu den Anforderungen an die Dorfwächter. Auch almosengenössige Männer, die sich stark genug fühlten und auch altershalber dazu in der Lage waren, ihre ordentlichen Dorfwachen zu halten, sollten nun dafür eingesetzt werden.<sup>1677</sup> Die Kommission interpretierte gleichzeitig ihre Stellvertreterregelung von 1766. Nun durften ältere Dorfbewohner, die Eigentum besaßen, einen auf ihre Kosten bestellten Mann als Stellvertreter zur Wache senden.<sup>1678</sup>

Die Anweisungen der Patrouillenkommission hatten offenbar einen mittelfristigen Erfolg, denn das grosse Klagen der Patrouillenwächter über die Dorfwachen verschwand während dreier Jahre aus dem Protokollbuch der Patrouillenkommission.

### **6.9.10 Die „gefährlichen Räuberbanden“ als neues Bedrohungsbild**

Die relativ entspannte Situation Mitte der 1760er Jahre hielt nicht lange an. Im südwestdeutschen, österreichischen und eidgenössischen Raum mehrten sich gegen Ende des Jahrzehnts die Anzeichen für eine Zunahme der Bandenkriminalität.<sup>1679</sup> Die Anzahl der Gauner- und Diebslisten, die vor gefährlichen Banden warnten, häufte sich wieder in der zweiten Hälfte der 1760er Jahre. Schon 1766 hatte in Zürich ein Verzeichnis von zwölf Gaunern aus Schwyz<sup>1680</sup> und ein Jahr später eine Liste von 15 Dieben aus Bern<sup>1681</sup> für gehörige Aufmerksamkeit gesorgt.

Das ausschlaggebende Ereignis für die Weiterentwicklung der Dorfwachen war jedoch 1768 die Festnahme von Anthonius Feyerabend in Zürich. Feyerabend stammte aus dem südwestdeutschen Biberach und war der Kopf einer rund 50 Personen umfassenden Diebesbande. Die Untersuchung des Falls führte zur ersten Zürcher Gauner- und Diebsliste seit 1728.<sup>1682</sup> Die Nachforschungen ergaben, dass die Bandenmitglieder hauptsächlich im Elsass, dem Breisgau oder in Schwaben beheimatet waren.<sup>1683</sup> Vereinzelt kamen auch aus Bayern, Tirol und Graubünden; ein Mitglied war gar aus dem zürcherischen Dietikon gebürtig.<sup>1684</sup> Die Obrigkeit erhielt aufgrund des Verhörs Einsicht in die Binnenstruktur der Bande und in ihre Vorgehensweise. Die Gauner- und Diebsliste vermerkte neben den Personenbeschreibungen auch die verwandtschaftlichen Beziehungen und umschrieb den Grad der Zugehörigkeit zur Bande. Die aufschlussreichsten Erkenntnisse betrafen jedoch die Taktik der Bande von Anthonius

---

<sup>1676</sup> Ebd.

<sup>1677</sup> Ebd., 28.

<sup>1678</sup> Ebd.

<sup>1679</sup> Vgl. dazu: Blauert, Gauner- und Diebslisten, 41.

<sup>1680</sup> StAZ III AAb 1.13, 18. Juni 1766.

<sup>1681</sup> StAZ III AAb 1.13, 1767

<sup>1682</sup> StAZ AAb 1.13, 4. Februar 1768; vgl. dazu: Blauert, Gauner- und Diebslisten, 145, Nr. 60. Die Bande um Anthonius Feyerabend umfasste eine Kerngruppe von 25 Personen. Hinzu kamen Ehefrauen und Kinder, so dass die gesamte Gruppe ca. 50 Personen zählte. Der Fall „Feyerabend“ ist noch unerforscht.

<sup>1683</sup> StAZ AAb 1.13, 4. Februar 1768.

<sup>1684</sup> Ebd.

Feyerabend.<sup>1685</sup> Sie war nicht als Grossgruppe auf Diebestour, sondern teilte sich in kleine Einheiten von zwei oder drei Personen auf, um auf diese Weise durch die Region Elsass-Rhein-Bodensee-Bündnerland zu streifen. Drei namentlich bekannte abgelegene Häuser, so u.a. am Rhein das Wirtshaus Lienheim bei Waldshut und der Gailingerhof bei Diessenhofen, dienten der Bande von Feyerabend als Treffpunkt und Unterschlupf.<sup>1686</sup>

Nach der Verhaftung von Anthonius Feyerabend gab das Regiment bei der Patrouillenkommission ein weiteres Gutachten zur Prüfung der Frage, wie „alles frömde und schädliche Gesindel von hiesigem Landen am leichtesten und besten abzuhalten seyn möchte“ in Auftrag.<sup>1687</sup> Die Patrouillenkommission schlug in ihrem Text vor, das jüngste obrigkeitliche Dorfwachenmandat neu aufzulegen, aber es mit einer neuen Einleitung zu versehen.<sup>1688</sup> Darin sollte geschildert werden, dass die öffentliche Sicherheit wegen Unterlassung der schuldigen Wachsamkeitspflicht „angefochten“ sei und dass auch die Zeitumstände bedenklich geworden seien.<sup>1689</sup> Das Regiment publizierte im März 1768, nur eineinhalb Monate nach der Verhaftung Feyerabends, ein neues Dorfwachenmandat, welches auf dem Vorschlag der Patrouillenkommission gründete.<sup>1690</sup> Nach den üblichen Klagen über die „schnöde Hindansetzung“ der obrigkeitlichen Verordnung zur Vertreibung des Bettelgesindels schlug das neue Dorfwachenmandat einen bisher nicht bekannten bedrohlichen und warnenden Ton in der Schilderung der drohenden Gefahren an. Durch das massenhaft herum schweifende, besonders durch das „fremde, sehr gefährliche Strolchen- und Räuber-Gesindel“ sei seit einiger Zeit die öffentliche Sicherheit vermehrt gefährdet.<sup>1691</sup> Die gedruckte Fassung des Mandats übernahm den Vorschlag der Patrouillenkommission beinahe wörtlich und folgerte, man stehe in der grössten Gefahr und „es möchte noch so weit kommen, dass Unsere Angehörigen auf der Landschaft durch das in grosser Anzahl hin und wieder sich zusammenziehende Räuber- und Strolchen-Gesindel kaum mehr die bestimmte Ruhe in der Nacht Sorgen-frey geniessen könne.“<sup>1692</sup>

Das Mandat zeichnete darauf ein düsteres Bild der Unsicherheit für das Leben der Bewohner auf der Landschaft: Sie müssten von nun an mit dem Einnachten in ängstlicher Ungewissheit leben, ob sie in ihrem Heim möglicherweise noch vor dem anbrechenden Tag auf eine gewalttätige und meuchelmörderische Weise überfallen und ausgeraubt sowie sowohl sie selbst als auch ihre Frauen und Kinder „auf die kläglichste Art“ getötet würden.<sup>1693</sup>

Nach Christian Casanova beschwor die Obrigkeit geradezu die nächtlichen Gefahren, um die Bevölkerung zu bewegen, in der Nacht zu Hause zu bleiben. Sie wollte damit die Entstehung von herrschaftsfreien Räumen in der Dunkelheit verhindern.<sup>1694</sup> Gleichzeitig nutzte das Re-

---

<sup>1685</sup> Ebd.

<sup>1686</sup> Ebd.

<sup>1687</sup> StAZ A 61.6, 16. März 1768.

<sup>1688</sup> Ebd.

<sup>1689</sup> Ebd.

<sup>1690</sup> StAZ AAb 1.13, 16. März 1768.

<sup>1691</sup> Ebd., 4.

<sup>1692</sup> Ebd.

<sup>1693</sup> Ebd. In der handschriftlichen Version der Patrouillenkommission ist von „Räubern, Mordbrennern, Morden und Meuchelmördern“ die Rede. Vgl. StAZ A 61.6, 16. März 1768.

<sup>1694</sup> Vgl. Casanova, Nacht-Leben, 59f.

giment die in der Bevölkerung vorhandene Angst vor einem nächtlichen Raubüberfall aus, um wieder einmal die genaue Befolgung des Dorfwachenmandats in der Version vom März 1766 einzufordern. Dies sei der einzige Weg, um das befürchtete Unglück verhindern zu können, so das Argument des Regiments.<sup>1695</sup> Es mag für die Obrigkeit eine willkommene Bestätigung ihrer Befürchtungen gewesen sein, als nur einen Monat später eine Nachricht aus Neuchâtel eintraf, die meldete, dass steckbrieflich gesuchte Männer den Generaladvokaten des Königs von Preussen in seinem eigenen Haus gewaltsam ermordet hätten.<sup>1696</sup>

Das Gutachten der Patrouillenkommission zog weitere bedeutende Konsequenzen aus dem „Fall Feyerabend“. Die darin empfohlenen Massnahmen sollten den Banden die logistische Basis entziehen. Deshalb wurde angestrebt, verdächtige Wirtschaften und Höfe, die im Wirkungskreis der Bande wie auch im politischen Einflussgebiet Zürichs lagen, einer besonderen Überwachung zu unterziehen. Das Gutachten nannte entlang des Rheins namentlich den Gailingenhof bei Diessenhofen, Stein am Rhein sowie Sax im Rheintal als verdächtige Orte. Der Text erwähnte auch die Landvogtei Baden.<sup>1697</sup>

Die Patrouillenkommission versuchte über das Gutachten von 1768 schliesslich ein weiteres Mal die Basis ihrer ordnungssichernden Möglichkeiten zu verbreitern, ohne das heikle Thema der Qualität der Dorfwachen unmittelbar anzusprechen. 1768 erbat die Patrouillenkommission von der Obrigkeit die Vollmacht, all jenen Leuten eine angemessene Belohnung ausbezahlen zu dürfen, die strafbares und gefährliches Gesindel verhafteten und der Kommission zuführten. Die Kommission erhoffte sich dadurch einen „fruchtbaren Effect.“<sup>1698</sup>

Die Entstehung des Dorfwachenmandats von 1768 kann als Teil eines öffentlichen Diskurses über Devianz und öffentliche Sicherheit betrachtet werden, in dem die Obrigkeit ein Gefahrenszenario bewusst verbreitete, um existierenden ordnungssichernden Massnahmen mehr Nachdruck zu verleihen.<sup>1699</sup> Der Sicherheitsdiskurs koinzierte auch in Zürich zeitlich und mit der von Blauert festgestellten Verengung des Gaunerbegriffs auf Berufskriminelle.<sup>1700</sup> In der Sammlung der Zürcher Policeymandate erschien der Begriff „Räuber“ zum ersten Mal im Dorfwachenmandat von 1768. Er wurde mit einer furchterregenden, aber fiktiven Schauergeschichte eines gemeinen nächtlichen Raubüberfalls illustriert. So offensichtlich kann der Zusammenhang in zürcherischen Quellen an keiner anderen Stelle mehr nachgewiesen werden. Seine Fortsetzung nahm der einmal initiierte Sicherheitsdiskurs mit der Verbreitung von Gauner- und Diebslisten sowie der Publikation von Signalementen, Steckbriefen oder Listen von geraubten Gütern in Zeitungen, d. h. mit dem Öffentlichmachen der schweren Kriminalität. Er erreichte im Jahrzehnt nach der Teuerungskrise von 1770/71 einen ersten Höhepunkt und blieb danach bis zum Ende des Ancien Régime präsent.

---

<sup>1695</sup> StAZ AAb 1.13, 16. März 1768, 4f.

<sup>1696</sup> StAZ AAb 1.13, April 1768.

<sup>1697</sup> StAZ A 61.6, 16. März 1768.

<sup>1698</sup> Ebd.

<sup>1699</sup> Vgl. zur Thematik auch: Criminal-Bilder und Sicherheitsdiskurse: Kriminalität, Sicherheit und Strafe in der Repräsentation öffentlicher Diskurse (15. – 20. Jahrhundert), Tagungsbericht zur gemeinsamen Tagung des Arbeitskreises „Historische Kriminalitätsforschung“ und „Policey/Polizei im vormodernen Europa“ vom 9. - 11. Juni 2005, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=842&view=print>> [02.07.2010].

<sup>1700</sup> Blauert, Gauner- und Diebslisten, 70.

Es stellt sich nach den drastischen Worten im Dorfwatchenmandat von 1768 die Frage, wie real sich die Gefahr von Räuberbanden auf dem Gebiet des Kanton Zürich tatsächlich darstellte. Die Forschung kann zu diesem Problem nur einige wenige grobe Aussagen machen. Es sind vor allem die älteren Arbeiten von Karl Siegfried Bader<sup>1701</sup> und die neuen Untersuchungen von Andreas Blauert, die Erkenntnisse zur Bandenkriminalität im Raum der deutschsprachigen Eidgenossenschaft liefern.<sup>1702</sup> Beide Autoren gehen davon aus, dass die Ostschweiz, Südwestdeutschland und das österreichische Vorarlberg während des 18. Jahrhunderts ein wahres Dorado für Gauner, Diebe und Räuber gewesen waren. In dieser Grossregion versprachen eine Reihe von regelmässig stattfindenden Märkten und Messen eine reiche Beute. Zudem ermöglichte ein relativ dichtes Strassen- und Wegenetz<sup>1703</sup> jeweils verschiedene Fluchtmöglichkeiten in alle Himmelsrichtungen und die zahlreichen, den gesamten Raum durchschneidenden meistens natürlichen Landesgrenzen, wie z. B. Gewässer, waren im Gelände gut zu erkennen, rasch zu erreichen und boten erst einmal Sicherheit vor den verfolgenden ordnungssichernden Organen. Gleichzeitig existierten an der Peripherie der Regionen während des gesamten 18. Jahrhunderts abgelegene Höfe als Unterschlupfmöglichkeiten.<sup>1704</sup>

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der Diebes- und Räuberbanden in der Eidgenossenschaft erstreckte sich entlang des Rheins von Basel über den Bodensee bis nach Graubünden und dem näheren Umfeld dieser Regionen.<sup>1705</sup> Er lag nicht auf dem Territorium von Zürich. Der Aktionsradius der Banden konnte sich aber durchaus auch auf zürcherisches Gebiet erstrecken. Die Forschungsergebnisse von Blauert und Fritz decken sich mit der zeitgenössischen Auffassung, dass vor allem „fremdes Diebs- und Strolchensind“ von aussen nach Zürich drängte.

Eine Bestätigung dieser These findet sich in den zürcherischen juristischen Quellen. Erich Wettstein zählte in Zürich am Ende des 18. Jahrhunderts nur drei Hinrichtungen wegen Mitgliedschaft in einer Räuberbande.<sup>1706</sup> Er folgerte daraus, dass Zürich von den Banden nicht so

---

<sup>1701</sup> Vgl.: Karl S. Bader, „Kriminelles Vagantentum im Bodenseegebiet um 1800: Zu einer Jaunerliste des Reichenauer Obervogts Friedrich von Hundbiss aus dem Jahr 1804“, in: Zeitschrift für Strafrecht 4(1962), 291 – 333.

<sup>1702</sup> Andreas Blauert, „Diebes- und Räuberbanden in Schwaben und in der Schweiz, an Bodensee und Rhein im 18. Jahrhundert“, in: Harald Siebenmorgen (Hg.), *Schurke oder Held?: Historische Räuber und Räuberbanden*, (Volkskundliche Veröffentlichungen des Badischen Landesmuseums Karlsruhe 3), Sigmaringen, 1995, 57 – 64, 57. Vgl. auch: J. Krapf von Reding, „Zur Geschichte des Gaunerthums in der Schweiz“, in: *Basler Taschenbuch auf das Jahr 1864*, Basel 1864, 1 – 97. Die folgenden Angaben stützen sich auf Blauert, *Diebes- und Räuberbanden*.

<sup>1703</sup> Vgl. dazu: Hans-Ulrich Schiedt, „Wegnetze und Mobilität im Ancien Régime“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 49(1999), 16 – 34, insbes. 33.

<sup>1704</sup> Für das Zürcher Unterland hat Thomas Meier die Grenzregion des Rafzerfelds und den dortigen Hof Langenriet ausgemacht. Vgl. Meier, *Handwerk*, 393.

<sup>1705</sup> Vgl. zur neueren Auffassung der Sozialstrukturen von Diebes- und Räuberbanden: Blauert, *Gauner- und Diebslisten*, 56 – 83. Auch gemäss Gerhard Fritz operierten die Banden im Südwestdeutschland eher regional. Vgl. Fritz, *Rotte*, 214.

<sup>1706</sup> Wettstein, *Todesstrafe*, 76.



stark heimgesucht worden sei wie beispielsweise das Reich.<sup>1707</sup> Bewaffnete Einbruchdiebstähle und Raubüberfälle kamen auch in Südwestdeutschland allerdings nur gelegentlich vor.<sup>1708</sup>

---

<sup>1707</sup> Ebd.

<sup>1708</sup> Blauert, Diebes- und Räuberbanden, 60; Blauert, Gauner- und Diebslisten, 66f. Vgl. zu Raubüberfällen auch: Klaus Beyrer (Hg.), Geld oder Leben: Vom Postkutschenüberfall zum virtuellen Datenraub, (Kataloge der Museumsstiftung Post und Telekommunikation 22), Heidelberg 2006.

### 6.9.11 Zwischenfazit X

In der Entwicklung der ordnungssichernden Organe auf der Landschaft waren die rund vier Jahrzehnte zwischen der Verhaftung der Bande des „Roten Krämers“ von 1728 und der Teuerungskrise von 1770/71 von entscheidender Bedeutung: Das Regiment trachtete mit der Einrichtung der Patrouillenwache von 1742 und der Bildung der Patrouillenkommission 1754/55 die Initiative in der Bettler- und Vagierendenbekämpfung zurückzugewinnen. Es konnte darin tatsächlich Teilerfolge verzeichnen.

Das erneute Engagement des Regiments wurde massgeblich durch zwei Aspekte gefördert. Zum einen war die Tagsatzung seit 1762 offensichtlich unfähig, eidgenössisch koordinierte Massnahmen, wie beispielsweise eidgenössische Betteljagden durchzuführen. Zum anderen waren in den meisten umliegenden Gemeinen Herrschaften ordnungssichernde Organe immer noch faktisch inexistent. Die hierdurch entstandene Unsicherheit brachte die Entwicklung der ordnungssichernden Organe zwar einen Schritt weiter. In der untersuchten Periode kam es aber in Zürich zu keiner umfassenden Gesamtlösung, weil der asymmetrisch funktionale Dualismus zwischen den obrigkeitlichen Patrouillenwachen und den kommunalen Dorfwachen weiterhin Bestand hatte. Das Regiment baute jedoch nach wie vor darauf, dass die Dorfwachen trotz ihrer schwachen Besetzung das Hauptinstrument in der Bettel- und Vagierendenbekämpfung darstellten. Die neue Patrouillenwache hingegen, die von Beginn an mit geeigneten Männern bestückt worden war und die sich als qualifiziertes Mittel hätte erweisen können, konnte ihre Wirkung noch nicht entfalten. Sie war in ihrer Personalstärke zu gering angesetzt und durch ihre Aufgabenumschreibung in ihren Möglichkeiten zu beschnitten, als dass sie das in ihr liegende Potenzial hätte voll ausschöpfen können. Dieses Ungleichgewicht ist vor dem politischen Hintergrund des austarierten Gleichgewichts zwischen dem Regiment und der städtischen Bürgerschaft bzw. der Stadt und den Gemeinden zu sehen.

Das Regiment knüpfte an die im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts eingeleitete *Strategie* und an die *Ablaufprozesse* an. Auf der Ebene der *Massnahmen* erzielte es vor allem durch die angeordnete Zusammenarbeit von Patrouillen- und Dorfwächtern Fortschritte.

Das oberste Ziel des Regiments war es nach wie vor, das Land möglichst frei von kriminellen oder potenziell kriminellen Bettlern und Vagierenden zu halten. Das wichtigste Mittel zur Zielerreichung war in den Augen der Obrigkeit eine konsequente Kontrolle aller Pässe und anderer Schreien durch die Patrouillenwächter an der Grenze. Diese durften nur denjenigen Personen die Einreise oder den Transit gestatten, die ihnen unverdächtig erschienen. Die Passpflicht erfüllten jedoch erst die Handwerksgesellen zufriedenstellend. Bei allen anderen Gruppen von legal Reisenden sowie bei den Bettlern und Vagierenden konnte um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Glaubwürdigkeit der vorgewiesenen Papiere noch nicht nachgeprüft werden. Die Einreisekontrolle war die eine Schwäche im System der Ordnungssicherung auf der Landschaft. Ihre andere Schwäche lag in der Präsenz der Patrouillenwächter. Allein ihrer geringen Anzahl wegen gerieten sie gemessen an der Gesamtlänge der Grenze und der hohen Zahl der Übertrittsmöglichkeiten in zürcherisches Gebiet immer ins Hintertreffen. Ihre Einsätze konnten daher nur punktuell sein.

Die Dorfwachen stellten dennoch eine Ergänzung zur Patrouillenwache dar. Seit 1762 waren sie noch deutlicher als zu Beginn des 18. Jahrhunderts in das obrigkeitliche System der Bettler- und Vagierendenabwehr eingebunden. Von ihnen wurde nun gefordert, dass sie das Hinterland flächendeckend und permanent überwachten und den Meldungen über verdächtige Personen nachgingen. Die Hauptprobleme, die sich bei den Dorfwachen stellten, blieben jedoch auch nach 1762 bestehen:

- Es mangelte ihnen an der personellen, intellektuellen und physischen Bereitschaft.
- Sie erfüllten die Auflage der vierundzwanzigstündigen Verfügbarkeit nicht.
- Ihre Finanzierung war nicht sichergestellt.

Die Obrigkeit blieb bei der Ordnungssicherung häufig auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen. Die Einwohner waren angehalten, bei Gelegenheit Übeltäter festzunehmen. 1768 gab es sogar Bestrebungen der Patrouillenkommission, Zivilpersonen, welche Verhaftungen vornahmen, zu belohnen.

Die Obrigkeit beunruhigte ihre ordnungssichernden Organe und die Bevölkerung mit Meldungen über eine anscheinend akute *Bedrohungslage*. In den Mandaten und den Diebs- und Gaunerlisten war stets von schlimmen Gaunern, Dieben und Mördern die Rede. Die Situation schien sich nach 1762 zu dramatisieren. Das Regiment trieb einerseits 1762 die Kriminalisierung des einheimischen Bettels weiter voran, indem es verbreitete, es würden nur noch „liederliche Leute“ betteln. Seit der Mitte der 1760er Jahre kam es andererseits zu einer Häufung von Diebs- und Gaunerlisten, die explizit eine neue Gefahr durch unheimliche Räuberbanden heraufbeschwor. Parallel dazu entwickelte sich in den Regimentsgremien ein obrigkeitlich geleiteter Diskurs über die öffentliche Sicherheit und deren Erhalt. Teil dieses Diskurses waren die Gutachten und Berichte der Patrouillen- oder der Almosenkommission, die seit 1728 die Ausgestaltung der Ablaufprozesse, der Massnahmen und die Entwicklung der ordnungssichernden Organe mitbestimmten.

Im Zuge des Sicherheitsdiskurses reduzierten sich die *Hauptkategorien* der mobilen Randgruppen von ursprünglich drei auf zwei: Die unerwünschten fremden und eigenen kriminellen oder potenziell kriminellen Bettler und Vagierenden, die nun meistens pauschal als „Gauner und Strolche“ betitelt wurden, bildeten jetzt die erste Kategorie. Die legal reisenden Personen waren die zweite Kategorie. Die Einschränkung auf zwei Hauptkategorien knüpfte an die bereits um 1724 ansatzweise vorhandene herkunftsunabhängige Einstufung krimineller oder potenziell krimineller Personen an.

Der Umgang mit den beiden Hauptkategorien hatte sich um die Jahrhundertmitte gegenüber dem ersten Viertel des 18. Jahrhunderts kaum verändert. Die ordnungssichernden Organe schoben unerwünschte Personen unter der Androhung von Strafmassnahmen entweder so rasch als möglich in die umliegenden Territorien ab oder sie wurden in ihre Heimatgemeinden zurückgebracht. Legal reisende Personen forderte man auf, ohne Umschweife ihren Zielort aufzusuchen. Die Abschiebung erfolgte im Vergleich zu den Betteljagden und den Mandatsbestimmungen im Zeitraum zwischen 1700 und 1725 nun immer über die Weitergabe von

Dorfwächter zu Dorfwächter und nicht mehr mittels bewaffneter kommunaler Hilfskräfte oder Dorfvorgesetzter.

Das Regiment trieb die physische Trennung der beiden Hauptkategorien nach Möglichkeit voran. Da ein Passschreiben oder andere Papiere keine genügend hohe Gewissheit über die tatsächliche oder nur vorgegebene Unbescholtenheit einer reisenden Person bieten konnten, strebte das Regiment eine räumliche Separierung der Kategorien an. Das Reisen auf den vorgeschriebenen Routen auf den Haupt- und Landstrassen sowie die Übernachtung in den Gasthäusern wertete das Regiment als positives Zeichen, während die Missachtung von Wegweisern und Verbotstafeln sowie der Aufenthalt in abgelegenen Häusern, Höfen und Scheunen als negatives Anzeichen gedeutet wurde.

Das duale System mit den Patrouillenwächtern und den Dorfwächtern hatte sich nach der Jahrhundertmitte etabliert und erwies sich trotz aller Mängel bei der durchschnittlichen Belastung durch fremde Bettler und Vagierende als alternativlos. In krisenhaften Situationen wie der Endphase des Siebenjährigen Kriegs war es nach der Auffassung des Regiments jedoch nicht mehr in der Lage, die erwartete Leistung zu erbringen. Das Regiment griff in der Abwehr des „fremden Gesinds“ dann auf eine militärisch orientierte, aber zeitlich begrenzte Lösung zurück. Ihr Vorteil lag sowohl in der einfachen und günstigen Art, junges, geeignetes und bereits bewaffnetes Personal rekrutieren zu können wie auch in der strukturierten Führung der Soldaten. Das Militär schloss praktisch die Grenze, indem neue Tafeln auf die offiziellen Strassen hinwiesen und die Soldatenpatrouillen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle Personen unbeirrt wieder zurückwiesen.

Der Erfolg des militärischen Grenzcordons von 1763 verleitete die Patrouillenkommission drei Jahre später, einen nochmaligen Vorstoss zur Einführung einer verstärkten Grenzsicherung durch zivile ordnungssichernde Organe zu wagen. Die Räte waren jedoch nicht bereit, die Gewichte innerhalb des dualen Systems der Ordnungssicherung von den Dorfwachen zu den Patrouillenwachen zu verschieben. Die Patrouillenkommission ging dennoch gestärkt aus dieser Diskussion hervor. Ihr gelang es, das kleine Korps der Patrouillenwächter weiter zu verjüngen, die disziplinarische Kontrolle zu verstärken und erste Verbesserungen im verhältnismässigen Vorgehen der Patrouillenwächter zu erreichen. Ausserdem konnte die Patrouillenkommission eine Oberaufsicht über die Dorfwachen durchsetzen. Sie war aber noch schwach ausgestaltet und beschränkte sich lediglich auf Disziplinarstrafen und den Erlass von Vorschriften über die Tauglichkeit der Dorfwächter. Die Einsatzführung der Dorfwächter lag nicht bei der Patrouillenkommission.

Die Patrouillenkommission begann seit Anfang der 1760er Jahre, besonderen Wert auf den Informationsfluss zu legen. Sie verpflichtete die Patrouillenwächter zu einer regelmässigen Berichterstattung.

Das Verhältnis zwischen Patrouillen- und Dorfwachen war allerdings insofern nicht stabil, als seitens des Regiments die Befürchtung bestand, dass bei einem zu effizienten Arbeiten der

Patrouillenwächter die Kommunen ihre teuren Dorfwachen reduzieren oder wieder ganz abschaffen würden.

## 6.10 Massnahmen gegen Bettler und Vagierende nach der Teuerungskrise von 1770/71

Der Ausgangspunkt für die weitere institutionelle Entwicklung der ordnungssichernden Organe im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts war die Teuerungskrise von 1770/71 bzw. deren mittel- und langfristige Auswirkungen.

### 6.10.1 Die Teuerungskrise von 1770/71

Die Getreidepreise stiegen im Jahr 1770 aufgrund von flächendeckenden Missernten in ganz Mitteleuropa. Als Folge davon fiel die für Zürich so wichtige Getreidezufuhr aus Schwaben gänzlich aus. Der Brotpreis auf der Zürcher Landschaft kletterte in der Krise von 5 Schilling 8 Heller im Januar 1770 auf einen Höchststand von 15 Schilling im April 1771. Erst im Laufe des Jahres 1772 normalisierte sich der Preis wieder.<sup>1709</sup> Die Teuerungskrise von 1770/71 nahm einen Verlauf, wie er für Krisen des „type ancien“ üblich war: Die hohen Getreide- und Brotpreise trafen den Grossteil der Bevölkerung hart und bewirkten einen Nachfragerückgang für gewerbliche und verlagsindustrielle Produkte, was wiederum zu stagnierenden oder gar rückläufigen Löhnen führte. Insbesondere die Löhne im inzwischen sehr wichtig gewordenen Verlagswesen sanken bis 1772 stark.<sup>1710</sup> Die Zahl der Almosenberechtigten schnellte im Gegenzug in kurzer Zeit nach oben. Heinrich Morf berechnete für das Jahr 1771 für das Gebiet der Zürcher Landschaft 42.234 Besitzlose und 17.800 Almosenberechtigte.<sup>1711</sup> Die Teuerungskrise von 1770/71 hatte somit rund ein Drittel der ländlichen Bevölkerung in eine existenzielle Not gebracht. Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung der Landschaft geriet nach 1771 in die Gefahr, aus wirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen zu werden, zu vagieren. Damit erhöhte sich für sie die Gefahr, kriminelle Taten zu begehen.<sup>1712</sup>

Die sozialen Auswirkungen der Teuerungskrise von 1770/71 blieben im gesamten letzten Viertel des 18. Jahrhunderts spürbar. Sie wurden von den Zeitgenossen als tiefer Einschnitt wahrgenommen. Anthonius Werdmüller beschrieb in seiner Ausgabe der „Memorabilia Tigurina“ von 1790 in einer aussergewöhnlich langen Passage und mit emotionaler Nähe zur leidenden Bevölkerung die dramatischen Entwicklungen während der Hungermonate und die Massnahmen der Obrigkeit vom Frühjahr 1770 bis zum Sommer 1772.<sup>1713</sup>

Das Regiment hatte bereits vor der Krise für den Fall von Versorgungsschwierigkeiten Nahrungsmittelvorräte angelegt. Die Notrationen wurden nun ab Juni 1770 einmal pro Woche der

---

<sup>1709</sup> Vgl. zur Entwicklung des Brotpreises die Tabelle in: Werdmüller, *Memorabilia* 1790, 332.

<sup>1710</sup> Vgl. für eine kurze Zusammenfassung der Ursachen der Teuerungskrise von 1770/71: Bühler, *Zürcher Soldatendienst*, 31f.

<sup>1711</sup> Heinrich Morf, *Aus der Geschichte des zürcherischen Armenwesens*, (Neujahrsblatt der Hilfsgesellschaft von Winterthur 12), Winterthur 1874, 44.

<sup>1712</sup> Gerhard Fritz geht davon aus, dass mit der wachsenden Not nach 1770/71 auch in Südwestdeutschland Bettel und Kriminalität zugenommen haben; vgl. Fritz, *Räuberbanden und Polizeistreifen*, 181.

<sup>1713</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen zum Verlauf der Teuerungskrise 1790/71: Werdmüller, *Memorabilia* 1790, Teil II, 156 – 158. Vgl. zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Massnahmen des Regiments: Peter Giger, „Verwaltung und Ernährung: Obrigkeitliche Kontrolle des Zürcher Kornmarktes im 18. Jahrhundert“, in: *Schweiz im Wandel: Studien zur neueren Gesellschaftsgeschichte*, Festschrift für Rudolf Braun zum 60. Geburtstag, hg. von Sebastian Brändli, David Gugerli, Rudolf Jaun und Ulrich Pfister, Basel 1990, 317 – 329.

Bevölkerung zu einem subventionierten Preis in der Stadt im Kornhaus und auf der Landschaft in den Kornämtern ausgegeben. Bereits am ersten Ausgabetag eilten mehrere Tausend Menschen zu den Ausgabestellen auf der Landschaft und es ereigneten sich tumultartige Szenen, bei denen es sogar zu Verletzten kam. Das Regiment ordnete daraufhin an, dass pro Gemeinde nur noch ein Vertreter erscheinen dürfe und die gesamte Menge Getreide für sein Dorf im Empfang nehmen sollte. Im Verlaufe des Sommers und des Winters boten nach und nach die Zünfte und vereinzelt die Kirchgemeinden Nahrungsmittel zu vergünstigten Preisen an. Das Regiment versuchte gleichzeitig, mit Mandaten den Verkauf von Feldfrüchten verstärkt zu regeln und Wucherpreise zu verhindern.

Die Auswirkungen der Hungerkrise waren aber nicht mehr zu verhindern. Im Herbst 1770 setzte eine erste Auswanderungswelle von durch die Teuerung verarmten Bewohnern und „leichtgläubigen und zur Arbeit nicht gut aufgelegten Leuten“ ein, die „durch einige Verführer, unter Versprechungen grosser Vortheile“ ins vom Siebenjährigen Krieg verwüstete preussische Pommern gelockt worden waren.<sup>1714</sup> Ein obrigkeitliches Mandat gegen die Auswanderung vom November 1770 zeigte keine Wirkung, obschon erste Rückkehrer noch ärmer in ihre alte Heimat zurückkamen als sie gegangen waren.<sup>1715</sup> Mit ihnen schwappte gleichzeitig eine neue Welle von fremden Bettlern auf das Gebiet der Landschaft Zürich über.<sup>1716</sup> Das Regiment versuchte im Februar 1771 vergeblich, sich gegen die fremden Bettler mit einem kurzen, aber unmissverständlichen Mandat zu wehren: „Es sollen sich alle verdächtige, Herren und berufslose Fremdlinge beyderley Geschlechts von dato an, in denen nächsten vierzehn Tagen, zu Vermeidung ernstlicher Leibes- und je nach Beschaffenheit auch Lebensstrafe, aus hiesigem Land ungesaumt wegbegeben.“<sup>1717</sup>

Die Lebensmittelpreise stiegen im Frühjahr 1771 nochmals an. Das Regiment und die Zünfte gaben weiterhin Nahrungsmittel ab und verzichteten zugunsten eines Unterstützungsfonds auf traditionelle Ehrenmahlzeiten. Die Obrigkeit erlaubte unter diesen Umständen auch die Nutzung von Allmendflächen für den Anbau von Kartoffeln und anderen Feldfrüchten und schränkte im Herbst 1771 den Hofverkauf und die Ausfuhr von getrockneten Früchten weiter ein. Die Situation entspannte sich erst mit der guten Ernte vom Sommer 1771 und vor allem mit dem Ende der schwäbischen Getreidesperre zu Beginn des Jahres 1772.<sup>1718</sup>

Die Obrigkeit war nach der Krise der Ansicht, diese Hungersnot hätte „vermuthlich schräkliche Folgen gehabt, wenn denselben nicht durch die unermüdete, und mehr als väterliche Sorgfalt und kluge Anstalten Unserer Gnädiger Herren und Obern, durch milde Allmosen, wie der reichen und begüterten überhaupt, als insbesondere einer gutthätigen Gesellschaft unserer Stadt, welche von ihrem wochentlichen Beitrag fast in alle Gemeinden unseres Landes Geld, Mehl, Brod, Erdapfeln geschickt, durch öconomische Einschränkungen, und andre Mittel

---

<sup>1714</sup> Wermüller, *Memorabilia* 1790, Teil II, 156. Das Siedlungsgebiet der rund 430 Zürcher Auswanderer war schliesslich die Mark Brandenburg. Vgl.: *Fremdes Brot in deutschen Landen. Wanderungsbeziehungen zwischen dem Kanton Zürich und Deutschland 1648 – 1800*, hg. vom Staatsarchiv des Kantons Zürich, Zürich 2000, 36f.

<sup>1715</sup> StAZ E IV; Wermüller, *Memorabilia* 1790, Teil II, 156.

<sup>1716</sup> Wermüller, *Memorabilia* 1790, Teil II, 157.

<sup>1717</sup> StAZ III AAb 1.13, 6. Februar 1771.

<sup>1718</sup> Giger, *Kornmarkt*, 90.

wäre gesteuert und vorgebaut worden.“<sup>1719</sup> Von Moos verwies im Anschluss an seine Bemerkungen ausdrücklich auf vier Druckschriften der Ökonomischen Kommission von 1771, die dazu beigetragen hätten, die Produktivität der Landwirtschaft in Zeiten des Hungers zu verbessern.<sup>1720</sup>

Die Meinung des Regiments, die Teuerungskrise von 1770/71 sei mit den bestehenden Einrichtungen des Armenwesens, wegen der Anordnungen einer weisen Obrigkeit sowie der praktischen Hilfe der Ökonomischen Kommission gut gemeistert worden, hielt sich bis zum Ende des Ancien Régime. Noch Anthonius Werdmüller übernahm 1790 die Worte von von Moos beinahe unverändert in seine „Memorabilia Tigurina“, fügte sogar noch die Bemerkungen hinzu, Zürich sei im Gegensatz zu den benachbarten Ländern noch sehr gut davon gekommen.<sup>1721</sup>

Die Auffassung, die Krise mit den vorhandenen Mitteln bewältigt zu haben, ja gar als Chance für Verbesserungen in der Landwirtschaftstechnik im Sinne des aufgeklärten Patriarchalismus genutzt zu haben, hatte direkte Rückwirkungen auf das politische System. Sie bestärkte das Regiment in seinem Bewusstsein, mit seiner Vorgehensweise und seinen Massnahmen insgesamt auf dem richtigen politischen Weg zu sein. Sie verstellte ihm jedoch gleichzeitig den Blick, um die eigentlichen, inneren Ursachen der Krise erkennen bzw. beseitigen zu können.

### **6.10.2 Der Grenzcordon 1770/71 und die verstärkten Kontrollen der Dorfwachen**

Die Hauptherausforderung während und unmittelbar nach der Krisenzeit im Winter 1770/71 stellte aus der Perspektive der Obrigkeit denn auch das Abhalten des fremden „Strolchen- und Bettelgesinds“ aus den benachbarten Regionen sowie das Verhindern der Auswanderung der eigenen Bevölkerung nach Pommern<sup>1722</sup> und nicht die Beseitigung der Wurzeln der Armut dar. Diese Sichtweise auf die Problemlage erfuhr eine Bestätigung von aussen, als das Regiment 1770 durch die Tagsatzung ausdrücklich gewarnt worden war, dass wegen schärferen Massregeln in Deutschland und Frankreich vermehrt „herrenloses Gesindel“<sup>1723</sup> gegen die Grenzen unterwegs sei. Die Tagsatzung forderte die Stände auf, Gegenmassnahmen zu treffen, um ein Eindringen in die Eidgenossenschaft zu verhindern.<sup>1724</sup>

Die grosse Menge „liederlichen Gesindels“, die tatsächlich bald in der Stadt und auf der Landschaft festgestellt werden konnte, stellte nach der Ansicht des Kleinen Rates eine „Ge-

---

<sup>1719</sup> David von Moos, Astronomisch-, politisch-, historisch- und kirchlicher Kalender für Zürich, dritter Teil, Zürich 1777, 684f.

<sup>1720</sup> Von Moos, Kalender 685.

<sup>1721</sup> Werdmüller übernahm diesen Satz wörtlich in sein Werk; vgl. Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 157f.

<sup>1722</sup> Gegen die Auswanderung nach Pommern mussten vor allem die Geistlichen predigen. Gerne wurde dabei die tragische Geschichte eines Schmieds weiter erzählt, der mit seiner Frau und seinen acht Kindern von Schlieren ins polnische Pommern aufgebrochen war. Auf der Hinreise verlor er drei Kinder, sah seine Hoffnung am Reiseziel bitter enttäuscht und auf der Rückreise starben seine Frau und vier weitere Kinder; von Moos, Kalender, 674f.

<sup>1723</sup> Das Adjektiv „herrenlos“ wurde nach Fritz seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts mit Schutzlosigkeit und unkontrolliertem Umherziehen in Verbindung gebracht und machte eine Person suspekt; vgl. Fritz, Rotte, 67.

<sup>1724</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 356, Juli 1770.



fahr für die allgemeine Sicherheit“ dar.<sup>1725</sup> Im Winter 1770/71 hatte das Regiment nach dem bewährten Muster von 1763, d. h. mit der Bildung eines Grenzcordons, auf die Bedrohung reagiert.<sup>1726</sup> Die Patrouillenkommission stellte in den Grenzorten entlang der wichtigsten Ein- bzw. Ausfallsachsen erneut besoldete militärische Wachtposten auf.<sup>1727</sup> Sie bestanden diesmal schon von Beginn an aus einem Wachtmeister und vier Soldaten. Eine zusätzliche Massnahme bildete der Aufruf an alle Fremden, das Land zu verlassen.<sup>1728</sup> Die Besetzung der Grenzposten dauerte lediglich einige Wochen. Schon im März 1771 zog das Regiment die Wachen aus Kostengründen wieder ab.<sup>1729</sup> Als Ersatz dafür sollten die Dorfwachen in den Gemeinden verstärkt werden.<sup>1730</sup>

Die konkreten Massnahmen gegen die einströmenden Bettler beschränkten sich nach dem ersten Höhepunkt der Teuerungskrise von 1770/71 also nur auf lokale Aktionen und stützten sich immer noch auf ein Instrument, dessen mangelnde Zuverlässigkeit und Abwehrwirkung auch dem Regiment hinlänglichst bekannt war. Die Reaktion der Patrouillenkommission sah lediglich eine wieder verschärfte Aufsichtstätigkeit gegenüber den Dorfwachen vor. Das auslösende Moment für die Verschärfung bildete ein an sich nicht aussergewöhnlicher Vorfall, den die Patrouillenkommission jedoch zum Anlass nahm, eine härtere Gangart einzuschlagen. Sie erhielt einen Hinweis, dass die Dorfwache von Töss nur ungenügend wachsam sei. Daraufhin beschloss sie am 10. Februar 1770, allen Patrouillenwächtern mitteilen zu lassen, besonders auf den Zustand der Dorfwachen zu achten. Zur Erinnerung an die Pflichten der Dorfwächter legte die Obrigkeit am 18. Juni 1771 das Dorfwachenmandat von 1766 in unveränderter Form neu auf.<sup>1731</sup> Zudem sollten die Patrouillenwächter überprüfen, ob die Dorfwachen gemäss dem obrigkeitlichen Mandat „gehörig“ bestellt seien.<sup>1732</sup>

Die Patrouillenwächter leisteten gute Arbeit. In den folgenden Monaten trafen Meldungen aus allen Teilen des Landes über liederliche Dorfwachen ein. Die Patrouillenkommission liess bei einem Fehlverhalten der Dorfwächter jeweils über eines ihrer Mitglieder oder mittels eines Schreibens, das der Sekretär des Gremiums zu verfassen hatte, gegenüber den Kommunen das obrigkeitliche Missfallen ausdrücken, oder sie zitierte die entsprechenden Dorfbeamten zur Bestrafung in die Stadt.<sup>1733</sup> Es kam auch regelmässig vor, dass auf Geheiss der Kommission die entsprechende Vogtei für die Herstellung der Ordnung der Dorfwachen besorgt zu sein hatte. Nur selten musste hingegen ein Patrouillenwächter selbst wegen Liederlichkeit oder Saumseligkeit gebüsst werden.<sup>1734</sup>

<sup>1725</sup> StAZ B II 948, 31. Januar 1770, S. 45; vgl. auch: Werdmüller, Memorabilia 1790, 34.

<sup>1726</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 185.

<sup>1727</sup> Die Orte für die Grenzwachen entsprachen nun dem Vorschlag der Patrouillenkommission von 1763: Richterswil, Sihlbrugg, Ottenbach, Altstetten, Höngg, Otelfingen, Weiach, Eglisau, Feuerthalen, Trüllikon, Elgg, Wald und Feldbach; vgl. Memorabilia 1790, 2. Teil, 185. Zur Führung: Memorabilia 1790, 2. Teil, 185

<sup>1728</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 157.

<sup>1729</sup> Ebd., 185. Die Soldansätze sind bei von Moos angegeben; vgl. von Moos, Kalender, 632.

<sup>1730</sup> Werdmüller, Memorabilia 1790, Teil II, 185.

<sup>1731</sup> StAZ III AAb 1.13, 18. Juni 1771.

<sup>1732</sup> StAZ B III 190, S. 31.

<sup>1733</sup> Ebd.

<sup>1734</sup> Ebd.

Die Teuerungskrise erschütterte nicht nur Zürich. Auch die umliegenden Territorien waren nach 1770/71 von einer zunehmenden Anzahl bettelnder Personen betroffen.<sup>1735</sup> Als Folge davon reagierten die Obrigkeiten der Nachbarterritorien teilweise mit ähnlichen oder gar stärkeren Gegenmassnahmen als Zürich, nämlich hauptsächlich mit dem Abschieben der Bettler und Vagierenden in die Nachbargebiete. Dieses Verhalten erhöhte den Druck auf Zürich. Er machte sich in einem anschwellenden Zustrom von Bettlern und Vagierenden bemerkbar. So berichtete ein Patrouillenwächter am 22. September 1770 aus Wädenswil, Schwyz habe unlängst Harschiere angestellt, welche Bettler, welche in den Gebieten Höfe, Pfäffikon und Wollerau aufgegriffen wurden, an die Grenze brächten und von dort in das zürcherische Gebiet trieben.<sup>1736</sup> Die Zürcher Patrouillenwächter nahmen die Bettler aus Schwyz jeweils in Empfang und behandelten sie gemäss der Patrouillenordnung. Die Patrouillenkommission war mit dieser Lösung zulasten Zürichs jedoch nicht zufrieden und beauftragte den Landvogt von Wädenswil, beim Landessekretär von Schwyz in dieser Sache vorstellig zu werden.<sup>1737</sup> Von einer Änderung der schwyzerischen Abschiebepaxis wird dann in den Protokollen allerdings nicht mehr berichtet.

Die Harschiere, die es inzwischen in den meisten Gebieten der Eidgenossenschaft gab, gingen überall ähnlich vor: Sie schoben die unerwünschten Bettler und Vagierenden über die Grenzen ab. In der Gemeinen Herrschaft Baden jagten die fünf Harschiere seit 1774 aber nicht mehr in die eidgenössischen Stände, sondern gegen den Rhein.<sup>1738</sup> In der Gemeinen Herrschaft der unteren freien Ämter agierten die Harschiere mehr oder weniger erfolgreich gegen eine hohe Zahl von Bettlern. Der zuständige Landvogt suchte vernünftigerweise die Zusammenarbeit mit den Landvögten von Baden und Lenzburg, um die anderen Kantone nicht zu belasten.<sup>1739</sup>

Doch nicht in allen näheren und weiteren Interessensgebieten Zürichs entwickelte sich die Lage gleich erfreulich. In der Landgrafschaft Thurgau gelang es mit einem neuen Mandat erst ab 1773, ein wirksames Instrument gegen den Bettel und die Armut zu schaffen.<sup>1740</sup> In den Gemeinen Herrschaften Rheintal und Sargans sah die Situation allerdings noch düsterer aus. Die Tagsatzung musste dem eidgenössischen Landvogt im Rheintal 1769 ausdrücklich befehlen, abermals Harschiere anzustellen.<sup>1741</sup> Ähnlich lag der Fall in der Gemeinen Herrschaft Sargans. Erst auf Betreiben von Glarus wurde in Sargans 1775 wieder ein Harschier angestellt, nachdem er zuvor abgeschafft worden war und das „Bettelgesind“ daraufhin überhand-

---

<sup>1735</sup> Ulrich, 18. Jahrhundert, 391.

<sup>1736</sup> Schwyz organisierte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sporadisch Betteljagden. Die Schwyzer Obrigkeit engagierte dafür jeweils Harschiere. Vgl. dazu: Oliver Landolt, „Vom Bettelvogt zum Kantonspolizisten: Die Geschichte des Schwyzer Polizeiwesens von seinen Anfängen bis zum Beginn der 1980er Jahre“, in: 200 Jahre Kantonspolizei Schwyz, (Schwyzer Hefte 83), Einsiedeln 2004, 13 – 53, 16f.

<sup>1737</sup> StAZ B III 190, S. 36.

<sup>1738</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 825 – 827.

<sup>1739</sup> Ebd., S. 230, 888f. Sowohl in Baden wie im Freiamt war die Finanzierung der Harschiere und die Frage der Kostenbeteiligung der Klöster und Grundherren ein Thema. Vgl. zu den ordnungssichernden Massnahmen: Anne-Marie Dubler, Armen- und Bettlerwesen in der Gemeinen Herrschaft „Freie Ämter“ (16.- 18. Jahrhundert), (Schriften der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde 50), Basel 1970, 54 – 76.

<sup>1740</sup> EA 1744 – 1777, Band 7.II, S. 594.

<sup>1741</sup> Ebd., S. 710.

genommen hatte.<sup>1742</sup> In der Gemeinen Herrschaft Uznach und Gaster waren seit 1755 zwei Harschiere beschäftigt, jedoch jeweils nur so lange, bis das Gesindel vertrieben war. Danach wurden sie wieder aus ihrem Amt entlassen.<sup>1743</sup>

Das Zürcher Regiment erkannte als Folge der Teuerungskrise von 1770/71 die deutliche Notwendigkeit, den Schutz vor unerwünschten Bettlern und Vagierenden nicht nur durch kurzfristige Massnahmen, sondern auch langfristig zu erhöhen. Sie beauftragte zunächst die Patrouillenkommission, entsprechende Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Die Kommission tagte am 31. Januar 1770 und beschäftigte sich in erster Linie mit der Sicherheit in der Stadt Zürich. Sie beantragte, ordentliche Patrouillenwächter auch in die umliegenden Gemeinden der Stadt zu beordern, um das Umfeld der Stadt ausserhalb der Stadtkreuze sowohl tags wie nachts visitieren zu lassen. Sie sollten „Diebes- und anderes verdächtiges Gesindel und Gestalten“ arretieren und dem Präsidenten der Patrouillenkommission zur Abstrafung bringen.<sup>1744</sup> Diese Patrouillenwächter wurden tatsächlich auch eingeführt und später im Protokollbuch, wie in der übrigen Eidgenossenschaft, als Harschiere bezeichnet.<sup>1745</sup> Die Patrouillenkommission war, wie schon bei den Patrouillenwächtern, auch bei den Harschieren darauf bedacht, dass die Landbevölkerung ihnen Respekt entgegenbrachte. Wo dies nicht der Fall war, griff die Patrouillenkommission durch. So hatte sich beispielsweise ein Einwohner von Meilen im Juni 1770 gegenüber einem Harschier „ungut“ betragen. Er wurde deswegen vor die Patrouillenkommission zitiert.<sup>1746</sup>

Der Kleine Rat beschloss des Weiteren noch vor der Beendigung des Grenzcordons im März 1771, eine besondere Kommission unter dem Vorsitz des Statthalters und unter Zuzug eines Zunftmeisters und der Verordneten der Wachtkommission zusammentreten zu lassen, um ein „wohlüberlegtes Gutachten“ abzufassen, was alle mit dieser Sache befassten Tribunalien gemeinsam zur Verhütung des eindringenden Gesindels unternehmen könnten.<sup>1747</sup> Die Kommission reichte ihr Gutachten am 21. April 1771 ein. Der Kleine Rat hiess es am 8. August 1771 gut.<sup>1748</sup> Die aus dem Gutachten abgeleiteten Massnahmen waren jedoch bescheiden. Es wurden lediglich zwei neue Patrouillenwächter eingestellt.<sup>1749</sup> Es ist anzunehmen, dass damit der Einsatz der neuen Harschiere auf lange Zeit personell sichergestellt oder die Anzahl der Harschiere wieder auf 13 erhöht wurde.

### 6.10.3 Das steigende Unsicherheitsgefühl von 1770 bis 1780

Die Kriminalisierungstendenzen kumulierten mit der vereinfachten Sichtweise, die sich aus der Herausbildung der neuen Hauptkategorie von kriminellen oder potenziell kriminellen Fremden ergab. Sie schlug sich nach der Jahrhundertmitte in einem steigenden Unsicherheits-

---

<sup>1742</sup> Ebd., S. 764.

<sup>1743</sup> Ebd., S. 1196.

<sup>1744</sup> StAZ B III 190, S. 30f.

<sup>1745</sup> Erstmals: Ebd., S. 34.

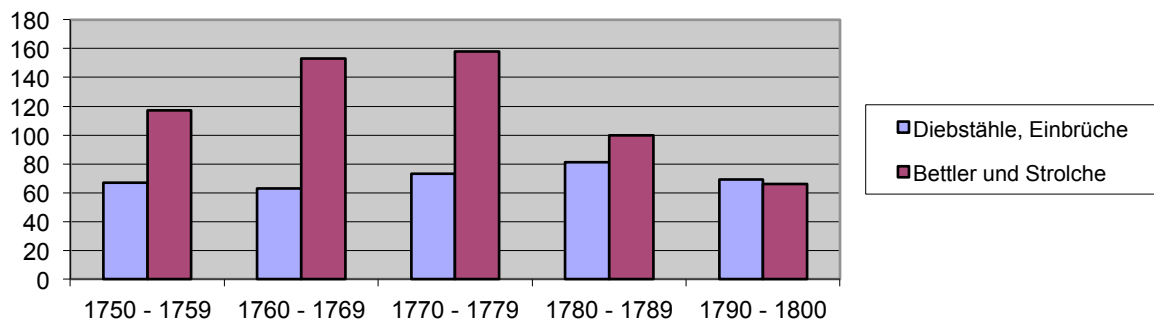
<sup>1746</sup> Ebd.

<sup>1747</sup> StAZ B II 948, 31. Januar 1770, S. 45.

<sup>1748</sup> StAZ B III 190, S. 33 und 35.

<sup>1749</sup> Ebd., S. 35.

gefühl der Bevölkerung nieder. Eine getrennte statistische Auswertung der Meldungen der (Einbruch)diebstähle<sup>1750</sup> und der Klagen über „Bettler- und Strolchengesinde“<sup>1751</sup> des so genannten „Blauen Registers“<sup>1752</sup> des Staatsarchivs Zürich zeigt für die Zeitspanne zwischen 1750 und 1800 folgende Entwicklungstendenzen auf:



Die Anzahl der Einträge zum Stichwort der „Bettler und Strolche“ stiegen von 1750 bis 1779 in beiden Jahrzehnten deutlich an, um darauf nach 1780 bis zur Jahrhundertwende markant zu fallen. Die Diebstahls- und Einbruchsmeldungen waren in derselben Periode weit weniger häufig. Ihre Zahl nahm nach einem minimalen Rückgang in den 1760er Jahren bis zum Ende der 1780er Jahre stetig leicht zu und fiel im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts wieder auf das Niveau der 1770er Jahre zurück.

Die bis 1779 steigende Anzahl an Meldungen über „Bettler und Strolche“ wird in der Literatur in der Regel mit der wachsenden Armut erklärt. Die Begründung von Rudolf Braun ist typisch.<sup>1753</sup> Die Zahl der landlosen Heimarbeiter, die keinen Rückhalt mehr in einem bäuerlichen Betrieb hatten, nahm nach Braun auch im Kanton Zürich mit der fortschreitenden Industrialisierung seit der Mitte des 18. Jahrhunderts zu. Ihre Lage war u. a. durch eine starke Krisenanfälligkeit und eine fehlende Krisensicherung charakterisiert. Zudem verhinderte die hohe Reglementierungsdichte in den Mandaten die Möglichkeit einer Selbsthilfe in Krisenzeiten. Teuerungskrisen hatten nach Braun jeweils zur Folge, dass eine grosse Zahl von landlosen Heimarbeitern „dem Hunger und der Not in die Arme getrieben wurden“ und sie sich überschulden mussten.<sup>1754</sup> Nach der Teuerungskrise von 1770/71 waren die Auswirkungen besonders katastrophal. Nahezu ein Drittel der ländlichen Bevölkerung lebte danach in Armut und begann zu betteln, hausierte oder „gesellte sich zu den fahrenden Landstreichern“.<sup>1755</sup>

<sup>1750</sup> Dazu zählen: Diebstähle durch Dienstboten, Diebstähle aus Fabriken, Kontoren und dem Kaufhaus, Diebstahl von Vieh und Viktualien, untreue Amtshandlungen, Gelderpressungen, Diebstahl von Almosen, Einbrüche in Privathäuser, Kirchenraub und Strassenraub.

<sup>1751</sup> Das „Blaue Register“ macht keine weiteren Erläuterungen zum Begriff.

<sup>1752</sup> StAZ KAT, Bd. 50, 52, 70 und 73.

<sup>1753</sup> Vgl. für die folgenden Zusammenhänge: Rudolf Braun, Industrialisierung und Volksleben: Veränderung der Lebensformen unter Einwirkung der verlagsindustriellen Heimarbeit in einem ländlichen Industriegebiet (Zürcher Oberland) vor 1800, (Diss.), zweite Auflage, Göttingen 1979, 213 – 253.

<sup>1754</sup> Braun, Industrialisierung und Volksleben, 229.

<sup>1755</sup> Ebd., 237 - 239.

Die Zahlen der Diebstahls- und Einbruchsmeldungen lassen sich mit Braun jedoch nur zum Teil erklären. Zwar ist auch in der Armutsforschung unbestritten, dass Bedürftigkeit zu Kriminalität führen kann. Doch es ist fraglich, ob allein das Ansteigen der Armut aufgrund der Protoindustrialisierung, des Bevölkerungswachstums und als Folge von Krisenzeiten tatsächlich zur erhöhten Zahl von Diebstählen und Einbrüchen führte, welche hauptsächlich den Bettlern und Vagierenden zugeschrieben werden. Zwei Argumente sprechen gegen diese Interpretation: Zum einen entwickelten sich die beiden Zahlenreihen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nicht parallel, und zum anderen erhöhten sich die Diebstahls- und Einbruchsmeldungen in den 1770er und 1780er Jahren jeweils nur leicht.

Ein weiterer, bisher kaum beachteter Grund für die erhöhten Zahlen ist in einem neu eingeführten administrativen Prozess zu finden: Der Eingang von Meldungen von Diebstählen und Einbrüchen verstärkte sich markant, nachdem die Patrouillenkommission nach der Jahrhundertmitte den Informationsfluss zwischen den Dorfwächtern, den Patrouillenwächtern und der Kommission institutionalisiert hatte. Dies schlug sich in einer häufigeren Registrierung der Fälle und einem Anstieg in der Statistik nieder.

Die Diebstahls- und Einbruchsanzeigen gingen auch nur zum Teil auf die erhöhte kantonsinterne Armutskriminalität zurück. Das Regiment sah als hauptsächlichen Urheber der Diebstähle und Einbrüche nämlich nicht das einheimische, sondern das fremde „Gesindel“.<sup>1756</sup> Diese Meinung herrschte schon seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts vor, verstärkte sich jedoch um die Mitte der 1780er Jahre deutlich. In den Protokollbüchern und in den Diebs- und Gaunerlisten finden sich für diese Periode regelmässig Hinweise darauf, dass die Einbrecher aus den benachbarten Gebieten des Standes Zürich in dessen Territorium eingedrungen waren, um Kriminalverbrechen zu verüben. Ein bekanntes Beispiel stammt vom Mai 1783, als Krämer aus dem Kanton Zug auf den Hirzel kamen und einen nächtlichen Einbruch verübten.<sup>1757</sup>

Für das Regiment in Zürich wurde unter diesen Umständen die Sicherheitslage in den Nachbarterritorien relevant. Vor allem die Gemeinen Herrschaften in der Ostschweiz blieben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts jedoch nicht nur für Zürich unsichere Gebiete. An einer Tagsatzung warf Schaffhausen den östlichen Territorien der Eidgenossenschaft vor, sie würden fremdes Gesindel einfach gegen die Grenzorte zutreiben.<sup>1758</sup> Ferner beklagten sich im Thurgau die Einwohner beim Landvogt 1785 über die Belästigungen durch das Gesindel, das sich im Land zahlreich aufhalte und das es verstehe, sich Pässe und Attestate zu erschleichen, um auf diese Weise ungehindert im Land herumstreichen zu können.<sup>1759</sup> Lösungen waren nicht immer einfach zu finden. Ein Streit um hoheitliche Rechte zwischen der Tagsatzung und dem Fürstabt von St. Gallen von 1780 bis 1797 verhinderte beispielsweise die Publikation

---

<sup>1756</sup> „Ordnung wie den Einbrüchen auf der Landschaft in Zeiten nachzusetzen sey“, 1787, in: Sammlung der Policygesetze 1793, sechster Band, Nr. VII, 95. Nur eine genaue, inhaltliche Auswertung der Archivbestände könnten hier präzisere Aussagen erlauben.

<sup>1757</sup> StAZ B II 1000, 21. Mai 1783.

<sup>1758</sup> EA 1778 – 1798, Band 8, S. 16. Juli 1779.

<sup>1759</sup> EA 1778 – 1798, Band 8, S. 337.

eines Bettelmandates in für die Region Bodensee. Die Uneinigkeit förderte insbesondere in den 1790er Jahren das Eindringen von „fremdem Gesindel“.<sup>1760</sup>

Darüber hinaus waren die in der Regel schwach ausgebildeten ordnungssichernden Organe der Gemeinen Herrschaften ein gravierender Mangel in der Bekämpfung des Bettler- und Vagierendenproblems.

Als die Tagsatzung 1787, 1789 und 1792 den Landvogt im Rheintal mit Nachdruck auffordern musste, nicht nur gegen das „häufig fremde Gesindel“ vorzugehen, sondern auch die Harschiere zur Pflichterfüllung anzuhalten, war im Rheintal schon jahrelang nichts mehr gegen die einströmenden Bettler unternommen worden.<sup>1761</sup>

Für die Grafschaft Uznach ordnete die Tagsatzung 1782 an, einen Harschier anzustellen und Betteljagden durchzuführen. Doch die Sache schien nicht wunschgemäss zu funktionieren, denn 1794 hiess es in den Eidgenössischen Abschieden erneut, es wäre für Uznach zweckmässig, einen Harschier zu halten.<sup>1762</sup>

In der Gaster wollten die dortigen Beamten 1780 den Harschier sogar entlassen und nur noch Betteljagden durchführen, um Kosten einzusparen. Nach einem jahrelangen Streit zwischen Schwyz und Glarus einigte man sich darauf, wegen der vielen durchreisenden Personen in der Gaster sowohl den Harschier beizubehalten, ja noch einen weiteren einzustellen, als auch Betteljagden zu veranstalten.<sup>1763</sup>

In der Frage der Schub- und Transitproblematik kam es in der Eidgenossenschaft Mitte der 1780er Jahre zu einem Rückschritt. Trotz der gegenteiligen Tagsatzungsbeschlüsse gingen die meisten Stände und Gemeinen Herrschaften dazu über, nach dem Vorbild Berns das „fremde Strolchen- und Bettelgesinde“ nur noch aus ihren Gebieten zu vertreiben. Sie waren kaum mehr bereit, fremde Bettler, Vagierende und Migranten aufzunehmen und sie ordnungsgemäss durch den Kanton bis an einen Grenzposten zu begleiten.<sup>1764</sup> Die Stände sicherten sich zwar 1784 noch einmal gegenseitig zu, sich in dieser Frage zu bessern<sup>1765</sup>, doch es blieb ihnen bis zum Ende des Ancien Régime das klamme Gefühl, die problematischen Bettler, Vagierenden und Migranten nicht mehr loswerden zu können. Diese Furcht war für eine Verhaltensänderung nicht förderlich.

Auch die Zuströme aus dem südwestdeutschen Raum blieben unberechenbar. Im Dezember 1783 erfuhr der Amtmann von Stein am Rhein nur durch Zufall von einer bevorstehenden Betteljagd im Schwäbischen Kreis. Er konnte das Regiment in Zürich aus diesem Grund nur

---

<sup>1760</sup> Ebd., S. 342 – 344.

<sup>1761</sup> Ebd., S. 398f.

<sup>1762</sup> Ebd., S. 662 – 667.

<sup>1763</sup> Ebd., S. 669 – 674.

<sup>1764</sup> EA 1778 – 1798, Band 8, S. 84, Juli 1783.

<sup>1765</sup> EA 1778 – 1798, Band 8, S. 96, Juli 1784.

sehr kurzfristig vor einem zu erwartenden Schub von „Bettel- und Strolchengesind“ an der Rheingrenze warnen.<sup>1766</sup>

Das gestiegene Kriminalitätsrisiko nach der Teuerungskrise von 1770/71, die fehlenden ordnungssichernden Organe in den meisten umliegenden Gebieten und die Abschiebep Praxis der Stände überlagerten sich im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts mit dem bereits verengten Gaunerbegriff. Alle vier Faktoren zusammen liessen die zeitgenössische Wahrnehmung von (Einbruch)diebstählen durch das fremde „Bettler- und Strolchengesinde“ stark ins Negative absinken, obwohl die absoluten Zahlen der Diebstahls- und Einbruchsmeldungen über den Untersuchungszeitraum objektiv nicht signifikant schwankten. Spektakuläre (Einbruch)diebstähle prägten nun den laufenden Sicherheitsdiskurs<sup>1767</sup> und förderten auch in der Bevölkerung das Gefühl von Unsicherheit. Jeder Vorfall konnte vor dem Hintergrund der kritischen Verhältnisse zu einem Drama werden.

Zieht man wiederum die Gauner- und Diebslisten als Indikatoren für die Bedrohung durch Aktivitäten von Diebes- und Räuberbanden heran<sup>1768</sup>, zeigt sich, dass nach einem ersten Höhepunkt in den 1750er Jahren und einem leichten Rückgang in den 1760er Jahren ein deutlicher Wiederanstieg in den 1770er Jahren zu verzeichnen ist.<sup>1769</sup> Die Zürcher Mandatssammlung enthält drei umfangreiche Listen, die 1777 vor herumstreichenden Dieben und Vagierenden warnten. In Pforzheim hatten dortige Beamte eine Diebesbande von 15 Personen festgenommen, die 68 weitere Namen preisgaben. Die Zürcher Obrigkeit befürchtete, sie könnten auch in die Eidgenossenschaft gelangen, und ordnete an, „auf dieses Gesindel soll in hiesigem Land genaue Acht bestellt (und) die davon betretenden festgesetzt und Meine Gnädige Herren des Verhafts berichtet werden.“<sup>1770</sup> Dieselbe Anweisung galt ebenso für eine Gauner- und Diebsliste mit 12 Personen aus Appenzell Ausserrhoden.<sup>1771</sup> Aus regionalhistorischer Perspektive am interessantesten ist jedoch die Zusammenstellung in einer Gauner- und Diebesliste, die 1777 vom Regiment in Zürich gedruckt worden war.<sup>1772</sup> Sie erwähnt 26 verdächtige, „zur allgemeinen Unsicherheit herumschweifende Diebe und Vaganten“.<sup>1773</sup> Die beschriebenen Personen sind zu rund einem Drittel miteinander verwandt. Sie stammen grösstenteils aus dem Elsass oder dem südwestdeutschen Raum, vereinzelt auch aus dem österreichischen Vorarlberg. Der Anlass, der zur Erstellung der Liste in Zürich geführt hatte, bleibt leider im Dunkeln.

Die negative obrigkeitliche Wahrnehmung von Diebes- und Räuberbanden änderte sich bis zum Ende des Ancien Régime auch nicht mehr, als in den 1780er und 1790er Jahren gemäss

<sup>1766</sup> StAZ B II 1002, 29. Dezember 1783.

<sup>1767</sup> Vgl. dazu Kapitel „Gefährliche Räuberbanden“ als neues Bedrohungsbild“.

<sup>1768</sup> Ich führe hier einen Gedanken von Leo Lucassen weiter, der am Beispiel der Verfolgung von Zigeunern den Zusammenhang zwischen dem Sammeln von Personendaten (wie in Steckbriefen oder Gauner- und Diebslisten) und dem Ausmachen von realen und potentiellen Kriminellen bzw. deren Stigmatisierung nachgewiesen hat; vgl. Leo Lucassen, „Harmful tramps: Police professionalization and gypsies in Germany, 1700 – 1945“, in: *Crime, Histoire & Sociétés*, 1(1997), 29 – 50. Vgl. auch Blauert, Gauner- und Diebslisten, 30f, 35.

<sup>1769</sup> Blauert, Gauner- und Diebslisten, 42.

<sup>1770</sup> StAZ III AAb 1.14, 28. Dezember 1776; vgl. Blauert, Gauner- und Diebslisten, 151, Nr. 75.

<sup>1771</sup> StAZ III AAb 1.14, 15. März 1777; vgl. Blauert, Gauner- und Diebslisten, 152, Nr. 78.

<sup>1772</sup> StAZ III AAb 1.14, 8. März 1777; vgl. Blauert, Gauner- und Diebslisten, 152, Nr. 77.

<sup>1773</sup> Ebd.

dem „Blauen Register“ sowohl die Einbruchs- und Diebstahlsmeldungen als auch die Einträge zum Diebes- und Bettelgesindel rückgängig waren. Ohne näher auf die Diskussion um die Charakterisierung von Räuberbanden als romantische Sozialrebell, als Gegengesellschaft oder als Subkultur einzugehen, kann festgestellt werden, dass sich der Prozess der gesellschaftlichen Ausgrenzung krimineller – primär fremder – Bettler, Vagierender und Migranten als gefährliche Räuberbanden bis zum Ende des 18. Jahrhunderts fortsetzte, ja sich noch weiter radikalisierte.<sup>1774</sup> Im 18. Jahrhundert fand nach jüngeren Forschungsergebnissen demnach eher eine Art „Produktion von Räuberbanden im kriminalistischen Diskurs“ statt, als dass sich die Räuberbanden tatsächlich straffer und schlagfertiger organisierten und deshalb krimineller wurden.<sup>1775</sup> Wobei jedoch auch eine Radikalisierung der Räuberbanden nicht ausgeschlossen werden darf.

Für Zürich fehlen umfassende und systematische Untersuchungen zu historischen Räuberbanden. Doch die drastische Schilderung der möglichen Überfälle von Räubern im Dorfwachmandat von 1768 und die demgegenüber gegensätzlichen Tendenzen bei den Meldungen im „Blauen Register“ sind deutliche Zeichen dafür, dass dieser Prozess auch in Zürich durchlaufen wurde, d. h. dass die Gefahr, von fremden Räubern und Gaunern überfallen zu werden, in Realität weniger gross war, als die obrigkeitliche Beurteilung der Bedrohung es vermuten liess.

Für die weitere Entwicklung der ordnungssichernden Organe wäre eine zeitgenössische empirische Untersuchung der tatsächlichen Gefahr auch gar nicht ausschlaggebend gewesen. Hier spielten vielmehr die Rezeption der Diebes- und Räuberbanden, ihre zugeschriebene Positionierung in der Gesellschaft, die Furcht vor ihnen sowie die Vorstellungen der Obrigkeit vom Agieren der Räuberbanden die entscheidende Rolle.<sup>1776</sup> Aus dem Bild, das sich die Obrigkeit von der Gegenseite machte, leitete sie die Massnahmen zu deren Bekämpfung ab.

#### 6.10.4 Die intensivierten Fahndungsmethoden

Die im Regiment tief verwurzelte negative Wahrnehmung des fremden „Strolchen- und Diebsgsinds“ brachte die Obrigkeit in einen Handlungszwang. Sie bemühte sich, verstärkt gegen fremde Diebes- und Räuberbanden vorzugehen. Dazu zählte die sichtlich intensivere Fahndung nach Einbrechern und Dieben, nachdem Einbrüche gemeldet worden waren. Das Regiment baute dazu zunächst das kriminaltechnische Instrument des Steckbriefes aus.<sup>1777</sup> Wurden vor 1770 lediglich Signalemente veröffentlicht<sup>1778</sup> oder manchmal Belohnungen für

<sup>1774</sup> Vgl. dazu: Seidenspinner, Bettler, Landstreicher, Räuber, 27 – 38; Katrin Lange, Zwischen Verurteilung und Ideologisierung: Zur Einschätzung von Räuberbanden im 18. und frühen 19. Jahrhundert“, in: Volkskunde in Rheinland-Pfalz 8(1993), 3 – 13; Blauert, Gauner- und Diebslisten, 72 – 79.

<sup>1775</sup> Vgl. dazu: Dirk Riesener, „Die Produktion der Räuberbanden im kriminalistischen Diskurs: Vagantische Lebensweise und Delinquenz im niedersächsischen Raum im 18. und 19. Jahrhundert“, in: Carl-Hans Hauptmeyer (Hg.), Hannover und sein Umland in der frühen Neuzeit: Beiträge zur Alltags-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bielefeld 1994, 183 – 213.

<sup>1776</sup> Vgl. Seidenspinner, Bettler, Landstreicher und Räuber, 27 – 32.

<sup>1777</sup> Vgl. zur Geschichte des Steckbriefes in der Eidgenossenschaft: Franz Gut, „Der Steckbrief und die Fahndung in schweizerischen und deutschen Rechtsquellen seit dem 16. Jahrhundert“, in: Louis Carlen (Hg.), Forschungen zur Rechtsarchäologie und Rechtlichen Volkskunde, Band 20, Zürich 2003, 75 – 103.

<sup>1778</sup> Vgl. als Beispiel: StAZ III AAb, 1.13, 1767.



Verhaftungen ausgeschrieben<sup>1779</sup>, ging man seit den 1770er Jahren dazu über, in den Steckbriefen eine grobe Beschreibung des Tatverlaufs und eine genaue Liste der gestohlenen Güter hinzuzufügen<sup>1780</sup> sowie regelmässig Belohnungen auszuzahlen.

Die Beispiele für Steckbriefe sind allerdings noch selten. Nach einem aufsehenerregenden Einbruch in ein Privathaus der angesehenen Familie Luchs-Escher in der Stadt Zürich im Spätsommer 1773 spannte die Obrigkeit auch bewusst die Öffentlichkeit mit ein, um der Täterschaft habhaft zu werden. Der nächtliche und von der Obrigkeit als äusserst gewaltsam und räuberisch beschriebene Einbruch sollte das „Publico“ dazu motivieren, mitzuhelfen, die noch frei herumlaufenden Haupttäter zu fassen, damit „solche Bösewichter zur verdienten Strafe beförderet, und die allgemeine Sicherheit wieder hergestellt“ werden könne.<sup>1781</sup> Das Mandat machte darauf aufmerksam, dass jedermann verpflichtet sei, aufgrund von „zuverlässigen Zeichen“ die erkannten Täter und Mittäter bei der Justiz zu verzeigen oder ihr zumindest „die zu derselben Entdeckung erlangte(n) Kennzeichen und Data an Hande geben würde.“<sup>1782</sup> Der Steckbrief, der von der Kanzlei der Stadt und Republik Zürich verbreitet worden war, richtete sich auch ausdrücklich an Mittäter, denen man nicht nur Immunität, sondern auch eine Belohnung versprach.<sup>1783</sup> Im vorliegenden Fall setzte die Obrigkeit ihre Hoffnungen allerdings weniger auf eine Personenbeschreibung als auf das Wiedererkennen der in einer angefügten Liste beschriebenen Beutestücke. Der Gang an die Öffentlichkeit und deren Einbezug in die Fahndung war für die Obrigkeit ein neuer und vielversprechender Weg. Das hier praktizierte Vorgehen beschränkte sich vorläufig jedoch noch auf aussergewöhnliche Fälle, da die Kosten für den Druck und die Verbreitung eines Steckbriefs hoch waren.<sup>1784</sup> Für die 1770er Jahre ist dies für Zürich nur noch im Zusammenhang mit der vermuteten Vergiftung des Abendmahlweins 1776 nachweisbar.<sup>1785</sup> Trotz aller Bemühungen blieb der Steckbrief, im Gegensatz zu den Gauner- und Diebslisten, ein reaktives Instrument.

Die Zürcher Obrigkeit machte mit dem Erstellen der eigenen Gauner- und Diebsliste von 1777 auch einen Fortschritt in Richtung aktiverer Methoden und der Identifikation von Tatverdächtigen.<sup>1786</sup> Sie unterschied sich von früheren Zürcher Exemplaren durch ihre bereits präzisere Beschreibung der gesuchten Personen. Sie war jedoch noch nicht standardisiert.<sup>1787</sup> Die Zürcher Gauner- und Diebsliste von 1777 muss als erster, allerdings noch unzulänglicher Versuch der Zürcher Obrigkeit gesehen werden, unerwünschte Vagierende möglichst vollzählig und präventiv zu erfassen.<sup>1788</sup>

---

<sup>1779</sup> Vgl. als Beispiel: StAZ III AAb, 1.13, 1768.

<sup>1780</sup> Vgl. als Beispiel: StAZ III AAb, 1.14, 4. September 1773. Gut ein Jahr später wurde auch von der Kanzlei aus Bern eine ähnlich aufgebaute Liste zugesandt; StAZ III AAb 1.14, 13. November 1774.

<sup>1781</sup> StAZ III AAb, 1.14, 4. September 1773.

<sup>1782</sup> Ebd.

<sup>1783</sup> Ebd.

<sup>1784</sup> Wiebel, Steckbriefe, Gauner- und Diebslisten, 38.

<sup>1785</sup> StAZ III AAb 1.14, 16. Oktober 1776. Vgl. Zum Fall: Jeffrey Freedman, *Poisoned Chalice*, Princeton 2002.

<sup>1786</sup> StAZ III AAb 1.14, 8. März 1777; vgl. Blauert, Gauner- und Diebslisten, 152, Nr. 77.

<sup>1787</sup> Nach Blauert sind standardisierte Fahndungsmittel Anzeichen einer Professionalisierung. Vgl. Blauert, Gauner- und Diebslisten, 33, 55.

<sup>1788</sup> Ebd., 30f, 35.

Beide Fahndungsinstrumente, der Steckbrief und die Gauner- und Diebsliste, reichten jedoch für sich allein genommen noch nicht aus, um das Problem zu lösen. Sie stellten zwar die unverzichtbare Grundlage für die Ergreifung von gesuchten Personen dar. Sie waren aber weitgehend nutzlos, wenn neben einem funktionierenden Passwesen<sup>1789</sup> und zuverlässigen Datensammlungen<sup>1790</sup> keine wirksam agierenden ordnungssichernden Organe vorhanden waren, um Verdächtiger auch tatsächlich habhaft werden zu können.<sup>1791</sup> Die Obrigkeit war nicht zuletzt auch deshalb in den 1770er Jahren darum bemüht, ihre ordnungssichernden Organe weiter zu stärken.

### 6.10.5 Die Einschränkung des Verdächtigenkreises

Ein nächster Schritt im Bemühen um eine Erfolgssteigerung war ein abermaliger Versuch des Regiments, den Einfluss auf die Dorfwachen zu vergrössern. Es liess 1775 zunächst nur das alte Dorfwachenmandat von 1766 in der Hoffnung neu drucken, es werde nun besser befolgt.<sup>1792</sup> Dies war jedoch nicht der Fall, wie die rasche Folge eines nächsten Mandats nahe legt. Die Obrigkeit ergänzte, nur vier Jahre später, den ursprünglichen Text an zwei Stellen gezielt. Sie griff im Mandat von 1779 nun direkt in die Organisation der Dorfwachen ein und revidierte den zentralen Punkt der Mobilität der Dorfwachen.<sup>1793</sup>

Das Mandat von 1779 gebot den Gemeinden nun nicht mehr nur, „taugliche und frutige Leuthe“ in die Dorfwachen aufzunehmen, sondern es wurde ihnen strikt untersagt, Untaugliche zu engagieren. Ferner wurde ihnen verboten zuzulassen, dass Minderjährige oder Dorfwächter, die eben ihre Kehr abgeschlossen hatten, für einen anderen Dorfwächter und/oder gegen Geld den Dienst der nächsten Schicht der Dorfwache übernahmen. Auch die zweite neue Bestimmung gibt einen tiefen Einblick in die gängige Arbeitsauffassung der Dorfwachen. Sie sollten „nicht mehr an einem Ort und Stelle den ganzen Tag, bis der Stadt-Patrouille-Wächter sich allda einfindet, stehen bleiben, sondern beständig in den ganzen ihnen angewiesenen, und zu bewachen zugehörigen Bezirken patrouillieren und streifen und also gegen allem liederlichen Gesindel nach dieser Anleitung zu Werk gehen.“<sup>1794</sup> Des Weiteren bekamen die Dorfwächter rund um die Stadt Zürich den Auftrag, die Strolche und Bettler

---

<sup>1789</sup> Zu den verfeinerten Fahndungsmethoden vgl. Fritz, Rotte, 577 – 588. Fritz zählt neben den hier erwähnten Methoden zusätzlich auch noch Landkarten und Denunziationsgelder. Für den Kanton Zürich konnten Landkarten als Fahndungsinstrument nicht nachgewiesen werden. Zürich besass aus dem 17. Jahrhundert jedoch ein gutes Kartenwerk von Hans Conrad Gyger, das aber primär militärischen Zwecken diente. Ein Projekt, das grosse Kartengemälde Gygers der Öffentlichkeit über einen Kupferdruck zugänglich zu machen, konnte 1685 verwirklicht werden. Auf den Kartendruck fehlten aber die militärisch wichtigen Objekte wie Strassen, Brücken und Pässe. Es war somit als Hilfsmittel für die ordnungssichernden Organe nicht brauchbar. Die Karten von Johann Jakob Scheuchzer, die 1712/13 herausgebracht wurden, wiesen hingegen eine hohe Informationsdichte und ein handliches Format auf. Eine ebenso brauchbare Karte von Gabriel Walser erschien 1765. In den Quellen konnte bisher aber noch kein Hinweis auf den Einsatz dieser Karten als zusätzliches Hilfsmittel für die Fahndung gefunden werden. Vgl.: Arthur Dürst, „Der Kanton Zürich im Bild seiner Kartenmacher“, in: Zürich: Konturen eines Kantons, Zürich o.J., 23 – 31.

<sup>1790</sup> Groebner, Der Schein der Person, 144.

<sup>1791</sup> Blauert, Gauner- und Diebslisten, 52.

<sup>1792</sup> StAZ III AAb 1.14, 18. Juni 1775.

<sup>1793</sup> StAZ III AAB 1.14, 14. September 1779; „Erneuerte und zumal im zweyten Artickel verstärkte Ordnung für die auf der Landschaft zu haltenden Dorf-Wachten zu Abhebung des Strolchen- und Bettel-Gesinds“, 1779, in: Sammlung der Policygesetze, 1793, sechster Band, Nr. VI.

<sup>1794</sup> Dorfwachenmandat 1779, 86.

nicht mehr nur einfach bis zu den Stadtkreuzen zu führen und sie dann den Weg bis zu den Stadtporten alleine gehen zu lassen, sondern sie sollten sie zukünftig bis an die Tore begleiten.<sup>1795</sup>

Neben der Schärfung der Fahndungsinstrumente und dem Willen, wirkkraftigere ordnungssichernde Organe als Zugriffsmittel zu schaffen, war für die Entwicklung der ordnungssichernden Organe eine weitere Frage von zentraler Bedeutung: Auf welchen Personenkreis und mit welchen Mitteln sollen die ordnungssichernden Organe „ein wachsames Auge“ haben? Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, dass das Regiment nach dem Dreissigjährigen Krieg zunächst den Kreis der unerwünschten Personen stark ausweitete, um ihn nach der erfolgten Verbesserung des Almosenwesens spätestens nach der Mitte des 18. Jahrhunderts wieder auf vermutlich kriminelle fremde Bettler, Vagierende und Migranten zu reduzieren. Die Konzentration auf einen eingeschränkten und von der Obrigkeit definierten Personenkreis zeigte sich in den 1760er und 1770er Jahren im Verbund mit den getroffenen Massnahmen zur effizienteren Verfolgung der Gauner und Diebe durchaus als richtig, auch wenn die Wirkung noch bescheiden war.<sup>1796</sup> Die Statistik bestätigt diese Entwicklung. Die Zahl der Gauner- und Diebslisten wie auch der Einträge im „Blauen Register“ zum Schlagwort „Bettler und Strolchengesindel“ nahm in den 1780er und 1790er Jahren deutlich ab.<sup>1797</sup> Der Erfolg war in dieser ersten Phase allerdings weniger einer Leistungssteigerung der Dorfwachen und der wenigen Patrouillenwächter zu verdanken, sondern war primär durch die zunehmende Einschränkung des Lebensraums und der Lebensmöglichkeiten für Vagierende erzielt worden.<sup>1798</sup> Die diesbezüglichen Massnahmen wie die Ausweis- und Reisebestimmungen und die Vorschriften für die Krämer und andere legal reisende Personen waren ja schon im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts eingeleitet worden. Sie zeitigten nun aber ihre Wirkung. Sie zwangen die Personen, die nichts im Schilde führten, immer mehr in ein Kontrollsystem, das bereits aus eigener Kraft eine abschreckende Wirkung erzielte und das zugleich den Handlungsspielraum für Gauner- und Diebe schmälerte. Damit wurde es auch für die ordnungssichernden Organe einfacher, das „Bettler- und Strolchengesindel“ zu fassen.

Die in den 1770er Jahren durch die Obrigkeit eingeführten Fahndungsmassnahmen hatten durchaus ihre Wirkung, blieben jedoch beschränkt.<sup>1799</sup> Erst die Umwandlung der Patrouillen-

---

<sup>1795</sup> Ebd., 87.

<sup>1796</sup> Blauert, Diebes- und Räuberbanden, 63.

<sup>1797</sup> Diese Entwicklung steht im Gegensatz zur Gesamtentwicklung im südwestdeutschen, aber auch eidgenössischen Raum. Dort stellen die 1780er Jahre den Höhepunkt dar. Vgl. Blauert, Gauner- und Diebslisten, 40. Auch muss die Frage, inwieweit sich die verstärkten Bemühungen der französischen Gendarmerie im Kampf gegen die Räuberbanden im linksrheinischen Gebiet sowie die seit 1781 halbjährlich und im grossen Stil stattfindenden Vertreibungsaktionen der österreichischen Behörden (sog. „Wiener Schub“) auf die Situation in der Eidgenossenschaft auswirkten, offen gelassen werden. Vgl. zu den Auswirkungen im südwestdeutschen Raum: Manfred Teufel, „Die Verbrechensbekämpfung im 18. Jahrhundert im Gebiet des heutigen Baden-Württemberg: Eine kriminalhistorische Regionalstudie“, in: Die Kriminalpolizei Heft 4, 2002, 141 – 146.

<sup>1798</sup> Seidenspinner, Bettler, Landstreicher und Räuber, 32. Vgl. zur Einschränkung des Lebensraumes auch: Carsten Küther, „Räuber, Volk und Obrigkeit: Zur Wirkungsweise und Funktion staatlicher Strafverfolgung im 18. Jahrhundert“, in: Heinz Reif (Hg.), Räuber, Volk und Obrigkeit: Studien zur Geschichte der Kriminalität in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, (suhkamp taschenbuch wissenschaft 453), Frankfurt a.M. 1984, 17 – 42, 34.

<sup>1799</sup> Auch Gerhard Fritz konnte für seinen südwestdeutschen Untersuchungsraum im 18. Jahrhundert eine insgesamt abnehmende Bandenkriminalität feststellen. Er schreibt dies einer Ende des 18. und zu Beginn des 19.

wächter in Harschiere 1789 und die Bildung von spezialisierten Trupps zur Verfolgung von Einbrechern sollten das System der ordnungssichernden Organe im Kanton Zürich nachhaltig verändern.

---

Jahrhunderts zunehmenden Sensibilität der Obrigkeiten zu, die „durch ein perfektioniertes Überwachungssystem, über Listen und andere Massnahmen, ja überhaupt durch eine immer differenziertere Staatlichkeit sehr viel genauer erfassten, was es an einschlägigen Fällen und Delikten gab.“; vgl. Fritz, Rotte, 215f.

### 6.10.6 Zwischenfazit XI

Die Krise von 1770/71 hatte zur Folge, dass rund ein Drittel der ländlichen Bevölkerung verarmte und zum Bettel und zur Vagantität gezwungen wurde. Dennoch nahm das Regiment sie bis zum Ende des Ancien Régime nicht als ernsthafte *Bedrohung* der Sicherheit im Innern wahr, weil es der Überzeugung war, ihnen durch väterliche Unterstützungsmassnahmen genügend Hilfestellungen gewährleistet zu haben.

Die Obrigkeit lokalisierte die Gefahr vielmehr bei den von aussen eindringenden Bettlern, Vagierenden und Migranten. Ihre Zahl war auf dem gesamten Kontinent durch die europäische Versorgungs- und Verteilungskrise von 1770/71 stark angestiegen. Fremde „Strolche und Diebe“ aus den umliegenden Kantonen und den Gemeinen Herrschaften der Ost- und Südostschweiz sowie aus dem südwestdeutschen Raum drangen in das Gebiet des Kantons Zürich ein. Aber auch Schübe aus Österreich und anderen Teilen des Reichs machten dem Regiment zu schaffen. Dort waren ordnungssichernde Organe neu gebildet oder verstärkt worden und hatten an Effektivität hinzugewonnen. Sie trieben unerwünschte Personen ohne vorgängige Benachrichtigung der benachbarten Behörden über die Grenzen in Richtung Zürich.

Das bereits negative Bild der Obrigkeit und der Bevölkerung von Bettlern und Vagierenden verfestigte sich unter diesen Umständen zur weitverbreiteten Auffassung, „Strolche, Diebe und Räuber“ würden scharenweise von auswärts ins Land einfallen. Die Häufung von Gauer- und Diebslisten tat das Übrige, um die Stimmungslage zu verschlechtern. Die Gefahrenwahrnehmung und das subjektive Sicherheitsgefühl entsprachen jedoch nicht der objektiv viel besseren Sicherheitslage, wenn man die absoluten Zahlen als Vergleichsgrösse heranzieht.

Das Regiment in Zürich reagierte auf die nach 1770/71 erneut gestiegenen Zahlen von Vagierenden und Migranten nach gewohntem Muster und leitete die bekannten *Massnahmen* ein: Es blieb bei seiner *Purifikationsstrategie* und errichtete in der Krisenzeit einen militärischen Grenzcordon, um die Zugänge zu zürcherischem Gebiet faktisch zu schliessen. Er konnte jedoch wegen der finanziellen Belastung nur für kurze Zeit aufrecht erhalten bleiben. Die seit 1771 abnehmende Kooperationsbereitschaft der Stände untereinander bzw. mit den Gemeinen Herrschaften in der Abschiebe- und Transitproblematik führte zu einer weiteren Belastung der Grenze. Die Verweigerung der Durchreise und das Abschieben über die Grenzen bildeten trotz anderslautender Beschlüsse der Tagsatzung den Normalfall.

Positive Veränderungen sind im Dezennium nach der Teuerungskrise von 1770/71 vorerst nur in wenigen Punkten erkennbar. Nach einigen weiteren erfolglosen Versuchen, die Qualität der Dorfwachen zu verbessern, gelang es dem Regiment 1779 über den Erlass von detaillierten Vorschriften, den Gemeinden verbindliche Kriterien für die Einstellung von Dorfwächtern vorzuschreiben. Eine weitere entscheidende und neue Bestimmung war, den Bewegungsradius der Dorfwächter auszuweiten, d. h. sie vom faktischen Stehen am Ort zu einer Patrouillentätigkeit auf dem gesamten Gemeindegebiet zu verpflichten. Ob die beiden Vorgaben auch tatsächlich umgesetzt wurden, kann nicht beurteilt werden.

Die Patrouillenkommission übte mittels ihrer Patrouillenwächter zudem in verstärktem Mass Aufsicht über die Dorfwachen und die Gemeindevorgesetzten aus. Sie drängte auch darauf, den Patrouillenwächtern sei seitens der Bevölkerung mehr Respekt entgegen zu bringen.

Die grössten Fortschritte sind in der Kriminaltechnik zu vermelden. Die Kanzlei der Stadt verbreitete in den 1770er Jahren in ausserordentlichen Fällen von Raubüberfällen nun auch Steckbriefe inklusive einer Beschreibung der Täter, des Tatverlaufs und der Beutestücke. Sie bezog damit die Öffentlichkeit in die Fahndung mit ein. Das Erstellen einer präventiv ausgerichteten Gauner- und Diebsliste von 1777 blieb jedoch aus finanziellen Gründen noch eine Ausnahme.

## **6.11 Die teilweise Professionalisierung der ordnungssichernden Organe der Landschaft**

Am Ende der 1770er Jahre schienen in Zürich die Fortschrittsbemühungen in der Bekämpfung des fremden „Diebs- und Strolchengesinds“ an einem toten Punkt angelangt zu sein. Auf der einen Seite hatten die Räte und die Patrouillenkommission seit der Mitte des 18. Jahrhunderts eine Reihe von einzelnen Massnahmen zur Effizienzsteigerung der ordnungssichernden Organe der Landschaft vorgeschrieben bzw. zu implementieren versucht. Dazu zählten namentlich folgende Bereiche:

- Kontrolle des Grenzübertretts
- Vorschriften für Fremde, nur auf bestimmten Strassentypen zu reisen
- Passpflicht und flächendeckende Passkontrolle
- ausgedehnte Patrouillentätigkeit
- hohe Präsenzdichte
- Verjüngung der ordnungssichernden Organe und steigende Anforderungen an ihre körperliche Verfassung
- Lesefähigkeit der ordnungssichernden Organe
- Einsatz von Steckbriefen und Gauner- und Diebslisten
- Institutionalisierung des Informationsflusses

Diese Massnahmen sind im Zusammenhang mit den Ordnungsvorstellungen des aufgeklärten Patriarchalismus und seinem erweiterten staatlichen Anspruchsrahmen zu betrachten. Sie bezweckten, das Zürcher Territorium von fremden Räubern und Gaunern sowie „Diebs- und Strolchengesind“ zu säubern, um die öffentliche Sicherheit und das ökonomische Wachstum zu schützen.

Auf der anderen Seite gelang es dem Regiment nicht, diese Massnahmen zur vollen Entfaltung zu bringen, weil

- die Umsetzung der Massnahmen nur teilweise erfolgte
- die tatsächlich umgesetzten Massnahmen in ihrer Wirkung fragmentarisch blieben
- nicht genügend finanzielle und personelle Mittel aufgewendet wurden, um die Massnahmen langfristig zu garantieren
- der Einsatz der Miliztruppenteile in den Grenzcordons zwar wirksam, aber nur zeitlich begrenzt war
- die Beibehaltung der politisch begründeten Vorrangstellung der Dorfwächter eine Ausmerzungen dieses grössten Schwachpunkts des Systems zugunsten einer Stärkung der Patrouillenwache unmöglich machte
- die Lenkung der Einsätze nicht koordiniert war

Mit den diversen Gutachten, welche die Patrouillenkommission seit der Mitte des 18. Jahrhunderts vorlegte, wurden dem Regiment zwar Vorschläge unterbreitet, die eine Verbesserung der als schlecht beklagten öffentlichen Sicherheit auf der Landschaft hätten erreichen können. Die Räte verzichteten jedoch aus politischen und finanziellen Gründen auf deren vollständige Umsetzung. Die Obrigkeit beschränkte sich darauf, in einigen wenigen aufsehen-erregenden Fällen die neuen Fahndungsinstrumente anzuwenden. Ihr Einsatz ist dennoch ein früher Hinweis auf das Bemühen des Regiments, die ordnungssichernden Organe im Bereich der Personenidentifizierung und -fahndung zumindest teilweise zu professionalisieren.

Dieser Befund wirft die grundsätzliche Frage auf, ob und in welchem Umfang zeitgenössische Professionalisierungsvorstellungen und -merkmale in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vorhanden waren, die auf einer fachlich-technischen Basis und unabhängig von politischen Voraussetzungen als Leitbild und als Messgrösse für die Professionalisierung ordnungssichernder Organe im Ancien Régime dienen konnten.

Versuche, die Professionalisierungsmerkmale der Polizei für das 18. und das 19. Jahrhundert in ihrer Gesamtheit zu betrachten und übergeordnet zu interpretieren, wurden bisher erst in einem sehr beschränkten Umfang unternommen. Üblicherweise begnügen sich die Autoren damit, einen direkten Bezug zum Konzept der Durchsetzung des Gewaltmonopols herzustellen. Die Beiträge von David H. Bayley und Charles Tilly ragen hier positiv hervor. Bayley identifizierte vier Modernisierungsfelder, die für ihn Professionalisierung ausmachen. Es sind dies die Rekrutierung, die Ausbildung, die Besoldung und die Überwachung.<sup>1800</sup> Charles Tilly sieht den Übergang von einem reaktiven zu einem proaktiven „policing“ als den entscheidenden Schritt an.<sup>1801</sup> Er verbindet damit eine umfassende und dauernde Überwachung, Durchdringung und Kontrolle öffentlicher Räume. Versuche, einen Mittelweg zwischen der beschränkten Sicht auf Einzelmassnahmen und der zwar zutreffenden, aber dennoch eher aufs Grundsätzliche beschränkten Kategorisierung bei Bayley und Tilly zu finden, sind für die Untersuchungsperiode in der deutschsprachigen Polizeigesichtsforschung bisher nur vereinzelt anzutreffen. André Holenstein, Frank Konsermann, Josef Pauser und Gerhard Sälter haben die Kontrolltechniken wie die Streifentätigkeit, die Tendenz zur Zentralisierung und die Fortschritte in der Rekrutierung als Merkmale herausgearbeitet.<sup>1802</sup> Peter Nitschke unterstreicht die Bedeutung der Passkontrollen für den Aufbau eines polizeilichen Apparats im 18. Jahrhundert und die Entstehung der Polizei im 19. Jahrhundert.<sup>1803</sup> Andreas Blauert und Eva Wiebel verweisen auf die polizeiliche Funktion der Gauner- und Diebslisten des 18. Jahrhun-

---

<sup>1800</sup> David H. Bayley, *Patterns of Policing: A Comparative International Analysis*, (Crime, law and deviance series), New Brunswick 1985, 23 – 52.

<sup>1801</sup> Charles Tilly, *Coercion, Capital and European States A.D. 990 – 1990*, Oxford 1990, 107. Die These von Tilly liegt explizit oder implizit den meisten Texten zugrunde, welche den Wandel der ordnungssichernden Organe zu „modernen Polizeien“ beschreiben. Vgl. beispielsweise Leo Lucassen, „Harmful tramps’: Police professionalization and gypsies in Germany, 1700 – 1945“, in: *Crime, Histoire & Sociétés*, 1(1997), 29 – 50, 46; Wolfgang Knöbel, *Polizei und Herrschaft*, 162; Peter Nitschke, *Verbrechensbekämpfung*. Mit Leo Lucassen verstehe ich unter Professionalisierung bewusst geplante und operationalisierte Massnahmen und Methoden zur Steigerung der Effizienz der ordnungssichernden Organe. Vgl., Lucassen, *Harmful tramps*, 30f.

<sup>1802</sup> Holenstein, *Arm des Gesetzes*, 1 – 54.

<sup>1803</sup> Nitschke, *Verbrechensbekämpfung*, 135.



derts sowie deren Weiterentwicklung im 19. Jahrhundert zu Fahndungsperiodika.<sup>1804</sup> Leo Lucassen erkannte im zunehmend institutionalisierten Austausch von Personendaten ein Professionalisierungsmerkmal für ordnungssichernde Organe.<sup>1805</sup> Aus der jüngeren historischen Kriminalitätsforschung sind für die vorliegende Fragestellung in diesem Zusammenhang vor allem die Ergebnisse von Gerhard Fritz wichtig. Er stellt dar, wie nach dem Siebenjährigen Krieg in einem Professionalisierungsprozess die wenig erfolgreichen Zivilstreifen durch dezentrale, aber feste Streifenabteilungen wie Landwachen oder Maréchaussée ersetzt wurden. Diesen festen und besoldeten Einheiten gelang es durch die neuen Fahndungsmittel und durch ein „perpetuierendes Streifen“ einen erhöhten, aber immer noch mit Lücken behafteten Fahndungsdruck aufzubauen, der gute Erfolge vorweisen konnte.<sup>1806</sup> Helmut Gebhardt schliesslich untersuchte den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Polizei und derjenigen der österreichischen Staatsorganisation rechtshistorisch. Er zählt in der Periode vom letzten Viertel des 18. Jahrhunderts bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts einen Zuwachs an Kompetenzen, die Einführung einer oberen Führungsebene, den wachsenden Einfluss von Juristen auf das Dienstverhalten und eine erhöhte Disziplin der ordnungssichernden Organe zu den Professionalisierungsmerkmalen.<sup>1807</sup>

Die in der Polizeigesichtsliteratur aufgeführten Professionalisierungsmerkmale konzentrieren sich jeweils auf wichtige, aber einzelne Aspekte. Demgegenüber sind die Ansätze von Bayley und Tilly mit ihren prinzipiellen Aussagewerten zwar von hoher Bedeutung für die Polizeigesichtsforschung, lassen aber in ihrem Konkretisierungsgrad viele Wünsche offen.

Der Pfad, den Nitschke, Fritz und Gebhardt begonnen haben, setzt nach meiner Ansicht den richtigen Massstab und weist die Richtung für das weitere Vorgehen. Aufgrund einer zeitgenössischen Quelle soll der Versuch unternommen werden, einen Professionalisierungsansatz zu entwerfen.

### **6.11.1 Der Professionalisierungsansatz von Johann Ulrich Schöll**

#### **6.11.1.1 Johann Ulrich Schöll als Analyst des Gaunerwesens**

Die zürcherischen Quellen bieten für das Vorhaben, Professionalisierungsvorstellungen und Professionalisierungsmerkmale zu erarbeiten, keine Grundlage. Der Stadtstaat gehörte im 18. Jahrhundert nicht zu den führenden Gebieten in der Entwicklung von neuen Ideen zur Verbrechensbekämpfung. Die Zürcher Beamten unterhielten mit den Behörden der benachbarten Staaten hingegen einen regen Austausch von Gauner- und Diebslisten sowie von Mandaten

---

<sup>1804</sup> Blauert, Gauner- und Diebslisten, 33, 51. Die Autoren bezeichnen die Fahndungsperiodika des 19. Jahrhunderts ausdrücklich als Anzeichen für eine Professionalisierung der Polizei.

<sup>1805</sup> Lucassen, Harmful tramps, 46.

<sup>1806</sup> Fritz, Rotte, 457 – 645.

<sup>1807</sup> Helmut Gebhardt, „Die Etablierung der österreichischen Polizei und Gendarmerie im 18. und 19. Jahrhundert: Aspekte zu ihrer Rolle bei der Entwicklung von Staatsorganisation und Rechtsstaat“, in: ders. (Hg.), Polizei, Recht und Geschichte: Europäische Aspekte einer wechselvollen Entwicklung: Beiträge des 14. Kolloquiums zur Polizeigeschichte, (Grazer Rechtswissenschaftliche Studien 60), Graz 2006, 30 – 41.

zur Verbrechensbekämpfung.<sup>1808</sup> Über formelle und informelle Wege erfuhren die Zürcher auf diese Weise von neuen Ansätzen der Kriminalitätsbekämpfung aus dem südwestdeutschen und österreichischen Raum und versuchten diese in Zürich umzusetzen.

Auch in den Staaten Südwestdeutschlands waren es weniger die Fürsten und ihre Verwaltungen als einzelne Persönlichkeiten, welche kriminalistische Aktivitäten auf privater Basis entwickelten.<sup>1809</sup> In der polizeigeschichtlichen Literatur gelten der schwäbische Reichsgraf Franz Ludwig Schenk von Castell, genannt „Malfizschenk“, der badische Oberamtsmann Friedrich August Roth, der Reichenauer kurfürstlich-badische Obervogt Friedrich Freiherr von Hundbiss-Waltram und der königlich-württembergische Oberamtsmann Georg Jakob Schäffer in Sulz am Neckar<sup>1810</sup> als Pioniere der Verbrechensbekämpfung und als erste Kriminalisten der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.<sup>1811</sup> Ihnen gelangen spektakuläre Verhaftungsaktionen durch das systematische Erstellen von Gauner- und Diebslisten, mit „modus operandi“-Beschreibungen sowie durch detaillierte Tätersignale.<sup>1812</sup>

In ihrem Schatten steht Johann Ulrich Schöll (1751 – 1823).<sup>1813</sup> Schöll arbeitete seit 1781 als Waisenhauspfarrer in Ludwigsburg. Er beschäftigte sich nach eigenen Angaben über 15 Jahre mit Räuberbanden, vornehmlich in Schwaben.<sup>1814</sup> Schöll veröffentlichte 1793 eine Studie mit dem Titel „Abriss des Jauner- und Bettelwesens in Schwaben und der angränzenden Schweiz nach Akten und andern sichern Quellen“.<sup>1815</sup> Mit seinem Werk legte Johann Ulrich Schöll Vorschläge zur Weiterentwicklung der ordnungssichernden Organe vor, die noch teilweise über die Verbesserungen der Mittel und Methoden zur Fahndung und Verbrechensbekämpfung der ersten Kriminalisten hinausgehen.

### 6.11.1.2 Die Beschreibung der gaunerischen Verhaltensweisen

Der erste Teil von Schölls „Abriss des Jauner- und Bettelwesens in Schwaben und der angränzenden Schweiz nach Akten und andern sichern Quellen“ ist eine umfassende Analyse der vorherrschenden Verhaltensweisen sowohl der „Gauner und Bettler“ wie auch der ordnungssichernden Organe. Schöll versuchte für den ersten Teil des Werks möglichst viel darüber in Erfahrung zu bringen, „was zur vollständigen Kenntnis und Charakteristik jener schädlichen

---

<sup>1808</sup> So bekam der Rat von Zürich beispielsweise 1777 eine Bettelverordnung von Ulm zugestellt, die von der Patrouillenkommission begutachtet wurde; StAZ 202.6. Für weitere Beispiele vgl. dazu die Einträge im StAZ KAT („Blauen Register“), insbesondere Band 152.

<sup>1809</sup> Vgl.: Fritz, Räuberbanden und Polizeistreifen, 205 – 211.

<sup>1810</sup> Zu Schäffer: Uli Rothfuss, Schäffer, Räuberfänger: Der erste „moderne“ Kriminalist Württembergs, Tübingen 1997.

<sup>1811</sup> Vgl. z.B. Gut, Steckbrief und Fahndung, 82. Vgl. zu dieser weit verbreiteten Meinung zu Recht kritisch: Fritz, Rotte, 590.

<sup>1812</sup> Vgl. Teufel, Verbrechensbekämpfung, 141 – 146, Manfred Teufel, Die südwestdeutsche Polizei im Obrigkeits- und Volksstaat: Zur Geschichte der Polizei in Baden, Württemberg und Hohenzollern, Holzkirchen 1999, 3 – 7.

<sup>1813</sup> Vgl. zu den Lebensdaten Schölls: Staatsarchiv Stuttgart, E201b und A 281: 777.

<sup>1814</sup> Johann Ulrich Schöll, Abriss des Jauner und Bettelwesens in Schwaben und der angränzenden Schweiz nach Akten und andern sichern Quellen vom Verfasser des Konstanzer Hans, Stuttgart 1793. (ZBZ AA 2713)

<sup>1815</sup> Schöll, Abriss, Vorrede. Vgl. Bader, Kriminelles Vagantentum im Bodenseegebiet, 296. Die Autorenschaft Schölls ist nicht zweifelsfrei nachgewiesen; vgl. dazu: Carsten Küther, Räuber und Gauner in Deutschland: Das organisierte Bandenwesen im 18. und frühen 19. Jahrhundert, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 20), Göttingen 1976, 174.

Menschen gehört, und worüber ich glaubte, dass in Ansehung ihrer gefragt werden könnte.“<sup>1816</sup> Er stützte sich auf eine breite Quellenbasis und bezog sowohl mündliche wie schriftliche Auskünfte von Beamten – nach seinen Angaben auch aus der Eidgenossenschaft –, Gauner- und Diebslisten, Inquisitionsakten, Archivbestände und die Aussagen des „Konstanzer Hans“ als die eines zuverlässigen Zeugen in seine Arbeit mit ein.

Den wichtigen ersten Teil seiner Untersuchung widmete Schöll den Verhaltensweisen und dem Vorgehen der Diebes- und Räuberbanden. Er zeichnete dabei mit Absicht ein nach seinen Angaben bisher unbekanntes und furchterregendes Bild. Die Gauner, so Schöll, seien nicht die Gelegenheitsdiebe, wie man bisher gemeint habe. Die Bettler und Diebe waren für Schöll vielmehr ein „organisiertes Handwerk“, das bei seinen Verbrechen planmässig vorging und mit raffinierten Methoden den viel zu naiven Bewohnern und dem Staat grosses Unheil und grossen Schaden zufügte.<sup>1817</sup> Sie waren für ihn unbrauchbare und schädliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft, die verwildert, ohne Moral und nur sehr schwer erziehbar waren.<sup>1818</sup> Er schrieb ihnen aber auch eine Schlaueit und Raffinesse bzw. Hinterhältigkeit zu.<sup>1819</sup>

Mit Schöll wurde das gegen Ende des 18. Jahrhunderts schon radikalisierte Räuber- und Gaunerbild und der verengte Gaunerbegriff in die entstehende kriminalistische Fachliteratur aufgenommen und zur Grundfolie, auf der sich die Professionalisierung der ordnungssichernden Organe entwickelte. Seine Gaunervorstellungen motivierten Schöll ganz entscheidend, über neue Methoden zur Bekämpfung des Übels nachzudenken.

Die bis anhin angewandten Mittel zur Verbrechensbekämpfung, so seine ernüchternde Erkenntnis, hätten eben nicht ausgereicht, damit das Gesindel „unterdrückt und vertilgt“ hätte werden können.<sup>1820</sup> Aus diesem Grund war es das Ziel von Schöll, mit wissenschaftlichen Methoden zunächst die Beweggründe der Gauner und Bettler, ihre Lebensart und Sitten, ihre sozialen Beziehungen, ihre „Kunstgriffe und Erwerbsmittel“, ihre „Thaten und den ganzen Gang ihrer Operationen und Unternehmungen zu untersuchen“.<sup>1821</sup> Der Zweck seiner Analyse war, das Vorgehen der Gauner zu klassifizieren<sup>1822</sup> und mit neuen Ansätzen „diese Pest“ und „diese politischen Blutigel“, die so schon so viele Familien zugrunde gerichtet und moralisches und physisches Übel verbreitet hätten, „ausrotten zu können“.<sup>1823</sup> „Bisher, dünkt mich, ist dies weder in Schwaben noch in den übrigen benachbarten Ländern, die so hart von ihnen mitgenommen worden, auf eine Art geschehen, die der Erheblichkeit des Gegenstandes entspricht.“<sup>1824</sup>

---

<sup>1816</sup> Ebd.

<sup>1817</sup> Ebd., IVf, IXf.

<sup>1818</sup> Ebd., 357f.

<sup>1819</sup> Vgl. zum verengten Gaunerbegriff auch: Blauert, Gauner- und Diebswesen, 70.

<sup>1820</sup> Schöll, Abriss, IV.

<sup>1821</sup> Ebd., Vorwort.

<sup>1822</sup> Ebd., Vorwort.

<sup>1823</sup> Ebd., Vf.

<sup>1824</sup> Ebd., VI. Schölls Gegnerschaft gegenüber den Gaunern und Bettlern war erbittert. Sie schlug sich vor allem in seiner Charakterisierung der Gauner mit militärischem und kriegerischem Vokabular nieder. Es stellt sich deshalb an dieser Stelle die Frage, ob sie aufgrund des überaus negativen Gaunerbilds von Schöll als übertrieben

An den Beginn seines Analyseteils stellte Schöll die hilflosen Versuche der ordnungssichernden Organe, Gauner, Bettler oder andere Vagierende zu verhaften. Die plastischen Erzählungen von Schöll sind nicht ohne Sarkasmus, wenn er beschreibt, wie die Gauner die ordnungssichernden Organe mit Leichtigkeit austricksen, ihnen entkommen konnten oder sich einer Verhaftung zu widersetzen versuchten.<sup>1825</sup>

Johann Ulrich Schöll stellte das Verhalten der Gauner dem Handeln der ordnungssichernden Organe gegenüber. Auf das schlaue und unverfrorene Handeln der kriminellen Vagierenden fanden die ordnungssichernden Organe offensichtlich keine Antwort. Die Mängel in der Vorgehensweise der ordnungssichernden Organe schafften vielmehr erst die Voraussetzungen dafür, dass die Gauner ihre Handlungsspielräume ausnutzen und sie sich weitgehend unbehelligt bewegen und ihre Taten planen und ausüben konnten.<sup>1826</sup>

Deshalb trug Schöll in einem nächsten Schritt die Grundkenntnisse über die Handlungs- und Vorgehensweisen der Gauner zusammen, um daraus in einem weiteren Schritt Systemschwächen zu erkennen und Handlungsrichtlinien für einen effizienteren Einsatz der ordnungssichernden Organe abzuleiten.<sup>1827</sup>

Für Schöll lagen die grössten Schwachpunkte in den politischen und topografischen Verhältnissen der Region, die mit ihrer politischen Kleinräumigkeit, ihrer starken Bewaldung, den Gebirgen, Hügelzügen und Tälern sowie dem ausgebauten Strassen- und Wegnetz den Gaunern und Vagierenden nahezu ideale Voraussetzungen für ihr Handwerk garantierten. Für die Gauner spielten die territorialen Grenzen keine Rolle, weil diese für sie keine Hindernisse darstellten, sie diese nicht respektierten und sie problemlos über sie hinweg flottieren konnten. Die Grenzen bildeten für die Gauner hingegen einen gewissen Schutz, da sie wussten, dass die sie verfolgenden ordnungssichernden Organe nicht über sie hinweg handeln durften. Das dichte Strassen- und Wegnetz erlaubte ihnen Rochademöglichkeiten auszunutzen. Die peripheren Gegenden boten ihnen Gelegenheiten, einen Unterschlupf zu finden. Die Vagierenden betrachteten, gemäss Schöll, die Region Elsass-Rhein-Südwestdeutschland ungeachtet der politischen Verhältnisse als einen Aktionsraum, in dem sie sich relativ frei bewegen und handeln konnten.

Eine zentrale Rolle spielten die persönlichen und sozialen Netzwerke der Gauner. Es gab sie zum einen zwischen Banden und zum anderen zwischen den kriminellen Vagierenden und der

---

abgetan werden muss oder ob sie realistisch ist. Nach den Angaben Schölls beruht sie auf langjährigen eigenen wie fremden Beobachtungen und Erkenntnissen von Beamten, die sich eng mit der Materie befasst haben, sowie auf Akten, die teilweise heute noch einsehbar sind. Wie die Untersuchung von Francisca Loetz gezeigt hat, kann gerade den Nachgangsakten und Verhörprotokollen, den wichtigsten Quellengattungen Schölls, ein hoher Grad an Glaubwürdigkeit zugesprochen werden. Es darf also davon ausgegangen werden, dass die Aussagen Schölls zum handwerklichen Vorgehen der Gauner trotz seiner eindeutig subjektiven Sichtweise zum grössten Teil den tatsächlichen Erfahrungen und Empfindungen der ordnungssichernden Organe entsprachen. Die Erkenntnisse gelten auch für Zürich, weil die Gauner im südwestdeutschen-eidgenössischen Raum über die Grenzen hinweg vergleichbar handelten. Das von Schöll zusammengetragene Wissen über die Gauner erweist sich deshalb als äusserst wertvoll.

<sup>1825</sup> Ebd., 181, 182f.

<sup>1826</sup> Ebd., 356 – 391.

<sup>1827</sup> Ebd.

ortsansässigen Bevölkerung. Die Gauner pflegten über ihre Beziehungen regen Kontakt untereinander und konnten dadurch einfach und schnell Informationen austauschen. Sie verschafften sich dadurch gegenüber den sie verfolgenden ordnungssichernden Organen Vorsprünge und Vorteile, denn der Informationsfluss zwischen den Regimentern funktionierte nur mit einer starken zeitlichen Verzögerung und war nur unzureichend institutionalisiert.<sup>1828</sup> Ausserdem profitierten nach Schöll mit den Hehlern, Helfern und jenen Personen, die den Bettlern- und Dieben Unterkunft gewährten, zu viele Bewohner der Landschaft vom Geschäft der Gauner.<sup>1829</sup>

Die kriminellen Vagierenden waren in der Masse von unverdächtigen Vagierenden, die sich ebenfalls im geografischen Raum bewegten, für die ordnungssichernden Organe äusserlich nicht zu unterscheiden. Sie trugen dieselben Kleider, täuschten jedoch unverdächtige Berufe und Absichten vor, die auch bei einer Kontrolle nicht oder nur sehr schwer überprüft werden konnten. Sie zeigten bei Personenüberprüfungen nicht selten Pässe vor, welche von den ordnungssichernden Organen vor Ort nicht als Fälschung erkannt werden konnten.<sup>1830</sup> Gelang ihnen einmal eine Verhaftung, war es für sie frustrierend zusehen zu müssen, wie verurteilte Gauner unmittelbar nach verbüssster Strafe wieder auf den Strassen anzutreffen waren.<sup>1831</sup>

### **6.11.1.3 Der Massnahmenkatalog von Johann Ulrich Schöll**

Aufgrund der Erkenntnisse über die Lebens- und Arbeitsgewohnheiten der Gauner entwickelte Johann Ulrich Schöll im zweiten Teil seines Werks einen umfassenden Massnahmenkatalog, der bei den erkannten Schwachstellen der ordnungssichernden Organe ansetzte und ein eigentliches System zur Gaunerbekämpfung umschrieb.<sup>1832</sup>

Das oberste Ziel von Schöll war es, den „Sumpf der Gauner auszutrocknen“.<sup>1833</sup> Zum einen forderte er dazu eine konsequentere Handhabung der bestehenden Vorschriften. Zum anderen definierte er in der Gaunerbekämpfung drei Problemfelder, für die er je einen konzeptuellen Lösungsansatz vorlegte.<sup>1834</sup>

#### **a) Grenzübertritt**

Der erste Problembereich betraf die Grenzübertritte der Gauner. Der Zufluss der Gauner sollte bereits an der Grenze gestoppt werden, um auf diese Weise ihr Eindringen zu verhindern. Die Grenzkontrolle war nach Schöll die Aufgabe des Militärs. Soldaten bewachten die Zollstationen und kontrollierten alle einreisenden Personen. Eine Schwierigkeit bestand darin, dass die

---

<sup>1828</sup> Als Beispiel kann der Austausch von Gauner- und Diebslisten angeführt werden. Die Listen entstanden in der Regel nur aus Anlass eines konkreten Vorfalls und wurden erst nach der Inquisition, d. h. mehrere Wochen oder Monate, manchmal sogar Jahre später und nach unklarem Verteiler verbreitet. Auch innerhalb der Staaten dauerte es zu lange, bis die Meldungen von den entsprechenden Stellen des Regiments an die ausführenden ordnungssichernden Organe weitergeleitet und vor Ort umgesetzt wurden.

<sup>1829</sup> Schöll, Abriss, 356f.

<sup>1830</sup> Ebd., 357.

<sup>1831</sup> Ebd., 354.

<sup>1832</sup> Ebd., 360 – 391.

<sup>1833</sup> Ebd., 358.

<sup>1834</sup> Ebd., 358f.

unerwünschten kriminellen oder potenziell kriminellen Vagierenden von den unbescholtenen Reisenden nur schwer zu unterscheiden waren. Schöll ging davon aus, dass unverdächtige Personen die offiziellen Grenzübertritte benutzten. Die Grenzabschnitte zwischen den offiziellen Grenzstationen sollten hingegen vom Militär lediglich überwacht werden. Diejenigen Personen, welche die Grenze in diesen Zwischenzonen überquerten, hatten ebenfalls mit einer Kontrolle durch die Patrouillen der Soldaten zu rechnen. Verdächtige Personen waren von ihnen entweder unter der Androhung von Strafen über die Grenze zurückzuschicken oder festzunehmen und dem nächsten Justizbeamten zu übergeben. Die fehlende Dauerpräsenz der Soldaten in den Grenzabschnitten sollte durch harte Konsequenzen kompensiert werden. Die Grundvoraussetzung für eine wirksame Grenzkontrolle waren gemäss Schöll zuverlässige Passschreiben. Um auch hier einen Fortschritt zu erzielen, sollten nur noch vertrauenswürdige Personen Passbeamte werden dürfen. Diesen war es nicht mehr erlaubt, unbekannten Personen ein Ausweispapier auszustellen. Sie hafteten persönlich für ihre Tätigkeit und trugen einen eventuellen finanziellen Schaden.

## **b) Auffinden und Ergreifen von Gaunern**

Den zweiten Problembereich erkannte Schöll im Auffinden und Ergreifen der Gauner im Landesinnern. Schöll sah sich erneut dem Problem gegenüber, verdächtige Personen von unverdächtigen Personen zu unterscheiden. Grundsätzlich griff er zur Lösung des Problems auf denselben Ansatz wie bei den Grenzübertritten zurück, d. h. Schöll versuchte, die Masse der unverdächtigen Reisenden zunächst auf die gut kontrollierbare Verkehrs- und Unterkunftsinfrastruktur zu kanalisieren. Er ging dabei wiederum vom Grundsatz aus, dass wer eine Passkontrolle nicht zu befürchten brauche, auch keinen Grund habe, sich vor den ordnungssichernden Organen zu verstecken. Die unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg der Massnahme war ein funktionierendes Passwesen. Selbstverständlich ging der Realist Schöll davon aus, dass sich Gauner nicht an die Anweisungen des Regiments hielten. Die Antwort des Staates auf diese Missachtung bestand in einer Verunsicherung der Gauner. Schöll meinte damit das konsequente Durchstreifen der Wälder und Felder mit Patrouillen. Diese hatten den Auftrag, abseits der Strassen und Wege umherzustreifen, um die Gauner in ihrem Lebensrhythmus und ihren Verhaltensweisen zu stören. Die Gauner mussten sich stets und überall fürchten, entdeckt zu werden. Schöll wollte dieses Ziel erreichen, indem er die Wahrscheinlichkeit für die Gauner erhöhte, einer Patrouille zu begegnen. Die Patrouillen mussten zu diesem Zweck in ihrem Bezirk, der nicht zu gross bemessen sein durfte, sowohl am Tag wie auch in der Nacht und in unregelmässigen zeitlichen Abständen alle neuralgischen Punkte auf und abseits der Verkehrs- und Unterkunftsinfrastruktur systematisch kontrollieren. Dazu zählten alle Ortschaften, Weiler, Höfe, Mühlen, Wirtshäuser und andere verdächtigen Häuser. Eine unabdingbare Rahmenbedingung für diese Neuerungen war eine sehr hohe zeitliche Verfügbarkeit der Patrouillen. Die Patrouillengänge sollten nach Schöll nicht mehr nur sporadisch, sondern permanent durchgeführt werden.

Schöll beschäftigte sich auch mit dem Problem des Untertauchens von kriminellen Vagierenden in Gruppen von nicht-kriminellen Vagierenden. Sein Lösungsvorschlag war radikal: Er betrachtete alle umherziehenden Gruppen generell als kriminell. In logischer Konsequenz duldete Schöll im Landesinnern weder Bettler noch nicht-sesshafte oder heimatlose Personen

oder umherziehende Handwerker wie Kessler, Wannenflicker, Scherenschleifer und Hausierer.

Die neue Generation von Wächtern, welche diesen Anforderungen genügten, nannte Schöll Hartschiere.<sup>1835</sup> Die Dorf- und Nachtwachen auf kommunaler Ebene wurden durch sie nicht ersetzt. Die Hartschiere kontrollierten auch die Dienstbereitschaft der Wächter der Gemeinden. Kommunen oder Beamte, welche auf ihrem Gebiet Gauner duldeten oder keine ernsthafte Verfolgung veranlassten, waren nach Schöll zu bestrafen.

Die Hartschiere hatten Buch über ihre Dienstverrichtungen zu führen. Sie waren verpflichtet, auf ihren Streifen von den Ortsvorstehern jeweils eine Bestätigung ihrer Anwesenheit in ein Patrouillenbüchlein eintragen zu lassen. Es musste wöchentlich oder alle zwei Wochen einem vorgesetzten Beamten vorgelegt werden. Gleichzeitig war ihm ein Rapport aller Vorfälle abzuliefern. Die vorgesetzten Beamten wiederum erstellten daraus ausführliche Quartalsberichte zu Händen der Regierung. Die vorgesetzten Beamten erteilten den Hartschieren Instruktionen und leiteten ihnen Daten über verdächtige und zur Fahndung ausgeschriebene Personen weiter. Dazu dienten die gedruckten Gauner- und Diebslisten sowie die Generallisten als Grundlage.<sup>1836</sup> Die Hartschiere studierten diese jeweils genau bevor sie auf ihre Streife gingen.<sup>1837</sup>

Die Hartschiere sollten mit einer körperlichen und personellen Überlegenheit den Gaunern gegenüberreten. Dadurch sollte den peinlichen Unterlegenheitssituationen bei Kontrollen und Verhaftungen der Gauner ein Ende gesetzt werden. Die Anforderungen verlangten, dass nur noch Hartschiere rekrutiert wurden, die ihrer Aufgabe gewachsen waren und Verhaftungen auch tatkräftig durchsetzen konnten. Gemäss Schöll durften nur noch rechtschaffene, tatkräftige, wachsame und zuverlässige Männer in den Dienst aufgenommen werden. Eine gute Besoldung regte den Diensteifer der Hartschiere zusätzlich an und verhinderte Nachlässigkeit sowie eigennütziges Verhalten. Fanggelder für jeden aufgebrachten Gauner oder Vagierenden waren als zusätzliche Motivation gedacht.

Ein Kräfteansatz, der den Umständen angepasst war, bot nach Schöll Gewähr, dass eine Aktion mit Erfolg durchgeführt werden konnte. Schöll strebte insbesondere bei Ereignissen, die eine besonders grosse Volksmenge anzogen, wie z. B. Jahrmärkten, eine erhöhte Zahl von Patrouillen an. Zur Verstärkung der Hartschiere sah er zudem den Einsatz von weiteren „Policydienern“ vor. An Brennpunkten war eine Gruppe von Soldaten als Ergänzung der Hartschiere geplant. Die Soldaten stationierte Schöll an Orten, an denen sich vermutlich besonders viele Gauner aufhielten. Sie mussten insbesondere im Winter unaufhörlich patrouillieren und einsame Höfe und Gegenden durchstreifen. Schöll nahm an, dass sich in der kalten Jahreszeit auch Gauner und Vagierende an geheizten Orten versammelten und sie deshalb einfacher aufzustöbern waren als im Sommer. Schöll wollte darüber hinaus auch die ordnungssichernden Organe der kommunalen Stufe in die Jagd auf Gauner mit einbeziehen. Schliesslich verzichtete auch er nicht auf Betteljagden als letztes Mittel.

---

<sup>1835</sup> Ebd., 362f. vgl. zur Bedeutung der Hartschiere in Baden und Württemberg: Fritz, Rotte, 549 – 533 und 558 – 577.

<sup>1836</sup> Zu den Generallisten: Blauert, Gauner- und Diebslisten, 34.

<sup>1837</sup> Schöll, Abriss, 383.

Die Hartschiere hielten jede Person an, welche sich durch Aussehen, Blick, Kleidung oder durch eine Handlung verdächtig gemacht hatte und kontrollierten den Pass. Hatte die Person keinen Pass vorzuweisen oder waren die Papiere ungültig, veraltet oder sonst verdächtig, musste die Person von den Hartschieren arretiert und der Obrigkeit zur amtlichen Untersuchung übergeben werden. Gauner, die von den Patrouillen auf frischer Tat ertappt worden waren, sollten entweder direkt der Obrigkeit oder ihr über die kommunalen Wächter zugeführt werden. Schöll wollte, dass die Hartschiere möglichst wenig mit der Befragung und dem Verhören der Verhafteten und dem damit verbundenen administrativen Aufwand zu tun hatten. Sie „werden gewiss ihnen ernstlicher zu Leibe gehen, wenn sie nur in Ansehung der Kosten (...) und der Inquisition gesichert sind, und jeden aufgefangenen ohne lange von ihm belästigt zu seyn, gleich in ein CriminalHaus (...) abgeben können.“<sup>1838</sup>

Der Ansatz von Johann Ulrich Schöll folgte dem Prinzip, dass die Hartschiere zur richtigen Zeit am richtigen Ort anwesend sein mussten, um die Herausforderung zu bewältigen. Die Grundvoraussetzung für das angestrebte überlegene Handeln der Hartschiere war der Besitz der Informationsüberlegenheit. Sie war nach Schöll entscheidend für den Erfolg einer Aktion. Die Patrouillen mussten dabei nicht nur im Bilde sein, wen sie suchen mussten, sondern sie mussten idealerweise auch Kenntnisse darüber haben, wo sich die gesuchte Person derzeit befand.

Johann Ulrich Schöll schlug vor, hierzu den Zugang zu Informationen zu verbessern. Der zentrale Punkt war für ihn, dass die Verhöre als wichtigste Informationsquelle der ordnungssichernden Organe nicht mehr, wie z. B. beim Zürcher Nachgangsverfahren, den Inhabern politischer Ämter, die zudem regelmässig wechselten, überlassen würden. Würden wie bisher einfache Beamte die Verantwortung für die Inquisitionen der Gauner tragen, so würden sie dem Staat nur grosse Kosten verursachen und wenige Ergebnisse hervorbringen. Die Verhöre waren nach Schöll „ein unangenehmes, schweres und langwieriges Geschäft wegen der Menge dessen, worauf zu inquiren ist, und wegen der Hartnäckigkeit und Langsamkeit der Jauener in Absicht aufs Bekennen.“<sup>1839</sup> Für unerfahrene Beamte und für Beamte, welche die „Jauenerie und die Pffiffe“ der Gauner nicht gewohnt waren „wird dieses Geschäft doppelt schwer und langwierig“, zumal in den seltensten Fällen eindeutige Beweise für eine Tat vorlagen.<sup>1840</sup>

Der zeitliche Aufwand für die seriöse Untersuchung eines Falls wurde, gemäss Schöll, bisher massiv unterschätzt. Eine Ursache lag nach seiner Ansicht im Umstand, dass die politischen und juristischen Rahmenbedingungen des Inquisitionsverfahrens nicht nach einer umfassenden Aufklärung eines Falls verlangten, sondern sich auf ein Geständnis der verdächtigen Person konzentrierten. „Erst durch mühsames ausfragen, und durch vieles hin und her schreiben“, so Schöll, konnte in manchen Fällen die Wahrheit herausgefunden werden.

Um die Nachteile des Verfahrens abzuschwächen, schlug Schöll deshalb spezielle Beamte, sogenannte Fiscale<sup>1841</sup> vor, welche die Befragungen der verdächtigen Personen in den Krimi-

---

<sup>1838</sup> Ebd., 371.

<sup>1839</sup> Ebd., 369f.

<sup>1840</sup> Ebd.

<sup>1841</sup> Ebd., 367, 371.



nalzuchthäusern durchführen sollten. Schöll war der Überzeugung, dass sie bezüglich der Inquisitionsverfahren in kurzer Zeit grosse Erfahrungen sammelten. In den Verhören lernten sie, alle Tricks, Ränkespiele, Verschleierungsversuche und Hinhaltetaktiken der Gauner zu durchschauen. Dadurch entwickelten sie ihre eigenen Methoden und Fähigkeiten, um effizienter an die für das Gerichtsverfahren notwendigen Beweise heranzukommen.<sup>1842</sup> Schöll erwähnte in diesem Zusammenhang explizit das Verfahren der Gegenüberstellung. Damit könnten die „störrigen Lügner“ rascher entlarvt und „alle seine Thaten und Umstände aufs leichteste erfahren werden, weil alle Jauner besonders aus einem Bezirk meistens einander genau kennen.“<sup>1843</sup> Nach der abgeschlossenen Untersuchung übergaben die Fiscale die Verhafteten dem Kriminalgericht.

Ein überregionaler Informations- und Erfahrungsaustausch sollte ferner dazu dienen, den Wissensvorsprung und die Informationsüberlegenheit der Obrigkeit langfristig zu sichern. Von besonderem Interesse war für Schöll der Nachrichtenaustausch zwischen den Staaten über Aufenthaltsorte, „Gattungen, Diebesbegriffe und Masken derselben, von Diebeswirthen ac.“<sup>1844</sup>. Die aktuellsten Informationen über noch frei umherziehende Gauner enthielten die Diebs- und Gaunerlisten sowie, in verdichtetem Masse, die Generallisten. Diese waren nach Schöll ein sicheres Mittel, die „verkappten, unter so vielerley Masken verborgenen, und oft äusserst schwer zu erkennenden, Jauner zu erkennen, zu entdecken und aufzufangen.“<sup>1845</sup> Einerseits dienten sie den Hartschieren vor Ort als Hinweise für die Identifikation von verdächtigen Personen. Andererseits waren sie aber auch die Grundlagen, aufgrund derer die Obrigkeit neue Mandate verfasste.<sup>1846</sup>

Schöll war sich bewusst, dass Massnahmen in „Policeysachen“ unwirksam bleiben mussten, solange jeder Staat für sich allein handelte. Deshalb strebte er eine Zusammenarbeit nicht nur im Schwäbischen Kreis an, sondern auch eine mit der Eidgenossenschaft.<sup>1847</sup>

### c) Sanktionen

Der dritte Problembereich von Schölls Massnahmenkatalog umfasste die obrigkeitlichen Sanktionen. Die Errichtung von speziellen Kriminalzuchthäusern mit einer genügend grossen Anzahl von Arrestplätzen für Gauner und Vagierende galt ihm als Rückgrat seines Systems. Die Zuchthäuser verfolgten nach Schöll den übergeordneten Zweck, die Gauner und Vagierenden abzusondern, um die gefährdeten Individuen einer Gesellschaft vor einer „Ansteckung“ zu schützen.<sup>1848</sup> Die verurteilten Gauner sollten unbedingt lebenslänglich verwahrt werden, um die Negativspirale ihres Lebens zu durchbrechen und um ihre Rückkehr in den Strom der kriminellen Vagierenden zu verhindern. Schöll hoffte auf die abschreckende Wir-

---

<sup>1842</sup> Ebd., 372.

<sup>1843</sup> Ebd.

<sup>1844</sup> Ebd., 383.

<sup>1845</sup> Ebd.

<sup>1846</sup> Ebd., 382.

<sup>1847</sup> Ebd., 343f. So kam es u. a. unter Graf Franz Ludwig Schenk von Castel, genannt „Malefizschenk“, zu einem Justiz- und Auslieferungsvertrag mit eidgenössischen Ständen, u.a. auch mit Zürich. Teufel, Verbrechensbekämpfung, 145.

<sup>1848</sup> Schöll, Abriss, 374.

kung der Verwahrungsstrafe. Er nahm an, dass die kriminellen Vagierenden einen Freiheitsentzug weit mehr fürchteten als die grausamste Hinrichtung.<sup>1849</sup> Eine körperliche Züchtigung oder eine Schmähung sei ihnen egal, wenn sie danach wieder freigelassen würden, denn der „eingewurzelte Hang zum stehlen, die angewohnte Jaunerey“ überwiege alles.<sup>1850</sup> Mit der Aussicht auf empfindliche Strafen, so die Hoffnung Schölls, würden die anderen Gauner zudem entweder das Land aus eigenem Antrieb verlassen bzw. ihr „schlimmes Handwerk“ aufgeben und fremde kriminelle Vagierende würden das Land erst gar nicht betreten.<sup>1851</sup> Neben den Gaunern lieferten die Hartschiere auch Hehler, Beherberger und ihre Gehilfen in die Kriminalzuchthäuser ein. Auch sie wurden ohne Nachsicht bestraft.<sup>1852</sup>

Der Ansatz von Johann Ulrich Schöll ist stark von einem aufklärerischen Zugang zur Verbrechensbekämpfung geprägt. Er widerspiegelt sehr deutlich die diesbezüglichen Tendenzen, die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts im europäischen Raum erkennbar sind:<sup>1853</sup> Im Kern ging es dabei um das Interesse des Staates, die Gesellschaft zu kontrollieren bzw. um die Furcht, die Kontrolle über – aus der Perspektive des Staates – gefährliche soziale Gruppen bzw. Randgruppen zu verlieren.<sup>1854</sup> Dazu bemühte sich der aufgeklärte Staat die Natur des Verbrechens zu verstehen und, in der Folge davon, bestimmte Personengruppen als kriminell oder als potenziell kriminell zu stigmatisieren sowie sie in Zucht- und Arbeitshäusern zu disziplinieren.<sup>1855</sup> Dieser korrigierende Eingriff in die Gesellschaft konnte dem Staat nur gelingen, wenn ihm ordnungssichernde Organe zu Verfügung standen, die dienstefrig, diszipliniert und respektiert waren.<sup>1856</sup>

### 6.11.2 Schölls integrales System der Gaunerbekämpfung

Aus dem Ansatz von Johann Ulrich Schöll lassen sich Professionalisierungsmerkmale und -prozesse ableiten, abstrahieren und exemplarisch in eine umfassende systematische Ordnung bringen. An ihr lassen sich Relationen und Interaktionen zwischen den einzelnen Professionalisierungsschritten im Hinblick auf die Entstehung einer modernen Polizei in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beispielhaft aufzeigen.

Der Ansatz Schölls beinhaltet zehn koordinierte Systemteilbereiche, die allerdings erst als Gesamtsystem die geforderte Leistung einer effizienten und effektiven Verbrechensbekämpfung erbringen. Das Gesamtsystem versetzt die ordnungssichernden Organe in die Lage, sich von einer Unterlegenheitssituation gegenüber den Gaunern zu befreien und in der Bekämpfung des „Strolchengesindels“ die Handlungsinitiative zu erlangen.

Die Systemteilbereiche können im Einzelnen folgendermassen umschrieben werden:

---

<sup>1849</sup> Ebd., 378f.

<sup>1850</sup> Ebd. 375f. Ich gehe hier nicht näher auf die von Schöll vorgeschlagenen verschiedenen Strafmasse sowie die weiteren Einrichtungen wie Arbeitshäuser und Erziehungsmethoden ein.

<sup>1851</sup> Schöll, Abriss, 379.

<sup>1852</sup> Ebd., 383.

<sup>1853</sup> Vgl. dazu: Emsley; Crime, Police and Penal Policy, 1 – 73.

<sup>1854</sup> Ebd., 38.

<sup>1855</sup> Ebd., 41f.

<sup>1856</sup> Ebd., 70f.

### *1. Identifikation mit dem Auftrag*

Der unbedingte Wille zur Erfüllung des erhaltenen Auftrags zur Verbrechensbekämpfung sollte auf allen Stufen der ordnungssichernden Organe in einem hohen Grad vorhanden und spürbar sein.

### *2. Permanente Raumüberwachung*

Es ist eine zeitlich und geografisch lückenlose Überwachung des Einsatzraumes anzustreben. Das Mittel zur Zielerreichung bildet am Ende des 18. Jahrhunderts der Einsatz von mobilen Hartschierpatrouillen. Sie überprüfen zum einen neuralgische Punkte im Raum gezielt und proaktiv. Zum anderen zeigen sie sich im übrigen Raum für alle sichtbar oder bewegen sich, je nach Situation, zurückhaltend, um Unsicherheit zu verbreiten und überraschend in Erscheinung zu treten. Ein Einsatz der Patrouillen soll bei Tag und Nacht und in unregelmässigen zeitlichen Abständen möglich sein. Die Überwachung schafft die notwendigen Voraussetzungen, um die verdächtigen Personengruppen bzw. einzelne verdächtige Personen zu verunsichern. Damit sollen sie in ihrem Handeln gelähmt werden. Es soll damit auch ein Fahndungsdruck aufgebaut werden. Verdächtige oder flüchtende Personen dürfen nie wissen, wann und wo ordnungssichernde Beamte erscheinen und sie kontrollieren. Das Risiko, gefasst und identifiziert zu werden, soll für verdächtige Personen unkalkulierbar hoch sein. Die Überwachung bedingt eine hohe Präsenz und Durchhaltefähigkeit der ordnungssichernden Organe. Die Zusammenarbeit aller ordnungssichernden Organe muss deshalb umfassend geregelt werden.

### *3. Identifizierung von kriminalisierten Einzelpersonen und Personengruppen*

Die ordnungssichernden Organe verfügen über Mittel und Methoden, um verdächtige Personen oder Personengruppen in der Masse zu erkennen. Die strikten Kontrollen der Ein- und Ausreisenden an der Landesgrenze und die regelmässige Überwachung der Grenzregionen dienen dazu, das fremde „Diebs- und Strolchensind“ als Gruppen wie als Individuen möglichst früh zu stoppen und dadurch eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Die Identifizierung einer fremden oder einheimischen Person erfolgt im Landesinnern primär durch die Bemühungen, die verdächtigen von den unverdächtigen Personen physisch zu scheiden, indem die Obrigkeit die Handlungsmöglichkeiten der verdächtigen Personen einschränkt. Sie werden vermindert, indem unverdächtige Personen kanalisiert, erfasst und in ein obrigkeitliches Kontrollsystem gezwungen werden. Das Kontrollsystem besteht darin, sich nur auf vorgeschriebenen Strassen zu bewegen und nur bestimmte Unterkünfte aufsuchen zu dürfen. Wer sich nicht ins Kontrollsystem einordnet, gilt den ordnungssichernden Organen grundsätzlich als verdächtig.

Neben der kollektiven Unterscheidung existiert eine individuelle Personenidentifizierung: Die ordnungssichernden Organe benötigen möglichst präzise Kenntnisse darüber, wer von den ihnen gegenüberstehenden Personen verdächtig und wer unverdächtig ist. Einen ersten Hinweis gibt den ordnungssichernden Organen ein möglicherweise verdächtiges Verhalten der Person. Eine Vermutung allein, auch wenn sie auf einer noch so langen Erfahrung beruht, reicht noch nicht aus. Nur ein Pass oder ein anderes Ausweisschreiben in Kombination mit dem Datenabgleich einer Registratur verdächtiger Personen gibt dem ordnungssichernden

Beamten die relativ hohe Gewissheit, dass eine Person unverdächtig ist. Ein fehlender oder gar ein gefälschter Ausweis und der gleichzeitige Eintrag in einer Datensammlung machen eine Person hingegen höchst verdächtig. Dieses negative Ausscheidungskriterium reicht im Regelfall für eine Festnahme aus. Im Idealfall steht dem ordnungssichernden Beamten eine aktuelle Datensammlung von verdächtigen Personen in der Form von Diebs- und Gaunerlisten, Signalementen, Generallisten, Steckbriefen o. ä. zur Verfügung. Diese erlauben eine Identifizierung von verdächtigen oder kriminellen Personen vor Ort. Die Voraussetzung für eine Personenidentifizierung sind zuverlässig geführte behördliche Datensammlungen mit Angaben zu gesuchten Personen sowie die Fähigkeit der Obrigkeit, Gauner- und Diebslisten, Signalemente und Steckbriefe zu produzieren und zu verbreiten bzw. externe Daten ins eigene System aufnehmen zu können.

#### *4. Zugriff*

Das optimale Ergebnis der permanenten Raumüberwachung und der Personenidentifizierung ist eine präzise Kenntnis über den Aufenthaltsort, die Absicht und die Tätigkeit von verdächtigen Personen. Aufgabe der ordnungssichernden Organe oder eventuell einer übergeordneten Führungsebene ist es, zu diesen Informationen zu gelangen und sie auszuwerten, um zeitgerecht und zielgerichtet mit einem überlegenen und glaubwürdigen Kräfteansatz erfolgreich die verdächtigen Personen aufzuspüren sowie diese ergreifen zu können. Dazu ist in jedem Fall ein diszipliniertes Zugriffsinstrument, das stets verfügbar und in kurzer Zeit vor Ort sein kann, notwendig.

Die Bildung von Reserven hat den Zweck, an Brennpunkten und in aussergewöhnlichen Situationen Kräfte zu konzentrieren, um die Lage nicht ausser Kontrolle geraten zu lassen.

#### *5. Überlegenheitssituation vor Ort*

Wenn sich die ordnungssichernden Organe und eine möglicherweise verdächtige Person oder Personengruppe vor Ort gegenüberstehen, geht es darum, gemäss vordefinierten Verhaltensregeln eigenverantwortlich Massnahmen zu treffen, um kriminelle Taten zu verhindern, tatverdächtige Personen festzunehmen oder die Verfolgung von Tatverdächtigen aufzunehmen. Dazu muss in einem ersten Schritt zumindest eine temporäre Überlegenheitssituation vor Ort geschaffen werden. Dabei wird die Handlungsfreiheit der Person oder der Personengruppe vor Ort weiter eingeschränkt, indem die ordnungssichernden Organe Übermacht demonstrieren. Im zweiten Schritt geht es darum, einzelne als verdächtig oder kriminell identifizierte Personen zu isolieren und sie nötigenfalls auch zu arretieren. Dazu brauchen die ordnungssichernden Organe eine hohe Glaubwürdigkeit. Sie zeigt, dass sie bereit sind, ihren Willen durchzusetzen und nötigenfalls auch Gewalt einzusetzen, um die Situation vor Ort unter Kontrolle bringen zu können. Von einem der Situation angemessenen Einsatz der Mittel kann im 18. Jahrhundert jedoch nur in Ausnahmefällen die Rede sein. Insgesamt muss die Selbstdisziplin der einzelnen ordnungssichernden Beamten sehr gross sein. Ebenso zentral wie das glaubwürdige Auftreten ist die Autorität, die die ordnungssichernden Organe ausstrahlen sollten und der Respekt, der ihnen aufgrund dessen von den Bewohnern von Stadt und Landschaft entgegengebracht werden muss.

## *6. Charakterliche, körperliche und intellektuelle Voraussetzungen*

Ein ordnungssichernder Beamter muss bestimmte charakterliche, körperliche und intellektuelle Voraussetzungen erfüllen, um den Ansprüchen in den Einsätzen gerecht zu werden. Es können nur disziplinierte, aktive, eigenverantwortliche, rechtschaffende, tatkräftige, wachsame und zuverlässige Persönlichkeiten auf Patrouille geschickt werden, um in der direkten Konfrontation mit den verdächtigen Personen eine Überlegenheit zu erreichen. Eine gesunde Menschenkenntnis sowie Lese- und Schreibfähigkeiten der ordnungssichernden Organe sind Voraussetzung, um unerwünschte Personen von unbescholtenen Reisenden unterscheiden bzw. Signalelemente lesen und Rapporte schreiben zu können. Ein angemessenes Besoldungssystem dient als finanzieller Anreiz für ein zuverlässiges Arbeiten.

## *7. Eigenständiges Ermittlungsverfahren*

Die von der Justiz verlangten Beweise über eine geplante oder verübte kriminelle Tat der verhafteten Personen, insbesondere das im Inquisitionsverfahren verlangte Geständnis, können im Regelfall nicht vollumfänglich von den ordnungssichernden Beamten vor Ort erbracht werden. Dazu sind spezielle Untersuchungsbeamte notwendig. Sie führen in einem Ermittlungsverfahren die aufwendigen Vernehmungen und Verhöre durch. So entlasten diese die Patrouillen von umfangreichen Abklärungen und machen sie frei für weitere Einsätze. Die Spezialisten bilden ein zweites, möglichst engmaschiges Netz mit dem Ziel, verdächtige oder kriminelle Personen definitiv zu identifizieren und sie gegebenenfalls in Beziehung zu einer bestimmten Tat zu bringen. Bei den Ermittlungsbeamten spielt, im Unterschied zu den Organen vor Ort, die schnelle zeitliche Verfügbarkeit eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund steht der gelassene, aber gewiefte Umgang mit trickreichen verdächtigen Personen. Dazu zählt der Einsatz von Methoden wie der Gegenüberstellung.

Die von den spezialisierten Ermittlungsbeamten gewonnenen Erkenntnisse verbreitern die Datenbasis über verdächtige und kriminelle Personen und dienen der weiteren Schulung der ordnungssichernden Organe. Eine ausführliche kriminaltechnische Untersuchung eines Verbrechens und des Tatorts wird bei Schöll von der Justiz am Ende des 18. Jahrhunderts noch nicht verlangt.

## *8. Übergeordnete Führungsebene*

Ein derart umfangreicher Einsatz der ordnungssichernden Organe, wie er in den Punkten zwei bis sieben geschildert wurde, erfordert eine zentrale koordinierende Führungsebene. Sie ist bei Schöll mit den erwähnten Ansprechpersonen allerdings nur ansatzweise angedacht worden.

## *9. Informationsfluss*

Unabdingbare Vorbedingung für eine erfolgreiche Einsatzführung der ordnungssichernden Organe ist der Informationsaustausch zwischen Vorgesetzten und Patrouillen. Er dient der Führungsebene dazu, den ordnungssichernden Organen Signalelemente oder andere für den Einsatz relevante Daten möglichst zeitverzugslos zur Verfügung zu stellen. Damit werden die Voraussetzungen für einen unmittelbaren Zugriff geschaffen. Regelmässige Berichterstattun-

gen von den Patrouillen an die Vorgesetzten sind notwendig, um der Führungsstufe Informationen für die Erstellung eines Lagebildes zu liefern. Damit bleibt deren Handlungsfreiheit erhalten, um die verfügbaren Mittel situationsgerecht einsetzen zu können.

#### *10. Funktionierendes Justizwesen*

Aus der Sicht der ordnungssichernden Organe müssen angemessene und empfindliche Strafen durch die Justiz und sichere Gefängnisse gewährleistet werden. So wird es den verurteilten Personen erschwert, erneut ins kriminelle Milieu abzugleiten.

Die Professionalisierungsmerkmale sind als Teil eines Systems der Kriminalitätsbekämpfung zu betrachten. Dieses kann in drei zentrale Prozesse<sup>1857</sup> gegliedert werden:

##### *Der Führungs- und Informationsprozess*

- steuert den Einsatz der Patrouillen und anderer ordnungssichernder Organe im Einsatzprozess sowie im Ermittlungsprozess;
- garantiert die Bereitstellung von ordnungssichernden Organen in der geforderten Qualität mit den entsprechenden Schlüsselkompetenzen;
- regelt den Aufbau von und den Zugang zu relevanten Datensammlungen;
- stellt den Informationsfluss zwischen Führungs- und Einsatzorganen sicher.

##### *Der Einsatzprozess*

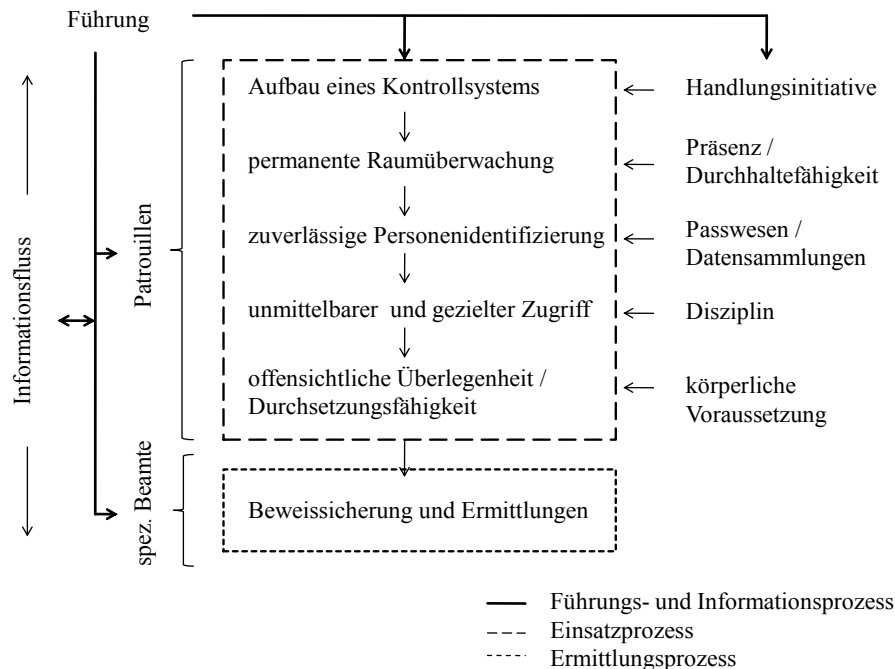
- gewährleistet die systematische Kanalisierung und Kontrolle verdächtiger Personen;
- koordiniert die Überwachungs-, Identifizierungs- und Zugriffsaufgaben der ordnungssichernden Organe nach dem Grundsatz der jederzeitigen Wahrung der Handlungsinitiative.

##### *Der Ermittlungsprozess*

- sichert die Bereitstellung der von der Justiz geforderten kriminalistischen Beweise.

---

<sup>1857</sup> Den Prozess der Strafjustiz, der von Schöll ebenfalls thematisiert wurde, betrachte ich nicht als Teil der Professionalisierung der ordnungssichernden Kräfte und verzichte deshalb auf seine Erläuterung. Selbstverständlich werden jedoch die Vorgaben, welche die Strafjustiz den ordnungssichernden Organen machte, mit berücksichtigt.



Die Professionalisierung der ordnungssichernden Organe in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts besteht zum einen im materiellen und organisatorischen Aufbau der aus Schöll abgeleiteten drei Prozesse und zum anderen in ihrer inhaltlichen Zusammenführung zu einem integralen System der Kriminalitätsbekämpfung.

Der Professionalisierungsansatz nach Schöll integriert die bis anhin verwendeten Analyseinstrumente Strategie, Ablaufprozesse sowie obrigkeitliche Massnahmen und Methoden.

Die Entstehung des Professionalisierungsansatzes korreliert zeitlich mit der Verengung des Policeybegriffs auf den Erhalt der öffentlichen Sicherheit.<sup>1858</sup> Er ist am Ende des 18. Jahrhunderts noch nicht mit ihm kongruent, weil die Vorgehensweise der ordnungssichernden Organe primär noch darauf ausgerichtet war, fremde Bettler, Vagierende und Migranten abzuhalten.

Eine Umsetzung des Professionalisierungsansatzes fand auch im Schwäbischen Kreis bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht statt.<sup>1859</sup> Schölls Professionalisierungsvorstellungen zeigen jedoch auf, dass es im Ancien Régime durchaus möglich war, im Rahmen der bestehenden politischen Voraussetzungen und des vorgegebenen Rechtssystems ein Konzept für eine effizientere Verbrechensbekämpfung zu denken und zu publizieren. Das Vorhandensein eines Professionalisierungsansatzes kann zwar nicht als Gradmesser für die tatsächliche Reformbereitschaft eines Regiments, sehr wohl aber für dessen Reformeinsichtigkeit dienen.

Die Hauptgründe für das Nichtvorhandensein einer wirksamen Verbrechensbekämpfung im südwestdeutschen Raum sieht Carsten Küther im Umstand, dass im Gegensatz zu Preussen die kleinen Fürstentümer des Südens in der Entwicklung des modernen, aufgeklärten Staates

<sup>1858</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Die Verengung des Policeybegriffs im „Politischen Handbuch“ von 1796“.

<sup>1859</sup> Vgl. Fritz, Rotte; 457 – 645; Bernd Wirsing, Die Geschichte der Gendarmeriekorps und deren Vorläuferorganisationen in Baden, Württemberg und Bayern 1750 – 1850, (Diss.), Konstanz 1991, 26 – 51.

auf halbem Weg stehen geblieben waren, auch wenn sie ihre diesbezüglichen Möglichkeiten beträchtlich erweitern konnten.<sup>1860</sup> Stände und reichsunmittelbare Fürsten behielten insbesondere in der Strafrechtspflege und in der Strafverfolgung den Grossteil ihre Privilegien. Wahrheitsfindung und Rechtsprechung blieben ausschliesslich Sache des Fürsten und wurden aus Kostengründen oft in einem beschleunigten Verfahren durchgeführt.<sup>1861</sup> Gepaart mit einer allgemein beengten Finanzlage der kleinen Territorien war eine Voraussetzung für besonders günstige Lebensbedingungen für Vagierende und Gauner geschaffen. Eine mangelnde Behördenorganisation mit unzureichenden Kommunikationsmöglichkeiten und nicht eindeutig geklärten Kompetenzen gegenüber dem Souverän verhinderten nach Küther eine konsequente Verfolgungstätigkeit.<sup>1862</sup> Die fehlende Unterstützung der Landbevölkerung tat noch das Übrige.<sup>1863</sup>

Gerhard Fritz kam zu ähnlichen Resultaten wie Küther: Territoriale Empfindlichkeiten, Trägheit der Bürokratien in den einzelnen Gebieten, knappe finanzielle Mittel und in manchen Gebieten auch fehlender Fahndungseifer waren aus seiner Sicht die strukturellen Probleme, die einen nachhaltigen Erfolg der Verbrechensbekämpfung verhinderten.<sup>1864</sup>

Zumindest die Kostenproblematik war schon Ende des 18. Jahrhunderts bekannt. Schöll selbst erahnte den sehr hohen Finanzbedarf, der bei der Einführung seines Konzepts entstehen würde. Er formulierte zu diesem möglichen Kritikpunkt sogleich die Gegenargumente: Zum einen könne man auf schon bestehende Strukturen und Infrastrukturen zurückgreifen und auf diese Weise Geld einsparen. Zum anderen würde der Staat nach einer Anfangsphase und beim Verschwinden der Gauner in einer Gesamtrechnung schliesslich profitieren.<sup>1865</sup> Seine vorzeitig eingebrachten Einwände änderten nichts daran, dass seine Professionalisierungsvorstellungen im Südwestdeutschland nicht verwirklicht wurden.

## **6.12 Zum Stand der Professionalisierung der ordnungssichernden Organe der Landschaft um 1780**

### **6.12.1 Der Einsatzprozess**

Der Einsatz der ordnungssichernden Organe auf der Zürcher Landschaft basierte um 1780 immer noch auf der 1662 formulierten Purifikationsstrategie. Die konzeptuelle Grundidee zur Umsetzung der Strategie lag in der Errichtung von Kontrollsystemen an der Grenze und im Landesinnern sowie in einer permanenten Überwachung des gesamten Territoriums. Während die Strategie dem Ansatz von Schöll entsprach, befanden sich die Massnahmen und die Ablaufprozesse nicht auf jenem hohen Entwicklungsstand. Aus den Erfahrungen der Betteljagden und der Seuchenbekämpfungen hatte sich seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zwar ein Set von obrigkeitlichen Massnahmen und Ablaufprozessen herausgebildet. Dieses

---

<sup>1860</sup> Küther, Räuber und Gauner, 121.

<sup>1861</sup> Ebd.

<sup>1862</sup> Ebd., 122, 126.

<sup>1863</sup> Ebd., 148.

<sup>1864</sup> Fritz, Rotte, 591 – 611.

<sup>1865</sup> Schöll, Abriss, 385 – 390.



Set hatte um 1780 jedoch weder den vorgesehenen qualitativen bzw. quantitativen Grad an Professionalisierung erreicht, noch war es dem Regiment bis zu diesem Zeitpunkt gelungen, aus der Vielzahl der Ablaufprozesse und der Fülle der einzelnen obrigkeitlichen Massnahmen einen übergreifenden und strukturierten Einsatzprozess<sup>1866</sup> zu formen.

Das integrale System der Gaunerbekämpfung von Schöll dient im Folgenden dazu, den Stand der Professionalisierung der ordnungssichernden Organe der Landschaft um 1780 zu ermitteln.<sup>1867</sup> Dabei lassen sich folgende Schwachpunkte feststellen:

#### *Kontrollsysteme sowie permanente Raumüberwachung*

Das Regiment war um 1780 nicht in der Lage, sich mittels der bestehenden Kontrollsysteme und durch die Raumüberwachung jenen hohen Grad an räumlicher und zeitlicher Überwachungsichte zu schaffen, der notwendig gewesen wäre, um das anvisierte strategische Ziel der Purifikation zu erreichen.

Die Ursachen für die grossen Lücken im Überwachungssystem lagen in zwei gravierenden Mängeln: Zum einen existierten im gesamten Grenzraum nur zwei feste Grenzposten.<sup>1868</sup> Der Bestand von lediglich fünf Patrouillenwächtern auf der Landschaft war zudem zu gering, um die vorgesehenen Aufgaben befriedigend zu erfüllen. Zum anderen war die Einsatzform der Patrouillenwächter ungeeignet. Während ihrer Kontrollgänge mussten sie sich strikt an die vorgeschriebenen Routen halten, was ihren Bewegungsradius und ihre Handlungsfreiheit zusätzlich einschränkte. Unter diesen Umständen war ihr Erscheinen nicht nur für die fremden Bettler, Vagierenden und Migranten, sondern auch für die einheimische Bevölkerung in der Regel gut vorhersehbar. Die Berechenbarkeit ihres Auftretens verunmöglichte es ihnen weitgehend, überraschend aufzutauchen und Verunsicherung durch Ungewissheit zu schaffen.

Die ungünstige Einsatzform der Patrouillenwächter wurde auch nicht durch das Verhalten der Dorfwächter kompensiert. Die Dorfwächter blieben stets im Denken der Kategorie der Betteljagden verhaftet. Sie nutzten aufgrund ihrer stationär-passiven und primär auf Abwehr ausgerichteten Haltung ihre Hoheit über den kommunalen Raum zu wenig oder nur sporadisch aus, um Präsenz gegenüber den Bettlern, Vagierenden und Migranten zu markieren und ihre ordnungssichernden Aufgaben aktiv wahrzunehmen. Die faktische Abwesenheit der Dorfwächter

---

<sup>1866</sup> Kontrollsystem, permanente Raumüberwachung, zuverlässige Personenidentifizierung, rascher und gezielter Zugriff sowie Überlegenheit und Durchsetzungsfähigkeit.

<sup>1867</sup> Es geht darum, ein Leistungsprofil der ordnungssichernden Organe Zürichs zu erstellen, in dem primär auf die Defizite und die Entwicklungspotenziale hingewiesen wird. Dabei lassen sich Wiederholungen leider nicht gänzlich vermeiden.

Es wurde darauf verzichtet, einen an sich naheliegenden Struktur- und Mittelvergleich zwischen den ordnungssichernden Organen des südwestdeutschen Raums und Zürichs anzustellen. Trotzdem sei an dieser Stelle auf zwei bedeutende Unterschiede hingewiesen: Zum einen kamen nördlich des Rheins regelmässig militärische Truppen mit dem besonderen Auftrag zur Bekämpfung des Gauner- und Bettlerwesens zum Einsatz. Ihr Pflichtenheft entsprach jedoch in etwa demjenigen der zivilen Zürcher Patrouillenwächter. Zum anderen sprachen die richterlichen Behörden im Schwäbischen Kreis wesentlich härtere Strafen gegen Gauner und Bettler aus als die in Zürich. Die polizeigeschichtliche Literatur zum südwestdeutschen Raum, die für einen Vergleich herangezogen werden kann, ist reichhaltig: Vgl. neben Wirsing, Gendarmeriekorps und Fritz, Rotte auch: Manfred Teufel, Die südwestdeutsche Polizei im Obrigkeits- und Volksstaat: Zur Geschichte der Polizei in Baden, Württemberg und Hohenzollern, Holzkirchen 1999; ders., Verbrechensbekämpfung.

<sup>1868</sup> Andelfingen und Eglisau.

ausserhalb der besiedelten Gebiete schuf Räume, die weder von der Obrigkeit noch von den Gemeinden beobachtet und kontrolliert wurden.

Eine effektive Grenzkontrolle war während des 18. Jahrhunderts nur möglich, wenn in aussergewöhnlichen Lagen Miliztruppen im Umfang von jeweils ca. 100 Mann<sup>1869</sup> zur Abwehr des „Diebs- und Strolchensinds“ an der Grenze aufgeboten wurden. Der Einsatz des Militärs an den Grenzen entsprach jedoch nicht den Professionalisierungsvorstellungen der Zürcher Patrouillenkommission. Sie hätte es lieber gesehen, wenn die Grenzkontrolle durch ausserordentliche, aber zivile Patrouillenwachen anstatt durch Soldaten verstärkt worden wäre. Die Patrouillenkommission reichte zweimal politische Vorstösse ein, um die Kontrolle der Grenze zu entmilitarisieren. Die Kommission scheiterte mit ihren Anträgen jedoch in beiden Fällen. Die Räte hielten am Einsatz der Miliztruppen fest, weil er kostengünstiger war als die Bildung ziviler Patrouillen. Einzig der Einbezug der grenznahen Dorfwachen ins Grenzregime war ab 1762 vorgesehen.

Die negativen Auswirkungen der personellen Unterdotierung der Patrouillenwächter und die nicht-raumgreifende Patrouillentätigkeit der Dorfwächter wurden umso deutlicher erkennbar, als das Regiment 1762 die flächendeckende Passkontrolle mandatierte. Eine solche hätte ein engmaschiges Netz von Prüfstellen an Grenzübertrittstellen, Übergängen, Passages obligés und neuralgischen Punkten vorausgesetzt, damit alle Reisenden lückenlos hätten erfasst werden können. Um 1780 waren die ordnungssichernden Organe jedoch noch weit davon entfernt, diesen Auftrag zur Befriedigung des Regiments zu erfüllen.

Die Patrouillenkommission versuchte das erkannte Defizit der Unterbesetzung teilweise zu beheben, indem sie ab 1762 von den Gemeinden verlangte, mehr Dorfwächter anzustellen. Zudem schrieb das Regiment den Dorfwächtern 1779 vor, sich auf ihren Patrouillengängen raumgreifender als bis anhin zu bewegen. Ein messbarer Erfolg der Massnahmen blieb bis 1780 aber aus.

### *Zuverlässige Personenidentifizierung*

Eine zuverlässige Personenidentifizierung stellte im integralen System der Gaunerbekämpfung von Schöll den Angelpunkt des Einsatzprozesses dar. Die Personenidentifizierung erfolgte in Zürich um 1780 durch einen Patrouillen- oder Dorfwächter vor Ort. Er überprüfte die Echtheit eines Ausweisschreibens und glich die in den Papieren angegebenen Personendaten und -merkmale mit einer Liste von verdächtigen oder gesuchten Personen ab. Bei einer Übereinstimmung leitete der Patrouillen- oder Dorfwächter entsprechende Folgemaassnahmen ein.

Die Personenidentifizierung wies in Zürich um 1780 zwar alle drei Komponenten<sup>1870</sup> auf. Einmal mehr muss jedoch die praktische Umsetzung der Massnahmen als ungenügend taxiert werden. Das Hauptproblem bei der Ausweisüberprüfung hing stark mit der geringen Kontrolldichte zusammen. Sie hatte unweigerlich eine geringe Kontrollhäufigkeit zur Folge. Die

---

<sup>1869</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 369.

<sup>1870</sup> Ausweisüberprüfung, Abgleich der Personendaten und Einleitung von Massnahmen.

niedrige Gesamtzahl von Ausweisüberprüfungen wiederum verkleinerte die Chance, die zur Fahndung ausgeschriebenen Personen tatsächlich zu erkennen und zu fassen. Der hohe Anspruch, der 1762 mit der Einführung der flächendeckenden Passkontrolle auf der Landschaft gestellt worden war, konnte mit den bestehenden ordnungssichernden Organen in keinsten Weise erfüllt werden.

Dieser Mangel kumulierte mit der schlechten Qualität der Ausweisschreiben. Die Pässe enthielten um 1780 noch keine objektiven Personendaten. Sie bescheinigten ihrem Inhaber lediglich eine unbedenkliche Herkunft und eine redliche Absicht. Doch selbst die Glaubwürdigkeit dieser Aussagen war für die Obrigkeit fraglich geworden. Zürich erhob noch 1785 den Vorwurf, dass das „Gesindel“ es verstehe, sich Pässe und andere Attestate zu erschleichen und dass es sich deshalb ungehindert auf zürcherischem Gebiet bewegen könne.

Falls eine verdächtige Person ausgemacht werden konnte, fehlte den ordnungssichernden Organen Zürichs eine zuverlässige Sammlung von Personendaten, um die Angaben in den Ausweisschreiben mit einem Verzeichnis von gesuchten Personen abzugleichen. Die in Umlauf gebrachten Signalelemente, Steckbriefe, Gauner- und Diebslisten oder Generallisten bildeten – gemessen an der grossen Zahl der unerwünschten und verdächtigten fremden Bettler, Vagierenden und Migranten – immer noch eine Ausnahme. Die Ursache für die geringe Verbreitung der Fahndungsinstrumente war primär finanzieller Natur. Demgegenüber darf nicht unerwähnt bleiben, dass sich die Qualität der Steckbriefe nach 1770 merklich verbesserte. Sie enthielten zunehmend präzisere Personenbeschreibungen, eine grobe Beschreibung des Tatverlaufs und gelegentlich auch eine Liste der gestohlenen Güter.

#### *Unmittelbarer und gezielter Zugriff*

Die Überlegenheit der ordnungssichernden Organe zeigt sich im integralen System der Gaunerbekämpfung am deutlichsten in der Fähigkeit, möglichst zeitverzugslos und mit einem angemessenen Kräfteansatz am Ort des Geschehens einzutreffen. In diesem Punkt lag eine weitere Schwäche der ordnungssichernden Organe der Landschaft. Um 1780 wies das System der Patrouillenwächter eine sehr geringe Reaktionsfähigkeit auf. Das Regiment gestattete es den Patrouillenwächtern nicht, vom vorgeschriebenen Weg abzuweichen. Die Patrouillenwächter besaßen somit nur eine geringe Flexibilität, um an Orten, die abseits ihres Kontrollgangs lagen, einzugreifen. Zudem hatten sie während ihrer Patrouillengänge keinen systematischen Zugang zu relevanten Informationen und waren für die Patrouillenkommission auch nicht erreichbar. Eine koordinierte Steuerung der Patrouillenwächter war damit sehr erschwert.

Diesbezüglich waren die Dorfwächter im Vorteil. Sie hatten dank der kleineren Reviere eine bessere Übersicht über ihr Einsatzgebiet. Somit waren sie fähig, auf Vorfälle unmittelbarer zu reagieren.

Eine personelle Reserve war bei den Patrouillenwächtern um 1780 noch nicht ausgeschieden. Sowohl für die Patrouillen- als auch für die Dorfwächter galt indessen die Verpflichtung, sich im Einsatz gegenseitig zu unterstützen.

### *Überlegenheit und Durchsetzungsfähigkeit vor Ort*

Die ausgewerteten Quellen lassen nur wenige Aussagen über die direkten Begegnungen zwischen den ordnungssichernden Organen und fremden Bettlern, Vagierenden und Migranten zu.

Ein Patrouillenwächter traf üblicherweise auf Gruppen von zwei bis drei verdächtigen Personen. Trotz seiner physischen Unterlegenheit war es ihm in der Regel möglich, Personenkontrollen durchzuführen. Die Patrouillenwächter stützten sich dabei auf die Möglichkeit, Gewalt anzudrohen. Der Einsatz von Zwangsmitteln scheint bei den Patrouillenwächtern nicht ungewöhnlich gewesen zu sein. Die Patrouillenkommission sah sich 1766 erstmals veranlasst, sich gegen die Anwendung unnötiger Gewalt auszusprechen und von den Patrouillenwächtern ein situationsgerechtes Verhalten zu verlangen.

Die Autorität der Patrouillenwächter beruhte jedoch nicht nur auf dem Einsatz von Gewalt. Sie erzielten ebenso mit ihrer körperlichen Statur, ihrem Auftreten, ihrer Ernsthaftigkeit und ihrer Disziplin Respekt.

Das Bild, das sich bei den Dorfwachen bot, war nicht gleichermassen eindeutig. Als mit dem Mandat von 1762 eine konsequente Abschiebepaxis gefordert wurde, verlangte das Regiment von den Dorfwächtern einen grundsätzlichen Wandel im Umgang mit Reisenden ohne glaubwürdige Papiere. Die Obrigkeit erwartete von den Dorfwächtern, dass sie nun rund um die Uhr unerwünschte und fremde Personen an einer Weiterreise hinderten oder sie die verdächtigen Personen in Gewahrsam nahmen. Die Dorfwachen durften dabei nötigenfalls auch Gewalt anwenden. Das neue, offensive Vorgehen bedeutete für die Dorfwächter eine Abkehr von der bisherigen Vertreibungspraxis. Um 1780 herrschte bei den Dorfwächtern tatsächlich noch mehrheitlich die Haltung vor, eine direkte Begegnung mit fremden Bettlern, Vagierenden und Migranten wenn möglich zu vermeiden.

Die Frage des Transports von aufgegriffenen und festgenommenen Personen von der Landschaft in die Stadt oder an die Grenze war um 1780 immer noch unbefriedigend gelöst. Die Patrouillenwächter waren seit 1741 von der Aufgabe des Gefangenentransports entlastet, was zu einer Verschlechterung der Situation führte. Die Patrouillenwächter übergaben die Verhafteten lediglich der nächstgelegenen Dorfwache, welche die Aufgabe des Gefangenentransportes nicht zuverlässig ausübte. Die Dorfwächter reichten die Verhafteten kettenartig untereinander bis zum Zielort weiter. Die angewandte Methode war unzulänglich. Verhaftete Personen wehrten sich immer wieder gegen ihren Abtransport, entwichen, randalierten, legten Feuer oder wurden von den Dorfwächtern auf freiem Feld sich selbst überlassen.

### **6.12.2 Der Führungs- und Informationsprozess**

Das Leistungsprofil in den Bereichen Kontrollsysteme, permanente Raumüberwachung, Personenidentifizierung und Gefangenentransport war um 1780 insgesamt zu schwach und zu fragmentiert, als dass das Regiment das Set der Massnahmen und der Ablaufprozesse zu ei-

nem kohärenten System hätte zusammenführen können. Lediglich die Durchsetzungsfähigkeit der Patrouillenwächter mochte den Erwartungen des Regiments einigermaßen genügen.

Der treibende Faktor in der Weiterentwicklung der ordnungssichernden Organe war seit der Mitte des 18. Jahrhunderts das Bedrohungs- und Unsicherheitsgefühl des Regiments. Es liess das Verlangen nach einer Effizienzsteigerung der ordnungssichernden Organe offensichtlich werden. Der Wunsch nährte sich primär aus dem Unvermögen, mit den bisherigen Mitteln und Methoden die sporadisch anschwellenden Migrationsströme und die stetig steigende Zahl von Bettlern- und Vagierenden und die damit verbundene Schub- und Abschiebeproblematik bewältigen zu können. Darüber hinaus machte es dem Regiment Mühe, den Verzicht der Tag-satzung auf eidgenössisch koordinierte Betteljagden von 1771 sowie das weitgehende Fehlen der ordnungssichernden Organe in den Nachbarterritorien Thurgau, Rheintal, Bodensee und dem oberen Zürichsee in entsprechendem Mass mit eigenen Mitteln zu kompensieren.

Der erste fruchtbare Ansatz des Regiments zur Problemlösung war die Bildung der Patrouillenkommission von 1754/55. Sie hatte den Zweck, die Bekämpfung des „Strolchen- und Diebsgesindels“ in der Stadt und auf der Landschaft integral zu steuern. Das vom Regiment und der Patrouillenkommission formulierte, ambitionierte Ziel konnte jedoch wegen der oben angeführten Mängel in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von der Patrouillenkommission nur angestrebt, aber noch nicht erfüllt werden. Die behutsame Fortentwicklung in Richtung eines strukturierten Einsatzprozesses und der Initiierung eines koordinierten Führungs- und Informationsprozesses zur Lenkung der ordnungssichernden Organe durch die Patrouillenkommission bewegte sich lediglich innerhalb der beschränkten Möglichkeiten, welche das politische System zuließ.

Die Patrouillenkommission bemühte sich seit der Endphase des Siebenjährigen Kriegs jedoch redlich, ihren Einfluss auf die Dorfwachen als die grössten erkannten Schwachstellen im System zu erhöhen. Sie baute den Informationsfluss zwischen den Führungs- und Einsatzorganen so weit aus, dass das Funktionieren der Kontrollsysteme und der permanenten Raumüberwachung unter den gegebenen Umständen möglichst optimal gewährleistet werden konnte.

#### *Steuerung der ordnungssichernden Organe*

Die generelle Oberaufsicht über alle ordnungssichernden Organe, die Aufgaben im Zusammenhang mit den Bettelmandaten und der Landpatrouillenordnung wahrnahmen, kam seit 1754/55 eigentlich der neu geschaffenen Patrouillenkommission zu. Ihre unmittelbaren Kompetenzen beschränkten sich aber auf die Patrouillenwächter. Gegenüber den Dorfwächtern verfügte sie nur über indirekte Befugnisse.

Die Patrouillenkommission besass in der Praxis selbst gegenüber den Patrouillenwächtern keine umfassenden Einsatzkompetenzen. Zum einen war die Patrouillenkommission in der Gestaltung und der Planung der regulären Einsätze der Patrouillenwächter nicht frei. Die Kommission konnte nur in den engen Bahnen der Kontroll- und Überwachungssysteme die Aufgaben mit den vorhandenen Möglichkeiten so gut wie möglich erfüllen. Weitere oder anders gelagerte Einsatzarten als die durch die Mandate vorgeschriebenen Patrouillengänge wa-

ren nicht vorgesehen. Zum anderen konnte die Einsatzführung der Patrouillenwächter nicht laufend den aktuellen Erfordernissen angepasst werden. Die Patrouillenkommission hatte nur an den zweiwöchentlich durchgeführten, ordentlichen Einzelrapporten die Gelegenheit, die Einsätze der Patrouillenwächter zu steuern. Lediglich nach aussergewöhnlichen Vorfällen kam es zu speziell anberaumten Rapporten, an denen mit den einzelnen Patrouillenwächtern das weitere kriminaltaktische Vorgehen besprochen werden konnte. Die Rapportkadenz erlaubte es der Patrouillenkommission zudem kaum, mit dem gesamten Bestand zeitverzugslos und aktiv auf veränderte Lagen zu reagieren. Die Patrouillenwächter waren auf ihren Kontrollgängen in der Umsetzung ihres Einsatzauftrags weitgehend auf sich allein gestellt.

Die Patrouillenkommission strebte einen Ausbau ihrer Kontrolltätigkeit über die Patrouillenwächter an, um ihren Steuerungsauftrag besser wahrnehmen zu können. Sie erbat und bekam 1766 vom Regiment die Erlaubnis, die Patrouillenwächter neben den ordentlichen Inspektionen auch ausserplanmässig zu visitieren. Die zusätzliche Kompetenz reichte jedoch nur aus, um punktuelle Verbesserungen der Situation herbeizuführen.

Die praktische Führungs- und Einsatzverantwortung für die Dorfwächter lag um 1780 nach wie vor bei den Kommunen, d. h. bei den Untervögten, Weibeln oder den Dorfvorgesetzten. Die einzelnen Gemeinden hatten zwar ein Einsatzkonzept in der Form von ständigen Aufgaben für die Dorfwächter erstellt. Darin war auch die Pflicht zur regelmässigen Patrouillentätigkeit enthalten. Die Anweisungen enthielten darüber hinaus aber auch noch weitere nicht-ordnungssichernde Aufgaben für die Dorfwächter, was eine Konzentration auf ihre ordnungssichernden Pflichten sehr erschwerte. Die Untervögte, Weibel oder Gemeindevorgesetzten kamen ihrer Führungsverantwortung gegenüber den Dorfwächtern zudem kaum nach. Sie taten nichts, um die Passivität der Dorfwächter zu überwinden.

Die Patrouillenkommission war nach 1754/55 deshalb sichtlich bestrebt, ihren Einfluss auch auf die Dorfwächter auszuweiten, um die Obergewalt über sie tatsächlich wahrnehmen zu können.<sup>1871</sup> Ihre Einflussmöglichkeiten waren zunächst noch gering. Der Patrouillenkommission fehlte ein Instrumentarium, um direkt korrigierend eingreifen zu können und sowohl Untervögte, Weibel oder Gemeindevorgesetzte wie auch die Dorfwächter für ihre mangelhaften Leistungen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Patrouillenkommission musste sich nach der Jahrhundertmitte lediglich darauf beschränken, das Pflichtbewusstsein der Dorfwächter zu fördern. Die Patrouillenkommission bekam erst mit dem Mandat von 1762 die entscheidende Möglichkeit, über die Patrouillenwächter die Tätigkeit der Dorfwachen zu überprüfen und sie oder ihre Vorgesetzten in den Kommunen disziplinarisch zu bestrafen. Die Patrouillenkommission konkretisierte und intensivierte denn auch 1769, 1771 und 1779 ihre Aufsichtspflicht gegenüber den Dorfwachen kontinuierlich, indem sie über ihre Patrouillenwächter dafür sorgen liess, dass der Inhalt der Bettel- und Almosenmandate besser bekannt gemacht sowie die Gemeindevorgesetzten stärker in die Pflicht genommen wurden. Die Patrouillenkommission unternahm ab 1771 weitere Anstrengungen in dieser Sache. Sie spann die Landvögte wieder

---

<sup>1871</sup> Die Obergewalt über die Dorfwachen lag formell noch bei den Landvögten. Ihr Einfluss war im 18. Jahrhundert jedoch marginal.

vermehrt in die Kontrolle ein, um die Umsetzung der von ihr beanstandeten Mängel bei den Dorfwachen einzufordern.

Die Patrouillenkommission war, ausserhalb ihres engeren Aufgabenfelds, ferner zur Zusammenarbeit mit dem Sanitätsrat und den Organen des Almosenwesens angehalten.

### *Bereitstellung und Qualität der ordnungssichernden Organe*

Die Auswahl geeigneter Wächter war im integralen System der Gaunerbekämpfung eine weitere zentrale Voraussetzung, um das Funktionieren der Kontrollsysteme und der permanenten Raumüberwachung überhaupt zu ermöglichen.

Mit der Gründung der Patrouillenwache stellte das Regiment zugleich ein hohes Anforderungsprofil an die zukünftigen Patrouillenwächter auf. Das Regiment liess sie konsequent nach den entsprechenden Kriterien rekrutieren. Die fachlichen und körperlichen Fähigkeiten der Patrouillenwächter gaben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts denn auch kaum mehr Anlass zur Klage. Nach 1754/55 kam es nur noch zu geringen Korrekturen der Anstellungsbedingungen. Die Patrouillenkommission strebte einzig 1766 ein Höchstalter der Patrouillenwächter von 50 Jahren an, um den körperlich strengen Einsätzen genügen zu können. 1763 wollte sie Französischkenntnisse für eine Stelle als Patrouillenwächter voraussetzen. Diese Forderung fand beim Regiment jedoch kein Gehör.

Die personelle Ausgangssituation bei den Dorfwächtern gestaltete sich wesentlich schwieriger. Die Grosszahl der Dorfbewohner war, insbesondere nach der Teuerungskrise von 1770/71, damit beschäftigt, ihre Existenz zu sichern, um nicht selbst in die Armut abzugleiten. Eine zusätzliche Belastung wie das Erfüllen der Dorfwächterpflicht konnte von den meisten Dorfbewohnern nicht getragen werden. Unter diesen Umständen war die Suche nach Stellvertretern oder der Ersatz durch wenig taugliche Personen, wie beispielsweise Behinderte, Alte, oder gar Minderjährige naheliegend. Dorfwächter, die selbst ums wirtschaftliche Überleben kämpften, waren ausserdem wenig geeignet, um Bettler, Vagierende und Migranten zu vertreiben oder gar gefangen zu nehmen.

Mit der Einführung der flächendeckenden Passkontrolle und der konsequenten Abschiebepaxis von 1762 änderten sich die Anforderungen für Dorfwächter jedoch grundlegend. Das Regiment verlangte nun auch von ihnen zumindest Lesefähigkeit und ein stärkeres Durchsetzungsvermögen. Die Patrouillenkommission als Aufsichtsorgan drängte in den 1760er und 1770er Jahren ferner darauf, ausschliesslich starke und kräftige sowie militärisch ausgerüstete Personen als Dorfwächter einzusetzen und verbot ausdrücklich, Witwen, Jugendliche, Blinde, Kranke oder Behinderte zu engagieren.

Bis 1780 änderte sich an den realen Fähigkeiten und dem Einsatzwillen der Dorfwächter allerdings kaum etwas.

Das sichere Abführen von verhafteten Personen hatte nach 1762 an Bedeutung gewonnen. Aus diesem Grund verlangte das Regiment wieder eine gesteigerte Zuverlässigkeit der Be-

gleitpersonen von Gefangenentransporten. Es schrieb 1762 den Gemeinden wie schon 1714 vor, „tüchtige Personen“ zur Verfügung zu stellen, um die Dorfwächter in dieser Aufgabe zu unterstützen. Es muss hier offenbleiben, ob die Kommunen dem erneuten Aufruf ernsthaft Folge leisteten und ob sich dadurch die Lage bei Gefangenentransporten spürbar verbesserte.

### *Regelung, Aufbau und Zugänglichkeit relevanter Datensammlungen*

In Zürich war der Aufbau von Datensammlungen zur Erfassung verdächtiger und gesuchter Personen um 1780 noch nicht weit fortgeschritten. Das Regiment erhielt zwar regelmässig Gauner- und Diebslisten oder Generallisten aus den anderen Ständen und aus den benachbarten Territorien zugesandt und liess diese auch verbreiten. Die Kanzlei der Stadt, die für die Produktion und die Verteilung der Steckbriefe, Aufrufe und Diebs- und Gaunerlisten oder Generallisten zuständig war, publizierte jedoch nur gelegentlich eigene Signalemente und Steckbriefe und nur in Ausnahmefällen Diebs- und Gaunerlisten (1728, 1768 und 1777). Eine Generalliste für Zürich ist nicht bekannt. Der Grund für die Zurückhaltung waren die hohen Kosten, welche die Herstellung und der Einsatz der Fahndungsmittel mit sich brachte.

Der Zugang zu den Signalementen, Steckbriefen, Gauner- und Diebslisten sowie Generallisten war in den Mandaten nur für die Patrouillenwächter geregelt. Die Patrouillenwächter mussten die Listen nach ihren Rapporten auswendig lernen und danach mit den mehr oder minder gut memorisierten Personenbeschreibungen auf ihre Patrouillengänge gehen. Der Erfolg einer Identifizierung gesuchter Personen war also nicht zuletzt von der Erinnerungsfähigkeit der einzelnen Patrouillenwächter abhängig.

### *Sicherstellung des Informationsflusses zwischen Führungs- und Einsatzorganen*

Der Informationsaustausch zwischen der Patrouillenkommission und den Patrouillenwächtern fand alle zwei Wochen bei ihren Rapporten statt. Die Patrouillenwächter mussten bei normaler Lage der Patrouillenkommission mündlich über die Vorkommnisse berichten und erhielten von den Mitgliedern der Patrouillenkommission, ebenfalls mündlich, Instruktionen für das weitere Vorgehen. Bei aussergewöhnlichen Vorfällen mussten die Patrouillenwächter ihre Vorgesetzten unmittelbar über die Geschehnisse informieren. Darauf erteilte die Patrouillenkommission weitere Befehle, welche die Patrouillenwächter entgegenzunehmen und auszuführen hatten. Die regelmässigen Rapporte brachten gegenüber der Situation von vor 1754/55 einen vergleichsweise dichteren Informationsfluss. Er führte dazu, dass es zwischen 1760 und 1780 zu einem Anstieg der zentral erfassten Diebstahls- und Einbruchsmeldungen kam. Die Patrouillenkommission konnte die eingegangenen Informationen über die Diebe und Einbrecher aber aufgrund der geringen Rapportkadenz nicht schnell genug an die anderen Patrouillenwächter weiterleiten. Die zeitliche Verzögerung in der Weiterverbreitung von bis zu 14 Tagen genügte den zur Fahndung ausgeschriebenen Personen wohl in den meisten Fällen, die Gegend unbehelligt und unerkannt zu verlassen.

In ausserordentlichen Lagen reichte der nun zwar standardisierte, aber immer noch zu langsame Informationsfluss für die Patrouillenkommission nicht aus, um die ordnungssichernden Organe situationsgerecht zu führen. Die Patrouillenkommission forderte deshalb 1763 von den Räten, neben den Patrouillenwächtern eigene Kommissare zur zusätzlichen Informations-



beschaffung einsetzen zu dürfen. Das Regiment kam dem Wunsch der Patrouillenkommission jedoch nicht nach. Es schrieb den Unteroffizieren der militärischen Grenzwache lediglich vor, in aussergewöhnlichen Lagen mindestens alle zwei Wochen der Patrouillenkommission einen schriftlichen Bericht einzusenden.

Ein systematisierter Informationsfluss zwischen den Kommunen und der Patrouillenkommission ist nicht bekannt. Die Kommission bekam 1766 allerdings die Kompetenz, von ihren Patrouillenwächtern zu verlangen, dass sie Berichte über das in den Gemeinden aufgebrachte „Gesinde“ abliefern. Der informelle Informationsaustausch, der darüber hinaus zwischen den Patrouillenwächtern und den Dorfwächtern gepflegt wurde, kann quellenmässig nicht erfasst werden.

Innerhalb der Gemeinden darf hingegen aufgrund der Kleinräumigkeit, des engen sozialen Netzes und der diversen Ansprechpartner der Dorfwächter von einem regen formellen und informellen Informationsaustausch ausgegangen werden.

Für die Einsatz- und Informationsprozesse muss zusammenfassend konstatiert werden, dass der Einsatz der bestehenden ordnungssichernden Organe auf der Landschaft nur isoliert, punktuell, unzusammenhängend und nicht zentral geführt war. Das Regiment konnte damit schliesslich kaum – oder oft nur zufällig – zeit- und situationsgerecht agieren. Die Mängel in der koordinierten Informationssammlung und -verbreitung sowie in der Fähigkeit, Personen zuverlässig zu identifizieren, waren so grundlegend, dass ein systematisches und proaktives Handeln<sup>1872</sup> der ordnungssichernden Organe nicht möglich war.

Der Patrouillenkommission fehlten die Kompetenzen, die schlechten Voraussetzungen nachhaltig zu verbessern. Sie war nur bei den Patrouillenwächtern in der Lage, Personal mit geeigneten fachlichen und individuellen Schlüsselkompetenzen zur Verfügung zu stellen.

### **6.12.3 Der folgenlose Wandel der Bedrohungswahrnehmung**

Sowohl der Einsatz- als auch der Führungs- und Informationsprozess waren zunächst eindeutig auf die Abwehr von fremden „Strolchen und Dieben“ fokussiert. Diese wurden durch die Zürcher Obrigkeit seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts durchwegs verdächtigt, kriminell oder potentiell kriminell zu sein. Die Gefährlichkeit und Unverfrorenheit des fremden „Strolchen- und Diebsgsinds“ nahm in den Augen des Regiments stetig zu und manifestierte sich in der steigenden Zahl von Diebstahls- und Einbruchsmeldungen.

Die einheimischen Bettler und Vagierenden lagen um die Mitte des 18. Jahrhunderts demgegenüber ausser bei Betteljagden noch kaum im primären Blickfeld der Patrouillenwächter und nur bedingt in jenem der Dorfwächter. Die Betreuung der einheimischen Bettler und Vagierenden lag zuerst in der Kompetenz des Fürsorgesystems der Gemeinden mit den Profosen, Seelsorgern und den Beamten des Almosenamts. Lediglich einheimische Krämer, umherzie-

---

<sup>1872</sup> Ich knüpfe hier bewusst an den Begriff des „proactive policing“ von Charles Tilly an.

hende Spendensammler, Handwerksgesellen auf der Walz und bettelnde Kinder waren den Patrouillenwächtern suspekt.

Nach 1760 kann ein allmählicher Wandel in der Bedrohungswahrnehmung des Regiments festgestellt werden. Die Argumentationsweise der Mandate rückte in der Bedrohungsanalyse kontinuierlich von der deutlichen Betonung des Fremden ab und hob nach dem Siebenjährigen Krieg die „allgemeine Sicherheit des Landes“ (1763) oder die Wahrung der „öffentlichen Sicherheit“ (1768) als Begründung für den Einsatz der ordnungssichernden Organe hervor.<sup>1873</sup> Parallel dazu kam es für die Obrigkeit immer weniger auf die geografische Herkunft der „Strolche und Diebe“ an. Die sozialen Folgen der Teuerungskrise von 1770/71 mit ihrem markanten Anstieg der Zahl der einheimischen Bettler auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung liess die Provenienzfrage zu einem sekundären Merkmal werden. Ganz allgemein galt nach 1770/71 das „liederliche Gesindel“ als „Gefahr für die allgemeine Sicherheit“.<sup>1874</sup>

Die Veränderungen auf der Ebene der Bedrohungswahrnehmung und der obrigkeitlichen Argumentation hatten allerdings bis 1788 weder Rückwirkungen auf die Strategie oder auf die Organisationsstrukturen der ordnungssichernden Organe noch auf den Einsatzprozess bzw. auf den Führungs- und Informationsprozess.

#### 6.12.4 Der Ermittlungsprozess

Der Professionalisierungsansatz von Schöll geht von einem eigenständigen Ermittlungsprozess aus. Nach einer verübten Tat wurde dieser Prozess durch spezialisierte Beamte eingeleitet. Er hatte zum Ziel, ein Geständnis zu erreichen und Sachbeweise zu sichern.

Die Hauptproblematik des Ermittlungsprozesses um 1780 lag in den fehlenden Kompetenzen der Patrouillen- und Dorfwächter. Sie konnten zwar die verdächtigen fremden Bettler, Vagierenden und Migranten aufgreifen und abschieben. Sie waren aber nicht befugt, in den von ihnen verübten Delikten Ermittlungen aufzunehmen.<sup>1875</sup> In diesen Fällen kam vielmehr eine komplexe Matrixorganisation zum Tragen. Verschiedene ordnungssichernde Organe aus dem Bereich der Policy mussten sich nun zusätzlich auch mit den fremden „Dieben und Strolchen“ auseinandersetzen, welche die Gemeinschaft von aussen bedrohten und die feingliedrigen Machtmechanismen im Zürcher Regiment überforderten. Die Problematik bestand darin, dass Organe aus dem Bereich der Policy hauptsächlich darauf ausgerichtet waren, im Inneren der patriarchalisch geordneten Zürcher Gesellschaft mittels ihrer von der Bevölkerung anerkannten Amtsautorität in Kriminalverbrechen und Frevefällen zu ermitteln und Sanktionen auszusprechen.

---

<sup>1873</sup> Vgl. beispielsweise: StAZ B III 190. 6f.

<sup>1874</sup> StAZ B II 948, 31. Januar 1770.

<sup>1875</sup> Ein Ermittlungsprozess für das Hauptvergehen von fremden Bettlern, Vagierenden und Migranten, nämlich ihre Lebensform, existierte nicht. Sie wurden zur Rechenschaft gezogen, weil sie aus etwelchen Gründen in Armut lebten, umherzogen, bettelten oder in Gefahr standen kriminell zu werden. Allein schon die Tatsache des Vagierens reichte aus, um im Rahmen der Vertreibungsstrategie entweder des Landes verwiesen und/oder bestraft zu werden. Dazu benötigte die Obrigkeit keinen speziellen Beweis.

Im Einzelnen galten folgende Regelungen: Die Untersuchung von Diebstählen und Einbrüchen – zwei Tatbestände, die besonders oft mit fremden Bettlern, Vagierenden und Migranten in Verbindung gebracht wurden – war in Zürich um 1780 nicht einheitlich geregelt, sondern richtete sich nach der Deliktschwere. Die Verfolgung von Tätern und die Beweissicherung am Tatort lagen bei schweren Diebstählen und Einbrüchen bei den Nachgängern. In minder wichtigen Angelegenheiten waren hingegen die Ober- und Landvögte zuständig. Die Dorfwachen kamen lediglich bei der Verfolgung von Felddieben, die zudem als Frevler und nicht als Kriminalverbrecher galten, zum Einsatz.

Bei Tötungsdelikten kamen mit der aufkommenden Furcht vor Raubmorden und nächtlichen Überfällen immer häufiger auch die fremden Bettler, Vagierenden und Migranten als mögliche Täter in Betracht. Die Sicherung und die Auswertung des Beweismaterials aller Tötungsdelikte lagen im Rahmen des Inquisitionsprozesses indes allein bei den Nachgängern. Es lag an ihnen, den erforderlichen Schuldbeweis vorzulegen. Er bestand im Normalfall in einem Geständnis des Angeklagten, konnte jedoch bei „hartnäckiger Leugnung“ auch durch „höchst verdächtige Umstände“ erbracht werden. Die Nachgänger waren bei der Sicherung von Sachbeweisen und Indizien auf die Hilfe der medizinischen Sachverständigen angewiesen.

Schlägereien mit Körperverletzungen wurden von den Dorfvorgesetzten oder von den Untervögten untersucht und in jährlichen Berichten an die Obrigkeit gemeldet.

Die meisten Vergehen der fremden Bettler, Vagierenden und Migranten gehörten in den Bereich der wirtschaftlichen Frevel. Dazu zählte das Feilbieten von Waren ohne obrigkeitliche Bewilligung durch vagierende Krämer, Kessler und Marktschreier oder der Verkauf von Produkten, die gegen gesundheitspolizeyliche Vorschriften verstießen. Auf der Landschaft waren Untervögte, Weibel oder Profosen befugt, die entsprechenden Händler gefangen zu nehmen und die Waren als Beweis der Tat und als Strafe zu konfiszieren. Die drei Krämervertreiter der Zunft zur Saffran übernahmen diese Aufgabe in der Stadt.

Andere Frevel von fremden Bettlern, Vagierenden und Migranten wurden entweder direkt von Mitgliedern der zuständigen Fachkommissionen bzw. den Ober- oder Landvögten oder den Seelsorgen, die für ihren Bereich in der Stadt und auf der Landschaft „inviligierten“, untersucht. In der Regel genügten die Aussagen der Kommissionsmitglieder und die erste Sicherung von allfälligen Beweisen vor Ort durch die Kommissionsmitglieder, um eine Person wegen Frevels zu bestrafen.<sup>1876</sup>

### 6.12.5 Der Strafjustizprozess

Der Erfolg der ordnungssichernden Organe baute gemäss dem integralen System der Gaunerbekämpfung auf einem abschreckenden Justizwesen auf. Die Hauptverantwortung für die Rechtsprechung und den Justizvollzug lag aber nicht bei den Patrouillen- und Dorfwächtern.

---

<sup>1876</sup> Aus den Mandaten ist nicht klar ersichtlich, ob frevelnde Bettler, Vagierende und Migranten durch die Fachkommission auch gleich noch des Landes verwiesen bzw. zur Abstrafung ins Schellenwerk gebracht wurden oder ob die Fremden auch noch an die Patrouillenkommission bzw. an die Ober- und Landvögte weitergereicht wurden, um dort für das Vergehen des Vagierens separat abgestraft zu werden.

Sie erfüllten jedoch wichtige Funktionen in der Abschreckung fremder Bettler, Vagierender und Migranten. Das „fremde Gesindel“ konnte, wenn es von den Patrouillen- und Dorfwächtern erstmals erwischt wurde, damit rechnen, lediglich mit der Androhung einer harten Körperstrafe über die Grenze zurückgeschickt zu werden. Die Dorfwachen benutzen für ihre Vertreibungsaktionen häufig den Staubbesen. Die Patrouillenwächter konnten ihre Waffen einsetzen. Beim zweiten Mal gab es eine ernstliche Mahnung mit auf den Weg. Erst beim dritten Mal kamen die vagierenden Fremden ins Schellenwerk Oetenbach, wo sie eine Züchtigung mit der Rute, einer Stude oder einem Rinderschweif oder die Anbindung ans Schellenwerk erwartete. Die praktizierte Vertreibungsmethode war in Zürich allerdings wenig glaubwürdig. Sie litt unter dem entscheidenden Mangel, dass sie für die ordnungssichernden Organe kaum durchsetzbar war. Nur wenn ein vagierender Fremder dreimal auf denselben Patrouillen- oder Dorfwächter traf, musste er damit rechnen nach Zürich ins Schellenwerk gebracht zu werden. Einheimische Bettler und Vagierende hingegen wurden unmittelbar zur Armenfürsorge ihrer Heimatgemeinde geschickt und sie wurden aus der Liste der Almosenempfänger gestrichen. Im Wiederholungsfall wurden sie gezüchtigt. Kriminelle Fremde mussten allerdings mit einer „guten Verwahrung“, d. h. mit einer längeren Strafe, jedoch nicht mit einer lebenslangen Verwahrung im Schellenwerk, einer Versetzung in fremde Dienste oder gar mit einer Galeerenstrafe rechnen. Die Räte sprachen Todesstrafen nur in seltenen Fällen und nur bei ausserordentlich schweren Delikten aus. 1788 wurde der Anführer einer Diebs- und Räuberbande hingerichtet. Er hatte in- und ausserhalb des Standes Zürich nächtliche Einbrüche begangen und sich „somit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit auf eine höchst sträfliche Weise“ schuldig gemacht.<sup>1877</sup> 1790 traf die Todesstrafe die Mitglieder einer Räuberbande, die in den letzten 18 Jahren 18 Einbrüche und Diebstähle begangen hatten und damit ebenfalls die öffentliche Sicherheit gefährdeten.<sup>1878</sup> Und 1791 wurden die Mitglieder einer „gefährlichen Diebesbande“, denen 14 gewaltsame Einbrüche und Diebstähle nachgewiesen werden konnten, zum Tode verurteilt.<sup>1879</sup>

### **6.13 Substanzielle Reformen der ordnungssichernden Organe der Landschaft zwischen 1780 und 1798**

Das Regiment und die Patrouillenkommission waren sich zu Beginn der 1780er Jahre der Lücken und Schwächen der ordnungssichernden Organe der Landschaft durchaus bewusst. Sie waren jedoch nicht in der Lage, eine schlüssige Analyse des Gesamtproblems vorzulegen und als Konsequenz daraus erfolgsversprechende ordnungssichernde Massnahmen abzuleiten. Die Kritikpunkte der Obrigkeit an den ordnungssichernden Organen waren zudem partikulär. Sie beschränkten sich zum einen auf die Ebene der Ablaufprozesse und der Massnahmen sowie zum anderen auf die Personalsituation bei den Dorfwächtern. Die Einsichten des Regiments waren nicht umfassend. Sie bezogen Überlegungen zu übergeordneten Führungs-, Informations-, Einsatz- und Ermittlungsprozessen nur spärlich mit ein.

<sup>1877</sup> StAZ B VI 278, 10. September 1788.

<sup>1878</sup> StAZ B VI 279, 18. September 1790.

<sup>1879</sup> StAZ B VI 279, 26. Februar 1791.

Die fehlende Erkenntnis des Regiments lässt die innere Distanz der Obrigkeit zum Professionalisierungsansatz von Schöll umso grösser erscheinen. Der Weg zur Einleitung substanzieller Reformschritte im Sinne des integralen Systems der Gaunerbekämpfung war um 1780 noch weit. An seinem Beginn stand paradoxerweise ein gescheiterter Reformversuch von 1783. Mit ihm wurde jedoch das zeitgenössische französische Modell der *Maréchaussée*, das als erstes modernes und bestorganisiertes Polizeikorps des Ancien Régime gilt<sup>1880</sup>, in den Zürcher Sicherheitsdiskurs eingebracht.

### 6.13.1 Der gescheiterte Versuch einer umfassenden Reform von 1783

Die Patrouillenkommission beschäftigte sich 1783 erneut mit der Frage, in welcher Weise das Land vor dem „fremden Gesindel“ bewahrt werden könnte.<sup>1881</sup> An dieser nach wie vor ungelösten Problemstellung entzündete sich von Neuem eine kontroverse Diskussion. Die Kommission war sich nur noch in der Beurteilung der Ausgangslage und im Ziel einig. Das Problem bestand darin, da waren sich die beiden Parteien einig, dass die Dorfwächter untauglich waren und durch ihre Liederlich- und Saumseligkeit dem „frömden Gesindel den Zugang in hiesiger Landen“ ermöglichten.<sup>1882</sup> Die gesamte Patrouillenkommission war einhellig der Meinung, dass mit diesem Übel „Remedour“ geschaffen werden müsse.<sup>1883</sup> Über die Art und Weise der Reformen stritt sich allerdings die Mehrheit der Kommissionsmitglieder heftig mit ihrem Präsidenten, dem Rats- und Bauherrn Johannes Werdmüller (1725 – 1801).

Ausser dem Präsidenten vertraten sämtliche Kommissionsmitglieder auf der einen Seite in einem Mehrheitsantrag die Meinung, die bewährten militärischen Grenzwachen hätten bis anhin einen guten Erfolg erzielt. Das Land sei jeweils in kurzer Zeit von allem „verdächtigen Gesindel“ gesäubert und die Sicherheit wiederhergestellt worden. Die Beisitzer der Patrouillenkommission forderten deshalb am 23. Januar 1783 vom Kleinen Rat, grundsätzlich beim bewährten System zu bleiben. Gleichzeitig baten sie den Kleinen Rat, die Patrouillenkommission zu bevollmächtigen, „angemessene Remedur-Mittel“ nach eigenem Ermessen einsetzen zu dürfen.<sup>1884</sup> Zudem solle die Kommission die Kompetenz erhalten, jährlich „zur selbst gutfindenden Zeiten“ ein oder mehrmals eine militärische Grenzwache anordnen zu dürfen. Damit könne „danne von Zeit zu Zeit das Eindringen schlechten Gesindels in hiessige Lande“ verhindert werden.<sup>1885</sup> Die Kommissionsmehrheit berechnete die Kosten solcher Aktionen und beantragte zur Finanzierung dieser Einsätze eine Erhöhung des obrigkeitlichen Jahresbeitrages von 700 lb auf 1600 lb.<sup>1886</sup>

Der Vorschlag der Kommissionsmitglieder entsprach einer moderaten Linie und schrieb die Purifikationsstrategie des Regiments in der Ordnungssicherung fort. Er baute auf das bisher nur bei ausserordentlichen Ereignissen eingesetzte Instrument der militärischen Grenzwache und setzte weiterhin auf das Konzept eines starken Schutzes der Grenzregionen. Im Vergleich

---

<sup>1880</sup> Clive Emsley, *Gendarmes and the State*, 17.

<sup>1881</sup> StAZ A 61.6, 27. Dezember 1782 und 23. Januar 1783.

<sup>1882</sup> Ebd., 1.

<sup>1883</sup> Ebd.

<sup>1884</sup> Ebd., 2.

<sup>1885</sup> Ebd.

<sup>1886</sup> Ebd., 2f.

zur bisherigen Einsatzkonzeption wollte die Kommissionsmehrheit das Mittel der Grenzwa-  
che nun viel häufiger einsetzen. Von besonderer Bedeutung war die Absicht der Kommissi-  
onsmehrheit, das Kommando für die Einsätze der Miliztruppen von der politisch-  
militärischen Führung zu lösen und der zivilen Patrouillenkommission zu übertragen. Die  
Patrouillenkommission hatte mit diesem Vorschlag ein bereits früher eingebrachtes Anliegen  
modifiziert. Ursprünglich wollte sie die Grenzwa- che durch die von ihr geführten zivilen Pat-  
rouillen ersetzen. Mit dieser Idee konnte sie sich beim Kleinen Rat allerdings bereits zweimal  
nicht durchsetzen. Der Nachteil des Vorschlags der Mehrheit der Patrouillenkommission be-  
stand im Versäumnis, die Schwächen der Dorfwachen zu beheben.

Auf der anderen Seite vertrat der Präsident der Patrouillenkommission, Johannes Werdmüller,  
zu diesem Problem eine dezidiert andere Meinung als die Kommissionsmehrheit.

Bevor er seine Pläne der Kommission erläuterte, zeichnete Werdmüller nochmals ein erschre-  
ckendes Gesamtbild vom Zustand der Dorfwachen. Seine Sicht deckt sich zwar mit den be-  
kannten Vorwürfen an die Dorfwächter. Die Beschreibung Werdmüllers ist aus polizeige-  
schichtlicher Perspektive dennoch interessant, weil hier erstmals eine nicht-normative Quelle  
die Arbeitseinstellung der Dorfwächter in konzentrierter Form schildert und die bisherigen  
Angaben bestätigt.

Johannes Werdmüller warf den Dorfwächtern vor, sie würden ihren Dienst erst spät am Mor-  
gen antreten, über die Mittagszeit stundenlang zu Hause bleiben und sich in Wirtshäusern  
aufhalten. Nach einer kleinen Tour durch die Gemeinde am Abend gingen die Dorfwächter  
wiederum nach Hause oder begäben sich in Schenken. Damit gewöhnten sich die Dorfwäch-  
ter selbst ein liederliches und „debautiertes“ Leben an und überliessen vor allem dem Strol-  
chengesindel, das die Gewohnheiten der Dorfwächter inzwischen wohl kenne, die Strasse  
unkontrolliert.<sup>1887</sup> Auch an der Rekrutierungspraxis für die Dorfwächterposten durch die Ge-  
meinden übte Werdmüller heftige Kritik. Das Amt werde alten, unvermögenden oder zu jun-  
gen Leuten und zu einem geringen Lohn übertragen. Mit nur einem Schilling Entgelt mache  
man arme Dorfwächter „mit sehendem Auge blind“. Alte Amtsinhaber wiederum seien zu  
gebrechlich, als dass sie das Gesindel aufhalten könnten. Ausserdem wären sie nicht in der  
Lage, arme, aber rechtschaffene Leute vom Gesindel zu unterscheiden.<sup>1888</sup>

Der Präsident der Patrouillenkommission kritisierte ebenso die kommunalen Aufsichtsorgane  
der Dorfwachen. Ist in einer Gemeinde eine Einzelperson mit der Kontrolle der Dorfwache  
beauftragt, so missbrauche diese den Wächter oft für ihre Privatgeschäfte oder komme ihrer  
Aufgabe bald nicht mehr nach, weil sie unbezahlt sei. Teilten sich mehrere Aufsichtspersonen  
die Kontrollaufgaben, dann kenne der Einzelne sein Pflichtenheft kaum oder er werde mit der  
Zeit zu träge, den Dorfwächter zur pflichtgemässen Erfüllung seines Dienstes anzuhalten oder  
bei einer Pflichtverletzung einzuschreiten. Insgesamt stellte Werdmüller fest, dass die Dorf-  
wachen trotz ihrer Kosten unzulänglich oder gar unnütz seien.<sup>1889</sup> Diese Meinung deckte sich

---

<sup>1887</sup> Ebd., 3f.

<sup>1888</sup> Ebd.

<sup>1889</sup> Ebd.

überdies, so der Präsident der Kommission, mit der Ansicht der Befürworter von Dorfwachen, wenn diese die Anordnung von regelmässig stattfindenden militärischen Grenzwachen forderten.<sup>1890</sup>

Der Präsident der Patrouillenkommission machte gegenüber der Mehrheit der Patrouillenkommission seinerseits nun zwei Anträge zur Verbesserung der Sicherheit auf der Landschaft: Sein erster Vorschlag war, die Landgemeinden stärker für ihre eigene Sicherheit verantwortlich zu machen. Seine Idee bestand darin, die Bewohner der Gemeinden durch den Ober- oder Landvogt vor die Wahl zu stellen, entweder den Lohn der Dorfwächter von einem Schilling auf 16 bis 20 Schillinge zu erhöhen oder aber die Gemeindevorgesetzten persönlich für eine bessere Wachtorganisation verantwortlich zu machen.<sup>1891</sup> In der ersten Variante wurde es den Dorfbewohnern ermöglicht, sich mit einem Betrag vom Dorfwachendienst loskaufen zu können. Die Gemeinde sollte das eingenommene Geld in die Erhöhung der Dorfwächterlöhne investieren. Werdmüller erhoffte sich, mit einer besseren Bezahlung die Aufmerksamkeit der Dorfwächter zu verbessern. Arme Gemeinden, die aus finanziellen Gründen ihre Dorfwachenordnung nicht ändern konnten, wären nach Werdmüller gezwungen, sich mit ihren Mannschaften aktiv an den Grenzwachen oder als Patrouillen auf der Landschaft zu beteiligen.<sup>1892</sup>

Der zweite Vorschlag Werdmüllers beinhaltete eine konsequente Weiterentwicklung des bisherigen Systems der Patrouillenwache und bestand aus zwei Neuerungen: Zum einen strebte Werdmüller die Ausdehnung des Einsatzraumes der Patrouillenwächter an. Der Präsident der Patrouillenkommission wollte nach dem ausdrücklichen Vorbild der französischen *Maréchaussée* die Patrouillenwächter permanent und flächendeckend einsetzen.<sup>1893</sup> Bis anhin waren die Patrouillenwächter gemäss der Landespatrouillenordnung von 1741 schwerpunktmässig zur Kontrolle der neuralgischen Punkte in den Abschnitten zwischen den Grenzposten und seit Mitte der 1750er Jahre gelegentlich im Innern des Kantons eingeplant worden.<sup>1894</sup> Zum anderen beabsichtigte Werdmüller die Neueinführung eines Laufpasses für Reisende. Nach dieser Idee erhielt jeder Ankömmling an der Grenze durch die Patrouillenwächter einen Schein mit seinem Namen, seinem Reiseziel und der genehmigten Aufenthaltsdauer. Dieser

---

<sup>1890</sup> Ebd., 4f.

<sup>1891</sup> Ebd., 6.

<sup>1892</sup> Ebd., 7.

<sup>1893</sup> Ebd. Die *Maréchaussée* zählte im 18. Jahrhundert als effektivstes ordnungssicherndes Organ Frankreichs und gilt als eine der Wurzeln moderner Polizeien in Europa. Das militärische Korps hatte seit seinen Reformen in den 1720er Jahren den zivilen Auftrag, gegen Arme und Vagierende in den Provinzen vorzugehen. Eine neue Ordonnanz von 1778 erweiterte den Auftrag um die Kontrolle von Märkten und Dorffesten. Die Soldaten mussten suspekt Personen und Vagierende verhaften, Meldungen nachgehen, Fremdenlisten führen sowie Fahrzeuge auf ihre Fahrtauglichkeit kontrollieren. Dazu patrouillierten die Soldaten der *Maréchaussée* in kleinen, selbstständigen Trupps auf den Hauptstrassen ihres Distrikts und führten Journale. Die *Maréchaussée* war dem Kriegsminister unterstellt und genoss eine hohe Unabhängigkeit gegenüber zivilen Autoritäten. Vgl. zur *Maréchaussée*: Emsley, *Gendarmes and the State*, 13 – 36; Jacques Lorgnier, „Organisation et missions des *maréchaussées* (XVI<sup>e</sup> – XVIII<sup>e</sup> siècles)“, in: Jean-Noël Luc (Hg.), *Gendarmerie, Etat et Société aux XIX<sup>e</sup> Siècle, (Histoire de la France auch XIX<sup>e</sup> et XX<sup>e</sup> siècle 59)*, Paris 2002, 51 – 61; Emsley *Crime, Police and Penal Policy*, 66 – 68. Vgl. zur Idee der *Maréchaussée* bzw. Landwachen oder Harschiere im Südwestdeutschen Raum: Fritz, Rotte, 544 – 558. Fritz umschreibt die Landwachen zutreffend als „fest installierte Patrouillen“ bzw. „Streifen“; ebd., 544.

<sup>1894</sup> Ganz neu war der Vorschlag Werdmüllers für Zürich allerdings nicht. Das ursprüngliche Einsatzkonzept der Patrouillenwache von 1741 sah ebenfalls flächendeckende Kontrollgänge vor. Vgl. dazu das Kapitel „Die Landespatrouillenordnung von 1741“.

Schein sollte bei der Ausreise wieder kontrolliert werden.<sup>1895</sup> Das Laufzettelsystem diene dazu, die Qualität der Daten und die Kontrollmöglichkeiten im Raum zu steigern und sich von fremden, d. h. nicht überprüfbaren Ausweispapieren, unabhängiger zu machen. Die Aufgabe der Patrouillenwächter bestand nach Werdmüller darin, „auf eine geschikte Weise das ganze Land oder auch nur truppweise die unterschiedenen Bezirke desselben durchstreifen u. diejenigen, die ohne Louffzedel angetroffen werden, so gleich an dem nächsten Orth abstraffen u. so dann an die Gränzen führen.“<sup>1896</sup>

Ferner nahm Werdmüller ein bereits 1763 von der Patrouillenkommission eingereichtes, aber damals vom Kleinen Rat lediglich in abgeschwächter Form bewilligtes Postulat auf. Er schlug abermals vor, in Ergänzung der Kontrolle der Strassen auf den Nebenwegen Tafeln in deutscher und französischer Sprache mit dem Text aufzustellen, dass „wer vom frömden vagierend oder gar Bätel u. Strolchengesind durch diese Wäge u. also ohne Passzedul pahsiere, solle ohne weiteres durch die erste Patrouille angehalten und nach ergehender Vorschrift gestrafft werden.“<sup>1897</sup>

Eine nach Werdmüller revidierte Landespatrouillenordnung hätte das seit 1728 angedachte obrigkeitliche Kontroll- und Passsystem umgesetzt und um eine hohe Präsenzdichte ergänzt. Werdmüller wollte in erster Linie für eine regelmässige Anwesenheit der Patrouillenwachen auf den Haupt- und Landstrassen sowie bei Fähren sorgen.<sup>1898</sup> Die unabdingbare Voraussetzung für die permanenten und flächendeckenden Einsätze der Patrouillenwächter nach dem Vorbild der französischen Maréchaussée war eine deutliche, aber von Werdmüller selbst nicht exakt quantifizierte Erhöhung des Bestands der Patrouillenwächter. Für die Lohnkosten, so behauptete der Präsident der Patrouillenkommission, müsse allerdings nur etwa die Hälfte oder ein Drittel der von der Kommissionsmehrheit veranschlagten Kosten und Mannschaftsbestände aufgewendet werden.<sup>1899</sup>

Werd Müller erkannte, trotz aller Euphorie, dass sein System auch nur eine begrenzte Wirksamkeit erlangen konnte. Er sah – wie die Kommissionsmehrheit – deshalb vor, die Patrouillenwächter um eine militärische Grenzwache zu ergänzen, falls die vorgeschlagenen „Anstalten nicht genugsam seyn“ sollten.<sup>1900</sup>

Werd Müller hatte in seiner Beschreibung der Dorfwachen mit der Ausweitung des Einsatzraums der Patrouillenwächter in Richtung einer permanenten und flächendeckenden Raumüberwachung sowie mit der Optimierung des Passwesens zwei zentrale Reformthemen aufgegriffen und Lösungsansätze in die Diskussion eingebracht, die dem Professionalisierungsansatz von Johann Ulrich Schöll entsprachen. Seine Vorschläge fanden jedoch weder bei den Mitgliedern der Patrouillenkommission noch beim Kleinen Rat Rückhalt. Der Kleine Rat

---

<sup>1895</sup> StAZ A 61.6, 27. Dezember 1782 und 23. Januar 1783, 6.

<sup>1896</sup> Ebd., 7.

<sup>1897</sup> Ebd., 6. Die Tafeln wurden während der Grenzwache 1763 nur in deutscher Sprache und nur mit dem Text „Das ist ein verbotener Weg“ aufgestellt. Wie lange die Tafeln stehen blieben, kann nicht mehr nachvollzogen werden.

<sup>1898</sup> Ebd., 6.

<sup>1899</sup> Ebd., 7.

<sup>1900</sup> Ebd., 8.



folgte der Kommissionsmehrheit. Es beschloss am 28. Juni 1783 zum einen, die Dorfwachen in ihrer bisherigen Form beizubehalten. Zum anderen kam er dem gemeinsamen Wunsch der Patrouillenkommission und ihres Präsidenten entgegen und überliess es der Kommission, „von Zeit zu Zeit und so oft es die Umstände erfordern“ die Grenzen durch „genugsame Mannschaft“ zu besetzen und mit „angemessenem Ernst“ gegen fremde Bettler, Vagierende und Migranten sowie durch Nebenwege einschleichendes Gesindel vorzugehen. Zu diesem Zweck erhöhten die Räte den jährlichen Zuschuss an die Patrouillenkommission aus dem Seckelamt auf 1600 lb.<sup>1901</sup>

Mit dem zweiten Beschluss vom 28. Juni 1783 stimmte der Kleine Rat einer entscheidenden Verlagerung in der Einsatzführung der ordnungssichernden Organe zu. Von nun an war es die Aufgabe der zivilen Patrouillenkommission, die Grenzwache aufzubieten und sie für einen polizeylichen Auftrag einzusetzen. Die Patrouillen der ausserordentlichen Grenzwache bestanden allerdings nach wie vor aus Angehörigen der Miliztruppen.

Die Vorschläge Johannes Werdmüllers fanden in den Räten keine Mehrheit, weil sie schliesslich ein effektives Ordnungsinstrument in den Händen des Regiments hervorgebracht hätten, das sich möglicherweise nicht nur zur Bekämpfung des fremden „Strolchen- und Diebsgsindels“ eignete, sondern mit seiner andauernden Präsenz zu einer Stärkung der zentralen Staatsgewalt auf der Landschaft geführt hätte. Ein geplanter institutioneller Machtzuwachs der Patrouillenkommission lag aber weder im Interesse der Ober- und Landvögte noch der Untervögte.<sup>1902</sup> Der Widerstand gegen Werdmüller lässt sich im Kern denn auch durch das labile, aber austarierte politische System des Stadtstaates erklären. Keine Partei sah einen Vorteil darin, das bestehende Machtgleichgewicht zu stören. Die überwiegende Mehrheit der primär politisch denkenden und handelnden Mitglieder der Patrouillenkommission und des Kleinen Rates stellten ihre eigenen mittel- und langfristigen Interessen in den Vordergrund. Eine an sich sachlich unbestrittene Notwendigkeit, die ordnungssichernden Organe zu reformieren, hatte demgegenüber keine Chance umgesetzt zu werden.

Die Ablehnung der Vorschläge Werdmüllers mochte auch mit seiner nicht unumstrittenen Persönlichkeit zusammenhängen. Johannes Werdmüller verbrachte vor seiner politischen Tätigkeit in Zürich lange Jahre als Kaufmann in Genf, Lyon, Marseille und Genua. Zurück in seiner Heimatstadt, versteckte er seinen Hang zum Luxus und seine Nähe zu Voltaire keineswegs. Die Erfahrungen aus dem Ausland brachte er in seiner Tätigkeit in der Kanzlei und als Bauherr zunächst gewinnbringend ein. Er machte sich bei seinen Ratskollegen später als Gerichtsherr von Elgg durch seinen Einsatz für unschuldig Verfolgte und als Bekämpfer von Ungerechtigkeiten unbeliebt. Damit isolierte sich Werdmüller politisch und privat.<sup>1903</sup>

---

<sup>1901</sup> StAZ B II 1002, 28. Juni 1783.

<sup>1902</sup> Züsli-Niscosi, Wacht- und Patrouillenkommission, 150, 161.

<sup>1903</sup> Vgl. zu Johannes Werdmüller: Leo Weisz, Die Werdmüller: Schicksale eines alten Zürcher Geschlechtes, Band 2, Zürich 1949, 344 – 351; Martin Illi, Die Constaffel in Zürich: Von Bürgermeister Rudolf Brun bis ins 20. Jahrhundert, Zürich 2003, 171f.

### 6.13.2 Der Ausbau der Patentkontrollen für fremde Krämer

Nach der deutlichen Ablehnung einer umfassenden Reform der ordnungssichernden Organe der Landschaft im Jahr 1783 waren die politischen Handlungsrichtlinien für die Patrouillenkommission vorgegeben: Eine grundlegende Änderung des Systems der Ordnungssicherung auf der Landschaft war vorläufig politisch nicht gewünscht und Verbesserungen in den Ablaufprozessen und Massnahmen blieben auf Optimierungen im bestehenden Rahmen beschränkt. Das Regiment war in den folgenden Jahren nur nach konkreten, schwerwiegenden Vorfällen, die den Druck auf eine effektivere Verbrechensbekämpfung sichtbar erhöhten, bereit, neue Überlegungen zur Reform der ordnungssichernden Organe anzustellen.

Der erste Anstoss dazu kam allerdings bereits wenige Monate nach dem gescheiterten Reformversuch. Im Mai 1783 schrieb der Landvogt von Wädenswil einen nächtlichen Einbruch in Hirzel einer vom eidgenössischen Stand Zug herkommenden Gruppe fremder Krämer zu.<sup>1904</sup> Mit diesem Delikt wurde ein Problem plötzlich wieder virulent, welches das Regiment seit der Mitte des 17. Jahrhunderts immer wieder beschäftigte, jedoch in den vergangenen Jahren die Tagesordnung nicht dominierte hatte. Es ging um die Frage, auf welche Weise es der Obrigkeit gelingen könnte, legal reisende Händler von fremden Bettlern und Vagierenden, die nur vorgaben, Krämer zu sein, zu unterscheiden. Diese Problemstellung löste eine Reihe von neuen Mandaten aus.

Als direkte Reaktion auf den Hirzel-Vorfall von 1783 verlangte der Kleine Rat als erstes von der Patrouillenkommission ein Gutachten zu dieser Problematik. Die Kommission vertiefte sich ein erstes Mal in die Thematik und gab dem Text in der Endfassung den umfassenden Titel „Erhalt der öffentlichen Sicherheit“.<sup>1905</sup> Das Gutachten mündete nach einer kurzen Diskussion in ein neues Krämermandat.<sup>1906</sup> Darin bekräftigte die Obrigkeit vorerst die bestehende Bestimmung, dass umherziehende Marktschreier für ihren Beruf zwingend eine obrigkeitliche Bewilligung benötigen, ansonsten sie das Land verlassen müssten.<sup>1907</sup> Darüber hinaus weiteten die Patrouillenkommission und das Regiment mit dem Krämermandat von 1783 die Strafbestimmungen in eine neue Richtung aus. Nun wurden auch jene Personen zur Rechenschaft gezogen, die einen fahrenden Händler ohne Patent beherbergten oder Waren von ihm kauften.<sup>1908</sup>

Nach der gescheiterten Reform der ordnungssichernden Organe beschritt das Regiment mit dem Ausbau der bestehenden Pass- und Patentbestimmungen für Krämer einen Weg, der es erlaubte, mit den vorhandenen ordnungssichernden Mitteln die Kontrolle der fremden Reisenden zu intensivieren. Die Patrouillenkommission setzte 1788 den begonnenen Pfad mit einem weiteren Gutachten zur Abhaltung der „Strolchen und gefährlichen Gesindels, das unter dem Titel Krämer, Kessler, Pilger und Musikanten bisher zu grossem Missfallen ungehin-

---

<sup>1904</sup> StAZ B II 1000, 21. Mai 1783.

<sup>1905</sup> StAZ B II 1000, 21. Mai 1783.

<sup>1906</sup> StAZ III AAb 1.15, 26. Juli 1783.

<sup>1907</sup> Ebd. Schon 1722 versuchte die Obrigkeit Bewilligungen bei den fahrenden Händlern durchzusetzen; vgl. dazu das Kapitel „Kontrolle der einheimischen und fremden Krämer und Hausierer“.

<sup>1908</sup> Der Obervogt des Kelleramtes beispielsweise verhängte Geldbussen bis zu 25 lb für jene Hofbesitzer, die Krämer bei sich aufnahmen. Vgl. StAZ A 61.6, Weisung der Patrouillenkammer vom 7. Juni 1784.

dert sich auf der Landschaft aufhalten konnte“ fort.<sup>1909</sup> Der Grosse Rat besprach das Gutachten am 24. April 1788 und stimmte dem Mandatsentwurf grundsätzlich zu. Er überliess es aber den Verordneten der Kommission, die weiteren Detailbestimmungen selbst zu treffen und Verfügungen zur Ausführung des Mandats zu erlassen.<sup>1910</sup> Die Patrouillenkommission überarbeitete das Mandat und reichte es erneut dem Grossen Rat ein. Dieser nahm am 26. April 1788 eine zweite Lesung vor und hiess das neue Mandat gut.<sup>1911</sup> So verabschiedete es die Patrouillenkommission noch am selben Tag.<sup>1912</sup>

Das Krämermandat von 1788 verschärfte die bis anhin geltenden Bestimmungen für Händler und Krämer drastisch. Es führte ökonomische Kriterien ein, mittels derer Vagierende und Migranten, die auch handelten, von Berufshändlern, welche für die Versorgung der Landschaft notwendig waren, unterschieden werden konnten. Es galt der Grundsatz, dass die Beamten zukünftig nur noch jenen fremden Marktfahrern ein Patent ausstellen durften, die genügend Ware mit sich trugen, um den Lebensunterhalt auf ehrliche Weise zu verdienen.<sup>1913</sup> Die redlichen Marktfahrer sollten sich vor der Frühjahrsmesse bei der Patrouillenkammer um ein Patent für die Jahr- und Wochenmärkte auf der Zürcher Landschaft bewerben.<sup>1914</sup> Weitere Bestimmungen des Mandats richteten sich explizit auch gegen andere berufliche Tätigkeiten des „gefährlichen Gesindels“. Dazu gehörte in erster Linie das Auftreten als Musiker, „was sint einicher Zeit häufig“ vorgekommen war.<sup>1915</sup>

Das Delikt, falscher Krämer zu sein, lag am Ende des 18. Jahrhunderts rechtlich betrachtet an der Schnittstelle zwischen der Abwehr des fremden „Diebs- und Strolchengsinds“ durch die Patrouillen- und Dorfwächter und der Ahndung geringer wirtschaftlicher Vergehen durch die Ober- und Landvögte. Dabei stellte sich die Frage, welches der ordnungssichernden Organe für die Verfolgung des Delikts nun zuständig war. Das Regiment entschied sich, trotz der zunehmenden Brisanz der Fälle, wie bis anhin die Ober- und Landvögte bzw. deren Unterbeamte und die Gemeindevorgesetzten zu beauftragen, fremde Krämer anzuhalten und ihre Patente zu kontrollieren. Wurden fremde Krämer als redliche Berufsleute eingeschätzt, besaßen aber kein entsprechendes Patent, untersagten ihnen die Beamten den weiteren Aufenthalt in den Landvogteien und vertrieben sie aus dem Land. Musikanten sollten ebenfalls geradewegs aus dem Land gewiesen werden. Bei handelnden Vagierenden und Migranten, also bei aus der Sicht des Regiments vorgeblichen Krämern, kam der übliche Abwehrreflex zum Tragen. In den Obervogteien brachten die Unterbeamten und die Gemeindevorgesetzten die als „wider-spännige Strolche“ bezeichneten vorgeblichen Krämer, allenfalls mithilfe „obrigkeitlicher Gewalt und Unterstützung“, d. h. mit der Unterstützung der Patrouillen- oder Dorfwächter, zur Befragung durch die Patrouillenkommission in die Stadt.<sup>1916</sup> Dieses Vorgehen betraf nur

---

<sup>1909</sup> StAZ B II 1020, 24. April 1788.

<sup>1910</sup> Ebd.

<sup>1911</sup> Ebd.

<sup>1912</sup> StAZ III AAb 1.15, 26. April 1788.

<sup>1913</sup> Für Kessler galten Sonderbestimmungen, auf die ich hier jedoch nicht eingehe.

<sup>1914</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 370.

<sup>1915</sup> StAZ III AAb 1.15, 26. April 1788.

<sup>1916</sup> Ebd.

die Landschaft. Die Handhabung des Mandats in der Stadt und ihrer unmittelbaren Umgebung blieb den Krämervertreibern der Saffranzunft vorbehalten.<sup>1917</sup>

Mit dem Mandat von 1788 duldete das Regiment ausserhalb der Marktzeiten weder auf der Landschaft noch in der Stadt fremde Krämer. Dies galt auch für solche Krämer, welche ein Patent vorweisen konnten.<sup>1918</sup> Die Massnahme diente dem wirtschaftlichen Schutz der heimischen Händler.

Der Mandatsentwurf der Räte enthielt ursprünglich eine weitere Bestimmung, die den bisher freien Transit der Pilger nach Einsiedeln einschränken wollte. Jeder Pilgergruppe sollte, gemäss dem Mandatsentwurf, an der Grenze ein Gruppenpass mit der genauen Anzahl der Gläubigen ausgestellt werden. Dieser Pass war von der verantwortlichen Person der Gruppe bei der Ausreise wieder abzugeben. Falls die Grenzposten dabei feststellten, dass sich in der Pilgergruppe nicht mehr gleich viele Personen wie ursprünglich im Pass verzeichnet befänden, wäre der Pilgerführer zur Auskunft über den Verbleib der vermissten Personen verpflichtet gewesen.<sup>1919</sup> In der von der Patrouillenkommission publizierten Fassung des Mandats kommt diese Bestimmung allerdings nicht mehr vor.

Der Kampf des Regiments gegen vagierende Personen und ihre vermeintlichen Berufe setzte sich bis zum Ende des Ancien Régime fort. 1789 definierte ein Mandat die Berufskategorien der fremden Vagierenden und Migranten neu. Für ihre korrekte Ausübung musste nun ebenfalls ein gültiges Patent vorliegen. Das Regiment ordnete insbesondere eine noch striktere Kontrolle für „fremde Kollektanten und Steuersammler“, die sich als „Klosterbrüder, Abgeordnete milder Stiftungen oder verunglückter Gemeinden ausgaben, an.“<sup>1920</sup> Die Thematik der Spendensammler war schon in früheren Bettlermandaten angesprochen worden. Das Mandat von 1789 betrachtete das falsche Kollektensammeln allerdings konsequenter als Betrugsdelikt als bis anhin. Es war nun eine zusätzliche Aufgabe der Dorfwachen, verdächtige fremde Personen, die keine Bewilligung der Steuerkommission vorweisen konnten, dem Stadthauptmann zuzuführen.<sup>1921</sup> Dieser untersuchte ihre Schriften und meldete Steuerbetrüger der Steuerkommission. Damit wurde die Untersuchung dieses Betrugsdeliktes nicht wie in anderen Fällen den Nachgängern überlassen, sondern dem Stadthauptmann übergeben, was seine Stellung erneut stärkte.

### **6.13.3 Die Schaffung eines neuen Organs zur Verfolgung von Dieben auf der Landschaft**

In der zweiten Hälfte der 1780er Jahre bemühte sich die Obrigkeit parallel zum Aufbau eines Kontrollinstruments für fremde und einheimische Krämer und Spendensammler von Neuem darum, die Erfolgsquote in der Ergreifung der kriminell gewordenen fremden Bettler und Vagierenden zu erhöhen. Dieses Engagement des Regiments war nicht unbegründet. Die Ent-

---

<sup>1917</sup> StAZ AAb 1.15, 26. April 1788. vgl. auch: StAZ III AAb 1.8, 31. Dezember 1710.

<sup>1918</sup> StAZ AAb 1.15, 26. April 1788.

<sup>1919</sup> StAZ B II 1020, 24. April 1788.

<sup>1920</sup> StAZ III AAb 1.15, 15. Dezember 1789.

<sup>1921</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 370.

wicklung der Kriminalitätsrate in den Kategorien „Bettelgesind“ und „Strolche“ zeigte von 1785 bis 1791 nämlich wieder eine deutlich zunehmende Tendenz.<sup>1922</sup> Sie setzte das Regiment, wie in ähnlichen Situationen während des 18. Jahrhunderts auch, unter erhöhten Handlungsdruck. Es war nur ein aussergewöhnliches Ereignis vonnöten, um eine Aktivität der Obrigkeit auszulösen.

Diesmal war es ein weiterer nächtlicher Einbruch in Hirzel. Im Dezember 1787 waren Täter in ein Nebengebäude eines Landguts eingedrungen. Nach dem Vorfall vom Mai 1783 war es innerhalb weniger Jahre bereits der zweite gewaltsame nächtliche Einbruch in derselben Gegend. Der Grosse Rat nahm den neuen Fall zum Anlass, der Patrouillenkommission noch im Dezember 1787 den Auftrag zu erteilen, sich zu überlegen, wie solche Vorfälle in Zukunft vermieden werden könnten und welche Vorkehrungen getroffen werden müssen, um die Täter zu ergreifen.<sup>1923</sup> Noch während der Arbeit der Patrouillenkommission ereignete sich im Februar 1787 in einer Gemeinde am Zürichsees ein weiterer Fall, der die Bevölkerung erschreckte: Ein Schneidermeister aus Oberrieden wurde das Opfer eines dreisten Einbruchdiebstahls. Nachts und „in frecher Weise“ waren Fremde in den Kramladen von Conrad Brunner eingebrochen und hatten nahezu das gesamte Inventar mitgenommen.<sup>1924</sup> Eine Woche nach dem Einbruch publizierte die Kanzlei der Stadt Zürich eine Liste der gestohlenen Ware und schrieb eine Belohnung zur Erfassung der Täter aus.<sup>1925</sup> Das Ereignis erinnerte das Regiment zum einen an einen ähnlichen Fall aus dem Jahr 1784, als in der Stadt Zürich ein Goldschmiedege­schäft vollständig ausgeraubt worden war.<sup>1926</sup> Zum anderen nahm das Regiment den Vorfall zum Anlass, bei der Patrouillenkommission wegen des noch ausstehenden Gutachtens nachzufragen. Die Patrouillenkommission wurde nochmals aufgefordert, Vorschriften zu erlassen, was „bey dergleichen Vorfällen zu thun seye.“<sup>1927</sup> Die Kommission kam ihrem Auftrag endlich nach und legte am 26. März 1787 einen Entwurf für ein neues Mandat mit dem Titel „Ordnung wie den Einbrüchen auf der Landschaft in Zeiten nachzusetzen sey“ vor.<sup>1928</sup> Die Räte besprachen die Vorschläge am 11. April 1787 ohne bedeutende Änderungen vorzunehmen und setzten die Bestimmungen sogleich in Kraft.<sup>1929</sup>

Das Regiment stellte in der Einleitung zum neuen Mandat einen klaren Bezug zwischen den „seit einiger Zeit auf unserer Landschaft sich häufig ereignenden nächtlichen Einbrüchen und

---

<sup>1922</sup> 1785: 7 Einträge, 1786: 12 Einträge, 1787: 14 Einträge, 1788: 10 Einträge, 1789: 14 Einträge, 1790: 23 Einträge, 1791: 18 Einträge; 1792: 1 Eintrag; 1793: 3 Einträge, 1794: 3 Einträge, 1795: 5 Einträge, 1796: 8 Einträge, 1797: 2 Einträge, 1798: 3 Einträge. Gleichzeitig warnten auch eine Reihe von neuen Gauner- und Diebslisten vor Räuberbanden. 1785 verzeichneten die Ratsprotokolle zwei Listen aus Schwyz und Sulz am Neckar; vgl. StAZ B II 1008, 202 und StAZ B II 1010, 114. 1788 veröffentlichte die Kanzlei ein Signalement, das 23 Personen verzeichnete, die von Hessen in Richtung Schweiz wanderten; vgl. StAZ III AAb 1.15, 29. März 1788.

<sup>1923</sup> StAZ B II 1020, 29. Dezember 1787. Der Grosse Rat beschloss, eine Liste mit den gestohlenen Gegenständen zu publizieren und die Bevölkerung bei der Entdeckung der Täter um Mithilfe zu bitten.

<sup>1924</sup> StAZ III AAb 1.15, 20. Februar 1787.

<sup>1925</sup> Ebd.

<sup>1926</sup> StAZ III AAb 1.14, 20. Januar 1784.

<sup>1927</sup> StAZ B II 1016, 10. Februar 1787.

<sup>1928</sup> StAZ 61.6, „Gutachten betr. Verordnung, was bey geschehenen Einbrüchen und Diebstählen auf der Landschaft zur Entdeckung der Thäter zu thun seyn möchte“, 26. März 1787.

<sup>1929</sup> StAZ B II 1016, 11. April 1787.

beträchtlichen Diebstählen“ und dem „fremden Gesindel“ her<sup>1930</sup>, obwohl in beiden Einbruchsfällen die Täterschaft noch nicht bekannt war. Das Regiment versteifte sich vorläufig auf den zwar seit langem behaupteten, aber statistisch nicht bewiesenen Zusammenhang zwischen fremden Vagierenden und einer steigenden Kriminalität.<sup>1931</sup>

Die Obrigkeit zeigte sich im Mandat erstmals aber auch selbstkritisch. Sie machte keine einfachen Schuldzuweisungen mehr und analysierte offen Schwächen im System. Sie erkannte in den zu spät eingereichten Einbruchs- oder Diebstahlsanzeigen und vor allem in den nur zögerlich einsetzenden Massnahmen zur Verfolgung und Verhaftung der Täter einen wesentlichen Grund für die auffällige Zunahme der Einbruchdiebstähle. Dies begünstigte die Flucht des Diebesgesindels und hatte keine abschreckende Wirkung, da „das Diebesgesindel durch die bisherig verzögerten Anstalten zu dessen Entdeckung Zeit u. Gelegenheit genug gehabt hat, sich mit dem gethanen Raub zu flüchten“<sup>1932</sup> und somit ihrer verdienten Strafe zu entgehen.<sup>1933</sup>

Die offene Auseinandersetzung der Patrouillenkommission und des Regiments mit den tieferen Ursachen der bis anhin mangelhaften Leistungen in der Verfolgung der Einbruchdiebstähle führte zu einem neuen Lösungsansatz. Das Mandat von 1787 schrieb den Kirchgemeinden der Landschaft vor, mindestens sechs Männer zu wählen, die nach einem verübten Einbruch, einem Diebstahl ab einem Betrag von 100 fl oder sogar einem „mörderischen Angriff“ zu jeder Tages- oder Nachtzeit den Tätern auf allen Haupt- und Nebenwegen, „wo man dieselben einzuholen Hofnung haben könnte, schleunig und herzhafte nachzusetzen.“<sup>1934</sup> Die Aufsicht über die Organisation des Trupps kam den Ober- und Landvögten zu.<sup>1935</sup> Nach dem Bemerkten des Delikts sollte eine geschädigte Person unverzüglich eine Anzeige bei einem Unterbeamten des Dorfes machen und ihm alle Umstände der Tat sowie ein Signalement der Täter schildern. Der Unterbeamte alarmierte unverzüglich die Mitglieder des Verfolgungstrupps und bot, je nach Situation, noch weitere Personen auf. Danach eilte er zum Tatort, um ihn kriminalistisch zu untersuchen und eine Tatortbefundaufnahme zu erstellen.<sup>1936</sup> Das Mandat von 1787 verlangte nun von den Unterbeamten auch ein ausführliches Rapportwesen. „Alle Umstände aber die sie in Erfahrung bringen können, müssen deutlich zu Papier gebracht, und eine solche schriftliche Berichterstattung ohne Anstand der Orts-Obrigkeit überbracht, auch mündlich gehörig derselben erläutert werden. Diese wird alsdann verordnen, was neben den

---

<sup>1930</sup> StAZ III AAb 1.15, 11. April 1787. „Ordnung wie den Einbrüchen auf der Landschaft in Zeiten nachzusetzen sey“, 1787, in: Sammlung der Policygesetze 1793, sechster Band, Nr. VII, 95.

<sup>1931</sup> Die Auswertung des „Blauen Registers“ weist in der ersten Hälfte der 1780er Jahre eine erhöhte Zahl von Einbruchmeldungen auf. Ob diese jedoch tatsächlich nur fremden Bettlern und Vagierenden zuzurechnen sind, ist zumindest fraglich.

<sup>1932</sup> StAZ 61.6, 26. März 1787.

<sup>1933</sup> Ordnung gegen Einbrüche auf der Landschaft 1787, 95.

<sup>1934</sup> Ebd.

<sup>1935</sup> Ebd., 98.

<sup>1936</sup> Im Gutachten heisst es in einer schönen Formulierung, die Unterbeamten sollten ins „geschädigte Haus hinkehren, genau untersuchen, wie u. auf was Art und Weise der Einbruch geschehen, worinn der Diebstahl bestanden u. sich aller dabey vorgegangenen Umständen wohl erkundigen, so mit alles deutlich in Schrift verfassen u. so danne mit einem solch aufgenommenen Proces verbal sich ohne Omstand zu ihres Orths behörigen Obrigkeit verfügen, den geschehenen Einbruch u. Diebstahl umständlich anzeigen u. von solcher Stelle Befehl erwarten, ob aussert dem schon getroffenen Anstalten noch andere Verfügungen vorzukehren nothwendig befunden werden, u. allenfalls selbige auch pünktlich befolgen.“; StAZ 61.6, 26. März 1787, 2f.

bereits getroffenen Anstalten noch vorzunehmen seyn möchte, und sollen ihre Befehle von den Unterbeamten wiederum genau vollstreckt werden.“<sup>1937</sup>

Der Trupp der sechs Dorfbewohner hatte die Aufgabe, der Spur des Täters auf dem gesamten Gebiet des Standes Zürich zu folgen, bis sie sich verlor oder keine Aussicht mehr bestand, den Täter zu fassen. Auf ihrer Suche hatten sie insbesondere die Schleichwege und die Wälder in Augenschein zu nehmen. Der Trupp hatte das Recht, den Täter anzuhalten, ihn festzunehmen und ihn in jene Ortschaft zurückzubringen, in der die Tat verübt worden war. Es war anschliessend Sache der Dorfborgerschaft, weitere Untersuchungen anzustellen.<sup>1938</sup>

Die Ordnung von 1787 warnte ausdrücklich vor leichtfertigen Verhaftungen. Der Trupp musste sich bei einer Festnahme sicher sein, dass er den gesuchten Täter vor sich hatte. Die gestellten Personen durften nicht hart angefasst werden, wenn lediglich ein Verdacht auf eine Täterschaft oder allenfalls sogar nur auf eine Mittäterschaft bestand. Der Trupp war in einem solchen Fall aufgefordert, sich weit vorsichtiger zu verhalten. Er übergab die Person zu weiteren Abklärungen einem Dorfvorgesetzten.<sup>1939</sup>

Die Kirchgemeinde wählte sechs Männer für eine Periode von zwei bis drei Jahren. Sie konnte den Bestand des Trupps nach eigenem Gutdünken auch erhöhen. Die Kirchgemeinde musste besorgt sein, nach einem Rücktritt die frei gewordene Stelle sogleich wieder zu besetzen.<sup>1940</sup> Eine feste Besoldung der sechs Männer war nicht vorgesehen. Sie konnten jedoch eine angemessene Entschädigung oder im Erfolgsfall eine entsprechende Belohnung beantragen.<sup>1941</sup>

Die Fortschritte in der Verfolgung der Einbruchdiebstähle auf der Landschaft von 1787 waren frappant. Mit einer Loslösung von den Dorfwachen sowie der Schaffung eines neuen ordnungssichernden Organs zur Verfolgung von Dieben schien es auf einmal möglich zu werden, einen – wenn auch bescheidenen – Informations-, Einsatz- und Ermittlungsprozess zu schaffen, der die Reaktionszeit nach einem Vorfall mit einem klaren und flachen Meldeweg deutlich verkürzte. Das Mandat von 1787 erlaubte eine rasche Verfolgung des Täters mit einem überlegenen Kräfteansatz und schränkte damit die Handlungsfreiheit der Täter ein. Die Kombination aller drei Faktoren<sup>1942</sup> eröffnete wiederum den ordnungssichernden Organen eine reelle Chance, bei einem unmittelbaren Einsatz den Täter auch tatsächlich zu fassen. Schliesslich trug genau dieses Zusammenspiel dazu bei, eine präventive Wirkung zu entfalten.

Die ordnungssichernden Organe wurden zusätzlich durch die Möglichkeit eines finanziellen Anreizes motiviert und in ihrem Einsatz, zumindest auf dem Hoheitsgebiet von Zürich, nicht durch räumliche Beschränkungen behindert. Einen übereifrigen Einsatz bremste das Regiment

---

<sup>1937</sup> Ordnung gegen Einbrüche auf der Landschaft 1787, 97.

<sup>1938</sup> Ebd., 96.

<sup>1939</sup> Ebd., 96f. Dies stellte eine Verbesserung gegenüber den Vorschriften von 1755 dar. Noch im Landmandat wurde beim Fehlen eines offensichtlichen Täters derjenige als Schuldiger angesehen, der in der Tatnacht ohne Licht auf den Strassen und Gassen unterwegs gewesen war; vgl. Landmandat 1755, 241.

<sup>1940</sup> Ordnung gegen Einbrüche auf der Landschaft 1787, 96.

<sup>1941</sup> Ebd., 97.

<sup>1942</sup> Raum, Zeit und Kräfteansatz.

allerdings bewusst aus, indem es ein verhältnismässiges Vorgehen verlangte. Das Verhaftungsrecht des Trupps bezog sich nur auf Personen, die offensichtlich zur Täterschaft gehörten.

Die systematische Aufnahme der Signalelemente unmittelbar nach der Tat diente der Täteridentifizierung und war gleichzeitig ein Mittel, willkürliche Verhaftungen möglichst zu vermeiden. Eine erste Untersuchung des Tatorts sicherte zudem die Spuren, solange sie frisch waren. Dadurch waren gute Voraussetzungen für die richterliche Beurteilung des Falls gewährleistet. Abschliessend garantierte die schriftliche und mündliche Rapportpflicht der Unterbeamten, dass alle zentralen Informationen zum Fall zusammengetragen wurden und als Grundlage für die Beurteilung des weiteren Vorgehens dienten.

Was am neuen Mandat zur Verfolgung der Diebe auf der Landschaft aus der Sicht des Professionalisierungsansatzes hingegen unzureichend war, wird in folgenden beiden Aspekten deutlich: Die kriminaltechnische Tatortuntersuchung überliess das Regiment einem Unterbeamten der Gemeinde und die Kompetenz für das Bestimmen des weiteren Vorgehens, also der Führungsprozess, war einem Gemeindevorgesetzten übertragen. Beiden fehlten aber die fachlichen Voraussetzungen für ihre Tätigkeit. Im Gegensatz zu den Dorfwachen konnten jedoch beide in der Regel lesen und schreiben. Dagegen war die Oberaufsicht der Land- und Obervögte unangefochten, denn ihnen war ja auch die Vertreibung der fremden Krämer übertragen.

Die Verfolgung nach Einbrüchen und Diebstählen ging in der Stadt erst 1795 definitiv ins Pflichtenheft des Stadthauptmanns über.<sup>1943</sup> Er hatte unmittelbar nach einer Anzeige an den Tatort zu eilen, sich über die näheren Umstände des Vorfalls genau zu erkundigen, nötigenfalls „Lokal-Untersuchungen“ vorzunehmen und die „schleunigsten“ Vorkehrungen zu treffen, damit die Täter durch die Stadtwache, Harschiere oder auf „gut befindende Weise – wenn es je möglich – entdeckt werden“ sowie in wichtigen Fällen und falls er es aufgrund der Sicherheitslage für notwendig erachtete, in sichere Verwahrung gebracht werden konnten.<sup>1944</sup> In ausserordentlichen Fällen informierte der Stadthauptmann mündlich den Amtsbürgermeister über die Ereignisse und wartete seine weiteren Instruktionen ab.<sup>1945</sup>

## **6.14 Die Bildung des offenen Verbands der Harschierpatrouillen**

Der positive Beweis für den Aufbau eines effizienten Instruments zur Verfolgung von Verbrechern war mit der Schaffung des neuen Organs zur Verfolgung von Dieben auf der Zürcher Landschaft gelungen. Der Erfolg blieb vorläufig allerdings auf die kommunale Ebene beschränkt. Auf Regimentsebene fehlte nach dem Scheitern des Reformversuchs von 1783

---

<sup>1943</sup> StAZ A 81.2, „Instruktion für den Herrn Stadthauptmann, die Polizey der Stadt betreffend“, 12. Februar 1795. Vgl. dazu das Kapitel „Wahrung von Ruhe und Ordnung in der Stadt seit 1779“.

<sup>1944</sup> Instruktion 1795, 3f.

<sup>1945</sup> Ebd.



nach wie vor ein wirksames Mittel, um im gesamten Landesinneren und nicht nur in den Grenzzonen ebenso erfolgreich gegen das „fremde Gesindel“<sup>1946</sup> vorzugehen.

### 6.14.1 Die Schaffung moderner Polizeikorps in Österreich

Das Regiment hatte in den 1770er und 1780er Jahren die Erfahrung der Zunahme der Anzahl unerwünschter Personen gemacht.<sup>1947</sup> Die Problemwahrnehmung durch das Regiment entsprang nicht nur einem subjektiven Gefühl. Es können tatsächlich zwei Ursachen ausgemacht werden, die in den beiden Jahrzehnten den Druck auf die Eidgenossenschaft erhöhten.<sup>1948</sup> Zum einen trieben die österreichischen Behörden nach dem Schlesischen Krieg jeweils im Sommer und im Herbst ihr landesfremdes und nicht sesshaftes „Gesindel“ zusammen, um es über die bayerische und schwäbische Grenze abzuschieben. Die Aktionen der Österreicher sind in der Literatur als sogenannte „Wiener Schübe“ bekannt.<sup>1949</sup> Die thesesianischen und josefinischen Reformen führten ab 1776 in Österreich zur Etablierung von modernen Polizeikorps, die mit einer Fülle von neuen Kompetenzen eine effizientere Umsetzung der staatlichen Normen garantierten.<sup>1950</sup> Sie erzielten bei der Abschiebung des „fremden Gesindels“ über die Grenzen dadurch einen noch höheren Wirkungsgrad als bisher.<sup>1951</sup> Die negativen Folgen hatten freilich die Nachbarstaaten Österreichs zu tragen. Die schwäbische Territorialverwaltung, welche zuerst von den Abschiebungen betroffen war, war mit der Bewältigung des einströmenden „fremden Gesindels“ spätestens seit dem Beginn der 1780er Jahre überfordert.<sup>1952</sup> Sie hatte nämlich nicht nur die „Wiener Schübe“ zu bewältigen, sondern nach der intensivierten Tätigkeit der Gendarmerie in den linksrheinischen Gebieten zur selben Zeit auch einen Bettler- und Vagierendenanstieg aus Frankreich zu verkraften.<sup>1953</sup> Die Reaktion des Schwäbischen Kreises auf das einströmende „Gesindel“ war eine vermehrte Streifentätigkeit.<sup>1954</sup> Das „Strolchengesindel“ selbst wich den schwäbischen Streifen gerne aus<sup>1955</sup> und trieb so auch gegen die Grenzen der Eidgenossenschaft. In der Eidgenossenschaft selbst boten die grenznahen Gemeinen Herrschaften wie Baden, der Thurgau, das Rheintal, Sargans, aber auch Uznach und Gaster oder die st. gallisch-fürstbischlichen Gebiete mit ihren schwach entwickelten ordnungssichernden Organen nur einen geringen Widerstand gegen die unerwünschten Fremden. Diese Gebiete wirkten gar als Vakuum für das „fremde Gesindel“. Es war schliesslich nur eine Frage der Zeit, bis die Gauner aus den eidgenössischen Grenzregionen in das zürcherische Gebiet vordrangen.

---

<sup>1946</sup> So lautete nun in den Quellen oft die zusammenfassende Bezeichnung für fremde und unerwünschte Bettler, Krämer, Musiker, Strolche, Diebe und Gauner. Die Umschreibung wird hier übernommen, um in einer überzeichneten Weise die Zuspitzung der Lage am Ende des 18. Jahrhunderts auszudrücken. Damit ist, wie an anderer Stelle schon erläutert, jedoch noch keine Aussage über die tatsächliche Kriminalität der betroffenen Personen gemacht.

<sup>1947</sup> Vgl. zu den entsprechenden statistischen Angaben das Kapitel „Schaffung eines neuen Organs zur Verfolgung von Dieben auf der Landschaft“.

<sup>1948</sup> Leider liegen zur dieser Thematik keine Resultate der Migrationsforschung vor.

<sup>1949</sup> Ammerer, Heimat Strasse, 209 – 220; Fritz, Räuberbanden und Polizeistreifen, 234 – 236.

<sup>1950</sup> Gebhardt, Österreichische Polizei, 31 – 36.

<sup>1951</sup> Ebd., 34. Gerhard Ammerer stellt die mittel- und langfristige Wirksamkeit der Landesvisitationen allerdings in Frage; vgl. Ammerer, Heimat Strasse, 201.

<sup>1952</sup> Teufel, Verbrechensbekämpfung im 18. Jahrhundert, 141.

<sup>1953</sup> Ebd.

<sup>1954</sup> Ebd., 143.

<sup>1955</sup> Küther, Räuber und Gauner, 131.

Die Streifen und Vertreibungsaktionen waren zwischen den Nachbarstaaten der Eidgenossenschaft und den eidgenössischen Territorien nicht koordiniert. Es fand vorgängig auch kein institutionalisierter Informationsaustausch statt. Die Obrigkeit in Zürich konnte sich nur durch Zufälligkeiten auf neue Schübe von fremden „Bettlern, Strolchen, Dieben und Gaunern“ vorbereiten. Im Dezember 1783 erfuhr beispielsweise der Amtmann von Stein am Rhein lediglich „durch besondere Wachsamkeit“, dass die Schwäbische Kreisversammlung ein neues Bettelmandat beschlossen hatte und auf der nördlichen Seite des Rheins Streifen bevorstünden. Der Amtmann erwartete eine Flut von „Bettel- und Strolchengesind“ an der eidgenössischen Grenze. Er warnte die Obrigkeit in Zürich davor schriftlich.<sup>1956</sup> Der Grosse Rat nahm den Hinweis des Amtmanns dankbar entgegen und ordnete über die Patrouillenkommission „per Expressum“ auch in den Landvogteien Frauenfeld, Kyburg, Eglisau und Andelfingen an, „die nöthigen Massnahmen zur Sicherheit des Publici“ zu treffen, um das „Strolchengesindel“ abhalten zu können.<sup>1957</sup>

### 6.14.2 Die Harschiere auf der Landschaft

Das Problem verschärfte sich von Jahr zu Jahr.<sup>1958</sup> Es erforderte vom Regiment einen Ansatz, der das Problem nicht nur einer lokalen, sondern einer überregionalen und dauerhaften Lösung zuführte.

Der erste Anstoss dazu kam wiederum von aussen. Ein Schreiben des Landvogts der zürcherischen Herrschaft Sax im Rheintal von Ende 1785 beklagte die Zunahme von fremden Bettlern, Vagierenden und Migranten in der Region und fragte in Zürich um Rat nach.<sup>1959</sup> Das Regiment nahm aufgrund der Meldung aus Sax die Gelegenheit wahr, sich wieder einmal grundsätzlich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Es beauftragte die Patrouillenkommission, zum einen für die Gemeinde Sax ein Mandat zu erarbeiten und zum anderen für Zürich weitere Überlegungen anzustellen.<sup>1960</sup> Das Mandat für Sax lag bereits am 25. Januar 1786 vor.<sup>1961</sup> Es blieb in erster Linie von lokaler Bedeutung.

Die Patrouillenkommission nahm sich für die Erstellung des Zürcher Gutachtens ein ganzes Jahr länger Zeit. Sie setzte zunächst eine Ehrenkommission aus ihrer Mitte ein, die sich auftragsgemäss damit befusste, wie die „Sicherheitsanstalten“ verbessert werden könnten, um das Land von dem „darin sich aufhaltenden frömden schlechten Gesindel säubern zu lassen.“<sup>1962</sup> Die Ergebnisse der Ehrenkommission unterschieden sich kaum von den früheren Vorschlägen der Patrouillenkommission zur selben Frage. Das bekannte Set der Massnahmen wurde wiederholt und in einzelnen Punkten verschärft: An den Grenzen sollten ausserordentliche Mannschaften zur Abwehr des „Gesindels“ gebildet werden. Im Landesinnern war eine Verdoppe-

---

<sup>1956</sup> StAZ B II 1002, 29. Dezember 1783.

<sup>1957</sup> Ebd.

<sup>1958</sup> Vgl. dazu die entsprechenden Angaben im Kapitel „Schaffung eines neuen Organs zur Verfolgung von Dieben auf der Landschaft“.

<sup>1959</sup> StAZ B II 1010, 17. Dezember 1785.

<sup>1960</sup> Ebd. StAZ B II 1012, 28. Dezember 1785.

<sup>1961</sup> StAZ B II 1012, 25. Januar 1786.

<sup>1962</sup> StAZ 61.6, Bericht betr. Getroffener Sicherheitsanstalten zur Säuberung hiessiger Landen von Frömdem schlechtem Gesindel vom 31. Dezember 1787.

lung der Dorfwachen vorgesehen. Sie sollten sowohl am Tag wie in der Nacht innerhalb und ausserhalb der Gemeinden auf den Landstrassen und Nebenwegen fleissig patrouillieren, um dadurch die Raumüberwachung zu erhöhen. Exemplarische Strafen, so die Meinung der Ehrenkommission, hätten zusätzlich eine abschreckende Wirkung.<sup>1963</sup>

Die Anweisungen an die Dorfwachen weisen auf das gesteigerte Bewusstsein des Regiments hin, die Raumüberwachung im Landesinnern verdichten zu müssen, um markante Verbesserungen zu erzielen. Die Forderungen an die Dorfwachen waren jedoch alt und hatten in der Vergangenheit kaum je Früchte getragen. Der einzige neue Ansatz der Ehrenkommission bestand darin, das in Stadtnähe aufgegriffene „Gesindel“ nicht mehr den Obervögten, sondern einem „eigens hierzu bestelnden Cantzlist“ zur näheren Untersuchung zu überlassen.<sup>1964</sup>

Der Grosse Rat und der Kleine Rat nahmen das Gutachten der Patrouillenkommission am 12. Januar 1788 zur Kenntnis. Beide verlangten aber Änderungen.<sup>1965</sup> Diese fielen schliesslich einschneidender aus, als die kurze und allgemeine Bemerkung im Unterschreibermanual zunächst vermuten liess.<sup>1966</sup> Die Patrouillenkommission überarbeitete nach der Kritik ihren ersten Entwurf grundlegend. Sie publizierte die neue Version des Mandats 1788 unter dem schlichten Titel „Instruktion für die Harschiers erneuert und vermehrt“.<sup>1967</sup>

Die Räte und die Patrouillenkommission vollzogen mit der Instruktion von 1788 einen entscheidenden Wandel. Sie erweiterten den Grundauftrag der Patrouillenwächter von der Abwehr des von aussen eindringenden „Bettler- und Strolchengesindels“ auf die Prävention und die Verfolgung von Kriminalverbrechen und Freveln im Allgemeinen. Das Regiment überwand damit die Fixierung der Patrouillenwächter auf ein primär extern orientiertes Bedrohungsbild und erweiterte es auf eine umfassende Abwehr und Verfolgung auf dem gesamten Territorium. Die Instruktion von 1788 eröffnete damit auch die Möglichkeit für einen flächendeckenden Einsatz im Landesinnern. Der Wandel zeigte sich schliesslich auch in der Umbenennung der Patrouillenwächter in Harschiere und im Namenswechsel der Patrouillenkommission. Sie nannte sich fortan Patrouillenkammer.

Die Ausweitung des Auftrags an die neuen Harschiere war zu einer Notwendigkeit geworden. Die den fremden „Bettlern, Strolchen, Dieben und Gaunern“ zugeschriebene Kriminalität hatte auch wegen der mit ihr einhergehenden Rhetorik und Polemik jene Tatsache lange überdeckt, dass spätestens nach der Teuerungskrise von 1770/71 auch die (Armuts)kriminalität im Innern merklich angestiegen war. Ihr war vonseiten der Patrouillenkommission jedoch bisher kaum besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Sie galt lange als primäres Problem der Armenfürsorge.<sup>1968</sup>

---

<sup>1963</sup> StAZ A 61.6, 31. Dezember 1787.

<sup>1964</sup> Ebd. Die Gutachter schienen darüber nicht einig zu sein, wer die Untersuchungen führen soll. Ein Inquisitor wurde schliesslich zugunsten des Kanzlisten verworfen.

<sup>1965</sup> StAZ B II 1020, 12. Januar 1788.

<sup>1966</sup> Ebd. Die Änderungswünsche des Grossen Rats sind im Einzelnen nicht überliefert.

<sup>1967</sup> „Instruktion für die Harschiers, erneuert und vermehrt“, 1787, in: Sammlung der Policeygesetze 1793, sechster Band, Nr. IX. Die gedruckte Fassung des Mandats ist auf 1787 datiert. Es wurde jedoch 1788 verabschiedet.

<sup>1968</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Folgenloser Wandel der Bedrohungswahrnehmung“.

Die Kriminalität im Innern war gegen Ende des 18. Jahrhunderts nur noch sehr schwer in den ursprünglich religiösen Kategorien und nur noch bedingt mit den policeylichen Erklärungsansätzen für Verbrechen und Vergehen zu fassen. Eine Unterscheidung zwischen externer und interner Kriminalität war aus der Sicht der ordnungssichernden Organe schliesslich weder sinnvoll noch praktikabel. Räte und Patrouillenkommission hatten denn auch schon seit den 1760er Jahren begonnen, die Kriminalität als ein umfassendes Sicherheitsproblem der Landschaft anzusehen.<sup>1969</sup> Mit der Instruktion von 1788 war der Wandel nun auf der institutionellen Ebene zum Durchbruch gekommen.

Nach dem neuen Mandat von 1788 fiel, abgesehen von den schweren Kriminalverbrechen, die Verfolgung der meisten Verbrechen und Vergehen in die Kompetenz der neuen Harschiere. Ihr erweiterter Auftrag lautete nun: „ (...) als haben die Hochdieselben in Betracht, dass die Harschiers hierbey, sowohl durch Entfernung des verdächtigen Gesindels und der herum-schweiffenden Bättler, als auch durch Aufsuch- und Anhaltung der Frevler und Verbrecher, so wie überhaupt durch Verhütung von Unfugen (...)“ der Sicherheit im Allgemeinen und der Kriminaljustizpflege im Besonderen zu dienen.<sup>1970</sup>

Die fünf<sup>1971</sup> Harschiere der Landschaft waren nun nicht mehr lediglich für die Verfolgung der Verbrechen einer bestimmten Personengruppe zuständig, bei der aus der Sicht der Obrigkeit aufgrund deren sozialer und/oder geografischer Herkunft bereits festzustehen schien, aus welchen Gründen er oder sie die Tat verübt hatte. Ausschlaggebend war nun die rechtliche und kriminologische Einordnung der Tat und nicht mehr die des Täters selbst. Ein erster Schritt in diese Richtung war bereits im Mandat über die Verfolgung von Dieben auf der Landschaft erkennbar gewesen. Die neue Sichtweise auf eine Tat – und nicht mehr primär auf ihren Täter – war die Folge der Erweiterung des Aufgabenbereiches für die Harschiere. Sie war nicht rechtstheoretisch begründet.

Die Aufgabenzuteilung an die Harschiere war allerdings nicht exklusiv. Eine allgemeine und zentralisierte Zuständigkeit der Harschiere für die Prävention und die Verfolgung aller Kriminalverbrechen und Frevel, die sich theoretisch aus der „Instruktion für die Harschiers“ ableiten liesse, setzte sich bis zum Ende des Ancien Régime nicht durch. Andere ordnungssichernde Organe, wie beispielsweise die Dorfwächter, die Trupps der Kirchgemeinden, die Krämervertreiber, die Nachgänger oder die Spezialkommissionen, blieben weiterhin für „ihre“ spezifischen Verbrechen und Vergehen und „ihre“ Klientel zuständig. Die Harschiere konnten nach 1788 auch nicht die Vertreibung des „Strolchengsinds“ für sich allein beanspruchen. Das Regiment sah nach wie vor in den Dorfwachen das Hauptinstrument für dessen Bekämpfung.<sup>1972</sup> Ebenso erfüllten die Profosen weiterhin Aufgaben aus diesem Bereich. Dennoch bildete sich für die ordnungssichernden Organe, welche für die Abwehr der einheimischen oder fremden Bettler und Diebe eingesetzt wurden, eine übergeordnete Bezeichnung heraus. David von Wyss nannte 1796 im Rahmen seines engen Policeybegriffs die Harschiere, die

---

<sup>1969</sup> Ebd.

<sup>1970</sup> Instruktion 1788.

<sup>1971</sup> Züsli-Niscosì, Beiträge, 119.

<sup>1972</sup> Wyss, Politisches Handbuch, 367.

Dorfwachen und die Profosen ausdrücklich „herumstreifende Policydiener“<sup>1973</sup>. Der Einsatz der drei ordnungssichernden Organe zugunsten der öffentlichen Sicherheit und ihre patrouillierende Tätigkeit waren, abgesehen vom gemeinsamen Auftrag, die spezifischen Merkmale der „Policydiener“.

Das Gebot der Unantastbarkeit des politischen Systems hatte eine umfassende und einheitliche organisatorische Lösung der Sicherheitsfrage noch verhindert. Es mag auch der Grund dafür gewesen sein, dass sich die Patrouillenkammer bei der Reorganisation der Patrouillengewächter, obwohl sie noch immer unter dem Präsidium Werdmüllers stand, für das in Teilen der Eidgenossenschaft und im benachbarten südwestdeutschen Raum<sup>1974</sup> praktizierte Konzept der Harschiere<sup>1975</sup> und nicht für das von Werdmüller vier Jahre zuvor vorgeschlagene französische Konzept der Maréchaussée<sup>1976</sup> entschied.

Beiden polizeilichen Organisationsformen gemeinsam war ihr hauptsächlicher Einsatz gegen das „Strolchengesind“ auf dem flachen Land. Während die Maréchaussée als militärischer Verband galt, waren die Harschiere zivilen Behörden unterstellt. Die Definition der neuen Harschiere als militärischer Verband hätte in Zürich jedoch eine organisatorische Verschiebung von der Patrouillenkammer zur Wachtkommission bedeutet. Eine solche Aktion war auch aus machtpolitischen Überlegungen nicht opportun.<sup>1977</sup>

Der erweiterte Grundauftrag brachte für die Zürcher Harschiere zunächst eine Ausweitung des Kreises der verdächtigen Personen und der Auftraggeber mit sich. Der Kontakt zu diesen war abgestuft und unterschiedlich intensiv ausgestaltet.

Das Suchen und Auffinden des fremden „Diebs- und Strolchengsinds“ bildete das Schwergewicht der Tätigkeit der Harschiere.<sup>1978</sup> Sie erhielten die diesbezüglichen Befehle, wie bis anhin, vom Präsidenten oder von einem Mitglied der Patrouillenkammer. Die Befehlsausgabe an die Harschiere fand in der Regel anlässlich der vierzehntäglichen Sitzungen der Patrouillenkammer statt. Die Harschiere ersetzten bezüglich dieses Auftrags auch nach 1788 die Dorfwachen nicht.

Die Aufgabe, Frevler zu verfolgen, wurde in das Pflichtenheft der Harschiere 1788 neu aufgenommen. Die Verbindung der Harschiere zu den diversen Kommissionen und Kammern des Regiments, die mit Frevefällen betraut waren<sup>1979</sup>, lief normalerweise nicht direkt, sondern über den Stadthauptmann. Er gab in seiner Funktion als Mitglied der Reformationskammer, der Policykammer, der Jägerkommission, des Sanitätsrats, der Wachtkommission, der

---

<sup>1973</sup> Ebd. Vgl. dazu das Kapitel „Die Verengung des Policybegriffs im ‚Politischen Handbuch‘ von 1796“.

<sup>1974</sup> So z.B. in der Markgrafschaft Baden-Durlach.

<sup>1975</sup> Vgl. dazu: Wirsing, Gendarmeriekorps, 45 – 51 und Fritz, Rotte, 544 – 577. Ausserhalb der Eidgenossenschaft ist die Bezeichnung „Harschiere“ üblich.

<sup>1976</sup> Vgl. dazu: Lorgnier, Organisation et missions des maréchaussées, 51 – 61.

<sup>1977</sup> Vgl. zum Verhältnis der beiden Kommissionen: Züsli-Niscosi, Wacht- und Patrouillenkommision, 131 – 165.

<sup>1978</sup> Instruktion 1788, 105.

<sup>1979</sup> Zu den entsprechenden Kammern und Kommissionen sowie deren Mitgliedern vgl.: Memorabilia 1790, Teil II, 74 – 79. Zur Kontaktpflege vgl. weiter unten.

Fürkaufkommission und der Hintersässenkommission aus deren Zuständigkeitsbereichen Anweisungen an die Harschiere weiter oder erteilte die Befehle selbstständig.<sup>1980</sup>

Die Harschiere hatten schliesslich im Zusammenhang mit Kriminalfällen subsidiäre Aufträge zu erfüllen. Die Präsidenten der verschiedenen städtischen Tribunalien, der Stadthauptmann, die Nachgänger oder die Ober- und Landvögte erteilten den Harschieren diesbezüglich Anweisungen.

Aus allen drei Bereichen hatten die Harschiere die ihnen erteilten Aufträge entgegenzunehmen und gewissenhaft auszuführen. Die Instruktion von 1788 verpflichtete sie exklusiv an ihre Auftraggeber. Sie waren ausdrücklich nicht befugt, erhaltene Aufträge an Drittpersonen weiter zu delegieren.<sup>1981</sup> Nach jedem ausgeführten Befehl hatten die Harschiere ihrem Auftraggeber zudem mündlich zu rapportieren.<sup>1982</sup>

Die weiteren Neuerungen in der Instruktion von 1788 lassen sich gemäss dem Professionalisierungsansatz von Schöll wie folgt gruppieren:

#### *Führungs- und Informationsprozess*

Die Führungsstruktur änderte sich mit dem ausgedehnten Kreis der Auftraggeber. Die Harschiere blieben grundsätzlich weiterhin direkt der Patrouillenkammer unterstellt. Neu hingegen war die deutlich hervorgehobene Rolle des Stadthauptmanns, der die Funktion eines Inspektors der Harschiere bekam und dessen Befugnisse mit der Instruktion von 1788 von der Stadt auf die Landschaft erweitert worden waren. Mit dem Stadthauptmann gab es erste Ansätze zur Bildung einer übergeordneten, zentralen und fachlichen Führungsebene auf der Landschaft.<sup>1983</sup> Die Harschiere waren nun auch zwischen den ordentlichen Befehlsausgaben an die Anweisungen des Stadthauptmanns gebunden.<sup>1984</sup>

Beim Stadthauptmann lief der grösste Teil der relevanten Informationen zusammen. Als Kommandant der Stadtwache brachte er ferner nicht nur selbst breite Erfahrungen in der Ordnungssicherung mit, sondern garantierte eine personelle Kontinuität, die angesichts der vielen und häufig wechselnden politischen Befehlsgeber notwendig war. Gleichzeitig verkürzten sich wegen der Befugnisse des Stadthauptmanns die Befehlswege zwischen dem Befehlsgeber und dem Befehlsempfänger. Dies trug wiederum dazu bei, schneller als bisher auf unvorhergesehene Situationen zu reagieren. Mit dem unmittelbaren Rapportzwang waren die Auftraggeber ausserdem früher über die Situation vor Ort und den Erfolg oder Misserfolg einer Aktion im Bilde, was ihre Handlungsfreiheit erhöhte.

Die Patrouillenkammer führte ein strenges Kontrollregime über die Harschiere. Diese hatten auf ihren Patrouillengängen ein Heft mitzuführen, in dem die Gemeindevorgesetzten jeweils

---

<sup>1980</sup> Die militärischen Kommissionen, in denen der Stadthauptmann Mitglied war, sind hier nicht speziell erwähnt.

<sup>1981</sup> Instruktion 1788, 104.

<sup>1982</sup> Ebd., 104

<sup>1983</sup> Vgl. zur erweiterten Funktion des Stadthauptmanns seit 1784 das Kapitel „Ruhe und Ordnung in der Stadt“.

<sup>1984</sup> Instruktion 1788, 104.

den Durchgang der Harschiere in ihrem Dorf visierten. Wie die alten Patrouillenwächter erschienen auch die Harschiere nur alle zwei Wochen vor der Patrouillenkammer. Dabei wurden ihnen nicht nur neue Befehle und Anweisungen erteilt, sondern der Sekretär der Patrouillenkammer inspizierte ihre Waffe und besprach mit ihnen die Hefteinträge.<sup>1985</sup> Er konnte über die Unterschriften der Gemeindevorgesetzten gut nachvollziehen, ob ein Harschier die Vorgabe einhielt oder nicht und ob er seine Routen wöchentlich wechselte oder nicht.

Die Harschiere ihrerseits kontrollierten, wie zuvor die Patrouillenwächter, die als unzuverlässig geltenden Dorfwachen in unregelmässigen Abständen. Mit ihrem unangekündigten Erscheinen sollte verhindert werden, dass die saumseligen Dorfwachen die Ankunftszeit der Harschiere kannten und sich nur temporär entsprechend vorbildlich verhielten.<sup>1986</sup>

Allein durch die neuen führungstechnischen Massnahmen waren die Voraussetzungen für eine effizientere Verfolgung von Verbrechen und Vergehen geschaffen worden.

### *Einsatzprozess*

Die neue Instruktion von 1788 erlaubte es dem Regiment, mit den Harschieren einen Einsatzprozess aufzubauen, der im Vergleich zur Situation um 1780 einen relativ höheren Grad der Raumüberwachung und der Flexibilität erreichte.<sup>1987</sup> Das Geheimnis des Erfolgs lag jedoch nicht allein in der gesteigerten örtlichen Präsenz der Harschiere, sondern in der zusätzlich von ihnen geforderten aktiven Informationsbeschaffung. Diese war eng mit dem Führungs- und Informationsprozess verbunden.

*Kontrollsysteme sowie permanente Raumüberwachung:* Eine permanente Überwachung des Einsatzraums war selbstredend auch mit der Instruktion von 1788 nicht möglich. Sie enthielt jedoch so ausführlich abgefasste Vorschriften für die Harschiere wie kein anderes Mandat je zuvor. Das Einsatzkonzept der Harschiere für die Abwehr des „Diebs- und Strolchensinds“ entsprach nur noch in den Grundzügen jenem der Patrouillenwächter. Die Patrouillenkammer wies den fünf Harschieren, wie zuvor den Patrouillenwächtern, je einen Bezirk für ihre ordentlichen Patrouillengänge zu.<sup>1988</sup> Die Instruktion baute aber die Präsenz der Harschiere in

---

<sup>1985</sup> Ebd., 121.

<sup>1986</sup> Ebd., 120.

<sup>1987</sup> Das durch die Instruktion von 1788 flexibilisierte Vorgehen der Harschiere zeichnete sich bereits 1784 ab. Die Patrouillenkommission schrieb es in einer Weisung von 1784 fest, um damit „eine noch niemahls effectuierte, schon ofmahls aber gewünschte Maxime vorzukehren.“ Nachdem sich eine vom Kanton Schwyz herkommende Diebesbande an der Grenze des Kantons Zürich aufgeteilt hatte, um auf diese Weise einfacher über die Grenze zu kommen, schickte die Patrouillenkommission zwei ortskundige Patrouillenwächter ins Grenzgebiet zwischen Sihlbrugg und dem Hörnli. Die beiden Patrouillenwächter wurden mit mehreren bewaffneten Männern verstärkt. Der Trupp hatten den Auftrag, das Gebiet zu „durchstreifen und sorgfältig zu vigilieren, ob und was für verdächtiges Volk sich etwa da oder dort aufhalte, selbiges ohne verschohnen zu arretieren und mit Zuzug der nöthigen armierten Mannschaft zur näheren Untersuchung an das dasige Landvogteyamt zu überliefern.“ Die Patrouillenwächter berichteten nach der abgebrochenen Suche, dass man „auf den Gränzen nur gar nichts verdächtiges angetroffen, weil sowohl die von den benachbarten Lobl. Cantons Luzern, Schweiz und Zug angestellten scharfen Streiffungen“ seine Wirkung getan habe. Es halte sich dort „bey weitem nicht so viel verdächtiges Betelvolk“ auf wie zum Beispiel in der Vogtei der IV. Wachten. Die Patrouillenkommission nahm von diesen Aussagen erfreut Kenntnis. Sie sandte aufgrund der neuen Informationen eine neue Patrouille in die Vogtei der IV. Wachten aus. StAZ A.61.6, Weisung der Patrouillenkammer vom 7. Juni 1784.

<sup>1988</sup> Instruktion 1788, 102, 120. Wyss, Politisches Handbuch, 367. Die Bezirkseinteilung ist nicht überliefert.

ihren Bezirken deutlich aus. Sie hatten ihn nun einmal pro Woche zu durchstreifen, durften jedoch nicht jedes Mal dieselbe Route wählen, um das „Diebs- und Strolchengesind“ zu verunsichern. Bei den alten Patrouillenwächtern war die Anzahl der Patrouillengänge nicht genau festgelegt und die Wächter waren an eine feste Wegstrecke gebunden gewesen.

Die Präsenz der Harschiere beschränkte sich nicht mehr nur auf ihre physische Anwesenheit. Sie waren nun verpflichtet, sich während ihrer Patrouillengänge systematisch zu erkundigen, „ob in dem angewiesenen Bezirk oder in der Nachbarschaft desselben aussert oder in dem Canton von verdächtigem Gesindel etwas verspürt, oder irgend eine Freveltat von derley Pack verübt worden seye.“<sup>1989</sup> Die Harschiere sollten es jedoch vermeiden, jedes „leere und grundlose Geschwätz“ sogleich für wahr zu halten, sondern immer genau nachfragen und den Urheber der Gerüchte jederzeit nennen können.<sup>1990</sup>

Die Haupttätigkeit der Harschiere auf ihren Patrouillengängen bestand in der routinemässigen Überprüfung der neuralgischen Punkte des Kontrollsystems. Insbesondere achteten sie auf verdächtige Personen auf Nebenwegen, in abgelegenen Häusern und in Scheunen. Gleichermaßen schauten sie darauf, ob die Fluss- und Seefahren nicht mit verdächtigen Personen übersetzten. Das Regiment wollte damit vermeiden, dass es verdächtigen Personen zu leicht gemacht wurde, sich nicht wie vorgeschrieben auf den Hauptstrassen zu bewegen, oder ihnen gar ein Entkommen ermöglicht wurde.<sup>1991</sup>

*Unmittelbarer und gezielter Zugriff:* Die normale Tätigkeit der Harschiere bestand in diesen regelmässigen Patrouillengängen. Im Sinne einer Schwerpunktbildung sollten sie jedoch auch bei den Jahr- und Wochenmärkten in den Städten und Flecken ihres Bezirks anwesend sein. Diese Aufgabe war für die Harschiere neu.

Die Harschiere boten bei Festanlässen ihren „besten Dienst“<sup>1992</sup> den jeweiligen Gemeinden in Ergänzung zu den Dorfwachen „zur Beybehaltung guter Ordnung, Festmachung und Handhab der Frefler und Widerspännigen“ an.<sup>1993</sup> Bei Einsätzen solcher Art unterstanden die Harschiere nicht mehr der Patrouillenkammer, sondern sie waren der jeweiligen Ortsobrigkeit bzw. deren Unterbeamten zur Zusammenarbeit zugewiesen.<sup>1994</sup>

*Zuverlässige Personenidentifizierung sowie Durchsetzungsfähigkeit vor Ort:* Die drei neuen Kategorien – verdächtiges „Gesindel“, Frevler und Kriminalverbrecher – waren für die Harschiere unterschiedlich schwierig zu handhaben.

Die Identifizierung des verdächtigen „Gesindels“, d. h. der unerwünschten Bettler, falschen Krämer oder Steuersammler und anderen Vagierenden<sup>1995</sup> war ein vergleichsweise geringes

---

<sup>1989</sup> Instruktion 1788, 121.

<sup>1990</sup> Ebd.

<sup>1991</sup> Ebd., 108f.

<sup>1992</sup> Ebd., 122.

<sup>1993</sup> Ebd.

<sup>1994</sup> Ebd.

<sup>1995</sup> Dazu gehörten gemäss der Instruktion namentlich alle fremden Vagierenden, Schuhwachskugeln- Tinten-, Ring- und Bürstenkrämer, savoyische Scherenschleifer, Personen, welche sich selbst als Flüchtlinge bezeichne-



Problem. Sie waren, aus der Sicht der Obrigkeit, aufgrund ihres verdächtigen Aussehens relativ leicht zu erkennen.<sup>1996</sup> Ihnen gegenüber unterschieden sich die Verhaltensvorschriften vor und nach 1788 denn auch kaum. Die Instruktion übernahm sowohl die alte Klassifizierung in fremde, eidgenössische und eigene Bettler, in Steuersammler und in Handwerksgesellen, wie auch die Art, wie mit den Personen umzugehen sei, aus dem Dorfwatchenmandat von 1762 oder der Almosenordnung von 1762.<sup>1997</sup> In den Ablaufprozessen kam es zu einigen unwesentlichen Anpassungen bei der Verhaftung einer verdächtigen Person. Lediglich in einer Bestimmung ist eine Verschärfung festzustellen: Die Pässe, Patente und Steuerbriefe durften nicht älter als ein Jahr sein.<sup>1998</sup> Die neue Vorschrift ging auf den Ausbau der Patentkontrollen für fremde Krämer zurück.<sup>1999</sup>

Die Identifizierung von Frevlern und Kriminalverbrechern war ungemein schwieriger. Seit dem erweiterten Grundauftrag konnten und durften die Harschiere nicht mehr davon ausgehen, dass Personen, die rein äusserlich verdächtig erschienen, eine kriminelle Tat planten oder bereits verübt hatten und damit zum unerwünschten „Strolchen- und Bettelgesindel“ gehörten. Ebenso wenig durften die Harschiere gegen verdächtige Personen ein hartes Vorgehen wählen. Der neue, erweiterte Grundauftrag verlangte vielmehr eine Behandlung von verdächtigen Personen, welche der Schwere ihres Verbrechens oder Vergehens angemessen war. Die neue Instruktion erwartete im Vergleich zu den Patrouillenwächtern von den Harschieren ein weiter verfeinertes Einschätzungs- und Urteilsvermögen sowie eine differenzierte Handlungsweise und Einsatztaktik.

Die Instruktion gab den Harschieren sowohl das taktische Vorgehen für verschiedene Fälle als auch ein Ausschlussverfahren vor. Der einfachste Fall lag vor, wenn ein Frevler oder Kriminalverbrecher mittels eines Signalements oder Steckbriefs gesucht wurde. Es erlaubte eine gezielte Suche im zugewiesenen Bezirk. Die Harschiere hatten sich vor einer Suche in ihrem Bezirk zunächst bei der Patrouillenkammer oder beim Stadthauptmann nach möglichst genauen Angaben über gesuchte Frevler oder Kriminalverbrecher zu erkundigen bzw. bei einer Befehlsausgabe wurde ihnen ein Signalement mitgegeben. Eine schriftliche Personenbeschreibung konnte den Harschieren jedoch nur in wenigen Fällen abgegeben werden. Im Normalfall blieb es bei einer mündlichen Personenbeschreibung der gesuchten Person. Die Harschiere übertrugen die erhaltenen Angaben in ein eigens dafür bestimmtes Taschenbuch und waren aufgefordert, das erhaltene Signalement bei Gelegenheit auch ihren Kameraden zur Weiterverbreitung mitzuteilen. Die Mitglieder der Patrouillenkammer waren befugt, die Signalementsbücher zu kontrollieren.<sup>2000</sup>

Wenn von einer gesuchten Person aber kein Signalement bekannt war, änderte die Patrouillenkammer ihre Einsatztaktik. Die Kammer selbst oder der Stadthauptmann wies in einem

---

ten, Proselyten, ausländische Soldaten und Deserteure, Matrosen, Spiel- und Tischhalter und andere, unbekannte „verdächtige Krämer, lüderliche Weibspersonen ac.“. Vgl. Instruktion 1788, 105.

<sup>1996</sup> Ebd.

<sup>1997</sup> Ebd., 105 – 108.

<sup>1998</sup> Ebd., 105.

<sup>1999</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Ausbau der Patentkontrollen für fremde Krämer“.

<sup>2000</sup> Instruktion 1788, 112.

solchen Fall einem Harschier eine bestimmte Strasse auf der Landschaft zu, auf der er „zur Ausspähung des um die Wege befindlichen verdächtigen Strolchen-Gesindels“ aufmerksamer als sonst patrouillieren musste.<sup>2001</sup> In besonders schweren Kriminalfällen konnte eine Art Sonderfahndung eingeleitet werden.<sup>2002</sup> Die Patrouillenkammer oder der Stadthauptmann setzte die Harschiere in „dringenden Expeditionen“ je nach Situation und Umständen gezielt an neuralgischen Punkten oder auf Teilen des Strassen- und Wegnetzes ein.<sup>2003</sup> Die Leitung war in solchen Fällen in der Einsatzführung der Harschiere frei und konnte sie lageabhängig an einer geeigneten Stelle der Landschaft platzieren.<sup>2004</sup>

Der Fall, dass eine verdächtige Person mit oder ohne Signalement gezielt gesucht wurde, bildete die Ausnahme. Im Alltag trafen die Harschiere auf verdächtig erscheinende Personen und konnten erst durch ein systematisiertes Ausschlussverfahren, das in der Instruktion festgelegt war, zu einer Kategorisierung gelangen. Einen ersten Anhaltspunkt gab ihnen dabei der Ort, wo der Harschier eine Person antraf. Lag die Stelle ausserhalb des Kontrollsystems, d. h. bei abgelegenen Häusern, Höfen und Dörfern sowie auf Nebenwegen oder in der Nähe von Fähren, begann der Harschier, sein Gegenüber einzuschätzen. Die Instruktion gab zunächst vor, einen einfachen Bettler, Vagierenden, Migranten, Krämer oder anderes „Gesindel“ auszuschliessen.<sup>2005</sup> In einem zweiten Schritt ging es um die Abklärung, ob eine Person einem Signalement entsprach oder nicht. War eine gewisse Übereinstimmung mit dem vorgegebenen Signalement ersichtlich, so konnte die verdächtige Person mit der Hilfe eines Ortsbeamten oder des Hauspatrons angehalten werden. Der Harschier überprüfte die Schriften oder Pässe der Person und erkundigte sich nach ihrer Reiseroute und ihren Absichten. Der Harschier durfte gegebenenfalls die Taschen und die Gepäckstücke durchsuchen, falls sich die kontrollierte Person durch falsche Antworten auf seine Fragen verdächtig gemacht hatte. Er war schliesslich befugt, den Beargwöhnten in die Stadt zu bringen, wenn sich der Anfangsverdacht durch seine Kontrollen erhärtet hatte. Dies war auch möglich, wenn keine hundertprozentige Übereinstimmung mit einem Signalement vorhanden war. Kraft seines Amtes konnte der Harschier vom Dorfbeamten oder vom Hausherrn verlangen, ihm beim Transport der verdächtigen Person in die Stadt behilflich zu sein.<sup>2006</sup>

Harschiere durften Personen, die einem Signalement eindeutig entsprachen, oder bei denen die Durchsuchung der Effekten klare Hinweise auf eine kriminelle Tat hervorbrachten sowie „bekannte Gauner und schlechte Burschen“ fesseln und ihnen ein Daumeneisen anlegen. Damit sollte nach der Verhaftung eine Flucht verhindert werden.<sup>2007</sup>

---

<sup>2001</sup> Ebd.

<sup>2002</sup> Ebd., 107f.

<sup>2003</sup> Ebd., 112f.

<sup>2004</sup> Ebd., 112. Die Instruktion beschreibt dieses Konzept nicht im Detail, es geht jedoch aus den einzelnen Vorschriften und ihren Zusammenhängen deutlich hervor.

<sup>2005</sup> Vgl. für das Vorgehen in diesen Fällen weiter oben in diesem Kapitel.

<sup>2006</sup> Instruktion 1788, 112f.

<sup>2007</sup> Ebd., 113. Eine andere Bestimmung in der Instruktion sagt jedoch aus, dass nur Verbrecher, die schon eine Strafe abgesessen hatten und nun ein zweites Mal verhaftet wurden, gefesselt und ihnen ein Daumeneisen angelegt werden durfte; vgl. ebd., 111.

Die Dorfbeamten waren verpflichtet, die Harschiere zu unterstützen.<sup>2008</sup> Der Einsatz der Waffe als Drohinstrument bei Verhaftungen von Einbrechern, Dieben oder Strassenräubern sowie beim Gefangenentransport war hingegen nicht erlaubt.<sup>2009</sup> Die Waffe der Harschiere war nur zum Erlegen von „tauben und wilden“ Tieren sowie zur Selbstverteidigung gedacht.<sup>2010</sup> Die Einsatzvorschriften für die Waffe änderten sich im Falle von Verhaftungen von „todeswürdigen Verbrechern“. In solchen Fällen hielt der Harschier eine verdächtige Person zunächst an, befragte sie und durfte sie bei einer nicht „sattsamen Rechtfertigung oder dem geringsten überbleibenden Zweifel“ verhaften und in die Stadt abführen.<sup>2011</sup> Vor dem Gefangenentransport war der Harschier jedoch verpflichtet, die Warnung auszusprechen, dass auf jeden, der „sich widersetze, abweiche, oder gar sich flüchtig mache“, geschossen werde.<sup>2012</sup> Der Harschier durfte bei Widerstand allerdings nur in dem Masse Gewalt anwenden, wie es notwendig war, um sich selbst zu verteidigen und um sich der Widerstand leistenden Person wieder zu bemächtigen.<sup>2013</sup> Bei einer Flucht musste der Harschier zunächst versuchen, den Fliehenden ohne Waffe wieder einzufangen. War dies nicht möglich, durfte er nur auf die Beine zielen. Traf der Schuss nicht und der Harschier war allein auf Patrouille, konnte er bei den nächstgelegenen Häusern oder Dörfern Bewohner zum Nachsetzen der geflohenen Person aufbieten.<sup>2014</sup> Der Harschier durfte nichts unterlassen, um die flüchtende Person, die sich nun umso mehr verdächtig gemacht hatte, wieder einzufangen.<sup>2015</sup>

Einfache Frevler und Personen, denen nur ein geringes Verbrechen zur Last gelegt wurde, bedrohte der Harschier bei deren Verhaftung nicht mit der Waffe. Beim Fluchtversuch eines Frevlers war es ihm auch nicht erlaubt, auf diesen zu schießen. Der Harschier musste stattdessen die Behörden der nächstgelegenen Ortschaft auffordern, eine Mannschaft zusammenzustellen, die ihm bei der Suche nach dem Flüchtenden behilflich sein konnte.<sup>2016</sup>

Der Patrouillenkammer war durchaus bewusst, dass die Harschiere eine „schwirrige Berufspflicht“ zu erfüllen und Situationen zu bewältigen hatten, die nicht allein von ihrer Person, sondern durch eine Reihe von „widrigen Zufällen“ beeinflusst werden konnten.<sup>2017</sup> Die Kammer verlangte daher von den Harschieren unter Androhung von Sanktionen, sich genau an die Vorschriften in der Instruktion zu halten, insbesondere nicht durch ein Versäumnis einen Verbrecher entweichen zu lassen oder fahrlässig mit der Waffe umzugehen.<sup>2018</sup>

*Qualität der ordnungssichernden Organe:* Die Anforderungen an die Harschiere waren gegenüber denjenigen an die Patrouillenwächter weiter angestiegen. Bei der Auswahl der Harschiere legte die Patrouillenkammer nach 1788 ausser auf die körperlichen und intellektuellen Voraussetzungen noch grösseren Wert auf die Persönlichkeit der Kandidaten. Ein Harschier

---

<sup>2008</sup> Ebd., 111.

<sup>2009</sup> Ebd., 111, 113.

<sup>2010</sup> Ebd., 110f.

<sup>2011</sup> Ebd., 113.

<sup>2012</sup> Ebd.

<sup>2013</sup> Ebd., 113f; vgl. auch 111.

<sup>2014</sup> Ebd., 114.

<sup>2015</sup> Ebd.

<sup>2016</sup> Ebd., 110.

<sup>2017</sup> Ebd., 114.

<sup>2018</sup> Ebd.

musste ehrbar, sauber und pünktlich sein, sich eines „nüchternen Wandels“ befleißigen, sich nicht bestechen lassen und unparteilich sein, damit er überhaupt in der Lage war, seinen Beruf tüchtig und unverdrossen auszuüben.<sup>2019</sup> Um die Gefahr der Bestechlichkeit zu vermindern, waren den Harschieren Nebenbeschäftigungen und die Inrechnungstellung von ausserordentlichen Diensten nun komplett untersagt.<sup>2020</sup>

Die Harschiere trugen üblicherweise die vorgeschriebene Montierung mit dem Lederzeug sowie dem Ober- und Untergewehr und hatten sauber zum Dienst zu erscheinen.<sup>2021</sup> Seine persönliche Waffe und die dazugehörige Munition waren vom Harschier stets in Ordnung zu halten, denn sie konnten bei den Befehlsausgaben vor der Patrouillenkammer ohne Vorankündigung inspiziert werden.<sup>2022</sup>

### 6.14.3 Die Stadtharschiere

Unter der Bezeichnung Harschiere patrouillierten bereits seit 1770 sechs Stadtpatrouillenwächter vor den Stadtmauern. Sie kontrollierten seit 1779, entsprechend den Patrouillenwächtern der Landschaft, die Dorfwächter in der Umgebung der Stadt.<sup>2023</sup> Ihr weiteres Einsatzspektrum ist für die Zeit zwischen 1741 und 1787 nicht geklärt. Erst die „Instruction für die Harschiers“ von 1788 schaffte diesbezüglich Klarheit. Sie formulierte für die sechs Stadtharschiere ein eigenes Pflichtenheft.

Die Instruktion von 1788 übertrug den Hauptauftrag der Landharschiere auf die städtischen Verhältnisse und ergänzte eine bestehende Lücke im städtischen Wachtsystem. Als Organ der Patrouillenkammer war es die Hauptaufgabe der Stadtharschiere, die Stadt von „Strolchen- und Bättel-Gesind“ „sauber zu halten“. <sup>2024</sup> Die Stadtharschiere waren aber keine Konkurrenz zu den Patrouillen der Stadtwache, weil zum einen die Kontrollgänge der Harschiere während des Tages, die Patrouillen der Stadtwache hingegen vorwiegend in der Nacht stattfanden. Zum anderen hatten die Stadtharschiere nur einen sekundären Auftrag, Frevler zu verfolgen.

Aus der Instruktion von 1788 lässt sich ein möglicher Tagesablauf der Stadtharschiere rekonstruieren. An gewöhnlichen Wochentagen begaben sich die Stadtharschiere zum Rathaus, meldeten sich beim Stadthauptmann und erkundigten sich bei ihm, ob sich in der Nacht nicht ein Vorfall ereignet hätte, „was einige Nachsuchungen oder sonstige Dienste“ von ihnen erfordern würde.<sup>2025</sup> Der Stadthauptmann gab ihnen je nach Lage dringliche Anweisungen oder schickte sie auf den ordentlichen Patrouillengang. Ihr Weg führte die Stadtharschiere zunächst zu den Stadtporten. Sie erkundigten sich bei den Stadtwächtern an den Porten, ob Personen in die Stadt gelangt waren, die Argwohn erweckten und auf die sie ein besonders wachsames

---

<sup>2019</sup> Ebd., 103.

<sup>2020</sup> Ebd., 103, 122.

<sup>2021</sup> Ebd., 103.

<sup>2022</sup> Ebd., 109.

<sup>2023</sup> Die Harschiere der Stadt waren, wie ihre Kollegen der Landschaft, der Patrouillenkammer unterstellt. Die Patrouillenwächter der Stadt hingegen waren der Wachtkommission unterstellt; vgl. Züsli-Niscosi, Wacht- und Patrouillenkommission, 137.

<sup>2024</sup> Instruktion 1788, 105.

<sup>2025</sup> Ebd., 115.

Auge haben müssten.<sup>2026</sup> Anschliessend durchstreiften alle Harschiere gleichzeitig und auf sich kreuzenden Wegen die Stadt und markierten vor allem gegenüber den üblichen Verdächtigen, die trotz der Wachen an den Porten in die Stadt hinein gekommen waren, Präsenz.<sup>2027</sup> Die Stadtharschiere sprachen „alle Vagabonden von zweydeutigem Aussehen“<sup>2028</sup> an und fragten nach, durch welche Porte sie eingetreten waren. Verdächtige Personen nahmen sie fest, brachten sie zunächst zum Stadthauptmann oder zu einem Mitglied der Patrouillenkammer. Dieser sprach einen Verweis oder eine angemessene Strafe aus. Die Stadtharschiere begleiteten darauf die eben bestrafte Person zur selben Porte zurück, durch die sie in die Stadt gelangt war, um sie aus der Stadt zu begleiten. Dieser Rauswurf fand nicht statt, ohne dass die Person zuvor noch der Wachmannschaft mit der deutlichen Mahnung des Stadtharschiers vorgeführt wurde, „dergleichen Burschen nicht mehr in die Stadt hineinzulassen.“<sup>2029</sup> Selbstverständlich war eine entsprechend negative Meldung der Stadtharschiere über die nachlässige Pflichterfüllung der Stadtwächter und allenfalls der städtischen Bettelvögte bzw. Profosen bei der vorgesetzten Stelle die unausweichliche Folge.<sup>2030</sup>

Die Stadtharschiere führten unverdächtige Bettler, sofern sie nicht bereits durch die Bettelvögte aufgegriffen worden waren, sowie fechtende Handwerksgesellen zum Almosenkloster. Dort wurden sie durch den dortigen Wächter kontrolliert und der ihnen zustehende Zehrpfennig ausgehändigt.

Das Pflichtenheft der Stadtharschiere verlangte, Steuersammler ohne obrigkeitliche Bewilligung „zu erhaschen“ und sie mitsamt den Steuer- und Bettelbriefen zu einem Verordneten der Patrouillenkammer zu führen. Nach dem Spruch des zuständigen Kammermitglieds warteten die Stadtharschiere die weiteren Befehle ab. In der Regel begleiteten sie den unerwünschten Steuersammler hernach aus der Stadt, allerdings nicht ohne Zwischenhalt in den Wachtstuben aller Porten. Die Soldaten der Stadtwachen hatten die Person zu „consignieren“, d. h. sie vorzumerken, damit sie bei einem zweiten Versuch, in die Stadt zu kommen, abgewiesen werden konnten.<sup>2031</sup>

Die Stadtharschiere versahen ihren Dienst auch über die Mittagszeit, allerdings in einer reduzierten Besetzung.

In den Nachmittagsstunden rapportierte jeweils ein Stadtharschier dem Stadthauptmann und den aufsichtshabenden Mitgliedern der Patrouillenkammer mündlich über seine Tätigkeit sowie über die Arbeit seiner Kollegen und nahm allenfalls weitere Befehle entgegen.<sup>2032</sup> Der Dienst der Stadtharschiere konnte sich bei einer neuen Auftragserteilung bis in die Nacht ver-

---

<sup>2026</sup> Ebd.

<sup>2027</sup> Die Instruktion verweist an dieser Stelle ausdrücklich auf alle Arten von Vagierenden, Bettlern und Soldaten, die ins Visier der Stadtharschiere gerieten. Ebd., 115.

<sup>2028</sup> Ebd., 118.

<sup>2029</sup> Ebd.

<sup>2030</sup> Ebd.

<sup>2031</sup> Ebd. Ob die Consignation schriftlich erfolgte oder die Harschiere sich nur aufs Gedächtnis der Stadtwächter verliessen, ist nicht klar.

<sup>2032</sup> Ebd., 116.

längern. Der Dienst endete jedoch normalerweise bei einbrechender Nacht, d. h., wenn die Porten geschlossen wurden.<sup>2033</sup>

An Tagen mit Wochenmärkten regelten einige Stadtharschiere auch den Verkehr, um ein „Gesperr der Wagen zu verhüten und Fuhrleute zur Ordnung“ zu weisen.<sup>2034</sup> Dies war gegenüber ihren Kollegen der Landschaft eine zusätzliche Aufgabe. Dagegen waren die Pflichten für Harschiere während Messen und Jahrmarktstagen nicht neu. Bei Grossereignissen dieser Art waren die Stadtharschiere zu einer besonders sorgfältigen Diensterfüllung aufgerufen. Sie hatten insbesondere an jenen Stellen anwesend zu sein, an denen sich ein grosses Gedränge befand. Die Harschiere mussten sich bereithalten, jederzeit gegen alle Unordnung und gegen jeden Lärm vorzugehen. Darüber hinaus mussten sie bei „Diebereyen oder andern Frefeln“ sofort eingreifen, um den „Thäter zu entdecken und aufzufangen.“<sup>2035</sup>

Die harte Vorgehensweise der Stadtharschiere gegenüber den verdächtigen Personen galt merkwürdigerweise nur unter der Woche. An Sonntagen waren nur drei der sechs Stadtharschiere unterwegs. Sie trugen keine Montur, waren aber mit Stock und Seitengewehr bewaffnet. Ihre Vorgehensweise war im Vergleich zu den Wochentagen stark vereinfacht. Sie griffen lediglich die verdächtigen Bettler auf und schafften sie in aller Stille aus der Stadt hinaus.<sup>2036</sup>

Der Aktionsradius der Stadtharschiere beschränkte sich nicht nur auf das Gebiet innerhalb der Stadtkreuze. Wie im ursprünglichen Konzept der Patrouillenwächter vorgesehen, durchstreiften die Stadtharschiere auf Befehl des Stadthauptmanns gelegentlich die Gegend im weiteren Umfeld der Stadt. Sie suchten die dortigen Wirts- und Schenkhäuser auf und erkundigten sich nach den Gästen. Gab ihnen der Wirt unrichtige Angaben oder kam den Stadtharschieren eine Person suspekt vor, waren die Stadtharschiere befugt, den Verdächtigen einem Unterbeamten des entsprechenden Dorfes vorzuführen. Sie waren auch berechtigt, den Dorfbeamten aufzufordern, die verdächtige Person auszuschaffen. Der Stadtharschier verzeigte einen säumigen Wirt, der seiner Meldepflicht nicht nachgekommen war, beim Präsidenten der Patrouillenkammer oder beim Stadthauptmann.<sup>2037</sup>

---

<sup>2033</sup> Ebd. Auch der Stadthauptmann oder andere Mitglieder der Patrouillenkammer konnten Befehle erteilen, welche die Arbeitszeit der Stadtharschiere in die Nacht hinein verlängerten. Ebd., 115f.

<sup>2034</sup> Ebd., 119.

<sup>2035</sup> Ebd.

<sup>2036</sup> Ebd., 116.

<sup>2037</sup> Ebd., 116f.

#### 6.14.4 Zwischenfazit XII

Der Rats- und Bauherr Johannes Werdmüller wollte mit seinem an die französische Maréchausée angelehnten Konzept die offenen, aber dennoch blinden Augen der ordnungssichernden Organe der Zürcher Landschaft sehend machen.<sup>2038</sup> 1783 war er mit einem Reformvorschlag an der politischen Machbarkeit dieses Projekts gescheitert. Nur fünf Jahre später präsentierte sich die Lage der ordnungssichernden Organe der Landschaft grundlegend anders: Aus dem funktionierenden, aber weitgehend selbstständig und vornehmlich an der Grenze agierenden System der Patrouillenwächter machte die Instruktion von 1788 einen geführten, aber noch offenen Verband von Harschierpatrouillen. Die Harschiere durchstreiften nun vornehmlich das Landesinnere, zeigten bewusst Präsenz, erschienen in unregelmässigen Abständen und an nicht vorhersehbaren Orten ihres Bezirks, verhielten sich im Vergleich zu den Dorfwächtern, welche diese Aufgabe im Landesinnern zuvor zu erfüllen gehabt hatten, nicht mehr passiv, sondern forschten aktiv nicht mehr bloss nach dem „fremden Strolchegeist“, sondern auch nach Kriminalverbrechern und Frevlern. Ausserdem lag die Verantwortung für einen sicheren Transport der verhafteten Personen in die Stadt wieder eindeutig bei den Harschieren.

Die Instruktion von 1788 liess sich vom Gedanken leiten, dass über die gezielte Beschaffung von Informationen verbesserte Kenntnisse über den Aufenthalt der „Strolche, Diebe und Räuber“ sowie über verübte Kriminalverbrechen und Freveltaten erlangt werden konnten. Mit der Etablierung eines regelmässigen Informationsaustauschs zwischen Befehlsgebern und Harschieren, einer organisierten Informationsweitergabe unter den Harschieren sowie einer strikten Kontrolle der Disziplin der einzelnen Harschiere begannen sich seit 1788 der Führungs- und der Informationsprozess einzuspielen und mit dem Einsatzprozess zu verbinden. Das noch rudimentäre Zusammenspiel der beiden Prozesse ermöglichte es den Harschieren, innerhalb des bestehenden Kontrollsystems gezielt neuralgische Punkte zu überprüfen und, falls notwendig, entschlossen, aber dank ausformulierter taktischer Einsatzvorschriften angemessen zu handeln. Die Einsatztaktik der Harschiere war auf die Schwere des Vergehens oder Verbrechens ausgerichtet. Mit der Realisierung der beiden Prozesse versetzte sich das Regiment in die Lage, mit den Harschieren die gewünschte präventive Wirkung zumindest teilweise zu entfalten.

An der Schnittstelle der Informationsvermittlung zwischen den Kommissionen und den Harschieren befand sich der Stadthauptmann, der sich zur zentralen Führungsfigur des offenen Verbands der Harschierpatrouillen entwickelte. Die noch schwache, aber durchaus sichtbare Herausbildung einer übergeordneten fachlichen Führungsebene war erst möglich geworden, nachdem die Räte 1783 der Patrouillenkommission die Kompetenz übertragen hatten, die Grenzwachen nach ihrer eigenen Lagebeurteilung anzuordnen und zu befehlen.

Die Schwächen des offenen Verbands der Harschierpatrouillen zeigten sich in den folgenden fünf Punkten:

---

<sup>2038</sup> StAZ A 61.6, 27. Dezember 1782 und 23. Januar 1783

Erstens war die Verbreitungsgeschwindigkeit der Informationen innerhalb des offenen Verbands immer noch zu langsam. Die einzelnen Harschiere erschienen nur alle zwei Wochen zum Rapport. Es verstrich zu viel Zeit zwischen einem Ereignis und der Reaktion der Harschiere vor Ort. Die Instruktion versuchte dem Mangel entgegen zu wirken, indem sie die Harschiere verpflichtete, zumindest die Signalelemente von gesuchten Personen untereinander weiter zu geben.

Zweitens war die Vielzahl der möglichen Auftraggeber ungünstig. Für jeden Bereich<sup>2039</sup> waren unterschiedliche Ansprechpartner mit unterschiedlichen Ansprüchen und unterschiedlichen Verfahren und Kompetenzregelungen vorhanden. Die Situation wurde bis zu einem gewissen Mass durch die Person des Stadthauptmanns gemildert. Er konnte aufgrund seiner gleichzeitigen Mitgliedschaft in diversen Gremien eine informelle Koordinationsfunktion ausüben.

Drittens war die Anzahl der Harschiere im Verhältnis zur Fläche des Kantons und zur Bevölkerung zu gering. Das Regiment beliess die Zahl der Landharschiere auf fünf; hinzu kamen sechs Stadtharschiere. Entsprechend limitiert war die Präsenz der Harschiere der Landschaft in ihren Bezirken.

Viertens reichten die Möglichkeiten der Harschiere nicht aus, um eine Flucht verdächtiger Personen zu verhindern. Das entschlossene Handeln der Harschiere stiess in einer Begegnungssituation mit renitenten Frevlern oder Kriminalverbrechern an rechtliche Grenzen. Die Einschränkungen durch die Instruktion erlaubten den Einsatz von wirksamen Mitteln und Hilfen zur Verhinderung einer Flucht oder zum Wiedereinfangen einer während des Gefangenentransports geflohenen Person nur unter bestimmten Bedingungen. Die Voraussetzungen waren in der Regel erst dann erfüllt, wenn sich die geflüchtete Person bereits ausser Reichweite des Harschiers befand. Dennoch standen die Harschiere unter grossem Druck, Gefangene sicher abzuliefern.

Fünftens war das Verhalten der Harschiere gegenüber dem „fremden Gesindel“ von Vorurteilen geprägt. Beim Regiment herrschte nach wie vor die Meinung, fremde unerwünschte Personen könnten allein aufgrund ihres Aussehens erkannt werden. Einen gewissen Schutz vor willkürlichen Verhaftungen bot nur ein gültiges obrigkeitliches Bewilligungsschreiben.

Die Trupps der Kirchgemeinden kompensierten die Schwächen der Harschiere nur teilweise. Sie wiesen zwar eine hohe Reaktionsgeschwindigkeit und einen ebenfalls funktionierenden Informations- und Führungsprozess auf, waren aber ein rein reaktives Instrument. Ebenso bleibt zu berücksichtigen, dass parallel zu den Harschieren zeitlich und örtlich weiterhin Dorfwächter, Profosen, landvogteiliche und kommunale Beamte, Krämervertreiber und allenfalls andere, vereinzelt, aber sehr spezifizierte Akteure oder gar Zivilpersonen als ordnungssichernde Organe auf der Landschaft wirkten. Die Harschiere waren in der Umsetzung ihrer Aufgaben, insbesondere bei Verhaftungen und der Begleitung von gefangen genommenen Personen, auf ihre Unterstützung angewiesen.

---

<sup>2039</sup> „Fremdes Gesindel“, Frevler und Kriminalverbrecher.



Der mittel- und langfristige Erfolg der Trupps der Kirchgemeinden und der Harschiere blieb nicht aus. In den 1790er Jahren sank die Zahl der Einbruchs- und Diebstahlsanzeigen im „Blauen Register“ signifikant, obwohl 1790 ein Teuerungsjahr war, das die arbeits- und brotlosen einheimischen Bettelscharen wieder auf rund 20% der Landbevölkerung anwachsen liess.<sup>2040</sup> Ebenso schien der Druck von aussen nachzulassen. Bis 1800 verzeichneten die Zürcher Archive nur noch zwei zusätzliche Gauner- und Diebslisten.<sup>2041</sup>

Die Fortschritte, die durch die Bildung des offenen Verbands von Harschierpatrouillen erzielt werden konnten, dürfen das Delta zum Professionalisierungsansatz nicht überdecken. Es ist in allen drei Prozessen auszumachen.

Gemessen am Modell mangelte es im *Führungs- und Informationsprozess* nach wie vor an einer zentral geleiteten Einsatzführung der Harschiere. Die unmittelbare Leitung durch den Stadthauptmann blieb beschränkt. Dieser Mangel hat nicht unwesentlich mit den Kommunikationsstrukturen zu tun. Informationen und Anweisungen konnten nur an den vierzehntäglichen Rapporten der Patrouillenkammer und des Stadthauptmanns weiter gegeben werden. Damit verfestigte sich der offene Verbandscharakter der Harschiere. Es konnte sich kein geschlossenes Korps herausbilden.

Die zur Personenidentifizierung notwendigen Daten standen den Harschieren nicht in der gewünschten Qualität und nicht ereignisnah zur Verfügung. Die fehlende Datenqualität hatte ihre Ursache in den in Zürich kaum vorhandenen oder nicht gepflegten Sammlungen verdächtiger Personen. Ein weiterer Grund ist in der trotz aller Anstrengungen nur sehr schwer durchsetzbaren, allgemeinen Passpflicht zu erkennen. Die langsame Verbreitungsgeschwindigkeit der Informationen resultierte wiederum direkt aus den ungenügenden Kommunikationsstrukturen.

Die deutlich gesteigerte Präsenz und Durchsetzungsfähigkeit der Harschiere fand ihre Grenzen in der sehr eingeschränkten Macht der Harschiere. Im *Einsatzprozess* war es ihnen nicht möglich, verdächtiges Gesindel, Frevler und Kriminalverbrecher in das nicht sehr dichte Netz des Kontrollsystems mit seinen neuralgischen Punkten zu zwingen. Zum einen war die örtliche und zeitliche Präsenz mit den wöchentlichen Patrouillen durch den Bezirk nach wie vor zu gering, um eine stete und nicht vorhersehbare Anwesenheit der ordnungssichernden Organe vorzugeben. Eine Ausnahme bildeten die gezielten Suchaktionen für ausgeschriebene Kriminalverbrecher. Zum anderen bestand mit den engen Vorgaben für den Waffengebrauch eine künstliche Selbstbeschränkung.

Die Obrigkeit schenkte im *Ermittlungsprozess* der sorgfältigen Beweissicherung durch die Harschiere kaum Beachtung. Als Gegenbeispiel ist auf das Mandat zur Verfolgung der Einbrüche auf der Landschaft von 1787 zu verweisen. Es räumte der kriminalistischen Untersuchung des Tatorts einen hohen Stellenwert ein.<sup>2042</sup>

---

<sup>2040</sup> Braun, Industrialisierung, 229, 244.

<sup>2041</sup> Vgl. Blauert, Gauner- und Diebslisten, 154 – 173, Nr. 103 und Nr. 108.

<sup>2042</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Schaffung eines neuen Organs zur Verfolgung von Dieben auf der Landschaft“.

Die aufgezeigten Probleme konnten bis zum Ende des Ancien Régime nicht mehr gelöst werden. Es brauchte die Erfahrungen der Helvetischen Republik und des Bockenkriegs zu Beginn der Mediationszeit, um den offenen Verband der Harschierpatrouillen 1804 zum geschlossenen Landjägerkorps weiter zu entwickeln.

## 7. Schlussfazit

Die vorliegende Arbeit untersuchte die Entwicklung der ordnungssichernden Organe in der Stadt und auf der Landschaft Zürichs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Sie folgte dabei dem theoretischen Konzept des führenden britischen Polizeihistorikers Clive Emsley, das einen engen Zusammenhang zwischen der obrigkeitlichen Auffassung von Devianz und Delinquenz und der institutionellen und konzeptuellen Entwicklung der Polizei erkennt. Das Handeln der ordnungssichernden Organe wird hierbei primär als Reaktion auf ein normabweichendes oder kriminelles Verhalten verstanden, ohne dabei einen Missbrauch durch die Herrschenden auszuschliessen sowie die Interdependenzen zwischen der obrigkeitlichen Repression und der Reaktion von Unterdrückten zu verneinen. Das theoretische Konzept geht davon aus, dass die Ordnungsvorstellungen durch kulturelle, politische, wirtschaftliche, demografische, geografische oder soziokulturelle Bedingungen beeinflusst werden.

Die Untersuchung hat ergeben, dass die politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen Zürichs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aus dem spezifischen Aufbau des politischen Systems, das sich seit dem Spätmittelalter herausgebildet hatte, den christlich-zwinglianischen Moralvorstellungen sowie aus dem aufgeklärten Patriarchalismus resultierten.

Das seit der Zunftrevolution von 1336 austarierte, aber dennoch labile Gleichgewicht zwischen den Akteuren des politischen Systems in der Stadt zum einen und im Verhältnis zwischen der Stadt und der untertänigen Landschaft zum anderen erlaubte in Zürich keine einseitige Durchsetzung des Herrschaftsanspruchs des Regiments mittels der ordnungssichernden Organe. Es erforderte in der Stadt vielmehr eine obrigkeitliche Politik der Akzeptanz und zwischen der Stadt und den mit einer weitgehenden Autonomie ausgestatteten Landgemeinden die Suche nach politischen Kooperationen. Die Rücksichtnahme des Regiments auf die Empfindsamkeiten der Zünfte und der Kommunen gründete in erster Linie in der Furcht der Obrigkeit vor Veränderungen des politischen Gleichgewichts. Sie führte seit der Mitte des 17. Jahrhunderts zum Verzicht auf eine Modernisierung der Verwaltung und der Beibehaltung des Milizprinzips im Wehrwesen sowie zum Entschluss, keine Vermögenssteuer einzuziehen, um offene Konflikte zu vermeiden. Seit 1660 war Zürich aufgrund der finanziell guten Lage allerdings auch kaum gezwungen, so wie beispielsweise die Fürstentümer des Reiches, die Verwaltung nach kameralistischen Prinzipien effizienter zu organisieren und einen umfassenden Policeystaat aufzubauen. Als Folge davon mangelte es dem Regiment jedoch an einem griffigen Herrschaftsinstrumentarium, um seine Interessen auch gegen den Willen der Kommunen, Bürger und Untertanen durchzusetzen.

Das anfällige politische System des Ancien Régime wurde in Zürich einem Schutzschirm gleich durch politische und gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen überspannt, die bis zum Stäfer Handel von 1794/95 von der Landbevölkerung nicht offen infrage gestellt wurden. Diese Ordnungsvorstellungen wurzelten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hauptsächlich im traditionell-klassischen Republikanismus, der die Grundsubstanz der politischen Theorie bildete, und im aufgeklärten Patriarchalismus, der Reformideen aufnahm, ohne allerdings das politische System fundamental zu verändern. Den grössten Einfluss übte dabei die

Staatstheorie des deutschen Frühaufklärers Christian Wolff aus. Seine Lehren wurden seit 1775 am Collegium Carolinum doziert und prägten damit Generationen von Geistlichen, Politikern und Beamten, die am Grossmünster ihre Ausbildung absolvierten. Die Staatstheorie von Wolff zeichnete sich dadurch aus, dass dem Staat eine umfassende Pflicht zukam, dafür zu sorgen, dass sich sowohl die Gemeinschaft wie auch das Individuum im sittlich-religiösen Bereich als auch im Bereich der materiellen Lebensgrundlagen vervollkommen konnten. Sie deckte sich damit weitgehend mit der Staatsauffassung Zwinglis. Die politische Theorie von Christian Wolff kannte weder eine Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gemeinschaft noch respektierte sie persönliche Freiheits- und Grundrechte. Sie schloss auch die Gewaltanwendung gegenüber den Bürgern nicht aus. Das ganze Streben des Staates war bei Wolff darauf ausgerichtet, die Staatszwecke der Sicherheit und der Wohlfahrt zu erfüllen. Unter Sicherheit verstand Wolff nicht nur die Abwehr von äusseren Feinden, sondern vor allem die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern eines Staates. Dieser Aspekt gewann in Zürich gegenüber dem Wohlfahrtszweck in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts angesichts des Konfliktzyklus zwischen 1762 und 1769, der Zunftunruhen von 1777 und des Stäfer Handels von 1794/95 sowie im Hinblick auf den Erhalt des politischen Gleichgewichts zunehmend an Bedeutung. Die Obrigkeit erfüllte die Aufgabe Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Innern zu schaffen, indem sie für sich in Anspruch nahm, in patriarchalistischer Weise für die Gemeinschaft und das Individuum das Gute zu fördern und das Schlechte fernzuhalten. Das Gute sollte durch die Propagierung und die Überwachung eines tugendhaften Lebens erreicht werden und das Schlechte durch die aktive Abwehr und die Isolierung von störenden Einflüssen auf den Staat, die Gesellschaft und das Wirtschaftssystem abgewendet werden. Es war dem Regiment überlassen, zu entscheiden, was es als positiven und was es als negativen Einfluss betrachtete. Das Regiment orientierte sich dabei zum einen am christlich-zwinglianischen und am republikanischen Tugendkatalog. Im Vordergrund standen dabei Werte wie Gehorsam, Patriotismus, Fleiss, Rechtschaffenheit, Ablehnung von Müssiggang und Zurschaustellung von Luxus. Sie bildeten auch die Ingredienzien für den Bestand des politischen Gleichgewichts. Zum anderen richtete sich das Regiment an den eigenen Machtinteressen aus, um die Hegemonie der Stadt gegenüber der Landschaft abzusichern.

Aus der von Wolff postulierten latenten und omnipotenten öffentlichen Gewalt, die keinen staatsfreien Raum zuliess, leitete die Obrigkeit einen im Vergleich zum traditionell-klassischen Republikanismus erweiterten Ordnungsanspruch ab. Dieser deckte sich zeitlich und inhaltlich mit der Intensivierung der Staatstätigkeit und des Herrschaftsausbaus als Teil des frühneuzeitlichen Staatsbildungsprozesses in Zürich. Er fand zu Beginn der 1770er Jahre mit dem aufgeklärten Patriarchalismus auf der theoretischen Ebene in Zürich seinen vorläufigen Abschluss und drückte sich bis zum Ende des Ancien Régime in den Normierungen durch die obrigkeitlichen Policeymandate aus.

Der umfassende Schutzauftrag, den sich der Staat selbst erteilte, spiegelte sich im unbedingten Willen der Obrigkeit wieder, den Staat, die Bürger und die Untertanen vor allen möglichen und vermeintlichen Bedrohungen, Verbrechen und Vergehen zu schützen bzw. diese zu ahnden.

Die Verfolgung der Kriminalverbrechen, welche aus der Sicht der Obrigkeit den Staat oder einzelne Individuen in ihrer Existenz bedrohten, erfolgte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit den Mitteln und Möglichkeiten des Inquisitionsprozesses der *Constitutio Criminalis Carolina* von 1532. Die ordnungssichernden Organe zur Verfolgung der Kriminalverbrechen hatten sich im 16. Jahrhundert herausgebildet und im Untersuchungszeitraum nicht wesentlich verändert. Die Besonderheit des peinlichen Verfahrens aus polizeigeschichtlicher Perspektive war, dass auch die Führung des vorgerichtlichen Verfahrens sehr eng durch den Kleinen Rat wahrgenommen wurde. Er gab den Fragekatalog für die Verhöre von verdächtigen Personen vor und leitete die Untersuchung. Die Aufgabe der beiden Nachgänger als ordnungssichernde Organe beschränkte sich bei Gewaltverbrechen auf die Absperrung des Tatorts, die Herbeiführung des im Inquisitionsprozess unabdingbaren Geständnisses oder schriftlichen Beweises für die Tat und die Verantwortung für die Erstellung der entscheidenden Verhörprotokolle. Die nicht vorhandene Kontrolle der Tätigkeit der Nachgänger liess auch Willkür gegenüber Inquisiten und bis 1777 Folter zu. Den kriminalistischen und den kriminaltechnischen Untersuchungen von Verbrechen kam im Beweisverfahren des Inquisitionsprozesses nur eine marginale Bedeutung zu. Sie wurden im Falle von Kapitalverbrechen mit wenigen Ausnahmen von den medizinischen Sachverständigen der Stadt durchgeführt. Grosses Gewicht hatten die Aussagen der Mediziner auch bei Selbstmorden, Körperverletzungen mit Todesfolge und Unglücksfällen. In der Regel entschieden sie, ob es sich bei der Tat um ein Verbrechen oder um einen Unfall handelte. Wasserleichen wurden allerdings erst gar nicht untersucht. Bei Verbrechen mit einem politischen Charakter, wie Korruptions- und Betrugsvorwürfen oder Verbrechen, welche die ökonomische Substanz des Staates infrage zu stellen drohten, war die politische Führung des Verfahrens noch offensichtlicher. Sie wurden in der Regel durch spezialisierte Kommissionen der Räte unter der Mithilfe der Stadtwache oder von Fachleuten geführt. Ihnen kam zuweilen auch die Kompetenz zu, Strafen auszusprechen. Die Nachgänger spielten in einem solchen Fall eine untergeordnete Rolle.

Der Anspruch des Staates, alle Bereiche des Lebens der Bevölkerung zu kontrollieren, manifestierte sich am deutlichsten in der Verfolgung der Frevelfälle. Ratsmitgliedern, Beamten, Fachleuten, Wächtern, Wirten und Profosen kam die Pflicht zu, den christlich-zwinglianischen und republikanischen Lebenswandel der Mitbürger zu beobachten und Abweichungen entweder bei der Reformationskammer oder, je nach Themenbereich, bei einer anderen Spezialkommission zur Anklage zu bringen. Den Kommissionen, aber auch teilweise den Beamten, Fachleuten und Wächtern, kam die Macht zu, Personen festzunehmen und ihre Verfehlungen mit Bussen oder sogar mit Gefängnis zu bestrafen. Im Zentrum standen dabei Frevel, welche die öffentliche Ruhe und Ordnung störten oder die Sicherheit in öffentlichen Räumen gefährdeten. Das im 18. Jahrhundert stetig abnehmende Verständnis der Bevölkerung für die umfassende Überwachung ihres privaten und sozialen Lebens führte die Obrigkeit insbesondere nach den Zunftunruhen von 1777 dazu, die normgebenden Kompetenzen der Reformationskammer auszuweiten, die Anreize für Denunziationen zu erhöhen, Spitzel einzusetzen sowie die Beamten verstärkt in die Pflicht zu nehmen, Frevelfälle zu laiden. Die Reformationskammer verlor in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zusehends an Einfluss. Um den damit verbundenen Kontrollverlust zu kompensieren, wertete das Regiment gravierende Ehrverletzungen, grobe Tötlichkeiten, Prügeleien und ähnlich schwerwiegende

Taten nicht mehr länger als Frevelfälle, sondern als Kriminalverbrechen. Damit fielen sie in den Zuständigkeitsbereich der 1779 reorganisierten Stadtwache. Ähnliche Massnahmen waren auf der Landschaft nicht notwendig. Der Pfarrer, auch wenn seine Position in der Gemeinde nicht unumstritten war, und der Stillstand behielten bis zum Ende des Ancien Régime einen hohen Autoritätsgrad.

Die Bevölkerung akzeptierte die ordnungssichernden Massnahmen und die Kompetenzen der spezialisierten Gremien, welche das Regiment zur Sicherstellung der Gesundheit der Bevölkerung und zur Grundversorgung mit Lebensmitteln, Energie und gewerblichen Gütern erliess.

Die markantesten institutionellen und konzeptuellen Entwicklungen von ordnungssichernden Organen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sind dort auszumachen, wo das Regiment fürchtete, dass die Stabilität der bestehenden politischen Ordnung ernsthaft gefährdet war. So baute das Regiment nach den negativen Erfahrungen der Zunftunruhen von 1777 die Stadtwache konsequent zu einer disziplinierten Formation um, die Tag und Nacht in der Lage war, unerwünschte öffentliche oder geheime Protestversammlungen der Opposition in der Stadt zu unterdrücken. Der Einsatz der Stadtwache blieb auf die Stadt Zürich beschränkt. Ein entsprechendes Instrument des Regiments für den Einsatz auf der Landschaft war nicht vorhanden.

Was sich bei der Verschiebung von einzelnen Freveln in die Kategorie der Kriminalverbrechen sowie bei der Reorganisation der Stadtwache abzeichnete und sich mit der Erweiterung des Pflichtenhefts des Stadthauptmanns von 1795, das nun Ermittlungen in Mord-, Selbstmord und Tötungsfällen mit einschloss, fortsetzte, schlug sich parallel im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts auch im Policeybegriff nieder. Innerhalb des weit gefassten und bis zum Ende des Ancien Régime geltenden Verständnisses von Policey kam es zu einer Verengung des Begriffs auf die Tätigkeit der ordnungssichernden Organe zur präventiven Gefahrenabwehr und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im öffentlichen Raum der Stadt.

Die langfristig grösste Herausforderung stellte für das Regiment der Umgang mit fremden und einheimischen Bettlern, Vagierenden und Migranten dar. Wirtschaftliche Krisen, Flüchtlingsströme während und vor allem nach den europäischen Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts sowie das Bevölkerungswachstum hatten den Strom der mobilen Randgruppen auf dem Gebiet des Standes Zürich stetig anschwellen lassen. Mit der Kriminalisierung der Bettler und Vagierenden im 18. Jahrhundert veränderte sich die Wahrnehmung durch die Obrigkeit deutlich. Die fremden Bettler und Vagierenden wurden als Diebes-, Gauner- und Räuberbanden zur ernsthaften Bedrohung, welche die Bevölkerung von aussen bedrängte. Auf der Landschaft hatte das Regiment der Masse an fremden mobilen Randgruppen zunächst nichts entgegenzusetzen. Zwischen 1662 und 1762 entwickelte die Obrigkeit in den Bettelmandaten ein Set von einzelnen Massnahmen und Verhaltensweisen zum Umgang mit ihnen. Es war darauf ausgerichtet, die fremden Bettler, Vagierenden und Migranten von den einheimischen, „würdigen“ Armen, denen zunehmend Unterstützung angeboten wurde, sowie von den legal reisenden Personen physisch zu trennen und sich der missliebigen Fremden durch repressive Massnahmen wieder zu entledigen. In der Praxis war der Erfolg der einzelnen Massnahmen

ungenügend, weil sie in ihrer Wirkung isoliert blieben, nicht aufeinander abgestimmt waren und eine Koordination mit den benachbarten Territorien fehlte. Die kommunalen Dorfwachen, denen seit 1693 die Hauptlast in der Vertreibung der fremden Bettler, Vagierenden und Migranten zugedacht war, konnten ihre Aufgabe, das „Diebs- und Strolchengesind“ zu vertreiben, nur unzureichend erfüllen. Sie waren aus finanziellen Gründen gar nicht oder nur mit ungeeigneten Personen besetzt und bewegten sich kaum ausserhalb der besiedelten Gebiete.

Seit 1728, als die Verhaftung einer Diebesbande scheiterte, zeigte das Regiment den Willen, neben den kommunalen Dorfwachen ein eigenes ordnungssicherndes Organ zu schaffen, um aus der Situation der Unterlegenheit gegenüber den mobilen Randgruppen herauszufinden. Die Absicht des Regiments entspricht dem von Charles Tilly beschriebenen Schritt vom reaktiven zum proaktiven „policing“, indem der Staat eine umfassende und dauernde Überwachung, Durchdringung und Kontrolle des öffentlichen Raums anstrebt.<sup>2043</sup>

Das Regiment war jedoch bis zum Ende des Ancien Régime nicht in der Lage, auf der Landschaft den erforderlichen Grad an räumlicher und zeitlicher Überwachungsichte sicherzustellen. Die 1741 gegründete Patrouillenwache war lediglich mit fünf bewaffneten Patrouillenhäuptern ausgestattet, die primär entlang der Grenze streiften. Eine umfassende Überwachung der Grenze war nur möglich, wenn die Obrigkeit in krisenhaften Lagen, wie nach dem Ende des Siebenjährigen Kriegs 1763 oder während der Teuerungskrise von 1770/71, einen militärischen Grenzcordon mit rund 100 Mann einrichtete. Die Schwächen der Patrouillenwache wurden auch nicht durch die kommunalen Dorfwachen kompensiert. Eine Koordination zwischen den Patrouillenhäuptern und den Dorfwächtern war nicht vorgesehen. Die 1754/55 gegründete obrigkeitliche Patrouillenkommission bemühte sich, die Kontrolle über die kommunalen Dorfwachen zu verstärken, konnte aber nur geringe Erfolge vorweisen. Bis 1798 lag die Einsatzverantwortung für die Dorfwächter bei den Dorfvorgesetzten.

Die Folge der geringen Patrouillendichte auf der Landschaft war, dass dem fremden „Diebs- und Strolchengesind“ grosse Räume offenblieben, in denen es sich weitgehend unbesehen bewegen konnte. In den Augen des Regiments dramatisierte sich die Lage seit dem Ende der 1760er Jahre. Es nutzte die Verhaftung einer fünfzigköpfigen Bande im Jahr 1768, um einen Diskurs über die öffentliche Sicherheit zu lancieren. Die von der Obrigkeit geschürte Furcht vor Räuberbanden überlagerte sich mit dem allgemein wachsenden Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung nach den Missernten von 1770/71, als die Zahl der Armen in Mitteleuropa – und damit auch die Zahl der Bettler und Vagierenden – signifikant anstieg. Allein in Zürich verarmte rund ein Drittel der Bevölkerung. Parallel dazu erhöhte sich die Anzahl an Diebstahls- und Einbruchsanzeigen in den 1770er und 1780er Jahren stetig. Das Regiment schrieb diese Taten ausschliesslich den eindringenden fremden Bettlern, Vagierenden und Migranten zu. Der Druck auf Zürich wuchs zusätzlich, als Frankreich, die südwestdeutschen Fürstentümer und Österreich sowie einzelne Kantone ihre ordnungssichernden Organe im selben Zeitraum ausbauten und als Folge davon die Bettler, Vagierenden und Migranten vermehrt in Richtung Eidgenossenschaft beziehungsweise gegen Zürich trieben. Gleichzeitig wirkten Gebiete in der

---

<sup>2043</sup> Charles Tilly, *Coercion, Capital and European States A.D. 990 – 1990*, Oxford 1990, 107. Vgl. dazu das Kapitel „Die partielle Professionalisierung der ordnungssichernden Organe auf der Landschaft.“

Ostschweiz wie beispielsweise das Rheintal, die st. gallisch-fürstbischlichen Gebiete, Sargans Uznach oder die Gaster, aber auch die Gemeinen Herrschaften Baden und Thurgau, in denen kaum oder nur wenige ordnungssichernde Organe existierten, als Vakuum und zogen das ungeliebte „Diebs- und Strolchengesind“ an. Darüber hinaus verzichtete die Tagsatzung seit 1771 auf eidgenössische Betteljagden und die Stände weigerten sich immer häufiger, den Bettlern, Vagierenden und Migranten Transit zu gewähren.

Die offensichtlichen Schwächen der Patrouillen- und Dorfwächter, den Raum zu überwachen und zu durchdringen, wirkten sich bei diesem steigenden Druck der fremden Bettler, Vagierenden und Migranten und bei der zunehmenden Wirksamkeit der ordnungssichernden Organe in der näheren und weiteren Nachbarschaft Zürichs umso gravierender aus. 1783 scheiterte ein Versuch des Präsidenten der Patrouillenkommission, den Bestand der Patrouillenwache zu erhöhen und sie nach dem Erfolg versprechenden Vorbild der französischen Maréchaussée flächendeckend und nicht mehr lediglich in den Grenzregionen und an neuralgischen Punkten einzusetzen, aus politischen Gründen. Erst zwei nächtliche Einbrüche auf der Landschaft bewogen das Regiment zu handeln. Es beauftragte 1787 die Kirchgemeinden, je einen Trupp von sechs Mann aufzustellen, der bedeutend schneller als bisher auf Einbruchdiebstähle reagieren konnte. Zudem wurden seither die Erstellung eines Tätersignalements und die kriminalistische Untersuchung des Tatorts durch einen Unterbeamten des Dorfs üblich. Die grössten Fortschritte erzielte das Regiment jedoch 1788 mit der Umwandlung der Patrouillenwache in einen offenen Verband von Harschierpatrouillen. Die Harschiere wurden neu auf dem gesamten Territorium eingesetzt. Sie hatten nicht mehr nur die Pflicht, das fremde „Diebs- und Strolchengesind“, sondern allgemein Frevler im Sinne der öffentlichen Sicherheit unabhängig ihrer Herkunft zu verfolgen sowie die Nachgänger und die Ober- und Landvögte bei Kriminalverbrechen zu unterstützen. Das Regiment beliess zwar den kleinen Bestand von fünf Harschieren. Sie hatten ihren Bezirk nun jedoch wöchentlich, unregelmässig und auf verschiedenen Wegen zu durchstreifen sowie sich aktiv und systematisch nach verdächtigen Personen zu erkundigen. Damit verdichtete sich ihre Präsenz auf der Landschaft und die offenen Räume begannen enger zu werden.

Weitere entscheidende Mängel lagen während des gesamten 18. Jahrhunderts in der Personenkontrolle. Das Regiment hatte 1728 und 1762 zwar eine Passpflicht für Reisende vorgegeschrieben. Die Ausweisschreiben enthielten jedoch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts noch keine objektiven Personendaten, die eine zuverlässige Personenidentifizierung erlaubt hätten – ganz abgesehen davon, dass die Dorfwächter nicht fähig waren, die Passschreiben zu lesen. Ausserdem fehlten in Zürich systematische Sammlungen von Daten wie Generallisten und Gauner- und Diebslisten über gesuchte oder verdächtige Personen, die den ordnungssichernden Organen erlaubten, bei einer Übereinstimmung zwischen den Angaben im Pass und verdächtigen Personen Verhaftungen vorzunehmen. Ferner waren auf der Seite der ordnungssichernden Organe kaum Fahndungsinstrumente vorhanden. Zürich setzte seit 1770 in aufsehererregenden Fällen von Raubüberfällen Steckbriefe als neues Fahndungsinstrument ein. Signalemente waren schon zuvor üblich. Sie wurden den Patrouillenwächtern an den vierzehntäglichen Rapporten jedoch nur mündlich mitgeteilt. Die Beschreibungen mussten von den Wächtern auswendig gelernt werden. Der Erfolg der Identifizierung einer gesuchten Per-



son war also in einem nicht unerheblichen Mass vom Erinnerungsvermögen der Patrouillenwächter abhängig. Ein Fortschritt in der Personenidentifikation konnte erst mit den Harschieren erzielt werden. Sie trugen nun die Signalelemente der gesuchten Personen in einem eigens dafür bestimmten Taschenbuch mit sich. Damit konnte die Zuverlässigkeit gesteigert werden. Insgesamt kam den Patrouillen- und Dorfwächtern sowie den Harschieren vor Ort eine sehr hohe Definitionsmacht zu. Sie entschieden aufgrund ihrer eigenen Einschätzung über die Verdächtigkeit einer bestimmten Person und leiteten entsprechende Massnahmen ein.

Die Bildung und die Weiterentwicklung der ordnungssichernden Organe auf Regimentsebene erfolgten in Zürich jeweils im Rahmen eines Sicherheitsdiskurses als Reaktion auf – aus der Perspektive der Obrigkeit – als manifest oder als latent wahrgenommene Bedrohungen für Staat und Gesellschaft. Ausschlaggebend waren zumeist einzelne, spektakuläre Kriminalfälle, welche die Obrigkeit und die Öffentlichkeit aufschreckten und das Regiment zum Handeln bewegten. Das Vorgehen des Regiments ist jedoch ebenso im Lichte des erweiterten Ordnungsanspruchs des aufgeklärten Patriarchalismus und der intensivierten Herrschaftstätigkeit im Staatsbildungsprozess zu betrachten. Die diesbezüglichen Möglichkeiten des Regiments stiessen allerdings dort an ihre Grenzen, wo sie die Stabilität des politischen Systems aus dem Gleichgewicht zu bringen drohten. Aus diesem Grund lief die Entwicklung auch nicht auf die Schaffung eines zentralisierten Gewaltmonopols des Staates hinaus, sondern liess sowohl in der Stadt wie auf der Landschaft weitere Akteure zu, die ordnungssichernde Aufgaben ausübten.

Im Vergleich zu zeitgenössischen Professionalisierungsansätzen, so wie sie beispielsweise von Johann Ulrich Schöll in die Diskussion eingebracht wurden, blieben die ordnungssichernden Organe auf der Landschaft bis zum Ende des Ancien Régime rückständig. Abgesehen von der zu geringen Präsenz der Patrouillen und den Mängeln in der Personenidentifikation fehlte eine zentralisierte und mit Kompetenzen ausgestattete Führungsebene, welche den schnellen Austausch von relevanten Informationen zwischen der Leitung und den Patrouillen vor Ort ermöglichte. Die Beweismitteltheorie des Inquisitionsprozesses erlaubte es zudem nicht, dass die ordnungssichernden Organe, mit der Ausnahme des Stadthauptmanns, mehr als Hilfsfunktionen in der Ermittlung nach Straftaten ausüben konnten. Die körperlichen und intellektuellen Fähigkeiten der Stadtwächter und der Harschiere entsprachen jedoch den gestellten Anforderungen gut.

Dennoch konnten mit der Reform der Stadtwache von 1779, der Einrichtung der Trupps zur Verfolgung von Dieben auf der Landschaft von 1787 und der Bildung der Harschierpatrouillen von 1788 sowie der Verengung des Policeybegriffs die ersten Voraussetzungen zur Bildung einer modernen Polizei im 19. Jahrhundert geschaffen werden. Dies vor allem deshalb, weil sich die Aufgaben der im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts erneuerten ordnungssichernden Organe zunehmend auf die Garantie der Sicherheit sowie auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im öffentlichen Raum konzentrierten – auch wenn ihr Handeln noch bis zum Ende des Ancien Régime unter den Prämissen eines patriarchalen Obrigkeitsstaats stand.

Der Weg der Professionalisierung, der hiermit begann, setzte sich mit der Gründung des Landjägerkorps von 1804 fort. Die neuen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Mediationszeit hatten diesen nächsten Schritt ermöglicht. Die Weiterentwicklung der Polizei folgte während des gesamten 19. Jahrhunderts aber der Grundrichtung, die im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts eingeschlagen worden war. Der Professionalisierungsansatz von Johann Ulrich Schöll eignet sich somit, den konzeptuellen und institutionellen Ausbau der Polizei im 19. Jahrhundert – zumindest in seinem Kern – zu erklären.

## 8. Quellen- und Literaturverzeichnis

### Ungedruckte Quellen

#### Staatsarchiv Zürich (StAZ)

A 61.1	Akten des Almosenamtes 1520 – 1572
A 61.6	Akten des Almosenamtes 1693 – 1794
A 27	Kundschaften und Nachgänge
A 81.2	Wachtordnungen 1657 – 1797
B II 685 – B II 1040	Ratsmanuale 1704 – 1798
B III 173 – B III 189	Protokollbücher der Reformationskammer 1709 – 1797
B III 190 – B III 192	Protokolle der Patrouillenkommission 1763 – 1789
B III 193 – B III 197	Protokolle der Wachtkommission 1719 – 1798
B III 200	Ordonanz der Stadtwache 1779 – 1781
B VIII 410	Protokolle der Werbungskommission
KAT	Blaues Register, Bände, 50, 52, 70 und 73

#### Zentralbibliothek Zürich (ZBZ)

Ms T 416.3	Heidegger, Johann Conrad, Reflexionen bei verschiedenen Anlässen, 1761 oder 1762.
------------	---

### Gedruckte Quellen

Bluntschli, Hans Heinrich, *Memorabilia Tigurina oder Merkwürdigkeiten der Stadt und Landschaft Zürich*, dritte vermehrte Auflage, Zürich 1742.

Corrodi, Heinrich, „Gedanken über die Schrift, betitelt: Über kirchliche Gewalt. Nach Moses Mendelssohn. Berlin bey August Mylius. 1786“, in: *Beyträge zur Beförderung des vernünftigen Denkens in der Religion*, zehntes Heft, Frankfurt und Leipzig 1787.

Cramer, J. R., *Lebensgeschichten ehemals gefangener Missethäter als Anhang zu den Unterhaltungen für Missethäter: Aus sorgfältiger und genauen Beobachtungen zusammengetragen*, Zürich 1772.

*Der Richtebrief der Burger von Zürich*, (Helvetische Bibliothek, 2. Stück), Zürich 1735.

*Eidgenössische Abschiede aus dem Zeitraum von 1556 bis 1586*, bearbeitet von Karl Krütli, (Amtliche Sammlung der älteren Eidgenössischen Abschiede, Band 4.2), Bern 1861.

*Eidgenössische Abschiede aus dem Zeitraum von 1587 bis 1617*, bearbeitet von Josef Karl Krütli und Jakob Kaiser, (Amtliche Sammlung der älteren Eidgenössischen Abschiede, Band 5.1), Bern 1872.

*Eidgenössische Abschiede aus dem Zeitraum von 1618 bis 1648*, bearbeitet von Jakob Vogel und Daniel Albert Fechter, (Amtliche Sammlung der älteren Eidgenössischen Abschiede, Band 5.2), Basel 1875.

*Eidgenössische Abschiede aus dem Zeitraum von 1649 bis 1680*, bearbeitet von Johann Adam Pupikofer und Jakob Kaiser, (Amtliche Sammlung der älteren Eidgenössischen Abschiede, Band 6.1), Frauenfeld 1867.

*Eidgenössische Abschiede aus dem Zeitraum von 1681 bis 1712*, bearbeitet von Martin Kothing und Johann B. Kälin, (Amtliche Sammlung der älteren Eidgenössischen Abschiede, Band 6.2), Einsiedeln 1882.

*Eidgenössische Abschiede aus dem Zeitraum von 1712 bis 1743*, bearbeitet von Daniel Albert Fechter, (Amtliche Sammlung der älteren Eidgenössischen Abschiede, Band 7.1), Basel 1860.

*Eidgenössische Abschiede aus dem Zeitraum von 1744 bis 1777*, bearbeitet von Daniel Albert Fechter, (Amtliche Sammlung der älteren Eidgenössischen Abschiede, Band 7.2), Basel 1867.

*Eidgenössische Abschiede aus dem Zeitraum von 1778 bis 1798*, bearbeitet von Gerold Meyer von

- Knönaus, (Amtliche Sammlung der älteren Eidgenössischen Abschiede, Band 8), Zürich 1856.
- Escher, Johann Kaspar, „Bemerkungen über die Regierung der Grafschaft Kyburg“, in: Archiv für Schweizerische Geschichte, 4(1846), 249 – 298.
- Exercitium Militare der zürcherischen Land-Militz, Zürich 1713.
- Gemeindearchiv Maur, LHG 59, „Pflichten eines Dorfwächters zu Maur“, 13. Dezember 1751.
- Heidegger, Johann Conrad, Bauerngespräch, Zürich 1758.
- Hess, Johann Jakob, Über die Volks- und Vaterlandsliebe Jesu: Zwölf Predigten mit Hinsicht auf gegenwärtige Zeitumstände, Zürich 1793.
- Hirzel, Hans Caspar, Die Wirthschaft eines philosophischen Bauers, Neudruck der neuen, vermehrten Auflage, Zürich 1774, (Volksaufklärung: Ausgewählte Schriften 6), Stuttgart 1998.
- Hirzel, Johann Caspar, Das Bild des wahren Patrioten in einem Denkmahl Herrn Hans Blaarers von Wartensee, Zürich 1767.
- Hirzel, Johann Caspar, Der philosophische Kaufmann, Zürich 1775.
- Leu, Hans Jacob, Allgemeines Helvetisches, Eidgenössisches oder Schweizerisches Lexicon, Band 20, Zürich 1765.
- Mémoire sur l'administration de la Police, ou Tableau général des objects qu'elle refferme et de ce qui est relatif à la Manutention à Paris fais en 1770, Zürich 1771.
- Moos, David von, Astronomisch-politisch-historisch- und kirchlicher Kalender für Zürich, 2. Teil, Zürich 1775.
- Sammlung der Bürgerlichen und Policey-Geseze und Ordnungen lobl. Stadt und Landschaft Zürich, Zürich 1757 – 1793.
- Sammlung der gedruckten Mandate des Staatsarchiv Zürich 1561 – 1797.
- Schöll, Johann Ulrich, Abriss des Jauner und Bettelwesens in Schwaben und der angränzenden Schweiz nach Akten und andern sichern Quellen vom Verfasser des Konstanzer Hans, Stuttgart 1793.
- Sonnenfels, Joseph von, Grundsätze der Policey, hg. von Werner Ogris, (Bibliothek des deutschen Staatsdenkens 12), München 2003, 275.
- Thümmig, Ludwig Philipp, Institutiones philosophiae Wolfianae, zweite Auflage, 2 Bände, Frankfurt und Leipzig 1740f.
- Ulrich, Johann Caspar, Die grosse, die unschätzbare Glückseligkeit eines Volkes, welches unter dem Zepter gerechter, kluger und gottseliger Herrschern steht, Zürich 1759.
- Wirz, Johann Jakob, Historische Darstellung der urkundlichen Verordnungen betreffend die Geschichte des Kirchen- und Schulwesens in Zürich, Band 1, Zürich 1793.
- Wyss, David von, Politisches Handbuch für die erwachsene Jugend der Stadt und Landschaft Zürich, Zürich 1796.

## Literatur

- Aebersold, Peter, Kriminologie (Typoskript) Basel 2007.
- Alkalay, Michael, Das materielle Strafrecht der Französischen Revolution und sein Einfluss auf Rechtsetzung und Rechtsprechung der Helvetischen Republik, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 10), Zürich 1984.
- Ammerer, Gerhard, Heimat Strasse: Vaganten im Österreich des Ancien Régime, (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 29), Wien 2003.
- Arburg, Hans-Georg von, „Der Fall Rüttgerodt: Die Physiognomik des Bösen und ihre Medialisierung um 1800“, in: Roger Fayet (Hg.), Die Anatomie des Bösen: Ein Schnitt durch Körper, Moral und Geschichte, (Interdisziplinäre Schriftenreihe des Museums zu Allerheiligen Schaffhausen 3), Schaffhausen, Baden 2008, 83 – 105.
- Backhaus, Jürgen G., „Christian Wolff on Subsidiarity, the Division of Labor and Social Welfare“, in: ders. (Hg.), Christian Wolff and Law and Economics, (Christian Wolff: gesammelte Werke: Mate-

- rialien und Dokumente 45), Hildesheim 1998.
- Bade, Klaus J., Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hg.), Enzyklopädie Migration in Europa: Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn und Zürich 2007.
- Bader, Karl S., „Kriminelles Vagantentum im Bodenseegebiet um 1800: Zu einer Jaunerliste des Reichenauer Obervogts Friedrich von Hundbiss aus dem Jahr 1804“, in: Zeitschrift für Strafrecht 4(1962), 291 – 333.
- Badinter, Robert, „Sous le signe de Caïn“, in: Jean Clair (Hg.), Crime et chatiment, Paris 2010, 11 – 27, 50 – 61.
- Balthasar, Felix, „Exemplarische Bestrafung eines Pressevergehens im Jahre 1780 oder Johann Heinrich Wasers Prozess und Hinrichtung: Aus bisher ungedruckten, amtlichen Aktenstücken und anderen Handschriften der Zeitgenossen urkundlich dargestellt“, in: Helvetia: Denkwürdigkeiten für die XXII Freistaaten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Band 4, Aarau 1828, 288 – 416.
- Bauhofer, Arthur, „Vom Gerichtswesen der alten Herrschaft Grüningen“, in: Die Verwaltungs- und Gerichtsorganisation der Herrschaft und Landvogtei Grüningen, (Kleine Schriften der Paul Kläui-Bibliothek 1), Uster 1978, 11 – 24.
- Baumann, Walter, Von Fall zu Fall: Criminelles aus Alt Zürich, Zürich 2000, 21 – 48.
- Bayley, David H., Patterns of Policing: A Comparative International Analysis, (Crime, law and deviance series), New Brunswick 1985.
- Bernet, Marianne, Der Beizug von gerichtlichen Sachverständigen im alten Zürich, (Diss.), Zürich 1967.
- Beyrer, Klaus (Hg.), Geld oder Leben: Vom Postkutschenüberfall zum virtuellen Datenraub, (Kataloge der Museumsstiftung Post und Telekommunikation 22), Heidelberg 2006.
- Bieri, René „Die Landjägerkorps“, in: Joseph Jung (Hg.), Der Bockenrieg 1804: Aspekte eines Volksaufstandes, Zürich 2004, 131 – 167.
- Blaschke, Karlheinz, „Die Bedeutung der Reformationstheologie für die Ausbildung der Menschen- und Freiheitsrechte“, in: Peter Blickle u.a. (Hg.), Zwingli und Europa: Referate und Protokoll des Internationalen Kongresses aus Anlass des 500. Geburtstages von Huldrych Zwingli vom 26. bis 30. März 1984.
- Blauert, Andreas, „Diebes- und Räuberbanden in Schwaben und in der Schweiz, an Bodensee und Rhein im 18. Jahrhundert“, in: Harald Siebenmorgen (Hg.), Schurke oder Held?: Historische Räuber und Räuberbanden, (Volkskundliche Veröffentlichungen des Badischen Landesmuseums Karlsruhe 3), Sigmaringen, 1995, 57 – 64.
- Blauert, Andreas, Eva Wiebel, Gauner- und Diebeslisten: Registrieren, Identifizieren und Fahnden im 18. Jahrhundert, (Studien zur Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M. 2001.
- Blickle, Peter „Gute Policy oder Sozialdisziplinierung“, in: Theo Stammen, Heinrich Oberreuter, Paul Mikat (Hg.), Politik – Bildung – Religion: Hans Meier zum 65. Geburtstag, Paderborn 1996, 97 – 108.
- Blickle, Peter, Peter Kissling und Heinrich Richard Schmidt (Hg.), Gute Policy als Politik im 16. Jahrhundert: Die Entstehung des öffentlichen Raumes in Oberdeutschland, (Studien zu Policy und Policywissenschaft ), Frankfurt a. M., 2003.
- Bosshart, E., Das väterliche Regiment: eine positive Form des Polizeistaates, (Diss.), Zürich 1910.
- Brändli, Sebastian, „Konstruierte Heimat: Zürcher Gemeinden im Bundesstaat. Ortsgeschichte und nationale Identitätsbildung“, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 51(2001), Nr. 3, 318 – 341.
- Bräuer, Helmut, „Bettler in den frühneuzeitlichen Städten Mitteleuropas“, in: Beate Althammer (Hg.), Bettler in der europäischen Stadt der Moderne, (Inklusion/Exklusion 4), Frankfurt a. M., 2007.
- Braun, Rudolf, Das ausgehende Ancien Régime in der Schweiz: Aufriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1984.
- Braun, Rudolf, Industrialisierung und Volksleben: Veränderung der Lebensformen unter Einwirkung der verlagsindustriellen Heimarbeit in einem ländlichen Industriegebiet (Zürcher Oberland) vor 1800, (Diss.), zweite Auflage, Göttingen 1979.

- Breitinger, Heinrich, „Aus dem Nachlasse Jakob Heinrich Meisters“, in: Zürcher Taschenbuch 1885, Zürich 1885, 83 – 99.
- Breitinger, Heinrich, „Heinrich Meister's Press-Affaire von 1769“, in: Neue Zürcher Zeitung, vom 16. April 1883 bis 20. April 1883
- Breuer, Stefan, Der Staat: Entstehung, Typen, Organisationsstadien, (rowohlts enzyklopädie 55593), Reinbek bei Hamburg 1998.
- Brühlmeier, Markus, Beat Frei, Das Zürcher Zunftwesen, Band 2, Zürich 2005.
- Bührer, Walter, Der Zürcher Solddienst des 18. Jahrhunderts: sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte, (Diss.), (Geist und Werk der Zeiten 51), Bern 1977, 14 – 78.
- Büsser, Fritz, „Politische Ideen der Zürcher Reformatoren: Ein Beitrag der Schweiz zum politischen Denken“, in: Die Prophezei: Humanismus und Reformation in Zürich, Festschrift für Fritz Büsser, hg. von Alfred Schindler, (Zürcher Beiträge zur Reformationsgeschichte 17), 151 – 165.
- Burghartz, Susanna, Leib, Ehre und Gut: Delinquenz in Zürich am Ende des 14. Jahrhunderts, (Diss.), Zürich 1990, 50f.
- Busch, Michael, Absolutismus und Heeresreform: Schwedens Militär am Ende des 17. Jahrhunderts, (Diss.), Bochum 2000.
- Carlen, Louis, „Staatstheorien in der alten Eidgenossenschaft“, in: Otfried Höffe (Hg.), Thomas Hobbes: Anthropologie und Staatsphilosophie, Fribourg 1981.
- Casanova, Christian, „Die Anfänge der Zürcher Strassenbeleuchtung“, in: Stadtarchiv Zürich (Hg.), Stadtarchiv Zürich: Jahresbericht 2005/2006, Zürich 2007, 93 – 96.
- Casanova, Christian, Nacht-Leben: Orte, Akteure und obrigkeitliche Disziplinierung in Zürich 1523 – 1833, (Diss.), Zürich 2007.
- Cattani, Alfred, Licht und Schatten: 150 Jahre Kantonspolizei Zürich, Zürich 1954.
- Clair, Jean (Hg.), Crime et châtiment, Paris 2010.
- Curti, Claudia, Die Strafanstalt des Kantons Zürich im 19. Jahrhundert, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 19), Zürich 1988.
- Dahling-Sander, Christoph, Zur Freiheit befreit: Das theologische Verständnis von Freiheit und Befreiung nach Martin Luther, Huldrych Zwingli, James H. Cone und Gustavo Gutiérrez, (Diss.), Frankfurt a. M. 2003.
- Dams, Carsten, „Was heisst und zu welchem Ende studiert man Polizeigeschichte?: Drei Thesen zur Grundlegung einer Geschichte der Polizei“, in: Polizei & Geschichte 1(2009), 2f.
- Dändliker, Karl, Geschichte der Stadt und des Kantons Zürich, dritter Band, Zürich 1912.
- Danker, Uwe, Räuberbanden im Alten Reich um 1700, (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 707), Frankfurt a. M. 1988.
- Denzler, Alice, Geschichte des Armenwesens im Kanton Zürich im 16. und 17. Jahrhundert, (Diss.), (Zürcher Volkswirtschaftliche Studien NF 7), Zürich 1920.
- Diebold, Paul, Bürgermeister Johann Heinrich Waser von Zürich und das Bundeserneuerungsprojekt von 1655, Zug 1908.
- Dierauer, Johannes, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, dritter Band, 1516 – 1648, Gotha 1921.
- Dinges Martin, „Neues in der Forschung zur spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Armut“, in: Hans-Jörg Gilomen, Sébastien Guex, Brigitte Studer (Hg.), Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung: Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 18), Zürich 2002, 21 – 43.
- Dinges, Martin, „Policyforschung statt ‚Sozialdisziplinierung‘?“, in: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 24(2002), 327 – 344.
- Dominik Meier, Thomas, Rolf Wolfensberger, Eine Heimat und doch keine: Heimatlose und Nicht-Sesshafte in der Schweiz (16. – 19. Jahrhundert), (Diss.), Zürich 1998.
- Dubler, Anne-Marie, Armen- und Bettlerwesen in der Gemeinen Herrschaft „Freie Ämter“ (16.- 18. Jahrhundert), (Schriften der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde 50), Basel 1970.

- Dürst, Arthur, „Der Kanton Zürich im Bild seiner Kartenmacher“, in: Zürich: Konturen eines Kantons, Zürich o.J., 23 – 31.
- Dütsch, Hans-Rudolf, Die Zürcher Landvögte von 1402 – 1798: Ein Versuch zur Bestimmung ihrer sozialen Herkunft und zur Würdigung ihres Amtes im Rahmen des zürcherischen Stadtstaates, (Diss.), Zürich 1994.
- Ebnöther, Christoph, Die Diskussion um die Schleifung der Zürcher Schanzen zwischen zürcherischem Staatsbildungsprozess und eidgenössischer Landesverteidigung, (CXCI Neujahrsblatt der Feuerwerker-Gesellschaft), Zürich 2001.
- Ebnöther, Karl, Polizeigeschichte in der Schweiz: Literaturbericht, Zürich 1995.
- Eichholzer, Eduard, Zur Geschichte und Rechtsstellung des zürcherischen Untervogtes, Sonderdruck aus der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 44(1924).
- Emsley, Clive, Crime, Police and Penal Policy: European Experience 1750 – 1940, Oxford 2007
- Emsley, Clive, Gendarmes and the State in Nineteenth-Century Europe, Oxford 1999.
- Emsley, Clive, Policing and its Context 1750 – 1870, London 1983.
- Engel, Max, „Räuber Schwarzbeck“ und die Morde auf dem Ried zu Hohenems 1728“, in: Montfort, Vierteljahrszeitschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs 3(1997), 236 – 240.
- Engel, Max, Schwartzbeck: Sechs wahre Geschichten um den Pfarrhausraub von Seengen 1728, (Heimatkunde aus dem Seetal 70), Sarmenstorf 1997.
- Epple, Ruedi, Eva Schär, Stifter, Städte, Staaten: Zur Geschichte der Armut, Selbsthilfe und Unterstützung in der Schweiz 1200 – 1900, Zürich 2010.
- Eugster, Erwin, „Die Entwicklung zum kommunalen Territorialstaat“, in: Geschichte des Kantons Zürich, Band 1, Zürich 1995.
- Evans, Richard J., „Polizei, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1700 – 1933“, in: Geschichte und Gesellschaft 22(1996), 609 – 628.
- Fabian, Ekkehart, Geheime Räte in Zürich, Bern, Basel und Schaffhausen, (Schriften zur Kirchen- und Rechtsgeschichte 33), Köln, Wien 1974.
- Finsler, G., Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Zürich 1884.
- Frauendienst, Werner, Christian Wolff als Staatsdenker, (Historische Studien 171), Berlin 1927.
- Freedman, Jeffrey, Poisoned Chalice, Princeton 2002.
- Fremdes Brot in deutschen Landen: Wanderungsbeziehungen zwischen dem Kanton Zürich und Deutschland 1648 – 1800, hg. vom Staatsarchiv des Kantons Zürich, Zürich 2000.
- Fritz, Gerhard, Eine Rotte von allerhandt rauberischem Gesindt: Öffentliche Sicherheit in Südwestdeutschland vom Ende des Dreissigjährigen Krieges bis zum Ende des Alten Reiches, (Habil.), (Stuttgarter historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte 6), Ostfildern 2004.
- Fritz, Gerhard, Räuberbanden und Polizeistreifen: Der Kampf zwischen Kriminalität und Staatsgewalt im Südwesten des Alten Reiches zwischen 1648 und 1806, (Historegio 5), Remshalden 2003.
- Fritzsche, Bruno, „Wirtschaftliche Entwicklung“, in: Hans Wysling (Hg.), Zürich im 18. Jahrhundert, Zürich 1983, 35 – 47.
- Fuhrer, Hans Rudolf, „Die Zürcher Miliz im Ordnungsdienst: Der bewaffnete Auszug von 1795 gegen die Stäfer Aufständischen“, in: Christoph Mörgeli (Hg.), Memorial und Stäfer Handel 1794/95, Stäfa 1995, 173 – 190.
- Fuhrer, Hans Rudolf, „Die Zürcher Miliz im Ordnungsdienst“, in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift ASMZ 7/8(1995), 40 – 45.
- Fuhrer, Hans Rudolf, Robert-Peter Eyer, „Die ‚Fremden Dienste‘ im 17. und 18. Jahrhundert“, in: dies. Schweizer in „Fremden Diensten“: Verherrlicht und verurteilt, Zürich 2006, 101 – 138.
- Funk, Albrecht, „Die Entstehung der Exekutivpolizei im Kaiserreich“, in: Hans-Jürgen Lange (Hg.), Staat, Demokratie und Innere Sicherheit, (Studien zur Inneren Sicherheit 1), Opladen 2000, 11 – 27.
- Funk, Albrecht, Polizei und Rechtsstaat: Die Entwicklung des staatlichen Gewaltmonopols in Preussen 1848 – 1914, Frankfurt a. M. 1986.

- Gawlik, Günter, „Christian Wolff und der Deismus“, in: Werner Schneiders (Hg.), Christian Wolff 1679 – 1754: Interpretationen zu seiner Philosophie und deren Wirkung, (Studien zum achtzehnten Jahrhundert 4), Hamburg 1983.
- Gebhardt, Helmut, „Die Etablierung der österreichischen Polizei und Gendarmerie im 18. und 19. Jahrhundert: Aspekte zu ihrer Rolle bei der Entwicklung von Staatsorganisation und Rechtsstaat“, in: ders. (Hg.), Polizei, Recht und Geschichte: Europäische Aspekte einer wechselvollen Entwicklung: Beiträge des 14. Kolloquiums zur Polizeigeschichte, (Grazer Rechtswissenschaftliche Studien 60), Graz 2006, 30 – 41.
- Giger, Peter, „Verwaltung und Ernährung: Obrigkeitliche Kontrolle des Zürcher Kornmarktes im 18. Jahrhundert“, in: Schweiz im Wandel: Studien zur neueren Gesellschaftsgeschichte, Festschrift für Rudolf Braun zum 60. Geburtstag, hg. von Sebastian Brändli, David Gugerli, Rudolf Jaun und Ulrich Pfister, Basel 1990, 317 – 329.
- Giger, Peter, Kornmarktpolitik Zürichs im 18. Jahrhundert, (Liz.), Zürich 1985.
- Gilomen, Hans-Jörg, „Bemerkungen zu einem Paradigmenwechsel in der Erforschung der vormoder-  
nen Armenfürsorge“, in: Hans-Jörg Gilomen, Sébastien Guex, Brigitte Studer (Hg.), Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung: Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 18), Zürich 2002, 11 – 20.
- Gilomen, Hans-Jörg, „Eine neue Wahrnehmung arbeitsloser Armut in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft“, in: *traverse* 2(1996), 117 – 128.
- Gilomen, Hans-Jörg, Sébastien Guex, Brigitte Studer (Hg.), Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung: Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 18), Zürich 2002.
- Graber, Rolf, „Der Waser-Handel: Analyse eines soziopolitischen Konflikts in der Alten Eidgenossenschaft“, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 30(1980), 321 – 356.
- Graber, Rolf, „Kollektive Lernprozesse: Zur Bedeutung republikanischer Vorstellungen in Stadt und Landschaft Zürich im ausgehenden 18. Jahrhundert“, in: Republikanische Tugend: Ausbildung eines Schweizer Nationalbewusstseins und Erziehung eines neuen Bürgers, (Travaux sur la Suisse des Lumières 2), Genf 2000, 204 – 221.
- Graber, Rolf, Bürgerliche Öffentlichkeit und spätabolutistischer Staat, (Diss.), Zürich 1993.
- Graber, Rolf, Zeit des Teilens: Volksbewegungen und Volksunruhen auf der Zürcher Landschaft 1794 – 1804, (Habil.), Zürich 2003.
- Grebel, Hans Rudolf von, „Kirche und Unterricht“, in: Hans Wysling (Hg.), Zürich im 18. Jahrhundert, Zürich 1983, 111 – 129.
- Groebner, Valentin, Der Schein der Person: Steckbrief, Ausweis und Kontrolle im Europa des Mittelalters, München 2004.
- Gschwend, Lukas, „Vom Geständniszwang zum rechtsstaatlichen Beweisverfahren zwischen 1750 und 1850“, in: Claudia Opatz, Brigitte Studer, Jakob Tanner (Hg.), Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 21), Zürich 2006, 165 – 175.
- Gschwend, Lukas, Marc Winiger, Die Abschaffung der Folter in der Schweiz, (Europäische Rechts- und Regionalgeschichte 6), Zürich 2008.
- Gugerli, David, Zwischen Pfrund und Predigt: Die protestantische Pfarrfamilie auf der Zürcher Landschaft im ausgehenden 18. Jahrhundert, (Diss.), Zürich 1988.
- Guggenbühl, Christoph, Zensur und Pressefreiheit: Kommunikationskontrolle in Zürich an der Wende zum 19. Jahrhundert, (Diss.), Zürich 1996.
- Gut Franz, „Das Ende der Winterthurer Blutgerichtsbarkeit“, in: Winterthurer Jahrbuch 1979, Winterthur 1978.
- Gut, Franz, „Der Steckbrief und die Fahndung in schweizerischen und deutschen Rechtsquellen seit dem 16. Jahrhundert“, in: Louis Carlen (Hg.), Forschungen zur Rechtsarchäologie und Rechtlichen Volkskunde, Band 20, Zürich 2003, 75 – 103.



- Gut, Franz, „Im Dienste unserer Gnädigen Herren von Zürich: Eine Strafexpedition nach Stäfa“, in: Vom Luxus des Geistes: Festschrift zum 60. Geburtstag von Bruno Schmid, Zürich 1994, 213 – 240.
- Guyer, Paul, Verfassungszustände der Stadt Zürich im 16., 17. und 18. Jahrhundert unter der Einwirkung der sozialen Umschichtung der Bevölkerung, Zürich 1943.
- Habermas, Rebekka, Gerd Schwerhoff, „Vorbemerkungen“, in: dies. (Hg.), Verbrechen im Blick: Perspektiven der neuzeitlichen Kriminalitätsgeschichte, Frankfurt a.M. 2009, 9 – 16.
- Hadorn, Adolf, Die politischen und sozialen Zustände in Kanton Zürich gegen Ende des 18. Jahrhunderts und Alt-Pfarrer Johann Heinrich Wasers Prozess und Hinrichtung, (Diss.), Bern 1891.
- Harschier, Landjäger, Polizist: 200 Jahre Kantonspolizei Nidwalden, hg. vom Historischen Verein Nidwalden, Stans 2008.
- Härter, Karl, Gesetzgebungsprozess und gute Policy: Entstehungskontexte, Publikation und Geltungskraft frühneuzeitlicher Policygesetze, (PolicyWorkingPapers: Working Papers des Arbeitskreises Policy/Polizei in der Vormoderne 3), Frankfurt a. M. 2002.
- Härter, Karl, Michael Stolleis (Hg.), Repertorium der Policyordnungen der Frühen Neuzeit, Band 1, Deutsches Reich und geistliche Kurfürstentümer, Frankfurt a. M., 1996.
- Härter, Karl, Michael Stolleis (Hg.), Repertorium der Policyordnungen der Frühen Neuzeit, Band 7: Orte der Schweizer Eidgenossenschaft: Bern und Zürich, hg. von Claudia Schott-Volm, (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 204), Frankfurt a. M. 2006.
- Hay, D. und F. Snyder (Hg.), Policing and Prosecution in Britain 1750 – 1850, Oxford 1989.
- Hess, Annemarie, Johann Conrad Heidegger: Ein Zürcherischer Staatsmann 1710 – 1778, (Diss.), Zürich 1945.
- Hieber, Andreas, „Policy zwischen Augsburg und Zürich – ein Forschungsüberblick“, in: Peter Blickle, Peter Kissling und Heinrich Richard Schmidt (Hg.), Gute Policy als Politik im 16. Jahrhundert: Die Entstehung des öffentlichen Raumes in Oberdeutschland, (Studien zu Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M. 2003, 1 – 24.
- Hohkamp, Michaela, Claudia Ulbrich (Hg.), Der Staatsbürger als Spitzel: Denunziation während des 18. und 19. Jahrhunderts aus europäischer Perspektive, (Deutsch-Französische Kulturbibliothek 19), Leipzig 2001.
- Holenstein, André, „Gute Policy“ und lokale Gesellschaft im Staat des Ancien Régimes: Das Fallbeispiel der Markgrafschaft Baden (-Durlach), (Habil.), (Frühneuzeit-Forschungen 9.1 und 9.2), Ettenheim 2003.
- Holenstein, André, „Republikanismus in der alten Eidgenossenschaft“, in: Peter Blickle u.a. (Hg.), Traditionen der Republik – Wege zur Demokratie, (Collegium Generale Universität Bern, Kulturhistorische Vorlesungen 1997/98), 103 – 142.
- Holenstein, André, Frank Konersmann, Josef Pauser und Gerhard Sälter, „Der Arm des Gesetzes: Ordnungskräfte und gesellschaftliche Ordnung in der Vormoderne als Forschungsfeld“, in: dies. (Hg.), Policy in lokalen Räumen: Ordnungskräfte und Sicherheitspersonal in Gemeinden und Territorien vom Spätmittelalter bis zum frühen 19. Jahrhundert, (Studien zu Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M. 2002.
- Holenstein, André, Frank Konersmann, Josef Pauser und Gerhard Sälter (Hg.), Policy in lokalen Räumen: Ordnungskräfte und Sicherheitspersonal in Gemeinden und Territorien vom Spätmittelalter bis zum frühen 19. Jahrhundert, (Studien zu Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M. 2002.
- Horat, Erwin, Oliver Landolt, Festschrift 200 Jahre Kantonspolizei Schwyz, (Schwyzer Hefte 83), Einsiedeln 2004.
- Howeg, Stephan, Fiktion und Faktizität: Von der „Guten Policy“ zur „Cantonal-Policy Zürich“ am Wendepunkt und Neubeginn der Mediation, (Liz.), Zürich 1996.
- Huber, Max, Das Staatsrecht der Republik Zürich vor dem Jahr 1798, Separatdruck aus dem Schweizerischen Geschlechterbuch, Basel 1904.
- Illi, Martin, Die Constafel in Zürich: Von Bürgermeister Rudolf Brun bis ins 20. Jahrhundert, hg.

- von der Gesellschaft zur Constaffel in Zürich, Zürich 2003.
- Illi, Martin, Von der Kameralistik zum New Public Management: Geschichte der Zürcher Kantonsverwaltung von 1803 – 1998, hg. vom Regierungsrat des Kantons Zürich, Zürich 2008.
- Im Hof, Ulrich, „Ancien Régime“, in: Handbuch der Schweizer Geschichte, Band 2, Zürich 1977; 673 – 784.
- Inge Spillmann-Weber, Die Zürcher Sittenmandate 1301 – 1797: Gelegenheitsschriften im Wandel der Zeit, (Diss.), Zürich 1997.
- Imniger, Margrit, „Landwirtschaft in der frühen Neuzeit“, in: Geschichte des Kantons Zürich: Frühe Neuzeit: 16. bis 18. Jahrhundert, Band 2, Zürich 1996, 66 – 125.
- Iseli, Andrea, „Bonne Police“: Frühneuzeitliches Verständnis von der guten Ordnung eines Staates in Frankreich, (Frühneuzeit-Forschungen 11), Epfendorf 2003.
- Jessen, Ralph, „Preussische Polizei und Arbeiterschaft im Kaiserreich“, in: Peter Nitschke (Hg.), Die Deutsche Polizei und ihre Geschichte. Beiträge zu einem distanzierten Verhältnis, (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte 1), Hilden 1996, 46 – 71.
- Jucker, Michael, Francisca Loetz (Hg.), Der gewaltsame Tod in der Vormoderne, (traverse 2008/2), Zürich 2008.
- Jung, Joseph (Hg.), Der Bockenrieg 1804: Aspekte eines Volksaufstandes, Zürich 2004.
- Kalifa, Dominique, Naissance de la Police privée, in: L’Infrajudiciaire du Moyen Age à l’Époque contemporaine: Actes du colloque de Dijon 5-6 octobre 1995, (Publications de l’université de Bourgogne LXXXI), 337 – 347.
- Kapossy, Béla, „Introduction: From Republicanism to Welfare Liberalism“, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 50 (2000), Nr. 3, 275 – 303.
- Keller, Berta, Das Armenwesen des Kantons Zürich vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Armengesetz des Jahres 1836, (Diss.), Winterthur 1935.
- Kesper-Biermann, Sylvia, „Die Grenzen des Strafrechts: Zur Abgrenzung von ‚Criminal-‘ und ‚Policeyrecht‘ in Deutschland und der Schweiz während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts“, in: Claudia Opitz, Brigitte Studer, Jakob Tanner (Hg.), Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 21), Zürich 2006, 177 – 193.
- Kiener, Franz, Im Einsatz für Sicherheit, Ruhe und Ordnung, hg. anlässlich des 200-jährigen Bestehens der Kantonspolizei Luzern, Luzern 2003.
- Klinke, Willibald, Die Reform der gelehrten Schule in Zürich 1765 – 1775, (Habil.), Zürich 1916.
- Knemeyer, Franz-Ludwig, „Polizei“, in: Otto Brunner u.a. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Band 4, Stuttgart 1978, 875 – 897.
- Knöbl, Wolfgang, Polizei und Herrschaft im Modernisierungsprozess: Staatsbildung und innere Sicherheit in Preussen, England und Amerika 1700 – 1914, (Diss.), Berlin 1995.
- Köhler, W., Armenpflege und Wohltätigkeit in Zürich zur Zeit Ulrich Zwinglis“, (Neujahrsblatt der Hilfsgesellschaft Zürich auf das Jahr 1919), Zürich 1919.
- Körner, Martin, „The Swiss Confederation“, in: Richard Bonney (Hg.), The Rise of the Fiscal State in Europe c. 1200 – 1815, Oxford 1999, 327 – 357.
- Kramer, Silvia, Hans Caspar Hirzel: Ein Zürcher Staatsmann an der Wende zwischen Ancien Régime und Helvetik (1746 – 1827), (Diss.), Zürich 1974.
- Küther, Carsten, „Räuber, Volk und Obrigkeit: Zur Wirkungsweise und Funktion staatlicher Strafverfolgung im 18. Jahrhundert“, in: Heinz Reif (Hg.), Räuber, Volk und Obrigkeit: Studien zur Geschichte der Kriminalität in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 453), 17 – 42.
- Küther, Carsten, Menschen auf der Strasse: Vagierende Unterschichten in Bayern, Franken und Schwaben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 56), Göttingen 1983.
- Küther, Carsten, Räuber und Gauner in Deutschland: Das organisierte Bandenwesen im 18. und frühen 19. Jahrhundert, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 20), Göttingen 1976.

- Kunz, Erwin W., *Die Gemeindefreiheit im alten Zürich*, (Diss.), Zürich 1948.
- Kupper, Philip W., *Die kommunalen Zürcher Polizeiverordnungen der Städte Zürich und Winterthur: Eine rechtshistorische Studie zu deren Entwicklung von Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 61), Zürich 2009.
- Landolt, Oliver, „...ich acht, das kaum ein ort sei, do die armen mehr not liden dann im Schwitzer land...“: Zur Ausgrenzung mobiler Armut in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft“, in: Hans-Jörg Gilomen, Sébastien Guex, Brigitte Studer (Hg.), *Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung: Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 18), Zürich 2002, 127 – 138.
- Landolt, Oliver, „Vom Bettelvogt zum Kantonspolizisten: Die Geschichte des Schwyzer Polizeiwesens von seinen Anfängen bis zum Beginn der 1980er Jahre“, in: *200 Jahre Kantonspolizei Schwyz*, (Schwyzer Hefte 83), Einsiedeln 2004, 13 – 53.
- Landwehr, Achim, „Die Rhetorik der ‚Guten Policey‘“, in: *Zeitschrift für Historische Forschung*, 30(2003), 251 – 287.
- Landwehr, Achim, „Normen als Praxis und Kultur: Policeyordnungen in der Frühen Neuzeit“, in: *Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit* 4(2004), 109 – 113.
- Lange, Katrin, *Zwischen Verurteilung und Ideologisierung: Zur Einschätzung von Räuberbanden im 18. und frühen 19. Jahrhundert*, in: *Volkskunde in Rheinland-Pfalz* 8(1993), 3 – 13.
- Largiadèr, Anton, „Die Anfänge der zürcherischen Landschaftsverwaltung“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 12(1932), 1 - 44.
- Largiadèr, Anton, „Die Anfänge des zürcherischen Stadtstaates“, in: *Festschrift für Paul Schweizer*, Zürich 1922, 1 – 92.
- Largiadèr, Anton, *Geschichte von Stadt und Landschaft Zürich*, Band 2, Zürich 1945.
- Leibacher, Claudio, „Diebesbandenwesen und Verbrechensbekämpfung im Stadtstaat Zürich um 1728 am Beispiel des Roten Krämers und seiner Bande“, in: *Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 2008*, Zürich 2007, 69 – 102.
- Link, Christoph, „Die Staatstheorie Christian Wolffs“, in: Werner Schneiders (Hg.), *Christian Wolff 1679 – 1754: Interpretationen zu seiner Philosophie und deren Wirkung*, (Studien zum achtzehnten Jahrhundert 4), Hamburg 1983, 171 – 191.
- Loetz, Francisca, „L’infrajudiciaire: Facetten und Bedeutung eines Konzepts“, in: Andreas Blauert, Gerd Schwerhoff (Hg.), *Kriminalitätsgeschichte: Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne*, (Konflikte und Kultur 1), Konstanz 2000, 545 – 562.
- Loetz, Francisca, *Mit Gott handeln: Von den Zürcher Gotteslästerern der Frühen Neuzeit zu einer Kulturgeschichte des Religiösen*, (Habil.), (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 177), Göttingen 2002.
- Lorenz, Maren, *Das Rad der Gewalt: Militär und Zivilbevölkerung in Norddeutschland nach dem Dreissigjährigen Krieg (1650 – 1700)*, (Habil.), Köln, Weimar, Wien, 2007.
- Lorgnier, Jacques, „Organisation et missions des maréchaussées (XVIe – XVIIIe siècles)“, in: Jean-Noël Luc (Hg.), *Gendarmerie, Etat et Société aux XIXe Siècle*, (Histoire de la France aux XIXe et XXe siècle 59), Paris 2002, 51 – 61.
- Lorgnier, Jacques, „Organisation et missions des maréchaussées (XVIe – XVIIIe siècles)“, in: Jean-Noël Luc (Hg.), *Gendarmerie, Etat et Société aux XIXe Siècle*, (Histoire de la France aux XIXe et XXe siècle 59), Paris 2002, 51 – 61.
- Luc, Jean-Noël (Hg.), *Gendarmerie, État et Société aux XIXe Siècle*, (Histoire de la France aux XIXe et XXe siècle 59), Paris 2002.
- Lucassen, Leo, „Harmful tramps‘: Police professionalization and gypsies in Germany, 1700 – 1945“, in: *Crime, Histoire & Sociétés*, 1(1997), 29 – 50.
- Lüdtke, Alf (Hg.), „Sicherheit“ und „Wohlfahrt“: Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1991.
- Lüdtke, Alf, „Das Schwert der inneren Ordnung: Administrative Definitionsmacht, Polizeipraxis und staatliche Gewalt im vormärzlichen Preussen“, in: *Kriminologisches Journal*, 2. Beiheft, Pfaf-

- fenhofen 1987, 90 – 110.
- Lüdtke, Alf, „Willkür des Staates?: Polizeipraxis und administrative Definitionsmacht im vormärzlichen Preussen“, in: Herbert Reinke, (Hg.), „... nur für die Sicherheit da...“?: Zur Geschichte der Polizei im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1999, 35 – 55.
- Lüdtke, Alf, „Der starke Staat“, in: Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland: Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven, Frankfurt a. M., 1990, 166 – 179.
- Lüdtke, Alf, „Die ‚gestärkte Hand‘ des Staates: Zur Entwicklung staatlicher Gewaltsamkeit – das Beispiel Preussen im 19. Jahrhundert“, in: Leviathan 7(1979), 199 – 226.
- Lüdtke, Alf, „Ein Polizeistaat und seine Polizisten: Skizzen zur Entwicklung der preussischen Polizei im Vormärz“, in: Journal für Geschichte 1981, Heft 4, 23 – 27.
- Lüdtke, Alf, „Gemeinwohl“, Polizei und „Festungspraxis“: Staatliche Gewaltsamkeit und innere Verwaltung in Preussen 1815 – 1850, (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 73), Göttingen 1982.
- Lüdtke, Alf, „Genesis und Durchsetzung des ‚modernen Staates‘: Zur Analyse von Herrschaft und Verwaltung“, in: Archiv für Sozialgeschichte 20(1980), 470 – 491.
- Lüdtke, Alf, „Praxis und Funktion staatlicher Repression: Preussen 1815 - 1850“, in: Geschichte und Gesellschaft 3(1977), 190 – 211.
- Lüdtke, Alf, „Staatliche Gewalt und polizeiliche Praxis: Preussen im Vormärz“, in: Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland: Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven, Frankfurt a. M., 1990, 180 – 196.
- Lüdtke, Alf, „Von der ‚tätigen Verfassung‘ zur Abwehr von ‚Störern‘: Zur Theoriegeschichte von ‚Polizei‘ und staatlicher Zwangsgewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert“, in: Der Staat 20(1981), 201 – 228.
- Lüdtke, Alf, „Zur historischen Analyse der Polizei in Deutschland: ‚Rechtsstaat‘ und gewaltsame Herrschaft“, in: Philippe Robert, Clive Emsley (Hg.), Geschichte und Soziologie des Verbrechens“, (Hamburger Studien zur Kriminologie 10/1), Pfaffenweiler 1991, 107 – 120.
- Lüdtke, Alf, „Zurück zur ‚Policey‘? Sicherheit und Ordnung in Polizeibegriff und Polizeipraxis – vom 18. bis ins 21. Jahrhundert“, in: Helmut Gebhardt (Hg.), Polizei, Recht und Geschichte: Europäische Aspekte einer wechselvollen Entwicklung. Beiträge des 14. Kolloquiums zur Polizeigeschichte, (Grazer Rechtswissenschaftliche Studien 60), Graz 2006, 12 – 29.
- Lutterbeck, Klaus-Gert, Staat und Gesellschaft bei Christian Thomasius und Christian Wolff: Eine historische Untersuchung in systematischer Absicht, (Forschungen und Materialien zur deutschen Aufklärung, Abteilung II, 16), Stuttgart 2002.
- Maier, Hans, „Polizei als politische Theorie zu Beginn der Frühneuzeit“, in: Peter Blickle, Peter Kissling und Heinrich Richard Schmidt (Hg.), Gute Policey als Politik im 16. Jahrhundert: Die Entstehung des öffentlichen Raumes in Oberdeutschland, (Studien zu Policey und Policeywissenschaft), Frankfurt a. M., 2003, 569 – 579.
- Maier, Hans, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, zweite, neu bearbeitete und ergänzte Auflage, München 1980, 96, 105.
- Maissen, Thomas, „Brutus zwischen Freiheit und Recht, Pflicht und Gesetz: Zum Wandel eines republikanischen Symbols im frühneuzeitlichen Zürich“, in: NZZ vom 22. Juni 1998, Nr. 141.
- Maissen, Thomas, „Eine ‚absolut, independente, souveraine und zugleich neutrale Republic‘: Die Genese eines republikanischen Selbstverständnisses in der Schweiz des 17. Jahrhunderts“, in: Republikanische Tugend: Ausbildung eines Schweizer Nationalbewusstseins und Erziehung eines neuen Bürgers, (Travaux sur la Suisse des Lumières 2), Genève 2000), 130 – 150.
- Maissen, Thomas, „Petrus Valkeniers republikanische Sendung: Die niederländische Prägung des neuzeitlichen schweizerischen Staatsverständnisses“, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 58(1998), Nr. 2, 149 – 176.
- Maissen, Thomas, Die Geburt der Republic: Staatsverständnis und Repräsentation in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft, (Habil.), (Historische Semantik 4), Göttingen 2006.
- Mantel, Alfred, Geschichte der Zürcher Stadtbefestigung, erster Teil, (CXIV. Neujahrsblatt der Feu-

- erwerker-Gesellschaft), Zürich 1919, 36f.
- Matsumoto, Naoko, Polizeibegriff im Umbruch: Staatszwecklehre und Gewaltenteilungspraxis in der Reichs- und Rheinbundspublizistik, (Studien zur Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M., 1999.
- Meier, Thomas, Handwerk, Hauswerk, Heimarbeit: Nicht-agrarische Tätigkeiten und Erwerbsformen in einem traditionellen Ackerbaug Gebiet des 18. Jahrhunderts (Zürcher Unterland), (Diss.), Zürich 1986.
- Miller, W. R., Cops and Bobbies: Police Authority in New York and London 1830 – 1870, Chicago 1977.
- Monkkonen, E.H., Police in Urban America 1860 – 1920, Cambridge 1981.
- Moos, Andreas von, Zünfte und Regiment: Zur Zunftverfassung Zürichs im ausgehenden 18. Jahrhundert, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 30), Zürich 1995.
- Moos, Carlo, „Abbild der Schweiz?: Zürich zwischen Revolution und Nationbildung“, in: Zürich 650 Jahre eidgenössisch, hg. vom Staatsarchiv des Kantons Zürich und von der Zentralbibliothek Zürich, Zürich 2001, 90 – 126.
- Morf, Heinrich, Aus der Geschichte des zürcherischen Armenwesens, (Neujahrsblatt der Hülfs-gesellschaft von Winterthur 12), Winterthur 1874.
- Morf, Heinrich, Vor hundert Jahren, (Neujahrsblatt der Hülfs-gesellschaft Winterthur V), Winterthur 1867.
- Mörgeli, Christoph (Hg.), Memorial und Stäfner Handel 1794/95, Stäfa 1995.
- Mörgeli, Christoph, „Militärische Besetzung der aufständischen Gemeinde Stäfa: Erinnerung an den Einmarsch vom 5. Juli 1795“, in: NZZ Nr. 152 vom Mittwoch, 5. Juli 1995.
- Müller, Jakob, Geschichte der Kantonspolizei Zürich, in: Festschrift zur Feier des 25 jährigen Bestehens des Vereins der Kantonspolizei Zürich 1909 – 1934, Zürich 1934.
- Nabholz, Hans, Die Zürcher Stadtbücher des 14. und 15. Jahrhunderts, Band 3, Leipzig 1906.
- Neukom, Thomas, Rafz: Geschichte eines Dorfes „ennet dem Rhein“, Zürich 2005.
- Nitschke, Peter (Hg.), Die Deutsche Polizei und ihre Geschichte. Beiträge zu einem distanzierten Verhältnis, (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte 1), Hilden 1996.
- Nitschke, Peter, „Für die Gesellschaft und gegen den Staat?: Polizeigeschichte im Fokus hermeneutischer Ansätze“, in: Ius commune 20(1993), 233 – 247.
- Nitschke, Peter, „Von der Politeia zur Polizei“, in: Zeitschrift für Historische Forschung 1(1992), 1 – 27.
- Nitschke, Peter, Verbrechensbekämpfung und Verwaltung: Die Entstehung der Polizei in der Grafschaft Lippe 1700 – 1814, (Diss.), Münster 1990.
- Nüscher, David, Geschichte der Zürcherischen Artillerie, (Neujahrsblatt der Feuerwerker-Gesellschaft LIII), Zürich 1858.
- Opitz, Claudia, Brigitte Studer, Jakob Tanner (Hg.), Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 21), Zürich 2006.
- Ott, Eugen, Dättlikon: Auf der Sonnenterrasse des Irchels, Dättlikon 1994.
- Parker, Geoffrey, Der Dreissigjährige Krieg, Frankfurt a. M. 1987.
- Peter, Gustav, Ein Beitrag zur Geschichte des zürcherischen Wehrwesens im XVII. Jahrhundert, (Diss.), Zürich 1907.
- Peyer, Hans Conrad, Verfassungsgeschichte der alten Schweiz, Zürich 1978.
- Pfister, Ulrich, „Politische Eliten im frühneuzeitlichen Zürich“, in: Peter Niederhäuser (Hg.), Alter Adel - neuer Adel?: Zürcher Adel zwischen Spätmittelalter und Früher Neuzeit, (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Band 70, 167. Neujahrsblatt), Zürich 2003.
- Pieth, Friedrich, „Die Schweiz im Dreissigjährigen Krieg 1618 – 1648“, in: Schweizerische Kriegsgeschichte, Band 3, Heft 6, Bern 1916.
- Pocock, John G. A., „Tugenden, Rechte, Umgangsformen: Ein Modell für die Historiographie des politischen Denkens“, in: ders., Die andere Bürgergesellschaft: Zur Dialektik von Tugend und Kor-

- ruption, (Edition Pandora 12), aus dem Englischen übersetzt von Klaus Blocher, Frankfurt a.M. 1993, 134 – 157.
- Preu, Peter, Polizeibegriff und Staatszwecklehre: Die Entwicklung des Polizeibegriffs durch die Rechts- und Staatswissenschaften des 18. Jahrhunderts, (Göttinger rechtswissenschaftliche Studien 124), Göttingen 1983.
- Pünter, Daniel, Stillstand als gemeindliche Verwaltungsbehörde und Wächter über Sitte und Moral“, in: Christoph Mörgeli (Hg.), Memorial und Stäfer Handel 1794/1795, Stäfa 1995, 71 – 94, 73.
- Rasonyi, Peter, Promotoren und Prozesse institutionellen Wandels: Agrarreform im Kanton Zürich im 18. Jahrhundert, (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 60), Berlin 2000.
- Reding, J. Krapf von, „Zur Geschichte des Gaunerthums in der Schweiz“, in: Basler Taschenbuch auf das Jahr 1864, Basel 1864, 1 – 97.
- Reinhard, Hans, Allgemeines Polizeirecht: Aufgaben, Grundsätze und Handlungen, (Diss.), Bern 1993.
- Reinke, Herbert (Hg.), „... nur für die Sicherheit da...“?: Zur Geschichte der Polizei im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1999.
- Reinke, Herbert, „Das Amt der Polizei: Eine Einführung“, in: Alf Lüdtke (Hg.), „Sicherheit“ und „Wohlfahrt“: Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1991, 9 – 32.
- Reinke, Herbert, „Grossstadtpolizei: Städtische Ordnung und Sicherheit und die Polizei in der Zeit des Deutschen Kaiserreiches (1871 – 1918)“, in: Martin Dinges und Fritz Sack (Hg.), Unsichere Grossstädte?: Vom Mittelalter bis zur Postmoderne, (Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven 3), Konstanz 2000, 217 – 239.
- Reinke, Herbert, „Polizeigeschichte in Deutschland: Ein Überblick“, in: Peter Nitschke (Hg.), Die Deutsche Polizei und ihre Geschichte: Beiträge zu einem distanzierten Verhältnis, (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte 2), Hilden 1996, 13 – 26.
- Rentsch, Eugen, Beiträge zur Geschichte des Zürcher Wehwesens im 18. Jahrhundert, (Diss.), Olten 1940.
- Rheinheimer, Martin, Arme, Bettler und Vaganten: Überleben in der Not, (Europäische Geschichte), Frankfurt a. M., 2000.
- Richner, Felix, „Der politische Zustand des Zürcher Stadtstaates am Vorabend des Stäfer Handels“, in: Christoph Mörgeli (Hg.), Memorial und Stäfer Handel 1794/95, Stäfa 1995, 37 – 54.
- Richner, Felix, David von Wyss (1763 – 1839) – seine Auffassung von Recht und Staat auf Grund seines Politischen Handbuchs, (Diss.), (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte 15), Zürich 1988.
- Riesener, Dirk, „Die Produktion der Räuberbanden im kriminalistischen Diskurs: Vagantische Lebensweise und Delinquenz im niedersächsischen Raum im 18. und 19. Jahrhundert“, in: Carl-Hans Hauptmeyer (Hg.), Hannover und sein Umland in der frühen Neuzeit: Beiträge zur Alltags-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bielefeld 1994, 183 – 213.
- Robert, Philipp, Bürger, Kriminalität und Staat, mit einem Vorwort von Fritz Sack, übersetzt von Angela Taeger, (Studien zur Inneren Sicherheit 8), Wiesbaden 2005, 19 – 36.
- Robert, Philippe, Clive Emsley (Hg.), Geschichte und Soziologie des Verbrechens, (Hamburger Studien zur Kriminologie 10/1), Pfaffenweiler 1991.
- Roca, René, „Alte‘ und ‚neue‘ Gemeindefreiheit als Fundament: Die historischen Wurzeln der schweizerischen direkten Demokratie“, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 56(2006), 187 – 198.
- Rogge, Joachim, „Staatstheorie und Widerstandsrecht bei Zwingli“, in: Peter Blickle u.a. (Hg.), Zwingli und Europa: Referate und Protokoll des Internationalen Kongresses aus Anlass des 500. Geburtstages von Huldrych Zwingli vom 26. bis 30. März 1984, Zürich 1985, 183 – 198.
- Rohner, Raphael, „Die Gute Policey“, in: Clausdieter Schott, Rechtsgeschichte, 8. Auflage, Zürich 2001, 180 – 189.
- Rothfuss, Uli, Schäffer, Räuberfänger: Der erste „moderne“ Kriminalist Württembergs, Tübingen 1997.

- Rousseaux, Xavier, „Entre politique, économie, société et culture: Réflexions historiographiques sur deux siècles d'histoire du crime et de la criminalisation“, in: Claudia Opitz, Brigitte Studer, Jakob Tanner (Hg.), *Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren*, (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 21), Zürich 2006, 17 – 54.
- Rüttimann, J., *Zur Geschichte und Fortbildung der Zürcherischen Rechtspflege*, (Akademische Vorträge von Zürcherischen Dozenten IV), Zürich 1855.
- Ruoff Wilhelm Heinrich, „Der Blut- oder Malefizrat in Zürich von 1400 – 1798“, in: *Beiträge zur bernischen und schweizerischen Rechts- und Verfassungsgeschichte*, Festschrift für Hermann Rennefahrt, (Archiv des historischen Vereins des Kantons Bern XLIV), Bern 1958, 573 – 587.
- Ruoff, Wilhelm Heinrich, *Die Zürcher Räte als Strafgericht und ihr Verfahren bei Freveln im 15. und 16. Jahrhundert*, (Diss.), Zürich 1941.
- Sallmann, Martin, „Zwingli“, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, zehnter Band, Freiburg 2001, 1524 – 1528.
- Sälter, Gerhard, *Polizei und soziale Ordnung in Paris: Zur Entstehung und Durchsetzung von Normen im städtischen Alltag des Ancien Régime (1697 – 1715)*, (Diss.), (Studien zu Policy und Policywissenschaft), Frankfurt a. M. 2004.
- Sälter, Gerhard, Tagungsbericht zur dritten Tagung des Arbeitskreises „Policy / Polizei im vormodernen Europa“ vom 18. Mai 2000. <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/tagber/amtspraxis.htm>> [02.07.2010]
- Sälter, Gerhard, *Urbanisierung, Migration und Kriminalität als Begründungskontext für die Entstehung von Polizei: Zur Entstehung einer eigenständigen Polizei im Paris des Ancien Régime*, (PolicyWorkingPapers. Working Papers des Arbeitskreises Policy/Polizei in der Vormoderne 5), Berlin 2002. <<http://www.univie-ac.at/policy-ak>> [02.07.2010].
- Sassnick, Frauke, *Armenpolitik zwischen Helfen und Strafen: Das Problem der Armut in Winterthur vom Ancien Régime zum 19. Jahrhundert*, (Diss.), (Neujahrsblatt der Stadtbibliothek Winterthur 320), Winterthur 1989.
- Saxer, Ernst, *Die zürcherische Verfassungsreform vom Jahr 1713 mit besonderer Berücksichtigung ihres ideengeschichtlichen Inhaltes*, (Diss.), Zürich 1938.
- Saxer, Ernst, *Huldrych Zwingli: Ausgewählte Schriften in neuhochdeutscher Wiedergabe*, (Grundtexte zur Kirchen- und Theologiegeschichte 1), Neukirchen 1988.
- Schär, Markus, *Seelennöte der Untertanen: Selbstmord, Melancholie und Religion im Alten Zürich 1500 – 1800*, (Diss.), Zürich 1985.
- Schärli, Thomas, „Der Musterbauer und sein Biograph“, in: *Lob der Tüchtigkeit: Kleinjogg und die Zürcher Landwirtschaft am Vorabend des Industriezeitalters*, hg. vom Staatsarchiv des Kantons Zürich, Zürich 1985, 39 – 71.
- Schiedt, Hans-Ulrich, „Wegnetze und Mobilität im Ancien Régime“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 49(1999), 16 – 34.
- Schmid, Bruno, *Gerichtsherrschaften im Zürcher Oberland*, (Heimatspiegel 2/2004), Uster 2004.
- Schmid, Stefan G., *Die Zürcher Kantonsregierungen seit 1803*, (Diss.), (Studien zum öffentlichen Recht 143), Zürich 2003.
- Schneider, Hugo, „Ehrhaftes, wehrhaftes Zürich“, in: *Zürich – Konturen eines Kantons*, Zürich o.J. [ca. 1982].
- Schneider, Hugo, „Das Militär“, in: Hans Wysling (Hg.), *Zürich im 18. Jahrhundert*, Zürich 1983, 63 – 75, 73f.
- Schneider, Jürg E., „Von der Zähringerherrschaft zur Reichsstadt und zur Zunftverfassung“, in: *Geschichte des Kantons Zürich*, Bd. 1, Zürich 1995, 242 – 254.
- Schnyder, Rudolf, *Zürcher Staatsaltertümer: Der Zürcher Staat im 17. Jahrhundert*, (Aus dem Schweizerischen Landesmuseum 34), Bern 1975.
- Schott-Volm, Claudia (Hg.), *Repertorium der Policeyordnungen der Frühen Neuzeit*, Band 7: *Orte der Schweizer Eidgenossenschaft: Bern und Zürich*, (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 204), Frankfurt a. M., 2006.

- Schott-Volm, Claudia, „Policey in der Schweiz: Das Beispiel Zürich“, in: *Policey im Europa der Frühen Neuzeit*, hg. von Michael Stolleis, (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 83), Frankfurt a. M. 1996, 489 – 508.
- Schulthess-Meyer, F. „Das zürcherische Militär in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts“, in: *Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1905*, Zürich 1904, 199 – 211.
- Schulze, Reiner, *Policey und Gesetzgebungslehre im 18. Jahrhundert*, (Schriften zur Rechtsgeschichte 25), Berlin 1982.
- Schwarzenegger, Christian, „Rache, Gerechtigkeit, Abschreckung oder Erziehung?: Altes und Neues zur Begründung von Strafen und Massnahmen“, in: *Strafen: Ein Buch zur Strafkultur der Gegenwart*, hg. vom Stapferhaus Lenzburg, Baden 2004, 19 – 27.
- Seidenspinner, Wolfgang, „Bettler, Landstreicher und Räuber: Das 18. Jahrhundert und die Banden-kriminalität“, in: Harald Siebenmorgen (Hg.), *Schurke oder Held?: Historische Räuber und Räuberbanden*, (Volkskundliche Veröffentlichungen des Badischen Landesmuseums Karlsruhe 3), Sigmaringen 1995, 27 – 38.
- Sieber, Christian, „Eidleistungen und Schwörtage im spätmittelalterlichen Zürich“, in: *Zürich 650 Jahre eidgenössisch*, hg. vom Staatsarchiv des Kantons Zürich und von der Zentralbibliothek Zürich, Zürich 2001, 19 – 58.
- Sigg, Otto, „‘Ökonomie’ zu Ende des Ancien régime“, in: *Lob der Tüchtigkeit: Kleinjogg und die Zürcher Landwirtschaft am Vorabend des Industriezeitalters*, Zürich 1985, 25 – 38.
- Sigg, Otto, „Das 17. Jahrhundert“, in: *Geschichte des Kantons Zürich*, Band 2, Zürich 1996, 282 – 363.
- Sigg, Otto, *Die Entwicklung des Finanzwesens und der Verwaltung Zürichs im ausgehenden 16. und im 17. Jahrhundert*, (Diss.), (Geist und Werk der Zeiten 28), Bern 1971.
- Simon, Thomas, „Gute Policey“: Ordnungsbilder und Zielvorstellungen politischen Handelns in der Frühen Neuzeit, (Habil.), (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 170), Frankfurt a. M. 2004.
- Skinner, Quentin, „The republican ideal of political liberty“, in: Gisela Bock u.a. (Hg.), *Machiavelli and Republicanism*, (Ideas in context), Cambridge 1990, 293 – 309.
- Sohn, Werner, „Von der Policey zur Verwaltung: Transformation des Wissens und Veränderungen der Bevölkerungspolitik um 1800“, in: Bettina Wahrig und Werner Sohn (Hg.), *Zwischen Aufklärung, Policey und Verwaltung: Zur Genese des Medizinalwesens 1750 – 1850*, (Wolfenbütteler Forschungen 102), Wiesbaden 2003, 71 – 89.
- Staatsarchiv des Kantons Zürich (Hg.), *Kleine Zürcher Verfassungsgeschichte*, Zürich 2000.
- Staedtke, Joachim, Hans Helmut Esser, „Staat“, in: *Evangelisches Staatslexikon*, Band 3, dritte, neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1987, 3360f.
- Steinbrecher, Aline, *Verrückte Welten: Wahnsinn und Gesellschaft im barocken Zürich*, (Diss.), Zürich 2006.
- Stephens, Peter, *Zwingli: Einführung in sein Denken*. Aus dem Englischen übersetzt von Karin Breddull Gerschwiler, Zürich 1997, 160 – 178.
- Stettler, Bernhard, *Die Eidgenossenschaft im 15. Jahrhundert: Die Suche nach einem gemeinsamen Nenner*, Zürich 2004.
- Stolleis, Michael, (Hg.), *Policey im Europa der Frühen Neuzeit*, (Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte 83), Frankfurt a. M. 1996.
- Storch, Robert, „The Plague of the Blue Locusts: Police Reform and Popular Resistance in Northern England 1840 – 1857“, in: *International Review of Social History* 20(1975), 61 – 90.
- Storch, Robert, „The policeman as domestic missionary: Urban discipline and popular culture in northern England, 1850 – 1880“, in: *Journal of social history* 10(1976), 481 – 509.
- Stotz, Peter, „Zwinglis Sicht eines christlichen Gemeinwesens“, in: *Turicensia Latina: Lateinische Texte zur Geschichte Zürichs aus Altertum, Mittelalter und Neuzeit*, hg. vom Mittellateinischen Seminar der Universität Zürich, Zürich 2003.
- Strafen: Ein Buch zur Strafkultur der Gegenwart*, hg. vom Stapferhaus Lenzburg, Baden 2004.
- Strickler, Gustav, *Lavater und Landvogt Grebel in Grüningen: Nach den Akten auf dem Staatsarchiv*



- und der Stadtbibliothek in Zürich, Zürich 1902.
- Stucki, Heinzpeter, „Das 16. Jahrhundert“, in: Geschichte des Kantons Zürich: Frühe Neuzeit – 16. bis 18. Jahrhundert, Zürich 1996, 172 – 245.
- Stückelberger, Hans Martin, Johann Heinrich Waser, (Diss.), Zürich 1932.
- Stüssi-Lauterburg, Jürg, „Das Defensionale von Wil (1647) – eine Etappe der schweizerischen Staatswerdung“, in: Marco Jorio (Hg.), 1648 – Die Schweiz und Europa: Aussenpolitik zur Zeit des Westfälischen Friedens, Zürich 1999, 163 – 173.
- Süssmann, Johannes, „Die Wurzeln des Wohlfahrtsstaates – Souveränität oder Gute Policey“, in: Historische Zeitschrift 285(2007), 19 – 47.
- Suter, Andreas, „Direkte Demokratie – historische Reflexionen zur aktuellen Debatte“, in: Benjamin Adler, Die Entstehung der direkten Demokratie: Das Beispiel der Landsgemeinde Schwyz 1789 – 1866, (Diss.), Zürich 2006.
- Suter, Andreas, Der schweizerische Bauernkrieg von 1653: Politische Sozialgeschichte – Sozialgeschichte eines politischen Ereignisses, (Habil.), (Frühneuzeit-Forschungen 1), Tübingen, 1997.
- Suter, Meinrad, „Die Eidgenossen und der Stäfer Handel“, in: Christoph Mörgeli (Hg.), Memorial und Stäfer Handel 1794/95, Stäfa 1995, 191 – 205.
- Suter, Meinrad, „Dorfwächter und Betteljagden“, in: Staatsarchiv des Kantons Zürich (Hg.), Actum 1803: Geschichten aus dem Zürcher Regierungsprotokoll zum kantonalen Neubeginn vor 200 Jahren, Zürich 2003, 98 – 101.
- Suter, Meinrad, Kantonspolizei Zürich 1804 – 2004, hg. im Auftrag der Kantonspolizei Zürich und des Staatsarchivs des Kantons Zürich, Zürich 2004.
- Tagungsbericht zum 16. Kolloquium zur Polizeigeschichte, 2005.  
< <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=807> > [02.07.2010]
- Tantner, Anton, Policyliche Hausbeschreibungen als Massnahmen gegen fremde Bettler/innen in der Habsburgermonarchie, (PolicyWorkingPapers: Working Papers des Arbeitskreises Policy/Polizei in der Vormoderne 13), Wien 2007.
- Teufel, Manfred, „Die Verbrechensbekämpfung im 18. Jahrhundert im Gebiet des heutigen Baden-Württemberg: Eine kriminalhistorische Regionalstudie“, in: Die Kriminalpolizei Heft 4, 2002, 141 – 146.
- Teufel, Manfred, Die südwestdeutsche Polizei im Obrigkeits- und Volksstaat: Zur Geschichte der Polizei in Baden, Württemberg und Hohenzollern, Holzkirchen 1999.
- Thröler, Daniel, „Kommerz und Patriotismus: Pestalozzis Weg vom politischen zum christlichen Republikanismus (1764 – 1780)“, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 50(2000), Nr. 3, 325 – 352.
- Tilly, Charles, Coercion, Capital and European States A.D. 990 – 1990, Oxford 1990.
- Tröhler, Daniel, „Republikanische Bürgererziehung im alten Zürich am Beispiel Johann Heinrich Füssli“, in: Jürgen Oelkers, Daniel Tröhler (Hg.), Die Leidenschaft der Aufklärung: Studien über Zusammenhänge von bürgerlicher Gesellschaft und Bildung, Weinheim 1999, 155 – 173.
- Truffer, Henri, Der Einfluss des Standes im allgemeinen und zürcherischen Strafrecht von 1300 – 1798, (Diss.), Winterthur 1960.
- Ulrich, Conrad, „Das 18. Jahrhundert“, in: Geschichte des Kantons Zürich, Band 2, Zürich 1996, 364 – 511.
- Ulrich, Conrad, „Das Selbstverständnis des zürcherischen Regiments“, in: Helmut Holzhey, Simone Zurbuchen (Hg.), Alte Löcher – neue Blicke: Zürich im 18. Jahrhundert: Aussen- und Innenperspektiven, Zürich 1997, 53 – 63.
- Volz-Tobler, Bettina, Rebellion im Namen der Tugend: „Der Erinnerer“ – Eine Moralische Wochenschrift, Zürich 1765 – 1767, (Diss.), Zürich 1997.
- Vuilleumier, Marc, „Schweiz“, in: Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer (Hrsg.), Enzyklopädie Migration in Europa: Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn und Zürich 2007, 189 – 204.
- Wahrig, Bettina und Werner Sohn (Hg.), Zwischen Aufklärung, Policy und Verwaltung: Zur Genese

- des Medizinalwesens 1750 – 1850, (Wolfenbütteler Forschungen 102), Wiesbaden 2003.
- Walder, Ernst, Das Stanser Verkommen: Ein Kapitel eidgenössischer Geschichte neu untersucht, (Beiträge zur Geschichte Nidwaldens 44), Stans 1994.
- Walter, Frieder, Niederländische Einflüsse auf das eidgenössische Staatsdenken im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert: Neue Aspekte der Zürcher und Berner Geschichte im Zeitalter des werdenden Absolutismus, (Diss.), Zürich 1979.
- Wartburg, Wolfgang von, Zürich und die französische Revolution: Die Auseinandersetzung einer patriarchalischen Gesellschaft mit den ideellen und politischen Einwirkungen der französischen Revolution, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 60), Basel 1956.
- Wehrli, Bernhard, Das Finanzsystem Zürichs gegen Ende des 18. Jahrhunderts, (Diss.), Zürich 1943.
- Wehrli, Christoph, „Die Reformationskammer: Das Zürcher Sittengericht des 17. und 18. Jahrhunderts“, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1967, Zürich 1968, 17 – 39.
- Wehrli, Christoph, Die Reformationskammer: Das Zürcher Sittengericht des 17. und 18. Jahrhunderts, (Diss.), Winterthur 1963.
- Weibel, Thomas, „Der zürcherische Stadtstaat“, in: Geschichte des Kantons Zürich, Band 2, Zürich 1996, 16 – 29.
- Weibel, Thomas, Erbrecht, Gerichtswesen und Leibeigenschaft in der Landvogtei Grüningen, (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich 54), Zürich 1987.
- Weidenmann, Arman, „Von menschlicher und göttlicher Gerechtigkeit: Zürcher Policeymandate im Spiegel zwinglischer Sozialethik“, in: Peter Blickle, Peter Kissling und Heinrich Richard Schmidt (Hg.), Gute Policy als Politik im 16. Jahrhundert: Die Entstehung des öffentlichen Raumes in Oberdeutschland, (Studien zu Policy und Policywissenschaft ), Frankfurt a. M. 2003, 453 – 488.
- Weinmann, Barbara, Eine andere Bürgergesellschaft: Klassischer Republikanismus und Kommunismus im Kanton Zürich im späten 18. und 19. Jahrhundert, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 153), Göttingen 2002.
- Weiss, Leo, Die politische Bildung im alten Zürich, Zürich 1940.
- Weiss, Leo, Verfassung und Stände des alten Zürich, Zürich 1938.
- Weisz, Leo, Die Werdmüller: Schicksale eines alten Zürcher Geschlechtes, Band 2, Zürich 1949.
- Wettstein, Erich, Die Geschichte der Todesstrafe im Kanton Zürich, (Diss.), Winterthur 1958.
- Wiebel, Eva, „Steckbriefe, Gauner- und Diebslisten“, in: Klaus Beyrer (Hg.), Geld oder Leben: Vom Postkutschenüberfall zum virtuellen Datenraub, (Kataloge der Museumsstiftung Post und Telekommunikation 22), Heidelberg 2006, 36 – 39.
- Wirsing, Bernd, Die Geschichte der Gendarmeriekorps und deren Vorläuferorganisationen in Baden, Württemberg und Bayern 1750 – 1850, (Diss.), Konstanz 1991.
- Würgler, Andreas, Unruhen und Öffentlichkeit: Städtische und ländliche Protestbewegung im 18. Jahrhundert, (Diss.), (Frühneuzeit-Forschungen 1), Tübingen, 1995.
- Zehnder-Stadlin, Josephine, Pestalozzi: Idee und Macht der menschlichen Entwicklung, Band 1, Gotha 1875.
- Zeller-Werdmüller, Heinrich, Die Zürcher Stadtbücher des 14. und 15. Jahrhunderts, Bände 1 und 2, Zürich 1899 und 1901.
- Ziegler, Peter, Zürcher Sittenmandate, Zürich 1978.
- Zimmermann, Georg Rudolf, Die Zürcher Kirche von der Reformation bis zum dritten Reformationsjubiläum (1519 – 1819) nach der Reihenfolge der Zürcherischen Antistes, Zürich 1878.
- Zimmermann, Werner G., „Verfassung und politische Bewegung“, in: Hans Wysling (Hg.), Zürich im 18. Jahrhundert, Zürich 1983, 9 – 34.
- Züsli-Niscosi, Franz, „Die Wacht- und Patrouillen-Kommission in der Alten Republik Zürich des 18. Jahrhunderts“, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1985, Zürich 1984, 131 – 165.
- Züsli-Niscosi, Franz, Beiträge zur Geschichte der Polizei-Organisation der Republik Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, (Diss.), (Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft NF 276), Zürich 1967.

- Zurbuchen, Simone, „Popularphilosophie zwischen Fanatismus und Atheismus: Heinrich Corrodi und Leonhard Meister über die Zukunft der Aufklärung“, in: dies., Patriotismus und Kosmopolitismus: Die Schweizer Aufklärung zwischen Tradition und Moderne, Zürich 2003, 133 – 148.
- Zurbuchen, Simone, Patriotismus und Kosmopolitismus: Die Schweizer Aufklärung zwischen Tradition und Moderne, Zürich 2003.

## **Biographie**

Christoph Ebnöther-Dobszay (\*1969) von Vorderthal/SZ studierte von 1989 bis 1997 an der Universität Zürich Allgemeine Geschichte, Schweizergeschichte und Politologie. Nach dem Diplom für das Höhere Lehramt Mittelschulen unterrichtete er zunächst an diversen Schulen. Seit 2006 ist Christoph Ebnöther Dozent an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW).